



K.H. Roth antwortet H. Mahler S. 56/57

Jg. 8 Nr. 148 19.2.79

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2,-

China pokert mit dem Weltkrieg

Stellungnahme des LG des Kommunistischen Bundes

Chinesische Truppen haben in der Nacht zum 17. Februar die vietnamesische Grenze in ihrer vollen Länge überschritten und einen Angriff auf Vietnam eröffnet. Nach offiziellen Erklärungen der chinesischen Führung handelt es sich dabei um eine „Strafexpedition“, die räumlich und zeitlich begrenzt sein soll.

Diese „Strafexpedition“ hatte Deng Hsiao-ping bereits bei seiner Rückkehr aus den USA angekündigt. Man müsse Vietnam „ein paar not-

wendige Lektionen erteilen“. Bei einem Zwischenaufenthalt in Japan, Anfang Februar, erklärte Deng: „Vietnam muß für seine expansionistische Aktion gegen Kambodscha bestraft werden“, und versuchte für solche „Strafmaßnahmen die Unterstützung der japanischen Regierung zu gewinnen.“

Bereits am 4. Februar hatte die japanische Zeitung „Asahi Shimbun“ gemeldet, ein Angriff Chinas auf

Vietnam stehe bereits fest, fraglich sei nur noch der Zeitpunkt. Die Zeitung wußte auch schon zu berichten, daß die chinesische Aggression die Form einer begrenzten „Strafexpedition“ haben solle. Als Quelle der Information wurden „Regierungs- und Geheimdienstkreise“ der USA angegeben. Das weist auf einen direkten Zusammenhang der jetzigen chinesischen Aggression mit Dengs Besuch in den USA hin.

Vom Verrat zur Aggression

Die chinesische Führung begann bereits Ende 1977/Anfang 1978 mit der Eröffnung von Feindseligkeiten gegen Vietnam. Damals startete das inzwischen gestürzte pro-chinesische Regime Kambodschas seine massiven Übergriffe auf die vietnamesischen Grenzgebiete und Massaker unter deren Bevölkerung.

Im April/Mai 1978 eskalierte, wesentlich unter dem Einfluß der Propaganda Pekings, eine Fluchtbewegung unter der chinesischen Minderheit Vietnams, den sog. Hoas.

Im Juni 1978 erklärte China sich „gezwungen, einen Teil der Lieferungen von Fabrik-Projekten für Vietnam rückgängig zu machen“. Angeblich brauche China diese Mittel nunmehr selbst zur Versorgung der nach China geflüchteten Hoas. Zur gleichen Zeit gab China umfangreiche Hilfe an korrupte, pro-imperialistische Regimes wie das von Zaire. Am 3. Juli gab China die vollständige Einstellung seiner wirtschaftlich-technischen Hilfe für Vietnam bekannt. Fast gleichzeitig, nämlich am 7. Juli, teilte die chinesische Führung auch Albanien die vollständige Einstellung jeder Hilfe mit. Damit machten die chinesischen Großmachtpolitiker deutlich genug, daß ihr Vorgehen sehr wenig mit dem konkreten Hoa-Problem zu tun hatte.

Etwa seit dieser Zeit begannen auch die „Grenzzwischenfälle“ zwischen China und Vietnam.

Die Wurzeln der jetzt begonnenen Aggression Chinas gegen Vietnam rei-

Fortsetzung Seite 2



Am Sonntag nach dem chinesischen Überfall auf Vietnam machte ein Trupp von etwa 100 Genossinnen und Genossen des KB zusammen mit unorganisierten Linken ein Go-in bei der chinesischen Botschaft in Bonn. Mitgeführt wurden Transparente wie „China go home“, „Deng, denk an Nixon“ und „China raus aus Vietnam“, außerdem Bilder von Ho Chi Minh und Mao-Tsetung. Das Botschaftspersonal, offenbar auf solchen Besuch nicht vorbereitet, reagierte zunächst verwirrt. Nachdem die Genossinnen und Genossen erst aufgefordert worden waren, „doch bitte Platz zu nehmen“ und eine Diskussion in Aussicht gestellt worden war, kam dann plötzlich der Ruf nach der Polizei (von wegen „Hausfriedensbruch“). Kurz darauf kamen dann auch schon etwa 40 bis 50 Bullen, teils im Kampfanzug, teils sogar mit MPis bewaffnet. Angesichts dieses Kräfteverhältnisses wurde die Aktion abgebrochen, und man zog sich aus den Botschaftsräumen zurück.

Zur gleichen Zeit fand in der Bonner Innenstadt eine Demonstration gegen die chinesische Aggression statt, zu der DKP, SDAJ und MSB etwas über 1000 Leute, im wesentlichen Mitglieder ihrer Organisationen aus der näheren Umgebung, mobilisiert hatten.

Nationales BI-Treffen in Braunschweig

„Herr Albrecht, wir kommen“

Mit Erstaunen und Erleichterung stellten am 10./11.2. in Braunschweig ca. 1.300 Atomgegner aus mehr als 200 BI's des ganzen Bundesgebietes fest, daß die bundesdeutsche Anti-Atom-Bewegung lebt und aktionsfähig ist. In einer Atmosphäre der sachlichen Auseinandersetzung und großer Bereitschaft zur Zusammenarbeit wurde beim bundesweiten Arbeitstreffen der AKW-Gegner über gemeinsame Schritte im Widerstand gegen das WAAnsinn-Projekt Gorleben debattiert und über erste Maßnahmen Einigung erzielt.

Nachdem am dem Eröffungs-Plenum Bauern aus Gorleben ihren ge-

planten Treck nach Hannover vorgestellt hatten, wurde am ersten Tag bis zur großen Fete am Abend in acht Arbeitsgruppen gearbeitet.

Wir wollen hier die Ergebnisse und offengebliebenen Fragen der Arbeitsgruppen grob umreißen. Wer Interesse an detaillierten Informationen hat, kann sie mit dem Protokoll über die Konferenz aus Braunschweig beziehen.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Die AG Kriminalisierung diskutierte im wesentlichen die Schadens-

ersatzklagen und die Haftantritte der verurteilten Grohnde-Demonstranten, die unmittelbar bevorstehen, nachdem der Bundesgerichtshof die Revision bei Andreas, Eso und Christian G. abgelehnt hat: Sie müssen jeder ein Jahr absitzen.

Einig war sich die AG, daß eine gesonderte Kampagne hierzu nicht sinnvoll ist, sondern daß diese erschütternden Tatsachen Bestandteil aller Aktionen gegen Atomanlagen sein müssen. Insbesondere sollten sie auch Bestandteil des geplanten Trecks nach Hannover sein.

Fortsetzung Seite 11



Iran: Was bringt die „Islamische Republik“?

Innerhalb von zwei Tagen wurde die noch vom Schah eingesetzte Regierung Bakhtiar hinweggefegt. Angehörige der Luftwaffe, der Guerillaorganisationen Volksfedayin und Volksmodjahedin und Teile der Teheraner Bevölkerung hatten kurzentschlossen zu den Waffen gegriffen, zunächst einen Überfall der „Djawidan“ (Kaiserliche Garde des Schah) abgewehrt und sie nach einem Tag dauernden Kämpfen aufgegeben. Anschließend wurden nach und nach Militärstützpunkte, Polizeistationen, die berüchtigten Gefängnisse, Parlament und Ministerien, die Rundfunk- und Fernsehstation nach zum Teil mehrstündigen Gefechten eingenommen. Die erbeuteten Waffen wurden an die Bevölkerung verteilt.

Am Sonntagabend stand der Sturz Bakhtiares fest, das Militär erklärte sich „neutral“, die Kommandanten befahlen den Rückzug in die Kasernen. Der von Khomeiny ernannte Ministerpräsident Bazargan übernahm die Amtsgeschäfte.

Dieser weitere Sieg der iranischen Revolution erfolgte gegen den ausdrücklichen Willen Khomeiny's, der einen „geordneten“ Übergang der Macht in die Hände der „islamischen Regierung“ vorgesehen hatte. Die revolutionäre Bewegung war – wie schon in der Vergangenheit – seinen Händen kurzfristig entglitten.

Fortsetzung Seite 5

Stahlarbeiter erklären: Loderer und Co „nicht mehr wählbar“

Über 400 Duisburger Vertrauensleute der Thyssen-Hütte-Hamborn und von Mannesmann-Huckingen haben am 16. Februar scharfe Erklärungen gegen den IGM-Vorstand und seine Praxis im Stahlarbeiterstreik verabschiedet. In der auf getrennten Versammlungen beschlossenen Resolution fordern die Vertrauensleute „durchgreifende Reformen der gewerkschaftlichen Arbeit“ und „personelle Konsequenzen“, nach dem Streik. Sie erklären, daß die „Führung der IG Metall absetzungsreif“ ist und fordern konkret den Rücktritt von Herb. Die Hauptexponenten des IGM-Vorstands im Streik, Loderer, Mayr und Janßen werden für künftig „nicht mehr wählbar“ angesehen.

Konkret fordern die Vertrauensleute:

- Änderung der Zusammensetzung der Tarifkommissionen zugunsten der Vertretung der Basis
- Öffentlichmachen der Entscheidungen durch namentliche Abstimmungen
- imperatives Mandat für die Tarifkommission

In einer ersten Reaktion auf diese Entschlüsse sprach der Duisburger IGM-Bevollmächtigte Bulitz, der im Streik von den Duisburger Vertrauensleuten auf das imperative Mandat verpflichtet wurde, von einer „breiten Verurteilung“ unter den Vertrauensleuten. Bulitz merkte an, daß die Erfüllung der Forderung nach imperativem Mandat „die demokratische Struktur der Gewerkschaften schlechthin in Frage“ stelle, da sie zukünftig „keinen Handlungsspielraum in Verhandlungen“ lasse.

Zu recht befürchten die IGM-Führer eine Einschränkung ihrer Entscheidungsgewalt als Vorwand.

Die Protestfront an der Basis verbreitert sich. Es wird Zeit, daß Konsequenzen im Vorstand gezogen werden!

(Zitate nach: „NRZ“, 17.2.79).

Weitere Berichte und Kommentare zu diesem Thema auf den Seiten 37/38

China pokert mit dem Weltkrieg

Fortsetzung von Seite 1

chen jedoch weiter zurück, nämlich bis zum Besuch des damaligen US-Präsidenten Nixon in China Anfang 1972. China hatte in früheren Jahren dem Kampf des vietnamesischen Volkes gegen den US-Imperialismus eine unschätzbare Hilfe und Solidarität erwiesen. Nach dem Sturz des chinesischen Verteidigungsministers und Stellvertretenden Parteivorsitzenden Lin Biao (1970/71) jedoch vollzog sich eine rasante Rechtswendung der chinesischen Außenpolitik, die auch die Haltung gegenüber Vietnam einbezog.

Während der US-Imperialismus seine Aggression gegen Vietnam eskalierte, bescheinigten sich in Peking Nixon und seine chinesischen Gesprächspartner gegenseitig in einem gemeinsamen Kommuniqué, sie seien beide für den Frieden und strebten keine „Hegemonie“ (Vorherrschaft) in Südostasien an. Das Ziel der chinesischen Führung bei diesen Verhandlungen war es, dem US-Imperialismus zu einem Abgang aus Vietnam zu verhelfen, der die US-amerikanische „Präsenz“ (Anwesenheit) in Südostasien nicht grundsätzlich in Frage stellen sollte. Die chinesischen Großmachtpolitiker waren und sind nämlich, wie sie auch offen bekundeten, an einem militärisch-politischen Verbleib des US-Imperialismus im südostasiatischen Raum interessiert – als Gegengewicht gegen das „Vordringen des Sozialimperialismus“.

Welche Ziele verfolgt die chinesische Aggression gegen Vietnam?

Die chinesische Führung strebt, so erklärte sie jedenfalls offiziell, mit ihrer jetzt begonnenen Aggression nicht die längerfristige Besetzung vietnamesischen Gebiets an.

Motiviert wird die „Strafexpedition“ als Reaktion auf angebliche Übergriffe der Vietnamesen an der Grenze zu China. Diese Motivation ist in jeder Hinsicht unglaubwürdig. Zwar sind, wie nicht anders zu erwarten, die Darstellungen der Grenzzwischenfälle durch beide Seiten sehr unterschiedlich. Trotzdem läßt sich aus den Angaben beider Seiten ein ungefähres Bild gewinnen:

– Vietnam behauptet, daß es 1978 583 „bewaffnete Provokationen“ Chinas an der Grenze gegeben habe. Seit Anfang 1979 habe es weitere 230 „bewaffnete Provokationen“ gegeben, bei denen 40 Vietnamesen getötet worden seien.

– China behauptet, es habe allein im Dezember 1978 500 „bewaffnete Übergriffe“ Vietnams gegeben, bei denen „über 20 Grenzbewohner und Soldaten ... getötet oder verwundet“ wurden.

Daraus geht jedenfalls hervor, daß die Zahl der „Grenzzwischenfälle“ sehr hoch, jedoch die Zahl der Toten und Verwundeten bisher relativ niedrig war. Die Grenzkonflikte haben also einen völlig anderen Charakter als die an der vietnamesisch-kambodschanischen Grenze 1977/78. Die „Zwischenfälle“ an der chinesisch-vietnamesischen Grenze ergaben sich in erster Linie aus einer unterschiedlichen Interpretation des Grenzverlaufs und aus anscheinend beiderseitigen Versuchen, diese Interpretation durch Grenzposten, Patrouillen usw. durchzusetzen.

Dies begründet selbst aus der Sicht der chinesischen Führung noch nicht den Überfall von 100.000 oder 200.000 Soldaten auf Vietnam und Vorstöße bis zu einer Tiefe von 50 km oder mehr.

Dies umso weniger, da die vietnamesische Regierung gerade noch eine Woche vor Beginn der chinesischen Aggression erklärt hatte, „beide Seiten sollten ihre Streitigkeiten einstellen und Verhandlungen aufnehmen. Vietnam würde einer entmilitarisierten Zone auf beiden Seiten der Grenze und der Überwachung dieses Gebietes durch UNO-Vertreter zustimmen“ (Außenminister Nguyen Duy Trinh, laut „Süddeutsche Zeitung“, 13.2.). Ebenso hatte die Regierung Vietnams ihren Willen bekräftigt, Grenzstreitigkeiten auf dem Verhandlungsweg zu lösen.

Die chinesische Aggression läßt sich also aus dem behaupteten Interesse, Vietnam wegen der Grenzzwischenfälle „einen Denkkettel zu verpassen“, überhaupt nicht motivieren. Zumal jetzt schon offensichtlich ist, daß China für diese Aggression einen hohen außenpolitischen Preis zahlen

muß: Proteste aller fortschrittlichen Staaten und Befreiungsbewegungen; Verlust aller taktischen „Pluspunkte“, die gerade erst durch die Ereignisse in Kambodscha und die damit verbundene internationale Kritik an Vietnam erreicht worden waren. Hinzu kommt das unkalkulierbare Risiko militärischer Reaktionen der Sowjetunion und der Entwicklung der Kämpfe in Vietnam selbst.

Die chinesische Führung hat sehr hoch gepokert, und es fragt sich: WARUM?

Die „Strafexpedition“ ist nur ein Anfang

Die jetzt begonnene chinesische Aggression gegen Vietnam ist nur zu verstehen als Beginn einer weiteren militärischen Eskalation gegen Vietnam. Es ist zu vermuten, daß die chinesischen Truppen sich tatsächlich, wie zu Beginn der Aggression angedeutet, nach einer gewissen, nicht allzu langen Zeit wieder zurückziehen werden. Der Entschluß dazu dürfte der chinesischen Führung durch den Widerstand der vietnamesischen Armee und Bevölkerung sehr

zu schaffen:

– Millionen von Jugendlichen, die während und nach der Kulturrevolution zwangsweise auf dem Lande angesiedelt worden waren, sind in den letzten Monaten in die Großstädte zurückgeströmt. Dort vegetieren sie, ohne feste Arbeit und Wohnsitz, von Gelegenheitsjobs, Kriminalität und Prostitution. In Schanghai gab es Anfang Februar nach dem Eingeständnis der chinesischen Presse heftige Straßenschlachten, als die Polizei gegen eine Demonstration von mehreren Tausend Jugendlichen vorgeing.

– Deng und Hua haben den chinesischen Werktätigen erklärt, daß alle Probleme des niedrigen Lebensstands nur das „Werk der Viererbande“ seien, und sie haben dem Volk Wohlstand und Konsum versprochen. Sie sind jedoch angesichts ihrer gigantischen Industrialisierungspläne und angesichts riesiger Ausgaben für die Modernisierung ihrer Kriegsmaschine nicht in der Lage, diese Versprechen einzulösen.

– Die chinesische Führung hat im Januar dieses Jahres bekanntgegeben, daß den alten chinesischen Kapitalisten ihre während der Kultur-

Es kommt daher der chinesischen Führung zweifellos gelegen, mit Aggression nach außen die inneren Widersprüche abzuschwächen und sich damit auch eine Erklärung für wirtschaftliche Probleme zu verschaffen.

Ein Hochzeitsgeschenk an den US-Imperialismus

Die Aggression Chinas gegen Vietnam steht nicht nur zeitlich, sondern auch kausal in engem Zusammenhang mit Dengs Besuch in den USA. Deng forderte dort, die USA, Japan, Westeuropa und China sollten sich „zusammenschließen, um den Eisbären (=Sowjetunion) zu bändigen“. Der jetzige Überfall auf Vietnam stellt einen ersten Vorgriff auf das von der chinesischen Führung angestrebte globale antisowjetische Bündnis dar.

China ist damit erstmals von der bloß verbalen Unterstützung reaktionärer Regimes (Iran) über die wirtschaftliche Hilfe mit Krediten (Chile) und die Militärhilfe (Zaire) zur direkten und massiven Aggression gegen ein antiimperialistisches Land der

zwischen Deng und Carter abgesprochen wurde), sondern daß es sogar noch öffentlich China auffordert, sich aus Vietnam zurückzuziehen – mit dem Hinweis, daß sich natürlich auch „die Vietnamesen“ aus Kambodscha zurückziehen müßten.

Verglichen mit der Zeit, als sich der US-Imperialismus direkt in Indochina „engagierte“ und damit stärksten internationalen Protest erntete, hat sich seine Position also sehr gebessert. Heute sind es chinesische Werkzeuge, die in Vietnam verheizt werden.

Daß China sich ohnehin offiziell auf eine zeitlich begrenzte „Strafexpedition“ festgelegt hat, entspricht zudem den Interessen des Imperialismus, der zum jetzigen Zeitpunkt weder eine Besetzung Vietnams durch China will (sondern lieber einen ökonomischen und politischen Zusammenbruch Vietnams, der das Land wieder in den direkten imperialistischen Einflußbereich fallen ließe), noch das Risiko einer militärischen Intervention der Sowjetunion zum jetzigen Zeitpunkt eingehen möchte.

Ein Test auf die Reaktion der Sowjetunion

Der Überfall auf Vietnam ist auch ein harter Test auf die Reaktionen der sowjetischen Führung. Die Sowjetunion hat erst kürzlich ein Bündnisabkommen mit Vietnam abgeschlossen und wäre zur Hilfe verpflichtet. Die flauen Reaktionen der sowjetischen Führung auf die seit Anfang Februar offen ausgesprochenen chinesischen Kriegsandrohungen signalisierten allerdings schon, daß die Sowjetunion sich im Falle einer Aggression gegen Vietnam „zurückhalten“ würde.

Es ist makaber und endlarvend, daß die USA schneller und eindeutiger die Forderung nach dem Rückzug der chinesischen Truppen erhoben haben als die Sowjetunion. Die Sowjetunion, die im Frühjahr 1969 blutige militärische Provokationen an der chinesischen Grenze wegen einiger wertloser Flußinseln entfesselte, scheint zu einer konkreten Warnung an die chinesische Führung wegen des Überfalls auf ihren Verbündeten, Vietnam, nicht bereit.

Wenn sich die Sowjetunion damit als „Papiertiger“ bloßstellen sollte, der seine engsten Verbündeten im Stich läßt (Es ist bezeichnend, daß die vietnamesische Regierung mehrfach öffentlich die Sowjetunion zur Hilfe aufforderte!), hätte die chinesische Führung ein wichtiges Ziel erreicht. Sie würde mit diesem Fakt umso stärker argumentieren, daß man gegenüber der sowjetischen Führung nur aggressiv genug auftreten müsse, um diese zum Zurückweichen und Nachgeben zu veranlassen. Dies würde die Stellung der sowjetischen Großmachtpolitiker in der Dritten Welt weiter verschlechtern und würde im imperialistischen Lager die aggressivsten Tendenzen ermutigen.

Internationale Solidarität – Für den Sieg im Volkskrieg!

Wie in den Jahren der US-Aggression gegen Vietnam ist es heute erneut die Pflicht aller Linken, Demokraten und Antiimperialisten der Welt, unüberhörbar zu fordern: AGGRESSOREN RAUS AUS VIETNAM! und diese Forderungen durch praktische Solidarität zu unterstützen. Es ist in diesem Sinn zu hoffen, daß darüber jetzt auch bei denjenigen Klarheit entstanden ist, bei denen nach den Ereignissen in Kambodscha Unklarheit oder Resignation vorherrschte.

Die Solidarität mit dem Volke Vietnams gegen die chinesische Großmachtpolitik darf nicht d a n n enden, wenn die jetzige Aggression zurückgeschlagen und vorerst beendet sein wird. Die Solidarität muß sich vielmehr an der langfristigen aggressiven Strategie der chinesischen Führung und des Imperialismus gegen Vietnam orientieren und sich dementsprechend auf einen langen Atem einrichten.

Diese Solidarität heißt für uns gleichzeitig: Solidarität mit den verfolgten Aktivisten der chinesischen Kulturrevolution! Solidarität mit den eingekerkerten Genossen der „Viererbande“ und der Linksoption! Solidarität mit den sozialen und politischen Kämpfen der chinesischen Volksmassen gegen die revisionistische Führung!



Dieses Bild entstand, als die US-Papiertiger aus Vietnam vertrieben waren. Bald werden die vietnamesischen Genossen auch über die Niederlage des chinesischen Papiertigers lachen...

erleichtert werden. Die jetzige Ag-

revolution beschlagnahmten riesigen Dritten Welt geschritten. Dahinter steht, daß die chinesische Führung alle antiimperialistischen Staaten und Befreiungsbewegungen in erster Linie an deren Haltung zur Sowjetunion mißt und Verbündete der Sowjetunion prinzipiell als Feinde ansieht. Darin besteht ein wesentlicher Punkt der von Deng in den USA immer wieder beschworenen „Interessidentität“ der chinesischen Führung mit dem Imperialismus, der gleichfalls an der Eindämmung des sowjetischen Einflusses und an der Liquidierung antiimperialistischer Staaten und Bewegungen interessiert ist.

Aus den meisten Reaktionen der bürgerlichen Politiker und Medien auf Dengs globales Bündnisangebot gegen die Sowjetunion klang allerdings deutlich die Skepsis heraus, daß man – aus imperialistischer Sicht – damit die „Karte“ der sog. Entspannungspolitik mit der Sowjetunion aus der Hand geben würde, aber einen im Grunde nicht sehr wertvollen Partner (China) dafür eintauschen würde.

Mit dem massiven Überfall auf Vietnam will die chinesische Führung den von ihr umworbenen Imperialisten auch handfest demonstrieren, daß China nicht nur vom „Kampf gegen den Sozialimperialismus“ r e d e t, sondern daß es auch zum militärischen H a n d e l n bereit und fähig ist, daß es also durchaus in der Lage wäre, dem Imperialismus echte Dienste zu erweisen.

Es zeigt die wieder gewachsene politische Stärke des US-Imperialismus, daß seine Politiker es sich während dieser Aggression gegen Vietnam nicht nur leisten können, völlig im Hintergrund zu bleiben (obwohl offensichtlich ist, daß diese Aggression

Aggression nach außen als Ventil innerer Probleme

Die chinesischen Führer haben den Überfall auf Vietnam auch deshalb befohlen, um sich ein Ventil für ihre innenpolitischen Probleme

erleichtert werden. Die jetzige Aggression wäre aber ein militärisches und außenpolitisches Abenteuer ohne jeden Sinn, wenn sie nicht im Zusammenhang einer festgelegten Strategie zur Vernichtung Vietnams stünde.

Ein Ziel der chinesischen Führung besteht darin, Vietnam zur ständigen Verteidigungsbereitschaft zu zwingen und damit wirtschaftlich bis zum Zusammenbruch zu schwächen. Dabei wird auch darauf spekuliert, daß die Lage im erst vor einigen Jahren befreiten Südvietnam, besonders in den Großstädten, noch nicht genügend stabilisiert sein könnte, daß die soziale Basis des alten pro-amerikanischen Regimes und der nicht-kommunistischen Kräfte gegen die Regierung Vietnams mobilisiert werden könnte.

Bei dem Plan Chinas, ständige Spannung an den Grenzen Vietnams zu provozieren, spielte bis zu seinem Sturz Anfang Januar dieses Jahres das pro-chinesische Regime Kambodschas die Schlüsselrolle. Nach Fortfall dieses Faktors fällt naturgemäß China selbst der größte Part zu.

Es ist daher damit zu rechnen, daß es auch weiterhin, unabhängig von der Dauer der jetzigen Aggression, an der chinesisch-vietnamesischen Grenze einen permanenten schleichenden Grenzkrieg, verbunden mit neuen massiven Vorstößen chinesischer Truppen nach Vietnam, geben wird.

Arbeitslose Jugendliche demonstrieren in Schanghai

Mehrere Tausend Jugendliche demonstrierten am 4. Februar in Schanghai. Die Stadtverwaltung setzte Polizei gegen die Demonstranten ein. Nach offizieller Darstellung kam es zu Straßenkämpfen, Verkehrsblockaden und zur Plünderung von Geschäften.

Bei den Demonstranten handelt es sich in erster Linie um Jugendliche, die nach der Kulturrevolution aufs Land „geschickt“ und dort zwangsweise angesiedelt worden waren. In der ersten Phase stand dabei die Zerschlagung der für die Herrschenden unbequem gewordenen Roten Garden im Vordergrund. Später ging es auch darum, ein Heer jugendlicher Arbeitsloser in den Städten und das Entstehen eines erheblichen Unruhefaktors zu vermeiden. Insgesamt lag die Zahl der „aufs Land geschickten Jugendlichen“ über 20 Millionen. Viele von ihnen wurden in der neuen Umgebung nicht heimisch, konnten sich nicht an die extrem harten Lebensbedingungen gewöhnen.

Nachdem die neue chinesische Führung kräftig die Liberalisierungs-Schallmeisen bläst, sahen auch diese Jugendlichen ihre Stunde gekommen: Zu Tausenden und Zehntausenden strömten sie unkontrolliert in die Städte zurück, wo sich die meisten von ihnen ohne feste Arbeit durchschlagen. Mit der Demonstration von Schanghai am 4. Februar wollten sie ihrer Forderung nach sozialer Integration Nachdruck verleihen.

Das Regime reagiert mit Härte: Denjenigen, die „die Sicherheit der Gesellschaft gefährden“, wurden strenge Strafen angedroht. Eine ideologische Kampagne des revisionistischen Jugendverbands unter dem Motto „Gute Kinder des Vaterlands leben überall gut“, soll die Jugendlichen zur freiwilligen Rückkehr aufs Land bewegen. Beispielfhaft wird eine angebliche Selbstkritik mehrerer Jugendlichen publiziert, die vom Land nach Peking gekommen waren, aber dann ihren Fehler einsahen und jetzt wieder sehr glücklich in einem Dorf in Yunnan leben. Daß sich die betrogene und desillusionierte Generation Chinas heute noch von solchem Kitsch einfangen lassen könnte, scheint allerdings unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist, daß das Regime die zwangsweise Rückverschleppung dieser Jugendlichen aus den Städten in Angriff nehmen wird.

Die Kette von Prozessen gegen Aktivisten der Kulturrevolution im Dezember und Januar, bei denen es auch mehrere Hinrichtungen gegeben hat, soll, so anscheinend dazu dienen, mit Blick auf solche möglichen Herde sozialer Unruhe jeden Widerstand einzuschüchtern.

Chinas Bourgeoisie hat Grund zur Freude

Wie im AK 147 bereits kurz berichtet, ist in China kürzlich bekanntgegeben worden, daß an die alten Kapitalisten ihre während der Kulturrevolution beschlagnahmten Bankkonten, Haus- und Grundbesitz sowie alles sonstige Eigentum samt Zinsen und Entschädigungen zurückgegeben werden.

Hintergrund dieser Maßnahme ist, daß in China gemäß der Politik des Bündnisses mit der „nationalen“ Bourgeoisie, deren Besitz nicht enteignet, sondern in den 50 Jahren „losgekauft“ wurde. Jahr für Jahr bekamen die alten Kapitalisten dafür einen Teil der Gesamtsumme bezahlt. Viele Kapitalisten wurden außerdem in ihren ehemaligen Betrieben als Direktoren, Manager etc. zu extrem hohen Löhnen beschäftigt.

In der Kulturrevolution sollte gegen diese Privilegien der alten Bourgeoisie vorgegangen werden: Bankkonten wurden beschlagnahmt, Häuser und Grundbesitz alter Kapitalisten wurden nützlicheren Zwecken zugeführt, alte Kapitalisten wurden von ihren Leitungspositionen abgelöst bzw. ihre Löhne herabgesetzt.

Jetzt gab Radio Schanghai am 22. Januar bekannt, daß das Parteikomitee der Stadt „kürzlich“ mit Billigung des ZK der KP Chinas beschlossen habe: „Jenen Angehörigen der nationalen Bourgeoisie, deren Bankkonten während der Kulturrevolution beschlagnahmt wurden, sollen diese ein für allemal zurückerhalten, sofern das noch nicht geschehen ist. Zugleich sollen ihnen Zinsen entsprechend den Bank-Sätzen gezahlt werden. All ihr sonstiges Eigentum, das beschlagnahmt wurde, soll ebenfalls zurückerstattet werden... Diejenigen, die Abzüge von ihren Gehältern hatten, sollen ihre vollen Gehälter wie-

der erhalten, und die Abzüge sollen ihnen nachgezahlt werden. Das Eigentum der Bourgeoisie an Häusern soll anerkannt werden...“ (Anm. 1).

Am 25. Januar – drei Tage vor der Reise Deng Hsiao-pings in die USA! – wurde von der Nachrichtenagentur „hsinhua“ gemeldet, daß am 22. Januar in Anwesenheit von 200 „der größten Kapitalisten und führenden Mitgliedern der demokratischen Parteien“ die Abteilung des ZK für die Einheitsfront-Arbeit getagt habe. Dort wurde von Ulanfu, Mitglied des Politbüros der KPCH, folgender Beschluß des ZK bekanntgegeben: „... daß die beschlagnahmten Bankkonten, egal in welcher Höhe, sofort zurückgezahlt werden sollen, mit Zinsen nach den Bank-Sätzen... Anderes weggenommenes Eigentum soll gleichfalls festgestellt und ohne Verzögerung zurückgegeben werden. Jeder, der sich des Diebstahls von beschlagnahmten Besitz schuldig gemacht hat, soll dem Gesetz gemäß behandelt werden...“.

sich auf den Konten der alten Kapitalisten Chinas zur Zeit der Kulturrevolution mindestens 2 Milliarden Yuan befunden haben, wahrscheinlich aber sogar erheblich mehr. Allein das gäbe bei einer rückwirkend ausgerechneten Verzinsung von nur 2 % (der Zinssatz in China liegt etwas höher) weitere 500 Millionen Yuan. Hinzu kommen Vermögen aus den hohen Gehältern sowie deren rückwärtige Nachzahlung, Häuser, Grundbesitz, Gold etc. pp. Ein Yuan ist auf dem Papier etwa 1,20 DM wert, der Kaufwert liegt aber z.T. erheblich höher.

2. Aus Tientsin wird von einem Mann berichtet, der seit den 40er Jahren ein ansehnliches Vermögen von rund 460.000 Yuan in ausländischen Aktien etc. besaß. Aus Angst hatte er diesen Besitz nicht angegeben und auf Nachfragen der Bank sogar abgelehnt. Erst jetzt konnte er überredet werden, sich zu seinem Vermögen zu bekennen. Er kriegt nun jährlich 10.000 Yuan Zinsen (Anm. 5).



Sozialistisches Verteilungsprinzip: Die Kapitalisten kriegen ihre Bankkonten zurück

An einigen Orten, so erklärte Ulanfu, sei ein Teil der beschlagnahmten Bankkonten bereits „während der letzten Jahre“ zurückgegeben worden. „Ein beträchtlicher Teil, vor allem in Schanghai und verschiedenen großen und mittleren Städten“ sei jedoch noch nicht zurückgegeben worden. Auch die gekürzten hohen Gehälter der alten Kapitalisten seien „im Wesentlichen“ schon nach dem Rechtsputsch vom 6.10.76 erneut gezahlt worden; in einigen Provinzen aber seien die Gehälter noch nicht wieder hergestellt worden, oder die gekürzte Summe sei noch nicht nachgezahlt worden. Das werde nun sofort geschehen (Anm. 2).

Aus den Angaben geht also hervor, daß ein Teil der Konten etc. schon vor einiger Zeit zurückerstattet wurde, aber man es erst jetzt für sinnvoll hielt, dies öffentlich bekanntzugeben. Eine besondere Rolle spielt dabei Schanghai, wo sich in den 50er Jahren etwa die Hälfte der privaten Industrie Chinas befand (Anm. 3).

Um welche Summe geht es?

Aus den bisherigen Veröffentlichungen geht nicht hervor, um welche Summen es genau geht. Einige erste Rückschlüsse sind aber möglich: 1. Auf dem 8. Parteitag der KP Chinas (1956) erklärte Ko Tjing-schih, Sekretär des Parteibüros Schanghai: „Natürlich kann die Bourgeoisie auch deshalb der sozialistischen Umgestaltung zustimmen, weil unsere Partei eine richtige Politik der allmählichen Umgestaltung und des allmählichen Loskaufs durchführt“. Dies habe den Kapitalisten in Schanghai von 1950 bis 1955 erlaubt, 400 Millionen Yuan Reingewinn (Steuern und Investitionen bereits abgerechnet) zu erzielen. Dazu seien ab 1956 ca. 60-70 Millionen Yuan jährlich an sogenannten Dividende, d.h. Teilzahlung auf die „losgekauften“ Unternehmen, gekommen (Anm. 4). Geht man davon aus, daß in Schanghai etwa 50 % der damaligen chinesischen Privatindustrie angesiedelt waren, so müßten

Um ein besseres Verständnis von diesen Summen zu geben: 100 Yuan ist heute für einen Arbeiter ein ausgezeichneter Monatslohn. Ein Ingenieur mag es heute allenfalls auf 200 Yuan bringen. Das bäuerliche Einkommen ist sehr unterschiedlich, ein Jahreseinkommen pro Kopf von 220 Yuan kann wohl als guter Durchschnitt gelten (Anm. 6).

Chinas alte Kapitalisten und Direktoren verfügen also, gemessen am Lebensstandard der Arbeiter und Bauern, nun wieder über riesige Summen – allein die laufenden Zinsen ihrer Bankkonten erlauben ihnen ein ungehemmtes Luxus-Leben.

Diese Hunderte Millionen Mark werden der alten Bourgeoisie geradezu nachgeschmissen – und das in einem Land, wo die Mehrheit der Bevölkerung eingestandenmaßen immer noch „von der Hand in den Mund lebt“ (Anm. 7) und wo „viele Menschen in den ländlichen Gebieten nicht genug Nahrung zum Essen und genug Kleidung zum Anziehen ha-

Rotgardisten hingerichtet

Erstmals hat die chinesische Führung im Parteiorgan „Volkszeitung“ die Hinrichtung ehemaliger Mitglieder der Roten Garde offiziell bekanntgegeben. Der Meldung zufolge wurden fünf ehemalige Rotgardisten am 16. Januar wegen während der Kulturrevolution von ihnen begangener angeblicher „Verbrechen“ zum Tode verurteilt. Drei der Todesurteile wurden sofort vollstreckt. Die beiden anderen Urteile wurden zunächst „zur Bewährung“ ausgesetzt; nach zweijähriger Zwangsarbeit wird dann neu entschieden, ob die Todesurteile vollstreckt werden sollen oder in lebenslange Haft umgewandelt werden sollen. (Nach „Tagesspiegel“, 2.2.79).

ben“ (Anm. 8).

Zweifelloso wird diese extrem volksfeindliche Maßnahme dazu beitragen, die Klassengegensätze in China weiter zu verschärfen. Der fromme Schleier einer Gesellschaft von annähernd Gleichen, ohne scharfe Widersprüche, ist damit vollständig zerrissen. Die Massen der Arbeiter und Bauern werden nun lauter ihre Forderungen nach einer Verbesserung ihres Lebensstandards anmelden.

Die Frage ist darüber hinaus, wie lange es dauern wird, bis die alte Bourgeoisie nicht nur die Zinsen der ihr geschenkten Milliarden verbüßeln will, sondern die Vermögen selbst zu Kapital umzuwandeln versucht. Es wäre nicht überraschend, wenn die chinesische Führung schon bald Anlagemöglichkeiten für privates Kapital schaffen würde, beispielsweise in der aufblühenden Touristik oder Vergnügungsindustrie.

Der Kapitalismus auf dem Lande

„... die Kleinproduktion aber erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie“ (Lenin, „Linker Radikalismus“).

Wieweit sich Dengs Fraktion seit dem Rechtsputsch vom 6.10.76 auch gegen die Hua-Gruppe durchgesetzt hat, zeigt folgendes Beispiel: Hua Guo-feng war mit seiner Rede auf der

gensunterschiede, aber auch Unterschiede hinsichtlich der Voraussetzungen für weitere Produktionssteigerungen (Anschaffung kleiner Maschinen etc.). Naturwüchsig führt die Vergrößerung dieser Unterschiede zwangsläufig auch zur Ausbeutung fremder Arbeitskraft in verschiedenen Formen, falls nicht politisch ganz entschieden gegengesteuert wird. Die Zeichen stehen heute Grün. Beispiele aus jüngster Zeit:

+ Im Bezirk Yantai, Provinz Schantung, wurde 1976 beschlossen, daß das (Jahres-)Einkommen der Kommune-Mitglieder nicht höher als 150 Yuan sein soll. Dieser Beschluß wurde inzwischen aufgehoben, mit dem stolzen Ergebnis, daß jetzt 14 % der Kommune-Mitglieder mehr als 150 Yuan bekommen (Anm. 9).

+ Das Revolutionskomitee der Provinz Anhwei beschloß im Januar, die Öffnung freier Märkte auch für Getreide und Öl zuzulassen. Die Preise können, bis zu einem Maximum von 200 % des staatlichen Ankaufpreises, frei ausgehandelt werden (Anm. 10).

+ Im Kreis Lintung, Provinz Shansi, wurde im Januar gemeldet, daß in 93 % aller Fälle die frühere Klassenbezeichnung „reicher Bauer“ aufgehoben worden sei (Anm. 12).

+ In zwei Kreisen der Provinzen

Szechuan und Kuentschou wurden wohlhabende Bauern „rehabilitiert“, die in früheren Jahren als Beispiele „typischer kapitalistischer Tendenzen“ angegriffen worden waren. Ihren gesamten, teilweise enteigneten Besitz erhielten sie zurück. Es wird hervorgehoben, daß sie ihre relativ großen Ersparnisse nur durch eigenen Fleiß (Anm. 13).

Die Sowjetunion einholen und überholen!

Verglichen mit der Sowjetunion nach dem Tode Stalins und dem XX. Parteitag der KPdSU vollzieht sich die Entwicklung des chinesischen Revisionismus in noch rasanterem Tempo: Vollständige Rückkehr zum vor der Kulturrevolution bestehenden Entlohnungssystem auf dem Lande; Einführung von Stücklohn und Akkord; Einführung eines gestaffelten Prämiensystems; Sonderprämien wie z.B. Fernseher; Anbindung des betrieblichen Sozialfonds an den Betriebsgewinn; Festlegung einer viergradigen „Neuerer“-Prämie für Erfindungen, von 1000 Yuan bis 10.000 Yuan; Einführung eines beispiellosen straffen Auswahl-Systems zu den Universitäten; Abschaffung der betrieblichen Revolutionskomitees und Wiederherstellung der Ein-Mann-Leitungen.

Daß diese Dinge zwar die sozialen Differenzen vergrößern, aber keineswegs automatisch einen höheren Lebensstandard für die Massen bedeuten, liegt auf der Hand. Es bleibt aber benstaud für die Massen bedeuten, liegt auf der Hand. Es bleibt aber auch gar kein anderer Weg als der „materielle Anreiz“, nachdem der politische Antrieb, eine Gesellschaft ohne Klassen und ohne schreiende soziale Unterschiede aufzubauen, von der Wirklichkeit ad absurdum geführt ist. Welcher Arbeiter wird sich denn aus bloßen „Enthusiasmus“ abrakern, um mit seiner Arbeit die zurückgekehrten Techniker und Bürokraten sowie die alten Kapitalisten zu nähsten? „Jeder ist sich selbst der nächste“ und „Bereichere sich, wer kann!“, wird unter diesen Verhältnissen zunächst einmal zur Devise werden. Aber auch der kollektive Widerstand wird wachsen.

Anmerkungen

- 1) Radio Schanghai, 22.1., nach SWB, 26.1.
- 2) Hsinhua, 25.1., nach SWB, 27.1.
- 3) Der VII. Parteitag der KPCH, Diskussionsbeiträge, Bd. II, Peking 1956, S. 155-156, S. 148.
- 4) Ebenda, S. 155-156.
- 5) MTI, 11.1., nach SWB, 13.1.
- 6) Die Angaben sind sehr unterschiedlich, die hier verwendeten Zahlen sind eher zu hoch als zu niedrig angesetzt. Die Angabe über die 220 Yuan stammt aus der „Peking Rundschau“ 4/1979, S. 7, und bezieht sich auf eine Brigade in der Provinz Kiangsu.
- 7) Hsinhua, 11.1., nach SWB, 17.1. Der Bericht bezieht sich auf einen Landkreis der Provinz Kansu.
- 8) Hsinhua, 15.1., nach SWB, 23.1. Der Bericht bezieht sich auf einen Landkreis in der Provinz Anhwei.
- 9) Hsinhua, 21.1., nach SWB, 25.1. Das genannte Einkommen von 150 Yuan ist so niedrig, daß es sich um eine relativ arme Kommune handelt. Die Festsetzung eines Höchsteinkommens sollte wahrscheinlich dazu dienen, stärkeren Anreiz für die am wenigsten Verdienenden zu schaffen, stellt die Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedern zu vergrößern.
- 10) Radio Hefei, Prov. Anhwei, 21.1., nach SWB, 25.1.
- 11) Entfällt.
- 12) Radio Sian, Prov. Shensi, 18.1., nach SWB, 26.1.
- 13) Hsinhua, 18.1., nach SWB, 26.1.

All dies schafft erhebliche Vermö-

Iran: Was bringt die „Islamische Republik“?

Fortsetzung von Seite 1

So groß die Sympathie der Bevölkerung den bewaffneten Kräften gegenüber ist, die dem morschen Regime den letzten Schlag versetzten, über einen maßgeblichen politischen Einfluß verfügen die Linken noch nicht. Im Augenblick können es sich die Führer der religiösen und bürgerlichen Opposition leisten, unter völliger Ignorierung der bewaffneten Organisationen (einschließlich der religiösen Volksmodjahedin) und der Linken die Regierung zu bilden und wichtige Positionen zu besetzen. Die besondere Eile, mit der die provisorische Regierung an den Wiederaufbau der Armee unter fast vollständiger Einbeziehung des alten Offizierskorps herangeht, schließt ein möglicherweise schärferes Vorgehen gegen die Linke für die Zukunft nicht aus.

Ob die provisorische Regierung sich auf diese Weise letztlich durchsetzen kann, steht im Moment nicht fest. Die Linke, insbesondere die Volksfedayin, bereiten sich intensiv auf weitere bewaffnete Kämpfe vor. In Teheran hat es eine erste große Demonstration gegen die provisorische Regierung gegeben, Rundfunk- und Fernsehgestellte führen Protestaktionen und Streiks gegen die neue Zensur durch. Auch Angaben über die Wiederaufnahme der Arbeit, insbesondere bei den Ölarbeitern, sollten mit Vorsicht betrachtet werden. Gerade bei den Ölarbeitern hat Bazargan noch Ende Januar eine deutliche Abfuhr erhalten, als er sie zur Wiederaufnahme der Arbeit „überreden“ wollte.

Ob örtliche Komitees und Räte, in denen Linke und Religiöse während des viermonatigen Streiks Verwaltung und Versorgung organisiert haben, sich zugunsten eines reorganisierten bürgerlichen Staatsapparats auflösen werden, wird die Zukunft zeigen.

Der bewaffnete Aufstand

Nach langem Hin und Her benannte Khomeiny am 5.2. Mehdi Bazargan zum Ministerpräsidenten seiner provisorischen Regierung. Für den 8.2. wurde von Khomeiny und Bazargan zu großen Demonstrationen zur Unterstützung der „provisorischen Regierung“ aufgerufen. Am gleichen Tag fanden zwischen den Kommandanten der Armee sowie Khomeiny und Bazargan Gespräche statt („Le Monde“, 9.2.79). Auch vorher hatte es – wie Khomeiny selbst bestätigte – Kontakte zur Armee gegeben. Einen Tag später verkündete Bazargan dann auf einer Kundgebung vor der Teheraner Universität sein Regierungsprogramm:

- + Bakhtiar müsse ihm die Macht übergeben,
- + über die zukünftige Staatsform müsse eine Volksabstimmung durchgeführt werden,
- + die Machtstrukturen sollen reorganisiert werden,
- + Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung sollen vorbereitet werden,
- + eine neue Verfassung solle ausgearbeitet werden,
- + nach Wahlen solle es eine neue Regierung geben.

Der bisher immer noch nicht in seiner Zusammensetzung bekannte Revolutionsrat (!) soll bis zum Referendum – dies gab Bazargan nach Übernahme der Regierung bekannt – das inzwischen aufgelöste alte Parlament vertreten („Le Monde“, 10.2., 14.2., „Süddeutsche Zeitung“, 10./11.2.79).

Kein Wunder, daß dieses Regierungs-Programm, das nichts weiter beinhaltet als die Wiederherstellung der Staatsmacht, auf breite Ablehnung der Linken stieß.

Bazargan fügte sogar noch hinzu, daß zur Unterstützung der „provisorischen Regierung“ für 24 Stunden die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte. Die iranischen Massen sollten – ohne irgendetwas erhalten zu haben – nach viermonatigem Streik die Arbeit wiederaufnehmen, um der Regierung Bazargan Glaubwürdigkeit (bei der Armee? bei den Imperialisten?) als Ordnungsmacht zu verschaffen! Doch daraus wurde nichts.

Schon am Abend vor dieser Kundgebung waren im Süden Irans Luftwaffenangehörige in den Hunger-



Khomeiny stellt „seinen“ Regierungschef Mehdi Bazargan vor

streik getreten. Sie unterstrichen damit ihre Weigerung, Luftangriffe gegen die Bevölkerung zu fliegen. Die den streikenden Luftwaffenangehörigen drohenden Todesurteile erhöhten die Spannung in der iranischen Luftwaffe erheblich (nach Angaben iranischer Genossen).

Ein Vorfall in der Luftwaffenkaserne Douschan-Tepeh (Farahabad) brachte das Faß zum Überlaufen. Der Kommandeur Rabii untersagte Luftwaffenangehörigen, sich im Fernsehen einen Film über die Ankunft Khomeinys anzusehen.

Schließlich holte Rabii Einheiten der „Dschawidan“ zur Hilfe, um 150 Luftwaffenangehörige verhaften zu lassen, die Khomeiny besucht hatten. Die Luftwaffenangehörigen setzten sich zur Wehr, verteilten Waffen an die Bevölkerung. In der Universität Teheran wurden die Kämpfe bekannt, als die Volksfedayin gerade eine Veranstaltung zum 9. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes durchführten.

In den frühen Morgenstunden kamen deneingeschlossenen Luftwaffenangehörigen, die inzwischen von weiteren Gardeeinheiten belagert wurden, 1.500 bis 2.000 Volksfedayin und 600 bis 700 Volksmodjahedin zu Hilfe, die die Garde von hinten angriffen. Das ganze Stadtviertel wurde anschließend von den bewaffneten Volkskräften verbarrikadiert und abgeriegelt.

Am Sonntag wurden von einem von Ayatollah Taleghani eingerichteten Stab Waffen verteilt. Mindestens 15 Polizeistationen wurden gestürmt.

Am Sonntag wurden von einem von Ayatollah Taleghani eingerichteten Stab Waffen verteilt. Mindestens 15 Polizeistationen wurden gestürmt. Nach fünfständigem Kampf wurden Radio und Fernsehen besetzt, von wo aus im folgenden die Einsätze der bewaffneten Einheiten dirigiert sowie die Versorgung durch Aufrufe unterstützt wurden (Nachrichten der Sympathisanten der Volksfedayin). Auch nach Übernahme der Regierung durch Bazargan gingen am Montag die Kämpfe weiter. Die Kaserne Lawisan, in der die berühmte kaiserliche Garde stationiert ist (die „Djawidan“ waren am Tag vorher aufgegeben worden), wurde erobert. Der seit dem Vortag gesuchte Chef des Heeres und der Gardeeinheiten, General Badri, wurde bei den Kämpfen um die Lawisan-Kaserne erschossen.

Khomeiny's Haltung

Als die Kämpfe schon voll in Gang waren, kamen noch am Samstag Nachmittag Aufrufe Khomeinys über den eigenen kleinen Sender, in denen er daran erinnerte, daß er eine friedliche Lösung vorziehen würde. Er unterstrich, daß „es der Unterdrückungsapparat und die Ungerechtigkeit sind, durch die die neuen Verbrechen begangen worden sind...“. Er verurteilte die Aktion der Djawidan, die „ihre Brüder getötet haben, um die Situation rückgängig zu machen und den Ausländern zu erlauben, das Land weiter auszuplündern... Ich habe noch nicht den Befehl zum heiligen Krieg (Djihad) gegeben, und ich wünsche noch immer, daß das Volk über seine Zukunft legal auf dem Weg der Wahlen entscheidet. Aber ich kann diese Rohheiten nicht unterstützen. Wenn sie nicht mit dem Töten aufhören, wenn die kaiserliche Garde nicht in ihre Kasernen zurückkehrt, und wenn die Armeechefs nicht der Ungerechtigkeit und

der Unterdrückung ein Ende setzen, werde ich, im Namen Gottes, die letzte Entscheidung treffen. Die Ausrufung des Kriegsrechts ist illegal und illegitim. Das Volk braucht es nicht zu respektieren. Habt keine Angst...“ („Le Monde“, 13.2.79).

Noch während die bewaffneten Menschen nach und nach am Sonntag alle wichtigen Punkte eroberten, erklärte Berater Khomeinys: „Unser Chef hat nur den Befehl an die Bevölkerung gegeben, sich auf den Kampf vorzubereiten. Er hat nicht den heiligen Krieg ausgerufen...“ („LM“, 13.2.79).

Auch am folgenden Tag, als der Palast und die Lawisan-Kaserne eingenommen wurden, erinnerte Khomeiny „Unruhestifter, die durch Brandanschläge und Sabotage Verwirrung stiften wollen, an ihre religiösen und menschlichen Pflichten“ und forderte dazu auf, „es nicht zuzulassen, daß solche Elemente den Ruf der Nation beflecken. Es darf keine Angriffe auf Botschaften geben“ („SZ“, 13.2.79).

Khomeiny unterstützte die bewaffneten Aktionen, die schließlich die Macht in die Hände der bürgerlichen und religiösen Opposition legten, nicht durch ein einziges Wort, im Gegenteil, er rückte die militanten Kämpfer in die Nähe von Unruhestiftern.

Verhaftungen und Hinrichtungen

Verhaftungen und Hinrichtungen

Von den bewaffneten Einheiten wurden Generäle, Offiziere und SAVAK-Agenten in Scharen beim Hauptquartier Khomeinys abgeliefert. Hoveida, ehemaliger Ministerpräsident, und Nassiri, im Juni unter dem Druck der Massen abgesetzter SAVAK-Chef (seit 65!), wurden von den Volkskräften in das Haus Khomeinys gebracht. Verhaftet wurden außerdem General Rahimi, Militärgouverneur von Teheran (sein Vorgänger, General Oveissi hatte sich rechtzeitig in die USA abgesetzt), General Afchat, Chef des berichtigten zweiten Büros der SAVAK, General Badri, Chef des Heeres und der Garde, der Militärgouverneur von Isfahan, Naji (Isfahan war noch vor Teheran in die Hände der Opposition übergegangen), General Khosrowdad, Chef der Eliteeinheiten des Heeres (er hatte zuvor versucht, von Shiraz aus ins Ausland zu entkommen), Luftwaffengeneral Rabii. Bakhtiar, der zwei Tage lang „verschwunden“ war – in Wirklichkeit hielt er sich unter dem Schutz seines Freundes und Nachfolgers Bazargan versteckt –, wurde verhaftet, nachdem Rabii im Fernsehen ausgesagt hatte, Bakhtiar habe ihn aufgefordert, die von der Bevölkerung belagerte Kaserne zu bombardieren („LM“, 15.2.). Der Militärgouverneur der Erdölprovinz Khusistan wurde im Hubschrauber abgeschossen, als er zu fliehen versuchte. Nach einem Aufruf durch den von Volkskräften besetzten Radiosender strömten Massen bewaffneter Menschen zum Teheraner Flughafen und verhinderten, daß sich hohe Offiziere mit ihren Familien aus dem Staube machten.

Hingerichtet wurden inzwischen fünf hohe Offiziere, u.a. die Generäle Nassiri, Rahimi, Chosrowdad, Nadschi. Gegen weitere 22 soll das Todesurteil verhängt worden sein.

Offiziere erschienen fast alle in Zivil und waren offensichtlich nervös. Gharani forderte sie auf, ihren Dienst wiederaufzunehmen und die Einheiten neu zu organisieren, die während der Ereignisse der drei Tage zerstreut worden waren. Sie seien bisher nur eine nationale Armee dem Namen nach gewesen, in Wirklichkeit die persönliche Armee des Schah. Von nun an sollten sie eine wirkliche nationale Armee sein, die den Grundsätzen des Islam gehorcht und dem Willen des Volkes. Die Offiziere, die das neue Regime nicht unterstützen könnten, sollten die Armee verlassen. Niemand der Anwesenden kam dieser Aufforderung nach („The Guardian“, 15.2.79).

Es ist kaum übertrieben, wenn man behauptet, mit dieser Rede sei die Umstrukturierung der Armee abgeschlossen gewesen. Folgende Posten wurden „neu“ besetzt:

— Generalstabschef wurde Gharani. Unter Mossadegh war er Chef der militärischen Sicherheit und wurde nach 53 kaltgestellt. Er wurde Ober-



Nach dem Sturz des Schah-Statthalters Bakhtiar demonstrieren bewaffnete Massen jubelnd durch die Straßen Teherans

Die neue Regierung und die Reorganisation der Armee

Unter Ausschaltung der Linken – Khomeiny war nicht einmal bereit, eine Delegation der Volksfedayin zu empfangen – wurde nach und nach die Regierung gebildet. Als Stellvertreter Barzagans wurde u.a. der enge Berater Khomeinys, Yazdi benannt. Direktor des Radios und Fernsehens wurde ebenfalls ein enger Berater Khomeinys, Ghotbzadeh. Spätestens seit Montag waren Rundfunk und Fernsehen wieder zensiert. Alle bisher besetzten Ministerien sind zum großen Teil mit Vertretern der Nationalen Front besetzt worden; Außenminister wurde Sandjabi, Arbeits- und Sozialminister Dariush Foruhar. Foruhar hatte unter dem Schah-Regime 15 Jahre im Gefängnis gesessen. In allen Fällen handelt es sich um eher rechte bürgerliche Politiker.

Noch aufschlußreicher als die Regierungsbildung sind die Versuche Bazargans, die Armee schnellstens zu reorganisieren. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag, als die Kämpfe in vollem Gange waren, berieten Bakhtiar und die Militärkommandeure die Lage. Bazargan wurde später zur Besprechung hinzugezogen.

Bei so enger Zusammenarbeit wundert es nicht, daß schon am Dienstag (einen Tag vorher war die Lawisan-Kaserne eingenommen worden) der neueingesetzte Generalstabschef Gharani alle höheren Offiziere zu einer Besprechung zusammenrief. Die

befehlshaber im Gebiet von Meshed. 1959 wurde er zu drei Jahren Haft verurteilt, als er gegen den Schah zu putzen versuchte (angeblich im Auftrag des CIA, da der Schah zunächst nicht bereit war, „Reformen“ wie die Landreform, die eine bessere Ausbeutung des Iran durch die Imperialisten ermöglichen sollten, durchzuführen). Über die Verhaftung seines Vorgängers, General Gharabaghis, ist nichts bekannt. Immerhin war er Innenminister unter der Regierung Sharif Emami und der Militärregierung gewesen. Er hatte sich zur Zusammenarbeit mit den Religiösen bereit erklärt.

— Luftwaffenkommandeur wurde Brigadegeneral Sayed Mahdyouun, der eine wichtige Rolle bei den letzten Kämpfen gespielt haben soll.

— Der Militärgouverneur und Polizeichef von Teheran, Rahimi (inzwischen hingerichtet) wurde durch seinen Stellvertreter, General Nowrouzi, ersetzt.

— Der Kommandeur der Gendarmerie behielt seinen Posten.

Diese „Umbesetzungen“ in der Armee zeigen deutlich, daß trotz der Hinrichtungen die Armee in ihren alten Strukturen wiederaufgebaut werden soll.

Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß offensichtlich in den letzten Wochen ein großer Teil der amerikanischen Berater das Land verlassen hat. Bisher sollen 41.000 Amerikaner das Land verlassen haben, die Evakuierung weiterer 5.000 soll beginnen („Neue Zürcher Zeitung“,



General Nassiri, Chef des berühmten Geheimdienstes SAVAK von 1965 – 1978, inzwischen hingerichtet

14.2.79). Wichtige Militäranlagen sind ebenfalls längst abgebaut worden.

Proteste gegen die neue Regierung

Während die revisionistische Tudeh-Partei sich in allen Fragen voll und ganz hinter Khomeiny gestellt hat (ohne daß sie allerdings in irgendeiner Weise beachtet wird) und auch zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgerufen hat, riefen die linken Gruppen zur weiteren Arbeitsverweigerung auf, da der künftige Kurs der neuen Regierung erst festgelegt sein müsse, bevor „das nationale Aufbauwerk gemeinsam begonnen werden kann“ („Die Neue“, 17.2.79).

Am Freitag demonstrierten in Teheran 50.000 Menschen, darunter viele Militärs in Uniform, für eine „demokratische Armee“ und gegen die Berufung zahlreicher Offiziere des Schah-Regimes in den neuen Generalstab. Auf dieser Demonstration wurde nicht nur die völlige Neustrukturierung der Armee gefordert, sondern die gleichwertige Beteiligung aller derer an der Regierung, die an der Revolution teilgenommen haben („SZ“, 17.2.79).

Nach Nachrichten des BBC soll ein großer Teil der Fernseh- und Rundfunkangestellten wieder in den Streik getreten sein. Schon die Einsetzung Ghotbzadehs zum neuen Direktor hatte zu starken Protesten bei den Angestellten geführt, die äußerten, man wolle sie nach monatelangem Streik um die Früchte des Sieges betrügen, indem man ihnen einen aus dem Ausland kommenden Direktor vorsetze, der außerdem sofort ihre Art, Informationen zu verbreiten, angefochten habe („LM“, 14.2.). Radio und Fernsehen hatten bei dem Erfolg der bewaffneten Aktionen in Teheran eine entscheidende Rolle gespielt, weil sie die Kommunikation unter den einzelnen bewaffneten Einheiten herstellten und Einheiten an ihre Einsatzorte dirigierten.

Um gegen Ghotbzadeh zu protestieren, hatten die Fernsehangeestellten die Fernsehgeräte zertrümmert. Am Dienstag die Arbeit kurzfristig niedergelegt und den früheren Militärvertreter die Nachrichten verlesen lassen.

Nach Meldungen der bürgerlichen Medien (auch die „Stimme der Revolution“, Radio Teheran, berichtet nur noch Khomeiny-konform) sollen dem Aufruf nach Aufnahme der Arbeit alle gefolgt sein. Der Rundfunk berichtete allerdings, daß nur 90 % der Ölarbeiter die Arbeit wiederaufgenommen hätten.

Daß die neue Regierung gerade unter den Ölarbeitern noch mit Schwierigkeiten zu rechnen hat, machte das Scheitern des Versuches Bazargans Ende Januar deutlich, die Ölarbeiter von der Aufnahme der Produktion zu überzeugen.

Bazargan und die von ihm geleitete Delegation hatten damals das Komitee der streikenden Ölarbeiter für abgesetzt erklärt, statt mit ihnen zu verhandeln. Dies geht aus der in der Zeitung „Iranshar“ (9.2.79) veröffentlichten Protest- und Rücktrittserklärung des ersten Vertreters der iranischen Ölarbeiter hervor. Nach dieser Erklärung war ein Teil der gewählten Vertreter der Ölarbeiter von reaktionären religiösen Kräften in Ahwaz (Nähe Abadan) mit dem Tode bedroht worden, weil sie der Wiederaufnahme der Erdölförderung nicht zustimmten – auch nicht für den Inlandsverbrauch. Sie hatten die Aufnahme der Arbeit bekanntlich an die Einsetzung einer gewählten Regierung und an die eigene Kontrolle der Verteilung geknüpft. In der Erklärung des Vertreters der Erdölförderung heißt es: „Jetzt, wo die blutigen Kämpfe des iranischen Volkes in eine neue Phase getreten sind, jetzt, wo unser heldenhafter Streik über 90 Tage dauert und

damit die Hähne für den Ölexport geschlossen sind, also die Schlagadern der vom Imperialismus abhängigen Reaktion mit der Anstrengung aller Klassen und Schichten des Volkes durchschnitten sind, und damit die Verjagung des Regimes aus seiner wichtigsten Stellung, nämlich die Verjagung des Schah aus dem Lande gelungen ist; jetzt, wo der erste Sturm sich gelegt hat und wo die Ruhe vor dem größten Sturm herrscht, ist der geeignete Moment gekommen für gut singende Vögel mit ihren zarten Knochen, um aus ihrem Versteck zu treten und sich zu präsentieren.

Mit dem wahnsinnigen Gedanken, der Weg sei zu Ende, obwohl die Bewegung unseres Volkes, die viel Blut gekostet hat, erst die erste Phase, die Vorrevolution erreicht hat; mit dem Gedanken, mit der Leiche des verbrecherischen Regimes sich Vorteile zu verschaffen, mit der Vorstellung, Vertreter oder Minister zu werden, wollen sie jetzt durch die Ergreifung gewisser Instrumente, durch die Unterdrückung von Meinungen, dafür sorgen, daß jede Verbreitung des Rufs nach Freiheit verhindert werden soll, [und zwar] mit der Begründung, mit dem Vorwand, daß sonst Spaltung und Uneinigkeit auftauchen könnten...

Bewaffnete Gruppen

Die Volksfedayin haben gleich nach den ersten Aufrufen Khomeinys am Sonntag, die Waffen wiederabzugeben, erklärt, daß sie die Initiativen des Chefs der religiösen Kräfte respektieren, die Verteilung der Waffen zu kontrollieren. Sie seien aber der Meinung, daß sie in den Händen des Volkes bis „zum endgültigen Sieg“ bleiben sollten.

Sowohl die Volksmodjahedin als auch die Volksfedayin (die ein gemeinsames Komitee gegründet haben, um „den Gebrauch der konfigurierten Waffen zu koordinieren und zu überwachen“) kritisieren, daß man sie nicht an den Entscheidungen beteiligt. Die Volksfedayin erklärten: „Wir haben den Eindruck, daß man uns

haben den Eindruck, daß man uns isolieren will und daß der Platz der Arbeiterklasse leer bleibt, obwohl die letztere ein bestimmendes Element des Kampfes war, besonders durch den Streik der Ölarbeiter, die einen entscheidenden Schlag gegen das Regime geführt haben.“ Des weiteren kritisieren sie die Reorganisation des Militärs. „Die Generale, die gegen das Volk gewesen sind, drehen ihre Weste um und werden in ihren Funktionen belassen, während Appelle an die Kräfte gerichtet werden, die am Kampf teilgenommen haben, die Soldaten und Avantgarde-Bewegungen.“ „Personen, die nicht am Kampf teilgenommen haben, werden in die Regierung aufgenommen oder haben verantwortungsvolle Posten erhalten.“ „Wir fordern, daß die politische Reorganisation zusammen mit den Volkskräften vorgenommen werden muß.“ („LM“, 15. und 16.2.79).

In der Technischen Universität haben die Volksfedayin inzwischen ein militärisches Ausbildungslager eingerichtet. Die zur Uni führende Straße ist von Studenten mit erbeuteten Panzern abgeriegelt worden. Mehrere hundert Meter lange Schlangen von Frauen und Männern stehen täglich an und warten auf den Waffenunterricht („SZ“, 17.2.).

Die Volksfedayin haben erklärt, daß die Regierung Bazargan von ihnen „geachtet und unterstützt“ wird, eine Regierung aber, die keinen Fortschritt gegenüber den bisherigen Verhaltensweisen bringt, werde aber bekämpft werden („NZZ“, 16.2.79).

(Informationen erhielten wir von CISNU- und KB-Genossen aus Westberlin und Essen).

Nahost-Kommission

Gericht läßt Ustascha-Faschisten laufen

In Köln fällt das Landgericht am 1.2. das Urteil im Prozeß gegen die Brüder Bilandzic: Freispruch für Ivan B. und sechs Monate für Stjepan B. bei Anrechnung der Untersuchungshaft. Das Urteil ist praktisch eine Aufforderung an die beiden, ihre terroristischen Aktivitäten gegen Jugoslawien fortzusetzen! Die BRD macht damit ihrem Ruf alle „Ehre“, Tummelplatz für alle möglichen Figuren der internationalen Faschisten-szene zu sein. Wen würde es da noch wundern, wenn es sich als richtig herausstellen sollte, daß sich auch die italienischen Faschisten Freda und Ventura hierzulande aufhalten (siehe Artikel in diesem AK)?!

Seit dem 10.1.1979 standen die beiden Exilkroaten vor dem Kölner Landgericht, angeklagt des Verstoßes gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz.

Dieser Prozeß verdient besondere Beachtung, führt man sich vor Augen, welchen Stellenwert Stjepan Bilandzic für die exilkroatische Ustascha-Bewegung hat. Stjepan Bilandzic kam 1958 in die BRD, nachdem ihm der Boden in Jugoslawien zu heiß wurde. Ivan Bilandzic emigrierte schon ein Jahr vorher. Stjepan Bilandzic ist Vorsitzender des „Kroatischen Volkswiderstandes“ („Hrvatski Narodni Otpor“), eine der wichtigsten Nachfolgeorganisationen der Ustascha-Bewegung, und somit eine der (wenn nicht die) wichtigsten Figuren der Ustascha-Faschisten. Stjepan Bilandzic war 1962 an dem Sprengstoffanschlag auf die jugoslawische Botschaft in Bonn beteiligt, wofür er in der BRD drei Jahre absaß („FR“, 11.1.). Auf das Konto des „Hrvatski Narodni Otpor“ gehen die Anschläge auf die jugoslawischen Generalkonsulate in Stuttgart und Dortmund, sowie diverse andere Terroraktivitäten („Hamburger Morgenpost“, 18.8.78).

Die faschistische Organisation verfügt über internationale Kontakte, wobei Stjepan Bilandzic eine besondere Rolle spielt. Einer der Anwälte Bilandzics, Helmut Rosebrock, (über den in diesem Artikel noch zu reden sein wird), meinte in dem Kölner Prozeß:

„Stjepan Bilandzic sei aus der Sicht Belgrads eine große Gefahr, weil es ihm gelungen sei, die bislang zumeist zerstrittenen kroatischen Exilorganisationen in der Bundesrepublik und auch weltweit wieder zusammenzuführen“ („FAZ“, 31.1.79).

Bei einer Hausdurchsuchung 1977 fand die westdeutsche Polizei bei Stjepan Bilandzic Handfeuerwaffen, eine Abschußvorrichtung für Panzerabwehrraketen, bei Ivan Bilandzic eine Pistole, fünfzig Schuß Munition und drei Nebelhandgranaten („FAZ“, 11.1.). Ein Teil dieser Waffen stammte aus einem US-Depot in Saarbrücken.

Nachdem im Mai 1978 die jugoslawische Polizei die „mutmaßlichen Terroristen“ – so der Pressejargon – Brigitte Mohnhaupt, Rolf Clemens

Terroristen“ – so der Pressejargon – Brigitte Mohnhaupt, Rolf Clemens Wagner, Peter Boock und Sieglinde Hofmann verhaftet hatte, verlangte Jugoslawien kurz nach dem Auslieferungsgesuchen der BRD seinerseits die Auslieferung von acht Exiljugoslawen, die von Jugoslawien terroristischer Aktivitäten verdächtigt wurden, darunter Stjepan Bilandzic.

Nach mehrmonatigem Hinhalten und Feilschen – Wischniewski selbst eilte nach Belgrad – entschieden die zuständigen BRD-Gerichte in sieben Fällen gegen Auslieferung. Einzig Stjepan Bilandzic hätte gemäß des Spruchs des Oberlandesgerichts Köln

vom 11.8.78 ausgeliefert werden können. Begründet wird dieser Beschluß mit der Feststellung, Bilandzic sei „kein politischer Täter“, seine Verbrechen seien rein krimineller Natur („FAZ“, 18.8.78).

Gleich nach dieser Urteilsverkündung kündete der Rechtsanwalt Bilandzics, Wilhelm Schöttler, Terroranschläge für den Fall der Auslieferung an. Das „Hamburger Abendblatt“ vom 18.8.78 zitierte Schöttler mit dem Ausspruch: „Gerade das, was im Falle einer Auslieferung zu erwarten sei, „war die Sache mit Baader/Meinhof nur das Husten einer Mücke.“ Ihm wurde daraufhin das Mandat entzogen.

Am 17.8.78 besetzten prompt zwei exil-kroatische Faschisten die westdeutsche Botschaft in Chicago, um die Auslieferung von Bilandzic zu verhindern. „Rein zufällig“ – versteht sich – weilten derzeit auch Ivan Bilandzic und der Rechtsanwalt Bilandzics, Rosenbrock, in Chicago. Nach einem Besuch dieser beiden Herren und nach zwei Telefonaten der Ustascha-Terroristen (aus der Botschaft direkt) mit dem zu der Zeit in Köln inhaftierten Stjepan Bilandzic, brachen die Ustascha-Faschisten die Besetzung und Geiselnahme ab („Hamb.Abenbl.“, 18.8.78).

Ebenfalls Mitte August legten in New York Ustascha-Faschisten Sprengsätze in die Bibliothek der Vereinten Nationen und eine Bombe in ein Schließfach der Grand Central Station („Süddeutsche Zeitung“, 18.8.78). Nichtsdestotrotz zitierte ein Großteil der westdeutschen Presse Äußerungen Bilandzics, die er vor dem Kölner Landgericht machte, er wolle nur politisch gegen die jugoslawische Regierung arbeiten, Gewalt befürworte er „nur“ in Jugoslawien selbst, nicht aber im Ausland.

Am 13.9.78 entschied die Bundesregierung, die bei der Auslieferung das letzte Wort hat, Stjepan Bilandzic nicht auszuliefern. Bedenkt man, daß Stjepan Bilandzic – von der einen Haftstrafe einmal abgesehen – die BRD unbehelligt rund 20 Jahre lang als Ausgangspunkt und Aktionsfeld für faschistische Ustascha-Aktivitäten benutzen konnte, so klingt die Begründung schlichtweg zynisch und makaber: „... weil der Tatort dieser Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland liegt, haben die deutschen Behörden entschieden, der deutschen Strafverfolgung gegenüber dem Auslieferungsgesuchen den Vorrang einzuräumen.“ („FAZ“, 1.12.78) Für Stjepan Bilandzic ist das jedenfalls angenehmer.

Nar Prozeßverlauf

Der Prozessverlauf

Der Prozeß begann wie erwartet. Die Anklage wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB) wurde ohne Verhandlung fallengelassen – aus „prozeßökonomischen“ Gründen. Der Aufwand lohne sich angesichts des zu erwartenden Strafmaßes (Höchststrafe drei Jahre) nicht, und außerdem sei der zweite Anklagepunkt, Verstoß gegen das Sprengstoff-, das Waffen- und das Kriegswaffenkontrollgesetz, sowie so wichtiger. („Köln Stadtanzeiger“, 11.1.79). Stjepan Bilandzic gab

an, die Pistolen zur „Selbstverteidigung“ (gegen den jugoslawischen Geheimdienst UDBA) angeschafft und außerdem „von einem verstorbenen Pfarrer geerbt“ zu haben; Ivan Bilandzic behauptete, die Pistole gehöre seiner Frau.

Die Raketenwerfer wollten sich noch nie gesehen haben, und die bei Ivan Bilandzic entdeckten Handgranaten müßte der UDBA (!) dort deponiert haben („Köln Stadtanzeiger“, 10.1.). Der Anschlag sei eine „Jugendstunde“ gewesen, erklärte Stjepan Bilandzic (Hamb. Abendblatt, 11.1.). „Aber das jugoslawische Regime muß notfalls mit Gewalt beseitigt werden“ („FAZ“, 11.1.).

Nun beschloß das Kölner Landgericht, nach Zagreb zu fliegen – zur Zeugenvernehmung und Beweismittelsichtung. Denn in Jugoslawien sitzen Zlatko Grbsa und Neand Marketic hohe Geldstrafen ab („FAZ“, 18.1.), da sie nach jugoslawischen Ermittlungen die Waffen von den Bilandzic für Terroranschläge in Jugoslawien erhielten. Diese Waffen stammten aus einem US-Depot bei Kaiserslautern.

Stjepan Bilandzic streitet Kontakte zur jugoslawischen Untergrundbewegung keineswegs ab, behauptet aber, dem „Kurier lediglich Propagandamaterial“ übergeben zu haben („Hamb. Abendblatt“, 11.1.). Der Vorsitzende Richter dieses Prozesses, Kiersdorf, äußerte nach diesem Jugoslawien-Ausflug:

„In der Substanz haben wir bekommen, was wir erwarten konnten“ („FAZ“, 18.1.).

Wie das jetzige Urteil zeigt, haben sie entweder nichts daraus gemacht, oder sie wollten gar nichts erhalten. Am 30.1. wurden jedenfalls die Schlußplädoyers gehalten: Die Staatsanwaltschaft verlangte vier Jahre Freiheitsstrafe für Stjepan Bilandzic und drei Jahre und drei Monate für Ivan Bilandzic. Die Rechtsanwälte (Rosebrock und Gerken) fordern Freispruch, da der Prozeß „ein vom jugoslawischen Geheimdienst inszeniertes Geschehen“ sei („FAZ“, 31.1.79).

An dieser These fand auch die westdeutsche Presse von Anfang an Gefallen. Zwei Beispiele:

„Freilich, wo so eindeutig der Sache des Ossenfelder Häftlings (S. Bilandzic; d.V.) geschadet wird, darf man wohl nicht ausschließen... daß nämlich in New York ganz gezielt Provokateure des jugoslawischen Geheimdienstes UDBA am Werk waren“ – so die „Süddeutsche Zeitung“ am 18.8.78. Und die „FAZ“ spekuliert am 30.1.79:

„Möglicherweise haben ihre politischen Feinde in Jugoslawien ihnen... eine Falle gestellt. Was wäre, wenn sie hineingetappt wären und dann tatsächlich – die Fußangeln nicht ahnend – aus freiem Willen Waffenhandel betrieben hätten. Gelegenheit ist verführerisch.“

Für faschistischen Terror findet die westdeutsche Pressejournalaille

Für faschistischen Terror findet die westdeutsche Pressejournalaille doch allemal Entschuldigungen.

Und natürlich durfte bei der Presseberichterstattung auch der Hinweis nicht fehlen, daß die BRD die Bilandzics wenigstens vor ein „ordentliches“ Gericht bringt, während Jugoslawien die „mutmaßlichen Terroristen“ einfach laufen ließ. (Daß Bonn Belgrad um Strafverfolgung auch gar nicht gebeten hat, wird dabei meist verschwiegen.)

Auslieferung der Ustascha-Faschisten an die SFR Jugoslawien!

RGW-Kommission/KB Hamburg und ein Kölner Genosse

Die Aussperrung bei der „Times“ hält an

Seit Donnerstag, den 30. November 1978, sind 4300 Mitarbeiter der konservativen „Times“, „Sunday Times“ und weiterer drei Zeitschriften der Thomson-Verlagsgruppe von dem Verlagskapitalisten Lord Thomson von Fleet ausgesperrt worden. Die Geschäftsleitung stellte aus drei Gründen das Erscheinen der Zeitungen ein:

„Sie will die Einführung der neuen Satztechnik über Bildschirmgeräte, die am Widerstand der Gewerkschaft bisher scheiterte, jetzt erzwingen; sie will den überhöhten Personalstand im technischen Bereich reduzieren; sie will mit den einzelnen Gewerkschaften und Betriebsgruppen Abkommen treffen, durch die spontane Arbeitsniederlegungen (...) weitgehend verhindert werden“ („FR“, 9.2.79).

Um diese Ziele umzusetzen,

schreckte das Management vor riesigen Massenentlassungen nicht zurück. Bisher sind nahezu 3000 Mitarbeiter gekündigt worden, die spätestens bis zum 13. März das Haus verlassen müssen. Selbst die Bemühungen des Arbeitsministers, eine Lösung für die „Times“ zu finden, mußten scheitern, da eine berechnete gewerkschaftliche Forderung, daß Kündigungen zunächst widerrufen und entlassene Mitarbeiter sofort wieder einzustellen seien“ („HB“, 2.2.79), von dem Verlagskapitalisten Thomson beharrlich abgewiesen wurde.

Es steht zu befürchten, daß die Thomsons, die im letzten Jahr über 126 Millionen Pfund Profit im Öl- und Schiffahrtsgeschäft gemacht haben, die Times Newspapers Ltd. bewußt liquidieren oder zumindest verkaufen wollen, da die Zeitung

für sie unrentabel geworden ist.

Darüberhinaus wird die Zukunft der Times noch aus einem anderen Grunde immer bedrohlicher, da die Konkurrenz das Nicht-Erscheinen ausnützt, um ihre Verkaufszahlen zu erhöhen.

„Seit die knapp 300 000 Exemplare der konservativen „Times“ nicht mehr auf dem Tageszeitungsmarkt sind, hat der rechtskonservative „Daily Telegraph“ 50 000 neue Leser gewonnen. Der „Guardian“ (liberal), dessen Druckkapazitäten begrenzt sind, ... steigerte seine Auflage um 20 000“ („FR“, 9.2.79). Viele Arbeiter und Redakteure blicken mittlerweile so unsicher in die Zukunft, daß sie zunehmend erwägen, „sich zu Arbeiter-Kooperativen zu formieren und das Blatt in eigene Regie zu nehmen“ („HB“, 2.2.79). Bravo!

Medienkommission

KB-Prozesse

Russell-5-Prozeß: Bericht vom 5. und 6. Prozeßtag

Seit dem letzten Bericht sind zwei weitere Prozeß-Termine über die Bühne gegangen.

Am 8.2.79 (1. Prozeßtag) ging der Prozeß in die Phase der Beweisaufnahme. Die Verteidigung legte eine Reihe von Beweisanträgen vor, und zwar zunächst zu folgenden Komplexen:

- zu bewußtem und planmäßigem Aufbau von „polizeilichen Sonderkommandos außerhalb demokratischer Kontrolle und unter staatlich zentralisierter Lenkung“, zu ihrer Vergleichbarkeit mit der GeStaPo und Anti-Guerilla-Kommandos in heutigen faschistischen Diktaturen; zur faktischen Aufhebung der Trennung von Polizei und Geheimdiensten;
- zu dem Einsatz der GSG 9 in Mogadischu, zur Mißachtung von Verfassungsgrundsätzen durch die politische Führung und die GSG 9, und insbesondere dazu, daß „der Krisenstab bei seinen Planspielen zur Lösung des Falles eine Exekution der in Stammheim einsitzenden Gefangenen erwogen“ habe;
- zur personellen Kontinuität von Alt-Nazis im Polizei- und Geheimdienst-Apparat der BRD.

Staatsanwalt Reumann mauert und pöbelt

Staatsanwalt Reumann verhöhnte Beweisanträge als „reine Scheumschlägerei“ und bemühte sich, die angebotenen Beweismittel der Verteidigung als „unwissenschaftlich“, „Durcheinander von Tatsachenbehauptungen und Wertungen“, „unbedeutend“, „untauglich“, „unbestimmt“ und nicht auf die konkreten Vorwürfe bezogen hinzustellen. Er verlangte in Bausch und Bogen ihre Ablehnung.

Mit diesem einfachen Trick, den Gegenstand der Anträge entweder als allgemein bekannte und anerkannte Tatsachen lächerlich zu machen oder sie als „reine Wertungen“ abzutun, wird von der StA versucht, eine auf Fakten beruhende Erörterung über die Berechtigung der Aussagen des angeklagten Buches zu verhindern – und stattdessen o h n e Ansehung der Fakten eine Verurteilung zu erwirken. Damit wird der Prozeß zur reinen Gesinnungsverfolgung.

In arroganter Manier „untermauert“ StA Reumann seinen Ablehnungsantrag noch mit einzelnen Beispielen:

- die Existenz von Sonderkommandos sei bekannt, „keiner zweifelt das an“;
- die demokratische Kontrolle der Sonderkommandos sei gewährleistet, das Parlament „kennt“ die Kommandos, „jedermann weiß doch, daß sie kontrolliert werden“;
- eine staatliche Zentralisierung der Kommandos gäbe es nicht, „jeder weiß doch, daß die Sonderkommandos nicht zentralisiert sind“, sondern Ländersache seien;
- der Auslandseinsatz der Sonderkommandos, ebenso wie ihr Inlandseinsatz, sei keine Geheimsache, „jeder weiß, daß die Kommandos immer wieder eingesetzt werden“, dafür seien sie ja da;
- Die Übernahme von Alt-Nazis in den „Sicherheits“-Apparat der BRD sei bekannt, die Aufzählung in dem Buch sei nicht einmal vollständig.

Wenn die Verteidigung diese „allgemein bekannten“ Tatsachen zum Gegenstand von Beweisanträgen mache, dann sei das „reine Wertung – was soll's!“. Insbesondere in dem Vergleich der Sonderkommandos mit der GeStaPo und mit ausländischen Anti-Guerilla-Einheiten konnte StA Reumann überhaupt keinen Sinn sehen. Einen Vergleich zur historischen Entwicklung der GeStaPo kommentierte er: „Was soll das? Das war eine geschichtliche Erscheinung. Die braucht man nicht unter Beweis zu stellen.“ Die wachsende apparative Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten und Polizei fand StA Reumann ganz in Ordnung. Es sei doch offenkundig, daß ein Nachrichtenaustausch zwischen „verschiedenen Behörden“ notwendig sei. Auch hier fand er den historischen Vergleich unnötig, obwohl er im gleichen

Atemzug das bewußte Anknüpfen verschiedener „Sicherheits“-Strategien an die Nazi-Erfahrung damit zu rechtfertigen suchte, daß dies ja auch dazu dienen könne, „Fehler zu vermeiden“.

RA Mäffert charakterisierte in seiner Erwiderung die Methoden der Staatsanwaltschaft an einem Beispiel: Nach dem Muster von StA Reumann würde dieser auf eine Prozeßdarstellung, die Polizei habe während eines Einsatzes ohne Grund einen Bürger brutal zusammengeschlagen, wie folgt erwidern: Die Tatsache, daß die Polizei schlägt, ist „allgemein bekannt“. Ob dieser Einsatz verhältnismäßig war, d.h. zu Recht erfolgt, sei eine „reine Wertungsfrage“, könne also nicht Gegenstand einer Beweiserhebung sein. Mit einer solchen Argumentation würde in der Konsequenz jeder Wahrheitsbeweis vom Tisch gewischt werden können. Diese Methode, jeden Wahrheitsbeweis vom Tisch zu wischen, sei aber ein typisches Merkmal faschistischer Justiz. Ein solches Rechtsverständnis sei gleichbedeutend damit, daß die Justiz zum Vollstreckungshelfer der politischen Exekutive wird.

Exekution politischer Gefangener: „Na und?“

Die Mentalität, mit der die StA diesen Prozeß führt, entlarvte sich besonders in Reumanns Entgegnung auf

tes warf sich Richter Betz nunmehr für ihn in die Bresche: Er bestätigte die Ablehnung des Protokollierungsantrages mit der Begründung, der Staatsanwalt habe mit seiner Aussage „andeuten wollen“, daß der Beweisantrag (betrifft Planung von Exekution, d.V.) „ohne Belang“ sei, bzw. „als wahr unterstellt“ werden könne. Insofern handle es sich nicht um Billigung dieser Planungspraxis.

Unabhängig von sonstigen Berwertungen dieses richterlichen Vorgehens bleibt zunächst festzuhalten: das Gericht hält es offenkundig für möglich, daß die Anklagebehörde selbst für „wahr unterstellen“ wolle, daß hierzulande Exekutionen Bestandteil der Planung sind. Solche Aussagen werden von einem Staatsanwalt getroffen und von einem Richter gedeckt, die als „Organe der Rechtspflege“ in einem Staat fungieren, der darum prozessiert, nicht mit seiner Nazi-Geschichte verglichen zu werden! Hierauf wird im Verlauf des Prozesses zurückzukommen sein!

In Ergänzung zu den bereits am 5. Verhandlungstag gestellten Beweisanträgen forderte RA Mäffert die Zeugenvernahme der Verfasser des „Stern“-Buches „SOS – Freiheit in Deutschland“, sowie des Herausgebers H. Nannen. Begründung: Auch sie sehen sich angesichts des Abbaus demokratischer Freiheiten in der BRD zu einem kritischen Hinweis auf



Jürgen Reents, Angeklagter im Zensurprozeß gegen das „Russell-Buch 5“



Jürgen Reents, Angeklagter im Zensurprozeß gegen das „Russell-Buch 5“

den Beweisantrag über die Vorfälle während der Schleyer-Entführung. Nach Kennzeichnung der GSG 9 – Aktion in Mogadischu als „Notwehr“ gegen „Verbrecher“ ließ StA Reumann sich zu der Bemerkung hinreißen: „Daß sich Gedanken über eine mögliche Exekution der politischen Gefangenen gemacht wurden, dazu kann ich nur sagen: na und?“ – Auf den Antrag der Verteidigung hin, dies zu Protokoll zu nehmen, bestätigte Reumann nochmal ausdrücklich: „Diese Worte sind gefallen.“ Die Entscheidung über die förmliche Aufnahme dieser Bemerkung ins Protokoll, sowie die Entscheidung über die Behandlung der Beweisanträge vertagte das Gericht auf den nächsten Prozeßtermin.

Zu Beginn dieses Termins, dem 6. Verhandlungstag am 15.2.79, verkündete Richter Betz die Ablehnung des Protokollierungsantrages. RA Mäffert widersprach dem noch einmal mit folgender Begründung: Der Anklage wird jegliche Grundlage entzogen, wenn die StA einerseits die Praxis solcher „Planungen“ billigend bestätige, andererseits aber das Buch u.a. deswegen anklagt, weil es darin heiße: „Bei der Jagd auf Terroristen ist die Exekution bereits Bestandteil der Planung“ (Punkt 14 der Anklage). StA Reumann mache seine Bemerkungen schließlich als Vertreter des Staates. Von daher würden diese Aussagen schon selbst mit zum Bestandteil der Beweisaufnahme. Eine Ablehnung des Protokollierungsantrages sei ein Vorgriff auf den Verlauf des Verfahrens, nämlich die richterliche Abstützung für die Linie der StA, jede inhaltliche Auseinandersetzung zu unterdrücken. Ohne weitere – an sich notwendige – Erklärungen seitens des Staatsanwal-

tes Erfahrungen mit der GeStaPo genötigt. Konkret heißt es in dem Buch dazu: „Die Beobachtende Fahndung“ aber führt zur geheimen Staatspolizei, die durch das Alliierte Kontrollratsgesetz Nr. 31 von 1946 verboten ist.“

StA Reumanns Antwort wiederholte in stereotyper Manier die „Argumentation“ vom 5. Verhandlungstag: Es würden „keine Tatsachen unter Beweis gestellt“, „die Wertungen von irgendwelchen Journalisten“ seien ohne Belang. Auf die verzweifelte Ermahnung des Richters Betz, er müsse aber doch Stellung zu dem neuen Antrag nehmen, und er solle sich doch den Antrag durchlesen, „besonders die Seite 2“, antwortete Reumann unbewegt, auf einzelne Punkte komme es nicht an. Der Antrag sei abzulehnen wie die anderen. In seiner provokativen Selbstsicherheit verzichtete der Staatsanwalt damit sogar darauf, dem Richter die dringend benötigte Entscheidungshilfe zu gewähren. Richter Betz vertagte daraufhin erneut sämtliche Entscheidungen – selbst über die schon in der Woche zuvor aufgeschobenen und zur Entscheidung anstehenden Anträge des 5. Verhandlungstages – auf den nächsten Termin. Seine umwerfende Begründung: er wolle alles „in toto“ (d.h. im Ganzen) entscheiden.

Man darf gespannt sein, ob der Richter im Toto bis zum nächstenmal wirklich die Entscheidung findet.

Der nächste Termin findet statt: Donnerstag, d.22.2.79, 9.30 Uhr, Raum 297. Es soll die Entscheidung verkündet werden, ob Beweisanträge zugelassen werden sollen oder nicht.

Es dürfte spannend werden!

IKAH

Solidaritätsveranstaltung in Hamburg

Rund 600 Teilnehmer besuchten eine Solidaritätsveranstaltung am 9. Februar in Hamburg, auf der Prof. Christian Sigrist aus Münster, Jürgen Ahrens (ehemaliger ASTA-Vorsitzender der Uni Göttingen), Thomas Luczak (Regionalkomitee NRW der „KPD“), Rechtsanwalt Uwe Maeffert und Jürgen Reents sprachen. Aufglockert wurde die Veranstaltung durch Lieder des Hamburger Straßentheaters.

Jürgen Reents berichtete über den bisherigen Verlauf des Russell-5-Prozesses, über die politischen Enthüllungen, die mit dieser Anklage aus der öffentlichen Diskussion verbannt werden sollen, und zeigte dann anhand einiger Beispiele den Zusammenhang zwischen Zensurmaßnahmen gegen die Linke und der weitgehenden Gleichschaltung der bürgerlichen Massenmedien auf. Rechtsanwalt Maeffert referierte über den „Staatsverleumdungs“-Paragraphen 90a, wobei er insbesondere dessen unterschiedliche Anwendung (bzw. Nicht-Anwendung) gegen Linke einerseits und gegen Neo-Nazis andererseits herausarbeitete und anhand von Äußerungen hoher Staatschützer selbst die Funktion des § 90a als willkürlich anwendbares Instrument der Gesinnungsjustiz belegte.

Prof. Sigrist berichtete ausführlich über das gegen ihn gerichtete 90a-Verfahren, an dessen Ende er zu 5.400 DM Geldstrafe verurteilt wurde, weil er bei einer Podiumsdiskussion in Stockholm die Duisburger Polizei für den Tod von Günther Routhier verantwortlich gemacht hatte. Prof. Sigrist sprach desweiteren über die Schwierigkeiten der von der Polizei und Justiz Verfolgten, sich gegen diese Repression zur Wehr setzen und den Folgen standhalten zu können und schlug

in diesem Zusammenhang die Bildung von Bürger-Komitees zur Verteidigung und Unterstützung der Verfolgten vor.

Thomas Luczak informierte beispielhaft über Zensurprozesse gegen die „KPD“, die bereits ein Ausmaß angenommen haben, daß eine vollständige Erwähnung auf dieser Veranstaltung gar nicht möglich war. Er erklärte in diesem Zusammenhang die Bereitschaft der „KPD“ zu Aktionseinheiten auf diesem Sektor. Jürgen Ahrens ging schließlich auf die Prozeßwelle gegen die Herausgeber bzw. Nachdrucker des „Bubacknachrufs“ ein und machte kritische Anmerkungen über die mangelhafte und zögernde Solidarität innerhalb der Linken, wo einigen häufig die Distanzierung von den politisch Verfolgten leichter von den Lippen geht als die Solidarisierung mit ihnen. Jürgen Ahrens betonte, daß es auch nicht genügt, mal zu einer Veranstaltung zu kommen, und forderte die Wiederaufnahme einer gründlichen und offenen Diskussion in der Linken dazu. Ferner regte er an, daß diejenigen, die heute von der Klassenjustiz verfolgt werden, über örtliche und organisatorische Grenzen hinweg zu einem Erfahrungsaustausch und gegenseitiger Beratung zusammen kommen. Die Teilnehmerzahl dieser Veranstaltung – für Hamburger Verhältnisse und speziell auch für die Mobilisierungsfähigkeit des KB nicht gerade berauschend – war letztlich selbst ein Spiegelbild der Schwierigkeiten, die die Linke mit der Solidarität in ihren eigenen Reihen hatte.

Erfreulich war dennoch das Spendenergebnis von knapp 5.000 DM, das je zur Hälfte zur Unterstützung von Werner Hoppe und zur Prozeßunterstützung der 90a-Verfahren gegen den KB verwendet wird.

Veranstaltung Braunschweig

Gut 50 Teilnehmer kamen am 13.2. in Braunschweig zu einer Diskussionsveranstaltung über den Prozeß gegen das „Russell-Buch 5“. Veranstalter waren die ASTen der TU und der FHS, der Antifaschistische Arbeitskreis, die Russell-Initiative und der KB. Auf dem Podium diskutierten H. Erchinger, Studentenfarrer der ESG-Braunschweig, Rechtsanwalt J. Backhaus, ein Vertreter der Braunschweiger Russell-Initiative sowie je ein Vertreter des Hamburger IKAH und des Reents-Verlages. Geboren war diese Veranstaltung aus einem Treffen von Unterzeichnern der Protesterklärung gegen die 90a-Anklagen.

Die Podiumsteilnehmer waren sich darin einig, daß es als bedrohlich für die Meinungs- und Pressefreiheit in der BRD anzusehen ist, wenn die Justiz sich anmaßt, auf strafrechtlichem Weg in politische Diskussionen einzugreifen. RA Backhaus wies u.a. auf die unübersehbare Tendenz hin, daß die Justiz zunehmend nicht mehr den Einzelnen vor Übergriffen des Staates schützt, sondern vorrangig den Staat vor Kritiken des Einzelnen. Solidarität und Protest gegen Gesinnungsjustiz könne nicht von der Übereinstimmung oder Nicht-Übereinstimmung mit der Meinung des Verfolgten abhängig gemacht werden, meinte auch Pfarrer Erchinger. Allerdings sei er aus diesem Grund auch gegen eine Verurteilung und Inhaftierung von Neonazis wie etwa Schönborn und Christophersen, wie dies in anderen Publikationen des KB gefordert wird. Dem wurde von den Vertretern des Reents-Verlages und des IKAH sowie auch von anderen Teilnehmern entgegen gehalten, daß das Eintreten für Meinungsfreiheit geradezu erfordere, daß (auch juristisch) gegen diejenigen vorgegangen wird, die die demokratischen Rechte erklärtermaßen abschaffen wollen.

Kontrovers wurde auch über den Inhalt des inkriminierten Buches diskutiert. Pfarrer Erchinger kritisierte u.a., daß ein Vergleich der heutigen Polizei mit der GeStaPo, die tausendfach gemordet hat, völlig unangebracht sei und daß darin

eine gefährliche Verharmlosung des Faschismus liege. Die Vertreter des Verlages und des IKAH versuchten demgegenüber aufzuzeigen, daß es vor allem darum ginge, Parallelen in den Strukturen des heutigen geheimpolizeilichen Apparates und dem der Nazi-Herrschaft zu erkennen und vor den damit verbundenen Gefahren zu warnen.

Wenn diese Veranstaltung auch weniger besucht war, als erwartet, so kann sie doch als ein guter Schritt für eine stärkere Diskussion über die Zensur und die polizeistaatliche Entwicklung in der BRD begrüßt werden. Daran gilt es weiter zu arbeiten. Eine Spendensammlung zur Prozeßunterstützung ergab an diesem Abend 100 DM.

(nach einem Bericht der Braunschweiger Gruppe des KB)

Sozialistische Basisgruppe an der TU Clausthal

„Liebe Genossen!“

Mit einer Serie von Staatsschutzprozessen wird versucht, Euch und den Verlag Arbeiterkampf zu kriminalisieren und finanziell zu ruinieren. Das ist ein eindeutiger Versuch des Staates, in Zukunft die nicht nur für die Linke notwendigen Informationen (wie über den Aufbau der neuartigen GESTAPO in Russell-Buch 5, regelmäßige Informationen über Alt- und Neonazis, etc.) zu unterdrücken. DAS WIRD IHNEN NICHT GELINGEN!!!

Wir unterstützen Eure Unterschriftensammlung. Als Zeichen unserer praktischen Solidarität haben wir beschlossen, bis auf weiteres die Überschüsse von unserem Büchertisch Euch für die Prozesse zur Verfügung zu stellen.

Mit solidarischen Grüßen
I.A. der SBC: Michael“

(angeheftet waren dazu als erster Beitrag 40DM)

Neues Forum Österreich

„Der neueste Hit auf der westdeutschen Unterdrückungsszene ist die ‚Verunglimpfung der Bundesrepublik nach § 90 a Strafgesetz.‘ Mit diesem Satz beginnt ein Artikel zu den 90 a-Prozessen gegen den KB in der Januar/Februar-Ausgabe des „Neuen Forum“, einer viel gelesenen unabhängigen sozialistischen Zeitschrift in Österreich. Der Artikel von Michael Sieger, mit der Überschrift „Der Glimpf ist in Gefahr! – Kapriolen der Zensur in der BRD“, kennzeichnet den 90 a als „grusigen Gummiparagraphen“. Zur Anklage gegen das „Russell-Buch 5“ meint das „Neue Forum“:

„Ob die BRD bloß autoritär wird oder schon faschistoid, ist eine gesellschaftswissenschaftliche Diskussion, in die sich die Justiz nicht einzumischen hat. Wir glauben, daß diese Diskussion wichtig ist und schon deshalb geführt werden muß, damit der Fehler der radikalen Linken von Anfang der dreißiger Jahre vermieden wird: den Autoritarismus für den Faschismus zu nehmen und dadurch für die eigentliche Faschismusgefahr blind zu werden.“

Nun läuft aber die erwähnte Dokumentation keineswegs eindeutig auf einen existierenden Faschismus der BRD hinaus; eine Verurteilung wäre wahrlich ein erfülltes Fehlurteil. Der Text besteht zu 90 Prozent aus Zeitungsausschnitten!

Der Schaden liegt schon darin, daß das Verfahren überhaupt angestreift wurde: Die Justiz hat nicht im Streit politischer Theorien Partei zu ergreifen; wenn sie politische Fraktion wird, kann sie keine Überparteilichkeit beanspruchen.

Warum überhaupt die Aufregung? Wenn es stimmt, daß sich die BRD nicht faschisiert, können sich die Angeklagten mit ihren – angeblichen – Behauptungen ja nur lächerlich machen ... oder? Ist nicht gerade der blinde Eifer, mit dem hier auf kleine Zeitungen und Verlage eingeschlagen wird, geeignet, Verdacht zu erwecken? Sollte es wirklich zu einer Entwicklung des westdeutschen Staatsapparates in Richtung Faschismus kommen, dann könnte das doch gar nicht mehr aufgedeckt werden, wenn solche Behauptungen einmal durch Musterurteile verboten sind!“

VSSÖ-Zeitung

VSSÖ-Zeitung Salzburg

In den „Sozialistischen Nachrichten“ Nr. 1/79 wurde die Erklärung zur Einstellung der 90 a-Prozesse gegen den KB nebst einer redaktionellen Einleitung abgedruckt. Die „Sozialistischen Nachrichten“ sind die Zeitung der Salzburger Gruppe des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSÖ), die vor einiger Zeit aus der SPÖ ausgeschlossen wurde.

Nach einer ausdrücklichen Feststellung, daß die Verfasser „nicht mit allen politischen Aussagen“ des inkriminierten Buches bzw. des KB übereinstimmen, heißt es in den „Sozialistischen Nachrichten“ weiter: „... JEDER solche Prozeß kann weitreichende Folgewirkungen für die gesamte Linke haben. Geht ein solcher Prozeß für den Staatsapparat glatt über die Bühne, so sind ihm Tür und Tor zur weiteren Repression gegen die gesamte fortschrittliche Öffentlichkeit in der BRD geöffnet. In diesem Sinn schließen wir uns der Erklärung zum Prozeß an.“

Briefe aus den USA

Ein Genosse aus Cleveland in Ohio schickte uns eine Spende von 5 Dollar und folgende Zeilen dazu: „Liebe Genossen, da ich selbst nicht viel Geld habe, kann ich keine große Spende machen. Ich möchte euch aber alle zwei Monate eine kleine Spende von 5 Dollar zuschicken. Mit solidarischen Grüßen A. Weathers“

Aus Carrolton in den USA erhielten wir eine Postkarte mit folgenden Worten:

„Wir in den USA werden uns zunehmend über den faschistischen Charakter eurer Regierung bewußt. Wir unterstützen eure Bemühungen, die neofaschistischen Versuche zur Er-

stickung oppositioneller Meinungen zu enthüllen. Barry Easterwood“

Zusammen mit einer Solidaritätsspende von 20 Dollar erreichte uns folgender Brief eines Genossen aus Santa Monica, Kalifornien:

„Genossen, ich möchte allen deutschen Linken in Deutschland und im Ausland meine tiefste Solidarität ausdrücken. Der § 90a des westdeutschen Gesetzes von 1955 ist bei weitem die schlimmste Unterdrückung gegen fortschrittliche Gruppen, die die vollständige Entnazifizierung der gegenwärtigen und zukünftigen (wenn es die jemals geben wird) faschistischen Regierung in Westdeutschland fordern.“

Ich selbst gehöre einer nationalen Organisation an, die sich den Kampf gegen Rassismus, Faschismus und Zionismus zur Aufgabe gesetzt hat. Für all diejenigen, die auf einem unvermeidlich revolutionären Weg eine sozialistische und friedlichere Gesellschaft herbeiführen, drücke ich euch meine Freundschaft aus. In Solidarität: Andre Hall, Mitglied des Nationalen Bundes gegen rassistische und politische Unterdrückung“

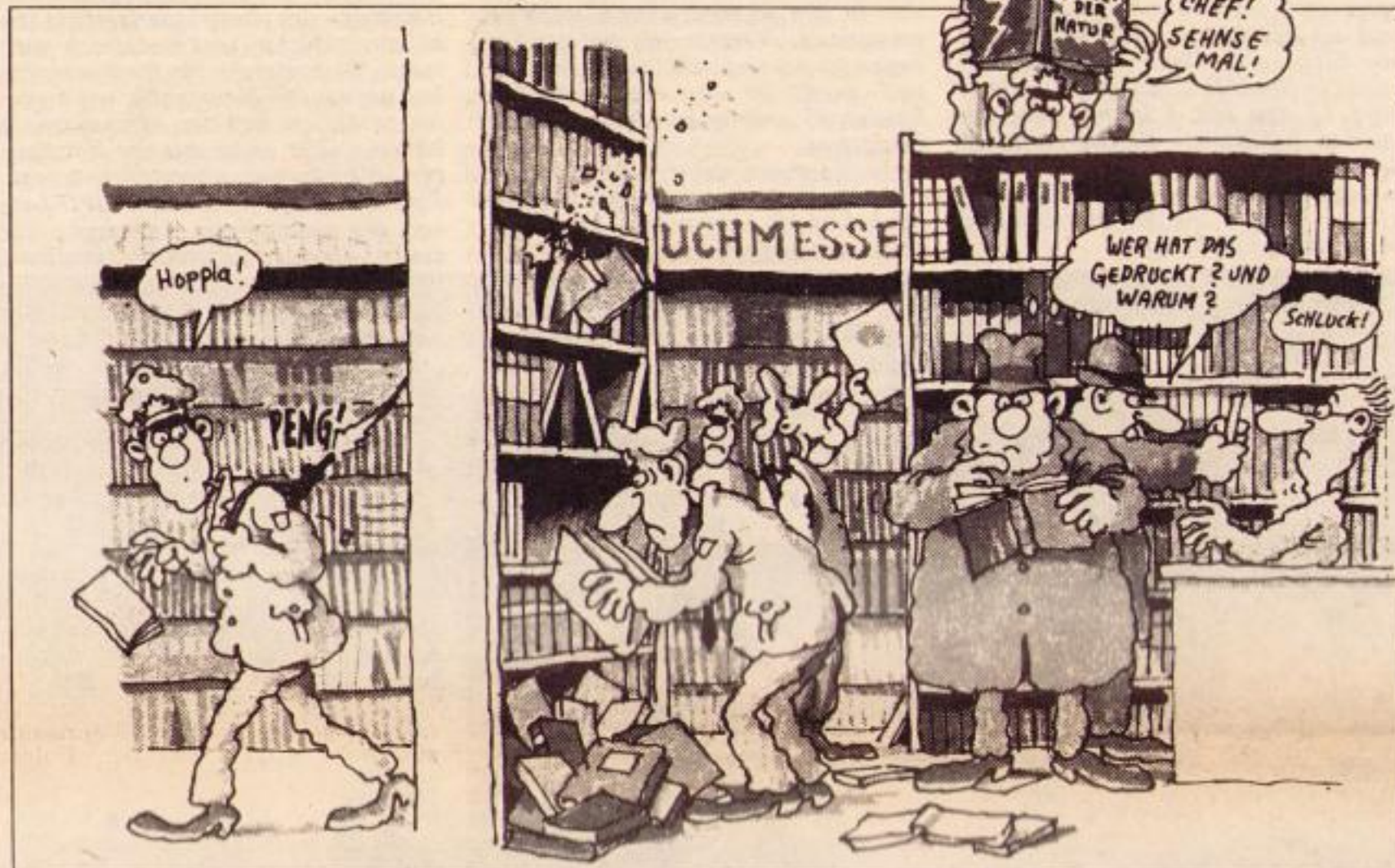
terialien der Verteidigung beizufügen. Mit vorzüglicher Hochachtung gez. Ingeborg Drewitz“

Pflasterstrand, Frankfurt

Der Frankfurter „Pflasterstrand“ (Sponti-Zeitung) berichtete in seiner Ausgabe 47/79 über die Zensurprozesse gegen den KB. Die Anklagen werden als „schwerwiegender Angriff auf die Pressefreiheit“ und als „Drohung gegen alle, die ... vor der polizeistaatlichen Entwicklung in der BRD warnen“, gewertet. Der Artikel des „Pflasterstrand“ endet mit einem Spendenaufruf zur Unterstützung der Prozeßführung und Öffentlichkeitsarbeit.

Brief von Frankfurter Genoss(inn)en

„Lieber Jürgen und Kai, in der Anklage nach § 90 a versucht der Staat Kritik, die an den Grundfesten unserer Demokratie rüttelt,



Genoss(inn)en der KB-Sympathisantengruppe an der Uni Frankfurt	61,-
M.H., Göttingen	50,-
E.K., Göttingen	50,-
R.H., Ermittlungsausschuß der BUU/Hamburg	100,-
„zwei Personen, deren Verhältnis zum KB nicht geklärt ist“, Lübeck	1000,-
	4.177,75

*Auf dieser Veranstaltung wurden insgesamt 4.975,50 DM Spenden gesammelt; die Hälfte davon geht an Werner Hoppe.

Die Gesamtsumme der bisher zur Prozeßunterstützung eingegangenen Spenden beträgt damit

13.547,55

Die Spende, die in AK 147 mit dem Vermerk „unbekannt“ aufgeführt war, kam aus Wandsbek, KB/Hamburg.

Wir möchten uns bei allen Spendern herzlich bedanken und zur weiteren finanziellen Unterstützung der beiden § 90a-Prozesse und der sie begleitenden Öffentlichkeitsarbeit aufrufen. Spenden können eingezahlt werden auf das Konto der

Arbeiterhilfe e.V.
Bank für Gemeinwirtschaft/Hamburg
Kto.-Nr.: 1 244 365 3

Bitte den Vermerk „Prozesse Russell-Buch 5 und Stammheim-Berichterstattung“ eintragen.

Ab dem nächsten AK werden wir die bislang schon entstandenen Ausgaben fortlaufend mit angeben.

fortlaufend mit angeben.

workers world England

Die linke englische Wochenzeitung „workers world“ informierte in ihrer Ausgabe vom 26.1.79 über die 90 a-Prozesse gegen den KB und druckte die Erklärung zur Aufhebung der Anklagen ab. In dem Begleittext dazu wird der bisherige Protest gegen die Prozesse besonders hervorgehoben.

Ingeborg Drewitz

Ingeborg Drewitz, Vize-Präsidentin des PEN-Zentrums der Bundesrepublik Deutschland und stellvertretende Bundesvorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller (VdS) in der Gewerkschaft IG Druck und Papier, richtete am 24.1.79 ein Schreiben an Rechtsanwalt Uwe Maefert, Verteidiger von Jürgen Reents im Prozeß gegen das „Russell-Buch 5“, mit folgendem Wortlaut:

„Sehr verehrter Herr Rechtsanwalt Maefert, ich wende mich an Sie als Verteidiger von Jürgen Reents und Kai Ehlers im Reents-Prozeß, Hamburg. Ich habe die beanstandete Veröffentlichung des Jürgen-Reents-Verlages gelesen („Russell-Buch No. 5“), deretwegen Jürgen Reents und Kai Ehlers wegen Staatsverunglimpfung und Beleidigung unter Anklage stehen. Obgleich ich mich mit der Polemik dieses Buches nicht identifizieren kann, halte ich die Anklage nach § 90 a StGB und § 185 StGB für überzogen.“

Ich möchte dagegen setzen, daß Reents und Ehlers über Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland stark beunruhigt sind, deshalb heftig artikulieren und wahrscheinlich vorschnell urteilen. Doch ihnen Idealismus abzusprechen, stehe ich nicht an. Ich kann beide nicht als Straftäter verstehen. Sie haben durch die Veröffentlichung versucht, auf Vorgänge aufmerksam zu machen, die für die Rechtsfindung in diesem Prozeß nicht außer Acht gelassen werden sollten.

Ich ersuche Sie, verehrter Herr Maefert, mein Schreiben den Ma-

zu ersticken. Auf den Vergleich der Sonderkommandos in der BRD mit der GeStaPo unter der Naziterrorherrschaft reagiert die bürgerliche Justiz empfindlich, da sie eine offene Diskussion in der Bevölkerung befürchten muß, der eine grundlegende Analyse des Faschismus seit 1945 bewußt vorenthalten wird. Holocaust hat wohl manch einen Filbinger schatten nervös werden lassen, doch brauchen sie vom Staat nichts zu befürchten, denn wer wird schon seine alten Kameraden verleugnen?! Eine amerikanische Familienserie über die Judenvernichtung kann aber im Endeffekt nur einen minimalsten Beitrag zur Wirklichkeit und zu den Hintergründe(r)n des 3. Reichs leisten. Das Russell-Buch Nr. 5 und die Anklage einer staatsangeordneten Selbstmordthese sind für die Bourgeoisie schon gefährlicher, da sie Überlebenszeit aufdecken und den weitverbreiteten Irrglauben zerstören, Faschismus existiere nur in jener Form wie unter Hitler oder äußere sich primär durch Hakenkreuze und Judenverfolgung. Daß dem nicht so ist, wollen die Herrschenden natürlich nicht verbreitet wissen.

Darüber hinaus verstehen wir eure Anklage unter dem 90 a als ein weiteres Glied in der Repressionskette, deren Wurzel bis in die Zeit des Faschismus zurückreichen, und die weiterhin darauf abzielt, Linke in ihrer Meinungsäußerung und Aktionsform einzuschränken und zu kriminalisieren.

In der Frankfurter KB-Sympathisantengruppe sind wir z.Zt. dabei, den Faschismus und Faschismusformen aufzuarbeiten, was für uns die Grundlage für das Erkennen faschistischer Tendenzen in dieser Gesellschaft bildet. Somit sehen wir uns genauso in unserer Arbeit vom 90 a bedroht und solidarisieren uns mit euch.

Wir hoffen, daß die bürgerliche Justiz eine Schlappe davontragen wird und wünschen euch weiterhin die notwendige Standhaftigkeit im Prozeß und einen Freispruch! 61 DM Spenden sind überwiesen.

Bine, Ursula, Gabi, Gitti, Peter und Horst“

Unterschriftensammlung geht weiter

Wir veröffentlichen im folgenden wieder einige Unterschriften unter die Protesterklärung gegen die § 90a-Anklagen – stellvertretend für alle, die inzwischen neu unterzeichnet haben. Die Gesamtzahl der Unterschriften liegt jetzt bei 1.600.

BRD

Marina Adomeit, Barbara Poppenburg und Jürgen Rufenach, Vorstandsmitglieder der Kreiswählergemeinschaft „Liste für Demokratie und Umweltschutz Störman“

Thomas Carle, Mitarbeiter des „Pflasterstrand“, Frankfurt

Gabriele Epstein, Bibliothekarin, Fischbek

Marion Gaffke, MTA, Aachen

Norbert Gaffke, wissenschaftl. Assistent an der TH Aachen

Rolf Maiwald, Rechtsanwalt, Essen

Thomas Niering, Assessor, Köln

Walter Wilke, Pastor, Essen

drei Mitglieder des Ortsjugendausschusses Essen

DFG-VK Bad Oldesloe

Niederlande

Max van Wezel, Journalist bei „Vrij Nederland“, Amsterdam

Österreich

Salzburger Gruppe des Verbandes Sozialistischer Studenten Österreichs (VSSÖ)

stellvertretend für 133 Unterschriften aus Wien:

Wolfgang Brückner, Taxifahrer

Franz Floss, Ingenieur

Peter Pilz, Journalist

Maria Singer, Studentin

Christa Zollner, Krankenpflegerin

Parlamentsarbeit der Bunten Liste

Interview mit Abgeordneten der BL



AK: Die „Bunte Liste“ hat bei der Hamburger Bürgerschaftswahl am 4. Juni 1978 insgesamt 3,5 % der Stimmen erhalten, das sind über 33.000 Stimmen. In Eimsbüttel, einem Hamburger Bezirk von der Größe Mannheims oder Lübecks, habt Ihr mit etwa 7.000 Stimmen die 5%-Hürde überspringen können. Ihr arbeitet jetzt als Abgeordnete der „Bunten Liste“ (BuLi) seit über einem halben Jahr in der Bezirksversammlung. Könnt Ihr Euch zunächst einmal kurz vorstellen?

Il.: Ich bin Ilona Kiene, 27 Jahre alt, verheiratet und habe einen 10-jährigen Sohn. Ich bin Arbeiterin, seit 1975 Betriebsrätin bei Beiersdorf, einem Hamburger Chemiegroßbetrieb, in dem zu über 50 % Frauen – vor allem in der Produktion – beschäftigt sind. Bis zu meinem Gewerkschaftsausschluß 1975 war ich Mitglied des gewerkschaftlichen Vertrauensleute-Vorstandes in diesem Betrieb. Gewerkschaftlich aktiv – und zwar traditionell auf dem demokratischen und linken Flügel der Gewerkschaften – bin ich eigentlich seit Eintritt in mein Berufsleben. Das ist gewissermaßen bei uns Familientradition: Mein Vater ist z. B. Betriebsratsvorsitzender in einem größeren Metallbetrieb. – Außer im Betrieb bin ich seit mehreren Jahren sowohl in der Frauenbewegung, als auch in der Anti-AKW-Bewegung aktiv: ich bin Mitglied der BUU (Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe) und der Hamburger Frauen-Aktionseinheit. Von diesen beiden Gruppierungen sowie von dem Zusammenschluß betrieblicher und gewerkschaftlicher Gruppen wurde ich als Kandidatin der „Bunten Liste“ vorgeschlagen und auf einer Vollversammlung Eimsbütteler Initiativen auf Platz 1 unserer Bezirksliste aufgestellt.

AK: Woher nimmst Du denn Kraft und Motivation, auf derart vielen Hochzeiten gleichzeitig zu tanzen?

Il.: Apropos „Hochzeit“ – damit begann tatsächlich mein politisches Engagement. Noch eh ich damals richtig merkte, war ich mit 16 Jahren mit Kind und Ehemann in einer 1-Zimmer-Wohnung bei abgebrochener Lehre sozusagen „fest unter der Haube“. Ich war also – kaum vom Elternhaus weg – voll in der Miteneiner Lehre „steckend“, „fest unter der Haube“. Ich war also – kaum vom Elternhaus weg – voll in der Misere wieder drin. Wohnungsnot, „freiwilliger“ Verzicht auf eine eigene Berufsausbildung zugunsten des höheren Familienglücks, Kind, finanzielle Schwierigkeiten, Halbtagsjob, um den noch nicht verdienenden Mann mit durchzufüttern usw. usf. Nun bin ich von Haus aus niemand, der sich mit seinem „Schicksal“ abfindet: im Widerstand gegen die persönliche Misere sah ich zunehmend klarer die dahinterstehenden gesellschaftlichen Konturen auftauchen; mein persönlicher Widerstand kombinierte sich Schritt für Schritt mit sozialpolitischem Engagement und schließlich aktiver politischer Arbeit.

Nun ist es tatsächlich so, daß ich – insbesondere mit Beginn meiner parlamentarischen Arbeit – nicht auf allen „Hochzeiten“ gleichzeitig tanzen kann und es auch vorher im Grunde genommen nicht getan habe. Vielmehr habe ich auch schon früher unterschiedliche Schwerpunkte setzen müssen. Dennoch ist es so, daß ich auch heute noch enge Beziehungen zur Frauenarbeit, zur betrieblichen Arbeit und zur Bewegung für den Umweltschutz und gegen die AKW's habe und mich diesen Bewegungen sehr eng verbunden fühle. Ich versteh' mich gewissermaßen als parlamentarische Agentur dieser und ähnlicher Gruppen.

Chr.: Ich heiße Christina Kukiela, bin 34 Jahre alt, geschieden und habe eine 10-jährige Tochter, die von mir und dem Kinderhaus in der Heinrichstraße erzogen wird. Meinen gelernten Beruf als Lehrerin kann ich wegen der grassierenden Lehrerarbeitslosigkeit nicht ausüben. Persönlich habe ich ganz ähnliche Erfahrungen wie Ilona gemacht, insbesondere mit meiner „Rolle“ als Frau in dieser Gesellschaft.

Ich wurde von den Eimsbütteler Mieterinitiativen für die Kandidatur vorgeschlagen und auf derselben Vollversammlung auf den zweiten Platz unserer Kandidatenliste gewählt. Meine politischen Aktivitäten begannen eigentlich schon sehr früh: Mit 16 Jahren war ich bereits bei der „Ostermarschbewegung“, also dem

Das folgende Interview gaben uns die beiden Eimsbütteler Bezirksabgeordneten der Bunten Liste am 17.2.79. Die Abschrift des Interviews wurde von ihnen autorisiert. Das Interview ist viel länger ausgefallen als ursprünglich geplant, so daß wir es hätten kürzen müssen. Weil aber der AK bisher nur wenig über die Bunte Liste in Hamburg nach deren Wahlerfolg und bisher gar nichts zur parlamentarischen Arbeit berichtet hat, entschlossen wir uns zur Veröffentlichung in voller Länge, mußten das Interview aber halbieren. Der zweite Teil erscheint dann im nächsten AK.

Kampf gegen den Atomtod, mit dabei. Nicht zuletzt deswegen fühle ich mich auch heute ganz besonders der Anti-AKW-Bewegung verpflichtet. – Seit dieser Zeit bin ich im Grunde genommen ständig politisch aktiv geblieben. Zuerst mit anderen Kindern und Jugendlichen z. B. in Häusern der „Offenen Tür“, in Lesekreisen oder z. B. bei Lehrlingsgesprächen im Konfirmandenunterricht etc. Politisch organisiert habe ich mich viel später und zwar zuerst in einer Frauengruppe. Das hatte ganz ähnliche Beweggründe wie bei Ilona. Bedingt durch die Existenz meiner Tochter habe ich später in Elterngruppen mitgearbeitet, wo es um Elternratsarbeit und schulpolitisches Mitspracherecht von Eltern ging. Danach kam die Mitarbeit in Spielplatzinitiativen in Hamburg 13 und seit 3 Jahren habe ich meinen politischen Schwerpunkt in der Mieterarbeit, – d.h. also im organisierten Widerstand gegen Mieterhöhungen, gegen die Wohnungsmisere in Hamburg überhaupt.



AK: Ihr seid ja dann beide gestandene politische „Basiswerkler“ mit relativ breitem Erfahrungshintergrund. Wie aber steht es mit Eurer parlamentarischen Erfahrung? Kann sich – ganz allgemein ausgedrückt – ein solcher „Basiswerkler“ auf parlamentarischer Ebene zurechtfinden, wenn er dort nicht den „Schutz“ gestandener parlamentarischer Parteien genießt? Ihr wißt selbst, daß nicht nur die bürgerlichen Parteien, sondern auch die DKP noch während des Wahlkampfes unken, daß Ihr an den Schwierigkeiten des komplizierten parlamentarischen Geschehens und wegen angeblich nicht vorhandenen soliden kommunalpolitischen Kenntnissen scheitern würdet (für den Fall, daß Ihr überhaupt den Sprung über die 5%-Hürde schaffen würdet).

Chr.: Ich glaube, da haben sich so manche Herrschaften ganz schön geirrt! Sollten heute noch derartige Behauptungen – besser: Unterstellungen – zu hören sein, so dienen sie allein parteipolitischer Profilierung und Propaganda nicht nur gegen die „Bunte Liste“, sondern ganz allgemein gegen die Bürger- und Basisinitiativen. Aber soweit ich das verfolgt habe, kommen solche Sprüche – vielleicht mit Ausnahme von der DKP – überhaupt nicht mehr. Dies wäre auch wohl mehr als gelacht, insbesondere angesichts des realen Verlaufs der letzten Bezirksparlaments- und Ausschuß-Sitzungen. Wir haben dort mit zahlreichen Anfragen und Anträgen, „Kreuzverhören“ zu unterschiedlichsten Themen sowohl die Behördenvertreter als auch die anderen Fraktionen ganz schön ins Schwitzen gebracht.

AK: Das klingt sehr interessant. Könnt Ihr einiges zu Euren diesbezüglichen Initiativen sagen?

Il.: Oh ja, sehr viel. Vorweg aber noch zwei Bemerkungen: natürlich haben wir auf den ersten Sitzungen als parlamentarische Neulinge einige Anlaufschwierigkeiten gehabt und wir konnten auch zwei, dreimal ganz gut von den anderen Parteien bzw. Behördenvertretern über den Löffel barbiert werden. Diese Phase der Anfangsschwierigkeiten liegt aber hinter uns. Zum zweiten muß man – wenn man unsere parlamentarischen Initiativen beurteilen will – den sehr en-

gen Rahmen kommunalpolitischer Kompetenz, in dem wir uns bewegen müssen erkennen. Auch in diesem Zusammenhang hat es einige Anfangsschwierigkeiten gegeben: so erhielten wir von verschiedenen Initiativen Anträge, die thematisch in die Bürgerschaft (entspricht dem Landesparlament anderer Bundesländer, Anm.: AK) oder sogar in den Bundestag gehörten. Das waren z. B. Anträge gegen den Radikalenerlaß und die Berufsverbote im allgemeinen oder z. B. Anträge zum Verbot von Duogynon, (einem für Frauen sehr schädlichen Schwangerschaftstest). Hier gibt es auch in unseren Kreisen, also in den Basisinitiativen, noch ein mangelndes Verständnis für den o.g. engen kommunalpolitischen Rahmen und damit für den eng begrenzten Spielraum unserer parlamentarischen Initiativen.

Dazu kommen dann noch ein paar „Spontis“, die uns im Wahlkampf eifrig bekämpft hatten oder zumindest nicht unterstützt haben und die sich

jetzt einen Spaß daraus machen, unsinnige „Anträge“ an uns heranzutragen und dann – wenn wir diese Anträge nicht weiter berücksichtigen – ein großartiges Geschrei anstimmen, die Bunte Liste würde sich nicht mehr auf die Basis stützen, würde Verrat begehen etc. Ein Beispiel dafür (sicher noch das intelligenteste) war der „Antrag“, daß die Eimsbütteler Behörden ein Grobde-Solidaritätsfest der BUU und Anderer finanziell unterstützen mögen. Mit gleichem Recht könnten die anderen Parteien ihre Werbeveranstaltungen und Partefeste aus Steuergeldern finanzieren lassen. Sowas ist natürlich verboten, und die bürgerliche Presse hätte natürlich ein wildes Geschrei vom Stapel gelassen, daß die Bunte Liste sich ungerechtfertigt am Steuergroschen der armen Witwe bereichern will, hätten wir einen solchen Antrag wirklich gestellt.

Zu unseren Initiativen selbst. Im Laufe unserer bisher gut halbjährigen Parlamentsarbeit haben wir bislang etwa ein Dutzend politischer Schwerpunkte herausgearbeitet, die wir kontinuierlich verfolgen (und die künftig selbstverständlich durch weitere ergänzt werden). Beispiele dieser Schwerpunktthemen etwa sind:

Stadtplanung: Durch das Eimsbütteler Wohngebiet hatte die Behörde den Bau einer Stadtautobahn – die sog. Querspange Nord – geplant und mit dem Kauf entsprechender Grundstücke begonnen. Dieses Vorgehen war selbstverständlich mit der betroffenen Bevölkerung nie diskutiert worden, und es regte sich alsbald breiter Protest dagegen, v.a. im Stadtteil Stellingen. Eine dort seit langem wirkende Bürgerinitiative, die nicht Mitglied der Bunten Liste ist und auch unseren Wahlkampf nicht unterstützt hat, organisierte den Widerstand der Betroffenen. Nach breiteren Aktivitäten dieser Bürgerinitiative wurde von ihr eine Protestunterschriftenliste mit fast 10.000 Unterschriften gegen den Bau der Autobahn der Baubehörde präsentiert. Angesichts dieses breiten Protests (als deren Ergebnis ja auch das gute Abschneiden der BuLi gewertet werden muß) entschieden sich alle Fraktionen des Eimsbütteler Bezirksparlaments gegen den Bau der „Querspange Nord“. An diesem Punkt begann unsere parlamentarische Arbeit.

Durch gezielte Anfragen und Anträge in verschiedenen Fachausschüssen und im Parlament selber konnten wir eine Reihe Indizien und auch handfeste Belege dafür sammeln, daß das umweltfeindliche und Wohnviertel vernichtende Projekt „Stadtautobahn Nordtangente“ keineswegs gestorben war, wie insbesondere die SPD-Vertreter der Bevölkerung und besonders der Aktivisten der Bürgerinitiative weismachen versuchten.

So konnte enthüllt werden, daß sich die Behörde keineswegs an den Beschluß des Bezirksparlaments zu halten gedachte und kackfroh weiterhin Grundstücke für ihr Bauvorhaben aufkaufte. Mehr noch, wir konnten enthüllen, daß dies offensichtlich höheren Orts, auch mit der Hamburger SPD-Führung, abgesprochen war: Ein Antrag der Eimsbütteler SPD-Linken im zuständigen Ausschuß, der diesen illegalen Grundstücksaufkauf

ans Tageslicht bringen sollte, löste einen parteiinternen Klinsch innerhalb der SPD aus, mit dem Ergebnis, daß der Antrag stillschweigend wieder zurückgezogen wurde. Als dann der BuLi-Vertreter denselben Antrag übernahm, stimmte die SPD mehrheitlich dagegen und brachte ihn somit zu Fall. Mit diesem Vorgehen hat die SPD-Fraktion aktiv verhindert, daß das Verhalten der Baubehörde in einem Punkt hinterfragt wird, in dem diese Beschlüsse des Parlaments gebrochen hat, die dort mit aktiver öffentlicher Beteiligung der SPD-Fraktion gefaßt worden sind. Das zeigt recht deutlich die „Doppelstrategie“ der SPD, einerseits in einer parlamentarisch-öffentlichen Sitzung wortreich den deutlich gewordenen Interessen der Bevölkerung scheinheilig zu entsprechen und hinter dem Rücken der Bevölkerung durchzusetzen.

Die SPD hat somit erkennen lassen, daß sie die Nordtangente bauen will, der Eimsbütteler SPD-Verband hat von der Hamburger Parteispitze die Genehmigung erhalten, sich wortreich und möglichst öffentlich dagegen zu stellen, um keine Wählerstimme zu verlieren. Das ist ein deutlich abgekartetes Spiel zur Täuschung der betroffenen Bevölkerung.

Ein weiterer Vorfall bestätigt dies. Wir entdeckten, daß Behörden-Verantwortlicher Lohfeld sich in der „Bild-Zeitung“ zitierten ließ, daß er und seine Behörde sich für den Autobahnbau einsetzen wollen (nach dem Parlamentsbeschluß gegen die Autobahn). Es ist klar, daß solche Zeitungsmeldungen das Ziel verfolgen, die Bevölkerung zu verunsichern, weizuklopfen für den Verkauf ihrer Grundstücke. Auf unsere Anfrage ließ Lohfeld mitteilen, daß die „Bild“ ihn falsch zitiert habe. An eine Gegendarstellung hätte er allerdings bisher nicht gedacht. Unser Antrag, daß die Bezirksversammlung die verunsicherte Bevölkerung per Flugblatt von dieser „Bild-Lüge“ unterrichten möge, wurde natürlich von SPD und CDU vom Tisch gewischt. Die CDU ließ Lohfeld stattdessen „bitten“, eine Gegendarstellung in der „Bild“ unterzubringen (was bis heute – 2 Monate danach – nicht geschehen ist), die SPD ließ – um unseren Antrag vom Tisch zu wischen –

ihren Gegen-Antrag verabschieden, mit dem Wortlaut, „Die ‚Bild‘ lügt“. – Aus alledem haben wir nun den Schluß gezogen, uns selbst per Flugblatt an die betroffene Bevölkerung zu wenden, um ihr klaren Wein über das Vorgehen von SPD und CDU einzuschenken und um dem in letzter Zeit etwas abgeschwollenen Widerstand neue Nahrung zu geben. – Diese Aktion ist mit der Bürgerinitiative abgesprochen.

In diesem Zusammenhang ist noch ein anderer Punkt von Interesse. Vor und während des Wahlkampfes ist von verschiedener Seite gegen unsere Kandidatur argumentiert worden, daß diese nur der Arbeit von Bürger- und Basisinitiativen schade. Der eben geschilderte Vorfall beweist das genaue Gegenteil. Ohne die BuLi-Einmischungen, an die wir ausschließlich über die parlamentarische Arbeit herankamen, würde die BI-Nordtangente noch im Glauben sein, das Bauprojekt wäre im Wesentlichen gestorben. Ich glaube, daß unsere parlamentarische Arbeit – allein unter dem Gesichtspunkt der Informationsbeschaffung – schon für viele Bürger- und Basisinitiativen von großem Nutzen sein kann und daß wir es darüber schaffen, auch zu solchen Bürgerinitiativen, die uns bisher eher ablehnend gegenüberstanden, ein gesundes Vertrauensverhältnis zu bekommen. Die BI Nordtangente hat uns jetzt gebeten, daß ein BuLi-Vertreter regelmäßig bei ihr mitarbeiten möge.

Zum Thema Umweltschutz: Im Eimsbütteler Grenzgebiet – aber formal noch auf dem Boden des Nachbarbezirks Altona liegend – wurde im Dezember 78 eine Industriemüllkippe behördlicherseits wegen hochgradiger Vergiftung der Umwelt endgültig geschlossen, nachdem bereits 4 Jahre lang Verdacht auf Vergiftung verschiedenerseits geäußert wurde. Weder die Altonaer noch die Eimsbütteler zuständigen Behörden haben es bisher für notwendig gehalten, die Bevölkerung auf die anstehenden Gefahren für Umwelt und Gesundheit aufmerksam zu machen, noch haben die Behörden irgendwelche Abwehrmaßnahmen gegen die Vergiftung eingeleitet (außer der Schließung selbst und der Mitteilung an die Anlieger, kein Trinkwasser aus den umliegenden Flachbrunnen zu entnehmen), obgleich bestätigt ist, daß Zyanide und hochgiftige Schwermetalle in den Boden bis zu einer Tiefe von 10 m eingebracht sind und höchstwahrscheinlich das Grundwasser vergiftet haben. Das Verhalten der Behörde und der regierenden SPD war in dieser Situation darauf ausgerichtet, die behördlicherseits Verantwortlichen ebenso zu decken wie die Verursacher (wahrscheinlich Grochemie) und den gesamten Skandal zu vermauscheln. Unsere diversen Anfragen und Anträge zu dieser Sache zielten darauf, etwas öffentliches Licht in dieses anonyme Dunkel der Mauseleien von Behörden und sie deckender SPD zu bringen und zu verhindern, daß über diese ganze Sache schnell wieder Gras wächst, ohne daß sich das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung erkennbar verbessert hätte. Andererseits sind wir sehr daran interessiert, einmal zu erfahren, welche Betriebe in unserem Einzugsbereich die Produzenten derartiger hochgiftiger Abfälle sind, um hier künftig eine stärkere Kontrollmöglichkeit zu entwickeln. Dasselbe gilt für die Betreiber solcher Anlagen und ihren Beziehungen zu den behördlicherseits Verantwortlichen. Aber hier ist naturgemäß nur schwer voranzukommen, weil alle diese Leute sich gegenseitig decken.

Unabhängig davon beginnen wir jetzt in Zusammenarbeit mit einigen Wissenschaftlern der BUU eigene Untersuchungen und haben gleichfalls die betroffenen Leute in Eimsbüttel und Altona durch ein Flugblatt der Bunten Liste zu informieren begonnen.

Ein Beispiel unserer antifaschistischen Anstrengungen: im „Hamburg-Haus“ – gewissermaßen einem großen behördlich verwalteten Kommunikationszentrum im Zentrum Eimsbüttels – sind stadtbekannte Faschisten unterschiedlicher Parteizugehörigkeit – also NPD plus Untergliederungen, aber auch andere Rechtsgruppen – bisher ein- und ausgegangen. Mehr noch, die „Antifaschistische Aktionsseinheit Eimsbüttel“ (AAE, Mitglied der BuLi) konnte enthüllen, daß in diesem „Hamburg-Haus“ fortgeschrittenen Gruppen das Tagungsrecht verweigert wird und gleichzeitig rechtsradikale und rassistische Verei-

nigungen bei der Raumvergabe direkt bevorzugt werden. Unsere diesbezügliche Anfrage Ende September ist zwar vorerst abgewürgt worden, trotzdem scheint sie die politische Szene aufgeschreckt zu haben: kurz nach unserer o.g. Anfrage blies die SPD zur Flucht nach vorne und rügte ihrerseits die für das „Hamburg-Haus“ verantwortlichen Behördenvertreter, weil diese – wie sonst üblich – einer dem Rassismus dienenden Veranstaltung der südafrikanischen Botschaft Raum gegeben hätten.

Inzwischen sind wohl sogar die Behörden-Verantwortlichen etwas aufgeschreckt worden und haben einem neuerlichen NPD-Antrag auf Raumüberlassung erstmals nicht zugestimmt, allerdings mit der unpolitisch-bürokratischen „Begründung“ einer angeblichen anderweitigen Belegung des beantragten Raumes. Damit können wir uns allerdings nicht zufrieden geben und haben deshalb jetzt einen offiziellen Antrag im Parlament gestellt, daß NPD und ähnliche Gruppen künftig überhaupt keine öffentlichen Räume, Plätze etc. mehr zur Verfügung gestellt werden. In ca. 1 Woche wird dieser Antrag abgestimmt werden müssen, und wir sind schon auf das Verhalten von CDU und SPD gespannt. Bisher haben diese Leute – voran natürlich die CDU – solche Anträge stets damit erfolgreich abwürgen können, daß sie „Gleichbehandlung von Rechts- und Linksradikalen“ forderten, und „Linksradiasmus“ fängt bei der CDU bekanntlich schon innerhalb der SPD, bei den Jusos etc. an. Mit dieser Argumentation dürfte es jetzt schwieriger geworden sein: Immerhin hat die Hamburger Bürgerschaft – als Verbeugung vor der antifaschistischen Kritik des Auslandes – einstimmig einen solchen Beschluß für ganz Hamburg gefaßt (ohne daß sich freilich bisher in der Praxis etwas verändert hätte).

Hier werden wir natürlich am Ball bleiben und zwar solange bis ein generelles Versammlungsverbot für NPD und andere Neofaschisten im „Hamburg-Haus“ und anderen öffentlichen Gebäuden ausgesprochen und praktiziert wird.

Chr.: Ich will mal die Liste unserer parlamentarischen Vorstöße fortsetzen. Und zwar besonders zum Themenspektrum der Kinder-, Erziehungs- und Schulproblematik. Da haben wir einmal eine Anfrage zum Radikalerlaß im Erzieherbereich gestellt, nämlich ob in Eimsbüttel mit Hilfe „Schwarzer Listen“ bzw. ähnlicher Instrumente politisch unliebsame weil fortschrittliche Erzieher benachteiligt, also nicht angestellt werden. Diese Anfrage wurde zwar behördlicherseits rundum verneint. Wir allerdings haben bestimmte Informationen, daß die Behördenantwort nicht der Wahrheit entspricht. Wir werden nach Beendigung eigener Nachforschungen der Behörde zu diesem Thema erneut auf den Pelz rücken.

sem Thema erneut auf den Pelz rücken.

Seit Anfang des Jahres haben wir uns auch stärker in die Auseinandersetzung um die Gesamtschule eingesetzt, ein Schultyp, den wir im Prinzip – zusammen mit vielen Eltern, fortschrittlichen Bildungspolitikern und der GEW-Mehrheit – befürworten. Die Elternbefragung der Behörde ergab, daß über 20% der infrage kommenden Eimsbüttler Eltern ihre Kinder auf eine Gesamtschule schicken wollten. In anderen Hamburger Stadtteilen sah das ähnlich aus. Daraufhin intensivierte Springerpresse, CDU und von ihr beeinflusste Elternverbände ihre reaktionäre Kampagne gegen die Gesamtschule. Die SPD setzte dieser reaktionären Kampagne nichts entgegen. Ihre Zeitung – die „Hamburger Morgenpost“ – berichtete mehrfach genüßlich bis triumphalistisch über die Erfolge der CDU-Kampagne. Der SPD-Senat hat äußerst schlechte Startbedingungen für die neuen Gesamtschulen festgeschrieben, weil angeblich kein Geld dafür vorhanden sei (das bekommen in Hamburg vor allem die Unternehmer in Form von Subventionen).

Das Problem dabei ist – und das erhöht ständig das Potential der Gegner der Gesamtschule, sowohl unter den Eltern als auch in der Lehrerschaft – daß die SPD das Konzept der Gesamtschule zwar in ihr parteipolitischen Programm aufgenommen hat (nicht zuletzt um fortschrittliche Bildungspolitikern, Lehrer usw. in ihre Partei zu integrieren), aber andererseits nicht bereit ist, für die zusätzlichen Anforderungen an Lehrpläne, Lehrerkollegium, Lehrmittel usw. auch die entsprechenden zusätzlichen finanziellen Mittel bereitzustellen. Im konkreten bedeutet dies, daß bisherige Schulen zu Gesamtschulen umgerüstet werden müssen, wobei die schon bestehende Schulmisere manchmal noch weiter nach unten „korrigiert“ wird. Das verschlechtert oftmals das ohnehin nicht zum Besten bestellte Arbeitsklima zwischen Lehrern und Schülern und bringt für beide eine Reihe ganz konkreter Belastungen

(diese Entwicklung der Dinge ist im übrigen auch die konkrete Basis der immer erfolgreicher demagogisch-reaktionären Kampagnen der CDU, die die SPD-Führung auf die Linke innerhalb und außerhalb der Partei abwälzt, ohne sich selber dabei „die Finger schmutzig zu machen“). Aus dieser Lage der Dinge ergibt sich, daß wir einerseits zwar mit der SPD für die Einrichtung von drei Gesamtschulen in Eimsbüttel gestimmt haben und bei der Auswahl der Standorte optimales Mitspracherecht der Schüler, Lehrer und Eltern versucht – z.T. mit Erfolg – durchzusetzen. Andererseits haben wir die SPD zu kritisieren versucht wegen der schon erwähnten Umstände.

Nach diesen Auseinandersetzungen hat uns der SPD-Senat den Gesamtschulbefürwortern weitere Knüppel zwischen die Beine geworfen. Für Eimsbüttel hat er eine der drei beantragten neuen Gesamtschulen gestrichen. Dies trifft v.a. Schüler aus dem Nordbezirk (Niendorf). Aus diesem Bereich werden nach allem Hin- und Hergeschiebe insgesamt noch immer 57 Schüler, deren Eltern sich für die Gesamtschule ausgesprochen haben, einen solchen Schultyp nur dann besuchen können, wenn sie einen täglichen 2-stündigen komplizierten Schulweg (in einen anderen Stadtteil) in Kauf nehmen. In dieser Situation hat die Bunte Liste in Absprache mit einer GS-Initiative in Niendorf im Schulausschuß den Antrag auf Einführung von Schulbussen und unentgeltlicher Beförderung der Schüler gestellt. Die SPD-Mitglieder im Schulausschuß haben sich nach und nach unserer Argumentation angeschlossen, bis wir zusammen die Mehrheit gegen die FDP und CDU hatten. Dieser Antrag steht jetzt als offizieller Antrag des Schulausschusses in der nächsten Bezirksversammlung zur Abstimmung an und wir sind ge-

Vertretungsorgane schickten. Diese Briefe wurden dann aber erstaunlicherweise nicht von den Schulleitern entsprechend weitergeleitet und 2 Wochen später verschickte die Schulbehörde einen Runderlaß an alle Schulen, mit dem die Bestimmungen zur Postweiterleitung aufgehoben, bzw. verändert wurden. Dieser Behördenreraß wurde nun – das erkennt schon ein Blinder mit dem Krückstock – einzig und allein deswegen verabschiedet, um die gezielte Argumentation der Bunten Liste gegen Berufsverbote und gegen die Schulmisere zu unterdrücken. Genau aber diesen Umstand versuchte die Schulbehörde – auf unsere parlamentarischen Anfragen hin – wortreich zu leugnen. Dabei allerdings verwickelte sie sich in verschiedene Widersprüche und hat – nach unserer Meinung – in mindestens einem Punkt auch das Parlament offen belogen. Desweiteren konnte die Schulbehörde bis heute nicht halbwegs glaubhaft oder logisch begründen, weshalb fast alle Eimsbüttler Schulleiter unsere Briefe in den ca. 14 Tagen vor Änderung der gesetzlichen Grundlagen nicht weitergeleitet haben (was kraft vorschriftswidrig ist), wenn sie nicht durch Rundruf der Schulbehörde zu eben diesem Verhalten direkt aufgefordert wurden. Das allerdings würde den Tatbestand einer ungesetzlichen Anweisung der Schulbehörde gegenüber abhängig Beschäftigten bedeuten.

Wir haben uns auf der letzten Parlaments-Sitzung für eine Aufklärung dieses Skandals – also Belügung des Parlaments und illegale Anweisung an abhängig Beschäftigte – eingesetzt und verlangte Konsequenzen für die Verantwortlichen aus der Behörde. Konkret beantragen wir die Einsetzung eines Sonderausschusses (entspricht etwa einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß auf

berechtigte und gesetzlich auch so vorgeschriebene finanzielle Unterstützung der Eltern. Mal behauptete die Jugendbehörde wahrheitswidrig, daß im Einzugsgebiet des Kinderhauses kein Bedarf an Kindertagesstätten sei, mal erfand sie – auf undurchsichtiges Verfassungsschutz-„Material“ gestützt – eine angebliche „kommunistische Steuerung“ dieses Projektes. Die Leute im Kinderhaus haben sich aber bis heute nicht klein-kriegen lassen und gegen die Senats-Strategie eine breit angelegte Informations- und Solidaritäts-Arbeit gesetzt. Nach unserem Wahlerfolg besetzt ein Kinderhaus-Verantwortlicher für die Bunte Liste den Eimsbütteler Ausschuß, der sich speziell u.a. mit Kinderfragen befaßt. In dieser Situation hat die Eimsbütteler SPD-Fraktion – sicher zum großen Ärger ihrer Landespartei – zwei bemerkenswerte parlamentarische Initiativen gestartet, die mit Unterstützung der Bunten Liste und der FDP gegen die CDU-Stimmen auch erfolgreich verabschiedet wurden. Dabei handelt es sich einmal um die Gewährung von Sondermitteln von über 8.000 DM für das Kinderhaus und zum zweiten – und das ist politisch von nicht unterschätzbarer Bedeutung – hat die SPD einen Antrag eingebracht, der im Zusammenhang mit der Senats-Strategie gegen das Kinderhaus, eindeutig erklärt, daß hier Bedarf an Kindertagesstätten besteht und daß das Kinderhaus nach eigener Augenscheinnahme eine begrüßenswerte Einrichtung ist. In diesen mutigen SPD-Initiativen kommen u.E. zwei Tendenzen zum Ausdruck: Einmal die Sympathie, die das Kinderhaus auch zunehmend in SPD-Kreisen gewinnt (die FDP unterstützt das Kinderhaus schon seit geraumer Zeit) und zweitens der Versuch, damit ähnlichen Anträgen der Bunten Liste, die wir gerade diskutieren, zuvorzukommen.

II.: Im Zusammenhang der bezirklichen Jugendpolitik sind wir vor kurzem einer weiteren Sache auf die Spur gekommen, die interessant zu werden verspricht. Es handelt sich darum, daß ein ausgedienter, aber keineswegs baufälliger Wasserturm im Eimsbütteler Schanzenviertel möglicherweise jetzt einer frömmlichen Sekte überlassen werden soll, die sich nach überlassen Erkenntnissen in extrem rechtskirchlichen Kreisen betätigt, in die auch Rechtsradikale mit hineinspielen. Diese Sekte – die sog. „Freie Christengemeinde“ – behauptet nun, in diesem Wasserturm eine „Kindertagesstätte“ einrichten zu wollen. Angeblich will sie sogar Spieleinrichtungen für Eimsbüttler Jugendliche dort unterhalten. Daß es dieser Sekte weniger um Kindererziehung, sondern mehr um rechtsfrömmliche Indoktrinierung ihr ausgelieferter Kinder und – vor allem – um Rekrutierung ihrer Sektennachwuchses geht, wird leicht klar, wenn man einmal ein Auge

tennachwuchses geht, wird leicht klar, wenn man einmal ein Auge in das schriftliche Agitations-Material dieser Sekte wirft.

Der aktuelle Stand der Diskussion um dieses Projekt sieht erstmalig so aus, daß anscheinend sowohl die Behörde, als auch die Vertreter anderer Parteien den Wasserturm recht schnell an diese Sekte abschieben wollen, da der Unterhalt dieses Turmes beachtliche Gelder kostet und die Sekte damit lockt, sämtliche Renovierungs- und Instandhaltungskosten aus eigener Tasche bestreiten zu wollen. Ich frage mich, woraus die eigentlich die nicht unbeträchtlichen Investitionen für den Umbau und dann den Unterhalt der Einrichtung finanzieren wollen. Unser Verdacht geht daher in die Richtung, daß hier auf eine erhebliche Förderung aus öffentlichen Mitteln spekuliert wird, sitzt man erst einmal dort unwiderruflich drin. Anderslautende Versprechungen dieser Sekte sind u.E. völlig unglaubwürdig, da es sich bei den Sektenträgern ohnehin um berufsmäßige Schwindler handelt, die ihren Anhängern alles Mögliche versprechen – wie etwa genau vorhergesagte – Weltuntergänge und ähnlichen Humbug.

Wir haben jetzt der Behörde einen umfangreichen Fragenkatalog zur Beantwortung vorgelegt und denken, daß es dazu auf der nächsten Bezirksversammlung eine nachste feste Auseinandersetzung gibt. Wir werden uns dafür einsetzen, daß der Wasserturm für ein weitgehend selbstverwaltetes Kommunikationszentrum reserviert wird, für daß es im sog. „Problem“-Stadtteil Schanzenviertel großen Bedarf gibt. Gleichzeitig werden wir uns gegen die allgemeine Tendenz stemmen, daß Behörden und Bauträger bei der Planung „sozialer“ Einrichtungen kirchliche Stellen und frömmliche Sektoren begünstigen und letztlich damit ein teilweise kleinkalibres Monopol für soziale und kommunikative Arbeit fördern.

SPD-Schleswig-Holstein und Kernenergie

Die Auseinandersetzung innerhalb des SPD-Landesverbandes um den „Kurs“ über die Zukunft der Kernenergie geht munter weiter. Kein Wunder, dies soll ja ein „Kernthema“ des SPD-Wahlkampfes sein. Nachdem der Landesvorsitzende Jansen sogar seine SPD-Mitgliedschaft von einem „Anti-AKW-Kurs“ abhängig gemacht hatte, hatte Spitzenkandidat Matthiesen sich distanziert, Jansens Aussage sei ihm zu „unzweideutig“ (?) (wir berichten darüber im letzten Arbeiterkampf). Daraufhin hat sich nun Atomfisz Hans Schwalbach ganz „eindeutig“ geäußert: „...in der zum Teil heftig – um nicht zu sagen, ungesund – geführten Auseinandersetzung in Sachen Kernenergie hätten sich Gegner durch emotionales und feuilletonistisches Hochspielen sowie Betreiber manchmal durch Verneidung hervorgetan... Für eine absehbare Zeit kann auf die Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke nicht verzichtet werden“ („Kieler Nachrichten“, 9.2.79). Deshalb fordert Schwalbach die „Verantwortlichen“ auf, schnellstmöglich die Baugenehmigung für Gorleben zu erteilen.

Auf der anderen Seite fordern die Jusos auf ihrer Wahlkonferenz vom 11.2. die Förderung sanfter Energien, wie Wind, Sonne und Biogas, „damit man in Zukunft ganz auf Kernenergie verzichten könne“. Ein „entscheidender Prüfstein“ für eine Landesregierung sei, daß Brokdorf nicht gebaut werde, Krümmel nicht in Betrieb gehe und Brunsbüttel stillgelegt werde. Dies dürfe auch nicht mit der FDP verhandelt werden. Ebenso fordern sie eine Absage an die Brütertechnologie und jede WAA (nach „Flensburger Tageblatt“, 12.2.). Während Jansen auf der Konferenz die Jusos unterstützte, wies Spitzenkandidat Matthiesen die Jusos zu recht, ihre Thesen ständen „teilweise in einem deutlichen Gegensatz zur Landes-SPD“, für eine zukünftige Regierung mit der SPD seien solche Beschlüsse ohne Geltung („FT“, 14.2.). Die schleswig-holsteinische SPD wolle vielmehr ihre Zusammenarbeit mit der Bundesregierung „intensivieren“, ein Konflikt zwischen Landesverband und Bundeszentrale der SPD sei von der CDU „erfunden“. Dann wurde er deutlich: „Eine SPD-geführte Landesregierung, wird der CDU „erfunden“. Dann wurde er deutlich: „Eine SPD-geführte Landesregierung wird auch nicht dem Kernkraftwerk Krümmel eine Betriebsgenehmigung verweigern oder Brunsbüttel stilllegen“ (ebenda). Jansen brachte das Kunststück fertig, darin keinen Widerspruch zu seinen Aussagen zu entdecken. Das wäre ja auch peinlich geworden, hatte er doch erklärt, „konsequent“ seine SPD-Mitgliedschaft davon abhängig zu machen, daß die SPD in ihrem „Verantwortungsbereich“ den weiteren Ausbau der Atomkraft stoppe!

Eine Entsorgungsanlage in Gorleben ist für Jansen auch kein Ausbau des Atomprogramms, er möchte nämlich nur den „herumvagabundierenden Atom Müll“ endlich einlagern, eine WAA dürfe dort aber nicht gebaut werden („FT“, 12.2.). Wie man sieht, ein großer Spielraum für AKW-Gegner in der SPD...

Landesleitung
Schleswig-Holstein

IMPRESSUM

Impressum
Herausgeber - Druck - Verlag
ARBEITERKAMPF
Verlag J. Reents
Lerchenstr. 75, 2 Hamburg 50
V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlags-
adresse
Auflage: 12.000
Erscheinungsweise: 14täglich
Verkaufspreis: DM 2,-

Verlagskonten: Dresdner Bank,
451 8378, J. Reents, und
Postcheckkonto Hamburg,
240 595, J. Reents

Neu... Neu...
Nr. 3 20. Januar 1979 50 Pf.
Bunte Liste Zeitung
„Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!“ (Erich Kästner)
Regierungsrat hält Katastrophenschutzpläne geheim...
So einfach ist das
Die Geldgeber aus dem Dunkel
Die Bunte Liste ist eine Initiative für Demokratie und Umweltschutz
Ein halbes Jahr Parlamentarismus

spannt, ob die SPD-Fraktion tatsächlich der Vorentscheidung ihrer

spannt, ob die SPD-Fraktion tatsächlich der Vorentscheidung ihrer

Um der allgemeinen Verunsicherung der Eltern, die z.B. zu der Situation geführt hat, daß viele Kinder immer noch nicht auf die neuen Gesamtschulen angemeldet wurden, mehr Informationen und sachliche Aufklärung entgegenzusetzen, hat die Bunte Liste ein Flugblatt für die Schulen herausgebracht, und über mehrere Tage einen telefonischen Beratungsdienst eingerichtet. Diese Aktion führten wir zusammen mit der GS-Initiative Eimsbüttel durch. Eine weitere GS-Initiative aus dem Norden Eimsbüttels, die der Bunten Liste bisher eher ablehnend gegenüberstand, hat sich entschlossen, den telefonischen Beratungsdienst mitzutragen.

Einen weiteren Konflikt im Schulbereich gab es in Zusammenhang mit Kloses bekannten „neuen Erkenntnissen“ zum Problem der Berufsverbote und des Radikalerlasses, der vielerseits als Einleitung einer Liberalisierung dieser staatlichen Politik eingeschätzt wurde. Damals entwickelte die Hamburger CDU eine krampfhaftige Massenkampagne mit Plakatierungen, Unterschriften-Sammlung und dergleichen mehr, um in der Öffentlichkeit zu unterstellen, Klose wolle künftig Kommunisten als Lehrer an die Schulen holen. Bestimmte Vorschriften im neuen Schulgesetz (vom März 78) ausnützend, ließ die CDU-Briefe mit diesem Inhalt über den schulinternen Verteiler an alle Elternvertreter, alle Lehrer u.a. schulische Gremien verteilen.

Das läuft so, daß man dem Schulleiter einen Paken solcher Briefe zuschickt, die er dann an die gewünschten Adressaten weiterleiten muß. Im November entschloß sich die Bunte Liste, diesen CDU-Brief zu beantworten, indem auch wir eine Stellungnahme allerdings gegen die Berufsverbotepraxis und mit einer Kritik an der konkreten Schulmisere in Hamburg, verfaßten und sie auf demselben Wege an alle schulischen

Bundesebene). Das hat natürlich großen Wirbel gegeben, der noch ver-

Bundesebene). Das hat natürlich großen Wirbel gegeben, der noch verstärkt wurde durch die arrogante Abwesenheit eines zuständigen Behördenvertreters. Selbst die CDU hat an diesem Punkt ziemlich scharf protestiert und die SPD, der ja als regierende Partei die traurige Aufgabe einer Verteidigung der Behörde zukommt, sah recht alt aus. Konkret ist unser Antrag zur Bildung eines Sonderausschusses noch nicht durchgekommen. Allerdings sind wir von der Parlamentsmehrheit aufgefordert worden, unsere Beweise in dieser Angelegenheit zusammenzufassen, um sie dann noch mal dem Parlament und dem Schulausschuß vorzulegen. Dies ist inzwischen inform einer kleinen Dokumentation geschehen und wir werden diese auch noch der Presse und den Gremien der GEW zur Begutachtung und Publikation vorlegen. Weiter werden wir natürlich auf der Einsetzung eines Sonderausschusses beharren (auch wenn wir als kleine Minderheit da wenig Chancen zu haben glauben). Desweiteren prüfen wir gerade Möglichkeiten, gegen die Schulbehörde auch Rechtsmittel einzusetzen.

Von Interesse sind auch gewisse neue Aspekte in der Auseinandersetzung um das Kinderhaus in der Heinrichstraße, seitdem die Bunte Liste parlamentarisch tätig ist. Wie bekannt, fühlt sich die Bunte Liste diesem Kinderhaus besonders verpflichtet und auch mein eigenes Kind wird dort zusammen mit 75 weiteren Vorschul- und schulpflichtigen Kindern in Eigeninitiative von Eltern und fortschrittlichen Erziehern erzogen. Wie ebenfalls weiterhin bekannt, verfolgt der SPD-Senat seit über zwei Jahren alle Wege, um dieses Kinderhaus kaputtzumachen, weil ihm die alternative Kindererziehung, die dort praktiziert wird, nicht in den Kram paßt. Hauptsächlich setzte und setzt der Senat auf die finanzielle Austrocknung dieses Projektes und verweigert bis heute jede – mit anderen staatlichen und freien Trägern – gleich-

„Bremer Grüne Liste“ gegründet

Erwartungsgemäß wurde am 8.2. auf einer Pressekonferenz die Gründung einer „Bremer Grünen Liste“ bekanntgegeben. Träger dieser Liste sind ein Kreis ehemaliger SPD-Mitglieder um Olaf Dinné und Peter Willers, verschiedene traditionelle Umweltschützer und einige eher rechtsbürgerliche Kräfte. Die „Bremer Grüne Liste“ ist eine Abspaltung des „Initiativkreises für eine Grüne/Bunte Liste in

Bremen und Bremerhaven“ und wurde vorbei an den wesentlichen Basisinitiativen (Anti-Atomkraftwerksbewegung, Frauen) und der radikalen Linken vollzogen.

Wie in den vorigen Ausgaben des ARBEITERKAMPFS schon berichtet, war dieser Gründung eine scharfe Auseinandersetzung innerhalb des „Initiativkreises für eine Grüne/Bunte Liste“ vorausgegangen, in deren Mittelpunkt die Fragen des Aufbaus (Basisbündnis oder Persönlichkeitsstruktur), des Programms (wie weit werden Abstriche an den Forderungen der Basisbewegung gemacht, um rechtsbürgerliche Stimmen zu gewinnen) und letztlich vor allem der Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber dem KB und der „KPD“ standen.

Mit dem Schritt der Gründung einer eigenen Liste ist nun bedauerlicherweise endgültig die Spaltung der bisherigen Wahlinitiative vollzogen worden. Auch wenn diese Kräfte nach wie vor betonen, daß die Liste für alle offensteht, wird dies sogleich stark eingegrenzt: „Innerhalb des von uns gesteckten Rahmens sind wir auch künftig offen für alle...“

Von den übrigen Trägern der bisherigen Initiative kann dies kaum als ein ehrliches Angebot aufgefaßt werden. Denn einerseits wird den Forderungen der Basisinitiativen innerhalb des Programms der „Bremer Grünen Liste“ kaum Rechnung getragen. So findet man zur Frage Atomkraft nur den lapidaren Satz „Stop des Atomprogramms“; die Frauenfrage wird ebenso in einem Satz abgehandelt; von den Problemen der Jugendlichen kein Wort; statt die Interessen der arbeitenden Bevölkerung hervorzuheben, betont das Programm sehr stark die Probleme des Kleinbürgertums und der Abbau demokratischer Rechte existiert nur in Form von „Schnüffelei“, „Datenschutz“ und Berufsverbote. Andererseits ist von der Liste der Unvereinbarkeitsbeschuß noch ausgedehnt worden. War anfangs dieser „nur“ auf der Ebene der Kandidaten vorgesehen, soll er jetzt auch auf der Ebene des Vorstands gelten. Lediglich die Unterstützung der Liste soll KB- bzw. „KPD“-Mitgliedern

noch (?) nicht verboten werden.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Haltung der „KPD“. Anfangs richtete sich der Unvereinbarkeitsbeschuß allein gegen sie (als Partei). Der KB wandte sich gegen jede Art der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, während die „KPD“ sich für eine „Modifizierung“ einsetzte: Nicht nur gegen die „KPD“, sondern auch gegen den KB müsse der Unvereinbarkeitsbeschuß angewandt werden, wofür sie offene Ohren fand.

Diese, aus eigensüchtigen Motiven geborene Haltung erleichterte den Spaltnern ihr Vorgehen erheblich, obwohl die Mehrheit des Initiativkreises dies nach wie vor ablehnt.

Der „Initiativkreis für eine Grüne/Bunte Liste in Bremen und Bremerhaven“ wies in einer Presseerklärung darauf hin, daß die „BGL“ nur „einen begrenzten Teil der in Bremen und Bremerhaven arbeitenden Bürger- und Basisbewegung“ repräsentiert. Sie verurteilt das Vorgehen als Spaltung und will sich die Entscheidung über eine eigene Kandidatur vorbehalten. In einem „Offenen Brief“ der Frauenwahlinitiative heißt es: „Wir wollen uns nicht immer wieder abspalten lassen — diesmal sogar von einer „Grünen Liste“.“

Die Initiatoren der „BGL“ gehen offenkundig davon aus, durch Ausgrenzung des linken Spektrums die Wahlchancen zu verbessern, insbesondere an breitere Schichten des Kleinbürgertums heranzukommen. Völlig außer Acht lassen sie dabei jedoch, daß ihr Vorgehen sie bei denjenigen, die eine wirkliche Alternative zu den bürgerlichen Parteien suchen, diskreditieren wird. So werden sie auch kaum in der Lage sein, eine inhaltliche Alternative zur SPD aufzubauen — wenn sie dies überhaupt noch wollen. Sie treten damit gleichzeitig die ersten Ansätze einer Zusammenarbeit verschiedener demokratischer Kräfte mit Füßen, womit die Hoffnungen der Anhänger der Grünen/Bunten Listen zerschlagen werden. Für die weitere Diskussion von alternativen Listen wird dies mit Sicherheit negative Auswirkungen haben.

„Grüne“ Kandidatur zur Europawahl

Am 3. und 4.2. fand ein erneutes Treffen des Bundeskoordinationsausschusses in Vlotho statt (vergl. AK 143/144). An dem Treffen beteiligten sich die GAZ, AUD, der WSL, die bestehenden Grünen Listen, die Bunte Liste, die alternative Liste Westberlin, die Liste Demokratie und Umweltschutz Schleswig-Holstein sowie Beobachter der GLH und der alternativen Liste Bremen. Von den linken Organisationen nahm nur der KB teil.

Auf einem separaten Treffen am 2.12.78 beschlossen GAZ, AUD, GLU und GL-Schleswig-Holstein eine gemeinsame Kandidatur zur Europawahl. Zu diesem Zweck wurde von den vier Organisationen eine gemeinsame Programm-Kommission ins Leben gerufen.

Seit dieser Blockbildung hatten die alternativen Listen davor gewarnt, daß durch die gemeinsame Kandidatur das Gerüst einer zukünftigen Gesamtpartei mit festgelegtem Programm entsteht, dem sich andere höchstens „anschließen“ könnten. Auch das Treffen in Vlotho zeigte erneut, daß die vier weiter an ihrer Blockbildung arbeiten, daß man allenfalls bei der AUD von einer Bündnisbereitschaft darüber hinaus sprechen kann. Bisher zeigen sich keine Schritte, die alternativen Listen bzw. die Basisbewegung gleichberechtigt in die Diskussion um zukünftiges Vorgehen einzubeziehen. Bei Teilen der GLU und insbesondere bei der GAZ geht die Diskussion in Richtung einer Abkopplung der „Grünen“ Parteien von der außerparlamentarischen Bewegung.

Für die Europawahlen wollen die Vier Mitte Februar ihr Programm vorlegen; kandidieren wollen sie mit einer noch zu gründenden Vereinigung aus den Mitgliedern der vier Organisationen. Die Beteiligung an den Europawahlen sei für spätere Kandidaturen und zur Motivierung ihrer Mitglieder unbedingt notwendig, behaupteten die Vier. Außerdem versprechen sie sich immer noch bei solchem Vorgehen einen Wahlerfolg. Ähnlich wird für die Kandidatur bei den Schleswig-

Holstein-Wahlen argumentiert. Auf der Basis eines schmalen ökologischen Programms, das vor allem auf konservative Wähler zielt und trotz des bewußt herbeigeführten Ausschlusses der Basis- und Alternativbewegung wollen sie bei der Wahl über 3 % erreichen. Alle vier Organisationen wollen den Wahlkampf mittragen. Zwar heißt es in der Resolution der „Grünen“, daß man nach den Europawahlen die „Zusammenarbeit“ mit ökologischen Alternativgruppen suchen wolle, aber bislang sieht es nicht danach aus. So betonten die „Grünen“ in Vlotho zwar die Notwendigkeit der Beteiligung am Treffen der Anti-AKW-Bewegung in Braunschweig, auf der Konferenz waren sie aber nicht vertreten.

Immerhin konnte auf dem Treffen in Vlotho eine Resolution verabschiedet werden, in dem die GAZ aufgefordert wird, die Initiative zu einem Volksbegehren gegen den Schnellen Brüter in Kalkar nicht zu einem unsinnigen und schädlichen Profilierungsprojekt für die GAZ zu nutzen, sondern nur gemeinsam mit der Bewegung zu planen.

Resolution zum Volksbegehren gegen den „Schnellen Brüter“:

Der Bundeskoordinationsausschuß befürwortet ein Volksbegehren in NRW in Sachen Kalkar und begrüßt die Bereitschaft der GAZ-NRW, ein solches Verfahren nur in Übereinstimmung mit dem Landes- und Bundeskoordinationsausschuß mit den zuständigen BI's einzuleiten.

Die Durchführung des Volksbegehrens ist nach Auffassung aller im Bundeskoordinationsausschuß vertretenen Gruppen nur auf der Grundlage einer breiten und öffentlichen Aufklärung und Diskussion in Zusammenarbeit mit den das Atomprogramm ablehnenden gesellschaftlichen Gruppen und Bürgern sinnvoll.

Der Bundeskoordinationsausschuß wird vor Ablauf dieses Jahres Bilanz über die Vorbereitungen ziehen und Stellung nehmen.

Bunte Liste Initiative in Bielefeld gegründet!

Auf einem Treffen am 16.2., das mit 50 interessierten Einzelpersonen und Mitgliedern eines breiten Spektrums von Initiativen gut besucht war, wurde die Gründung einer „Bunte Liste“-Initiative beschlossen. Diese Initiative will in den nächsten Wochen verstärkt für eine alternative Wahlbeteiligung werben und kommunalpolitische Themen aufgreifen. Geplant ist ein Eingreifen in die Debatte um den geplanten Bielefelder Regionalflughafen Nagelholz und um das Projekt einer Autobahn mitten durch die Stadt. Außerdem soll mit der Erstellung einer Wahlplattform und der Untersuchung verschiedenster Bereiche (Frauen, Kinder, Gesundheitswesen, etc.) begonnen werden. Die endgültige Entscheidung über die Gründung einer „Bunten Liste“ und einer Kandidatur bei den Kommunalwahlen im September soll nach Verständnis dieses Kreises erst getroffen werden, wenn eine ausreichende Breite und Unterstützung der Wahlinitiative gewährleistet ist.

Das nächste Treffen ist am 23.2. um 19.00 Uhr im Umweltzentrum Bielefeld in der Friedrichstraße 52 - 54.

KB/Gruppe Bielefeld

„4. Partei“-Pläne schmoren weiter

Je näher die Bundestagswahlen 1980 rücken, desto offener entwickeln sich die Auseinandersetzungen innerhalb der CDU ebenso wie zwischen CDU und CSU. F.J. Strauß und andere wollen mit dem Konzept „4. Partei“ die Parteienlandschaft neu formieren und hoffen so, der SPD/FDP-Koalition die zum Wahlsieg notwendigen Stimmen abnehmen zu können. Im folgenden sind mehrere Artikel von Genossen zu einer Übersicht zusammengestellt worden.

CDU-CSU-Streit um Parole zur Europawahl

Es begann noch im vorigen Jahr mit dem Streit um die Hauptwahlkampfparole. „Politik für die Freiheit — Glück für die Menschen“, diesen Slogan wollte die CDU zum Wahlmotto machen. Prompt nahm der CSU-Generalsekretär Stoiber Anstoß an der Passage „Glück für die Menschen“. In einem Brief an den CDU-Generalsekretär erklärte er die Parole für „verheerend, abwegig und falsch“ („Welt“, 17.2.78). Sein CDU-Kollege Geißler konterte mit einem Brief an Stoiber, in dem es ironisch hieß, daß die CSU-Attacken „... zwar den Bekanntheitsgrad des Mottos wirkungsvoll noch weiter erhöhten, aber der Glückserwartung der Unionsfreunde nach herzlicher Eintracht nicht förderlich waren“ (ebenda). Doch Geißlers Parolenfront hielt keine zwei Wochen. Schon Ende Dezember kündigte Kohl an, die CDU wolle doch lieber mit einer mehr inhaltlichen Wahlaussage auf der CSU-Linie „Volkspartei gegen Volksfront“ antreten („FAZ“, 28.12.78). Daraufhin vollführte auch Geißler einen Salto rückwärts und stellte fest, „... daß die SPD sich zur Klassenpartei zurückentwickelte, eine Strategie der Volksfront mit Kommunisten nicht abschließen“ und folgerichtig auch eine entsprechende Parole nötig sei. Jetzt heißt es plötzlich, daß die alte Parole nur „Einstimmungsparole“ für die Vorwahlzeit gewesen sei (vgl. „FR“, 30.1.79) und man sich als Hauptparole für: „Deutsche, wählt

das freie und soziale Europa — gegen ein sozialistisches Europa“ entschieden habe. Diese Parole ist vom CDU-Vorstand einstimmig abgesegnet worden. Modifiziert werden könnte die Parole allerdings noch durch eine Gesamtparole der in der Europäischen Volkspartei (EVP) zusammengeschlossenen Rechtsparteien der EG. Diese wollen Wahlplattform und Wahlparolen auf einem gemeinsamen Kongreß am 21./22.2. in Brüssel festlegen. CDU und CSU sind Mitglieder der EVP.

Europa-Wahl: CSU-Test für die 4. Partei?

Seit Monaten ließ die CSU mannigfaltige Spekulationen und Gerüchte ins Kraut schießen, ob sie die Europawahlen nicht als Testlauf für eine „Vierte Partei“ benutzen könnte. Nach dem Erlanger Treffen, bei dem die CSU ein 20 Thesen umfassendes Manifest zur Europawahl vorlegte (Hauptparole: „Ja zur Freiheit — Nein zum Sozialismus“), gab Strauß gegenüber der Presse zwar an, man wolle keine Namen außerhalb Bayerns auf die CSU-Liste setzen („FAZ“, 22.1.79). Schon wenige Tage später jedoch erklärte Goppel, daß die Beschränkung der CSU auf Bayern kein Glaubenssatz sei, und in der Presse ließ die CSU durchsickern, es sei nicht ausgeschlossen, daß die CSU sich doch noch für eine Bundesliste zu den Europawahlen entscheiden würde („Welt“, 29.1.79). Für einen solchen Schritt ließ die CSU zwei Varianten kursieren: Die Gründung von CSU-Landesverbänden in den anderen Bundesländern oder eine Kandidatur der CSU-Landesliste auch in anderen Bundesländern, was nach dem Europawahlgesetz möglich ist („FR“, 31.1.79). Eine definitive Entscheidung ist bei der CSU auch auf der letzten Vorstandssitzung am 29.1. nicht gefallen. Bis Ende April kann die CSU die Frage noch offen halten, denn erst dann ist der endgültige Termin für die Listeneinreichung. Die CDU beruft sich gegenüber diesen Plänen auf feste Absprachen mit der CSU, nach denen

alle Aktivitäten im Bereich der 4. Partei nur einvernehmlich gestartet werden sollen. Dieser Beschuß wurde nach Kreuth von CDU und CSU gemeinsam gefaßt und bezieht sich nach Angaben von CDU-Generalsekretär Geißler ausdrücklich auch auf die Europawahlen. CSU-Generalsekretär Stoiber hat inzwischen erklärt, daß zumindest für die Versuche „unabhängiger“ Rechte, mit einer „Liberal-Konservativen Aktion“ zu den Euro-Wahlen anzutreten, keine Absprache mit der CSU vorliege.

„4. Partei“-Hilfstruppen formieren sich

Den Anfang machte eine CSWU im Saarland. CSWU heißt Christlich-Soziale Wähler-Union und wurde von dem Lehrer Josef Dörr am 4. Dezember mit zwei Freunden gegründet. Dörr war bislang mit seinen Freunden CDU-Mitglied im Kreistag von Neunkirchen. Die CSWU will an den Kommunalwahlen des Saarlandes am 10.6.79 in möglichst vielen Orten teilnehmen. Ansonsten möchte man gern ein CSU-Landesverband werden, „wenn das Signal aus München kommt“ („Rheinischer Merkur“, 26.1.79). Auf das Münchener Signal wartet im Saarland schon seit einiger Zeit ein CSU-Freundeskreis um die Geschäftsfrau Elke Hunsicker. „Sie verfügt in der Tat über vielfältige und enge Beziehungen zur CSU-Zentrale in der Münchener Lazarettstr.“, weiß der „Rheinische Merkur“ zu berichten. Der „Freundeskreis“ soll im Saarland 1.000 Mitglieder haben („Rheinpfalz“, 16.1.79).

Vorbereitungen zur Beteiligung an der Eurowahl seien getroffen, heißt es. Allerdings wäre Voraussetzung, daß man in „einen Landesverband der CSU in Bayern gehen könne“ („Rheinpfalz“). Dies hat die CSU aber bislang abgelehnt.

Zwischen der CSWU und dem Freundeskreis gibt es bisher keinen Kontakt. Frau Hunsicker bescheinigt der Dörr-Gruppe nur schroff: „Die sympathisieren mit uns, wir aber di-

stanzieren uns“ („Rheinischer Merkur“).

In Hamburg gibt es seit einiger Zeit eine „Aktion CSU 1980“. Diese mußte allerdings inzwischen ihren Namen ändern, weil die Bezeichnung CSU gesetzlich geschützt ist. CSU-Generalsekretär Stoiber hat in einem Schreiben an die Hamburger nur einen Förderverein, etwa unter dem Namen „Freundeskreis F.J. Strauß“ für zulässig erklärt.

Ein etwas bedeutenderer Kreis von Parteigründern wirbelte in der Presse etwas Staub auf. Als Mitglieder einer „Liberal-Konservativen Aktion“ wurden genannt: der ehemalige CDU-Ministerpräsident von NRW, Franz Meyers; der ehemalige niedersächsische Ministerpräsident Heinrich Hellwege (früher DP heute CDU); der Braunschweiger Oberstadtdirektor Weber (früher SPD, jetzt Vorsitzender der CSU-lancierten Splittergruppe Sozial Demokratische Union); mit angeblich „Steuerpartei“-Gründer Fredersdorf (im Dezember aus der SPD ausgeschlossen); der Schriftsteller und langjährige CSU-Propagandist Karl Steinbrück und der Würzburger Professor Lothar Bossle (CSU-Mitglied) (alle Angaben nach „FAZ“ und „SZ“, 1.2.79). Zu den Initiatoren sollen auch ZDF-Löwenhal und der Publizist Wenger („FR“, 1.2.79) gehören. Fredersdorf dementierte sofort. Wiederum bestritt die CSU, diesem Kreis irgendwelche Zusagen gegeben zu haben. Stoiber meinte aber doppeldeutig, daß CDU und CSU seit Monaten Hinweise darauf erhielten, daß das liberal-konservative Lager in Bewegung geraten sei. Zu Meldungen, daß die CSU vielleicht Leute wie Löwenhal und Fredersdorf auf einer bundesweiten CSU-Liste kandidieren lassen könnte, hieß es nur, das seien Spekulationen. Allerdings bestätigte der CSU-Presse-sprecher am gleichen Tag, daß die Frage einer CSU-Bundesliste nach wie vor „offen“ sei („Welt“, 1.2.79). Die „liberal-konservative“ Gruppe will sich am 19.2. zusammensetzen, um weitere Perspektiven zu beraten.

Auch in Hannover meldeten sich CSU-Sprößlinge zu Wort. Die Junge Union Langenhagens teilte am 22.1.

der Presse die Gründung einer „CSU-Interessengemeinschaft“ mit. Zu den Initiatoren gehören die JU-Funktionäre Czarnetzki und Neumann. Die Behauptung der Initiatoren, die CSU habe „jegliche Unterstützung zugesagt“, wurde von der CSU allerdings nicht bestätigt.

Während Czarnetzki Pressegerüchte um eine „CSU-Zelle“ wenig später dementierte — „Ziel dieser Gründung sei nicht die Förderung einer vierten Partei gewesen“, sondern „ein enger Zusammenschluß zwischen den beiden Schwesterparteien CDU und CSU“ („HAZ“, 25.1.79) — bekannte Neumann jetzt Farbe: Einem drohenden Ausschuß aus der CDU zuvor-kommend, trat er aus und kündigte die Gründung eines CSU-Freundeskreises in Hannover an, „der der Vorbereitung einer vierten Partei in Niedersachsen dienen solle“ („HAZ“, 31.1.79).

Strauß im Hintergrund

„Strauß läßt andere reden und beobachtet, ob sich irgendwo etwas aussichtsreiches formiert“, weiß dazu Springers „Welt“ (2.2.79). Das ist gegenwärtig wohl der springende Punkt. An Parteigründern für die CSU-Bundesversion mangelt es, wie die letzten Wochen gezeigt haben, nicht — wohl aber an politischer Substanz und an Wählern. Solange aber eine Vierte Partei nur für eine ungewisse Umverteilung zwischen CDU und CSU-Wählerpotential sorgt oder möglicherweise noch Reibungsverluste produziert, die SPD und FDP zu Gute kommen, wird sich Strauß hüten, das Thema „Vierte Partei“ übers Knie zu brechen.

Stoiber sagte zu dem Thema, daß man die Entwicklung „Vierter-Partei“-Ansätze „mit Interesse“ verfolgen, aber keine Verbindung unterhalte. „Wenn diese Bewegung einmal bundesweit Substanz erhält, werden wir sicher mit ihr einmal sprechen“ („Welt“, 2.2.79).

Europawahlkommission Göttingen
KB Hannover
Antifa-Kommission Hamburg



Nachrichten vom Widerstand



Fortsetzung von Seite 1

Offen blieb in der Diskussion die Frage der Amnestie-Forderung für die verurteilten AKW-Gegner.

Die AG Einschätzung der Bewegung diskutierte vor allem über Wahlen und den Vergleich Wylh – Gorleben. Eine grundsätzliche Ablehnung der Wahlbeteiligung war die Haltung der Minderheit, wobei die Mehrheit allerdings die Beteiligung an Wahlen an die strikte Einhaltung der Schwerpunktsetzung auf außerparlamentarische Aktionen band.

Bei Kritik an Einzelgängertum und Betonung breiter Bündnispolitik kritisierte die Gruppe alle Versuche, die Bewegung auf bestimmte Aktionsformen festzulegen, und betonte die Notwendigkeit, die Entwicklung des örtlichen Widerstands zu berücksichtigen. Kritisiert wurde allerdings auch der Treck, dessen „wirkliches Ziel“ (?) nicht deutlich sei.

Die AG Gewerkschaften tauschte nach einer Diskussion über die aktuelle DGB-Politik (rückholbare Endlagerung) vor allem Erfahrungen aus. Sie stellte fest, daß die große Gesprächsbereitschaft vor allem der Gewerkschaftsjugend zu wenig genutzt wird, um über die Gefährlichkeit von Atomanlagen und die Gefährdung von Arbeitsplätzen zu informieren. Das gleiche gilt für Seminare, gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Leserbriefe an Gewerkschaftszeitungen etc.

Die AG Betreiber und Befürworter diskutierte zunächst die Ziele im „Atomgeschäft“, wobei vor allem wirtschaftliche und militärische Aspekte beleuchtet wurden. Die Frage nach den imperialistischen Absichten der BRD (Import von Technologie schafft politische Abhängigkeit) blieb unserer Ansicht nach in beiden Gruppen noch unterbelichtet. Wesentliche Ergebnisse der Gruppe bezogen sich auf die Praktiken der Betreiber. U. a. wurden ihre Spaltungsversuche als Zwang zum Verzicht auf aktiven Widerstand gekennzeichnet und dagegen vorgeschlagen, sich nicht auf bestimmte Widerstandsformen festzulegen, zentrale wie dezentrale Aktionsformen anzuwenden und festzulegen, zentrale wie dezentrale Aktionsformen anzuwenden und dabei den örtlichen Widerstand stärker zu berücksichtigen.

Die AG Informations- und Organisationsstrukturen hatte sich damit beschäftigt, ein Schneeballsystem zur Übermittlung von Nachrichten in die Anti-AKW-Bewegung zu entwickeln. Die Zeitung „Gorleben aktuell“ (Lüneburg) übernimmt vorerst die Weitervermittlung der Gorleben-Informationen. Außerdem schlug die AG die Unterstützung des WISE (internationaler Anti-AKW-Informationsdienst) vor und gab einige Termine bekannt:

- bundesweites Verlags- und Vertriebentreffen 10.3. in Göttingen
- Alternativ-Zeitungs-Treffen am 5./6.5. in Melle.

Die Gruppe schlug vor, das geplante BAU (Bremer Arbeits- und Umweltschutzzentrum) zu unterstützen. Es will, kontrolliert von der Basis, wissenschaftliches Material für die BI's erarbeiten, das öffentlich zugänglich ist. Ein Trägerverein aus BI's soll Finanzierung und Kontrolle übernehmen.

Die AG Kultur und Medien tauschte Erfahrungen aus und formulierte als Selbstverständnis, Vermittler zwischen örtlicher Bevölkerung und Anti-AKW-Bewegung sein zu wollen.

Die AG Bedeutung des Projekts Gorleben stellte zunächst fest, daß der Bau der WAA nicht unbedingt an die Realisierbarkeit der Atommülldeponie gebunden ist, und war weiterhin der Meinung, daß mit Gorleben nicht das Atomprogramm fallen würde.

Die AG wies besonders auf das von Albrecht geplante Hearing kritischer Wissenschaftler hin (ab 28.3. Messegelände Hannover). Daß das Hearing keinen Einfluß auf den Bau der WAA haben soll und als reine Alibi-Veranstaltung dient, wird daran deutlich, daß die Landesregierung nicht bereit war,

- volle Einsicht in den Sicherheitsbericht zu geben,
- die Veröffentlichung der Ergebnisse zuzusichern und
- die Bohrungen bis zum Abschluß des Hearings zurückzustellen.

Die Wissenschaftler (z. B. Bremer SAIU-Gruppe), die diese Forderungen aufgestellt hatten, wurden von der Teilnahme ausgeschlossen. Die Wissenschaftler werden dafür an der Gegenveranstaltung der GLU am 30.3. in der Niedersachshalle teilnehmen, die möglichst mit dem Eintreffen des Trecks zusammenfallen sollte.

Weiterhin forderte die Gruppe, daß die militärischen Absichten bei der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie wesentlich mehr in der Öffentlichkeit der BI's aufgedeckt werden sollten. Außerdem wurde eine stärkere Zusammenarbeit mit Umweltschutz-BI's angeregt, denn die katastrophalen ökologischen Auswirkungen (klimatische Veränderungen, Versteppung von Landschaften, Schädlingsplagen u.a.) müssen viel stärker Gegenstand der Diskussion werden. Vorgeschlagen wurde ein bundesweites Treffen über das Thema „Umweltverschmutzung und Krebs“.

In der AG Widerstandsformen wurde neben Waldwache, dezentralen Aktionen nach Bohrbeginn (Vorschlag aus Göttingen: Autokorso nach Gorleben organisieren), und der unterschiedlichen Beurteilung von Sabotageaktionen schwerpunktmäßig der Treck nach Hannover und Großdemonstrationen diskutiert. Zum allgemein begrüßten Treck, der am günstigsten (wenn für die Bauern möglich) am 30.3. in Hannover eintreffen sollte, wurden konkrete Gestaltungsmöglichkeiten vorgeschlagen, z. B. weitere Trecks aus Asse oder Ahaus, Demonstration und Aktionen in Hannover.

Zum Thema Großdemonstration gab es folgende unterschiedliche Meinungen:

- keine Großdemonstration, um die Bevölkerung nicht zu „verschrecken“,
- Großdemonstration mit internationaler Beteiligung in Gorleben mit Rücksicht auf den örtlichen Widerstand (daher keine Terminierung),
- internationale Großdemonstration zu Pfingsten bzw. bald nach Bohrbeginn,
- Großdemonstration in Bonn.

Zur Koordinierung der dezentralen Aktionen wurde ein Treffen Anfang März vorgeschlagen.

Sabotage-Aktionen wurden zwar von der Mehrheit der Teilnehmer teils aus gewaltfreien Vorstellungen, teils als augenblicklich nicht angebracht abgelehnt, zur Distanzierung von solchen Aktionen wollte aber niemand aufrufen (im Gegensatz zu den Jusos!).

Insgesamt konnte sich die AG nicht auf einheitliche Positionen zu den verschiedenen Widerstandsformen einigen, wenn auch die Mehrheit auf eine baldige Großdemonstration drängte.

Ergebnisse des Plenums

In der Diskussion im Plenum wurde deutlich, daß schon in verschiedenen Städten Aktionen nach Bohrbeginn vorbereitet werden:

- 22 BI's aus Hessen haben sich für Aktionen am KWU-Hochhaus in Offenbach verabredet;
- der AK Brokdorf will einen Spaziergang zum Bauplatz Brokdorf machen;
- Göttingen schlug vor, die Bohrfirmen ausfindig zu machen.

Kontroversen gab es im Plenum vor allem bezüglich der Großdemonstration, der „bedingungslos“ Unterstützung des Trecks nach Hannover und dem Vorschlag, nach Hannover Blumen mitzubringen, weil wir keine Feinde wollten (die wir aber haben, unabhängig von unserem Willen).

Trotz dieser Kontroversen gelang es allerdings, in allen Fragen einen gemeinsamen Nenner zu finden, der jeweils durch ein Meinungsbild abgestimmt und in der Presseerklärung festgehalten wurde.

Jeder einzelne Abschnitt der folgenden Presseerklärung hat durch ein solches Meinungsbild bei jeweils maximal fünf Gegenstimmen die überwältigende Mehrheit aller Anwesenden bekommen.

(Abdruck Presseerklärung im Kasten)

Was war neu an Braunschweig?

Am Ende des Arbeitstreffens herrschte euphorische Stimmung bei fast allen Teilnehmern. Die Stimmung war vor allem getragen durch die allseits geäußerte Bereitschaft, zu einem von allen getragenen Vorgehen zu kommen, wenn auch vielfach noch keine entsprechenden Festlegungen getroffen werden konnten. Schon in der Vorbereitung der Konferenz zeigte sich angesichts der drohenden Probebohrungen in Gorleben diese Entwicklung. Begeisterung und Erleichterung waren verständlich, war doch das ganze Jahr 1978 geprägt von einem teilweise rapiden Rückgang der organisierten Anti-AKW-Bewegung, auf der anderen Seite der unverblühten Forcierung des Projekts Gorleben ein-

schließlich militärischer Planung gegen Atom-Gegner von Staats- und Betreiber-Seite. So war das Braunschweiger Treffen offensichtlich von allen Seiten getragen von der Einsicht in die Notwendigkeit des gemeinsamen Vorgehens gegen das „Nadelöhr“ im Atomprogramm.

Allgemein bestand die Ansicht, den Kongreß zu nutzen, um einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden. Das fand seinen Ausdruck darin, daß die Plenumsdiskussion auf das konkrete Thema Gorleben beschränkt wurde, statt sich in Grundsatzdiskussionen zu zerfetzen.

Wichtig dabei war, daß alle Punkte der Plenums-Diskussion in den BI's vordiskutiert und die verschiedenen Positionen – unterstützt z.B. durch die Veröffentlichungen des ATOM-EXPRESS – bekannt waren. Dieses Vorgehen hat Perspektive, vor allem auch für die Punkte, die in Braunschweig zwangsläufig offen bleiben mußten – z. B. die Frage der „Gewalt“ und der Großaktionen (für die mit Rücksicht auf die BI Lüneburg-Dannenberg bislang nur ein gemeinsamer „Fahrplan“ verabschiedet wurde), aber auch neue, nicht ausdiskutierte Fragen wie die Amnestie-Forderung, die Frage des Volksbegehrens u.a.

Wenn sich bei zukünftigen Debatten die Einsicht hält, daß auch tiefergehende Meinungsverschiedenheiten nicht eine Zusammenarbeit verhindern, dann wäre das die Basis für einen enormen Aufschwung der Bewegung, der sich in Braunschweig ankündigte.

Die städtischen linken AKW-Gegner zeigten sich auf dem Treffen bereit, Rücksicht auf die Entwicklung des örtlichen Widerstands zu nehmen, die sehr stark von der örtlichen BI gefordert wurde. Wobei die BI darlegte, daß sich dieser Widerstand angesichts der beginnenden Bohrungen bzw. des Baubeginns breiter entwickelt. Dies war gleichzeitig die Basis dafür, daß sich auf der Konferenz die Vorstellung durchsetzen konnte, daß alle Aktionen – einschließlich des Trecks – gemeinsam getragen und durchgeführt werden sollen. Nur eine gewisse Minderheit forderte eine und durchgeführt werden sollen. Nur eine gewisse Minderheit forderte eine Unterordnung unter die Vorstellungen der örtlichen BI. Die BI Lüneburg-Dannenberg hat dieses gemeinsame Vorgehen akzeptiert und mitgetragen. Auch ihr Papier für die Konferenz drückte diese Radikalisierung aus: „Wir beurteilen eine Aktion nicht danach, ob sie nach herrschender Auffassung einen illegalen Charakter hat, sondern inwieweit und ob sie von großen Teilen der Öffentlichkeit (für uns zunächst der Landkreises) getragen und nachvollzogen werden kann, d. h. also, dem wachsenden Widerstand nützt“.

Eine weitere „Neuerung“ in Braunschweig war offenbar das gemeinsame Akzeptieren demokratischer Umgangsformen. Dadurch, daß zielstrebig auf einen Konsens in den verschiedensten Fragen hingearbeitet und -diskutiert wurde, der dann auch in Meinungsbildern seinen Ausdruck fand, bezwei Tage verquatscht zu haben, sondern etwas herausgearbeitet zu haben, was nun auch als klar erkennbar den BI's zur weiteren Diskussion vorgeschlagen werden kann. Dies ist umso erwähnenswerter, als erstmals auf einem bundesweiten Treffen so breit die verschiedenen Strömungen der Anti-AKW-Bewegung anwesend waren.

Daran kann auch der Versuch des Fernsehens nichts ändern, in seiner Berichterstattung durch die auffällige Hervorhebung der (tatsächlich aus dem Rahmen fallenden) Beiträge des KBW (der den „Sinn“ der Konferenz infrage stellte) nachträglich große Widersprüche in das Arbeitstreffen hineinzugeheimnissen. Besonders hervorgehoben werden muß, daß die positiven Voraussetzungen bei den Teilnehmern dieses Treffens erst dadurch richtig zum Tragen kommen konnten, daß die Braunschweiger das Arbeitstreffen hervorragend vorbereitet hatten, sowohl was die Organisation als auch was die Diskussionsleitung anbetrifft. Damit haben sie den praktischen Nachweis erbracht, daß Demokratie in der Diskussion und straffe Organisation einander nicht ausschließen, sondern sich gegenseitig bedingen.

Hoffentlich wird das Braunschweiger Ergebnis nicht nur ermutigend auf die Teilnehmer, sondern auf alle AKW-Gegner wirken – besonders auf die, die sich schon resignierend aus der Arbeit zurückgezogen hatten. Keine WAA und Atommülldeponie in Gorleben und auch nicht anderswo!

Genossen aus Hannover

Presseerklärung zum bundesweiten Arbeitstreffen gegen Atomanlagen Braunschweig 10./11.2.1979

Die Atomkraftgegner in der Bundesrepublik sind entschlossen, den Bau der Atommüllfabrik und Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben gemeinsam zu verhindern. Das ist das wesentliche Ergebnis des bundesweiten Arbeitstreffens, das am 10. und 11. Februar in Braunschweig stattfand. Die 1.300 Vertreter von Bürgerinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet haben sich in einer zweitägigen Beratung auf folgendes Vorgehen geeinigt:

Das bundesweite Arbeitstreffen aller AKW-Gegner begrüßt den Willen vieler Bürgerinitiativen, am Tag des Bohrbeginns und in den Tagen danach überall in der BRD vielfältige Aktionen ohne Beschränkung der Form gegen das Atomprogramm und insbesondere gegen die geplante Atommüllfabrik in Gorleben durchzuführen.

Der Treck von Gorleben nach Hannover wird bundesweit unterstützt. Eine spätere Großdemonstration wird durch diesen Treck nicht in Frage gestellt. Das Arbeitstreffen begrüßt, daß die Landwirte um Gorleben einen eigenständigen Widerstand entwickeln, den sie u. a. auch im Treck nach Hannover zum Ausdruck bringen wollen.

Wir freuen uns, daß wir aufgefordert sind, uns an diesem Treck zu beteiligen. Wir schlagen vor, ein gemeinsames Treffen zwischen Veranstaltern des Trecks und Vertretern von BI's durchzuführen, um Form und Inhalt dieser Beteiligung zu besprechen.

Wir sehen die geplante Treckerdemonstration nach Hannover als notwendigen und wichtigen Schritt an und fordern die Veranstalter auf,

den Kampf gegen Prozesse und Schadenersatzklagen auch im Hinblick auf die Kriminalisierung gegen AKW-Gegner in den Inhalt dieser Demonstration miteinzubeziehen.

Das bundesweite Arbeitstreffen hält es für politisch richtig und notwendig, in diesem Jahr eine Großdemonstration gegen die WAA, möglichst in Gorleben, durchzuführen.

Es wird eine Vorbereitungsgruppe gebildet, die Vorschläge über Zeit, Ort und Form der Großdemonstration entwickelt und in einer solidarisierenden Diskussion unter allen BI's eine größtmögliche Einigkeit erzielt. Diese Vorschläge der Vorbereitungsgruppe werden, wenn möglich, auf der Treckerdemonstration in Hannover vorgestellt und an alle BI's verschickt, damit überall in der BRD diese Vorschläge diskutiert werden können.

Am 5. Mai wird in Göttingen ein erneutes bundesweites Treffen stattfinden, auf dem die Vorschläge beraten und Einigkeit über die Großdemonstration erzielt wird. Die Vorbereitungsgruppe ist öffentlich und hat als Ausgangsbasis das BI-Treffen anläßlich der Trecker-Demonstration in Hannover.

Unser Widerstand gegen die WAA in Gorleben oder allgemein gegen das Atomprogramm steht in engem Zusammenhang mit der Zurückweisung des Versuchs der Regierung, AKW-Gegner zu kriminalisieren, strafrechtlich zu verfolgen oder durch finanzielle Forderungen zu ruinieren.

Deshalb fordern wir:

- Einstellung aller Strafverfolgungen!
- Rücknahme aller Zahlungsbescheide!
- Annullierung aller Verurteilungen gegen AKW-Gegner!

Resolution zum Volksbegehren in NRW

In Nordrhein-Westfalen betreibt die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) seit einigen Wochen Vorbereitungen zur Durchführung eines Volksbegehrens gegen den Bau von Atomanlagen unter dem Motto „Stop Plutonium Brüder Kalkar“. Im Moment werden von der GAZ für dieses Volksbegehren still und heimlich Unterschriften gesammelt, ohne dieses Vorgehen mit der BI-Bewegung abzustimmen und zu diskutieren.

Wir fordern die GAZ auf, ihr Vorhaben zurückzuziehen, weil wir nicht bereit sind, uns von einem autoritären Vorgehen unter Zugzwang setzen zu lassen,

denn ein Volksbegehren, das nicht von der gesamten Anti-AKW-Bewegung getragen wird, wird dem Kampf gegen Atomanlagen schaden.

Es kann nur durchgeführt werden, wenn es vorher in der BI-Bewegung diskutiert worden ist.

Wir rufen alle BI's, vor allen Dingen jetzt die aus Nordrhein-Westfalen, auf, die Diskussion über die Frage des Volksbegehrens in nächster Zeit zu führen, denn (siehe Österreich, Belgien, Schweiz) dadurch besteht eine zusätzliche Möglichkeit, den Kampf gegen Atomanlagen vorwärts zu bringen!

Kommt friedlich – bringt Blumen mit!! Resolution zum Treck nach Hannover

In den letzten Monaten sind bei uns im Landkreis entscheidende Veränderungen vor sich gegangen. Waren wir bisher ein friedlicher, vertrauter Kreis – so steht vor uns eine Zukunft, geprägt durch:

- immer mehr Polizei
- immer mehr Bundesgrenzschutz
- immer mehr Überwachung der Bevölkerung
- immer mehr Absperrungen
- immer mehr Einschüchterung und Verängstigung der Bevölkerung
- immer mehr Lärm und Zerstörung unserer alten Strukturen.

All das wollen wir nicht – wir wollen unseren Landkreis erhalten! Die Pläne für die Atomfabrik bedeuten eine Vertreibung aus unserer Heimat!

Und weil wir uns nicht aus unserer Heimat vertreiben lassen, werden wir unseren Protest in einem Treck nach Hannover zum Ausdruck bringen. Und da Herr Albrecht nicht zu uns gekommen ist und uns nicht informiert hat, rufen wir ihm jetzt zu: „Herr Albrecht, wir kommen!“ Wir werden vom geplanten Standort bis nach Hannover zu Fuß gehen, begleitet von Schleppern, Pferdewagen, Lei-

erwagen, wir nehmen unsere Verpflegung mit – und wir werden allen deutlich machen, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen die Atomanlage ist. Herr Dr. Albrecht hat ja betont, daß er gegen den Willen der Bevölkerung die Anlage nicht bauen wird.

Diesen Treck, der wohl im März stattfinden wird, führen wir zusammen mit der Bürgerinitiative Lüneburg-Dannenberg durch. Bis zur Kreisgrenze wollen wir nur mit Einwohnern unseres Landkreises marschieren, ab Kreisgrenze fordern wir alle Atomkraftgegner auf, mit uns gemeinsam zu gehen oder aber einen eigenen Treck zu machen und sich mit uns in Hannover zu treffen. Um unsere Friedlichkeit deutlich zu machen, bitten wir schon jetzt alle Atomkraftgegner, uns in Hannover mit Blumen zu empfangen. Hannover sollte ein Blumenmeer sein.

Die Blume als Symbol für das Leben – denn wir wollen das Leben erhalten, hier im Landkreis und auch anderswo.

Darum: Herr Albrecht, wir kommen!

Kommt friedlich – bringt Blumen mit!!

Gartow-Gorleben, 7.2.1979

Kurzmeldungen zu Gorleben

Kurzmeldungen zu Gorleben

Treckerdemo gegen WAA

Bauern mit 115 Traktoren und Mäh-dreschern bereiteten dem Bundesaus-schuß für Forschung und Technolo-gie am 7.2. in Gartow einen lautstar-ken Empfang. Mit zahlreichen Spruch-bändern und Plakaten demonstrier-ten sie gegen den Bau der WAA in Gorleben. Dem Ausschußvorsitzen- den wurde eine Protestresolution überreicht. Als nächste Aktion kün- digten die Bauern im März einen Fußmarsch nach Hannover an, unter dem Motto „Herr Albrecht, wir kom- men“.

(Nach „EJZ“, 8.2.79)

Jusos für gewaltlosen Widerstand

Jede Form des gewaltlosen Wider- stands gegen die WAA wollen die Jusos aus Norddeutschland unter- stützen. Diese Widerstandsform schließt „jegliche Form militanter Aktionen gegen Sachen(!) und Per- sonen aus“. Den Versuch, eine „Schlacht um Gorleben“ zu insze- nieren, sehen die Jusos offenbar bei den „sogenannten K-Gruppen“. Dies wollen sie von vorneherein unterbun- den sehen.

(Nach „SZ“, 7.2.79)

Pastoren bezweifeln Albrechts Glaubwürdigkeit

Vier Pastoren aus Gartow und Schnackenburg bezweifeln in einem offenen Brief an den Vorsitzenden der Gorleben-Kommission, Grill, die Richtigkeit der Aussagen der Landes- regierung zum Prüfungsverfahren für Standortentscheidung. Sie bezweifeln darin, daß die Standortentscheidung erst dann gefällt wird, wenn alle si-

cherheitstechnischen Fragen beant- wortet sind. Denn die Antwort darauf sei schon für Juli dieses Jahres ange- kündigt, obwohl selbst das DWK-Vor- standsmitglied Salander die Ergebnis- se der Querbohrungen, die darüber erst endgültig Aufschluß geben könn- en, frühestens in 7-8 Jahren erwart- et.

(Nach „EJZ“, 7.2.79)

Betriebsräte gründen Pro-WAA-Initiative

In den letzten Tagen trafen sich in Lüchow und Gartow Betriebsräte der uran- und plutoniumverarbeitenden Industrie zu Gesprächen mit Vertre- tern des öffentlichen Lebens der Re- gion. Die Betriebsräte schlossen sich zu einem „aktiven Arbeitskreis“ zu- sammen. Die Ziele dieses AK's „Nukleare Entsorgung“:

- Gespräche mit Politikern und Be- hörden führen, die für die Geneh- migung zuständig sind,
- Einbindung der Gewerkschaften in diesen Arbeitskreis,
- Darstellung der Sicherheit der Nu- kleartechnik in Bezug auf die dor- tigen Arbeitsplätze,
- Hinwirken auf eine objektive Be- richterstattung in den Medien, vor allem im Fernsehen.

Der Arbeitskreis will mit seinen Aktivitäten die Politiker unterstützen, die bei technischen Fragen überfor- dert seien und dadurch oft zu un- sachlichen Entscheidungen kämen.

(Nach „EJZ“, 10.2.79)

Flugblattaktion pro WAA

Die Niedersächsische Landesregierung hat für die nächsten Tage eine große Aktion mit 100 000 Flugblättern an- gekündigt, die im gesamten Nordosten des Landes verteilt oder den Zeitun- gen beigelegt werden sollen. Sie sol-



len über die geplanten Flachbohrun- gen informieren und deutlich machen (besser wohl: vorgaukeln), daß die Bohrungen nur der Baugrundunter- suchung dienen, nicht aber eine Vor- entscheidung für die Errichtung der Anlage darstellen. In diesem Zusam- menhang bedauerte Regierungsspre- cher von Poser, daß die vom Bund vorbereitete Gorleben-Broschüre noch immer nicht herausgegeben wurde.

(Nach „FAZ“, 13.2.79)

Bundeswehr gegen AKW-Gegner?

Weil angeblich die Polizei gewaltsa- men Demonstrationen nicht gewach- sen sei, hält der stellvertretende Vor- sitzende des BGS-Verbandes, Manfred Braschitz, den Einsatz der Bundes- wehr bei Anti-AKW-Demos für mög-

lich. Diese Drohung verbindet er na- türlich mit der Forderung nach mehr Bullen und BGS.

Diese - im übrigen verfassungs- feindliche - Äußerung wird selbst vom Vorsitzenden der Polizeigewerks- chaft (GdP), Schirmacher, als „un- verholenes Geschäft mit der Angst“ zurückgewiesen.

(Nach „SZ“, 14.2.79)

Das von der Landesregierung groß angelegte Anhörungsverfahren unter Beteiligung der kritischen Wissen- schaftler soll voraussichtlich vom 28. März bis zum 3. oder 4. April dieses Jahres stattfinden („Elbe-Jeet- zel-Zeitung“ - „EJZ“ - 20.1.79). Unter Leitung von AKW-Befürwor- ter Prof. Weizsäcker sollen dort AKW- Gegner und -Befürworter ihre Stel- lungnahme zur geplanten WAA in- hängig mit der Entscheidung über die Standortentscheidung abgeben, woraufhin die Landesregierung aufgrund dieser Stellungnahmen nach „gewissen- hafter Abwägung“ des pro und kon- tra eine Grundsatzentscheidung für den sofortigen Baubeginn in Gorle- ben treffen wird. Rechtlich bindend sind die dort vorzutragenden Stel- lungnahmen in keiner Weise, sie sollen nur als Legitimation der Bau- beginnsentscheidung des Kabinetts dienen, da ein Abwarten auf die rechtlich bindenden Gutachten viel zu lange dauern würde.

AKW-Nein-Kommission

Krebsforscher leben gefährlich

Vergeblich war versucht worden, den Unfall im Krebsforschungszentrum Heidelberg geheimzuhalten (gesche- hen am 18.1.79). Bei der Explosion eines Kühlschranks, wobei die Schranktür abgerissen worden war und ein Feuer ausbrach, wurden 200 Milligramm des krebserregenden Di- methylbenzanthrazen und 100 Gramm Nitrosomethylharnstoff unter andere radioaktive Substanzen ins Labor geschleudert.

Glücklicherweise befanden sich zur Zeit des Unglücks keine Mitarbei- ter im Raum, so daß die Meldung lau- ten konnte, daß niemand zu Schaden kam und krebserregende Substanzen im Raum nicht festgestellt werden konnten.

(„Hamburger Abendblatt“, 3.2.79)

Dies ist auch deswegen recht er- freulich, weil das AKW noch einen weiteren Schaden aufweist, der eben- falls von Seiten der HEW geheimge- halten wird: Es wurden an den Zy- linderköpfen der Notstrom-Diesel- Aggregate Risse gefunden. Es besteht die Gefahr, daß die Notstrom-Diesel dann, wenn sie gebraucht werden, nicht einsatzbereit sind. Ein nicht zu vertretendes Risiko!

Spannend wird es im März, wenn das AKW Stade abgeschaltet wird, um den Brennelementwechsel vorzuneh- men. Weil auch sonst noch einiges an- liegt, wird dieser „geplante Stillstand“ wohl etwas länger dauern. So weist der Reaktordruckbehälter in Stade eine Leckage auf. Das Leck befindet sich im sogenannten RDB-Flansch, welcher den RDB-Deckel mit dem RDB-Unterteil verbindet. Diese Leck- stelle soll nun „repariert“ werden.

Nach heutiger Prognose dürften sich im März damit fast wieder alle AKW's außer Betrieb befinden. Wenn dann wiederum keine einzige Lampe aus- geht, ist der Beweis erbracht, daß der Spruch der AKW-Betreiber: „Ohne Atom-Energie geht die Lichter aus“, nichts als bloßes Gewäsch ist, erfun- den, um der Bevölkerung die lebens- gefährlichen AKW's „näherzubrin- gen“.

AKW-NEIN-Kommission und KB/Nürnberg

Peinlich, peinlich

Jedes Kind konnte es aufsagen, alle Spatzen piffen es vom Dach:

Die Wahrscheinlichkeit, von einem Reaktorunfall an Leib und Leben Schaden zu erleiden, ist nicht größer, als von einem Meteoriten erschlagen zu werden.

So stand es in vielen schönen Hochglanzbroschüren der Elektroin- dustrie, dies war aber auch die Grundlage für die Genehmigung von AKW's als „unbedenklich“. Erfinder dieser Geschichte war ein Herr Ras- mussen, der 1974 eine entsprechen- de Studie veröffentlichte. Noch 1976 referierte der Herr auf der Reaktor- Tagung in Düsseldorf darüber; C.F.v. Weizsäcker, der jetzt „unabhängig“ das Gorleben-Wissenschaftler-Hearing Albrechts leiten soll, lobte ihn für seine gute Arbeit.

Diese Arbeit würde auch noch heute angepriesen und jeder Gegner dieser Studie würde weiter als unwis- senschaftlicher Bangemacher be- schimpft, wenn nicht eine peinliche Angelegenheit dazu geführt hätte, daß diese Studie jetzt als „Lügenstorie“ aus dem Verkehr gezogen wird.

Es fing damit an, daß im letzten Jahr Dokumente ans Licht kamen. Diese Studie war nämlich nicht „un- abhängig“ erstellt worden, sondern von der Amerikanischen Atomenergie-Kommission (AEC) für 2 Mio. Dollar in Auftrag gegeben worden und gleichzeitig bedenkenlos zu Gun- sten eines Votums für die Atomlobby umgebogen worden.

Daraufhin wurde die Rasmussen-

Studie von einer Kommission in den USA im Auftrag der Regierung unter die Lupe genommen. Das Ergebnis dieser Überprüfung war für die Ras- mussen-Studie verheerend. Die Stu- die liefere, so heißt es in dem Bericht, keine überzeugende Abschätzung der Wahrscheinlichkeit eines größeren atomaren Unfalls, diese Werte seien weder in Genehmigungsverfahren noch innerhalb der öffentlichen Dis- kussion ohne weiteres verwendbar!! 10 - 1 000-fach seien die Unfallfolgen zu niedrig angegeben worden. Schlicht als „irreführend“ bezeichnete die Prü- fungskommission die Angaben der Studie. Frank von Hippel, ebenfalls Mitglied der Kommission erklärte so- gar, die grafischen Darstellungen über Todesfälle seien 100-fach niedriger angegeben, als Rasmussen sie selbst berechnet hatte!!

„Unredlich“ nannte er dieses Ver- fahren. Alle Hochglanzbroschüren müssen jetzt eingestampft werden, alle Genehmigungsverfahren müßten neu aufgerollt werden, andernfalls kann man getrost behaupten, daß die angebliche Sicherheit von AKW's auf Lügen aufgebaut ist!

AKW-Nein-Kommission

So versucht die HEW/NWK, die Sicherheit von AKW's zu vermit- teln:

Auch bei Nutzung der Kernener- gie muß ein etwaiges Risiko ab- gewogen werden gegen die Vor- teile, die die Menschheit durch sie erwartet. Zugleich muß nach- gewiesen werden, daß die von der Menschheit in Kauf genom- menen sonstigen Risiken ver- gleichbar oder größer sind. Dier- ser Nachweis ist erbracht (siehe auch Frage 32).

Es folgen einige Beispiele da- für, daß die Menschheit einfach Risiken eingehen muß, wenn sie weiterleben will.

So beträgt die Anzahl der Unfäl- le je 1 Million Personen bei

1 Stunde Sportfliegen	260
1 Stunde Linienflug	2,5
1 Stunde Autofahrt	0,6
1 Stunde Eisenbahnfahrt	0,05
1 Pockenschutzimpfung	17
1 Penicillinspritze	11,4
1 Anästhesiespritze beim Zahnarzt	5,7
1 Stunde in der Umgebung eines Kernkraftwerkes leben	0,00001

Aus: 66 Fragen - 66 Antworten Zum besseren Verständnis der Kernenergie



1600 Einwegflaschen, zu deren Herstellung und Vernichtung 1500 Kilowatt Strom verschwendet werden, stellten Westberliner Atomkraftgegner vor die Tür der Firma Hoechst AG. Die Hoechst AG steckt dick im Atomgeschäft, u.a. wird sie am Bau der WAA Gorleben beteiligt sein. Diese originelle Aktion fand bei den Passanten viel Anklang - einige packten tatkräftig mit an. Als die Polizei eintraf beobachteten die AKW-Gegner die Flaschen aus sicherer Entfernung aus der gegenüberliegenden Mensa. Zur Nachahmung empfohlen!

Von Störfall zu Störfall ...

Schlechte Zeiten für die AKW-Betrei- ber: Das AKW Biblis wurde am 2.2.79 vorläufig abgeschaltet, da „Körper- schall-Meßgeräte“ akustische Signale registrierten. Diese „Signale deuten darauf hin, daß sich lose Teile im Re- aktorinneren befinden könnten, die beim Weiterbetrieb möglicherweise die Brennstäbe oder die Einbauten im Reaktordruckgefäß beschädigen würden“ („FR“, 10.2.78).

Die AKW-Experten gehen jetzt erstmal dabei, die Brennelemente wieder zu entladen, um im Reaktor- druckbehälter nach losen Teilen zu suchen. Der Reaktor bleibt erstmal außer Betrieb. Nicht das erste Mal!

Auch in Karlsruhe herrscht Aufre- gung: Der dortige Forschungsreaktor vom Typ „Schneller Brüter“ ist nach einem Störfall im Schutzsystem er- neut abgeschaltet worden. Diesmal „reagierte an der „Schnellen Null- Energie-Anlage Karlsruhe“ (SNEAK) am 24. Januar die Schutzelektronik als der Leistungsgrenzwert überschrit- ten wurde“ (SZ, 3.2.79).

Vier Wochen nach der entgültigen In- betriebsnahme mußte das AKW Ohu erneut abgeschaltet werden. Zum zweieundzwanzigsten Mal!

Nachdem der Maschinentransfor- mator ausgefallen war, wurde der ra- dioaktive Dampf in Nebenleitungen gepumpt. Kurz darauf füllte sich das Maschinengehäuse mit Dampf, der Gehalt radioaktiver Stoffe in der Luft stieg stetig. Techniker entdeck- ten, daß mehr als zwanzig Minuten lang radioaktiver Dampf aus einem 2,5 Zentimeter großen Loch ström- te, ein Rohrstutzen war gebrochen. Erst dann wurde das AKW durch Hand abgeschaltet.

„Selbstverständlich“ wurden, nach Erklärung der AKW-Betreiber, bei diesem Unfall keine Menschen in Mitleidenschaft gezogen. Auch die über den Kamin abgegebene radioak- tive Abluft lag weit unter den zuge- lassenen Abgabewerten. Die Repara- turen, bei denen möglicherweise der Transformator ersetzt werden muß, werden mindestens drei Wochen in Anspruch nehmen (nach „SZ“ vom 7.2.79). Der 21. Störfall in Ohu er- eignete sich am 19.1.79. Nach offizi- ellen Verlautbarungen drangen 50- 100 Liter radioaktiven Wasserdampf aus einer undichten Stelle einer Lei- tung. Angesichts der häufigen Stö- rungen kam denn auch der Vorsit- zende des bayerischen Umweltschut-

zes, Alois Glück, zu der treffenden Aussage: „Da ist offenbar eine ge- wisse Schwachstelle“ („Nordbayer- ischer Kurier“, 7.2.79).

Die Betreiber des AKW Brunsbüttel versuchen immer noch den Eindruck zu erwecken, als wenn einer baldigen Inbetriebnahme im Frühjahr 1979 nichts im Wege stünde.

Seit Wochen verschweigen die HEW - trotz der Beteuerungen, man wolle die Öffentlichkeit besser infor- mieren - daß man auf der Suche nach dem Schaden, der die losen Teile im Reaktordruckbehälter verursachte (im Oktober wurden hier Blechstücke gefunden), fündig geworden ist. Wie bereits damals vermutet, stammen die Blechteile aus dem Dampf-Wasser- Abscheider. Es wurden Risse und Brüche festgestellt, ebenso wie an der dort verlaufenden Kernflutleitung. Die Schwere dieser Schäden lassen es ausgeschlossen erscheinen, den Reak- tor mit diesem Dampfabscheider wie- der in Betrieb zu nehmen. Ein neuer Dampfabscheider wurde bereits bei der Firma VEW in Österreich in Auf- trag gegeben, die Fertigungszeit für so ein großes Bauteil kann allerdings bis zu drei Jahren betragen! Erschwe- rend kommt hinzu, daß Konstruktio- nänderungen notwendig sind, um nicht dasselbe Desaster zu wiederho- len.

Dies bedeutet, daß das AKW Brunsbüttel vorläufig nicht wieder in Betrieb gehen kann!

Es stinkt zum Himmel: Giftskandal in Hamburg!

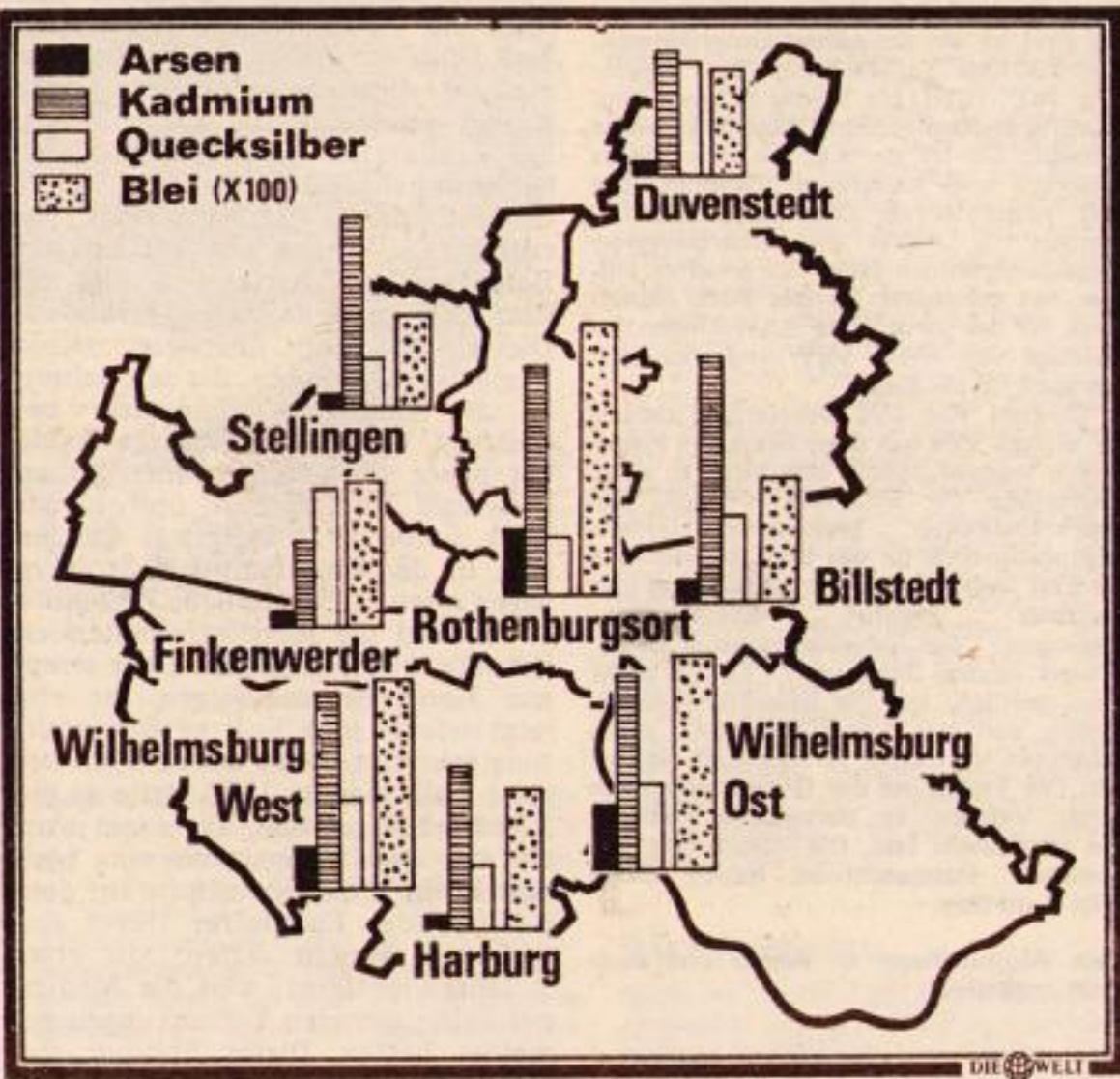
In acht Hamburger Stadtteilen wurden seit sechs Monaten die Haare von fast 300 Kindern auf Kadmium, Arsen, Blei und Quecksilber untersucht. Dabei kamen haarsträubende Ergebnisse zutage: Die Kinder aus den Stadtteilen Wilhelmsburg, Rothenburgsort und Billstedt hatten bis zu drei mal höhere Kadmium-Konzentrationen als Kinder aus Finkenwerder und Duvenstedt: Der Arsengehalt war bis zu sieben mal höher! Wilhelmsburg und Rothenburgsort sind Arbeiterviertel in der Nähe des Hafens, in denen sich ausgedehnte Industriegebiete befinden. Billstedt ist ein Arbeiterviertel mit der Trabantenstadt Mümmelmannsborg, das im Osten des Hafens und der Industriegebiete liegt. Bei Westwind, der in Hamburg vorherrschend ist, wird der ganze Smog dorthin geblasen. Finkenwerder liegt an der Elbe im Westen von Hamburg. Es hat zwar auch Industrie, doch liegt sie östlich der Wohngebiete, so daß der Wind die Abgase in die andere Richtung weht. Duvenstedt ist ein Vorort im äußersten Norden Hamburgs mit viel Landwirtschaft. Dagegen ist die Quecksilberkonzentration in Duvenstedt und Finkenwerder am höchsten (siehe Tabelle).

Der Skandal wird heruntergespielt!

Bekannt wurden die Untersuchungsergebnisse erst dadurch, daß die dabei eingesetzten Leute „geplaudert“ hatten, wie Senatssprecher Bisinger mit Bedauern feststellte. Daraufhin hat der NDR bei Umwelt-senator Curilla (SPD) angefragt, der dieser Frage „nicht ausweichen“ wollte („Bild“, 14.2.). Jetzt, wo die Daten bekannt sind, wird versucht, sie zu relativieren: „Es gibt keine unmittelbare Gesundheitsgefahr für die Bevölkerung“ sagte ein Sprecher der Gesundheitsbehörde. Und Umweltsch(m)utzsenator Curilla bekam den Vorwurf, er sei „mit Zahlen ohne wissenschaftliche Aussage vorgeprescht“ (beides aus „Hamb. Abendblatt“, 14.2.). Curilla erklärte: „Ruhe bewahren und die weiteren Meßprogramme abwarten.“ Und dazu ein heißer Tip: „Sollten Sie in Ihrer Umwelt Verdächtiges entdecken, dann sofort das Umwelt-Telefon 343536 anrufen“ („Hamb. Morgenpost“, 14.2.). Der Senatssprecher erklärte sogar, „man müsse noch klären, was Kadmium, Arsen und Blei überhaupt bewirken könnten“ („Bild“, 14.2.). Die Gesundheitsbehörde erklärte gar dreist, daß „keinerlei Anlaß zur Besorgnis“ bestehe. „Eine Gefährdung der Bevölkerung liege nicht vor“ („Welt“, 17.2.79).

Dabei sind Langzeitschäden dieser Schadstoffe bei Aufnahme kleinster Mengen über viele Jahre seit langer Zeit bekannt und werden selbst von den Berufsgenossenschaften als Berufskrankheiten anerkannt. Und die sind mit ihrer Anerkennung nicht gerade großzügig.

Erschreckend ist allein schon das hohe Vorkommen der Gifte in den Randgebieten und auf Helgoland ...



Die Grafik verdeutlicht die örtlich unterschiedlichen Meßergebnisse

Zeit bekannt und werden selbst von den Berufsgenossenschaften als Berufskrankheiten anerkannt. Und die sind mit ihrer Anerkennung nicht gerade großzügig.

Erschreckend ist allein schon das hohe Vorkommen der Gifte in den Randgebieten und auf Helgoland ...

Die Schuldigen? — Man „vermutet“, aber eigentlich völlig unbekannt..!

Die Urheber sind angeblich unbekannt, bzw. laut Curilla und der bürgerlichen Presse ist den Industriebetrieben im Hafen und der Norddeutschen Affinerie nicht mit Sicherheit nachzuweisen, daß die Gifte von ihnen stammen. Daran, daß die Norddeutsche Affinerie (Affi) einer der Hauptversacher ist, kann es keine Zweifel geben. Sie ist die größte Kupferhütte Europas mit 3.300 Beschäftigten und mehr als 1,5 Mrd. DM Jahresumsatz („Bild“, 14.2.).

In der „Bild“-Zeitung kommen noch einige aufgebraute Wilhelmsburger zu Wort: „Uns sind in letzter Zeit immer die Kaninchen und Hühner eingegangen“, klagt eine alte Anwohnerin. „Von meiner Wohnung aus sehe ich oft genug einen dicken Rauch“, sagt eine andere. „Von meiner Wohnung aus sehe ich oft genug einen dicken

Rand am Himmel“, sagt ein Gastwirt. Außerdem bekommen die Kleingärtner für Abgasschäden an Bäumen und Pflanzen eine Entschädigung von der Affi. Damit gibt die Affi selbst eine schädliche Wirkung ihrer Abgase zu.

Gut in Erinnerung ist vielen Hamburgern auch noch der Gasunfall von 1972, bei dem die Gaswolke von der Affi bis nach Altona reichte! Trotzdem erdreistete sich die „Bild“-Zeitung, auf der gleichen Seite den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Krenning von der IG Chemie zu zitieren: „Was Curilla betreibt, ist Brunnenvergiftung und unverantwortliche Panikmache, die zur Vernichtung von Arbeitsplätzen führen kann.“ Da stehen der IG-Chemie-Funktionär und das Springer-Blatt Arm in Arm ganz auf Seiten der Kapitalisten: Die „Bild“ vom 14.2. schrieb in ihrem Kommentar unter der Überschrift „Panikmache — oder was?“: „Wenn der Senator wirklich voreilig war, wenn er sich von Leuten vorschreiben ließ, die den Konzernen eins auswischen wollten, wäre es ein Skandal.“ Aber wenn die Arbeiter Gesundheitsschäden bekommen, ist es kein Skandal!

AKW-Nein- und Gesundheitskommission
AKW-Nein- und Gesundheitskommission

Giftmilch-Skandal weitet sich aus

Hessen. Wie zu erwarten war, sind über die Verseuchung der Milch durch den Darmstädter Chemie-Konzern Merck im südhessischen Ried weitere Fakten ans Tageslicht gekommen. So mußte die Firma, die in ihrem Gernsheimer Werksgelände ca. 100 000 Tonnen (wenn nicht mehr!) giftige Rückstände aus der Pestizid-Produktion vergraben hat, inzwischen ihre Verantwortung für den Umweltskandal zugeben.

Merck hatte noch Anfang Februar die Unverschämtheit besessen, einen Zusammenhang der Milchvergiftung mit ihren Hexachlorcyclohexan-(HCH)-Ablagerungen schlicht zu leugnen. Erstens seien von der Milch keine Gefahren für die Gesundheit der Verbraucher ausgegangen, und zweitens wurde sogar spekuliert, ob „ausländische Futtermittel“ die HCH-Anreicherungen in der Milch bewirkt haben könnten. Merck weigerte sich, die betroffenen Landwirtschaftsbetriebe zu entschädigen, und wurde darin noch von dem hessischen Umweltministerium unterstützt. Mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ seien die Giftmüllablagerungen von Merck unschädlich.

Derart plumpe Augenwischerei war freilich nicht lange aufrechtzuerhalten. Von der „FR“ (8.2.) befragte Umweltchemiker aus der ganzen BRD (Bundesgesundheitsamt Westberlin; Max-Planck-Institut für Chemie, Main) bestätigten übereinstimmend, daß von den Pestizid-Rückständen „erhebliche Gefahr“ ausgehe; daß die Ablagerungen in Gernsheim ein „Wahnwitz“ seien, und daß die Behauptung, Merck habe mit der Giftmilch nichts zu tun, eine „bewußte Irreführung der Öffentlichkeit“ sei. Die Wissenschaftler errechneten, daß jährlich etwa eine halbe Tonne HCH durch Verdunstung aus den Anlagen in die umliegenden Felder entweiche, und wiesen darauf hin, daß sogar die Gefahr einer Gasexplosion in Gernsheim bestünde („FR“, 8.2.).

Zwei Tage nach dieser Ohrfeige (die freilich auch der hessischen Landesregierung galt) erklärte sich Merck dann bereit, den Bauern die vergiftete Milch abzukaufen, und sie zu vernichten. Trotzdem weigern sich der Konzern und Giftminister Görlach, die Konsequenzen zu ziehen und die Hexamüllablagerungen auszugraben und zu beseitigen. Gegenüber den Arbeitern von Merck droht die Konzernleitung unverhüllt, die Arbeitsplätze stünden auf dem Spiel. Das ausgerechnet denjenigen gegenüber, die an eben diesen Arbeitsplätzen hohe Gefahren für ihre Gesundheit ausgesetzt sind! („UZ“, 2.2.).

Aber es geht noch weiter:

- In drei rheinland-pfälzischen Erzeugerbetrieben, gegenüber von Gernsheim auf der anderen Seite des Rheins, wurde inzwischen ebenfalls eine Milchvergiftung festgestellt („Frankfurter Neue Presse“, 7.2.).
- Nur für die Hälfte des vergrabenen Giftmülls gibt es überhaupt eine

behördliche Genehmigung („FR“, 31.1.).

- Die CDU enthüllte, daß erste HCH-Funde bereits 1973 auf einem Gurkenfeld in Gernsheim gemacht wurden („FNP“, 10.2.). Demnach wußten die Behörden schon seit sechs Jahren von einer drohenden Umweltvergiftung und nicht erst seit zwei Jahren, wie Görlach behauptete.
- Die Kette weiterer Umweltskandale reißt nicht ab: Erst jetzt wurde bekannt, daß in Biebesheim (ebenfalls Südhessen) seit Jahren Lösungsmittel aus einer Destillationsfirma „in unbekannter Menge aus dem Betrieb in den Abwasserkanal“ geflossen sind. In welchem Ausmaß dadurch das Grundwasser vergiftet wurde, ist noch nicht bekannt.

Es riecht nach „Helaba“!

Giftminister Görlach weigert sich immer noch, seinen Hut zu nehmen. Wäre er wirklich ein solch redlicher Mensch, wie er sich gern in der Presse darstellen läßt, so müßte er sich wohl in den stillsten Winkel Hessens zurückziehen, um sich bis ans Ende seines Lebens zu schämen. Aber ist er das wirklich? Und warum greifen die Behörden immer häufiger auf „Erklärungen“ zurück, alles sei ihnen so „unerklärlich“? Man tut gut daran, sich zu erinnern, daß die hessische SPD noch vor kurzem als Helaba-Partei bundesweiten Ruhm erreichte. Vielleicht macht dies manches „unerklärliche Versäumnis“ erklärbar.

Milch für Merck

Eine nachahmenswerte Aktion gegen Merck hat eine „Aktionsgruppe Umweltschutz“ in Westberlin gestartet. Sie hatten in der Berliner Werksvertretung in einer „symbolischen Notwehrreaktion“ 100 Liter Milch in die Büroräume der Firma gegossen, um gegen das „verbrechliche Zusammenwirken von Behörden und Verursachern“ im Giftskandal in Hessen zu protestieren. In einer Presseerklärung forderten sie eine strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen, Beseitigung der Giftrückstände und eine „vollständige Entschädigung der vernichteten landwirtschaftlichen Betriebe“.

(Süddeutsche Zeitung, 5.2.79).

Seveso: Mißgeburtenrate steigt!

Obwohl sich das Seveso-Unglück bereits 1976 ereignet hat, ist nach Angaben des „Sonderbüros Seveso“ der gynäkologischen Abteilung der Mailänder Universitätsklinik die Mißgeburtenrate 1978 um 50 Prozent (!) gestiegen.

In drei rheinland-pfälzischen Erzeugerbetrieben, gegenüber von Gernsheim auf der anderen Seite des Rheins, wurde inzwischen ebenfalls eine Milchvergiftung festgestellt („Frankfurter Neue Presse“, 7.2.).

Nur für die Hälfte des vergrabenen Giftmülls gibt es überhaupt eine

Schwermetalle und ihre Giftigkeit

Kadmium: löst das Calcium aus den Knochen, verformt dadurch das Skelett und hat einen Schrumpfungseffekt um 30 cm zur Folge. Infolge schweren Calciummangels führen einfachste Erschütterungen, wie z.B. Husten, zu Rippenbrüchen!

Viele Patienten sterben qualvoll an Nierenversagen oder durch Infektionen, gegen die sie keine Immunität mehr besitzen. Im Bezirk Tojama in Japan starben 130 Menschen an dieser zuerst unbekannten Krankheit, nachdem sich das Schwermetall z.T. über 30 Jahre angereichert hatte. Die sogenannte Itai-Itai Krankheit (Itai heißt Aua) führt besonders bei schwangeren Frauen zu extremen Vergiftungen und kann neben Krebs auch zu Mißbildungen führen.

Trotz seiner extremen Giftigkeit findet Cadmium in Farbstoffen, Lacken, Kunststoffen, Keramik, Batterien, Rostschutzmitteln (I), Plastiktüten, Lötlötten und Zahnpulvern seine Verwendung. In Ballungszonen wie dem Ruhrgebiet wird der als tolerierbar eingestufte Wert von 0,02 Mikrogramm/Kubikmeter Luft um 50 % überschritten.

Quecksilber: Ebenfalls in Japan, in der Fischerstadt Minamata, wurden über 30 Jahre hinweg 12 bis 25 Tonnen Quecksilber pro Jahr in das Meer geleitet (in der Elbe sind es 5 Tonnen pro Jahr) bis es zur Katastrophe kam.

Nach offiziellen Angaben starben über 100 Menschen, etwa 800 erkrankten und bis zu 30 000 (!) Menschen wurden langfristig geschädigt.

In erster Linie waren von der Krankheit Fischer betroffen, die fast jeden Tag Fisch aßen. Als erstes tra-

ten bei einigen Kribbeln und Absterben der Hände, bei gleichzeitiger Einschränkung der Seh- und Hörfähigkeit auf. Da sich das Quecksilber vorwiegend im Gehirn ablagert, kam es zu Bewegungs- und Gleichgewichtsstörungen. Bei ganz schweren Fällen schrumpfte das Gehirn, die Intelligenz sank rapide und die Gliedmaßen wurden durch Muskelkrämpfe deformiert. Ungefähr 20 Mütter brachten quecksilbergeschädigte Kinder zur Welt. Der siebzehnjährige Fujiko Yamamoto z.B. kann weder sprechen noch verstehen, was gesprochen wird. Es fällt ihm schwer, den Kopf hochzuheben, der Speichel läuft ihm aus dem Mund und er stößt unartikulierte Laute aus. Wenn er aus dem Gleichgewicht gerät, kann er sich beim Hinfallen nicht abfangen. Zwei Krankenschwestern müssen ihn Tag und Nacht umsorgen. Im Krankenbericht steht bei seinem Intelligenzquotienten eine Null.

Trotz dieser Gefahren ist der Grenzwert für quecksilberhaltigen Fisch in der BRD 1975 erhöht worden und quecksilberhaltige Pflanzenschutzmittel werden weiterhin eingesetzt! (aus „Elbwasser macht schlank“ Broschüre der AGU/Hamburg und „Seveso ist überall“, Koch und Vahrenholdt).

Blei: Ist laut Merkblatt der Berufsgenossenschaft ein „Blut- und Nervengift“, das bei chronischer Vergiftung zu schweren Gehirnschäden führen kann. Das Anfangssymptom ist Müdigkeit; das Blei lagert sich in den Knochen ab.

In amerikanischen Slums kam es zu Massenvergiftungen. Etwa 400 000 Kinder erkrankten, 200 starben, 800 trugen bleibende geistige

Schäden davon. Die Kinder hatten Bleifarben aufgenommen, mit denen Häuser gestrichen worden waren. Daraufhin wurde von der Herstellungs-firma Food and Drug Administration der Bleigehalt in Farben gesenkt (Moll, S. 190).

Die Kennzeichen einer akuten Bleivergiftung sind schon lange bekannt: grauer Bleischaum des Zahnfleisches, Veränderung der roten Blutkörperchen, Darmkolik, Gelenk- und Rückenschmerzen. Hinzu kommen Kopfschmerzen, Schlaf- und Sehstörungen, Schwindelanfälle, trockene Nasenschleimhaut, Hautkribbeln, Ekzeme u.ä. (Moll, S. 190).

Arsen und seine Verbindungen sind laut Berufsgenossenschaft allgemein „gewebsschädigende“ Stoffe. Im Merkblatt heißt es hierzu: „Eine Warnwirkung fehlt ... Bereits kleine Wunden, die mit Arsenik in Verbindung gekommen sind, zeigen eine langdauernde Entzündung und Eiterung mit Schädigung tiefliegender Gewebe ... Auch auf gesunder Haut können Arsenverbindungen zu oberflächlichen und geschwürigen Entzündungen führen, z.B. unter den Armen und zwischen den Beinen (Hoden), insbesondere wenn die Haut durch starkes Schwitzen aufgelockert ist und dadurch einen Teil ihres natürlichen Schutzes verloren hat. Bei Schädigung der Atemorgane kann es zur Durchlöcherung (!) der Nasenwand kommen. Der Staub kann auch Augen-, Mund- und Zahnfleischentzündungen, Trockenheit im Rachen und heisere Stimme hervorrufen. Besonders schwere Fälle können zu Arsenkrebs führen“ (Vorschrift der BG, 1965).

„Spion gegen Spion?“

Wohl jedem AKW-Gegner ist die HEW-Broschüre „66 Fragen — 66 Antworten“ bekannt, die ja die Bremer Gegenbroschüre „66 Fragen — 66 Antworten“ erforderlich machte. Bisher war der Verfasser den meisten unbekannt — nicht zuletzt deswegen, weil er z.B. Holger Strohm's Einladung zu einer Podiumsdiskussion ablehnte, und zwar mit der diffamierenden Begründung, daß Strohm wie alle AKW-Gegner aus Moskau bezahlt wird. (Denn ohne Atomprogramm gehen ja irgendwann die Lichter aus und im Dunkeln können sie leichter einmarschieren!?) Inzwischen wurde nun bekannt, woher der Mann seine flotte Feder hat: Nach der Flucht eines DDR-Hauptmanns verschwand auch er spurlos. Ob wohl demnächst „66 Fragen — 66 Antworten“ als Serie in „Sowjetunion Heute“ erscheint? (Nach Extra-Drei, NDR III, 31.1.79).

Kerosin-Unfall auf Frankfurter Flughafen

Vermutlich durch Frostschaden sind aus dem Vorfeld des Frankfurter Rhein-Main Flughafens „mindestens“ 150 000 Liter Kerosin aus einem unterirdischen Tank ausgelaufen.

Die Treibstoff-Panne war recht spät entdeckt worden und löste einen dreitägigen Großalarm aus. Bei dem Störfall, durch den rund 3 000 qkm mit 5 000 t Kerosin verseucht wurden, hatte man schnell die Lösung gefunden. Mit einer Ausnahmegenehmigung des Mainzer Ministeriums für Umweltschutz wurde drei Stunden später das benzinverseuchte Erdreich auf die Deponie Gerolsheim gefahren. Alle fünf bis sieben Minuten kam ein LKW auf der Deponie an, und die um den Schlaf gebrachten Anwohner wurden in Lautsprecherdurchsagen auf die ganz nächtliche Lärmbelästigung vorbereitet! Die Kosten für diese Müllbeseitigung wird rund 500 000 DM betragen. (Nach „Rheinische Post“, 8.2.79)

„Bei soviel Geld muß man ja weich werden!“

Während die Ahauser Bevölkerung dem Brennelementzwischenlager (BEZ) sehr skeptisch gegenübersteht, tun die Stadtväter alles, um den Nutzen herauszustellen, den die Stadt angeblich vom BEZ hat. Dabei werden sie von der NRW-Landesregierung tatkräftig unterstützt. Als Entschädigung für die Aufnahme des BEZ erhält die Stadt vom Land Nordrhein-Westfalen von 1979 bis 1985 jährlich 7 Mio. DM als Pauschalbetrag. Daneben werden der Stadt ab 1979 Mittel für Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur in Höhe von 6,6 Mio. DM zur Verfügung gestellt. Außerdem ist noch von „sonstigen Vergütungen“ („Ruhr-Nachrichten“, 1.12.78) die Rede. Doch damit nicht genug! Auch auf Betreiberseite wurden Überlegungen angestellt, in welcher Weise man dem geschäftstüchtigen (mehrheitlich CDU-) Stadtrat „Argumentationshilfen“ für das BEZ an die Hand geben könnte. „Als Finanzspritze gewähren DWK/Steag ... der Stadt einen einmaligen Betrag von DM 5 Mio.“ („RN“, 1.12.78). Daneben erhält die Stadt von DWK/Steag für die Dauer des Betriebes einen jährlichen Zuschuß von 1 Mio. DM. Insgesamt werden der Stadt Ahaus in den nächsten 7 Jahren über 100 Mio. DM „als Entschädigung“ zur Verfügung gestellt. Dem steht ein jährliches Steueraufkommen der Stadt Ahaus in Höhe von 14 Mio. DM gegenüber. Angesichts solcher Angebote konnte selbst die örtliche „Ruhr-Nachrichten“ (1.12.78) nicht umhin zu fragen, ob das nicht Bestechung sei. Der Rat will nun seine endgültige Zustimmung „von der Gewährleistung der Sicherheit“ („RN“, 1.12.78) abhängig machen. Was davon zu halten ist, zeigt sich im Haushaltsplan-Entwurf der Stadt Ahaus für 1979. Darin sind nämlich bereits die 7 Mio. DM vom Land NRW und 1,5 Mio. DM Vorschuß der BEZ-Betreiber auf ihre 5 Mio. DM-Spritze enthalten. Die örtliche Bevölkerung soll durch die Propa-

gierung des „Ahauser Haushaltswunders“ („RN“, 25.1.79) an der Leine gehalten werden. Da ist die Rede vom „Rekord-Etat“ (ebenda) und von einer Vielzahl von Maßnahmen, die jetzt endlich in Angriff genommen werden sollen. Wie so manch anderer Standort für Atomanlagen oder andere umweltverschärfende Projekte (z. B. Brokdorf) soll natürlich auch Ahaus bald ein neues Schwimmbad haben. (Nach radioaktivem Verseuchung in geringen Mengen soll man bekanntlich baden gehen!)

Bereits im Oktober forderte der Rat in einem 21-Punkte-Programm versteckt u.a., der Bund solle verstärkt in die Information vor Ort eingreifen. Dieser Forderung kam Forschungsminister Hauff (SPD) höchstpersönlich nach, als er am 19.1. den Stadtrat und andere „Informierte“. Interessant bei diesem Treffen war die Feststellung eines Dr. Jakob vom Innenministerium, daß der „Stadtrat ja seine erste Entscheidung für das BEZ getroffen“ (RN, 20.1.79) habe, zeigt sie doch, daß nicht nur Kritiker die Aussagen des Rates als Zustimmung werten.

Daneben wurde die Rolle von Rat und Verwaltung auch in massiven Einschüchterungsversuchen gegenüber Mitgliedern und Freunden der Bürgerinitiative deutlich (siehe AK 139/140). Als jüngste Sauerel wurde jetzt bekannt, daß die Unterschriften sämtlicher Einwender entziffert und computermäßig erfaßt und darüber hinaus auch genauere Untersuchungen über die einzelnen Einwender angestellt wurden. Die Bürgerinitiative wurde vor einer Zusammenarbeit mit 25 angeblichen KB'ern aus Münster gewarnt. Was die vom Rat geforderte „Gewährleistung der Sicherheit“ betrifft, sind die Würfel bereits gefallen. Die beiden wichtigsten Gutachten, das Sicherheitstechnische- und das Umweltverträglichkeitsgutachten, wurden dem TÜV bzw. der „Elektrowatt Ingenieur Unternehmung AG“ (EWI) in Zusammen-

arbeit mit der landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Münster in Auftrag gegeben. Der TÜV ist bekanntermaßen mit der Atomwirtschaft aufs engste verflochten, z.B. über das „Deutsche Atomforum“, als dessen Mitglied er verpflichtet ist, „die friedliche Nutzung der Kernenergie zu fördern.“ Die EWI ist ein Schweizer Unternehmen, eine 100%ige Tochterfirma der „Elektrowatt AG“ (EW), die in der Schweiz und im europäischen Ausland Atomkraftwerke betreibt. So ist sie z.B. an den AKWs Leibstadt und Kaiseraugst beteiligt. Die EWI selbst ist als Dienstleistungsunternehmen für AKWs und Energieversorgungsunternehmen tätig. Sie arbeitet z.B. oder hat gearbeitet für das AKW Obrigheim, für das berühmte AKW Lingen, im Auftrag von RWE, VEW und nachweislich auch für die Steag.

Obwohl Rat und Verwaltung bereits vor einiger Zeit auf diese Situation hingewiesen wurden, führte dies nicht zu einer Neuvergabe der Gutachtaufträge. Der Oberkreisdirektor, gleichzeitig Genehmigungsbehörde für das BEZ, bezeichnete die EWI weiterhin als ein renommiertes und neutrales Institut. Stadtdirektor Jünemann: „Die Schweizer sind ja als besonders neutral bekannt...!“ Einmal mehr wird deutlich, wie die betroffene Bevölkerung von der Verwaltung und ihren gewählten Vertretern verschaukelt werden soll. Die Ergebnisse der Gutachten stehen durch Vergabe an parteiische Institute von vornherein fest. Die „Sicherheit fordernden“ Ratsbeschlüsse haben bloße Allibi-Funktion.

Kein Atommülllager in Ahaus und auch nicht anderswo!

KB-Sympathisanten Münster

Jagdszenen aus Niederbayern

Am 8.2. flatterte dem presserechtlich Verantwortlichen der Landshuter Anti-AKW-BI eine Vorladung der Bullen zur „Beschuldigtenvernehmung“ ins Haus. Vernommen werden soll er wegen Beleidigung des Lehrers Hirschbrich.

Die Vorgeschichte dieser Vorladung ist reif fürs Kabarett – was aber keineswegs hintergründigem niederbayerischem Humor geschuldet ist. Viel eher zeigt sie die Perversion, mit der unsere provinziellen Bürokraten in Sachen Repression Anschluß an die „große Welt“ suchen.

Hier also, völlig ernst gemeint, „Notizen aus der Provinz“: Am 30.11.78 untersagte Studiendirektor Hirschbrich einem Schüler der 11. Klasse des Hans-Leinberger-Gymnasiums das Tragen einer AKW-Neue-Plakette im Unterricht, da dies nach der Allgemeinen Schulordnung (ASchO) verboten sei. Das Recht auf freie Meinungsäußerung an der Schule gelte nicht, wenn andere beeinflusst werden könnten. Und weiter: „Es könnte ja sonst jeder Bäcker in die Schule kommen und sagen: Kauft meine Semmeln, denn sie sind die besten.“

Von solcher Art „Demokratieverständnis“ gar nicht angetan, reagierten die Landshuter Anti-AKW-BI und die Demokratische Schülergruppe (DSG) mit einem Flugblatt, in dem sie zu Hirschbrichs Äußerungen folgendes schrieben: „Was Hirschbrich aus der Meinungsfreiheit macht, ist lediglich die alte Weisheit: die Gedanken sind frei – ein Recht, das wohl nicht garantiert werden muß. Mit seiner Interpretation beweist er geradezu, daß er gegenüber verfassungsmäßigen Rechten feindlich eingestellt ist. Er ist aber nicht nur ein theoretischer Verfassungsfeind, sondern zeigt durch sein Vorgehen, daß er sich auch aktiv verfassungsfeindlich betätigt.“ Desweiteren wird seine Einstellung als „pervers“ bezeichnet und daran erinnert, daß Hirschbrich z.B. auch Schnellverfahren für „Terroristen“ (Begründung: „Demokratiefeinde dürfen nicht demokratisch behandelt werden“) fordere, wobei sich die Herausgeber (und sicher nicht nur sie) an den Hitlerfaschismus erinnert fühlten. Dieses Flugblatt sollte am 19.12. vor der Schule verteilt werden. Hirschbrich kam, sah und betätigte sich wieder aktiv... d.h. er vertrieb erst die Verteiler vom Schulgelände, ergriff zwei der Verteiler am Arm und zertrümmerte sie ins Direktoriat. Den dritten Verteiler (es war der Schüler, dem das Plakettentragen verboten wurde) holte man gleich nach Unterrichtsbeginn zum „Verhör“. Dort wurde er dann regelrecht „zur Sau“ gemacht: Er wurde das Vertrauensverhältnis (?) zwischen Schülern und Lehrern zerstören (sozusagen ein Anschlag auf die niederbayerische Volksgemeinschaft) und er wäre gar ein Informant für Kommunisten, wobei man sich nicht recht einigen konnte, ob nun KBW oder DKP dahintersteckten (vielleicht gar alle beide?). Außerdem wurde dem Schüler nochmals klargelegt, welches das richtige und allein selig machende Demokratieverständnis sei und überhaupt, wenn ihm was nicht passe,

Damit nicht genug: Während der Weihnachtsferien bekam der Schüler einen Brief der Schulleitung, in dem ihm mitgeteilt wurde, er wäre für sechs Tage vom Unterricht ausgeschlossen, weil er Lehrer in „verleumderischer und beleidigender Weise“ angegriffen und „Andersdenkende“ verunglimpft hätte. Daneben erwirkte Hirschbrich gegen den Verantwortlichen des Flugblattes eine einstweilige Verfügung, in der es heißt: „I. Dem Antragsgegner wird verboten, Flugblätter herzustellen oder zu verbreiten, in denen in Bezug auf den Antragsteller behauptet wird, er sei ein Verfassungsfeind, er betätige sich verfassungsfeindlich, er habe eine perverse Einstellung und stehe nationalsozialistischen Ideen nahe. II. Für den Fall der Zuwiderhandlung wird dem Antragsgegner ein Ordnungsgeld bis zu 500 000,-DM und für den Fall, daß dieses nicht beigetrieben werden kann, eine Ordnungsgeldhaftung bis zu sechs Monaten angedroht.“

Den Nagel auf den Kopf trifft dazu der Kommentar einer örtlichen Alternativzeitung („Mühle“): „Über den Richter, der so eine höchststrichterliche Entscheidung fällt und unterzeichnet, bin ich geneigt mit Ludwig Thoma (bayerischer Mundartdichter) müsse er halt die Schule verlassen und am besten gleich nach Hessen auswandern (so Direktor Schöttl). Bei dieser Gelegenheit beschlagnahmte Schöttl auch noch sämtliche verbliebenen Flugblätter – was ihm vermutlich noch eine Strafanzeige einbringt.“

Schnüffelpraktiken

Im Rahmen der Auseinandersetzung um den „Fall Hirschbrich“ (siehe Artikel) kommt wohl auch einiges über die Schnüffeleien von VS und Polizei in Landshut an den Tag. So prahlte Lehrer Hirschbrich vor einer Schulklasse damit, daß er vom VS persönlich eine Ausgabe der örtlichen Alternativzeitung „Mühle“ (in der einige seiner Sauerelien enthüllt wurden) bekommen hätte. Außerdem wisse er aus gleicher Quelle, daß auch die Landshuter Anti-AKW-Initiative sowie die Demokratische Schülergruppe überwacht würden. Dies mag vielleicht sogar seiner Phantasie entspringen und zur Einschüchterung der Schüler gedacht sein. Allerdings dürfte es den Tatsachen sehr nahe kommen, da auch aus glaubwürdiger Quelle Informationen kommen, die in diese Richtung deuten. So hörte ein Landshuter Schallplattenhändler, der in seinem Laden auch die „Mühle“ verkauft, daß er deshalb vom VS bespitzelt werde. Daraufhin ging er zu den Landshuter Bullen, um Näheres zu erfahren. Rotzfrech gestanden diese dann auch ein, daß ihnen sämtliche Verkaufsstellen bekannt seien, doch würde man nicht direkt ermitteln. Tröstlich,

zu sagen: er ist ein guter Jurist und auch sonst nur von mäßigem Verstand.“

Doch weiter zu Hirschbrichs nimmermüdem Einsatz: Angesprochene Alternativzeitung „Mühle“ brachte einen Artikel zu den Vorfällen, worauf Hirschbrich flugs in eine Landshuter Buchhandlung, die die „Mühle“ vertreibt, eilte und dem Geschäftsführer mitteilte, er habe den Vertrieb sofort einzustellen oder er würde keine Bücherbestellungen des Hans-Leinberger-Gymnasiums mehr erhalten. Pech für Jonny (so der Spitzname Hirschbrichs), die „Mühle“ gibt dort noch immer!

Das vorläufige Ende für Jonnys Einsatz ist nun auch die strafrechtliche Verfolgung des Verantwortlichen für das Flugblatt. Doch der Kampf geht weiter. So brachte z.B. der Bayerische Rundfunk („Junge Welle“) ein Interview mit den beiden von der Repression Betroffenen.

Welle“) ein Interview mit den beiden von der Repression Betroffenen. Außerdem hört man, daß zumindest das Plakettenverbot von vielen Lehrern der Schule nicht akzeptiert wird, so daß sich bisher der Schulleiter Schöttl nicht recht traute, diese Sache vor dem Lehrerkollegium anzusprechen. Und auch sonst wird Jonny kaum zur Ruhe kommen. Nicht umsonst ist er einer der bekanntesten und verhasstensten Lehrer Landshuts – seine Geschichten aus vielen Jahren würden Bände füllen. Und einiges davon wird auch in Zukunft wieder aufgerollt werden, so nach dem Motto: Jonny go, Jonny go, go!

Ein Genosse aus Landshut

nicht? Allerdings wenig glaubhaft, da sich besagter Schallplattenhändler nun auch an einige Merkwürdigkeiten erinnerte. So kam es vor, daß bei ihm im Laden ältere Herren aufkreuzten und sämtliche vorrägenden „Mühle“-Ausgaben erstanden. Weiterhin tauchten Gerüchte auf, daß eine Schülerin aus dem Umfeld der DSG von Bullen bei Treffen mit einem DSGler bespitzelt wurde und darüber Akten geführt werden. Auch dies stammt direkt von der Landshuter Kripo. Die Offenheit, mit der in letzter Zeit solche Sachen gehandelt werden, läßt durchaus darauf schließen, daß es sich hier um bewußte Provokationen zur Einschüchterung der Linken und gerade ihrer Kontakte handelt. Bei den beschränkten Kräften, die hier vor Ort überhaupt noch tätig sind, könnte einem solchen Versuch – erste Anzeichen belegen dies – ein gewisser Erfolg beschieden sein. Fallen wir deshalb nicht darauf herein und benutzen wir jeden konkreten Hinweis dazu, die Schnüffelpraktiken dieses Staates zu enthüllen, um dadurch Leute zu gewinnen und nicht zu verlieren.

Ein Genosse aus Landshut

Bleivergiftung bei Kindern

Nordrhein-Westfalen. Die Eltern von mehr als 3000 Kindern in Stolberg und Umgebung (bei Aachen) sollen die ausfallenden Milchzähne ihrer Kinder sammeln! Die Zähne sollen bei Zahnärzten oder beim Gesundheitsamt abgegeben werden. Bei 9 Kindern, die in der Nähe einer Abraumhalde wohnen und oft auf der Halde spielten, hatte man Blei im Blut und in den Haaren gefunden. Dieser Bleigehalt übersteigt selbst Werte von Arbeitern, die seit Jahren in der Schwermetallindustrie beschäftigt sind! Die Schlackenhalde hat heute noch immer einen hohen Blei- und Kupfergehalt, obwohl das Werk schon 1924 stillgelegt worden war. In der Umgebung von Stolberg liegen noch ca. 30 ähnliche Halden.

Obwohl die metallverarbeitenden Betriebe heute angeblich einer strengen Kontrolle unterliegen, ist erst jetzt wieder eine Kuh an Bleivergiftung erkrankt. Doch das ist nicht der erste Fall: Bereits 1974 hatte es ein Viehsterben gegeben. Trotzdem wurden die Meßstationen, die vom Landesamt für Immissionsschutz auf dem Gelände des Burgholzer Hofes eingerichtet worden waren, vor etwa 2 Jahren entfernt, weil die Mediziner keine weiteren Erkrankungen gemeldet hatten. Dieser Abbruch der Messungen war unverantwortlich und unverständlich, da die Ursachen, also Abraumhalden und Bleiwerke ja weiter bestehen. Von irgendwelchen Maßnahmen der Landesregierung, die über Untersuchungen hinausgehen, ist auch bis heute nichts bekannt (nach „FAZ“, 5.2.79).

Auch aus Duisburg werden neue „furchterregende Untersuchungsergebnisse“ gemeldet über gesundheitliche Schäden, die Bleistaub bei Kindern anrichten kann. Gesundheitsminister Friedhelm Farthmann (SPD) sprach von Schäden am Nervensystem und einer Verringerung der Lernfähigkeit der Kinder.

Zunächst sollen die Zähne von 800 Kindern aus Duisburg untersucht werden. Doch für Farthmann ist die Welt inzwischen wieder in Ordnung, erklärte er doch, das sich über Jahre bei den Kindern gebildete Bleidepot sage nichts über die gegenwärtige Bleibelastung aus. Inzwischen sei der Bleigehalt im Benzin gesunken (nachdem die Schäden aufgetreten waren, obwohl die Mineralölkonzernen

schon vorher die giftige Wirkung von Blei bekannt war!). Der jährliche Bleistaubauswurf der Stahlhöfen im Ruhrgebiet sei durch Entstaubungsanlagen von 1230 t auf 350 t im Jahr gesunken. Das sind aber immer noch 350 t, die in die Luft geblasen werden und Schäden verursachen. Die Belastung durch andere Industriezweige scheint in dieser Zahl noch nicht einmal enthalten zu sein (nach „Frankfurter Rundschau“).

Spielplatz bleivergiftet!

Wegen erhöhter Bleikonzentration mußte in Westberlin ein Spielplatz geschlossen werden. Der Spielplatz liegt in unmittelbarer Nähe einer Akkumulatorenfabrik, die mit Blei arbeitet. Wegen der Verseuchung des Bodens haben die Bleiverbindungen nicht mehr ins Erdreich versickern können – vermehrte die Gesundheitsverwaltung. Nach einer hektischen Testuntersuchungsreihe bei Bürgern, die in der näheren Umgebung wohnen, konnte die Behörde das „beruhigende“ Ergebnis bekanntgeben, daß man keine Todesfälle oder Erkrankungen wegen des Bleis bisher finden konnte (nach „Süddeutsche Zeitung“, 7.2.79).

Welche Schäden macht das Blei? Auch kleinste Bleimengen sammeln sich im Skelettsystem, hauptsächlich in den Plattenknochen an. Von hier ist eine Mobilisierung auch nach längerer Zeit noch möglich. Neben der bereits erwähnten Lernschwäche kann Blei zur Blutarmut (= Anämie durch Auflösung der roten Blutkörperchen), zu Krämpfen der Blutgefäße im Gehirn mit Kopfschmerzen, Muskelkrämpfen bis zu Bewußtlosigkeit und Tod führen. Außerdem kann es zu Gelenkschmerzen, Verdauungsbeschwerden, begleitet von anfallsweisen Schmerzattacken und Stuhlverstopfungen kommen. Infolge von Nervenschäden kann Blei zu Lähmungen von Gliedmaßen, besonders an den Händen führen. Eine akute Bleivergiftung macht Magenkrämpfe, Erbrechen und blutige Durchfälle (Wörterbuch der Medizin, Zetkin/Schaldach, 1974).

Gesundheitskommission

Bergkamen soll für Umweltvergiftung zahlen!

Dieser Tage bescheinigte der Zivilsenat des Oberlandesgerichtes Hamm der Initiative von 72 Bewohnern in Heil bei Bergkamen das Recht auf eine Entschädigung für das geplante Kohlekraftwerk der Steag. Im Mai 1977 hatte dieser Fall bundesweites Aufsehen erregt. Die Initiative hatte auf Drängen der Steag 1,5 Mio. DM per Vertrag angeboten bekommen, wenn sie ihre Einsprüche gegen das Kraftwerk zurückzöge. Nach einer massiven Hetzkampagne, seitens der IG Bergbau, der Behörden und der Presse, die die BI als skrupellosen Beutelschneider kennzeichnete, wobei die Bürger teilweise vor Ort direkt bedroht waren und unter Polizeischutz gestellt wurden, hatte die Stadt die Auszahlung der Gelder verweigert und das Gericht in erster Instanz den Vertrag als „sittenwidrig“ bezeichnet. Selbst große Teile der BI-Bewegung distanzieren sich seinerzeit von der Initiative. In 2. Instanz wurde dies Urteil aufgehoben. Bei der Initiative handle es sich ausschließlich um Bürger, „die in der Nachbarschaft zum geplanten Kraftwerk ihre Wohnungen hätten und denen auch durch das Immissionschutzgesetz Schutz gewährleistet werde. Ihnen entstünde durch das Kraftwerk ein echter Nachteil“ („Hellweger Anzeiger“, 8.2.79), ausserdem sei der Vertrag „auf Drängen von Seiten der Steag“ geschlossen worden (ebenda).

Der Initiative könne nicht nachgesagt werden, sie habe das Kraftwerk zum „Handelsobjekt“ gemacht „um eine möglichst hohe Entschädigung herauszupressen“, sie wollte den Bau verhindern „trotz der Einflußnahme von Seiten der Steag, der Stadt und der Gewerkschaft“ (ebenda). Die Initiative hatte sich dagegen gewandt, daß sie in Zukunft ständig Schwefelgift schlucken muß und erhob Einspruch gegen das Projekt. Beschimpft, sie sorge für Arbeitslose, war sie bereit, die Entschädigungsgelder der

Steag anzunehmen. Dann folgte eine öffentliche Kampagne, damit die Initiative wegen „Nötigung“ überhaupt kein Geld bekommen soll. Eine lumpige Summe angesichts der Verkürzung der Lebenszeit, Smog-Gefahr und ähnliches. Unter freundlicher Zustimmung von Abgeordneten hatte die Ruhrkohle AG seinerzeit in einem Bundestagsausschuß sogar damit rumgepöbel, daß sie allerorten durch solche Schmiergeldpraktiken dem Widerstand gegen zunehmende Umweltverschmutzung die Spitze zu nehmen sucht, offenbar scheint ihr das selbst als das billigste Verfahren.

Das Gerichtsurteil brachte dann einige Politiker zum Schäumen, könnte es doch tatsächlich Schule machen, daß Betroffene einen Rechtsanspruch auf Entschädigung für Umweltschäden einklagen – das wäre in der Tat für die Kapitalisten „grausam“.

Die SPD-Bergkamen kündigte Revision gegen das Urteil an, mit der Pöbele, es sei „auf Hoher See und vor deutschen Gerichten alles möglich.“ („Hamburger Abendblatt“, 9.2.79). Minister Farthmann befand das Urteil „ir „verheerend falsch“, es bestünde die Gefahr, daß jetzt der „Manipulation Tür und Tor geöffnet wird, die jeder Gerechtigkeit ins Gesicht schlägt“ („WAZ“, 8.2.79). Das „Handelsblatt“ (Zeitung aus der Sicht der Industrie) findet es geradezu „unfaßbar“, daß „Männer Recht bekommen in einer Zivilsache, gegen die gleichzeitig ein Verfahren wegen Erpressung und Nötigung gegenüber der Steag in Essen läuft“ („HA“, 9.2.79). Da könne ja jeder kommen und eine Entschädigungssumme verlangen.

In der Tat wäre es für die Kapitalisten katastrophal, wenn sie in NRW allein für ihre Schwefelvergiftung tatsächlich Entschädigung zahlen müßten, wenn dies nicht mehr geschluckt würde!

Anti-AKW-Kommission NRW



Frankfurt-Höchst

Am 10.2. führten wir eine Mahnwache am Ort der ehemaligen Synagoge in Frankfurt-Höchst durch. Wir, das ist der Antifaschistische Aktionskreis in Höchst, in dem Genossinnen und Genossen im Alter von 15 bis 30 Jahren zusammenarbeiten. Dies war unsere erste öffentliche Aktion. Wir stellten uns am Platz, an dem früher die Synagoge stand, mit Fackeln und Stellschildern auf, auf denen wir die Verbrechen der Nazis und die Faschisierung durch den heutigen Staatsapparat aufzeigten, auf. Quer über den gegenüberliegenden Marktplatz spannten wir ein Transparent mit der Forderung: Keine Verjährung von Nazi-verbrechen! Dazu verteilten wir ein Flugblatt.

Die Reaktion der Bevölkerung, die wir vorher skeptisch einschätzten, hat uns etwas überrascht. Insgesamt wurde die Aktion positiv aufgenommen, vielen älteren Mitbürgern ist der Nazi-Terror noch heute gegenwärtig. Die Bereitschaft der Bürger, unsere Flugblätter zu nehmen und auch zu lesen, überraschte uns ebenfalls, weil wir auf dem Marktplatz über 400 Stück verteilten, wo wir sonst z. B. zu AKWs keine 100 loswurden.

Für uns war diese Aktion erst der Anfang!

Nach dem Bericht des Antifaschistischen Arbeitskreises Höchst und einer Gruppe von KB-Sympathisanten

Lippstadt:

Am 3.2. fand in Lippstadt eine Veranstaltung statt, zu der der Antifaschistische Arbeitskreis Lippstadt und die Frauengruppe Lippstadt in Flugblättern und Plakaten mobilisiert hatten.

Am Anfang berichtete ein 78-jähriger früherer „Moorsoldat“ im KZ Börgermoor.

Am Anfang berichtete ein 78-jähriger früherer „Moorsoldat“ im KZ Börgermoor über die Entstehung des Liedes „Moorsoldaten“. Ein Genosse des Arbeitskreises referierte über die Ursachen der Machtergreifung des Hitlerfaschismus 1933. Zwei Frauen erläuterten sehr anschaulich den Abbau demokratischer Rechte in der BRD und – am Beispiel der „Harting-Bande“ – die Rolle der neofaschistischen Gruppen. Insgesamt nahmen über 60 Menschen an dieser Veranstaltung teil.

Ein Münsteraner Genosse

Braunschweig:

Zusammen mit Schülern und Vertretern eines Braunschweiger Gymnasiums veranstaltete der Antifaschistische Arbeitskreis drei

Info-Nachmittage über Nationalsozialismus und Neofaschismus, die bei den Schülern auf unerwartet hohes Interesse stießen.

Auf der ersten Veranstaltung wurde die Judenunterdrückung (Juden Gesetze, Reichskristallnacht) und die Situation der Jugendlichen im 3. Reich behandelt. Außerdem sprach ein alter VVN'er über die damalige politische und gesellschaftliche Situation.

Die 2. Veranstaltung wurde wie die erste von etwa 100 Schülern besucht. Der Arbeitskreis zeigte den Dokumentarfilm „Mein Kampf“, der sich mit der Novemberrevolution und der Weimarer Republik, sowie den Verbrechen und der Unterdrückung durch die Nazis befaßte.

Die 3. Veranstaltung, die sich mit dem Neonazismus auseinandersetzte, wurde trotz schlechtesten Mobilisierungserfolgs von gut 40 Schülern besucht. Gezeigt wurde der Film „Wotans Erben“.

Aus dem Bericht eines Mitglieds des Antifa-AK Braunschweig

Kiel:

Am 10.1. trat die Antifa-Gruppe Kiel zum ersten Mal mit einem Informationsstand in der Kieler Innenstadt an die Öffentlichkeit. Vorbereitet worden war eine Stellwand über die Neonazis in Kiel sowie ein Flugblatt, in dem in Zusammenhang mit „Holocaust“ die Schonzeit für Alt- und Neonazis in der BRD aufgezeigt wurde und die Aufhebung der Verjährung für Nazi-verbrechen gefordert wurde. Neben viel Ablehnung und Gleichgültigkeit gab es auch eine Reihe positiver Erfahrungen: Einige Schüler nahmen sich einen Stapel Flugblätter mit, um an ihrer Schule weiterzuverteilen.

Hamburg-Bergedorf:

Hamburg-Bergedorf:

Am 9.2. plante die NPD in Hamburg-Bergedorf eine Veranstaltung unter dem Thema: „Stirbt das deutsche Volk aus?“ Als Referent war der Oberstudienrat Deckert, langjähriger NPD-Spitzenfunktionär und zeitweilig JN-Chef, angekündigt.

Diese Veranstaltung, unmittelbar nach der Fernsehsendung „Holocaust“, rief breiten Protest hervor. Neben zahlreichen Einzelpersonen protestierte u.a. die „Bunte Liste“ gegen die Raumvergabe an die NPD durch das Bergedorfer Bezirksamt. Bezirksamtsleiter König (SPD) erteilte allerdings dem Protest eine Absage: „Die gegebene und Ihnen bekannte Rechtslage hindert mich, Ihrer Forderung zu entsprechen.“

Am Donnerstag erschien das erste Flugblatt der „Antifaschistischen Initiative Bergedorf“. Noch am gleichen Tag kam es auf Initiative der „Antifa-Aktion Bergedorf“ (Mitglied der „Bunten Liste“) zu einer Koordinierung des Vorgehens der Bergedorfer Antifaschisten gegenüber der NPD.

So kam es – erstmals in Bergedorf – zu einer gemeinsamen Aktion zwischen den beiden Bergedorfer Antifa-Initiativen, der „Bunten Liste“, der SdAJ, dem SSB/H (SPD-Schüler), sowie – neben zahlreichen Unorganisierten – Mitgliedern der DKP, des KB und der VAN (Hamburger VVN). Über Flugblatt und Handzettel wurde für einen Infostand am Tage der Veranstaltung in der Einkaufsstraße mobilisiert, darüber hinaus zu einem Treffen vor dem Veranstaltungsgebäude der Faschisten. (Eine Kundgebung war von der Polizei nicht genehmigt worden!)

Diese Aktivitäten ließen dem Bezirksamtsleiter König den Boden unter den Füßen dann doch zu heiß werden. Um 17.00 Uhr – zweieinhalb Stunden vor dem geplanten Veranstaltungsbeginn! – gab er vor einer Delegation jüdischer Mitbürger und anderer Antifaschisten bekannt, daß er der NPD die Räume entziehen werde. Begründung: Die öffentliche Sicherheit sei nicht gewährleistet. Wie in Hamburg üblich, ließ König trotzdem zur Einschüchterung der „störenden“ Antifaschisten massiv Polizei vor dem Veranstaltungsort auffahren.

Die mobilisierten ca. 150 bis 200 Antifaschisten blieben z.T. bis zum offiziell angekündigten Veranstaltungsbeginn zusammen, um evtl. auftauchende NPDler zu „empfangen“. Es ließ sich allerdings kein Faschist blicken.

Niedersachsen:

Nachdem die NPD bei ihrer letzten Propagandafahrt am 2.12.1978 in Nordniedersachsen in Nienburg und Verden auf Widerstand gestoßen war und ihre Auftritte verboten worden waren, konnte sie diesmal ihre Kundgebungen durchführen; allerdings nur gegen lautstarken Protest zahlreicher Antifaschisten.

In Rotenburg hatten die Nazis ein paar Tage vor der Kundgebung das Jugendzentrum aufgesucht. Dort wurde ein antifaschistischer Film gezeigt. Erst als einige Zuschauer plötzlich mitten im Film bei den Reden von „Hans“-Chef Kühnen anfangen zu klatschen, wurden die anderen Besucher aufmerksam.

Erst nach mehrmaligen Aufforderungen und durch Eingreifen von Polizei konnten die Nazis rausgeworfen werden. Die Polizei hielt es noch nicht einmal für nötig, die Personalien der Nazi-Randalierer aufzunehmen. Auch als es nach der Veranstaltung zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam und ein Antifaschist mit einem Messer verletzt wurde, griff die Polizei nicht ein.

Wie an diesem Abend angekündigt, erschien die NPD dann am Samstag, den 3.2. mit großer Lautsprecheranlage und Treibschneisen-gesichertem Rednerpult auf dem Rotenburger Rathausvorplatz.

Zu einer Gegendemo hatten der DGB-Kreisverband, SPD und CDU (!) aufgerufen. Ca. 500 Antifaschisten, vor allem Schüler und Jugendliche, protestierten vor Ort und zogen vor Abschluß der NPD-Reden zu einer Demo durch die Stadt.

Die NPD zog danach dieselbe Kundgebung noch einmal in Verden und dann

Die NPD zog danach dieselbe Kundgebung noch einmal in Verden und dann in Nienburg durch. In Verden war erst am Samstag früh der Naziauftritt bekannt geworden. Immerhin kamen 80 bis 100 Antifaschisten spontan auf die Beine. Die Polizei war zum Schutz der Nazis mit Hunden aufmarschiert.

Am selben Nachmittag in Nienburg gab es eine spontane Gegendemo von ca. 100 Antifaschisten. Die Nazis bekamen eine Ladung Schnee- und Eisbrocken und Farbe ab. Die Polizei hatte eine Hundertschaft zum Schutz der Nazis aufgestellt. Ein Antifaschist wurde „aus Versehen“ von einem Polizeihund gebissen.

Antifa-Kommission
Bremen

Mietstreik gegen SS-Arzt

Der seit Jahren untergetauchte Nazi-Verbrecher Dr. Aribert Heim bezieht jeden Monat ca. 7.000 DM Miete aus einem Westberliner Mietshaus! Der Justiz war es bisher angeblich unmöglich, ihn zu fangen oder zumindest seinen Geldhahn zuzudrehen. Die bisher nichtsahnenden Mieter haben nach Bekanntwerden des Sachverhalts beschlossen, das Geld ab sofort auf ein Sperrkonto zu überweisen – seit einigen Tagen werden sie deshalb von anonymen Anrufern bedroht.

Heim scheint ein Nazi-Schwein besonderer Art zu sein. Laut Haftbefehl des Amtsgerichts Baden-Baden steht der 65-jährige ehemalige SS-Hauptsturmführer (SS-Nr. 367744) unter dem dringenden Verdacht, im KZ Mauthausen zahlreichen Häftlingen „Benzin oder Chlormagnesium unmittelbar in das Herz gespritzt“ und sie „bewußt dadurch getötet zu haben“ („Spiegel“, 5.2.79). Weiter ermittelte die Staatsanwaltschaft Linz: „Weil er im Dienst Langeweile hatte“ und „für persönliche Zwecke Totenköpfe besitzen wollte“ habe er „junge Häftlinge, die ein tadelloso Gebiss hatten, zu Operationen gezwungen“. Und „da er ihnen die Leber, die Gedärme, die Milz oder das Herz herausnahm“, seien sie an diesen verbrecherischen Eingriffen gestorben. Danach habe Heim einem Opfer auch noch „den Kopf abgenommen, ihn ausgekocht und den präparierten Schädel auf seinem Schreibtisch aufgestellt.“

Nach dem Krieg wurde Heim lediglich als „gewöhnlicher SS-Truppenarzt“ behandelt und nach 2-jähriger Internierungszeit freigelassen. Wie viele Altnazis lebte er die folgenden Jahre als angesehenen Mann und praktizierte in Baden-Baden als Arzt. Bereits 1958 erwarb er das Westberliner Mietshaus für rund 160.000 DM und ernannte Generalbevollmächtigte für dessen Verwaltung. Einer aus diesem Kreis verdient besonders Interesse: der Frankfurter Rechtsanwalt Steinacker. Dieser versteuert im Namen von Heim ganz offiziell dessen Einkünfte; auch scheint er eine „Vorstellung“ zu haben, wo

Heim lebt, mochte sie dem „Spiegel“ gegenüber allerdings „nicht konkretisieren“. Steinacker vertritt u.a. in mehreren Prozessen NS-Verbrecher; außerdem ist er Anwalt des in Südamerika untergetauchten Auschwitz-KZ-Arztes Mengele. Zu dieser Klientel paßt es auch ganz gut, daß Steinacker „Ehrenrichter“ im Ständeverfahren gegen Stammheim-Verteidiger Heldmann gewesen ist.

Skandalös ist auch, wie Heim von den Behörden bislang „verfolgt“ wurde. Seit 17 Jahren besteht in Baden-Baden Haftbefehl gegen ihn. Die Westberliner Justizverwaltung allerdings will von dem Haus nichts gewußt haben, die Innenverwaltung des Senats kümmert sich erst seit kurzem darum. Die süddeutschen Ermittler wiederum übersenden den Westberlinern keine Akten mit der krausen Begründung, daß „dadurch eventuell ein Strafverfahren erschwert würde“ (nach „Tagesspiegel“).

Auf diese Weise wird verhindert, daß zumindest Heims Geldquelle gestopft wird. Nach einem Westberliner Gesetz von 1955 ist es nämlich möglich, „Sühnemaßnahmen“ gegen NS-Verbrecher zu verhängen – von Berufsverbot bis zur Beschlagnahme von Eigentum, Grundstücken beispielsweise. Damit wäre Heim seine finanzielle Basis entzogen – aber dazu fehlen eben die Akten aus Baden-Baden!

Die Mietstreik-Aktion der Bewohner enthält u.a. die Forderung an den Innensenator, ein Sühnverfahren gegen Heim einzuleiten.

Die traditionell eher links auftretende FDP im Bezirk Tiergarten erhob darüber hinaus Forderungen nach Wiedergutmachung an die Opfer von Heim und nach Maßnahmen zur Verhinderung eines Verkaufs des Hauses, damit Heim nicht vor Pfändung des Hauses mit dem Zaster über'n Deich geht. – Nun ja, in Westberlin ist Wahlkampf und danach wird man/frau ja sehen, was davon zu halten ist.

Antifa-Kommission
Westberlin

Aufruf zur Unterstützung angeklagter Antifaschisten

Hamburg. Am 14.4.78 führte die NPD in der Schule Holzdamm am Hauptbahnhof eine Veranstaltung durch.

Antifaschisten, die dagegen protestieren wollten, wurden durch einen brutalen Knüppelinsatz der Polizei zerstreut und bis in die Tunnel des Hauptbahnhofes verfolgt. Insgesamt wurden 43 Antifaschisten festgenommen, gegen die u.a. wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz Anklage erhoben wurde.

Ein Antifaschist wurde bereits zu 1.200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Dringend gesucht werden noch Leute, die damals dabei waren und sich als Zeugen zur Verfügung stellen. Ebenso wird dringendst Bildmaterial von den Bullenüberfällen benötigt. (Nach „Große Freiheit“ Nr. 19)

Kontaktadresse:

Anwaltsbüro
Böttcher, Magsam, Spielhoff
Ottenser Hauptstraße 41
2000 Hamburg 50

Tel.: 390 01 03

Hinweis: Wie kann Nazi-Literatur indiziert werden?

Das „Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften“ soll seinen Wortlaut nach Jugendliche nicht nur vor pornographische Schriften, sondern auch vor „verrohend wirkenden, zu Gewalttätigkeit, Verbrechen oder Rassenhaß anreizenden sowie den Krieg verherrlichenden Schriften“ schützen. Das für die Indizierung lange Zeit zuständige Familien- und Jugendministerium beantragte 8455 Indizierungen von 1954 bis 1977, davon allerdings nur 25 gegen sogenannte kriegsverherrlichende Bücher, Hefte und Schallplatten.

Seit Mai 78 haben sich die formalen Bedingungen geändert: Jetzt können auch die 600 Jugend- und Landesjugendämter der BRD und West-Berlins unmittelbar Indizierungsanträge gegen jugendgefährdende Schriften stellen. Bisher waren dazu nur die elf Landesministerien und das Bundesministerium berechtigt. Die „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften“ tritt ausschließlich auf Antrag in Aktion.

Ebenfalls seit Mai 78 tauchen

wieder Anträge gegen Nazi-Literatur u.ä. auf. Es wurden 30 Indizierungsanträge wegen NS-Propaganda gestellt (allerdings nur sechs davon von Jugendämtern, die Mehrzahl von Bundesministerin Antje Huber); 23 wurden angenommen, einer abgelehnt, die restlichen sind noch nicht entschieden. Die genauen Titel der faschistischen Machwerke können bei der „Bundesprüfstelle ...“ in Bonn angefordert werden.

Gelangt ein Antrag zur Prüfstelle, so sind die Chancen für eine Indizierung verhältnismäßig gut, denn die Kriterien sind relativ weit gefaßt:

– es wird nicht nur die Wirkung auf den „Durchschnittsjugendlichen“ betrachtet, sondern auch auf „gefährdete“ Jugendliche;

– als kriegsverherrlichend gelten auch Schriften, „durch welche der Krieg irgendwie qualifiziert positiv bewertet wird, durch die er als anziehend, reizvoll, als romantisches Abenteuer oder als wertvoll, oder auch nur als eine hervorragende, auf keinem an-

deren Gebiet zu erreichende Bewährungsprobe für männliche Tugenden und heldische Fähigkeiten oder auch nur als eine einzigartige Möglichkeit erscheint, Anerkennung, Ruhm oder Auszeichnung zu gewinnen“.

Die eingefleischten Nazi-Verleger erreichen ihr Stammpublikum allerdings auf jeden Fall über ihre diversen Buchclubs und -vertriebe. Weiterhin ist es fraglich, ob die oben beschriebenen Beschränkungen auch überall durchgeführt werden, denn es gibt keine staatlichen Kontrollen von Kiosken oder Läden. So wurden im Juli 1978 indizierte Langspielplatten noch im Oktober in einem Essener Schallplattengeschäft offen angeboten.

Trotzdem sollten sich die Antifaschisten an geeignete Jugendämter wenden und diese zu einem Antrag veranlassen. Linke Wahllisten und antifaschistische Arbeitskreise sollten auch diese Möglichkeiten für ihre Arbeit nutzen.

Antifa-Kommission Hamburg

Anzeige

NEOFASCHISMUS

Beiträge zu einem aktuellen Problem.

Texte gegen den Strom politisch offensichtlich opportuner Verharmlosung von aktuellen neofaschistischen Tendenzen in der BRD.

Dieser Band berichtet über politische Organisationen von Neofaschisten, über die Vermarktung der „Hitler-Welle“, über neofaschistische Tendenzen an Schulen, über die resignierende Flucht von Jugendlichen in reaktionäre und (vor)faschistische Jugendsekten u.v.a.

ca. 320 Seiten

Preis: ca. 13,-DM

Erscheint im März!

Sozialpolitischer Verlag SPV
Schlesische Str. 31, 1 Berlin 36
und

Verlag Das Arsenal, Taurogener Str. 6, 1 Berlin 10

Nazi-Banden am Werk

Frankfurt

Ende Januar wurden bei drei Leuten aus dem Kreis um das Nazi-Blatt „Das Braune Bataillon“ (Organ der „NSDAP Frankfurt/Main Gau Hessen“) Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen in Frankfurt und Ingelheim (Rhein) vorgenommen. Dabei wurden Druckmaschinen, Haufen antisemitischer Flugblätter und NS-Aufkleber sichergestellt.

„Das Braune Bataillon“ erscheint seit fast zwei Jahren in einer Auflage von 300 Exemplaren.

Anklage soll noch im Februar wegen NS-Propaganda erhoben werden. Die Nazis wurden jedoch nicht in Haft genommen.

Bei den dreien handelt es sich um Henry Fritz Beier als „Kopf“ der Frankfurter „NSDAP“, sowie um Günter N. (39) aus Ingelheim und den 48j. Wolfgang K. (och?).

Wie üblich werden die Nazis jetzt verharmlost. So heißt es, es gebe „keine Anhaltspunkte dafür“, daß „Beier und seine Gefolgsleute mit anderen Nazi-Gruppen in der Bundesrepublik konspirieren“ (FAZ, 2.2.79). Kontakte soll es nur zu „NSDAP-AO“ USA/Nebraska geben.

Unterschlagen wird dabei, daß im „Braunen Bataillon“ z.T. direkt als weitere Kontaktschrift das Postfach der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ in Karlsruhe genannt ist - die ebenfalls kürzlich als getarnte Nazi-Gruppe von der Polizei „ausgehoben“ wurde. Umgekehrt weist der „Sturm“, das illegale Blättchen der norddeutschen „Hansa“-Bande, regelmäßig im Impressum auf die Anschrift des „Braunen Bataillons“ hin. Und da soll es keine Zusammenhänge geben?!

Antifa-Kommission Frankfurt

Celle

Der „Buchladen zur Förderung politischer Literatur“ in Celle hat folgende Erklärung veröffentlicht: „Dem Buchladen ... ist am 26.12. (78) zum zweitenmal innerhalb von zwei Monaten die Schaufensterscheibe eingeworfen worden. Am 27.12. wurde ein Drohbrief vorgefunden, in dem neben den üblichen politischen Injurien („bolschewistische Zuhälter“, „Judenläse“ etc.) ein „Hochgehen des Ladens“ angedroht wurde, sofern er nicht „verschwinden“ werde. Zwei Telefonanrufe bei den Vermietern des Ladens am 28.12. sollten den Druck auf uns verstärken: es wurde die Kündigung „befohlen“, andernfalls hätten Vermieter und Hausbewohner die Folgen zu tragen. Verständlicherweise sind die Anwohner

durch diesen Terror in Angst und Schrecken versetzt (in den Altbauten der Celler Innenstadt kann jeder Anschlag verheerende Folgen haben), zumal die Polizei einen besonderen Schutz des Hauses und Ladens ablehnte. Gegen eine fristlos ausgesprochene Kündigung werden wir Widerspruch einlegen und gleichzeitig versuchen, ihre Zurücknahme zu erreichen: Würde der Erpressung neofaschistischer Kräfte derart widerspruchslos stattgegeben, bliebe neben der Duldung faktischer Handlanger-Funktion verschreckter Bürger keine zu verteidigende Position übrig.

Diese Vorgänge gehen darüber hinaus, Bruchstück des (Wieder-) Auflebens faschistischer Tendenzen zu sein: ihr Zusammenhang ist in Celle umfassend und systematisch. Neben der traditionellen Anwesenheit nazistischer, in den letzten 10 Jahren auch militanter Gruppen (einer überdurchschnittlichen Präsenz der NPD bis in die 70iger Jahre hinein steht die Kontinuität von Überfällen auf Einzelpersonen, Schlägereien bei linken Veranstaltungen, Brandanschlägen auf Jugendheime und einem erst im August 1978 vermutlich von Neonazis verübten Sprengstoffanschlag auf die Justizvollzugsanstalt Celle zur Seite) ist die Offenheit besonders der CDU für ehemalige (?) Nazis und deren politische Strategien sowie anderer Institutionen - wie der Standesvereinigung der Anwälte - zu konstatieren. Ihren Höhepunkt findet das Neben- und Miteinander bürgerlicher Institutionen und neonazistischer Kräfte in der „Celleschen Zeitung“, die neben dem uneingeschränkten Pressemonopol auch das andere hat, wachsam Rechtskritik an der CDU zu üben, publizistische Plattform der NPD zu sein und gleichzeitig einen Alt-Nazi als Innenpolitik-Redakteur und Chefkommentator zu halten. Die Kausalbeziehung zwischen den Anschlägen etwa auf den Buchladen und den sie zumindest „atmosphärisch“ ermöglichenden publizistisch-politischen Verhältnissen scheint uns offenkundig und nachweisbar.

(...) Im Hinblick auf die im März/April vor dem Oberlandesgericht in Celle stattfindenden Prozesse gegen die „terroristische Vereinigung“ Kühnen u.a. (vom faschistischen Hansa-Bund und der NSDAP/AO) wird ohnehin später noch einiges aus Celle zu berichten sein.

Wir fürchten, ausgiebig Besuch von sämtlichen militanten Neonazi-Banden Norddeutschlands zu bekommen und sehen den Buchladen-Vorfall als Präliminium dazu.“

Lüneburg

In der Nacht vom 5. auf den 6.2. wurde das Gebäude des Gymnasiums Oedeme erneut mit ca. 60 Hakenkreuzen und NS-Emblemen Adler, und ein Zitat an allen Eingängen und Fenstern beschmiert.

Das ist das zweite Mal innerhalb von 3 Wochen, daß so umfangreiche Schmierereien auftauchen; am 15./16.1. wurden ca. 30 Hakenkreuze gezählt.

Im Gegensatz zum 1. Fall wurde diesmal von der Schulleitung die Öffentlichkeit informiert, Berichtserstattung in der örtlichen Presse, Schulvollversammlung mit Diskussionsforum. Es wurde auf Initiative von Schülern eine Arbeitsgruppe „Antifaschismus“ gegründet, die einen antifaschistischen Aktionstag an der Schule organisieren will.

Derartige Bemühungen hatte es beim ersten Mal nicht gegeben!

Im Gegenteil, ein antifaschistischer Schüler wurde Opfer der „Ermittlungswut“ von Schulleiter Dr. Scharff und der Polizei.

Er hatte einmal ein antifaschistisches Flugblatt verteilt und somit wurde ihm als Tatmotiv „linksextremistische Provokation“ und „Rache an der Schule“ unterstellt! Daraufhin fand eine Hausdurchsuchung in der elterlichen Wohnung statt und ein Ermittlungsverfahren (das inzwischen eingestellt werden mußte) wurde eingeleitet.

KB Lüneburg

Mainz/Frankfurt

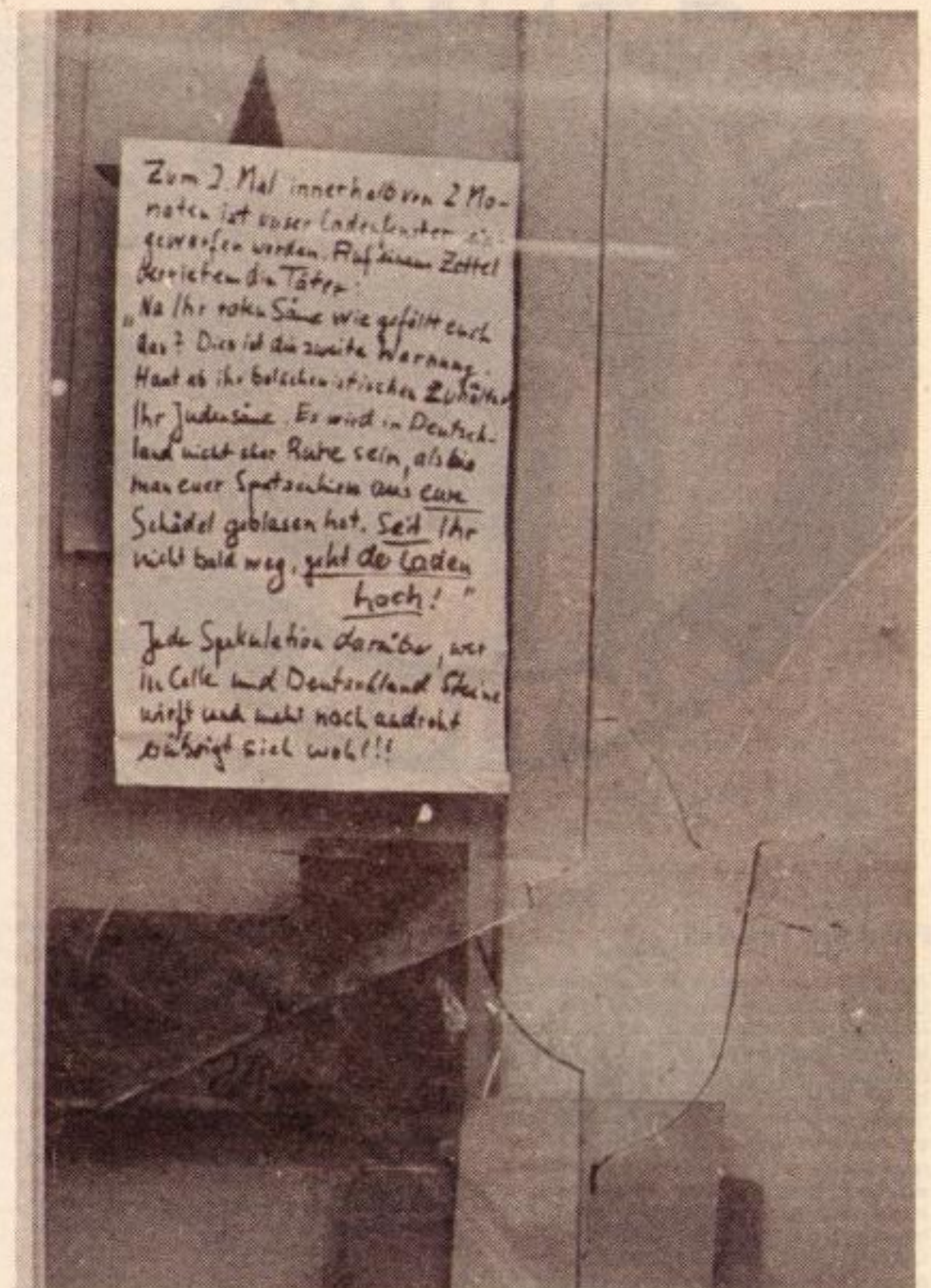
Das Image der „NS-Kampfgruppe“ Müller in Mainz scheint dort ein gar Dunkles zu sein.

Um den „Anfeindungen“, die Müllers seien Nazis, entgegenzuwirken, trat jetzt eine „VOLKSBEWEGUNG gegen antideutsche Greueltaten“ mit einer achtseitigen, rührenden Broschüre auf.

Ist einem Leser die NS-Tätigkeit und die Hitlerverehrung der Müllers nicht bekannt, muß er den Eindruck haben, alle üblen Mächte von Mainz hätten sich gegen die Familie verbündet, wie es einst Hexen widerfahren sein muß. Die Familie finde keinen Anwalt mehr in der Stadt, komme durch die vielen Haussuchungen nicht mehr zur Ruhe... Nicht zuletzt stecke die „Wiesenthal-Maffia“ hinter Allem.

Jedenfalls hat sich mit Wolf Dieter Rothe's „Volksbewegung...“ durchaus ein intimer Kenner der Familie zum Verteidiger gemacht. „Kamerad“ Rothe - 6 Frankfurt, Thomasstr. 5 - ist ein enger Mitstreiter von Erwin Schönborn!

Antifa-Kommission Frankfurt



Nazis zertrümmern die Scheibe eines linken Buchladens

Morddrohungen gegen Kogon und Kempner

Der Kongreß „Interessanten an Hitler: Informationsbedürfnis - Trauma - Nostalgie?“ am 1. und 2. Juli in Aschaffenburg mußte unter Polizeischutz ablaufen, da gegen zwei prominente Teilnehmer Morddrohungen von neofaschistischer Seite ausgestoßen worden waren, was erst jetzt bekannt wurde. Die beiden Betroffenen, der Publizist Professor Eugen Kogon („Der SS-Staat“) und der ehemalige stellvertretende US-Hauptankläger bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen, Rechtsanwalt Dr. R. Kempner, konnten zwar aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen und verzichteten auch auf persönlichen Schutz durch die Polizei. Daß der mutmaßliche Täterkreis aber nicht nur „Scherz“ im Sinn hat, brachte eine Razzia am 19.12.78 bei Mitgliedern der „NS-Gruppe Hanau“ ans Licht.

An diesem Tag wurde der 48jährige Eberhard K., Wirt des rechtsradi-

kalen Treffs „Zum Löwen“, und der 32jährige Kellner Jürgen P. vorübergehend festgenommen. In ihrer gemeinsamen Wohnung wurde eine Druckmaschine sichergestellt auf der möglicherweise das Nazi-Blatt „Schwarze Korps“ gedruckt wurde. Weiter wurden 750 Schuß Übungsmunition, eine Handgranate, ein SS-Dolch, je 500 Hakenkreuzaufkleber und Plakate, ein Hitler-Bild, zwei vergoldete Hakenkreuze u.ä.m. beschlagnahmt. Außerdem eine Menge Flugblätter von Schönborns KDS

Laut FR vom 8.2.79 gibt es Anhaltspunkte dafür, daß einer der beiden Männer als Urheber für die Morddrohung in Frage kommt. Gegen Jürgen P. läuft gegenwärtig ein Ermittlungsverfahren bei der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe wegen Verdachts der Gründung einer kriminellen Vereinigung. Ebenso läuft ein anderes Verfahren gegen ihn in Hamburg. (nach „Frankf. Neue Presse“, 8.2.79).

Antifa-Kommission Frankfurt

Unglaublich: Hoffmann-Bande immer noch „legal“ aktiv!

„Sie halten die erste Nummer unserer neuen WSG-Zeitung, die nun künftig erscheinen soll, in Ihrer Hand. „Kommando“ wird laufend über alle wichtigen Begebenheiten im Zusammenhang mit der WSG berichten. Dabei wendet sich unsere Zeitung nicht nur an unsere deutschen Mitglieder, sondern auch ganz besonders an unsere nicht-deutschen Freiwilligen und nicht zuletzt auch an jene, die in unsere Organisation eintreten wollen.“

Mit diesen Worten preist der Nürnberger Nazi-Terrorist Hoffmann die erste Ausgabe seiner Zeitung „Kommando“ an, die zu Beginn dieses Jahres erschien.

Ein großer Teil der Zeitschrift dient der direkten Werbung für die Hoffmann-Bande (WSG). So wird gezeigt, wie WSG-Mitglieder in „heldenhaftem“ Einsatz schrottartige Militärfahrzeuge wieder in Stand setzen; Manöverbilder zeigen die Hoffmann-Bande „im Einsatz“.

Auch Werbung darf nicht fehlen: alle Hoffmann-Fans können sich T-Shirts und Aufkleber bestellen; Geländefahrzeuge aus Heeresbeständen (mit TÜV!) werden zu günstigen Preisen angeboten; der größte Hammer aber ist, daß offen für das nächste „Manöver“ der Hoffmann-Truppe gewonnen wird - viersprachig, unter dem Motto: „Winterausbildungslehrgang der WSG“.

Dieses Manöver hat nun auch stattgefunden - genau zu dem von Hoffmann angegebenen Zeitpunkt, in Forchheim! Obwohl dies vorher bekannt war, sahen sich die staatlichen Stellen nicht genötigt, irgendwie einzugreifen. Das bayerische Innenministerium bestätigte auf Anfrage lediglich, daß dieses „Manöver“ stattgefunden hat; an der „Ge-



Die Hoffmann-Bande gefechtsbereit

ländeübung“ sollen sich 20 Personen beteiligt haben.

Die Herausgabe der ersten Ausgabe der WSG-Zeitung und die öffentliche Ankündigung der „Wehrübungen“ sind nicht die einzigen Vorstöße, die die Hoffmann-Bande derzeit unternimmt: wie eine Meldung aus der „Frankfurter Rundschau“ (8.2.) besagt, hat die Hoffmann-Bande eine neue Gruppe, den „Sturm Frankfurt“ gegründet. U.a.

An der Uni Frankfurt wird mit Flugblättern um Mitglieder geworben. Unter dem Emblem der WSG, dem Totenkopf, werden auf einem Flugblatt insbesondere militärische Ausbildung und Kameradschaftsgeist angepriesen. Eine Altersgrenze

wird nach oben bei etwa 35 Jahren gesetzt; für Jugendliche unter 16 Jahren gibt es eine Jugendgruppe. Immer wieder, so heißt es in dem Flugblatt, hätten sich junge Bewerber im Schüleralter gemeldet. Diese Gruppe sei sogar, obwohl erst einige Wochen alt, besonders stark vertreten. Wer nicht „aktiv“ sein will, kann im „Freundeskreis“ mitmachen.

Die evangelische und katholische Studentengemeinde in Frankfurt haben in einem Offenen Brief Oberbürgermeister Wallmann aufgefordert, mitzuteilen, welche Schritte er gegen diese Umtriebe plane.

KB Nürnberg

Kommando

Zeitung der WSG für den europäischen Freiwilligen
WSG news for the European volunteers
Publication de WSG pour les volontaires Européens
Giornale dei WSG per i volontari Europei
Revista dei WSG per los voluntarios Europeos
Tydschrift van WSG voor de Europese vrijwilliger



Titelseite der Hoffmann-Banden-Zeitung

„Hansa“-Bande besucht Hannover

Am 10.2. traten ca. 30 Nazis als „Antikomintern-Jugend“ (AKJ) am Kröpcke in Hannover auf. Wie immer in Ledermänteln, schwarzer Kleidung, Runen, Totenkopfzeichen und SA-Mützen. Als Anführer erkannten Antifaschisten Edgar Geiss, Tibor Schwarz, Michael David und Thomas Bons – alle von der Hamburger „Hansa“-Bande.

Sie verteilten Flugblätter mit den Forderungen „Freiheit für Michael Kühnen“ und nach ungehinderter Propagandatätigkeit für alle nazistischen Organisationen.

Hannoversche Nazis waren dabei nicht zu sehen; am Abend zuvor wurden zwölf von ihnen in einem Döhrener Lokal festgenommen. Bei einigen wurden neonazistische Schriften sichergestellt („HAZ“, 10./11.2.) – bei Wohnungsdurchsuchungen wurden „Gaspistolen, umwickelte Rohre und Schlagstöcke, jedoch keine scharfen Waffen beschlagnahmt“ (Polizeipräsident Kleine in „Kurier am Mittag“, 12.2.).

Die angemeldeten Kundgebungen von „Antikomintern-Jugend“ und JN/NRW waren am Vortag verboten worden mit der Begründung: Es seien Auseinandersetzungen zu befürchten. Trotzdem waren diesmal vier Mannschaftswagen aufgefahren. Als sie Flugblätter verteilen wollten, wurden (nur zur Personaliaufnahme) 14 „Hansa“-Nazis festgenommen. Die Mehrheit der ca. 200 umstehenden Passanten äußerte sich empört über die Nazis – unsere „Holocaust“-Flugblätter gingen reißend weg.

Schon seit Ende letzten Jahres waren die Nazis in Hannover sehr aktiv:

- Hakenkreuzschmierereien am Engesohder Friedhof und verschiedenen Gebäuden;
- NSDAP/AO und „Heil Hitler“-Schmierereien an Hauswänden u.a. an der Dietrich-Bonhoefer-Schule;
- Brandanschlag auf ein SPD-Informationsbüro;
- Hakenkreuze auf zahlreichen Briefkästen in Linden;
- zwölf uniformierte Nazis terrorisierten Mitfahrer in der S-Bahn-Linie 1, brüllten „Heil Hitler“ und stießen Drohungen gegen Juden aus. „Ein 30-jähriger Zeuge berichtet: Wir waren so eingeschüchtert, daß wir es nicht wagten, den Schaffner oder die Polizei zu alarmieren.“ („HAZ“, 11.2.).

Die Kripo gibt an, daß sie die betreffende Gruppe spätestens seit der Schlägerei im September in Garbsen mit Angehörigen der SdAJ recht gut kenne („HAZ“, 11.2.). „Als heimlicher Kopf gilt ein Einzelhändler-Kaufmann, der mit 25 Jahren der älteste der Gruppe ist“ (o.). Es ist – und das wird wieder dezent verschwiegen – Volker Heidel, „Gauleiter der NSDAP-Hannover“ mit engen Verbindungen zum „Kampfbund für Rudolf Heß“, der am 6.11.78 wegen „Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda“ sowie Sachbeschädigung zu einem Jahr (auf vier Jahre Bewährung) plus 3.000 DM Geldstrafe verurteilt wurde.

Kräftig wird beschönigt: „Militante Züge ... glaubt die Polizei in Hannover noch nicht ausgemacht zu haben“ (a.a.O.).

Vor dem Hintergrund ist es eine Frechheit, wenn die Polizei sich jetzt beklagt, „die Mitarbeit der Bevölkerung läßt zu wünschen übrig“, „kaum einer ist bereit, sich als Zeuge zur Verfügung zu stellen“ und: „deshalb gerate die Polizei immer wieder in Beweisnot“, „für eine sinnvolle Observation“ fehle es der Polizei an Personal!

Trotzdem weiß man natürlich eins wieder ganz genau: „Verbindungen zwischen diesen Neonazis (DVG/Lauck-USA) und der NPD, so glaubt die Polizei, gibt es nicht“. Und: „Es ist keine kriminelle Vereinigung“, so Polizeipräsident Kleine (12.2., „Kurier am Mittag“).

Augenzeugen-Bericht

„.... Durch einen Zufall hatte ich mitbekommen, wo sich die Nazis zu ihrer Aktion (am 10.2.) trafen, so daß es mir möglich war, mich unauffällig zu ihnen zu gesellen. Im Bahnhofslokal trafen sich die schwarzgekleideten, mit Runen und Totenkopfzeichen „geschmückten“ Jugendlichen, um dort bei Kaffee und Kuchen ihren nächsten Einsatz vorzubereiten. Niemand im gutbesuchten Bahnhofslokal hat auch nur Notiz von dieser auffälligen Truppe genommen; auch zwei Bahnhofspolizisten, die kurz ins Lokal gesehen haben, sind ohne ersichtliche Reaktion wieder hinausgegangen.“

An einem dieser Tische sitzen vier ältere seriös gekleidete „Herren“ (u.a. Edgar Geiss), die ab und zu einen der Jugendlichen zu sich rufen („Michael, komm mal her!“, „Tibor, nimm mal das!“) und über-

haupt die Anweisungen zu geben scheinen. Mit dabei ist auch ein „Herr“ mit weißem Kragen und Ledermantel, mit zwei Kameras behängt. Offensichtlich der Fotograf der Truppe.

Ich wundere mich über mich selbst, daß ich in solcher Gesellschaft so ruhig zu bleiben vermag: was da an Prahlerei über „Einsätze“ von Tisch zu Tisch schwirrt, was diese Truppe an faschistischem Gedankengut auspackt, da konnte es einem im wahrsten Sinne des Wortes schwarz vor Augen werden:

„Letztens“, so einer der ganz Jungen in schwarzem Ledermantel und braunem Schlips, „da haben sich Kommunisten mit Stangen und Klappschaukeln gewehrt. Ha, wir schlagen sie ja doch in die Flucht. Die sollten mal mein Luftgewehr sehen“. Beifallheischend sieht er auf seinen Gesprächspartner, der eine Führungsrolle zu haben scheint und sieht aus, als hoffe er auf ein anerkennendes Wort. Der Angesprochene aber, ein lederbejackter Dicker mit grüner Sonnenbrille, ist damit beschäftigt, seinerseits Stories zum besten zu geben, die seine Unerblichkeit beweisen. Er erzählt von den mühen Beschattungsversuchen der Polizei: „Da stehen die Nachts unter Laternen und tun so, als würden sie Zeitung lesen, wo man bestimmt nicht mehr lesen kann. Dummreißer, einfach dummreißer.“ (o.).

Bevor die Truppe sich im Lokalgang aufstellt, um zum Kröpcke zu marschieren und dort Propaganda zu verteilen, werden zunächst noch einige Verabredungen getroffen. Michael ruft: „Für alle aus Hamburg, wir treffen uns nach dem Einsatz ...“, ein anderer ruft dazwischen: „Pst“, der Treffpunkt geht leider im Stimmengewirr unter. Der Fotograf schießt noch einige Fotos der Schwarzgekleideten, die in Zweierreihen im Lokal stehen, dann ziehen die uniformierten Nazis los. Die älteren Herren in „Zivil“ warten noch ein paar Minuten, ehe sie ihnen folgen. Währenddessen erzählt Edgar Geiss seinen „Kameraden“ noch etwas von „Idealen und Wertvorstellungen“, für die man „die Jungen begeistern“ muß. Die Senioren verabreden ebenfalls einen Treffpunkt, den ich aber leider nicht mitbekomme; dann machen auch sie sich auf zum Kröpcke und beobachten „ihren“ Einsatz aus nächster Nähe.“

Ein Genosse aus Hannover

Ein Genosse aus Hannover

„Hansa“-Bande: Ein Mitglied packt aus

In Hamburg stand der Chef der terroristischen „Hansa“-Bande, Michael Kühnen, vor Gericht. Diesmal „nur“ wegen Nazi-Propaganda. Der Prozeß wurde an eine andere Instanz verwiesen, wo dann zugleich Anklage wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung u.ä. gegen Kühnen erhoben werden soll.

Im Hamburger Prozeß wurde erstmals bekannt, daß Lutz Wegener, ehem. „Stellvertreter“ Kühnens in der Bande und seit März 78 in U-Haft ausführende Aussagen gemacht hat. Hier die wichtigsten Punkte daraus:

Kühnen hatte 1975 auf einem Offizierstreffen in Hammelsberg zum ersten Mal Kontakt mit einigen organisierten NSDAP/AO'lern. Anfang 77 soll er sich dann an die „SA-Führung“ der BRD gewandt haben, von der er den Auftrag bekam, in Hamburg eine schlagkräftige Organisation aufzubauen. Daraufhin gründete er zusammen mit Wegener und Büttmann, den „SA-Sturm 8.Mai“. Alle Mitglieder dieser „Untergrundorganisation“ wurden auf den alten SA-Eid eingeschworen. Für „Abtrünnige“ sei „die Heide groß genug, um sie da zu verscharren“.

Neben Schmier- und Klebeaktionen und öffentlichen Provokationen war die Herstellung der Blättchens „Sturm“ die Hauptbeschäftigung der Gruppe. Gedruckt wurde das Blättchen in der Wohnung von Matthias Weber, auf Druckmaschinen, die die NPD zur Verfügung gestellt hatte (über Uwe Stier, gegenwärtig Organisationsleiter der Hamburger NPD). Kopf des Ganzen war natürlich Michael Kühnen. Der „Ideologe“ der Gruppe war Christian Worch; „Sicherheitsbeauftragter“ Friedhelm Pützmann und Leiter der „militärischen“ Seite Lutz Wegener. Zum Kern gehörte auch Tibor Schwarz. Sollte der „Boden zu heiß werden“, wollten Kühnen und Schwarz in Süddeutschland untertauchen. Die Führung sollte dann Karsten Trede (Wiking-Jugend-Führer im Raum Lüneburg) übernehmen. Wegener baute, zusammen mit Uwe Rohwer (Funktionär der „Wiking-Jugend“), eine „Wehrsportgruppe“ (als Kern des „SA-Sturm“) auf. Diese Truppe übte auf Rohwers Hof das Schießen mit schar-

fer Munition, vor allem mit israelischen MPI's. Für den Einsatz dieser Bande gab es eine Reihe von Plänen: Banküberfälle; Überfälle auf NATO-Einrichtungen (das ist dann tatsächlich passiert); auf DDR-LKW's; die Befreiung von Rudolf Heß und – die besondere Idee von Klaus Dieter Puls – „Liquidierung des Ehepaar Klarsfeld“.

Ähnliche Banden soll es in Hannover (unter Führung von Volker Heidel) und in Bremen geben. Eine weitere Bande läuft unter dem Namen „Katastrophenschutz e.V.“; Führer soll ein Dr. Jürgens sein. Jeweils Kerne dieser Einzel-Banden wiederum sollten in einer nationalen „Werwolf-Organisation“ zusammengefaßt werden. Als „legale Anlaufstelle“ gründete Kühnen im Sommer 77 den „Freizeitverein Hansa“. Die dort zusammengefaßten, vor allem von der JN abgeworbenen Mitglieder wurden dann auf ihre Verwendungsfähigkeit für den konspirativen „SA-Sturm“ geprüft. Diese „Doppelstrategie“ wurde mit der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS) später noch weiter ausgebaut. Im Hintergrund des Ganzen gibt es einige wichtige Personen:

Das Ehepaar Geiß (inzwischen schon nicht mehr im Hintergrund), den Dr. Jürgens und Paul Otte aus Braunschweig. Wegener nannte ihn „einen der wichtigsten Führer der Bewegung“.

Soweit die Informationen aus den verlesenen Protokollen. Der dazu als Zeuge gehörte Beamte von FD7 (Staatschutzabteilung der Hamburger Polizei) gab an, vor diesen Aussagen Wegeners im Mai 78 habe man über die terroristischen Aktivitäten nichts gewußt! Sollte das stimmen – so wirft das noch einmal ein bezeichnendes Licht auf die „intensiven Beobachtungen“ der ach so winzigen und ungefährlichen Nazibanden durch die Polizei. Völlig unverständlich aber bleibt, wieso Kühnen trotz dieser Aussagen erst im August 78 verhaftet wurde, wieso die anderen nach wie vor ihr Unwesen treiben können, wieso erst jetzt, fast ein Jahr später, diese Sachen an die Öffentlichkeit kommen!

Antifa-Kommission Hamburg

Karlsruhe

„Auf Bewährung“ zu Strafen von 12 bzw. 10 Monaten wurden drei Mitglieder der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ des Werner Braun verurteilt.

Sie hatten im März 78 Parolen wie „Juda verrecke“ oder „Schlagt die roten Lehrer tot“ in Fluren und Klassenzimmern des (relativ linken) Karlsruher Helmholtzgymnasiums geschmiert sowie Klebezettel und Plakate gegen die „6-Millionen-Juden Lüge“ an das Studiogebäude des SDR, die chemische Landesuntersuchungsanstalt und die jüdische Synagoge geklebt. Darüberhinaus hatten sie bei einem Einbruch in ein Waffengeschäft drei Gaspistolen erbeutet und waren auch im Besitz von Handgranaten.

Bei der Verhandlung ging es der Staatschutzkammer beim Karlsruher Landgericht keineswegs darum, die kriminellen Aktivitäten der DVG (eine der „NSDAP“-Aufbaugruppen, die inzwischen dazu übergegangen ist, sich militärisch zu bewaffnen) zu beleuchten, deren Hintermänner und Verbindungen aufzudecken oder Licht in noch immer ungeklärte faschistische Terroranschläge in Karlsruhe zu bringen. Im Gegenteil – die Nazi-Aktivitäten wurden wie Dumm-Jungen-Streiche von naiven Halbwüchsigen behandelt, die zuviel Landserhefte gelesen haben.

KB Freiburg

Hamburg

Zusammen mit seinem Chef Kühnen stand in Hamburg das „Hansa“-Mitglied Pützmann vor Gericht. Die Polizei hatte ihn zusammen mit Kühnen im September 77 beim Kleben von „NSDAP“-Plakaten ertwischt. Da er zu dem Zeitpunkt noch nicht 21 war, wurde er nach dem Jugendstrafrecht verurteilt. Vor Gericht behauptete er steif und fest, er habe nicht gewußt, daß das Hakenkreuz verboten ist! Kühnen habe ihm gesagt, es sei nicht verboten, und das habe er geglaubt. (Pützmann hat gerade Abitur gemacht!). Das Gericht war sichtlich beeindruckt von dem armen

Nazis vor Gericht

Pützmann, der da so verführt worden war. Er bekam nur eine Strafe von 900 Mark und die Ermahnung, sich künftig aus solchen Sachen rauszuhalten.

In seiner Rührung hatte das Gericht allerdings einige Kleinigkeiten übersehen:

P. war mindestens seit 76 in der JN aktiv (im Mai 77 noch in den Landesvorstand Hamburgs gewählt); er baute im Frühjahr 77 den „SA-Sturm“ mit auf, und er war offizieller stellvertretender Vorsitzender der „Hansa“-Tamorganisation ANS.

Nazi-Hoffmann in den Knast?

Unter der Überschrift „Neo-Nazi muß einsitzen“ brachte die „Welt“ am 12.1.79 eine Notiz über Hoffmann, in der sie behauptete, Hoffmann müsse nun endgültig eine einjährige Strafe absitzen. Damit ist die „Welt“ schon der Zeit etwas voraus.

Fakt ist, daß Hoffmann, Führer der „Wehrsportgruppe“, mehrmals verurteilt worden ist, auch zu einjährigen Haftstrafen, bis jetzt aber immer mit Bewährungsfristen. In diesem Fall war er im März 78 wegen „fortgesetzten Tragens einer Uniform als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung“ (mit anderen) zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr (3 Jahre Bewährung) und einer Geldbuße von DM 5.000 verurteilt worden. Er legte Revision vor dem Bundesgerichtshof ein, die jetzt zurückgewiesen wurde, was ja nicht heißt, daß die „Bewährung“ wegfällt.

Positiv zu bewerten ist, daß das gleiche Gericht am Bundesgerichtshof in diesem Zusammenhang anordnet, daß ein früheres Verfahren gegen Hoffmann wegen Tragens verbotener politischer Abzeichen (Nazi-Embleme) und Verunglimpfung der BRD wieder aufgenommen werden muß. Das Gericht hatte dieses Verfahren



links: Thomas Berg, Zeven, Kreis Bremerförde auf einer NPD/BN-Kundgebung in Braunschweig am 12.11.1977.

eingestellt, aber die Staatsanwaltschaft hat Revision beantragt, der jetzt stattgegeben worden ist.

Wie langwierig diese Prozesse sind, zeigt ein weiteres, z.Zt. laufendes Verfahren gegen Hoffmann. Im Oktober 1974 wurden Hoffmann durch die Stadt Nürnberg 18 Feuerwaffen abgenommen; gleichzeitig wurde ihm der Gebrauch und der Erwerb solcher Waffen verboten. Gegen diesen Bescheid legte Hoffmann Berufung vor dem Verwaltungsgericht in Ansbach ein, über den jetzt verhandelt wurde. In dem Verfahren waren sich die Richter noch nicht einmal schlüssig über die Anzahl der damals beschlagnahmten Waffen! Man streitet sich selbst nach über 4 Jahren immer noch darüber, ob nun 2 Gewehre „98k“ mit in dies Verfahren gehören oder nicht ...

Das Urteil soll dann auch nur schriftlich verkündet werden; angeblich sei die mündliche Verlesung zu lang und könne keinem Zuhörer zugemutet werden.

KB Nürnberg

Braunschweig

Am 5.2. endete in Braunschweig ein Prozeß gegen das JN-Mitglied

Thomas Berg (Zeven, Kreis Bremerförde) mit einem Freispruch. Berg wurde vorgeworfen, ein Flugblatt der NPD hergestellt zu haben, das zu einer Kundgebung der NPD/JN am 11./12.11.77 in Braunschweig aufrief und u.a. folgende Mord- und Hetzparolen beinhaltete: „Es muß endlich aufgeräumt werden mit dem bolschewistischen Mordgesindel“, „Nicht der kommunistische Meuchelmörder gehört geschützt, sondern das Volk muß vor den roten Blutsäufem bewahrt werden“.

Die Staatsanwaltschaft sah den Straftatbestand nach §130 StGB (Volksverhetzung) erfüllt und leitete Ermittlungen gegen den Verfasser des Flugblattes ein, allerdings erst, nachdem ein Braunschweiger Antifaschist Anzeige erstattet hatte.

Bei den Vorermittlungen wurde zuerst die NPD zu der Hetzschrift befragt, die sich vom Inhalt und Flugblatt selbst distanzierte und mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun haben wollte. Diese Distanzierung reichte aus, gegen die NPD nicht weiter zu ermitteln!

Der Prozeß entwickelte sich schnell zu einem Indizienfall, in dem das Gericht versuchte, Berg nachzu-

weisen, daß er an der Herstellung und Verbreitung des Flugblattes beteiligt gewesen war. Berg war damals „Landespropagandareferent“ der JN; bei einer Hausdurchsuchung wurden bei ihm eine fertige Druckmatrize, zwei Lay-outs (alles für ähnliche Hetzschriften) und eine Druckrechnung über 8000 Flugblätter („Zerschlagt Rotfront und Reaktion“) gefunden.

Doch diese Indizien wußte Berg schlagfertig zu „entkräften“. Hier ein paar Kostproben:

„Bei uns kann jeder Flugblätter schreiben, ohne kontrolliert zu werden“; „Die Lay-outs und die Druckmatrize sind mir zugeschickt worden, von wem, weiß ich nicht mehr“; „Von der Druckrechnung weiß ich überhaupt nichts“.

Zwei „Zeugen“ machten dann den Freispruch perfekt: A. Dammann und F.U. Bundt, beide NPD/JN-Funktionäre mit einschlägigen Akten bei Polizei und Justiz. Beide „bezeugten“ die Unschuld von Berg, in dem sie sich selbst belasteten. Bundt: „Ich habe das Flugblatt gedruckt und Herr Dammann hat es hergestellt“.

Der Richter selbst gab den Ratschlag dafür: Er bestätigte Dammann und Bundt, daß sie für die Herstellung des Flugblattes nicht mehr belangt werden können, da Verstöße gegen das Pressegesetz nach sechs Monaten verjähren.

Der Anklagepunkt „Volksverhetzung“ war zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht mehr Gegenstand der Verhandlung. (Ein Rechtsanwalt bestätigte später, daß Dammann und Bundt nach ihrem Geständnis hätten wegen §130 angeklagt werden können).

Das Ergebnis der Verhandlung: Freispruch auf der ganzen Linie: „Im Namen des Volkes“ und auf Staatskosten.

Der Antifaschist, der die Anzeige gestellt hatte, bekam auch gleich die Früchte dieses Freispruches zu spüren. Vor dem Gerichtsgebäude drohten die drei Nazis ihm: Er solle lieber mit seiner Familie aus Braunschweig wegziehen; man würde sich ja jetzt kennen und sich früher oder später mal sicher auch begegnen.

Antifa-Kommission Braunschweig

Kurzmeldungen: Polizeiwillkür

Frankfurt: Ein erneuter Fall von Polizeiwillkür hat sich kürzlich im Hauptbahnhof zugetragen. Nach den Beobachtungen eines Zeugen schlug ein Beamter des dortigen Reviers auf einen Mann ein, als er ihn mit auf die Wache nehmen wollte. Der Grund für das Vorgehen des Bullen: der Mann hatte eine englisch-sprachige Ausgabe des „Playboy“ kaufen wollen. Als er feststellen mußte, daß diese um 2 DM teurer war, als die deutschsprachige, wollte er sein Geld zurück. Der Verkäufer weigerte sich, das Geld wieder rauszurücken und verständigte die Polizeiwache. Die Polizisten erklärten dem Mann, er sei im Unrecht und als dieser das nicht einsehen wollte, nahmen sie ihn zur Wache mit. Als er sich dagegen wehrte, bekam er Prügel! (Angaben nach „FR“, 9.2.79).

Frankfurt: Wegen Körperverletzung im Amt hat ein Jugendschutzgericht einen 40 Jahre alten Frankfurter Polizeibeamten zu 3000 DM Geldstrafe verurteilt. Der Polizist hatte im August vergangenen Jahres einem 16-jährigen Festgenommenen eine Ohrfeige gegeben. Die Eltern des Jugendlichen hatten die Polizei gerufen, weil sie sich von ihrem Sohn bedroht fühlten. Der 16-jährige war vor der Polizei aus dem Fenster geflüchtet. Eine Streifenwagenbesatzung konnte ihn jedoch schnell festnehmen. Als die Beamten den Jungen zurückbrachten, gab ihm der Polizist eine schallende

Ohrfeige und legte ihm Handschellen an. Ein Nachbar, der das beobachtet hatte, erstattete am nächsten Tag Anzeige (nach „FR“, 25.1.79).

Frankfurt: Die CDU-Landtagsabgeordnete Heide Degen hat den Einsatz von Gummikugeln und Tränengasgranaten bei „gewalttätigen“ Demonstrationen empfohlen. Sie begründet dies mit den „guten Erfahrungen“, die international mit diesen Waffen gemacht werden und fordert „vor dem Hintergrund der blutigen Krawalle in Frankfurt“ (gemeint ist die Anti-Schah-Demonstration vom 25.11.78) den Einsatz solcher Mittel. Die CDU-Frau meint, die „schlimmsten Auswirkungen für Polizisten bei den Exzessen der Gewalt (!) in Frankfurt“ seien dadurch entstanden, daß „die Ordnungshüter nicht mit Waffen ausgerüstet gewesen wären, die es gestattet, die Gewalttäter auf Distanz unblutig (!) zu bekämpfen.“ (Alle Zitate nach „FR“, vom 8.2.79).

Dortmund: In der Nacht vom 17. Januar gingen W. Holmer und seine Frau zum Dortmunder Polizeirevier Steinwache, um den Streit mit einem Taxifahrer zu klären. Dies führte zur zeitweisen Inhaftierung der Frau und einem Kiefernbruch bei dem Mann.

Die Beamten gaben dazu folgende Erklärung ab: Sie hätten Holmer aus der Wache gewiesen, worauf dieser – wohl vor lauter Enttäuschung – selber mit dem Kopf gegen die Wand rannte. Die Beamten wollten ihm dabei zu Hilfe eilen und brachen ihm dabei den Kinnladen. „... daß der Kiefernbruch von einem Kinnhaken des Beamten herrührt“ stritt nicht einmal der Schutzbereichsleiter Weist ab.

Die Anzeigen, die Holmer und seine Frau wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung stellten, wurden wie üblich mit einer Strafanzeige der Polizei gegen die beiden beantwortet.

Antifa-Kommission NRW

Sexuelle Nötigung von Häftlingen?

Womit man/frau auf der Bullenwache zu rechnen hat, wurde in Köln wieder einmal sichtbar: Kollegen eines Polizeibeamten beschuldigten ihn der sexuellen Nötigung von Inhaftierten. Zu diesem ungeheuerlichen Vorwurf, der Vergewaltigung in mehreren Fällen, verweigerte der Beschuldigte jegliche Auskünfte („Kölner Rundschau“, 2.2.79).

Antifa-Kommission NRW

Herold stößt auf Widerstand

Im letzten AK berichteten wir, daß Herold gegen den Datenschutzexperten Professor Steinmüller eine Klage auf Widerruf zweier Behauptungen gestellt hatte. Danach soll Steinmüller folgende Feststellungen nicht mehr treffen dürfen: In der Bundesrepublik gebe es „rechtlich und organisatorisch einen großen Verbund zwischen praktisch der gesamten öffentlichen Verwaltung und Teilen der Wirtschaft mit dem polizeilichen und dem Geheimbereich“. Bisher sei es so gewesen, daß der Verdächtige untersucht worden sei. Jetzt aber sei es umgekehrt: es werde nicht der Verdächtige untersucht, sondern die gesamte Bevölkerung aufgenommen und dann würden die ausgesiebt, die sicher unverdächtig seien, während der Rest in der „grauen Zone“ bleibe. Beide Behauptungen soll Steinmüller nach Herolds Willen nicht mehr treffen dürfen: In der Bundesrepublik gebe es „rechtlich und organisatorisch einen großen Verbund zwischen praktisch der gesamten öffentlichen Verwaltung und Teilen der Wirtschaft mit dem polizeilichen und dem Geheimbereich“. Bisher sei es so gewesen, daß der Verdächtige untersucht worden sei. Jetzt aber sei es umgekehrt: es werde nicht der Verdächtige untersucht, sondern die gesamte Bevölkerung aufgenommen und dann würden die ausgesiebt, die sicher unverdächtig seien, während der Rest in der „grauen Zone“ bleibe. Beide Behauptungen soll Steinmüller nach Herolds Willen widerrufen.

Nicht mehr verbreiten soll er weiterhin die Behauptung: „Kontrolliert werden nicht mehr nur mit scheinbarer technischer Zwangsläufigkeit einige verbrecherische Anarchisten, sondern zugleich die Gesamtheit der Bundesbürger“.

Der Datenschutzexperte besteht jedoch auf seinen Feststellungen. Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes und die Gewerkschaft ÖTV gewähren ihm Rechtsschutz in seinem Prozeß, der am 14. 2. begann.

Außerdem fand Steinmüller Unterstützung bei der Humanistischen Union. Sie erklärte, sie sehe in der Tatsache, „daß die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Präsidenten des BKA, einer zugespitzten Äußerung von Professor Steinmüller in der Fernsehsendung Report nicht mit der sonst üblichen Gendarstellung entgegentritt, sondern mit zivilrechtlichen Sanktionen bedroht, eine schwerwiegende Beeinträchtigung von Kritik und Meinungsfreiheit ... Auch der Staat muß lernen, Kritik zu ertragen“.

Als „einen Versuch, der freien und unabhängigen Wissenschaft einen Maulkorb umzubinden“ bezeichnete das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Karl-Heinz Jantzen, die Klage gegen Steinmüller. Sie sei „ein Beispiel für die inzwischen selbstherrliche Arroganz der Sicherheitsbehörden“, die offensichtlich keine Kritik an ihrer kriminalistischen Informationstechnologie vertragen könnten. Jantzen sprach sich für eine bessere gesetzliche Datenschutzregelung und damit eine bessere parlamentarische Kontrolle aus.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kennzeichen im Ausweis

Auf der Seite 2 des Bundespersonalausweises (BPA) wird unter „unveränderliche Kennzeichen“ ein Dienstsiegel am unteren rechten Rand angebracht. Auf der für amtliche Vermerke vorgesehenen Seite 8 findet sich der lapidare Satz: „§ 2 Abs. 2 PAuswG“. Klammheimlich gegenüber der Öffentlichkeit und von der Presse unkommentiert ist zusammen mit dem Gesetz zur „Regelung der Meldepflicht in Beherbergungsstätten“ am 6. November 1978 auch ein „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise“ beschlossen worden.

Freundlicherweise haben die Gesetzgeber auf diese Verzicht, einzutragen zu lassen, weshalb der Ausweisinhaber mit dem Eintrag denunziert wird:

Beispielsweise wenn man verdächtig – nicht verurteilt! – ist, Alimente zu zahlen, Steuern zu hinterziehen oder die „innere oder äußere Sicherheit“ der BRD zu gefährden (nach „FR“, 9.2.79).

Das Gesetz wurde erlassen, um Sperrvermerke für Grenzübertreitte zu ermöglichen, da unter EG-Ländern kein Paßzwang mehr besteht (früher war es möglich durch Reisepaßentzug eine Ausreise zu verhindern).

Aber auch sonst eröffnet die diskriminierende Kennzeichnung neue Perspektiven: Arbeitgebern beispielsweise erspart künftig der Blick in den Ausweis die umständliche Einholung eines polizeilichen Führungszeugnisses o.ä. Ein Blick in den BPA genügt. Der Bewerber ist verdächtig.

Polizeikontrollen werden sich in Kürze noch schikanöser und ruppiger gestalten: der Überprüfte ist ja – wahrscheinlich – ein „Verbrecher“. BEFA - 7 K? Bisher nur im BKA-Computer. Jetzt auch in der Öffentlichkeit?

Und wann wohl wieder die gelben Sterne, die rosa, gelben, roten und grünen Winkel an der Außenkleidung eingeführt werden?

KB/Gruppe Frankfurt

Denunziantentelefon eingerichtet

„Vertrauliches Telefon soll das Reden erleichtern“ („Rheinpfalz“, 4.1.79). „Am vertraulichen Telefon soll Anonymität die Ausnahme sein“ („Mannheimer Morgen“, 26.1.79). Mit diesen Schlagzeilen brachte die Lokalpresse am 4.1. und am 26.1. dem Bürger eine neue Einrichtung der Polizei näher. Dem Bürger soll damit die Möglichkeit gegeben werden, verdächtige Dinge, die in seiner Nachbarschaft usw. geschehen, per Telefon, der Polizei zu melden. Mit dieser Einrichtung wird den Denunzianten Tür und Tor geöffnet.

Natürlich hat das vertrauliche Telefon auch eine Vorgeschichte. Nach dem Ableben von Buback und Schleyer wurden in den Bundesländern Überlegungen laut, das gerade in Großstädten oft anzutreffende Informationsdefizit der Polizei durch der-

artige Telefone zu verringern. Der Mannheimer Polizeipräsident, Menz, gab denn auch offen zu, daß die ersten vertraulichen Telefone in Karlsruhe und in Stuttgart mit Blick auf Hinweise auf und aus „terroristischen Kreisen“ installiert wurden. Nach Polizeiaussagen gehen seit Einrichtung des Telefons täglich etwa 3 Anrufe ein.

Zu der Kritik an dieser Einrichtung sagt Bullenhauptling Menz: Er wisse, daß die Neuerung in einigen Kreisen den negativen Ruf habe, die Bevölkerung solle ausgehorcht werden. Dies sei aber „selbstverständlich“ nicht der Fall. Ein weiterer Schritt in Richtung 1984 ist in Mannheim getan.

KB-Sympathisant, Mannheim

Türkische Faschisten ungehindert aktiv

In Schwarzenborn in Nordhessen fand am 4.2.79 ein Treffen der „Türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa“ statt. Nach eigenen Angaben wurde diese Organisation im Sommer 1978 gegründet und besitzt in Westeuropa 30.000 Mitglieder in 100 Ortsvereinen. A.O. Güner, Stellvertretender Vorsitzender der

Darin bezeichnen sie den Verein als „Tarnorganisation der türkischen MHP, mit deren Hilfe der in der Türkei seit langem praktizierte faschistische Terror unter die türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik getragen werden soll“ (nach „FR“ v. 5.2.79).

Passiert ist unseres Wissens nach

Türkische Faschisten ungehindert aktiv

In Schwarzenborn in Nordhessen fand am 4.2.79 ein Treffen der „Türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa“ statt. Nach eigenen Angaben wurde diese Organisation im Sommer 1978 gegründet und besitzt in Westeuropa 30.000 Mitglieder in 100 Ortsvereinen. A.O. Güner, Stellvertretender Vorsitzender der türkischen faschistischen MHP, wurde u.a. dort erwartet. Diese europäische Vereinigung paßt in das Bestreben der türkischen Faschisten und ihres Führers, Alparslan Türkeş, überall in Europa, wo es türkische Arbeiter gibt, seinen Terror zu verbreiten. Dementsprechend waren auch die Proteste, vor allem aus der IG Metall, deren Vorstand in Frankfurt gemeinsam mit der Frankfurter SPD den Innenminister aufzufordern, das Treffen zu verbieten. Die Frankfurter SPDler verabschiedeten ebenfalls auf ihrem kommunalpolitischen Parteitag eine Resolution.

Darin bezeichnen sie den Verein als „Tarnorganisation der türkischen MHP, mit deren Hilfe der in der Türkei seit langem praktizierte faschistische Terror unter die türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik getragen werden soll“ (nach „FR“ v. 5.2.79).

Passiert ist unseres Wissens nach diesen Protesten nichts. Hingegen wurden Linke und Demokraten in Frankfurt weiterhin mit Verboten belegt. Eine Demonstration gegen die faschistischen Aktivitäten in der Türkei am 30.12.78 wurde verboten, wobei u.a. als Begründung herangezogen wurde, daß es eine Messerstecherei zwischen einem linken und einem rechten Türken in Rüsselsheim gegeben habe. Es handelte sich dabei um einen Angriff von türkischen Faschisten auf drei linke Flugblattverteiler.

Ausländerkommission

„Graue Wölfe“ in Kassel

Am 23.12.78 veranstalteten die „Grauen Wölfe“ unter dem Tarnnamen „Verein türkischer Idealisten in Kassel und Umgebung e.V.“ einen sogenannten „Sehnsuchtsabend“ in Kassel – und zwar in städtischen Räumen!

Der „Antifaschistische Arbeitskreis Kassel“ forderte Ende November 1978 ein Verbot der Veranstaltung. Ein Flugblatt des Arbeitskreises war für die Stadt Kassel dann der Anlaß, den Mietvertrag mit den „Grauen Wölfen“ wieder zu kündigen, wobei sie sich aber nicht nur auf den faschistischen Charakter der „Grauen Wölfe“ bezog, sondern natürlich auch „gewaltsame Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern und Störungen durch Gegendemonstrationen“ als Verbotgründe angab. Aufgrund einer einstweiligen Verfügung mußte die

Stadt Kassel den „Grauen Wölfen“ schließlich doch die Räume zur Verfügung stellen. Den Richtern hatte die Erklärung von drei Vorstandsmitgliedern des „Idealisten“-Vereins ausgereicht, „daß sie keine Faschisten seien“.

Auf einer Veranstaltung des „Antifaschistischen Arbeitskreises“ am 17.12., die von ca. 100 Deutschen und Türken besucht war, wurde eine Demonstration mit Gegendemonstration zur „Grauen Wölfe“-Veranstaltung beschlossen. Nachdem aber das Verbot der Stadt bekannt wurde, machte man den Fehler, die Mobilisierung „auf Eis“ zu legen. So konnten die „Grauen Wölfe“, unter entsprechendem Polizeischutz, ihren „Sehnsuchtsabend“ am 23.12. durchführen, ohne auf Proteste zu treffen.

KB/Gruppe Kassel

Terroristenfieber fordert Opfer

Mülheim/Ruhr: Am 3.2. hatte ein 26-jähriger Lehrer bei einem Spaziergang in Mülheim seinen Fotoapparat auf den zivilen Begleitwagen des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter gerichtet. Das genügte zu einer Festnahme und einer Behandlung, wie sie all jenen widerfährt, „die typische Verhaltensweisen von Terroristen an den Tag legen“. Eine Anfrage beim Melderegister der Stadt hätte für die Feststellung genügt, daß der Lehrer seit seiner Geburt bei Müttern gemeldet und sein Personalausweis echt ist. Statt dessen: „Verhör, Fotos mit Nummernschild von allen Seiten, Fingerabdrücke, die bundesweit überprüft wurden“ („WAZ“, 3.2.79).

Die Polizei vertrat später die Ansicht, sie habe keine Überreaktion gezeigt. So äußerte der Leiter der Polizeidirektion, Schulze, daß auch, wenn es den Bürgern unangenehm sei, eine derartige Behandlung keine Erniedrigung darstellt, sondern zur normalen erkennungsdienstlichen Untersuchung gehört. Die Kritik der „WAZ“ an diesem Vorgehen paßte der Polizei nicht. In einem „offenen Brief“ wurde der Teufel an die Wand gemalt: „Fast drei Wochen

später: Eine Sonderkommission des Bundeskriminalamtes, eine Heerschar von anderen Polizisten ist eingesetzt, um die Mörder der Begleiter und Entführer des DGB-Vorsitzenden zu jagen ...“

Und stellen gleich darauf die Frage: „Haben Sie durch diese besondere Berichterstattung zur Erhöhung der Sicherheit des auch Betroffenen, nämlich des Herrn Vetter, beigetragen?“ Doch begnügten sich die Herren nicht mit Geschichtchen dieser Art. In fast jedem Satz schwellten unverhohlene Drohungen gegen den „WAZ“-Redakteur mit. So warfen sie ihm „Machtmißbrauch“ und Verstöße gegen „journalistische Sorgfaltspflicht“ vor. Er solle sich vielmehr überlegen, welches Klima durch einen solchen Artikel erzeugt wird. Die Beamten hätten sich streng an gesetzliche Vorschriften gehalten. Ob er jedoch dazu auch bereit sei, wurde in Frage gestellt. Dieser „Offene Brief“, ganz in der „WAZ“ vom 10.2.79 abgedruckt, stellt einen direkten Eingriffversuch der Polizei in die Pressefreiheit dar.

Antifa-Kommission NRW

Fingerabdrücke, die bundesweit überprüft wurden“ („WAZ“, 3.2.79).

Die Polizei vertrat später die Ansicht, sie habe keine Überreaktion gezeigt. So äußerte der Leiter der Polizeidirektion, Schulze, daß auch, wenn es den Bürgern unangenehm sei, eine derartige Behandlung keine Erniedrigung darstellt, sondern zur normalen erkennungsdienstlichen Untersuchung gehört. Die Kritik der „WAZ“ an diesem Vorgehen paßte der Polizei nicht. In einem „offenen Brief“ wurde der Teufel an die Wand gemalt: „Fast drei Wochen

ihm „Machtmißbrauch“ und Verstöße gegen „journalistische Sorgfaltspflicht“ vor. Er solle sich vielmehr überlegen, welches Klima durch einen solchen Artikel erzeugt wird. Die Beamten hätten sich streng an gesetzliche Vorschriften gehalten. Ob er jedoch dazu auch bereit sei, wurde in Frage gestellt. Dieser „Offene Brief“, ganz in der „WAZ“ vom 10.2.79 abgedruckt, stellt einen direkten Eingriffversuch der Polizei in die Pressefreiheit dar.

Antifa-Kommission NRW

Datensch(m)utz: Bekenntnisse aus berufenem Mund

Am 10.1.79 legte der Bundesdatenschutzbeauftragte, Prof. Bull, seinen ersten Jahresbericht vor. Darin stellt Bull „erhebliche Mängel“, insbesondere für den Bereich der Geheimdienste und der Polizei fest:

– Das Bundesamt für den Verfassungsschutz ist an das BKA-Informationssystem PIOS (Personen, Institutionen, Sachen) angeschlossen. Es gibt keine Kriterien für den Datenaustausch zwischen diesen Ämtern.

– Das BKA ist an das Informationsnetz der Geheimdienste (BND, MAD, VS) angeschlossen.

Beide Punkte bestätigen unsere Vermutung, daß die ohnehin schon bedenklichen Bestimmungen der „Amtshilfe“ überhaupt nicht beachtet worden sind, wonach lediglich in „begründeten Ausnahmefällen“ Informationen zwischen den Geheimdiensten und der Polizei ausgetauscht werden dürfen.

– In Einzelfällen sei das „Leseverhalten“ von Bibliotheksbenutzern „überprüft“ worden. (alle Informationen nach SZ, 11.1.79)

– Behörden wie Polizei, VS und Staatsanwaltschaften verlangten Auskunft von Krankenkassen („Hamb. Abendbl.“, 11.1.79). Polizei und VS sollen sich dabei auf einen übergesetzlichen Notstand berufen haben. Hier fordert Bull eine klare Gesetzesregelung darüber, „in welchen Fällen ausnahmsweise Auskunft erteilt werden darf“ (SZ, 11.1.79).

– Im Umgang mit Statistiken, bei

Umfragen, Volkszählungen und beim Einwohnermeldewesen sieht Bull Tendenzen, über die gesetzlichen Grenzen hinaus immer mehr und mehr Daten zu erheben, die selbst über den Zweck der Erhebung hinausgingen (SZ u. „Hamb. Abendbl.“, 11.1.79).

– In einem Fall sei aufgedeckt worden, daß zwei Mitarbeiter einer Ersatzkrankenkasse versucht hätten, über 100 000 Stammdaten von Versicherten unter der Hand an private Versicherungen zu verkaufen. (SZ, 11.1.79).

Etwas älter sind die Warnungen zweier Datenexperten auf der 1. Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Datenschutz (30.9. - 1.10.78): Der West-Berliner Prof. Eggert Schwan bezeichnete den Staat als den gefährlichsten Feind der Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit, da die im Datenschutz verankerten Auskunftsrechte der Bürger gerade dann eingeschränkt würden, wenn es um die Datenverarbeitung von Geheimdiensten, Polizei, Staatsanwaltschaften und Finanzbehörden geht. Prof. Wilhelm Steinmüller (Regensburg) bezeichnete das bundesdeutsche Kriminalitätsbekämpfungssystem als das beste der Welt, und zugleich als „das beste Überwachungssystem für alle Bürger“. Im Gesetzentwurf der Innenminister für ein neues Polizeirecht seien keinerlei Paragraphen für den Informationsschutz des Bürgers vorgesehen (FR, 2.10.78).

Antifa-Kommission Hamburg

Werner Hoppe ist frei!

Am 8.2.1979 wurde Werner Hoppe — vorübergehend zunächst — aus der Straftat entlassen. Drei ärztliche Gutachten und eine relativ aufmerksame Öffentlichkeit ließen dem Vollzug keine andere Möglichkeit mehr, als Werner Haftunterbrechung zu geben. In der von ihm veranstalteten Pressekonferenz vom 8.2.1979 versicherte Justizsenator Dahrendorf sofort, jede andere Entscheidung als die Freilassung sei ihm lieber gewesen und Werner müsse selbstverständlich damit rechnen, daß er nach seiner Gesundung den Rest der Strafe noch absitzen müsse.

Das Urteil: 10 Jahre

Werner wurde im Juli 1972 zu zehn Jahren Knast verurteilt, weil er sich seiner Festnahme am 15.2.1971 mit einer Waffe zu entziehen versucht hatte. Obwohl die Staatsanwaltschaft „nur“ 6 Jahre gefordert hatte, war Werner wegen dreifachen versuchten Totschlags zu 10 Jahren verurteilt worden. Aus seiner Pistole sind — wie die Waffensachverständigen seinerzeit feststellten — aber nicht drei, sondern nur ein Schuß abgefeuert worden. Dieses Terror-Urteil rief bereits damals ziemlich breite Empörung hervor.

Vom ersten Tag an: Isolationshaft

Werner wurde sofort nach seiner Verhaftung der Isolationshaft unterworfen. Bis November 1974 wurde Werner von allen anderen Menschen vollständig abgesondert, er war also über drei Jahre lang total alleine. Der Vollzug ließ sich nicht die Niederträchtigkeit nehmen, die Haft teilweise noch dadurch zu verschärfen, daß Werner „Sprechverbot“ bekam und als Bestrafung für einen Verstoß dagegen „Arrest“. Insgesamt 2 1/2 Jahre lang war Werner außerhalb seiner Zelle immer gefesselt!

Auch in der Folgezeit war Werner immer entweder total oder in einer kleinen Gruppe von 2-3 Mitgefangenen isoliert. In der Zeit der Kontaktsperre (September/Oktober 1977) hatte Werner — wie alle anderen Gefangenen — nicht einmal den mindesten Außenkontakt zum Anwalt oder anderen Gefangenen.

Wie die Ärzte später feststellten, war die jahrelange Isolationshaft die entscheidende Ursache für Werners lebensgefährliche Situation.

Ab Juni 1978: Die Lage spitzt sich zu

Am 14.3.1978 begann Werner mit zwei anderen Gefangenen einen Hungerstreik. Ziel: Aufhebung der Isolationshaft, später nur noch Erleichterung der Haftbedingungen. Nach diesem letzten Hungerstreik, der im April

lebensgefährliche Situation.

Ab Juni 1978: Die Lage spitzt sich zu

Am 14.3.1978 begann Werner mit zwei anderen Gefangenen einen Hungerstreik. Ziel: Aufhebung der Isolationshaft, später nur noch Erleichterung der Haftbedingungen. Nach diesem letzten Hungerstreik, der im April

1978 zu Ende ging, nahm Werner zunächst wieder fast bis zu seinem Normalgewicht zu. Ab Mitte Juni stellte sich dann aber eine akute Verschlechterung ein: Werner konnte seit dieser Zeit kaum noch etwas essen bzw. er mußte alles wieder erbrechen. Er magerte zusehends ab, sein Allgemeinzustand wurde ebenfalls rapide schlechter.

Am 7.8.1978 wurde von Werners Verteidigern schließlich der Antrag gestellt, daß Vertrauensärzte eine gründliche Untersuchung durchführen. Bis dahin hatte die Knastverwaltung immer ihre eigenen „Vollzugsmediziner“ angeboten, was von Werner allerdings mit vollem Recht als unzumutbar abgelehnt wurde.

Am 14.8.1978 fand die beantragte Untersuchung durch Ärzte des Allgemeinen Krankenhauses Altona statt. Es konnte keinerlei organ-medizinischer Befund festgestellt werden, so daß die Hinzuziehung eines Psychosomatikers erforderlich wurde. Am 30.8.1978 wurde Werner schriftlich bestätigt, daß es keinen Zusammenhang zwischen seiner Krankheit und bzw. den letzten Hungerstreiks gibt.

Trotz der Untersuchung durch Vertrauensärzte und trotz Therapieversuchen dieser Ärzte verschlechterte sich Werners Zustand weiter: nachdem er am 25.8. noch 49,2 kg wog, hatte er am 4.9. nur noch 46,6 kg, und zwar mit Kleider (45,6 kg, 44 kg ohne Bekleidung)!

Angesichts dieses galoppierenden Gewichtsverlusts mußte Werner schließlich am 5.9.1978 in die Intensivstation des AK Altona eingeliefert werden.

5 Monate Intensivstation

Nach seiner Einlieferung wurde Werner zunächst ca. 3 Wochen künstlich ernährt, um die akute Lebensgefahr zu beseitigen. Dadurch wurde eine Gewichtszunahme auf ca. 50 kg erreicht. Die behandelnden Ärzte konnten daraufhin am 3.10.1978 feststellen, daß eine „internistische Intensivbehandlung“ nicht mehr notwendig war. Die erste Gefahr für Werners Leben war damit abgewendet.

Nach seiner Einlieferung wurde Werner zunächst ca. 3 Wochen künstlich ernährt, um die akute Lebensgefahr zu beseitigen. Dadurch wurde eine Gewichtszunahme auf ca. 50 kg erreicht. Die behandelnden Ärzte konnten daraufhin am 3.10.1978 feststellen, daß eine „internistische Intensivbehandlung“ nicht mehr notwendig war. Die erste Gefahr für Werners Leben war damit abgewendet.

Angesichts des Zustandes von Werner hatten seine Verteidiger bereits am 4.9.1978 einen Haftentlassungsantrag gestellt, weil Werner nicht mehr haftfähig war. Die Konsequenz war jedoch nicht die Entlassung, sondern die Verlegung nach Altona. Der Vollzug brachte damit zum Ausdruck, daß er Hoppe nach wie vor immer noch für haftfähig hielt, obwohl schon akute Lebensgefahr gegeben war. Es begann also der Kampf um die Aufhebung der Haft.

Eine entscheidende Rolle spielten dabei ärztliche Gutachten, die über die Haftfähigkeit Auskunft geben sollten. Am 9.10.1978 wurde deshalb zunächst der Westberliner Professor Dr. Wilfried Rasch, ein Psychiater, vom Vollzug mit der Erstattung eines Gutachtens beauftragt.

Das Gutachten lag am 25.10.1978 vor und kam zu dem Ergebnis, daß bei Werner Haftunfähigkeit vorliegt: „Bei H. liegt Haftunfähigkeit vor, da der weitere Vollzug der Straftat aus den eingehend dargelegten Gründen sowohl unter den Bedingungen des Regelvollzuges wie auch eines Gefängniskrankenhauses die Besorgnis nahe Lebensgefahr (Herzvorhebung AK) begründen würde“.

Trotz dieser klaren Aussage beschloß der Justizsenator dennoch nicht die Entlassung — es wurde ein zweites Gutachten eingeholt, wohl in der Hoffnung, Zeit zu gewinnen. In seinem Gutachten äußerte sich Prof. Rasch auch zur Frage, inwieweit eine Genesung von Werner innerhalb der Haft denkbar wäre. Rasch sah die solche Möglichkeit nicht: „Die von den Ärzten in diesem Schreiben (vom 3.10., s.o.) zur Verhinderung eines Rückfalles angeregten Veränderungen der Lebensumstände H.'s sind mit den Möglichkeiten des Haftvollzuges nicht vereinbar, insbesondere nicht bei einem Gefangenenkreis, für den hohe Sicherungsmaßnahmen für notwendig erachtet werden. Im übrigen kann man davon ausgehen, daß bei H. bereits eingetretenen seelischen und körperlichen Beeinträchtigungen nicht mehr durch Veränderung seiner Haftbedingungen redressiert (zurückentwickelt, Anm. AK) werden könnten“.

Das Zweitgutachten von Prof. Meyer lag am 13.11.1978 vor. Meyer stellte im wesentlichen dasselbe fest wie Rasch, mochte aber die Konsequenzen, die Rasch benannt hatte, selber nicht in der gebotenen Klarheit ziehen. Meyer lavierte herum und schlug dem Vollzug vor, „Haftformen (zu finden), die eine Sozialisolierung minimieren.“ Der Vollzug griff diese Schwäche des Gutachtens natürlich

Das Zweitgutachten von Prof. Meyer lag am 13.11.1978 vor. Meyer stellte im wesentlichen dasselbe fest wie Rasch, mochte aber die Konsequenzen, die Rasch benannt hatte, selber nicht in der gebotenen Klarheit ziehen. Meyer lavierte herum und schlug dem Vollzug vor, „Haftformen (zu finden), die eine Sozialisolierung minimieren.“ Der Vollzug griff diese Schwäche des Gutachtens natürlich sofort dankbar auf und erwog, Werner zurück aus dem Krankenhaus ins Gefängnis zu verlegen, und zwar in den Psycho-Knast Bergedorf. Meyer, beim Wort genommen, konnte sich diesem Plan gegenüber zunächst nicht ganz verschließen; nach Gesprächen mit Werner und einem Freund erkannte er jedoch, daß eine Rückverlegung in den Knast Tod bedeuten hätte, egal, wie stein- bzw. scheißliberal sie die Anstalt auch gibt.

In einer weiteren ärztlichen Stellungnahme vom 30.11.1978 sprach sich Prof. Meyer deshalb gegen eine Rückverlegung in die Haft und für ein Verbleiben im Krankenhaus aus. Der Krankenhausaufenthalt verlängerte sich also weiter, bis für die behandelnden Ärzte Ende Dezember/Anfang Januar einfach unübersehbar war, daß die Haftfortdauer auch im Krankenhaus ihren Patienten fertigmacht: deshalb sah Prof. Meyer am 4.1.1979 endlich den Zeitpunkt gekommen, um dem Vollzug mitzuteilen, daß Werner rausgelassen werden muß: „Aus diesen Gründen erscheint mir jetzt, daß nur unter den Bedingungen einer Haftaussetzung eine medizinische Behandlung mit einiger Aussicht auf Erfolg durchführbar ist.“

Die Konsequenz des Vollzuges aber war: Keine Freilassung, sondern ein drittes Gutachten! Inwieweit hier taktiert wurde, um vielleicht durch Zeitablauf sich das Problem selbst lösen zu lassen, wissen wir nicht. Klar war aber, daß die weitere Verzögerung eine unmittelbare Gefahr für Werner bedeutete. Dieser Meinung war auch Prof. Dr. Freyberger, der bei seinen Gesprächen mit Werner am 19. und 20.1.1979 den Eindruck hatte, daß Werner nicht mehr viel Kraft hatte. Auf der Dahrendorf-Pressekonferenz sagte er jedenfalls, daß er schon in Sorge um Werners Leben wieder weggefahren sei, um sein Gutachten so schnell wie möglich fertigzustellen, sonst hätte es vielleicht schon zu spät sein können.

Auch Prof. Freyberger stellte fest, daß die Haftentlassung notwendig ist: „Die potentiell durchaus denkbare

Klassenjustiz



Lebensgefahr oder die Gefahr von schwerwiegenden gesundheitlichen Dauerschäden, die für die Zukunft durchaus zu befürchten sind, könnten durch bestimmte Veränderungen der gegenwärtigen Haft- und Behandlungsbedingungen im AK Altona oder in einem anderen öffentlichen Krankenhaus nicht beseitigt werden.“

Damit war klar: Wenn Dahrendorf seine in der Öffentlichkeit immer wieder beteuerte Bereitschaft, sich an das Urteil der Ärzte zu halten, nicht Lügen strafen wollte, mußte er spätestens jetzt die Konsequenz ziehen und Werner freilassen. Ein anderes Verhalten hätte Werners Tod zur

zwangsläufigen Folge gehabt. AM 8.2.1979 WAR ES DANN GESCHAFFT: WERNER WAR FREI!!

In einem zweiten Teil des Artikels werden wir im nächsten AK auf die Frage eingehen, was die Entlassung bedeutet, mit welchen Auflagen sie verbunden ist, und welche Konsequenzen für die anderen Gefangenen zu ziehen sind. Außerdem wollen wir uns mit der staatlichen Pressepolitik auseinandersetzen.

IKAH

Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Croissant-Urteil: 2 1/2 Jahre Knast

Zu zweieinhalb Jahren Knast und vier Jahren Berufsverbot wurde Rechtsanwalt Klaus Croissant am 16.2. verurteilt. Die Anklage hatte dreieinhalb Jahre Knast gefordert.

Uwe Carstensen freigelassen

Am 9.2. wurde Uwe Carstensen vorzeitig (nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Strafe) aus der JVA Münster entlassen. Uwe Carstensen ist Mitglied der Kölner Ortsleitung der „KPD“ und war vor allem wegen

Kurzmeldungen Kurzmeldungen

Croissant-Urteil: 2 1/2 Jahre Knast

Zu zweieinhalb Jahren Knast und vier Jahren Berufsverbot wurde Rechtsanwalt Klaus Croissant am 16.2. verurteilt. Die Anklage hatte dreieinhalb Jahre Knast gefordert, die Verteidigung auf Freispruch plädiert. Croissant wurde am 16.11.77 gegen breiten öffentlichen Protest und unter Verletzung französischer Rechte von Frankreich an die BRD ausgeliefert; seitdem wird er in Stammheim gefangen gehalten. Das Urteil bedeutet also genau das Doppelte seiner „Untersuchungshaft“ in der BRD (vor seiner Auslieferung saß er bereits eineinhalb Monate in einem französischen Gefängnis). Wir werden in der nächsten Ausgabe des AK genauer auf das Urteil eingehen.

1.500 DM wegen Plakatkleben

Zu 1.500 DM Geldstrafe wurde Lutz Kühn von der Staatsschutzkammer (!) des Karlsruher Landgerichts verurteilt: Vorgeworfen wurde ihm, an der Pädagogischen Hochschule in Lörrach ein Plakat des KBW gegen das Kontaktsperre-Gesetz geklebt (!) zu haben. Das Plakat enthält zwei Karikaturen über den ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Filbinger, die ihn einmal als Marineabstrichter unter der Nazi-Herrschaft einen Häftling töten zeigen, und zum anderen als einen der Verantwortlichen für die Stammheimer „Selbstmorde“ darstellen, wie er eine Pistole in eine Zelle schiebt. Dazu finden sich auf dem Plakat die Aufschriften: „Ob so oder so — das sind KZ-Methoden!“ und „Weg mit dem Kontaktsperregesetz!“.

Die Anklage in diesem Prozeß, der am 17.1. begann und über vier Verhandlungstage ging, lautete auf Vergehen nach § 90b StGB („Verfassungsfeindliche Verunglimpfung von Verfassungsorganen“). Dieser Paragraph sieht in seinem Wortlaut nur Knaststrafen, nicht aber Geldstrafen vor. Anscheinend ist die Anklage im Prozeßverlauf oder noch vor Prozeßbeginn geändert worden, wofür wir aber keine genaueren Informationen vorliegen haben.

(Informationen nach einem KVZ-Sonderblatt der KHG Südbaden vom 15.1. und „Badische Zeitung“ vom 29.1.)

Spendenaufwurf

Liebe Freunde und Freundinnen, liebe Genossinnen und Genossen, Werner Hoppe hat Haftunterbrechung

Nach jahrelanger Isolationshaft und daraus resultierender lebensbedrohlicher Krankheit — nicht essen können und daraus folgend unaufhaltsame Abmagerung — hat Werner am 8.2.79 Haftunterbrechung bekommen.

Diese Haftunterbrechung wurde gewährt, weil der „Fall Hoppe“ bereits zu öffentlich war, als daß die Justizbehörde es noch irgendwie hätte rechtfertigen können, Werner noch länger in Gefangenschaft zu halten. Er hätte die nächsten Wochen nicht überlebt, und es gab mehrere öffentlich bekannte medizinische Gutachten, die seinen Zustand eindeutig als Folge der Haftbedingungen begriffbar machten, und die die Freilassung als einziges Mittel, sein Leben zu retten, nannten. Durch die Existenz dieser Gutachten war es den staatlichen Stellen nicht möglich, unsere Öffentlichkeitsarbeit mit der Forderung nach Freilassung von Werner als „Propagandalüge“ zu denunzieren.

Mittlerweile hat Werner auch das Krankenhaus verlassen und lebt bei Freunden. Er hat nun eine Chance, wieder gesund zu werden, wenn er nicht mehr gefangen ist und nicht mehr in einer Institution leben muß, wie sie auch ein Krankenhaus darstellt. Dieser Schritt von Werner wird auch von den behandelnden Ärzten unterstützt.

Werner braucht Geld

Da Werner auf unabsehbare Zeit nicht arbeiten kann, braucht er Geld für seinen Lebensunterhalt. Die Sozialhilfe wird einen Minimalsatz zahlen müssen. Das reicht aber längst nicht, um alle Kosten zu decken:

- + Während der letzten Monate seiner Haftzeit haben Freunde hohe finanzielle Aufwendungen gehabt, um Werner, im Rahmen der vom Vollzug begrenzten Möglichkeiten, optimal zu unterstützen.
- + Sozialhilfe reicht nicht. Werner muß in den kommenden Wochen und Monaten wieder lernen, was die Vernichtungsstrategie gezielt und planmäßig versucht hat, ihm für immer zu nehmen während 7 1/2 Jahren Isolationshaft. Dazu gehört auch Geld. Er muß die Möglichkeit haben zu verreisen, Leute zu sehen, wenn er das braucht. Er muß hochwertige Nahrungsmittel essen, damit sich sein Körper wieder aufbauen kann. Seine Zähne müssen gemacht werden. All das kostet Geld.

Kurz, wir meinen, daß Werners Genesung nicht daran scheitern darf, daß wir, die Leute, mit denen er zusammenlebt, zu wenig Geld haben.

Bitte überweist das Geld auf das
Postcheckkonto 14 21 45 — 205
Postcheckkonto Hamburg
Sonderkonto W. H.
Thorwald Prohl

Unsere Arbeit geht selbstverständlich weiter, weil die Haftunterbrechung für Werner von der Justiz rückgängig gemacht werden kann und in den BRD-Gefängnissen weiterhin Gefangene aus bewaffnet kämpfenden Gruppen der Vernichtungshaft unterworfen sind. Überschüsse aus dem Spendenkonto von Werner werden wir für diese Gefangenen verwenden.
Hamburg, den 16.2.79
Hamburger Freunde von Werner

Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?

Die Politische Aktion „Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?“ fand am 22. Juli 1977 in Hamburg statt und ist in diese Broschüre der „Unterstützung der Kämpfe gegen die Verbrechen der Nazis“ einbezogen. Diese Broschüre ist eine Dokumentation der öffentlichen und politischen Auseinandersetzungen um die Verbrechen der Nazis und die Frage nach der Begnadigung der Täter. Sie enthält eine Einführung, eine Liste der Verbrechen der Nazis und eine Liste der Namen der Täter, die begnadigt wurden. Die Broschüre ist in deutscher Sprache verfasst und ist für die Öffentlichkeit zugänglich.

Formal: 44, 80 Seiten DIN A4, zu erhalten über: Verlag J. Roents

AGIT-Prozeß: Knaststrafe für vier Drucker

Westberlin. Wie inzwischen weitgehend bekannt sein dürfte, standen vier Leute des AGIT-Druck-Kollektivs seit Juni 78 vor Gericht. Ihnen wurde vorgeworfen, durch den Druck des „INFO-Berliner undogmatischer Gruppen“ Gewalt verherrlicht und „terroristische Vereinigungen unterstützt“ zu haben (§§ 88a und 129a). Am 12.2. verurteilte der Strafsenat Jutta, Henning und Martin zu neun Monaten und Gerdi zu zwölf Monaten Knast, alles ohne Bewährung. Gerdis längere Strafe wurde mit seinen angeblich besonders engen Beziehungen zum INFO begründet. Das Urteil stützt sich auf die §§ 88a („Befürwortung von Gewalt“), 129a („terroristische Vereinigung“), 140 (Beihilfe zur Gewaltverherrlichung) und 111 (Beihilfe zur Aufforderung zu Straftaten). Der Haftbefehl wurde aufgehoben, die U-Haft wird angerechnet. Trotzdem mußte Gerdi noch drei und Martin noch neun Monate in den Knast, weil Gerdis U-Haft wie von Jutta und Henning auch „nur“ neun Monate dauerte und Martins 14 Tage.

Wie völlig willkürlich hier Recht gesprochen wurde, zeigt, daß die Haftstrafen „zufällig“ ziemlich genau die Dauer der U-Haft betragen. Zur Urteilsbegründung führten die Richter aus: Das INFO sei kein Pressezeugnis gewesen, sondern vielmehr „sozial schädliches Gift“. Dort schrieben nämlich keine Redakteure aus distanzierter Sicht, sondern die Akteure selbst — die durch die Pressefreiheit geschützte Presse habe aber der freiheitlich-demokratischen

LBU

Landesverband
Bürgerinitiativen
Umweltschutz
Berlin

Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU)
c/o Gelber Loden, Cranachstr. 7, 1000 Berlin 41

PRESSEERKLÄRUNG

Mit Betroffenheit und Beunruhigung über die Rechtsentwicklung in unserem Lande haben die oben genannten Bürgerinitiativen, die in Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) zusammengeschlossen sind, die Verurteilung der Agit-Drucker aufgenommen. Der LBU identifiziert sich genau so wenig mit dem Inhalt des „Info-Bug“ wie die Drucker.

Der Außendruck bei der Fahndung nach den Schleyer-Entführern führte zu einem Handlungsweg, der in der Art und Weise der Prozeßführung eine Vorverurteilung der Drucker ergab. Dies machte allem Anschein nach es dem Gericht unmöglich, die Fehlentwicklung ein Ende zu bereiten und den Druckern einen Prozeß nach rechtsstaatlichen Grundsätzen zu machen. In seinem Urteil ließ das Gericht nach Auffassung des LBU das erforderliche Realitätsbewußtsein vermissen. Die Anwendung der Zensurparagrafen §§ 88a, 129a und 130a trifft nicht nur die Drucker, sondern alle Beteiligten an der kritischen Diskussion der bestehenden staatlichen Zustände. Das Urteil bestätigt nur die Notwendigkeit dieser kritischen Diskussion.

Der LBU wird weiterhin Kunde der Agit-Druckerei bleiben und die Agit-Drucker solidarisch unterstützen.

Gilbert Hermann
Robert Hermann
2 11 42 73

Grundordnung zu dienen. Das INFO habe hingegen weder der Information noch der Dokumentation gedient, vielmehr könne man davon ausgehen, daß auch durch das gedruckte Wort Gewalt gefördert werde. Im INFO veröffentlichte Erklärungen der Stadtguerilla seien durch denselben Geist gekennzeichnet, der auch nach Auschwitz geführt habe (!). Zwar könne man nicht beweisen, daß die Drucker das INFO während der Arbeit gelesen hätten, aber nachträglich bestimmt, da sie sich als undogmatische Linke verstünden und spätestens da hätten ihnen Zweifel kommen müssen. Auch eine Identifikation der Drucker mit dem Gedruckten sah das Gericht nicht unbedingt als gegeben an, mehrere Razzien bei AGIT hätten ihnen aber die Strafbarkeit ihres Tuns vor Augen führen müssen und ein „gewissenhafter Anwalt“ (!) hätte sie auch warnen müssen.

Die Strafen setzte das Gericht nicht zur Bewährung aus, weil die Drucker schon zu Anfang des Prozesses erklärt hatten, sie würden weiterdrucken — insofern sei keine Einsicht erkennbar. Auf den Vorwurf eines politischen Prozesses eingehend erklärte Richter Zelle zynisch: Wenn der § 88a als Maulkorbparagraph bezeichnet werde, könne er nur feststellen, daß ein solcher zwar am Beißen, nicht aber am Bellen hindere...

Nach dem Urteil kündigten die vier Drucker Revision an. Diese kann in Karlsruhe unter Umständen gleich als „offensichtlich unbegründet“ ohne nähere Erläuterung zurückgewiesen

werden, es kann aber auch eine 2. Verhandlung stattfinden, wozu man sagen muß, daß die Prozeßkosten jetzt schon annähernd 100.000 DM betragen! Das gegen die AGIT-Drucker ergangene Urteil kann weitgehende Folgen für die Presse- und Meinungsfreiheit in der BRD haben. Erstmals wurden Leute aufgrund des § 88a in Verbindung mit dem § 129a angeklagt und verurteilt. Schon vorhandene Tendenzen zur Selbstzensur werden sicher verstärkt und man erinnert sich wieder der Weimarer Zeit, wo auch Buchhändler oder Zeitungsträger wegen „staatsfeindlicher Bestrebungen“ (damals § 129) vor Gericht standen. Das Urteil im AGIT-Prozeß ist ein Präzedenzfall und wird sicher von der Justiz in diesem Sinne genutzt werden.

Erste Stellungnahmen zum Prozeß

Der Landesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz (LBU) gab eine Presseerklärung heraus, in der er das Urteil schärfstens kritisierte (siehe Abdruck). Der Verband deutscher Schriftsteller in der Drupe erklärte auf einer Pressekonferenz, er sehe seine von Beginn des Prozesses an bestehende Sorge voll gerechtfertigt, das Urteil stelle auch eine neue Qualität in der Berufsverbotepraxis dar. Schriftsteller Klaus Stiller fügte hinzu, eine Justiz, die nach dem Krieg wesentlich aus Nazi-Kadern aufgebaut worden sei, könne in einem solchen Verfahren gar nicht anders als parteilich sein. SSB/Westberlin

Ausweisung vorerst gestoppt

„Es ist nicht damit getan, daß unser Staat gewalttätige Ausländer strafrechtlich zur Verantwortung zieht, ... vielmehr hat er gegenüber der Bevölkerung die Pflicht, die gewalttätigen Ausländer schnell auszuweisen und zwar nicht nur fünf, oder zehn oder zwanzig, sondern mindestens Hunderte. Schnell — das geht durchaus. Die Ausweisungsverfügung kann für sofort vollziehbar erklärt werden: dann mögen die Gewalttäter ihre Prozesse durch die drei Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit aus dem Ausland führen, zum Beispiel aus der Türkei ... So, wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben: daß kriminelle Extremisten aus aller Welt bei uns zusammenströmen, sich organisieren, unsere Städte verwüsten, unsere Polizisten zu Krüppeln schlagen.“ Hatte die FAZ 2 Tage nach der Anti-Schah-Demonstration in Frankfurt in ihrem Kommentar noch exemplarisch vor Augen geführt, wie man sich am

gemacht werden konnten. In der offiziellen Begründung der Ausweisungsverfügung heißt es, daß Neville verdächtig sei, sich des Landfriedensbruches und der schweren Körperverletzung schuldig gemacht zu haben, als er an der Demo gegen das Schah-Regime am 25.11.78 in Frankfurt teilnahm. Dabei wurde er beschuldigt, der „Anführer der Jagd auf den Kriminaldirektor“ Panitz (FAZ 26.1.79) gewesen zu sein und diesem ein Bein gestellt zu haben.

Einmal abgesehen von klammheimlichen Gefühlen in dieser Sache, weiß man, wie „sorgfältig“ die Frankfurter Polizei in solchen Angelegenheiten „recherchiert“ (siehe die Fälle Ickler/Strecker oder E. Poengen). Vielleicht hatte der „sofortige Vollzug“ ja gerade den Sinn, der Justiz solche Peinlichkeiten zu ersparen, indem man Neville von vornherein die Möglichkeit nimmt, sich rechtlich

eine Ausweisung durchsetzen müsse“ („FR“, 6.2.79).

Solidarität mit Neville

In Frankfurt protestierte gleich nach Bekanntwerden der Ausweisungsverfügung der AstA der Uni. In einer Anzeige in der „FR“ protestierten ebenso über 40 Profs und Doktoren der Uni gegen die Ausweisung. Am 2.2. fand eine Veranstaltung des AstA zum Thema „Rassismus und deutsche Geschichte“ statt, zu der ca. 200 Menschen kamen. In Bielefeld, wo Neville immatrikuliert ist und seine Doktorarbeit einreichen will, haben inzwischen auch erste Solidaritätsaktionen stattgefunden. Wissenschaftler der Forschungsgruppe, in der Neville arbeitet, protestierten gegen die Ausweisung, der Ausländersprecher solidarisierte sich mit N. und forderte die sofortige Zurücknahme der Ausweisungsverfügung.

Der Bielefelder MSB-SHB-Juso-AstA konnte sich allerdings erst nach langem Zögern entschließen, überhaupt etwas zu unternehmen. Am 7.2. schickte er ein Telex an OB Wallmann. An den Sitzungen des Solidaritätskomitees, das sich inzwischen in Bielefeld gegründet hat, hat allerdings bisher kein AstA-Vertreter teilgenommen. Hintergrund dieser schlecht verhüllten Boykott-Haltung ist die seinerzeitige Weigerung des AstA, die Anti-Schah-Demonstration in Frankfurt zu unterstützen, weil dort „zum bewaffneten Kampf“ aufgerufen würde. Als Höhepunkt des Konflikts setzte sich der AstA über die Aufforderung eines teach-ins hinweg, die von Kriminalisierung und Ausweisung bedrohten Demonstranten materiell zu unterstützen.

Am 12.2. wurde nun vom Frankfurter Verwaltungsgericht festgestellt, „daß die Anordnung der sofortigen Vollziehung der Ausweisungsverfügung nicht rechtens war“ („FR“, 13.2.79).

Das Gericht erklärte, daß Neville durch sofortige Ausweisung „in seiner Rechtsverteidigung beeinträchtigt und insbesondere daran gehindert wird, im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren seine prozessualen Rechte wahrzunehmen“ („FAZ“, 13.2.79). Dies gelte umso mehr, da die gegen Neville gerichteten Vorwürfe „von den Strafverfolgungsbehörden noch nicht zu deren Überzeugung als erwiesen angesehen werden“ („FAZ“, 13.2.79). Neville kann also vorerst in der BRD bleiben. Ihm steht jetzt eine Klage wegen Landfriedensbruch und schwerer Körperverletzung beim Schnellrichter bevor. Immerhin ist die Abwehr der von der „FAZ“ geforderten radikalen Ausweisungswelle (s.o.) schon ein beträchtlicher Erfolg der Solidarität!

KB/Gruppe Frankfurt

Untersuchungsbericht über den Tod von Ulrike Meinhof vorgelegt

Die internationale Untersuchungskommission (IUK) über den Tod von Ulrike Meinhof hat auf einer Pressekonferenz am 31. Januar in Paris ihren Abschlußbericht vorgelegt. Dieser Bericht faßt systematisch alle Widersprüche über die Todesumstände von Ulrike Meinhof in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1976 zusammen und belegt damit nachdrücklich, daß die offizielle Version eines angeblichen „Selbstmordes“ absolut unglaubhaft ist. In ihrer Ermittlungsarbeit hat die IUK sich natürlich nicht auf staatliche Hilfe stützen können; im Gegenteil wurden ihren Untersuchungen wie überhaupt einer unabhängigen öffentlichen Aufklärung allerlei Hindernisse in den Weg gelegt, die ebenfalls in dem IUK-Bericht beschrieben und dokumentiert sind.

Der Bericht liegt im Französischen bereits als Buchausgabe vor (erschienen bei Maspero); eine Veröffentlichung seines vollen Wortlauts in deutscher Sprache wird voraussichtlich ab April erhältlich sein.

Im Folgenden zitieren wir einen längeren Auszug aus der Erklärung der IUK, die dem Bericht einleitend vorangestellt ist:

„Die Kommission stellt zusammenfassend fest, über welche Inhalte die Mitglieder Einigkeit hergestellt haben: — Ulrike Meinhof war mehrere Male und über lange Zeiträume Haftbedingungen unterworfen, die man gezwungen ist, als Folter zu bezeichnen. Es handelt sich um jene Art der Folter, die man soziale Isolation und sensorische Deprivation nennt. Ihr werden in der BRD üblicherweise zahlreiche politische und auch andere Strafgefangene unterworfen.“

— Die Behauptung der staatlichen Behörden, Ulrike Meinhof habe sich durch Erhängen selbst getötet, ist nicht bewiesen, und die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission legen den Schluß nahe, daß sich Ulrike Meinhof nicht selber erhängen konnte.

Die Ergebnisse der Untersuchungen legen vielmehr den Schluß nahe, daß Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte, und daß es beunruhigende Indizien gibt, die auf das Eingreifen eines Dritten im Zusammenhang mit diesem Tode hinweisen.

Die Kommission kann keine sichere Aussage über die Todesumstände von Ulrike Meinhof machen. Trotzdem ist jeder Verdacht gerechtfertigt angesichts der Tatsache, daß die Geheimdienste — neben dem Gefängnispersonal — Zugang hatten zu den Zellen des 7. Stocks, und zwar durch einen getrennten und geheimen Eingang.

Angesichts der hier vorgestellten Untersuchungsergebnisse der Kommission erweist es sich als dringend notwendig, daß eine internationale Untersuchungskommission gebildet wird, die die Todesfälle von Stammheim und Stadelheim untersucht.

Die Kommission dankt der Schwester von Ulrike Meinhof, die alle in ihrem Besitz befindlichen Materialien zur Verfügung gestellt hat, sowie allen Personen und Organisationen, die die Arbeit erleichtert haben, die sie unterstützt und zu ihrer Finanzierung beigetragen haben. Die Arbeit wurde ausschließlich aus Spenden finanziert und wäre ohne sie nicht möglich gewesen. Die Kommission dankt ebenso allen Personen und Organisationen, die für die Veröffentlichung des vorliegenden Berichtes gesorgt haben. Paris, den 15. Dezember 1978

Michelle Beauvillard, Rechtsanwältin, Paris; Claude Bourdet, Journalist, Paris; Georges Casalis, Theologe, Paris; Robert Davezies, Journalist, Paris; Joachim Israel, Professor der Soziologie, Kopenhagen; Panayotis Kanelakis, Rechtsanwalt, Athen; Henrik Kaufholz, Journalist, Aarhus [Dänemark]; John McGuffin, Schriftsteller, Belfast; Hans Joachim Meyer, Neuropsychiater, Mayen [BRD]; Jean-Pierre Vigier, Physiker, Paris.



Neville B.

besten der „extremistischen Gefahr“ durch Ausländer zu entledigen hat, blieb Oberbürgermeister (Kra)Wallmann 2 Monate nach den Ereignissen, Ende Januar, zum Handeln: der jamaicanische Student Neville P. erhielt von ihm die Ausweisungsverfügung und zwar mit „sofortiger Vollziehbarkeit“.

Nachdem der erste Versuch, einen Perser abzuschubsen, zunächst vom Verwaltungsgericht gestoppt worden war (wegen Gefahr für Leib und Leben im Iran), hatte man nun ein zweites Opfer gefunden, bei dem die gleichen Hindernisgründe in bezug auf seine Heimat nicht mehr geltend

gegen die ihm zur Last gelegten Vorwürfe zu verteidigen. Begründet wurde die „sofortige Vollziehbarkeit“ damit, daß „durch den weiteren Aufenthalt des Soziologen in Frankfurt wesentliche Belange der Bundesrepublik beeinträchtigt würden“ („FAZ“, 26.1.79). Am 5.2. reichte Neville beim Verwaltungsgericht Frankfurt einen Stopp Antrag ein, um die sofortige Vollziehung der Ausweisung außer Kraft zu setzen.

Sein Rechtsanwalt, Heinz Funke, erklärte darüber hinaus, „daß seitens des Frankfurter Ordnungsamts selbst zugestanden wurde, daß es „unter Druck gestanden“ habe und endlich



Pressekonferenz der Internationalen Untersuchungskommission über den Tod von Ulrike Meinhof am 31. Januar in Paris (v.l.n.r.: Michelle Beauvillard, Robert Davezies, Georges Casalis, Claude Bourdet)

Verfassungsschutz als Agent Provocateur — über die Hintergründe des Schmücker-Prozesses

Der Verfassungsschutz ist nach dem Gesetz „nur“ zur „Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen“ legitimiert. Daß der VS aber auch nicht davor zurückschreckt, Agenten als Provokateure in die Linke einzuschleusen, beweist der „Fall Schmücker“. Was sich im Zusammenhang mit diesem Fall abspielt, entwickelt sich immer deutlicher zu einem Skandal, der mehr Öffentlichkeit verlangt.

Seit April 78 läuft in Westberlin der Revisions-Prozeß gegen eine Wolfsburger Gruppe, der vorgeworfen wird, 1974 Ulrich Schmücker umgebracht zu haben. Die Urteile des ersten Prozesses (lebenslanglich für Ilse Jandt, acht Jahre für Wolfgang Weßlau, vier bis fünf Jahre für die übrigen Angeklagten) wurden vom Bundesgerichtshof aufgehoben, weil „das Berliner Gericht die Hintergründe der Mordnacht im Grunewald nicht so gründlich erforscht habe, wie dies die Strafprozeßordnung zwingend vorschreibt“ („Stern“, 2.11.78).

Ulrich Schmücker: Ein gescheiterter VS-Agent

Schmücker wurde 1972 wegen des Verdachts der „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ (Bewegung 2. Juni) festgenommen. „Unter dem Decknamen Peter Rühl suchte und fand ein Beamter des Berliner Landesamtes für Verfassungsschutz Kontakt zu dem Untersuchungshäftling Schmücker. Er warb ihn als Spitzel an“ („Stern“, ebenda). Um ihn möglichst bald als Agenten einsetzen zu können, stellte der VS sogar Überlegungen an, eine Flucht bei einer gerichtlichen Vernehmung zu organisieren (!), was dann aber wieder verworfen wurde („Spiegel“, 17.6.74).

Damit die Haftzeit Schmückers dennoch nicht unnötig lange werde, ließ der VS die Staatsanwaltschaft von seinen Aussagen gegenüber „Peter Rühl“ (in denen Schmücker auch sich selbst belastet hatte) nichts wissen: „Dem Rühl ging es mehr darum, die Sache justizmäßig nicht zu dick werden zu lassen, weil er mit dem Schmücker noch was anfangen wollte“ (Staatsanwalt Braun, nach „Stern“, ebenda). Erst nachdem der Mitangeklagte Sommerfeld vor dem BKA ausgesagt und auch Schmücker belastet hatte, bekam es dieser mit der Angst und plauderte nun auch vor dem Staatsanwalt. Schmücker wurde schließlich zu 30 Monaten Knast verurteilt; dieses Urteil war von vornherein ebenso abgesprochen, wie seine sofortige Freilassung nach der Urteilsverkündung, obwohl er noch nicht einmal ein Drittel seiner Strafe abgesessen hatte: „Dieser ganze Prozeß war eine Farce...“ (Schmückers Mutter, nach „Stern“, ebenda).

In Freiheit versuchte Schmücker wieder Anschluß an die linke Szene zu bekommen, nun im Auftrage des VS, zu dem er bis zu seinem Tod Kontakte unterhielt („Tagesspiegel“, 17.3.76). Von Götz Tilgener, einer sehr zwiespältigen Person, bekam er falsche Papiere. Er wurde aber bald in der Wohngemeinschaft, in die er eingezogen war, erkannt, und es sprach sich schnell herum, daß er Genossen im Knast belastet hatte („Stern“, ebenda).

Schmücker war jetzt völlig isoliert. Dennoch kündigte er dem VS am 31.5.74 „interessante Informationen“ an, er wolle eine „eigene Aktionsgruppe“ bilden, neue „Kontakte herstellen“ und auch Ilse Jandt kennenlernen („Tagesspiegel“, 17.3.76). Für den VS aber war Schmücker inzwischen unbrauchbar geworden, weil er enttarnt war und sich seine Vergangenheit herumgesprochen hatte.

Auch Schmücker selbst mußte natürlich, daß seine VS-Karriere eigentlich gescheitert war, und er bekam Angst: drei Tage vor seinem Tod bat er den VS um eine Waffe, weil er sich angeblich „bedroht fühlte“ („Spiegel“, 21.6.76). Diese Waffe wurde ihm allerdings verweigert. Warum? Sollte Schmücker sich in seiner Todesnacht vom 3.6.1974 vielleicht gar nicht wehren können...?

— Sicher ist, daß Schmücker für den VS nicht nur nutzlos, sondern auch gefährlich geworden war, da er einiges über die VS-Methoden gewußt haben wird.

— Vorstellbar ist zumindest, daß der VS befürchten mußte, Schmücker könne den Versuch unternehmen, sich in der Linken durch ein ausführliches Geständnis zu „rehabilitieren“.

— Einkalkulierbar war für den VS, daß ein Mord an dem Spitzel sich besonders gut eignen würde, den „Terrorismus“ noch mehr von der Linken zu isolieren. Dazu heißt es im „Stern“ sinnfällig offen: „Der Mord sollte Sympathisanten abschrecken“.

Am 3.6. traf sich Schmücker ein letztes Mal mit dem VS in einem Lokal. Etwa vier Stunden später wurde er von amerikanischen Soldaten sterbend aufgefunden. Sie entnahmen ihm einen verschlossenen Brief und legten diesen auf Schmückers Körper. „Wenige Minuten später traf die Berliner Polizei am Tatort ein — doch der Brief tauchte bis heute weder in den Ermittlungsakten noch im Prozeß jemals wieder auf“ („Stern“, ebenda). Über den Inhalt des Briefes und darüber, wer ihn weggenommen hat, läßt sich nur spekulieren.

Die politische Verantwortung für die Erschießung Schmückers reklamierte ein bis dahin unbekanntes „Kommando Schwarzer Juni im Auftrage der Bewegung 2. Juni“. Das „Kommando“ wollte mit dieser exemplarischen „Hinrichtung“ sich und andere „Befreiungsbewegungen vor Verrat in Zukunft schützen“ („Gewalt und Solidarität“, Wagenbach 1974). Allerdings ist heute kaum noch zu bezweifeln, daß der Tod Schmückers nicht nur irgendwie ins Konzept des VS paßte, sondern daß der VS sogar maßgeblich seine Finger dabei im Spiel hatte: über seinen Agenten Jürgen Bodeux.

dings allein aus Bodeux bestand! („Stern“, ebenda).

Anfang 1974 wurde gegen eine politische Gruppe um Robert Jarowoy und Wernfried Reimers wegen eines Raubmordes in Porz ermittelt. „Diesbezüglich wurden Kontakte unterhalten mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz“ („Stern“, ebenda). Der „Informant“ des VS war mit ziemlicher Sicherheit Jürgen Bodeux. Er kannte Jarowoy und Reimers gut und hatte später auch vor dem zuständigen Richter behauptet, die beiden hätten den Raubmord begangen. Seine Aussagen waren aber derart haltlos, daß das Verfahren eingestellt werden mußte („Stern“, ebenda). Nachgewiesen dagegen ist: „Da verschwand eine Spurensache über den Raubmord in Köln, bei dem Bodeux einst als Hauptverdächtiger galt“ („das da/AVANTI“, 1/79)!

Im Frühjahr des gleichen Jahres (74) war dann Wernfried Reimers für Bodeux nicht mehr ein Raubmörder, den man in den Knast bringen muß, sondern nun wieder ein Genosse, der zusammen mit Lothar Gend von Bodeux einen Auftrag erhalten sollte: wie sich im jetzigen Schmücker-Prozeß herausstellte, sollten Reimers und Gend den VS-Spitzel Norbert Behnke töten! Die beiden ließen sich aber nicht darauf ein, worauf Bodeux von ihnen wenigstens eine Waffe verlangte, damit er die Sache selbst erledigen könne. Die Waffe bekam er nicht. Norbert Behnke ist

Vater. Dieser hat aber inzwischen ausgesagt, daß es dieses Telefonat zwischen ihm und seinem Sohn nicht gegeben habe.

Bodeux machte zunächst nur der Staatsanwaltschaft „streng vertrauliche Angaben zum Schmücker-Mord und zu Kontakten aus der Vergangenheit“ („Stern“, ebenda). Warum nicht gleich vor dem Richter? Wahrscheinlich aus diesem Grund: „In Fällen, in denen eine Beteiligung des V-Mannes an einer Straftat nicht zu vermeiden ist“, soll der Staatsanwalt „das Vorliegen von Rechtfertigungsgründen oder Entschuldigungsgründen prüfen und auch frühzeitig prozeßtaktische Überlegungen anstellen“ können, heißt es in „Polizei aktuell“, Bd. 18, 1974 (zitiert nach Russell-Buch 5, S. 85).

Erst am 9. Oktober 1974 sagte Bodeux offiziell aus, woraufhin außer den heute im Schmücker-Prozeß Angeklagten gleich eine ganze Reihe von Leuten festgenommen wurden: so z.B. Brigitte Heinrich am 26.11.1974, aus deren Nahost-Reise Bodeux flugs eine „waffentechnische Ausbildung bei Palästinensern“ machte („Rote Fahne“, 19.3.1975). Er sorgte auch für die Verhaftung des Hamburger Rechtsanwaltes Reinhard, dem damaligen Anwalt der Wolfsburger Gruppe. Reinhard wurde bei der damaligen Großfahndung „Aktion Winterreise“ von den Verfolgungsbehörden und der Regime-Presse als der „große Fisch“ präsentiert. Nach Bodeux's

in der Mordsache Schmücker sei falsch“ („konkret“, 4/78). Neumann unterschrieb die von Bodeux verfaßte Erklärung, mit der nun die Staatsanwaltschaft versuchte, Elfferding vom Verfahren auszuschließen. Außerdem wurde ein Strafverfahren wegen versuchter Anstiftung zur Falschaussage eingeleitet. Bei dem folgenden Strafprozeß flog die ganze Lügengeschichte auf und selbst der Staatsanwalt Weber plädierte schließlich auf Freispruch, was ihn allerdings nicht daran hinderte, nach dem erfolgten Freispruch-Urteil trotzdem Berufung einzulegen. Damit verhinderte er ein sofortiges rechtskräftiges Urteil, in der Hoffnung, so Elfferding von dem Revisionsprozeß im Fall Schmücker doch noch heraushalten zu können. Doch das Ausschlußverfahren gegen Elfferding (welches unabhängig vom Strafverfahren lief) kam zu schnell: Er mußte für den Prozeß zugelassen werden.

„Auf die Frage, ob nun gegen den Belastungszeugen und gegen Bodeux vorgegangen werde, sagte er (der zuständige Staatsanwalt Weber): 'Ich sehe dafür keinen Grund.'“ („konkret“, ebenda).

Bodeux bekam im ersten Schmückerprozeß fünf Jahre Jugendstrafe, obwohl er zur Tatzeit fast 21 Jahre alt war, also durchaus als Erwachsener eine lebenslange Strafe hätte kriegen können. Er nahm sein Urteil an, was damit rechtskräftig war. Schon nach zweieinhalb Jahren wurde er auf freien Fuß gesetzt und lebt heute unter falschem Namen mit neuem Aussehen an einem unbekannten Ort.

In der jetzigen Revisionsverhandlung mußte Bodeux erneut als Kronzeuge auftreten, ebenso wie im genannten Reinhard-Prozeß in Hamburg. Wenn man es mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, ist es natürlich schwierig, bei zwei parallelen Prozessen Aussagen in der gleichen Sache zu machen, ohne sich zu widersprechen. So kam es denn auch, daß Bodeux auf Fragen in Hamburg genau das Gegenteil von dem antwortete, was er wenige Tage zuvor in Berlin ausgesagt hatte — je nachdem, wie es im Sinne der Anklage war (siehe dazu das Interview mit RA Reinhard im AK 144). Insofern war der Freispruch Reinhard's auch eine Voraussetzung für eine erneute Verurteilung im Schmücker-Prozeß, denn die Gerichte mußten sich wohl oder übel entscheiden, welche Version sie nun als die Wahrheit verkaufen wollen. Da hat für sie verständlicherweise die Verurteilung der angeblichen Schmücker-Mörder Vorrang.

Man kann sich sicher vorstellen, daß beim Schmücker-Verfahren Staatsanwaltschaft und Gericht sehr viel juristische Akrobatik beweisen mußten, um die Verstrickung des VS in die ganze Sache möglichst wenig zu berühren, auch um die Glaubwürdigkeit ihres Kronzeugen nicht ins Zwielicht geraten zu lassen. Gut gelungen ist ihnen das nicht. Anfang April wird es voraussichtlich zu einem Urteil kommen, das erwartungsgemäß kein Sensationsurteil (ein berechtigter Freispruch!) sein wird. Nach Prozeßende wird der AK über die Purzelbäume und Eiertänze des ganzen Schmückerverfahrens berichten.

Eine Warnung an die Linke

Im Russel-Buch 5 heißt es: „Seit Jahren operieren Sonderpolizisten als Agenten außerhalb der Legalität — im Untergrund. ... Sie verhalten sich wie Kriminelle, ihre Missionen werden geheim gehalten (sofern bestimmte Fälle aus Propagandazwecken nicht direkt von der Polizei veröffentlicht werden). Faktisch ist nicht zu kontrollieren, inwieweit sie selbst Verbrechen begehen, möglicherweise sogar zum Zwecke der Provokation.“ (S. 125) Wo wird dies deutlicher, als bei Jürgen Bodeux? Es ist das Verdienst der Verteidigung, die kriminelle Agenten-Tätigkeit von Bodeux aufgedeckt zu haben; der VS ist damit um einen Skandal reicher geworden, einen Skandal, der sicher eine neue Qualität darstellt, denn hier wurde nicht nur gespielt und denunziert, sondern offensichtlich eingeschleust und provoziert. Dieses Beispiel sollte alle Linken warnen. Es ist anzunehmen, daß der VS in Zukunft noch geschickter und noch dreister versuchen wird, die Linke mit allen Spielarten der Agenten-Tätigkeit zu bekämpfen.

Antirepressionskommission
KB/Westberlin



Ulrich Schmückers Leiche im Grunewald △



◁ Ulrich Schmücker

Provokateur und VS-Denunziant Bodeux ▷



Bodeux ist Kronzeuge im Schmückerprozeß. Mit der Glaubwürdigkeit seiner Aussagen steht und fällt die ganze Anklage, selbst wenn auch Götz Tilgener ausgesagt hat, er wisse, daß die Wolfsburger Gruppe die Tötung Schmückers geplant habe; diese vage und sehr zweifelhafte Aussage besagt nämlich nichts über die tatsächliche Ausführung der Tat (Tilgener hat 1975 Selbstmord verübt — warum ist bis heute unklar!). Es war deshalb für die Verteidigung der Angeklagten im Schmückerprozeß besonders wichtig, die Person Bodeux und seine Glaubwürdigkeit genauer zu untersuchen. Nach vielen Recherchen, die die Staatsanwaltschaft natürlich nie für notwendig gehalten hatte, ist es der Verteidigung im Prozeß gelungen, Bodeux immer deutlicher als Agent Provokateur zu enttarnen.

Bodeux: Ein Provokateur und Denunziant

Bodeux „hatte immer wieder versucht, linke Gruppen zu Gewalttaten bis hin zum Mord zu überreden“ („Stern“, ebenda). Wenig Glück hatte er allerdings bei dem Versuch, Knast-Gruppen zu illegalisieren: Die Rote Hilfe Bonn warf ihn raus, nachdem er mehrmals versucht hatte, sie zu Straftaten anzustiften. Bei seinem „Abschied“ klaterte er die Kasse der Gruppe. Vorher schon hatte ihn die Rote Hilfe Köln als Agent Provokateur ausgeschlossen. blieb ihm noch die „Schwarze Hilfe Porz“, die aller-

seither nicht wieder in Erscheinung getreten. Bezeichnenderweise ist gegen Bodeux bis heute noch kein Strafverfahren eingeleitet worden, wegen des Versuchs einer Anstiftung zum Mord...

Wenig später wurde Bodeux dann auf die Wolfsburger Gruppe angesetzt, wozu, wie gesagt, Ulrich Schmücker nicht mehr geeignet war. Bodeux vertrat damals „nachdrücklich die Auffassung, daß Schmücker nicht nur ein Verräter sei, sondern auch als Spitzel arbeite und Spitzel gehörten liquidiert“ („Stern“, ebenda). Nach eigenen Angaben besorgte er sich eine Pistole, gefälschte Autokennzeichen, KFZ-Papiere usw. Woher er diese Dinge hatte, ist natürlich nicht zu beweisen...

Am 4. Juni 1974 war Schmücker tot. Seit Ende Juni wurde Bodeux bundesweit als Täter gesucht. Das konnte ihn aber nicht daran hindern, Ilse Jandt dreimal im Knast zu besuchen! Er wurde dort zwar erkannt, und die Wolfsburger Kripo meldete dies dem VS, aber es geschah sonst nichts („Stern“, ebenda).

Ilse Jandt saß damals in Beugehaft, weil sie sich geweigert hatte, als Zeugin zum Fall Schmücker auszusagen. Nachdem sie aus dieser Beugehaft für kurze Zeit entlassen worden war, wurde sie zusammen mit Bodeux Ende August 1974 erneut verhaftet. Zehn Minuten vorher hatte Bodeux noch ein Telefongespräch geführt, nach eigenen Angaben mit seinem

Aussagen habe Reinhard die Tötung Schmückers gebilligt, seine Mandanten zu Falschaussagen überredet und Geld von angeblichen (nie nachgewiesenen) Raubzügen seiner Mandanten gefordert („Frankfurter Rundschau“, 9.12.74). Diese Vorwürfe waren derart aus der Luft gegriffen, daß die Anklage gegen Reinhard schließlich zusammenbrach und Reinhard Ende letzten Jahres freigesprochen werden mußte.

Um die Aufklärung der Zusammenarbeit zwischen VS und Bodeux hat sich insbesondere RA Elfferding bemüht. Verständlicherweise versuchten Bodeux und die Staatsanwaltschaft deshalb, Elfferding „unschädlich“ zu machen. Das wird besonders deutlich an folgendem Geschehen (nachzulesen in „Konkret“ 4/78):

Im Oktober 75 erzählte ein Detlef Neumann dem RA Elfferding, er habe Bodeux kürzlich im Knast kennengelernt. Elfferding fragte ihn darauf, ob er was von Bodeux's Verbindungen zum VS wisse. Im Juni kam Neumann dann wieder in den Knast. Er erzählte Bodeux von seinem Gespräch mit Elfferding, worauf Bodeux im Namen Neumanns eine „Eidesstattliche Versicherung“ verfaßte, in der behauptet wird, Elfferding habe Neumann zu einer Falschaussage anstiften wollen; danach habe Neumann als Zeuge im Schmücker-Prozeß sagen sollen, er wisse von Bodeux, „sein Geständnis

JVA Neumünster: Jugendliche Strafgefangene im Hungerstreik

Dieser Tage machte die JVA Neumünster, die zu 100% überbelegt ist (!), erneut Schlagzeilen: sozialpädagogische Mitarbeiter wurden gefeuert, jugendliche Strafgefangene traten in den Hungerstreik.

Zur Erinnerung: Bereits im August 1978 wurde der Leiter der sog. „Text-Werkstatt“ in der JVA Neumünster, der Sozialpädagoge Lothar Viehöfer, vom Justizministerium Schleswig-Holstein gefeuert; daraufhin wurde bekannt, daß Justizbeamte auf Weisung des Justizministers in der JVA Neumünster die Gift-Waffe „Chemical-Mace“ gegen jugendliche Strafgefangene einsetzten.

Gegen diese Art der „Modernisierung des Strafvollzugs“ sind am 31. Januar rund 30 jugendliche Strafgefangene für drei Tage in den

Flut von Bittschriften und Unterschriften gegen die Kündigungen im Justizministerium in Kiel offensichtlich in den Papierkorb gewandert ist.

Die Entlassungen

Anlaß des Hungerstreiks ist wie beschrieben die Kündigung der Arbeitsverträge zweier Sozialpraktikanten gewesen. Nachdem die beiden Sozialpraktikanten versucht hatten, die Öffentlichkeit von der Kündigung ihrer Arbeitsverträge in Kenntnis zu setzen, wurden sie kurzerhand „vom Dienst suspendiert“. Inzwischen hat das CDU-Justizministerium gegen sie „ermittelt“ (?), einen der beiden fristlos gefeuert und mit ihm einen dritten Sozialarbeiter, der sich mit ihnen solidarisiert hatte. Vorgeworfen wird ihnen „Aufruf zum Aufruhr“ („Kieler Nachrichten“, 12.2.79).

Gemeint ist damit offensichtlich ihre Teilnahme an Diskussionen jugendlicher Gefangener über die Möglichkeiten des Hungerstreiks! Mag die verantwortliche CDU-Justiz noch so sehr beteuern, „fehlende Haushaltsmittel“ seien die eigentlichen Gründe der Kündigungen gewesen — dagegen steht als schlagender Beweis, „daß noch vor wenigen Monaten genug Geld da war, um die Mauern der JVA mit Stacheldraht zu verzieren und andere aufwendige „Sicherheitskosmetik“ zu bezahlen.“ (aus dem Bericht eines jugendlichen Gefangenen, in: „Spökenkieker“, Kieler Initiativenzeitung, Februar '79)

Man denke auch noch einmal daran, was dem im August gefeuerten Pädagogen Viehöfer nachgesagt worden ist: „Staatssekretär Wetzel befürchtet, ... daß Viehöfer eine politische Aktion zur Veränderung des Justizvollzugs unter Benutzung jugendlicher Strafgefangener im Sinne haben könne.“ („Kieler Nachrichten“, 19.9.1978)

Wir geben dem jugendlichen Gefangenen Recht, der da schreibt: „Der Stacheldraht ... zeigt recht deutlich den Trend in der Behandlung von Strafgefangenen. Zu der allgemeinen Entwicklung der letzten Jahre passend, wird als „neuester Trend“ der alte „Abschreckungsvollzug“ von 1934 ganz leise wieder eingeführt.“ (aus: „Spökenkieker“) Und im Vorfeld wird — auch das hat Tradition — kräftig „gesäubert“.

KB/Gruppe Kiel

Hungerstreik

getreten. Sie erklärten dazu: „Wir, eine Gruppe von ca. 30 jugendlichen Gefangenen der JVA Neumünster protestieren mit einem dreitägigen befristeten Hungerstreik gegen die Zersetzung des Strafvollzugsgesetzes durch die Behörden, die für die Verwirklichung dieses Gesetzes sorgen sollen. Ausgelöst wurde dieser Protest durch die Entlassung von zwei Sozialarbeitern, die nach Ablauf ihres befristeten Arbeitsvertrages „aus Geldmangel“ nicht weiterbeschäftigt werden. ... Dies ist ein Schritt in Richtung „Schließfachvollzug“, den wir nicht untätig hinnehmen wollen. Zwei Sozialarbeiter für mehr als dreihundert jugendliche Strafgefangene sind zu wenig. Deshalb verbinden wir mit dem Protest folgende Forderungen: 1. Erweiterung der Planstellen für Sozialarbeiter; als Sofortmaßnahme die Weiterbeschäftigung der Sozialarbeiter Maier und Engler. 2. Erweiterung der Arbeitsmöglichkeiten freiwilliger Helfer im Strafvollzug bei der Gruppenbetreuung. 3. Bildung von verantwortlichen Gefangenen Selbsthilfegruppen. 4. Verbesserung des Informationsaustausches zwischen den Justizbehörden und den Gefangenen und auch zwischen den Gefangenen und der Öffentlichkeit. 5. Schaffung eines selbstverantworteten Mediums der Gefangeneninformation.“ (Resolution der Gefangenen)

Die Gefangenen entschieden sich für den Hungerstreik, nachdem eine

Klassenjustiz



Politische Verhöre Willkür Gesinnungsterror

SPD zieht die Bremse

Die (vorgebliche) „Liberalisierung“ der Berufsverbote nähert sich ihrem raschen Ende. Schon der erste Hamburger Testfall (Einstellung eines Disziplinarverfahrens gegen zwei DKP-Lehrer) traf auf den Widerstand einer starken Minderheit in der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Klose hat einen „Dämpfer“ bekommen und verspricht „Mäßigung“. So ist zwar seine „Glaubwürdigkeit gewahrt“, nur: mehr konnte er nicht raus-holen, der Wack-re...

Warum die SPD sich rund ein Dreivierteljahr so viel Mühe mit den Berufsverboten gegeben hat, hat Klose von Anfang an allen, die es hören wollten, deutlich zu verstehen gegeben: Es ging um die Integration der an der SPD (insbesondere ihrer Berufsverbotepraxis) irre gewordenen Wähler.

Hamburg hatte auf Grund des Wahlerfolges der BUNTEN LISTE ganz besondere Gründe für diesen Kurs. Deshalb (siehe auch AK 146) hat die Hamburger SPD auch am höchsten gepokert mit dem Klose-schen Sechsen-Punkte-Programm.

Es war abzusehen, daß man auf die Dauer kritisch gewordene Leute (sowohl in den eigenen Reihen als auch außerhalb) nicht nur mit Worten zufriedenstellen kann. Allerdings muß in diesem Zusammenhang noch einmal erwähnt werden, daß die monatliche Diskussion um die Berufsverbote (ohne praktische Folgen) bei Teilen der Jusos durchaus das Ergebnis hatte, sich bereits mit dem allerkleinsten Erfolg zufrieden zu geben (siehe Gerhard Schröder zu dem Beschluß des Bundeskabinetts).

„Wir Sozialdemokraten ihrer Funktion, sich immer wieder an die Spitze von Bewegungen zu setzen, um ihnen die Spitze zu nehmen, gerecht werden, konnte man in den letzten Wochen beispielhaft in Hamburg studieren. Nachdem man mit der rein verbalen Propaganda zu einem Abschluß gekommen war (Klose: „Die Kabinettsrichtlinien entsprechen voll und ganz unseren Absichten“), mußte man sich an die Taten machen. Sozusagen das Minimalste, was man überhaupt an Taten erwarten konnte, war die Aufhebung der Disziplinarverfahren gegen die beiden Lehrer Peter Gohl und Alfred Dreckmann (siehe AK 147). Doch bereits um diese beiden wurde eine wahre Horrorschau abgezogen: Völlig unüblich holten sich Grolle und Klose vor einer Senatsentscheidung die Zustimmung der gesamten SPD-Fraktion ein. Beinahe wäre das ins Auge gegangen; es stimmten nur 37 SPDler gegenüber 30 dem Vorschlag zu, die beiden Disziplinarverfahren einzustellen. Dieses Abstimmungsergebnis war natürlich hervorragend für Springer-Presse, CDU und SPD-Rechte geeignet, gegen die „linken Reformer“ in der SPD mobil zu machen.

Spekulationen, daß Klose und Grolle über diese Sache ihren Hut nehmen müßten, wurden freudig geschürt. Das Gerücht, Grolle selber habe seinen Rücktritt angeboten, falls die beiden DKP-Lehrer weiter mit einem Disziplinarverfahren überzogen würden, wurde hartnäckig verbreitet, obwohl Grolle selber es dementierte. Hinter der vorgehaltenen Hand wurde es am liebsten von linken Sozialdemokraten selber verbreitet, konnte man sich doch in der Illusion wiegen, mit Klose und Grolle habe man wirklich mal standfeste Sozialdemokraten. Doch wem glaubt, wird selig. Es dürfte wohl in der sozialdemokratischen Geschichte bisher nicht vorgekommen sein, daß Sozialdemokraten ihre Spitzenpositionen wegen der Rechte einiger lausiger Kommunisten aufs Spiel setzen.

Die Wirkung dieser Horrorschau war sicher nicht unbeabsichtigt. Das Hamburger Landeskomitee der „Initiative Weg mit den Berufsverboten“ schätzte dieses Ergebnis auf einer Veranstaltung am 7.2. insofern als Erfolg ein, als daß mit der Nieder-

schlagung dieser Disziplinarverfahren eine Verschärfung der Berufsverbotepraxis in Hamburg zurückgepflegt worden sei. Kein Wort hat das Landeskomitee darüber verloren, daß zeitgleich mit dem Senatsbeschluß zugunsten der beiden DKP-Lehrer der Lehrer Jürgen Dege vom Schuldienst suspendiert wurde und außerdem erwogen wurde, gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichtes Hamburg, mit dem die Behörde verpflichtet wurde, Ulrich Krantzsch ins Referendariat aufzunehmen, in die Berufung vors Bundesarbeitsgericht zu gehen.

Diese Einschätzung des Hamburger Landeskomitees dürfte einigermaßen repräsentativ für die Stimmung im linkssozialdemokratischen und DKP-Lager sein.

Betrachtet man die Sache nüchterner, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß Klose und dem Senat die Auseinandersetzung in der SPD-Fraktion sehr zupass kam. So hat Klose wenigstens in einem Fall „ein drohendes Berufsverbot abgewehrt“ und seine „Redlichkeit unter Beweis gestellt“. Was auch immer die Motive der (anfänglichen) Opposition von 30 SPD-Abgeordneten gewesen sein mögen, jedenfalls liefern sie Klose den willkommenen Vorwand, jetzt einigermaßen unbeschadet, d.h. mit Hinweis auf diesen Widerstand, den Rückzug anzutreten.

Wenn es bei diesen beiden skandalösesten Berufsverbotsfällen Hamburgs schon ein solches Theater gibt, ja wessen Berufsverbot soll denn

dann überhaupt noch aufgehoben werden?

Doch es ist leider eine traurige Tatsache, daß die SPD-Linke wie auch andere Teile der Berufsverbotebewegung teilweise so blind geworden sind, daß in Hamburg sich jetzt kein einziges Proteststimmchen mehr rührt, als ganz ohne Pauken und Trompeten der Hamburger Senat die Übernahme der Bonner Kabinettsrichtlinien beschloß. Offensichtlich fällt der linken Fraktion in der SPD überhaupt nicht mehr auf, daß dieser Kabinettsbeschluß mit all den schönen Juso-Träumen vom Herbst 78 reichlich aufräumt und von den Forderungen der Berufsverbotebewegung so ziemlich überhaupt nichts übrig läßt.

Der klägliche, wenn auch bombastisch in Szene gesetzte Versuch der Hamburger CDU, den Senat durch den Antrag auf Aufnahme der Disziplinarverfahren gegen Gohl und Dreckmann zu kippen und sich dabei der 30 Gegenstimmen aus der SPD-Fraktion zu bedienen, ist — wie nicht anders zu erwarten — an der Einheit der SPD gescheitert. Warum soll man sich denn auch auf die andere Seite schlagen, wenn man überzeugt worden ist, daß die beiden Lehrer nur die Alibis für die „Liberalisierung“ sind, ansonsten man aber völlig sicher sein kann, daß die Hamburger SPD den festen Willen hat (und diesen auch ungebrochen unter Beweis stellt), weiterhin Berufsverbote in Hamburg zu betreiben.

Berufsverbote-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Chemische Keule weiter umstritten

Das Schleswiger Verwaltungsgericht hatte den Einsatz der Chemischen Keule bei der 2. Demonstration gegen den Bau des AKW Brokdorf vollständig gerechtfertigt. Am 1.2.79 gab es nun eine erneute Landtagsdebatte um den Einsatz dieses gefährlichen Gases: der SPD-Abgeordnete Gert Börsen forderte das Kieler Justizministerium auf, es nur noch dann in Gefängnissen einzusetzen wenn dadurch der Gebrauch von Schußwaffen vermieden wer-

den könne. Demgegenüber forderte der FDP Abgeordnete Hadewig, die Keule solange nicht mehr einzusetzen, bis ihre Gefährlichkeit oder gefahrlose Anwendung bestätigt sei.

Die Anträge wurden von der CDU kurzerhand mit dem Urteil des Schleswiger Verwaltungsgerichts zurückgewiesen. Der Rechtsausschuß soll die Angelegenheit weiter beraten.

KB/Gruppe Flensburg

Frauen gegen die Auslieferung von Astrid Proll

32 prominente Frauen haben inzwischen eine Resolution der Uni-Frauengruppe Münster unterschrieben, in der das Justizministerium der BRD aufgefordert wird, das Auslieferungsbegehren gegen Astrid Proll zurückzunehmen und das Verfahren gegen sie endgültig einzustellen. In der Resolution heißt es u.a. wörtlich:

„Wir sind gegen eine Auslieferung, da das Leben von Astrid Proll in England nicht zerstört werden darf.“

Bei den Unterzeichnerinnen handelt es sich u.a. um Uta Ranke-Heinemann, Esther Dahan-Ulivel, Margarethe von Trotta, Frederike Frei, Alexandra Goy, Ingrid Lohstötter, Sarah Schumann, Gesine Strempel, Ulla Stöckel, Annelie Runge, Sarah Haffner, Inge Stolten, Elfriede Irrall, Peggy Parnass, Susanne von Paczensky, Dorothea Sölle, Helma Sanders und die Frauenzeitung „Courage“.

Die Resolution war Anfang Februar u.a. auch an die Deutsche Presseagentur geschickt worden.

In der „Münsterschen Zeitung“ erschien nun am 8.2. ein Kommentar, der der Hetz-Kampagne anlässlich der Schleyer-Entführung im Herbst 1977 in nichts nachsteht: Die Frauen werden als „Sympathisantinnen“ einer „Terroristin“ diffamiert: „...haben 32 Sympathisantinnen der Astrid

Proll aus Münster Justiz und Regierung aufgefordert, das Verfahren gegen die Terroristin einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Begründung: Astrids Leben in England dürfe nicht zerstört werden. Es kommen einem die Tränen, wenn man über soviel Gerechtigkeitsunsinn nachdenkt. Schließlich ist Astrid Proll ja nicht viel mehr vorzuwerfen als zwei Mordversuche.“

Das besonders Infame des Artikels besteht jedoch auch darin, Astrid Proll mit Nazi-Massenmördern in einen Topf zu werfen, indem Ralf-Richard Koerner, der Autor des „Kommentars“ in der „Münsterschen Zeitung“ schreibt: „Wie reimt sich das aber mit der gerade in diesen Tagen laut erhobenen Forderung, jede Verjährungsfrist bei Mord grundsätzlich aufzuheben? Wetten: die 32 sind auch hier ganz bei der Sache. Protagoras muß korrigiert werden: Der Mensch ist das zweierlei Maß aller Dinge.“

Die Uni-Frauengruppe Münster hat inzwischen von dem Redakteur in einem Flugblatt gefordert, seine Verleumdungen sofort zurückzunehmen.

AG Frauen
KB/Gruppe Hamburg



So ist's besser, gel? Schönen Gruß auch an den „vorwärts“...

CDU-Kampagne: Für die SPD gar nicht so schlecht

Noch im November letzten Jahres hatte der CSU-Landesgruppenvorsitzende Zimmermann den Kabinettsbeschluß der Koalitionsregierung zur Handhabung des Radikalerlasses mit den Worten kommentiert: „Mit dieser Darstellung kann auch die Opposition zufrieden sein“ (vgl. AK 142 S. 35). Mehrfach beteuerten CDU/CSU-Politiker (nach anfänglichem Gezeter) ihre Gesprächsbereitschaft, und CDU-regierte Länder „liberalisierten“ eifrig mit, so z.B. das Saarland, das die Regelanfrage eingrenzte (danach sollten nur noch die Bewerber überprüft werden, die die Behörde nach Prüfung aller anderen Kriterien tatsächlich einstellen will).

Inzwischen ist die CDU/CSU wohl zu der Auffassung gekommen, daß

mit der Linie der harten Konfrontation für sie mehr herauszuholen ist — eventuell ermutigt durch das Ergebnis und die publizistische Wirkung der Unterschriftensammlung der Hamburger CDU. Jedenfalls kontierte die CDU das weitgehende Entgegenkommen von SPD/FDP auf CDU-Positionen mit Forderungen nach noch schärferem Vorgehen. Auf der Parlamentsdebatte ließen es CDU-Politiker an markigen Worten nicht fehlen. Dregger meinte, die BRD sei in eine „permissive, eine sich dem Druck antidemokratischer Kräfte beugende Demokratie“ umgewandelt worden.

Fortsetzung nächste Seite

CDU-Kampagne:

Fortsetzung von Seite 22

Er forderte insbesondere die Beibehaltung der Regelanfrage und will die Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen“ Organisation allein schon als Ablehnungsgrund ausreichend sehen („FR“, 26.1.).

Der SPD ist das alles gar nicht so unrecht, hat sie doch dadurch eine viel bessere Möglichkeit, ihr liberales Image aufzupolieren, als wenn sie die neuen Richtlinien zur Einstellungspraxis in den öffentlichen Dienst mit der CDU/CSU gemeinsam ausgekelt hätte. Das Ergebnis wäre wahrscheinlich auch nicht viel anders gewesen.

Ausdrücklich wird nämlich immer wieder betont, daß die Bundesregierung auch weiterhin „entschlossen und uneingeschränkt das geltende Recht anwenden“ werde, um zu verhindern, „daß Personen in den öffentlichen Dienst gelangen, die die

freiheitlich demokratische Grundordnung ... bekämpfen“ („Vorwärts“, 25.1.79). Markige Sprüche – aber die SPD will ja schließlich auch in rechten Kreisen salonfähig bleiben.

Aber mindestens ebenso intensiv wird die Propagierung der neuen Richtlinien gegenüber dem linken Spektrum betrieben: „Zweifelloso ein Fortschritt“, jubelt Juso-Chef Gerhard Schröder, obwohl sich in der Berufsverbotepraxis bisher kaum etwas verändert hat. Der sozialdemokratische „Vorwärts“ schreibt, die neuen Grundsätze seien „nicht zuletzt ein Erfolg der jungen Generation“ und weiter: „Aber auch die Parteien der sozialliberalen Koalition können es sich zugute schreiben ...“ („Vorwärts“, 25.1.79).

Man sieht: Beim Reden um die neuen Grundsätze der Berufsverbotepraxis fällt für rechts und links etwas ab. Es ist klar, daß sich ein solcher Schwindel nur betreiben läßt auf der Basis, daß die Praxis im wesentlichen die gleiche bleibt.

Demonstration gegen Innenministerkonferenz

Am 2. Februar trafen sich in Bremen die Innenminister der Bundesländer, um vor allem über eine bundeseinheitliche Neuordnung der Berufsverbotepraxis zu beraten. Zwischen den Ministern und Senatoren herrschte ausdrücklich Einigkeit darin, „Extremisten aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten“ („Weser-Kurier“, 3.2.). Nach wie vor umstritten zwischen den SPD- und CDU-regierten Ländern ist lediglich das „Wie“, d.h. die Frage, wie man die Berufsverbotepraxis in der Öffentlichkeit am besten verkauft. Während die SPD-Minister die Grundsätze der Bundesregierung (Verzicht auf die Regelanfrage beim Verfassungsschutz) begrüßen, halten die CDU-Minister gerade die Regelanfrage für wichtig. Am Vorabend der Konferenz fand eine Demonstration gegen die Berufsverbote statt. An ihr beteiligten sich ca. 900 Menschen. Veranstalter

war das von der DKP beherrschte „Bremer Berufsverbote-Komitee“. Daß es nicht mehr Demonstranten waren, geht vor allem auf das Konto der gewohnten DKP-Parteiladenpolitik: Ohne vorher irgendeinen Versuch zu unternehmen, gerade zu diesem Thema eine Aktionseinheit zustande zu bringen, präsentierte das „Komitee“ aus heiterem Himmel einen eigenen Aufruf zur Demo. Darin wurde zwar am Rande auch die völlige Abschaffung des Radikalerlasses gefordert, praktisch jedoch nach bewährter Manier allein zur Solidarität mit dem vom Berufsverbot betroffenen Bremerhavener DKP-Lehrer Frank Behrens aufgerufen. Daß es gegenwärtig in Bremen – wie in der Vergangenheit – eine ganze Reihe von anstehenden Berufsverböten, vor allem wegen angeblicher KBW-Mitgliedschaft, gibt, erfuhren die Leser des Aufrufs nicht.

Durch dieses Vorgehen ausgedrückt worden war insbesondere der Ausbildungspersonalrat (APR) der Lehrerreferendare, der schon seit längerem eine Demo um diesen Zeitpunkt herum geplant hatte – mit Wissen und ursprünglicher Unterstützung der DKP.

Ein Versuch des APR, doch noch zu einer gemeinsamen, breit getragenen Demonstration zu kommen, scheiterte. Freilich war auch der von den Kollegen vorgeschlagene Aufruf völlig unakzeptabel (Tenor: Die Schlacht um die Berufsverbote: „ja oder nein“ steht unentschieden; die Chancen sind ausgezeichnet, wie der Streik der Stahlarbeiter zeigt; jetzt noch eine machtvolle Demonstration, und die Berufsverbote müssen „für null und nichtig erklärt werden“ ...).

KB/Gruppe Bremen

Kurzmeldungen

Freiburg. Über die Einstellung einer Studentin als Tutorin am Soziologischen Institut der Uni Freiburg wurde bisher noch immer nicht entschieden, da sich bei ihrer routinemäßigen Überprüfung durch das Innenministerium herausstellte, daß sie an „nicht in Einklang mit dem Universitätsgesetz stehenden Studentenratswahlen“ auf der MSB-Liste kandidiert hatte.

Neu daran ist, daß jetzt bereits die bloße Beteiligung an den Wahlen zum (nach dem Landeshochschulgesetz abgeschafften) AstA als Berufsverbotsgrund herhalten muß. Trotz breiter Proteste am Soziologischen Institut wurde bis jetzt über die Bewerbung nicht entschieden. Das Wintersemester läuft am 15.2. ab, bis dahin läßt man sich Zeit.

KB/Gruppe Freiburg

Berufsverboteverfahren laufen gegenwärtig bei der Post in Bremen noch gegen zwei weitere angebliche KBW-Mitglieder.

KB/Gruppe Bremen

Wie sich bei einer Auseinandersetzung zwischen SPD und FDP jetzt herausstellte, wird in Hessen trotz gegenteiliger Beteuerungen weiter die Regelanfrage bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst praktiziert. Die FDP machte dem Ministerpräsidenten Holger Börner (SPD) Vorwürfe, daß immer noch in der alten Weise verfahren werde, obwohl es in einer Koalitionsvereinbarung im Dezember 78 schon geheißen habe, daß „bei Einstellungsprüfungen von einer pauschalen Regelanfrage beim Verfassungsschutz abzusehen“ sei.

Bei der Kontroverse wurde bekannt, daß im letzten Jahr in Hessen insgesamt 18.547 Regelanfragen an den Verfassungsschutz gerichtet wurden, eine stattliche Zahl, die einiges über sozialliberale „Gründlichkeit“ offenbart! Hiervon waren 5.400 Lehrer-Anwärter betroffen, wovon wiederum 5 als Radikale gebrandmarkt wurden. Als Ergebnis der Auseinandersetzungen wurde bekannt, daß innerhalb von 14 Tagen neue Richtlinien für die Überprüfungspraxis im Kabinett vorliegen sollen („FR“, 10.2.).

Die FDP (ausgerechnet die hessische ...!) pocht nun darauf, daß es ihr Verdienst sei, sich für eine schnelle Aufhebung der alten Praxis eingesetzt zu haben. Was es mit der überraschenden Liberalisierungsfreudigkeit der hessischen FDP auf sich hat, zeigt der Vorschlag ihrer Landtagsfraktion, „in Zukunft jedwede Kandidaten einen Fragebogen zuzuschicken, in dem unter anderem nach der Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Parteien gefragt werden soll. Bleiben nach der Beantwortung dieses Fragebogens erhebliche Zweifel übrig, soll die Einzelanfrage beim Verfassungsschutz möglich sein“ (FR, 14.2.).

Zunächst mal ist dies natürlich ebenfalls eine pauschale Gesinnungsüberprüfung – also dem Wesen nach sozusagen „super-liberal“. Der fiese Trick dabei ist aber zusätzlich, daß derjenige, bei dem möglicherweise später „verfassungsfeindliche Aktivitäten“ entdeckt werden, ohne Umstände rausfliegt, da er seine Stelle „unter Zuhilfenahme unwahrer Angaben erschlichen“ hat. D.h. die rechtlichen Hürden, Beamte zu feuern, werden dadurch elegant genommen. Ein Vorschlag, der übrigens auch dem „Liberalitäts“-Verständnis des Koalitionspartners SPD und Ministerpräsidenten Börner geradezu auf den (sprichwörtlichen) Leib zugeschnitten sein dürfte.

Der Hauptbuchhalter beim Hauptpostamt in Marburg Peter K. ist seit 25 Jahren im öffentlichen Dienst. Am 7.2.79 mußte er sich einer Anhörung stellen, um Zweifel an seiner Verfassungstreue auszuräumen. K. ist parteilos. Bis 1976 war er Mitglied der SPD, aus der er dann ausgeschlossen wurde, weil er einen Aufruf gegen die SPD/CDU-Koalition in Marburg zusammen mit DKP'ern und anderen SPD'ern unterschrieben hatte. K. ist zur Zeit Mitglied des Ortsvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft und des Personalrates. Außerdem ist er Sprecher des Marburger „Komitees gegen Berufsverbote“.

K. wurde in seiner Anhörung befragt, warum er beim Eintritt in das Komitee geschrieben habe, der „fanatische Antikommunismus“ in der Bundesrepublik könne wieder zu autoritären Strukturen führen, und ob er die Bündnispolitik der DKP befürworte. Mit K. ist ein neuer Fall bekannt geworden, wo jemand aufgrund der Zusammenarbeit mit Kommunisten und wegen seiner konsequenten Haltung gegen Berufsverbote selbst vom Berufsverbot bedroht ist.

Berufsverbotekommission
KB/Gruppe Hamburg

Auf dem Europaparteitag der FDP in Aachen gab es einen Antrag auf „Fortfall des Radikalerlasses“ in der BRD, der freilich gleich zu Beginn fallengelassen wurde. Dafür setzt sich die FDP in ihrem Wahlauftrag für eine Angleichung der gesellschaftlichen Verhältnisse der EG-Staaten und für eine Durchsetzung des bundesrepublikanischen Rechtsstaatsverständnisses in der Gemeinschaft ein. Was auf das alte Ziel des „Modell Deutschland“ hinausläuft, die Berufsverbote zu exportieren. (nach „UZ“, 6.2.79).

Der Kreisverband Göttingen der GEW hat seine Kritik an den Berufsverböten bekräftigt. In einer Erklärung zum 7. Jahrestag des Ministerpräsidentenbeschlusses heißt es, man werde nicht nachlassen, „bis die verfassungswidrige Berufsverbotspraxis völlig abgeschafft ist und alle verfassungswidrigen Berufsverbotspraxis völlig abgeschafft ist und alle vom Berufsverbot Betroffenen eingestellt sind“ (nach „UZ“, 2.2.). Auch die britische Lehrergewerkschaft in Bristol äußerte sich „schockiert“ über die zunehmende Zahl von Berufsverbote-Opfern und warnte vor einer Entwicklung in der BRD „ähnlich der faschistischen Diktatur der 30er Jahre“ (ebenda).

Das „Alkmaars Comité tegen Berufsverbote“ wandte sich anlässlich der Berufsverbotekonferenz Ende Januar in Darmstadt (siehe AK 147) mit einem Flugblatt an die Bürger, um sie aufzufordern, „beizutragen, daß diese unruhliche Praxis so bald wie möglich beendet wird!“. Alkmaar ist die holländische Schwesterstadt von Darmstadt; das Comité erinnert daran, daß sogar das Stadtparlament in Sachen Berufsverbote schon bei seinen südhessischen Kollegen vorstellig geworden ist, ohne allerdings jemals eine Antwort erhalten zu haben.

In einer Gegendarstellung, abgedruckt in „konkret“ 2/79, widerspricht Jutta Kolkenbrock-Netz der in der vorherigen Ausgabe der Zeitschrift gegebenen Darstellung des Juso-Vorsitzenden Schröder, sie sei wegen ihrer Zeugenaussage als Berufsverbote-Opfer vor dem Russell-Tribunal aus der DKP ausgeschlossen worden. „Richtig ist, daß ich Mitglied der DKP bin“. Über Repressionen in der DKP gegen eine Unterstützung des Tribunals (die es sehr wohl gegeben hat!), äußert sie sich nicht.



Mit einem Info-Stand und einer Unterschriftensammlung informierte das Clausthaler Berufsverbotekomitee über den „Fall“ des Diplomchemikers Michael B.

Mit einem Info-Stand und einer Unterschriftensammlung informierte das Clausthaler Berufsverbotekomitee über den „Fall“ des Diplomchemikers Michael B.

Dem Diplomchemiker Michael B. wird eine Einstellung als wissenschaftlicher Angestellter an der TU Clausthal aus politischen Gründen verweigert.

Michael, der Ende 77 sein Diplom machte, arbeitete bereits seit dem 1.1.78 an einem Institut der TU als wissenschaftlich geprüfte Hilfskraft. Weil er von diesem Institut ab 1.11.78 als wissenschaftlicher Mitarbeiter eingestellt werden sollte, stellte der zuständige Professor Mitte August 78 den für eine derartige Stelle notwendigen politischen Überprüfungsantrag.

Am 31.10.78, einen Tag vor der geplanten Einstellung als wissenschaftlicher Angestellter, wurde der TU-Verwaltung auf Anfrage vom Kultusministerium mitgeteilt, daß eine Anstellung von Michael als wissenschaftlicher Mitarbeiter wegen „vorliegender Erkenntnisse“ z.Zt. nicht möglich sei. Eine daraufhin von Seiten des Instituts vorgesehene vorläufige Weiterbeschäftigung von Michael als wissenschaftlich geprüfte Hilfskraft wurde wenig später aus den gleichen Gründen ebenfalls abgelehnt; und dies, obwohl bisher in Niedersachsen wissenschaftlich geprüfte Hilfskräfte politisch nicht überprüft werden.

Ende Januar 79 erwirkte Michael vom Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung auf sofortige Einstellung bis zum Abschluß des Überprüfungsverfahrens, das jetzt seit über sechs Monaten (!) andauert, ohne daß Michael ein Anhörungstermin geschweige denn der Inhalt der „vorliegenden Erkenntnisse“ mitgeteilt wurde. Ausschließlich die lange Überprüfungsdauer war für die Vollstreckung der einstweiligen Verfügung maßgeblich.

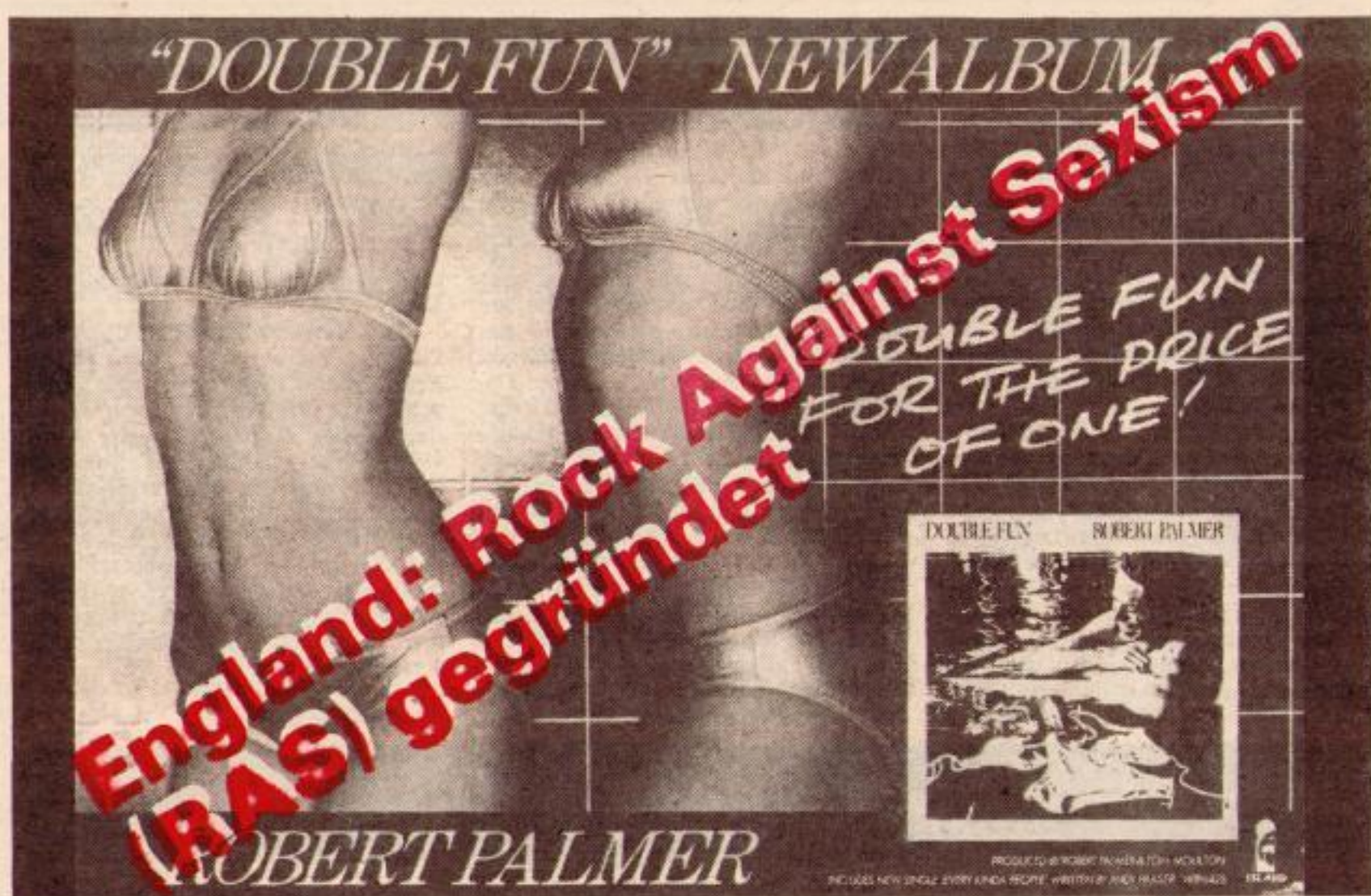
Die GEW, die Michael Rechtsschutz gewährt, betreut noch zwei ähnliche Fälle in Niedersachsen. Bei allen dreien handelt es sich um Wissenschaftler, die an einem zeitlich befristeten Forschungsprogramm arbeiten. Dauert die politische Überprüfung lange genug, dann kann getrost auf eine Anhörung verzichtet werden, weil der Betroffene für das befristete Projekt dann aus zeitlichen Gründen nicht mehr in Frage kommt: Berufsverbot auf kaltem Wege!

Gegen den konkreten Berufsverbotsfall in Clausthal hat sich ein relativ breites Bündnis gebildet, in dem AstA, ESG, Frauengruppe, alle politischen Hochschulgruppen (außer RCDS) und die Liste der wissenschaftlichen Mitarbeiter mitwirken. Dieses Bündnis informierte zunächst die Hochschulöffentlichkeit und veranstaltete dann Anfang Februar 79 eine Diskussionsveranstaltung, u.a. mit einem Vertreter der Landesassistentenkonferenz Niedersachsen, die sich ebenfalls mit Michael solidarisch erklärte.

Am 9.2.79 trat das Komitee an die Clausthaler Öffentlichkeit. Es wurde ein eigener Berufsverboteband beim Clausthaler Rodelfest aufgebaut, die Rodel wurden mit Berufsverbotsplakaten verschönert, Glühwein wurde verkauft und Unterschriften gesammelt. Bis heute liegen knapp 300 Unterschriften vor.

Von den Parteien wird Michael bisher lediglich von der GLU Niedersachsen unterstützt, in der er auch mitarbeitet. Die SPD Clausthal will eine kleine Anfrage im Landtag anregen (!).

Ein Genosse der Sozialistischen Basisgruppe an der TU Clausthal



Anzeigen aus „New Musical Express“

Hierüber berichtete am 20.1.79 der englische „Melody Maker“ in einem Artikel, der nachstehend wiedergegeben wird.

Vorweg kurz einiges, um die Rolle der Frau in der Rockmusik zu illustrieren.

In dem Maße, in dem man davon sprechen muß, daß der Rock (trotz aller Vermarktungsgeschichten) immer eine bzw. die Musik der Jugend war und ist, muß man auch davon reden, daß diese Musik immer eine „Domäne“ der Männer war und ist.

Die wesentliche Rolle der Frau in der Rockmusik reduziert sich auf die des vielbesungenen Objekts. Da, wo der Rock populär wurde, im Amerika der 50er Jahre, war Rock'n'Roll teilweise nichts anderes als ein Synonym für die musikalischen Geschichten über Sex und Autos. Wobei der Zusammenhang zwischen beiden Statussymbolen ziemlich banal darin bestand, daß, je größer, je schneller diese Autos waren, desto größer waren auch die Erfolgsaussichten, hiermit auch die entsprechenden Mädchen „aufreißen“ zu können. Treffend heißt es hierzu im „musik express“ (me) 4/77: „Die heilige Dreifaltigkeit: Schnelle Autos, Sex und Rock'n Roll“.

Daß zumindest das hiermit verbundene Frauenbild in der Rockmusik auch heutzutage nicht wesentlich anders aussieht, soll im folgenden verdeutlicht werden.

Der „Melody Maker“-Artikel über die Gründung von RAS wird eingeleitet mit dem Satz einer Frau, die 1972 über die Frauenfeindlichkeit der Rolling Stones und von Bob Dylan geschrieben hat. Um diese Aussage unterstreichen zu können, braucht man sich nur mal die '78-er Produktionen von beiden etwas genauer an- und anschauen. Um diese Aussage unterstreichen zu können, braucht man sich nur mal die '78-er Produktionen von beiden etwas genauer anzuhören. Wobei der neue Dylan auf „Street Legal“ mit der – musikalisch großartigen – Besetzung des Hausmütterchenseins, verglichen mit den Stones, noch als angenehm empfunden wird. Läßt das Cover von „Some Girls“ schon einiges erahnen, wie die Leute die Sache mit den „girls“ sehen, so bringt Mick Jagger das im Titelsong selbst sehr direkt auf den Punkt: „... Manche Mädchen sind korrupt ... Manche drehen mir Kinder an, obwohl ich sie doch bloß einmal gebumst habe ... Schwarze Mädchen wollen bloß die ganze Nacht hindurch gefickt werden, aber soviel Sperma hab ich doch gar nicht ...“ Tja, ein armes Schwein, der Jagger!

Ein weiteres, zum Glück extremes Beispiel sind die „Strangers“, eine in England sehr erfolgreiche sog. New Wave-Gruppe, die musikalisch ein bißchen (aber echt nur ein bißchen) bei den alten „Doors“ geklaut haben und auch schon als „Intellektuelle des Punk“ tituliert worden sind. Über diese Leute, die dieses Jahr immerhin zur sechstbesten Rockgruppe in England gewählt worden sind, schreibt der „me“ 8/77 u.a.: „Ganz früher hatten sie in 'Schoolman' eine Internatsleiterin verspottet, die sich zu Tode masturbierte ... das Leitmotiv all ihrer aktuellen Texte ist ein so brutal-männlicher Chauvinismus, daß man sich an den Kopf faßt, wenn man im Konzertpublikum reinweise begeistert schreiende und hüpfende Mädchen entdeckt ... Wohl selten zuvor hat eine Schallplatte so hinterhältige, zynische und sexistische Texte in die Spitzengruppe der Inselcharts transportiert wie 'Rattus Norvegicus'“ (die 1. LP der „Strangers“, d. Verf.). Nach Kostproben braucht man nicht lange zu suchen: „Someday I'm gonna smack your

face! Beat you, honey, till you drop“ heißt es gleich im ersten Song. Und was die vier von Emanzipation halten: „Look over there! Is she trying to get out of that (gemeint ist natürlich ein Kleidungsstück)! Liberation for Women, that's what I preach Preacher Man.“ Und wenn so ein zynischer Männlichkeitsmissionar ein geeignetes Lustobjekt gesichtet hat („She's the queen of the street! what a piece of meat“), dann wird nicht lange gefackelt: „I was here! She was there! We did the only thing possible ...“

Angeichts der Frauenverachtung, die aus dem oben Angeführten spricht, kann man sich an drei Fingern abzählen, daß die jetzt gestartete Initiative der englischen Genossinnen und Genossen sich zum einen nicht über Beschäftigung zu beklagen braucht und zum anderen bitter not tut.

Dem traditionellen Frauenbild, welches auch in Rocktexten allzu oft beschworen wird, entspricht auf der anderen Seite die Tatsache, daß die Frauen als Künstlerinnen und Musikerinnen selbst kaum eine Rolle spielen (Ich glaube, daß in der Rockmusik, was eine stärkere Vertretung von Frauen anbelangt, nur der Soul eine gewisse Ausnahme darstellt, d. h. hier hat es eine ganze Reihe hervorragender Solistinnen und auch viele starke Frauengruppen gegeben).

So gibt es erstmal, gemessen an der Zahl der Männer, kaum Frauen im Rockgeschäft und verglichen mit den männlichen Bands kaum Frauenrockgruppen. Zur Veranschaulichung: Unter den 20 besten Rockgruppen des Jahres 1978, die die führende englische Musikzeitschrift „New Musical Express“ auch dieses Jahr in einem Leserwettbewerb ermittelt ließ, befanden sich ganze 2 (!) Frauen, englische Musikzeitschrift „New Musical Express“ auch dieses Jahr in einem Leserwettbewerb ermittelt ließ, befanden sich ganze 2 (!) Frauen, und zwar jeweils als Sängerin in einer Männergruppe.

Insgesamt verhält es sich so, daß da, wo Frauen Mitglieder von Rockgruppen sind, sie auch in der Regel die einzigen Frauen unter 3-4 Männern sind. Wobei sie dann auch fast ausschließlich als Sängerinnen den optischen Mittelpunkt der Gruppen bilden.

Auf die Frage, warum sie mit Männern zusammenspielt, sagte Nina („unbeschreiblich weiblich“) Hagen: „... weil ich für meine vibrale, meine artistische Stimme mit guten Musikern zusammenarbeiten muß. Und in dieser Männerwelt gibt es seit Jahrhunderten nur gute Musiker unter Männern ...“ („sounds“, 11/78).

Grundsätzlich muß man wohl davon ausgehen, daß für die Frauen im Rock ziemlich viel da ist, was sie zwingt, um Erfolg haben zu können, um überhaupt anerkannt zu werden, ihr „Frausein marktgerecht einzubringen“ oder, wie es im „me“ 12/77 heißt: „Sex, in welcher Form auch immer, erscheint den meisten eben noch als das nächstliegende Mittel, Frauen im Rockbusiness zu verkaufen“.

Hier kann Tina Turner sicherlich als bekanntes und markantes Beispiel gelten, wie die Musik gerade über den (weiblichen) Körper „an den Mann gebracht“ wird.

Eine sog. New-Wave-Gruppe wie „Blondie“ aus New York, steht und fällt mit der Rolle des „Schulmädchenpöbel“, die die Leadsängerin Deborah Harrys hierbei spielt. Daß sie das wohl ganz überzeugend bringt, legt zumindest das folgende Zitat aus dem „me“ 9/77 nahe: „Daß sich die Musik von Blondie auch über ihre sexuelle Ausstrahlung verkauft, weiß Debbie sehr genau. Und es stört sie nicht, wenn im Publikum Leute sitz-

en, die geil sind auf Amerikas schärfste Rock-Rotznase, und nicht auf den schärfsten Rotznasen-Rock. 'Was immer die Typen in mir sehen – ich akzeptiere es!' sagt sie“.

Dieselbe Zeitschrift berichtete im Februar letzten Jahres über die „Runaways“, eine vierköpfige Mädchenband aus Los Angeles. Sie sind eine der seltenen reinen Mädchenrockgruppen. Musikalisch bringen sie Teeniesachen so in Richtung Hardrock und gelten auch als relativ erfolgreich. Interessant hierbei ist die Entstehungsgeschichte dieser Frauenrockgruppe. Die Idee dazu hatte Kim Fowley, „ein ewig verrückter, zorniger junger Mann ...“, und was er dazu brauchte, war „eine Mädchenband, die jung, hübsch, sexy ...“ sein sollte.

Über Linda Ronstadt, angeblich Amerikas „First Lady“ in Sachen Rock, heißt es, und wohl auch nicht zufällig: „In wenigen Jahren hat sich die ehemalige Provinznudel Linda Ronstadt zum internationalen Topstar gemausert – mit Hilfe ihrer tiefen Countrykehle, ihrer erotischen Ausstrahlung und einer Menge guter Songs von anderen Leuten ...“ („me“ 9/78).

Gewisse Ausnahmen in diesem ganzen Geschäft bilden Frauen wie Joni Mitchell, Joan Armatrading oder auch die bei uns kaum bekannte Amerikanerin Bonnie Raitt („... womöglich das einzige Mädel der Welt, das den Herren der Schöpfung zeigen kann, wie man eine Bottleneck-Gitarre spielt ...“), und sicherlich auch noch eine Reihe anderer Frauen, welche aber, wie gesagt, die Ausnahme darstellen. Frauen, die es geschafft haben, mehr oder minder „rein“ als Musikerinnen und Künstlerinnen akzeptiert zu werden.

Das oben Ausgeführte kann und läßt sich auch mit der Akzeptanz von Musikerinnen und Künstlerinnen akzeptiert zu werden.

Das oben Ausgeführte kann und soll nicht mehr sein als ein Beitrag, die Rolle der Frau in der Rockmusik zu problematisieren und eine Unterstützung dafür, eben auch über diese Fragen verstärkt zu diskutieren, um bewußter gegen diese frauenfeindlichen Tendenzen Front zu machen. Dieses gerade eingedenk des Einflusses, den die Rockmusik vor allem unter Jugendlichen hat.

In diesem Sinn sollte auch der nachfolgende Artikel, über interessante Informationen hinaus, vielleicht einige Anregungen für die Diskussion hierzulande liefern.

Ein Kieler Genosse

SOME GIRLS WON'T TAKE...

(aus Melody Maker, 20.1.1979)

In „Woman's Consciousness, Man's World“ schrieb Sheila Rowbotham: „Die Stones und Bob Dylan waren öfters bewußt widerlich. Ihre Musik zog mich an, und bedrohte mich gleichzeitig. Es ist schön, allerdings auf meine Kosten, und die Art und Weise wie sie denken, geht mir ab.“ Das war 1972.

Die Zeiten haben sich nicht geändert. Bei einem Auftritt für RAR (RAR = ROCK AGAINST RACISM) im letzten Jahr mögen die Fabulous Poodles vielleicht gegen Rassismus gespielt haben, aber sie haben die Frauen während ihres ganzen Auftritts beleidigt. Sieh dir die meisten Plattenumschläge an, die meisten Platten tragen dazu bei. Ist das nicht sexistisch?

Es ist genug geredet worden, ohne daß was passiert ist – die Zeit für Rock gegen Sexismus ist längst über-

fällig. RAS ist eine neue Kampagne, die direkte Schritte gegen den Sexismus in der Rockmusik unternehmen will, wie auch in der Industrie im Ganzen. Es hat bereits in Universitäten, unter Schülern und in Frauengruppen angefangen.

RAS begann im November, als eine Gruppe von Frauen des Goldsmith College und Frauen der nationalen Studentenvereinigung sich getroffen haben, um das ganze Problem der Engagierung sexistischer Bands für College-Auftritte zu diskutieren: „Es hat eine Menge Aufregung in der Uni-Politik gegeben, und wir merken, daß es Zeit wurde, diesen Zustand zu diskutieren und was Positives zu machen.“ Ausgehend von dem ersten, örtlich begrenzten Treffen wurde die Idee von Rock gegen Sexismus begründet.

Während Rock gegen Rassismus unfraglich einen triumphalen Feldzug durchgeführt hat, haben sie jedoch zugegeben, daß sie nicht die zusätzlichen Kräfte haben, um sich auf den direkten Kampf gegen Sexismus im Rock zu konzentrieren. So haben die Frauen klar gemacht, daß dieser Kampf von ihnen selbst geführt werden muß. Zwei Monate nach dem ersten Treffen ist RAS zu einem aktiven Unternehmen geworden.

Ohne weiteres unterstützt RAR Rock gegen Sexismus, und es gibt auch schon einen Informationsaustausch zwischen den Gruppen; eine Gruppe von SKAN (Schoolkids Against The Nazis) aus Süd-London hat Tom Robinson geschrieben, und er hat gerade seine persönliche Unterstützung für Rock gegen Sexismus gegeben. – „Wenn ich auch als ein Mann öfters mich selbst so verhalte, oft auch unbewußt“. Briefe sind jetzt ausanfragen von Singles, wir X-Ray geben. – „Wenn ich auch als ein Mann öfters mich selbst so verhalte, oft auch unbewußt“. Briefe sind jetzt rausgegangen an Gruppen wie X-Ray Spex, Frauenbands und Gruppen außerhalb Londons, um Unterstützung zu bitten.

Letzte Woche, auf dem zweiten Treffen von RAS, war die Stimmung optimistisch. Die Frauen – und Männer – die sich bereits engagiert haben,

sehen die Arbeit von RAS auf zwei Ebenen: Eine innerhalb der Frauenbewegung (Frauen zu ermutigen, Musik zu machen, Frauen-Workshops aufzubauen, die Frage von Sexismus in der Musik in breiteren Kreisen zu diskutieren), aber hauptsächlich sehen sie ihre Kampagne aufbauend auf den Grundlagen von RAR: „Den enormen Einfluß der Rockmusik auf uns alle zu sehen und die ganze Idee des Sexismus bei den Zuhörern zu problematisieren. Ein Unternehmen, das die Leute mit einbezieht und welches die Männer nicht ausschließt.“

Eine Frau von RAR sagte, daß in Anbetracht solcher Ereignisse wie mit den Fab Poodles, RAR gerade einen neuen Vertrag für die Gruppen, die auftreten, eingeführt hat, der so was ähnliches wie eine „anti-sexistische“ Klausel enthält: „Die örtlichen RAR-Organisatoren gehen zwar enthusiastisch an ihre Arbeit, aber einige haben sich über den Sexismus noch keine sorgfältigen Gedanken gemacht. Dieser Vertrag gibt ihnen aber was Positives, um die Sache zu erörtern.“ Mittlerweile sind Rock gegen Sexismus-Abzeichen, Poster und auch ein Bulletin fertiggestellt worden und die Initiative plant ihre erste größere Veranstaltung für Ende März in London.

Natürlich ist es schwieriger, eine Kampagne gegen Sexismus als gegen Rassismus durchzuführen. Die Grenzen sind hierbei nicht so klar gezogen. „Black And White – Unite And Fight“, das ist einfach und wirksam – entweder du bist dafür oder du bist dagegen. RAS ist sich im Klaren, daß ihre Initiative umfassendere Aufgaben mit sich bringen wird. Aber wenn du die Nase voll davon hast, dich über Sexismus im Rock aufzuheben, ohne in der Lage zu sein, was dagegen zu machen, dann sollte Rock gegen Sexismus Deine Unterstützung bekommen. – Penny Valentine.

Kontaktadresse:
RAS c/o 121 Grandison Road,
London S.W. 11

IKA Zeitschrift für internationalen Kultur- und Kunstaustausch

Heft Nr. 12 (Dezember 1978)

ARS ARABICA – zu einer Ausstellung und Diskussion des Bundes arabischer Künstler in der BRD und West Berlin. Interview mit dem syrischen Maler Burhan Karkutli. Arabi, der Unterdrückte. Kurzgeschichte aus dem besetzten Palästina. 30 Jahre Palästinafrage im Film. Die iranische Volkskultur SP. Neue türkische Literatur in deutscher Sprache. Eritrea 1978 – Fotoreportage von einem Besuch bei der EPLF. Noch eine Diktatur im lateinamerikanischen Roman – „Te dio miedo la sangre“ von Sergio Ramirez. Sandino, der General der Freien – cubanischer Kindercomic zur Geschichte der Sandinistischen Befreiungsfront Nicaraguas. Geschichte der deutsch-chilenischen Beziehungen (Teil II). Die baskische Musikgruppe Oskorri auf Tournee in der BRD.

Einzelpreis DM 3.00. Abonnement (4 Nummern) 10. DM. (+ Versandkosten)
Bestellungen: VIK Literaturvertrieb, Schwarzwasser 16, 62 Wiesbaden

IKA Zeitschrift für internationalen Kultur- und Kunstaustausch

Diskussion: Linke und Sadomasochismus

Wir setzen hier die in AK 141 und 143 begonnene Diskussion um schwulen Sadomasochismus (S/M) und die „Leder-Szene“ fort, nachdem wir entsprechende Recherchen in den betreffenden Szenen durchführten und fortschrittliche Literatur zu diesem Thema durchgegangen sind. Um zunächst eines klar zu stellen: S/M ist keine schwule Spezialität, sondern vielmehr eine Form der Sexualität, die ebenso unter heterosexuellen Frauen und Männern vorkommt. Wenn diese Form der Sexualität vor allem in ihrer homosexuellen Erscheinung diskutiert wird, dann hat das seine gesellschaftlichen Ursachen. Es ist nämlich kein Zufall, daß S/M, Päderastie, Fetischismus etc. weniger unter Heterosexuellen „öffentlich“ wird, (obwohl es rein zahlenmäßig viel mehr „Normale“ gibt, die jene Formen der Sexualität praktizieren), als unter Schwulen. Der Grund liegt in der besonderen Unterdrückung der Homosexualität und dem Entstehen einer Schwulenbewegung. Der Slogan der Schwulenbewegung: „Mach Dein Schwulsein öffentlich!“ führt nicht nur dazu, daß

sich immer mehr Schwule zu ihrer Form der Sexualität bekennen, sondern auch dazu, daß sich auf homosexueller Seite jene Formen der Sexualität öffentlich machen, die auch unter Heteros auftreten, hier jedoch weitgehend in der Prostitution ausgelebt werden.

Das vorliegende Material soll dazu dienen, Informationen für eine vorurteilsfreie Diskussion über diese Sex-Form zu liefern, denn wir sind der Meinung, daß sexuelle Aufklärung immer noch eine bessere Waffe im Kampf gegen Vorurteile ist, als schamvolles Verschweigen. Eine Distanzierung von sogenannten „Abnormalitäten“ bedeutet konsequenterweise eine Einführung der herrschenden „Diktatur der Normalität“ (homosexuelle Version) in die Schwulenbewegung. Weitere Beiträge zu diesem Thema folgen im nächsten AK.

AG Schwule im KB

Schwule Identität, „Harter Mann“ und Schwulenbewegung

Auf dem „Herbsttreffen der rheinisch-westfälischen Schwulengruppen in Köln“ wurde zum ersten Mal über die „Bedeutung von (Leder-)Fetischismus und Sadomasochismus (S/M) im schwulen Alltag“ diskutiert. Ein Genosse aus Münster schrieb dazu in AK 141: „Das Thema Ledersex und S/M war in der Schwulenbewegung bislang weitgehend tabuisiert. Von den anwesenden Bewegungsschwulen und Einzelpersonen aus der Leder- und S/M-Szene wurde es deshalb zunächst einmal als sehr wichtig empfunden, tief-sitzende wechselseitige Vorurteile abzubauen“. Dem bearbeitenden AK-Redakteur schien es in einer Anmerkung: „verfehlt, Lederschwule und Liebhaber sadistischer Sexualpraktiken auf eine Stufe mit anderen Homosexuellen zu stellen und die Bildung einer gemeinsamen Kampf-front zu fordern, wie es der Genosse aus Münster anscheinend tut“.

Wir wollen in diesem Artikel grundsätzlich auf die Frage der „Tabuisierung“ und Ausgrenzung von Schwulen aus der Bewegung eingehen.

„Diktatur der Normalität“: Schwule Version?

Viele Schwule vertreten die Auffassung, daß sie genauso „normal“ sind wie etwa der kleinbürgerliche Mittelstand, an dem sich der Durchschnittsschwule orientiert und dessen Werte er übernimmt. Tunten, Päderasten, Lederschwule, S/M-ler, Fetischisten – von alledem, was dem

starkende Schwulenbewegung wird von Seiten ihrer Gegner immer wieder Kampagnen ausgesetzt sein, die versuchen, alle Schwulen als „krank und pervers“ darzustellen.

Eine Distanzierung von sogenannten „Abnormalitäten“, um die eigene Haut zu retten, bedeutet konsequenterweise die Einführung der herrschenden „Diktatur der Normalität“ – homosexuelle Version – in die Schwulenbewegung.

Es ist in der Schwulenbewegung heute leider eine Tatsache, daß massive Vorurteile zwischen den einzelnen homosexuellen Erscheinungsformen bestehen. Der etwa 1973/74 entstandene Konflikt zwischen „Tunten“ und „Kerlen“ (heute eher „Macker“ genannt) reproduziert sich immer neu.

Schwule Identität: Was bin ich?

Da wird ein Schwuler aus der Bewegung, der es wagt, in die Leder- und Jeans-Szene zu gehen, von „Bewegungsschwulern“ als Faschist beschimpft, wird ein anderer Schwuler als Macker beifert, weil er in einer erregten Diskussion seine Meinung mit lauter (womöglich noch männlich-tiefer) Stimme vorbringt und zur Bekräftigung seiner Worte auf den Tisch klopft. Da werden Schwule in Aktionsgruppen lächerlich gemacht, weil sie es wagen, eine Lederjacke zu tragen und damit angeblich das „harte Männerbild“ propagieren. Hinter diesen Auseinandersetzungen steht der Konflikt um die „schwule Identität“.

die bloß im Körper eines Mannes steckt oder bin ich was, was es gar nicht gibt, also einmalig? (Die Schwulenbewegung der Weimarer Republik konstruierte einfach ein „3. Geschlecht“ um eine Antwort auf jene Fragen zu erhalten).

Dieser Konflikt führt zu einer ständigen Auseinandersetzung mit der eigenen Identität und der heterosexuellen Umwelt, die Homosexualität schärfstens diskriminiert. Um dieser Diskriminierung und Unterdrückung zu entgehen, sind Schwule gezwungen, sich oberflächlich den bestehenden Rollenklischees anzupassen. Das schafft jeder Schwule so, wie er es individuell am besten kann. Kleidung und Image spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Zwar löst jeder Schwule jenen Konflikt individuell; generell lassen sich jedoch einige Jahre nach dem „Coming out“ drei Arten von Konfliktlösungen unterscheiden, die sich etwa an folgendem äußeren Erscheinungsbild festmachen lassen:

1. Schwule, die sich an dem Männerbild orientieren, das (um ein für jedermann/frau nachvollziehbares Beispiel zu wählen) von Zigaretten-Reklamen a la Marlborough und Camel dargestellt wird. Auch die Parfum-Marke „Irish Moos“ ist hier einzuordnen: Einsamer Mann mit Schäferhund in der Wildnis. Gesamt-Image: Abenteuer, Einsamkeit (Lonesome Cowboy), Kraft, Mut, „Duft von Freiheit und Abenteuer“, „Rechtiger Mann“ mit „richtigem Männerberuf“: Holzfäller, Bauarbeiter, LKW-Fahrer usw.

men werden. Eine Tunte ist stets der andere, nämlich derjenige, der im Moment, wo ihn der eine als solche wahrnimmt, die Norm stärker verletzt als dieser. Anders ausgedrückt: Je stärker die Identifizierung eines Homosexuellen mit den Männlichkeitsidealen und Rollennormen seiner Gesellschaft, desto größer ist die Zahl der Tunten in seinem Kopf“ (Der gewöhnliche Homosexuelle, S. 354).

In dieser Hack-Ordnung drückt sich der Wunsch von Homosexuellen nach gesellschaftlicher Anerkennung aus: Die Tunte beschmutzt dabei das eigene Nest – also weg mit ihr, sie schadet „unserem“ Ansehen! Mit dieser Ideologie pinkeln sich Schwule selbst ans Bein, denn die, die sich heute noch als gut angepaßt wähen (z.B. auf dem Arbeitsplatz), sind morgen die Tunten, denn es versteht sich, daß die herrschenden Geschlechterrollen und alles, was damit verbunden ist, zeitlichen Wandlungen unterliegen: Das Männerbild im Faschismus ist ein anderes als im „Liberalismus“, und heute sind Tendenzen festzustellen, die Geschlechterrollen wieder stärker zu differenzieren, d.h. das „typisch“ Weibliche und das „typisch“ Männliche werden ebenso wie die reaktionäre Familienideologie wieder stärker propagiert.

Vor dem Hintergrund der fortbestehenden Diskriminierung der Homosexualität und der Homosexuellen wird es als Folge dieser Änderungsvorgänge im Klassenstaat/Klassengesellschaft auch wieder zu Anpassungsvorgängen an die bestehenden Rol-

lenzene vorwiegend um diese MSCs organisiert. In den letzten Jahren ist die gesamte organisierte Lederszene und deren Sympathisanten, mehr an die Öffentlichkeit gekommen. Überall auf der Welt finden internationale Ledertreffen statt, die die Funktion haben, die Mitglieder dieser Szene untereinander bekannt zu machen, was bei einer derartig spezialisierten Sexualität auch nicht verwundern dürfte. So wurde z.B. im Sommer 1977 in Hamburg ein solches „Ledertreffen“ durchgeführt, mit etwa 1.000 Teilnehmern. In diesem Jahr gab es in West-Europa 25 „Lederclubs“ (MSCs) mit 5.000 Mitgliedern („Zeit“, 26.8.77).

Es besteht u.E. gar kein Zweifel daran, daß diese Gruppen teilweise den „Kult des harten Mannes“ betreiben. Aber auch diese Szene hat ihren „Tuntenkonflikt“ und kann sich aus dem gesellschaftlichen Spannungsverhältnis zwischen „männlich“ und „weiblich“ nicht lösen. Auch hier spielt der o.g. Konflikt (siehe Dannecker/Reiche-Zitat) ab: Die „Tunten“ sind hier jene „Kerle“, die es mit dem verkehrten „Schmuck“, der hier als Ausdruck der Männlichkeit getragen wird, zu toll treiben: Hier ein Kettchen aus Chrom und dort noch eins am Lederhut oder der Lederhose, ein dickes, metallenes Koppelschloß, Chromnieten an jeder Ecke der Bekleidung usw. Wer die „Grenzen“ überschreitet, setzt sich (wie eine Frau, die für ein bestimmtes bürgerliches Ereignis nicht „angemessen“ gekleidet ist) dem Spott aus: „Guck Dir DIE mal an, die ist



Wir alle sind schwul: Gegen die Diktatur der Normalität!

Spiesser als Ungeheuerlichkeit, Schweinerei oder Krankheit vorkommt, davon distanzieren sich jene Schwule, in der trügerischen Hoffnung, durch diese Distanzierung gesellschaftlich anerkannt zu werden. Diese schwulen Spiesser irren sich, denn im Bewußtsein des Hetero-Spiessers bleiben auch sie Kranke oder „schwule Schweine“. Und da sie das nicht sein wollen, behalten sie die „kleine Heimlichkeit“ Schwulsein für sich und meinen: „Heteros sagen doch auch nicht, was sie im Bett machen!“

Auch in der Schwulenbewegung gibt es Kräfte, die sich am liebsten von allen jenen „Abnormalitäten“ distanzieren möchten und sie gerne in der Versenkung verschwinden sehen. Wir halten diese Distanzierungen für falsch. Weil sie nichts bringen. Im Gegenteil, wir müssen uns sogar besonders mit diesen Erscheinungsformen der Homosexualität und auch der Heterosexualität auseinandersetzen, denn gerade eine er-

In einer Gesellschaft, in der ausgeprägte Geschlechterrollen vorherrschen, d.h. in der klar definiert ist, wie sich ein Mann und wie sich eine Frau zu verhalten haben, bedeutet „Schwulsein“ prinzipiell „Verrat an der Männlichkeit“. Da es nur ein „männlich“ oder „weiblich“ geben soll, wird die soziale Ausgrenzung und Unterdrückung der Schwulen an Weiblichkeit gebunden: Der Schwule ist nach gesellschaftlicher Übereinkunft kein „richtiger Mann“, weil er keine Frauen bumst; er gilt als „weibisch“. Für Schwule stellt sich angesichts dieser herrschenden „Normalität“ die Frage nach der eigenen Geschlechterrollen-Identität: Wenn ich einen Mann liebe, müßte ich doch eigentlich eine Frau sein, denn Frauen lieben bekanntlich in dieser Gesellschaft Männer bzw. ich müßte a u c h eine Frau lieben, wenn ich a u c h ein richtiger Mann wäre, ich liebe aber Männer und habe selbst einen Schwanz und bin also ein Mann, oder bin ich vielleicht doch eine Frau,

2. Schwule, die sich eher an einem Männerbild orientieren, das auf Reklamen der Zigaretten-Marke Krone dargestellt wird. In der Subsprache häufig als „Textil-Schwester“, „Karstadt-Typ“ oder „Seelbach-Typ“ (Seelbach = „Herrenausstatter“) bezeichnet.

3. Schwule, die sich eher mit der Rolle der Frau identifizieren: Die Tunten. Besonders für sie gibt es – im Gegensatz zu linken Schwulen, die sich dem in dieser Szene vorherrschenden Männerbild anpassen – die allerwenigsten Orientierungsvorbilder. Tunten sind daher dem allerstärksten Anpassungsdruck ausgesetzt und unterliegen auch von den besser angepaßten Schwulen her Diskriminierungen.

Dannecker/Reiche bringen die „Hack-Ordnung“ von Schwulen recht gut zum Ausdruck, wenn sie feststellen: „Aber als Tunte oder mindestens als tuntig kann prinzipiell jeder Homosexuelle von jedem anderen Homosexuellen wahrgenom-

lenklisches durch Schwule kommen, denn Schwule unterliegen – wesentlich stärker als Hetero-Männer – der „Diktatur der Normalität“.

Der schwule „Supermann“

Die absonderlichsten Typen unter den Homosexuellen sind neben den Transvestiten die ledertragenden Supermänner. Von den Schwulen sind die Ledertypen die in ihrer Männlichkeit am meisten Geschädigten. Um den Verlust ihrer Männlichkeit zu verdecken, behängen sie sich mit den Symbolen der Männlichkeit“ (Praunheim, Sex und Karriere, S. 194).

Der eigentliche Kern dieser Szene sind die Lederclubs und „Motor-sportclubs“ (MSC). Inwieweit diese Clubs der „harte Kern“ der schwulen S/M-Szene sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Von Club zu Club mag dies unterschiedlich sein; fest steht, daß zumindest in einigen Städten sich die S/M-

ja behängt wie'n Weihnachtsbaum!“ „Vielleicht dünken sich ‚Leder-Typen‘ und Sadomasochisten als die Elite der Homosexuellen, möglicherweise glauben sie sogar, ihre zur Schau getragene Virilität (Männlichkeit – Anm. AG Schwule) triumphiere über die des heterosexuellen Mannes. Aber trotz mancher unverkennbarer elitärer Züge wäre es vor-eilig, sadomasochistischen Homosexuellen ein Elitedenken zu unterstellen, wie es in der SA herrschte, in deren Zentralorganisation die männerbündlerische Homosexualität bekanntlich einen nicht unbedeutenden Stellenwert hatte“ (Dannecker/Reiche, S. 90).

Die „Öffnung“ der Lederszene

In den letzten Jahren haben in fast allen Großstädten Westeuropas Lokale geöffnet, in denen haupt-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 26

sächlich Schwule der ersten von den drei oben genannten Gruppen verkehren. Diese Lokale sind u.W. häufig in Zusammenarbeit mit den örtlichen „Leder- und Motorsportclubs“ entstanden und hatten wohl ursprünglich das Ziel, dieser begrenzten Gruppe einen offenen Treffpunkt zu geben. Tatsächlich fand – wie wir hören, sehr zum Verdruss vieler MSCler – eine „Öffnung“ dieser Lokale über jene „Bewegung“ hinaus statt, was wohl auf die Interessen der Lokalbesitzer zurückzuführen ist, möglichst viele Gäste „bedienen“ zu können. (Worauf sich prompt aus den Reihen der „harten Männer“ vernehmen ließ: „Da kann man ja bald nicht mehr reingehen. Diese Läden verlocken ja immer mehr!“ – Tucke = Tunte).

Manche dieser Lokale haben „Kleidungs- und Lederclubs“, so etwa das Hamburger „Toms“: „Um entsprechende Garderobe wird gebeten, Jeans- oder Lederbekleidung“, d.h.: Jeder, der sich entsprechend anfümmelt, kommt da rein. Praktisch sieht das so aus, daß die meisten Besucher Jeanshose und Lederjacke tragen, oder sonst einen Fummel, der „Männlichkeit“ signalisiert. Lediglich eine Minderheit läuft ganz in Leder rum und wiederum eine weitere Minderheit in „schwerem“ Leder, mit „schweren“ Stiefeln usw. Typen, die auf „harten SM“ stehen, verkehren in diesen Lokalen und signalisieren durch Kleidung und einen bestimmten Putz, daß sie auf sowas stehen. Die Praxis ist so, daß der, der ebenfalls auf sowas steht, die Möglichkeit hat, mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Hinzu kommt, daß Schwule wesentlich leichter über sexuelle Dinge sprechen, als dies Heteros tun.

Zur Bedeutung der Jeans- und Lederbekleidung, wie sie dort von den meisten getragen wird, meinen wir, daß sich darin hauptsächlich der Warencharakter von menschlichen Beziehungen manifestiert. Vergewaltigt man sich, daß die meisten Besucher in diese Lokale kommen, um einen Mann kennenzulernen, so bietet man sich eben als Mann auf diesem Markt an.

Dazu gehört auch, daß man(n) was für seine Figur tut: Breite Schultern, Muskeln und „was in der Hose“ sind sehr gefragt. Natürlich ist das entfremdet! Aber was ist nicht entfremdet? Der Schwule in einer Disco, nach dem letzten Modeschrei gekleidet und im John-Travolta-Fieber zuckend, unterliegt genau dem gleichen Warencharakter. Und das alles ist natürlich keine schwule Spezifität – Schwuler, schau mal in die Hetero-Kneipe, da läuft prinzipiell das Gleiche ab!

Aktionseinheit mit allen fortschrittlichen Schwulen!

Festzustellen ist, daß die gesamte am „männlichen Mann“ orientierte Szene in den letzten Jahren expandiert. Festzustellen ist auch, daß ein Teil der Schwulenbewegung ziemlich verunsichert darauf reagiert. Generell ausgestattet mit einem eher als gespannt zu bezeichnenden Verhältnis zur Sub, sehen nicht wenige Bewegungsschwule in der zunehmenden Ausdehnung dieser Szene eine Bedrohung und sind recht schnell bereit, sie als faschistisch zu bezeichnen und ihr eine zumindest „latente“ faschistische Tendenz unterzubühnen. Dies ist in der Tat äußerst übel!

Abgesehen davon, daß es nicht angehen kann, die Schwulenbewegung vor dem oben aufgezeichneten Hintergrund auf ein bestimmtes äußeres Erscheinungsbild ihrer Mitglieder festzulegen (etwa auf das Bild der „provokierenden“ Tunte), werden die Aktionsgruppen ihre politische Isolierung von dem „gewöhnlichen Homosexuellen“ nicht überwinden können, wenn als „Eintrittskarte“ in die Gruppen ein bestimmtes Äußeres gefordert wird („Lederjacke, kurze Haare – i gitt!“). Wichtig ist, daß die Aktionsgruppen in diesem Punkt so offen sind, daß sie je d e m die Mitfahrt ermöglichen, der etwas gegen die Diskriminierung der Homosexualität tun will. (Und das schließt z.B. auch Lesben ein!).

Das Angehörige der „aus den usa importierten Lederszene“ (wie im deutschsprachigen Raum fälschlicherweise das „Phänomen“ der Jeans- und Lederkneipe von einigen benannt wird) bei einem Treffen der Aktionsgruppen erscheinen, um dort über „die Rolle von Machismo, Fetischismus und S/M“ zu diskutieren, ist ein Schritt nach vorne und Ausdruck davon, daß auch Teile dieser Szene sich anfangen zu politisieren. Es sind eben nicht die Kleidung und die Sexualität, die das Bewußtsein eines Menschen entscheidend bestimmen, sondern seine Unterdrückung. Und dieses Bewußtsein

gilt es in der ganzen Schwulenszene zu entwickeln, damit die Bewegung in die Pömpis kommt!

Die deutschsprachige Schwulenbewegung, die seit Ende des 19. Jahrhunderts bis zur faschistischen Machtübernahme eine international führende Rolle spielte, ist 1933 zerschlagen worden und hat sich erst ab 1969 nach der „Reife“ des faschistischen Paragraphen aus dem Jahre 1935 wieder öffentlich neu organisieren können. Die zwischen 1945 und 1969 existierenden Schwulengruppen waren konspirative, auf der Grundlage des § 175 jederzeit zerschlagbare Zirkel.

Die deutschsprachige Schwulenbewegung hat erst durch die Ereignisse von Stonewall (Juni 1969) und ihre Auswirkungen auf Europa wieder an eine Bewegung anknüpfen können, wobei die politischen Bedingungen in der BRD den Rahmen bildeten und bilden. Sie steht noch an einem Beginn, was sich am deutlichsten in der Vielzahl von einander unabhängigen bestehenden Gruppen und Grüppchen, ebenso wie in der ideologischen Zersplitterung und der Unfähigkeit, ein gemeinsames Aktionsprogramm zu entwickeln, dokumentiert.

Festzustellen ist jedoch generell, daß das schwule Selbstbewußtsein allgemein in erfreulicher Weise ansteigt. Unseres Erachtens haben hierzu die Aktionsgruppen den geringeren Teil beigetragen. Nicht von der Hand zu weisen ist die Gefahr, daß ein großer Teil der bestehenden Aktionsgruppen die fortlaufende Entwicklung wegen „ideologischer Differenzen“ (Konflikte „Tunte“ – „Kerl“, „Minderheitenfrage“ usw.) nicht in den Griff bekommt und sich auf diese Weise selbst bekümmert, daß er sich eine neue Subkultur schafft, um sich in ihr zu „emanzipieren“. Leider haben nicht nur wir die Erfahrung machen müssen, daß „Emanzipation“ von vielen Bewegungsschwulen so verstanden wird, daß die Rolle des Schwulen auf die Rolle der Tunte festgelegt werden soll. Gegenüber „toleranten“ Heteros kann die Tunte jede Form von Mittel mobilisieren (besonders von Hetero-Genossen) und sich auf diese Weise als „exotische Minderheit“ integrieren, sozusagen auf „Behinderten-Status“ und auf Distanz (Hier sollten wir uns wirklich nicht ins Taschchen lügen!). Die Ausgrenzung des Lederschwulen, der zweifellos in der männlich geprägten Gesellschaft besser dasteht als die Tunte, kann nicht erfolgen, solange er solidarisch die gemeinsame Befreiung aller Schwulen vorantreibt.

„Harter Mann“ gleich Faschist??

Zu fragen bliebe schließlich, ob denn ein von Schwulen reproduzierter Kult des „harten Mannes“ irgendeine gesellschaftliche Relevanz hätte. Und zwar in dem Sinne, daß er generell das gesellschaftliche Männerbild nach „rechts“, zum Reaktionären hin, verschiebt. Teile der Schwulenbewegung sozusagen als „Leitfigur“ einer neuen Macho-Generation des Mannes? Dies halten wir für wenig wahrscheinlich, denn solange die Ursachen der Schwulenunterdrückung fortbestehen, mag sich ein Schwuler in eine noch so männliche Rolle flüchten, er bleibt ein Schwuler und ist der antischwulen Repression ausgesetzt, sobald er seine Homosexualität öffentlich macht. (Darum geht es schließlich der Schwulenbewegung).

Wesentlich relevanter ist in diesem Zusammenhang die Frage nach der latenten (d.h. verborgenen, unbewußten) Homosexualität heterosexueller Männerhorden, die sich mit dem „starken Geschlecht“ identifizieren und alles „Weiche“, „Weibliche“ verachten. Nicht umsonst haben faschistische Regimes äußerst differenzierte, gegensätzliche Geschlechterrollen. Im Faschismus verstärkt sich die latente Homosexualität des heterosexuellen Mannes in d e m Maße, wie die Frau in eine untergeordnete Rolle gedrängt wird. Für Schwule wiederum bedeutet dies terroristische Verfolgung. (Vgl. den Nachdruck aus „Him-Applaus“ in AK 147: „Schwulenverfolgung in Argentinien“).

Natürlich gibt es Schwule, die sich nicht nur am „harten Männerbild“ orientieren, sondern tatsächliche Faschisten sind. Beispiele waren nicht nur die homosexuellen SA-Clique um Ernst Röhm (die 1934 von ihren Parteifreunden abgeschlachtet wurden), sondern ist vor allem eine homosexuelle Faschistengruppe in den USA: Die „Gay Nazi League“.

Wenn man dann noch hört, daß diese „Gay Nazi League“ sogar büdise „Sympathisanten“ hat, bekommt man eine Vorstellung davon, daß auf dieser Welt wohl nichts unmöglich ist.

AG Schwule im KB

Schottische Schwule klagen

Drei schottische Homosexuelle klagen die Regierung Grossbritanniens wegen Bruch ihrer Menschenrechte an. Nach dem Beispiel nordirischer Schwuler wenden sie sich an die Europäische Menschenrechtskommission. Die Anklage wird Ende Februar in Straßburg verlesen. Die drei Schwulen sind Mitglieder des Nationalen Exekutivkomitees der „Scottish Homosexual Rights Group“ („Gay News“, Febr. 1979).

Schwule schlagen Nazi-Überfall zurück

Eine Gruppe von 10-12 Nazis versuchte, eine schwule Filmveranstaltung in Brighton (England) zu sprengen. Dabei stießen sie auf den energischen Widerstand der Schwulen und mußten schließlich das Weite suchen. Alle Angreifer trugen Buttons der „Liga gegen den Kommunismus“, die von der faschistischen „National Front“ unterstützt wird.

Ein beteiligter Schwuler kommentiert: „Dieser Angriff war ein totales Fiasko und es muß die Angreifer in großes Erstaunen versetzen. Es muß für sie eine große Niederlage bedeuten, als Bande von einer Gruppe mittelalterlicher Trinen zurückgeschlagen worden zu sein. Das Ganze zeigt, daß diese rechtsradikalen Kerle wegrinnen und kehrtmachen, wenn man ihnen etwas entgegensetzt.“ („Gay News“, Febr. 79).

Westberlin: GEW-Schwulengruppe gegründet

Wie bereits in AK 134 berichtet, hat eine Gruppe schwuler Lehrer in der GEW Berlin die Initiative zur Gründung eines Arbeitskreises schwuler und lesbischer Lehrer/innen und Erzieher/innen ergriffen.

Im Dezember 78 stimmte der Vorstand der GEW Berlin dem Antrag der Gruppe zu, nun auch offiziell eine Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer in der GEW Berlin einzurichten. Zu den konkreten Zielsetzungen der Arbeitsgemeinschaft gehören (laut „Berliner Schwulenzzeitung“ Nr. 8):

1. die rechtliche Position des schwulen Lehrers abzuklären.
 2. Geeignete Unterrichtsmaterialien für Kollegen bereitzustellen, die das Thema Homosexualität im Unterricht behandeln wollen.
 3. Referenten zum Thema Homosexualität für Unterrichtsbesuche zur Verfügung zu stellen.
 4. Erfahrungs- und Meinungsaustausch über konkrete Vorkommnisse von antischwuler Diskriminierung im Schulleben und Entwicklung von Verhaltensstrategien für den schwulen Lehrer.
 5. Einfluß zu nehmen auf das Medienangebot der Landesbildstelle zum Thema Homosexualität.
 6. Veröffentlichung von Berichten in fortschrittlichen Pädagogenzeitschriften, um auch in der Hetero-Lehreröffentlichkeit für unsere Ziele ein Problembewußtsein zu schaffen.
- Im Sinne der hundert Blumen, die blühen sollen, meinen wir, daß es bei dieser einen gewerkschaftlichen Schwulengruppe nicht bleiben sollte. Es gilt, noch 17 andere Einzelgewerkschaften im DGB zu „erwärmen“. Nur Mut, Schwestern!

Internes aus der Lederszene:

Das Treffen von Eindhoven – Ein Alarmsignal



Umgeben von Furcht und Geheimnis...??

Umgeben von Furcht und Geheimnis...??

Erinnert Euch an diesen Abend und diese Nacht, organisiert in einer Sauna. Es war einigermaßen gelungen. Sogar zu gut, denn es gab zu viele Leute und nicht immer von der Sorte, die wir gewünscht haben (...).

Dieses Treffen hätte prinzipiell nur den Mitgliedern des MSC reserviert sein müssen. Was die Bekleidung angeht, so war darauf hingewiesen worden, daß sie notwendigerweise aus Leder, allenfalls aus Jeans bestehen sollte. Jedenfalls im Style Macho, Motorrad oder Western, unter Ausschluss alles anderen.

In Wirklichkeit haben viele festgestellt, daß eine ganze Menge Leute dagewesen sind, die hier nichts zu suchen hatten, denn ihre Mentalität, ihr Benehmen und ihre Ausstaffierung hatten nichts gemein mit dem, was man von einem „Leder“ erwartet. Sie waren so zahlreich, daß, wenn man am Eingang eine Kontrolle gemacht hätte, 50% aller Teilnehmer nicht reingekommen wären. Die Mitglieder des EMC hätten nur gut daran getan, denn dann hätten wir mehr Platz gehabt, um diesem Abend einen echten „Leder“-Sinn zu geben und nicht wie die Ölsardinen mit Leuten zusammengepackt zu sein, die nichts dazu haben, um so einen Treff zu beleben.

Wenn ich von einem Alarmsignal spreche, dann nur deswegen, weil dieser Treff der Tropfen war, der das Faß zum Überlaufen brachte. Es muß uns klar werden, daß die Gefahr besteht, daß sich unser Image schwächt, verflucht und blaß wird. Erinnert euch, vor einigen Jahren, da machten die Typen, die mit schwarzem Leder angezogen waren, Sensationen, sie beeindruckten, und ihr Ansehen war groß, weil sie von Furcht und Geheimnis umgeben waren. In den

„Leather Bars“ traf man nur unseresgleichen, und die anderen fürchteten sich, weil sie wußten und fühlten, daß dies nichts für sie war (...).

Mit der Mode haben sich dann langsam alle möglichen Typen in unsere Bars eingeschlichen. Das hatte zur Folge, daß der eigentliche Charakter der Atmosphäre entstellte wurde (...).

Es ist nötig, strenge Maßstäbe anzulegen, wie z.B. da, wo wir uns treffen, den Eintritt genau zu überprüfen. Einige schlagen vor, die EMC-Karte zu verlangen. Diese Maßnahme ist aber nur dann sinnvoll, wenn sie nur an die Leute abgegeben wird, die auch die Kriterien erfüllen.

Es ist selbstverständlich, daß der Eintritt allen jenen Leuten verboten werden müßte, auch denen mit Karte, wenn die Bekleidung nicht übereinstimmt mit dem genauen Typ, den wir kennen. In dieser Angelegenheit ist hier der Ort, um alle unsere Freunde auf das Bemühen zur Beachtung und zur Sorge um das Detail hinzuweisen, die wir in unserer Ausrüstung zeigen sollten, um, wenn möglich, ein Maximum an Originalität und Authentizität zu erreichen.

Es gibt Leder und Leder, Jeans und Jeans, Stiefel und Stiefel. Weil man jetzt die Stiefel, Jeans und Leder überall findet, müssen wir auf die Qualität achten, auf den Charakter und den Stil von dem, was wir tragen, sonst werden wir kein besseres Verhalten haben, als Herr Jedermann und damit in den Augen der anderen nicht mehr interessant sein.

Seien wir sehr aufmerksam, lassen wir uns z.B. von den besten amerikanischen Modellen inspirieren, zögern wir nicht und geben wir uns Mühe, diesen oder jenen wirklich ausgefallenen Artikel oder dieses oder je-

nes wirklich bemerkenswerte Accessoire auszusuchen und auch den entsprechenden Preis dafür zu bezahlen, wenn es sein muß. Es ist eine Investition, die sich hundertfach lohnt durch die Freude, die sie uns bereitet.

Wenn wir alles dies nicht berücksichtigen, wenn wir nicht durchgreifen, um die aussenstehenden Personen, die den Geist unserer Clubs verderben, fernzuhalten und von uns nicht mehr Charakter verlangen, werden wir überschwebt und geschwächt und unser Vergnügen wird herabgesetzt. (...).

(Diese erlesene Kostbarkeit schwulen Machimos entnahmen wir dem „Bulletin interieur d'informations“ des „France Sport-Motos Club“, No. 12/78, Ortsgruppe Marseille)

Gastkommentar von Rowenta STARMIX (z.Z. Hollywood)

O Schreck, laß nach! Jeder ist so furchtbar männlich, daß er am Schluß nur noch ganz allein dasteht. Und die „Männer“ vom MSC Marseille haben's auf den Punkt gebracht. Was soll man sich nicht noch alles anziehen, damit die Männlichkeit nicht flöten geht und das vertuchte Volk einem noch wirklichen Respekt und die nötige Ehrfurcht entgegenbringt?

Volk einem noch wirklichen Respekt und die nötige Ehrfurcht entgegenbringt? Aber wie's so geht mit der Fummelfrage: E i n e sticht einen immer aus und auch die inspiriertesten Modelle aus den USA können jederzeit in der Fließkette einer x-beliebigen boshafte Trine nachgebildet werden. Schon heisst es im „Gay Journal“ (2/79): „Lederstudio für Freunde. Alles aus Leder und nach Maß fertigen wir für sie nach Schnittmustern aus USA und England, Spanien und Frankreich“. Ja und die Tucken-Verschönerung gegen die „echte“ Männlichkeit geht noch weiter!

Ein paar total verzierte Kleinkapitalisten schmeissen die Lederketten schon kostenlos auf den Markt: „Bei Gelegenheit ist zu sagen, daß man Leder selbst anfertigen kann. Lederreste dafür vergibt kostenlos „Walters Leder-Boutique“ in München und Berlin. Der Münchener Leder-Fasching im Vollmar Haus findet am 23. Februar statt. ... Die besten Lederkostüme werden prämiert. Jede (!) Bekleidung ist erlaubt – wenn sie aus Leder ist: Straps, Corsagen, Cocktailkleider, Herrengarderobe; geduldet sind auch Hosen, Uniform, Gummi, sowie Baby Dolls, Strampelanzüge oder mittelalterliches Folterutensil.“ („Gay Journal“, 2/79).

Was so'n echter „Lederkerl“ ist, für den muß es fast an Folter grenzen, wenn er seine Welt so vermarktet sieht, daß selbst „Herr Jedermann“ mit Lederstraps oder im Leder-Trägerrock durch die Gegend kreischt.

Das ist kein Alarm-Signal, das ist der Untergang! Schwestern, habt Mitleid mit den Lederkerlen, tuckt sie nicht so schamlos an, sonst fangen sie noch an zu weinen!

Rowenta Starmix

Mädchen und Frauen in



Wir haben uns in einem früheren AK mit der Geschichte der Arbeitsschutzbestimmungen und -gesetze auseinandergesetzt und sind für deren grundsätzliche Beibehaltung, ihre Aktualisierung und ihren Ausbau eingetreten.

Wir halten es heute für notwendig, das Thema erneut aufzugreifen. Erleben wir doch seit 1977 eine Kampagne, die darauf abzielt, Bestandteile dieses besonderen Arbeitsschutzes abzuschaffen. Verbunden ist diese Kampagne mit einer Entwicklung, die zu unterstützen ist: Mädchen und Frauen hinein in Männerberufe!

Wir wollen mit diesem Artikel versuchen, verschiedene Aspekte dieser Entwicklung zur Diskussion zu stellen.

Die Frauen sind auch im Beruf benachteiligt

Der objektive Hintergrund, vor dem die Bourgeoisie diese Kampagne startet, ist die tatsächliche Benachteiligung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Wenn eine Frau oder ein Mädchen in der BRD sich entschließt, berufstätig zu sein, oder zu werden, wird sie schnell an die Grenzen stoßen. So gibt es die traditionelle Unterteilung in „Frauen-Arbeitsplätze“ und „Männer-Arbeitsplätze“.

„Arbeiterinnen gibt es 3,3 Mio: Spulerinnen in der Textilindustrie, Montierinnen in der Metallindustrie, Stepperinnen in den Schuhfabriken. Sie sitzen an Fließbändern und Halbautomaten und verrichten Stunde um Stunde die immer gleichen Handgriffe in extrem kleinen Zeitabständen. Die meisten arbeiten im Akkord ...

Die 4,5 Mio. weiblichen Angestellten arbeiten entweder in den typischen Frauenberufen des Helfens und Pflegens und der Dienstleistungen; sie sind Friseurinnen oder Krankenschwestern, Zimmermädchen, Kellnerinnen oder Verkäuferinnen. Oder sie gehen in den Büros ihren männlichen Vorgesetzten zur Hand. Die Tätigkeit von Stenotypistinnen und weiblichen Hilfskräften an Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung unterscheidet sich nur noch geringfügig von Farbkarbeit. ... Auch die 308.000 Beamtinnen üben vorwiegend untergeordnete Tätigkeiten aus, sind sie doch meist auf die Laufbahn des mittleren Dienstes beschränkt.“ (Claudia Pinl, „Das Arbeitnehmer-patriarchat“, S. 7, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1977).

Von diesen acht Millionen berufstätigen Frauen üben eine verschwindend geringe Anzahl qualifizierte Tätigkeiten aus. Der Anteil der Facharbeiterinnen stagniert seit Jahren. Auch die weiblichen Angestellten sind überwiegend mit minderqualifizierten Arbeiten beschäftigt. Im April 1971 waren 75,6% der Angestellten „mit einfacheren Tätigkeiten“ Frauen, aber nur 6,7% der mit „umfassenden Führungsaufgaben“ Betrauten (Statistisches Bundesamt 1975, nach Cl. Pinl).

Neben der speziellen physischen und psychischen Belastung, die die Frauen am Arbeitsplatz erleben, hat dies natürlich auch ökonomische Auswirkungen. „Denn die Frauenlöhne in der Industrie liegen unverändert seit 1882 um ein Viertel bis ein Drittel niedriger als die Löhne der Männer. Selbst Facharbeiterinnen werden im Schnitt schlechter bezahlt als männliche Hilfskräfte“ (Cl. Pinl, S. 8).

Wenn eine Frau Facharbeiterin werden will

Was würde also näher liegen, als das Abschieben der Frauen in Fabrik und Büro auf die Leichtlohnplätze dadurch aufzubrechen, daß die Frauen verstärkt sich für die qualifizierten Arbeitsplätze interessieren und dafür die notwendige Ausbildung durchlaufen?

Tatsächlich wurde bislang mit vielerlei Mitteln verhindert, daß dies geschah. „Allem Gleichberechtigungsgesetz zum Trotz sind viele Berufsbeiräte für Frauen auch heute noch 'praktisch dicht'. So sieht man Frauen in der Metallbranche zwar en masse am Fließband, den Facharbeiterstatus aber erreicht nur ein Grüppchen.“

... Auch in Frankfurt wird das technische Potential der Frauen nicht ausgeschöpft. Einige Zahlen der Industrie- und Handelskammer: Zur Zeit gehen im Bereich Metall (ohne Handwerk) 194 Mädchen in die Lehre – aber über 2.000 Jungen. Von diesen 194 erlernen fast alle einen zeichnerischen Beruf; nur 17 ... werden Dreher, Werkzeugmacher, Betriebs- oder Blechschlosser oder Rohrinstallateure. Der Bereich Bau ist für Mädchen so gut wie zu, außer für einige, die Bauzeichnerinnen werden“ („FR“, 17.5.78).

Drei Viertel der Mädchen beschränken sich auf 15 Berufe, wie Verkäuferin, Friseurin, Bürobereich, Arzthelferin (ebenda).

So sind Mädchen auch am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen: „Das Bildungsministerium zieht in seinen Informationen zur Problemlage das Fazit: '36,1% aller Auszubildenden sind Mädchen (1976),

zwei Drittel aller Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag sind Mädchen. Unter den Jugendlichen, die 1976 keinen Ausbildungsvertrag fanden, sind 63% Mädchen“ („FR“, 17.5.78).

Der Kreis schließt sich, wenn frau ohne Berufsausbildung eine Arbeitsstelle als ungelernte Kraft findet, die sie in Krisenzeiten wieder als erste auf der Straße landen läßt.

„Wann immer in den vergangenen Monaten die neuesten Arbeitslosen-zahlen publiziert wurden, wiederholte sich dasselbe Bild: während die Zahl der männlichen Arbeitslosen sich bei 3,2% einpendelte, waren bei den Frauen durchschnittlich 6% ohne Arbeit“ („Spiegel“, 9.1.78).

Wenn eine Frau sich dann bemüht, aus dem Teufelskreis herauszukommen und eine nicht typische weibliche Arbeit sucht, muß sie damit rechnen, daß sie Absagen aufgrund ihres Geschlechts erhält, auch wenn sie die gewünschte berufliche Qualifikation besitzt: „Leider haben wir nicht die Möglichkeit Ihrer Bewerbung näherzutreten, weil in diesem Fall die Notwendigkeit besteht, die Position mit einem männlichen Bewerber zu besetzen“ („FR“, 22.7.78).

Wenn man sich also sämtliche Seiten der frauenspezifischen Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt ansieht, so kann man nur jede Initiative von Frauen, diesen Teufelskreis zu durchbrechen, unterstützen.

Wir fordern qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten für alle Mädchen und Frauen! Wir wollen die Aufhebung der Rollenfestreibung auf bestimmte weibliche Tätigkeiten! Wir fordern die Möglichkeit für jede Frau, zu jeder Berufstätigkeit Zugang zu haben!

Ist eine Änderung in Sicht?

Es hat schon immer einige Mädchen und Frauen gegeben, die einen sogenannten „Männerberuf“ erlernt haben. Entweder, weil sie den väterlichen Handwerksbetrieb übernehmen sollten, oder weil sie tatsächlich auf einem ihnen gemäßen Beruf bestanden haben – egal, was dies an Behinderungen auch mit sich brachte.

Allerdings fällt zur Zeit auf, daß eine Kampagne „Mädchen in Männerberufe“ von Kräften betrieben wird, die sonst mit den Interessen von Mädchen und Frauen nicht viel im Sinn haben. Voran die Kapitalisten selbst: Sie bieten plötzlich auch sogenannte „Männerberufe“ als Ausbildungsgang für Mädchen an. „Probe aufs Exempel machen in Hannover die Continental Gummiwerke. Sie bilden 28 Mädchen in Männerberufen aus. Nach der Lehre sollen alle eine Anstellung im Werk finden“ („Welt der Arbeit“, 23.2.78). „Jetzt sollen es 20 junge Damen beweisen: eine Anstellung im Werk finden“ („Welt der Arbeit“, 23.2.78). „Jetzt sollen es 20 junge Damen beweisen: Technische Berufe sind doch etwas für Mädchen! Vom ersten September an werden sie in der überbetrieblichen Lehrwerkstatt bei der Firma Heidenreich und Harbeck zu Maschinenschlosserinnen und Dreherinnen ausgebildet“ („Bild“, 10.8.78).

Inzwischen gibt es in der BRD etwa 40 große Firmen, die Gruppen zwischen 20 und 30 Mädchen in ihre Lehrwerkstätten aufgenommen haben, um sie auszubilden. Wir denken, daß es begrüßenswert wäre, wenn diese „Modellversuche“ tatsächlich ein Anfang wären, um Unterschiede zwischen Männer- und Frauenberufen abzuschaffen. Allerdings haben wir Zweifel daran, ob diese derzeit sehr hochgespielten Einzelfälle tatsächlich den massenhaften Einzug der Frauen in die technischen Berufe bedeuten. Bis jetzt ist noch nicht einmal sicher, daß die Zeit mit großer Publizität ausgebildeten Mädchen später überhaupt einen entsprechenden Arbeitsplatz bekommen werden. Bis jetzt haben die Kapitalisten lediglich dicke Prämien dafür kassiert, daß sie diese „Versuche“ durchführen.

Gerade der Kapitalist in Hamburg, der noch vor nicht allzu langer Zeit massenhaft männliche Kollegen entlassen hat – nämlich Heidenreich und Harbeck –, läßt sich heute rühmen, er sei einer der ersten, der arbeitslosen Mädchen eine Lehrstelle bieten könne. Auch die Zahl der arbeitslosen männlichen Jugendlichen läßt am Wert dieser „Modellversuche“ zweifeln.

Prämien für „Modellversuche“ In Nordrhein-Westfalen „wird Arbeitgebern, die Mädchen in 54 ausgewählten Männerberufen oder Jun-

gen in 27 Frauenberufen ausbilden, für die Dauer von drei Jahren ein Zuschuß von monatlich DM 400,- gezahlt“ („Handelsblatt“, 7.2.78). „Mit ganz erheblichen finanziellen Anreizen wirbt die rheinland-pfälzische Landesregierung ... bei Industrie, Handel und Handwerk um das Angebot weiterer Lehrstellen für junge Leute ... So erhalten alle Betriebe, die in der Zeit vom 21. September 1978 bis zum 31.12.79 Schulabgängerinnen zusätzliche Ausbildungsplätze in gewerblich-technischen Ausbildungsberufen bereitstellen, einen nicht rückzahlbaren Landeszuschuß von DM 5.000 je Auszubildendenverhältnis“ („FR“, 22.9.78).

Die Kommentare der Politiker unterscheiden sich kaum; alle sind sich einig, daß die „Männerberufe“ nun endlich auch den Mädchen zugänglich gemacht werden müßten. „Wir wollen auf Bund- und Länderebene zusammen mit der Handwerkskammer Initiativen ergreifen, um diese Schwierigkeiten abzubauen ... Wir müssen traditionell für Männer vorbehaltene Berufe auch für Mädchen öffnen. Zum Beispiel auf dem Bau oder bei den Tischlern“ (Helga Schuchardt, FDP in „Bild“, 23.2.78). „Das Wissenschaftsministerium tritt vor allem dafür ein, die immer noch vorhandenen offenen oder latenten Vorbehalte gegen eine Berufsausbildung für Mädchen vor allem außerhalb der Frauenberufe und damit in Wahrheit gegen eine gleichberechtigte Erwerbstätigkeit von Frauen, abzubauen“ („Handelsblatt“, 7.2.78).

Mit Vehemenz betreibt auch das Arbeitsamt Zuarbeit für die neuen Ausbildungsplätze. „Der Berufsberatung kommt bei der Ermunterung der Mädchen, überhaupt eine Berufsausbildung anzutreten und sich auch für bisher eher frauenuntypische Berufe zu interessieren, eine Schlüssel-funktion zu“ (ebenda). Die Bundesanstalt für Arbeit wirbt mit einer ganzseitigen Anzeige unter dem Motto: „Wer was kann, setzt sich durch“. „Ein Wort an den Arbeitgeber: Durchsetzungsvermögen und Erfolg sind keine Frage des Geschlechtes. Aber oft eine Frage dessen, was man für 'echt weiblich' hält. Namentlich dann, wenn es um die männliche Arbeitsdomäne geht. Aber die Natur schließt solche weiblichen Talente nicht aus. Viele Frauen in den unterschiedlichsten technischen Berufen meistern den Berufsalltag. Mit Erfolg. Auch, wenn es immer wieder leichtfertig heißt: 'Das ist nichts für eine Frau'. Viele Frauen haben durch Leistungsfähigkeit und Leistungs-willen Barrieren gegen das berufliche Fortkommen überwunden. Zum Nutzen des Unternehmers und zum Nutzen aller. Sprechen Sie einmal mit Ihrem Arbeitsamt“ („FAZ“, 15.11.78).

Frau merke sich: Wer was kann, mit Ihrem Arbeitsamt“ („FAZ“, 15.11.78).

Frau merke sich: Wer was kann, setzt sich durch. Wer sich nicht durchsetzt, kann eben nichts. Jede ist ihres Glückes Schmied. Auf den Leistungswillen kommt es an!

Uralte Kamellen der kapitalistischen Ideologie, können wir dazu nur sagen. Man macht ein paar „Modellversuche“ zum Vorzeigen, um dann dem großen Rest der Frauen umso überzeugender zu erzählen, es liege schließlich an ihnen, wenn sie's zu nichts bringen.

Die Gewerkschaften sind mit von der Partie

Auffallend ist bei dieser Kampagne wieder einmal die Einmütigkeit zwischen Staatsvertretern, Kapitalisten und Gewerkschaftsführung. Der Hamburger DGB-Vorsitzende Saalfeld sagt z.B.: „Überhaupt müssen die Mädchen lernen umzudenken. Denn ein solches Beispiel ist wichtig, um Vorurteile abzubauen, daß Mädchen nur zu den typischen Frauenberufen wie Friseurin, Verkäuferin, Schneiderin oder Bürohilfe taugen. Besonders die Elektrobranche bietet viele Berufe, die für Mädchen geeignet sind. Wenn Mädchen mehr Männerberufe anstreben, finden sie leichter Lehrstellen“ („Hamburger Morgenpost“, 28.2.78). Es scheint also nur bei den Mädchen zu liegen? Suchet, und ihr werdet finden?...

Wie dabei Frauen-Interessen „vertreten“ werden, zeigt folgendes Beispiel: Die Stadtwerke in München hatten sich geweigert, ähnliche Modellversuche wie vorher beschrieben, durchzuführen. Mit der Begründung: die zu bedienenden Maschinen seien nach männlichen Maßen konstruiert. Die Mädchen hätten einen zu kurzen



Männerberufen - eine Chance?

Daumen. „Eine einmalige politische Fehlentscheidung“, erklärte die Gewerkschaft. Derselben Meinung war auch die Presse von „UZ“ bis „Bild“. „Vergessen“ wurde dabei von der Gewerkschaft nur, daß viele Maschinen tatsächlich für die Durchschnittsmaße von Männern konstruiert sind. Also müßte die Forderung nach Öffnung von „Männerberufen“ für Frauen verbunden sein mit der Forderung nach Maschinen, die den Körpermaßen von Frauen angepaßt sind. Diese Forderung wurde bei der ganzen Aufregung „vergessen“ ...

Sind die Arbeitsschutzgesetze schuld?

Glaubt man den Kapitalisten, so werden Mädchen und Frauen im Berufsleben und bei der Lehrstellensuche vor allem deshalb benachteiligt, weil „Schutzgesetze als Hemmnis“ da sind („FR“, 17.5.78), die es den armen Kapitalisten verunmöglichen, Frauen gleichzubehandeln und Mädchen einzustellen.

„Harte Männerarbeit kann Frauen vom Bau nicht abschrecken, aber Paragraphen von 1938 halten sie vom Bau fern“, schimpfte die „Bild“ am 15.11.78. Und es wird die Geschichte von Elisabeth Gessler (18) erzählt, die zwar ihre Zimmererlehre mit Eins bestanden hat, aber „von einem Kontrolleur des Nürnberger Gewerbeaufsichtsamts 'erwischt' wurde, als sie beim Einrichten eines Dachstuhls half. Die Behörde berief sich auf einen Paragraphen der Arbeitsordnung aus dem Jahre 1938, der sinngemäß sagt, daß keine Frauen am Bau arbeiten dürfen“ („Hamburger Abendblatt“, 15.11.78). „Was soll diese Paragraphenreiterei?“, läßt das Springer-Blatt daraufhin das Mädchen fragen. Eigentlich überholte Vorstellungen oder?

So jedenfalls geht ein müßig die Argumentation der Bourgeoisie. „Horst Storchmann, Pressesprecher der Handwerkskammer, bezeichnete die Entscheidung des Nürnberger Gewerbeaufsichtsamts ... als juristisch einwandfrei: Die Arbeitsschutzbestimmungen gehen nun einmal von der traditionellen Auffassung aus, daß ein Mann stärker sei als eine Frau“ (ebenda).

Der Ausbildungsleiter der Hochtaufel AG, Heinz Dams, empörte sich: „Ein 14-jähriger Mann kann in dem größten Dreck gehen, da krüht kein Hahn danach. Bei einer erwachsenen Frau, die weiß, was sie will, werden Auflagen erteilt“ („FR“, 17.5.78). „Und so schimpft er dann über den Aufwand, eine Frau auf die Baustelle zu kriegen“. Da verfügt das Gewerbeaufsichtsamts „pingelig“, daß Mädchen auf dem Bau keiner „gesundheitlichen und sittlichen Gefährdung ausgesetzt werden dürfen“, daß sie nicht mit der Beförderung von Roh- und Werkstoffen betraut werden dürfen, daß sie auf einem Weg zwischen zwei und zehn Metern nur bis zu acht Kilogramm, über 30 Metern nur vier Kilogramm tragen dürfen. Dams: „Da haben unsere Mädchen selber drüber gelacht. Es gibt doch Frauen, die mehr als acht Kilogramm tragen dürfen und Jungen, die zusammenbrechen, wenn sie nur einen Bleistift sehen“ („FR“, 17.5.78).

Und weil die Kapitalisten für ihre Argumentation nehmen, was ihnen nur in die Finger kommt, darfs auch mal der so geschmähte „Osten“ sein: „Daß Frauen den Preßlufthammer handhaben, wird uns vorgemacht. In den osteuropäischen Staaten sind Männer-Privilegien weitgehend abgebaut. In der DDR-Republik aber setzt das Gesetz Schranken. So gibt es ein Beschäftigungsverbot für Frauen in Bergwerken, an Hochöfen, in Stahlwerken, auf Bauten, in Steinbrüchen und Glashütten“ („FR“, 15.11.78).

In der Tat sind manche Bestimmungen „olle Kamellen“, die abgeschafft gehören, so wie erst vor kurzer Zeit die Bestimmung beseitigt wurde, daß Frauen aus „sittlichen Gründen“ nicht bei der Präservativherstellung beschäftigt sein durften, wenn Männer dabei waren.

Niemand hat allerdings bisher für nötig befunden, zu diskutieren, an welchen Stellen der kapitalistischen Produktion unbedingt neue Schutzgesetze für Mann und Frau her müssen. Die Arbeitsbedingungen, die Rohstoffe, die Arbeitsmaterialien haben sich seit der letzten Änderung der Arbeitsschutzgesetze erheblich verändert, ohne daß eine Aktualisierung der Gesetze vorgenommen wurde.

„Alte Zöpfe“ müssen weg, das ist klar. Aber Arbeitsschutzgesetze allein unter dem Aspekt der Behinderung für Frauen zu diskutieren, geht an der tatsächlichen Bedeutung der Bestimmungen vorbei. Uns fällt an der Kampagne „Mädchen in Männerberufen!“ auf, daß nicht an den tatsächlichen Gefahren und Schwierigkeiten in den Betrieben, an wissenschaftlichen Erkenntnissen entlang diskutiert wird, sondern allein an der Benachteiligung der Frauen. Und das von Leuten, die sonst als letztes unser Wohl im Auge haben! Muß das nicht stutzig machen?!

„Das Bonner Bildungsministerium hat hier schon gute Vorsätze gefaßt. Auszug aus einem Bericht: Die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen sind darauf hin zu überprüfen, inwieweit sie die Ausbildung und Beschäftigung im gewerblich technischen Bereich behindern und soweit dies der Fall ist, inwieweit sie noch sachgerecht sind“ („FR“, 15.11.78).

„Im Bonner Bildungsministerium erwägt man eine Lockerung und Grenzverschiebung der strengen Vorschriften“, ja eine gänzliche Aufhebung der Geschlechts-Generalisierung; die Arbeitsfähigkeit müsse von Fall zu Fall individuell entschieden werden. Oft sind Männer schwächer als Frauen“ („Zeit-Magazin“, 23.6.1978).

Offenbar wollen die Kapitalisten sich die berechtigten Interessen der Frauen und Mädchen zunutze machen, um einen generellen Angriff auf die Arbeitsschutz-Bestimmungen zu führen.

Das Nachtarbeits-Verbot für Frauen soll fallen!

Ein Punkt, den die Kapitalisten vorrangig im Auge haben, ist die Abschaffung des Verbots der Nachtarbeit für Frauen. Noch ist es so, daß Frauen selbst in einem Schichtbetrieb nicht zwischen 11 Uhr abends und 6 Uhr morgens beschäftigt werden dürfen. Ausnahmen können Kapitalisten nur für eine begrenzte Zeit und unter Nachweis besonderer wirtschaftlicher Notlage erhalten.

In der Propaganda der Bourgeoisie wird die Nachtarbeit allein aus der Sicht eines gesunden, kräftigen Mädchens dargestellt, das mit Sicherheit keinerlei Erfahrungen mit kapitalistischen Ausbeutungsmethoden hat und daher ohne weiteres sagen kann, für sie sei das Verbot der Nachtarbeit bloß eine Beschränkung ihrer persönlichen Entfaltung. Andrea Frische, Maschinenschlosserlehrling in Hamburg: „So fallen für mich später viele potentielle Arbeitgeber gleich aus, weil sie ausschließlich Schichtarbeiter einstellen“ („Zeit“-Magazin, 23.6.78).

In der Tat mag es so sein, daß für viele Frauen und Mädchen, die gern einen technischen Beruf erlernen wollen, der Vorwand der gesetzlichen Schranken von den Kapitalisten genommen wird, um ihnen die Stelle zu verweigern. Ein Beispiel: In Frankfurt beantragte eine 24 Jahre alte Straßenbahnführerin, daß sie nicht mehr zur Nachtschicht eingeteilt werden wolle. „Hier seien Belästigungen und Beleidigungen in „unflätigster Weise“ durch Vagabunden, jugendliche Randalierer und angegriffene oder betrunkenen Fahrgäste eher die Regel als die Ausnahme“ („Welt der Arbeit“, 23.7.78).

Die Straßenbahndirektion berief sich auf die Gleichberechtigung und auf den Protest der männlichen Kollegen, die auch keinen Bock auf Nachtschicht hätten. Als eine Frankfurter Richterin der Straßenbahndirektion darauf hin Auflagen erteilte (z.B. die Frau nur dann zur Nachtschicht einzuteilen, wenn sie eine abschließbare Führerkabine hätte), „reagierte die Straßenbahndirektion auf diesen Vergleich sauer. Sie ließ wissen, daß man künftig auf die Einstellung von Frauen verzichten müsse, da Dienstpläne sich nicht für eine Einzelperson machen lassen“ („Welt der Arbeit“, 23.7.78).

Was einzelnen jungen Frauen jetzt als tatsächliche Beschränkung entgegentritt, ist für die meisten berufstätigen Frauen ein wichtiger Schutz vor noch schärferer Ausbeutung durch die Kapitalisten.

Schichtarbeit ist selbst nach den dürftigen bürgerlichen Untersuchungen als ein wesentlicher Faktor des Gesundheitsverschleißes offensichtlich. „Der Wechseldienst führe in den meisten Fällen zu Schlafstörungen und Übermüdung und habe zur

Folge, daß sich Arbeitnehmer häufiger krank meldeten. Untersuchungen ergaben, daß bei gleicher Leistung in der Nacht mehr körperliche und nervliche Energie verbraucht werde als am Tag“ („Hamburger Morgenpost“, 7.4.78).

Was das in der Praxis für eine Frau heißen kann, mag folgendes, sicher krasse, Beispiel eines männlichen Kollegen schildern: „Der Kollege arbeitet von Montag bis Sonntag in der Woche in der Frühschicht acht Stunden und am Sonntag mit Sondergenehmigung des Gewerbeaufsichtsamtes zwölf Stunden... Dann geht er ab Montag drei Tage in die Nachtschicht, anschließend hat er vier freie Tage. Dann geht er ab Montag bis Sonntag in die Nachtschicht einschließlich zwölf Stunden am Sonntag... usw. (Anmerkung: wenn man die gesamte Stundenzahl auf die Woche umrechnet, ergibt sich theoretisch eine 42-Stunden-Woche. In der Praxis wird jedoch bis zu zehn Tagen hintereinander gearbeitet)“ („Industriearbeit und Gesundheitsverschleiß“, EVA, Frankfurt/Main, 1975, S. 156).

Die Auswirkungen, die Schichtarbeit für die betroffenen Frauen darüber hinaus hätte - wie Hausarbeit, Familienleben, Freizeit - sind offensichtlich.

Nehmen Sie's wie ein Mann, Madame?

18 Jahre alt ist „die Frau, die Männerarbeit mag“, „Frankreichs erste Holzfällerin“. Ihr „flößt die ausgesprochen harte Holzfällerarbeit bei Wind und Wetter in freier Natur, für die sich kaum noch männliche Bewerber finden, keine Angst ein“ („Hamburger Abendblatt“, 16.10.78). „Angela (16) geht mit Hammer und Wasserwaage um wie die Männer“ („HA“, 2.11.78). Ja, das sind: „Mädchen - wie die Männer“ („Zeit“-Magazin, 23.6.78).

Es darf nicht darum gehen, die einzelnen Mädchen davon abzuhalten, sich den Beruf zu nehmen, den sie wünschen - und sei es der eines Straßenarbeiters, wie im nachfolgenden Beispiel. Wir wehren uns aber, daß solche Berufsbilder alle Frauen als Maßstab und Zukunft gegeben werden: „In ihrem blauen Monteursanzug mit der Datsun-Schrift auf dem Rücken, sieht sie eher wie ein Junge aus... Sie ist nur 1,55 m groß und wenn sie ein 30 Kilo schweres Rad von der Achse hebt, hilft ihr kein Kollege“.

Birkenhof: Probleme lassen sich nicht einsperren

Im Kampf gegen das Mädchen-Erziehungsheim Birkenhof in Hannover hat es in den letzten Monaten entscheidende Veränderungen gegeben.

Die aus dem „Mädchengefängnis“ geflüchteten ehemaligen Zöglinge sind seit der Räumung des von ihnen besetzten „Iris-Trapp-Hauses“ durch die Polizei noch immer ohne sichere Bleibe, zumal jetzt, nach vielen spektakulären Aktionen in der Öffentlichkeit (Kirchenbesetzung, Demonstrationen etc.) und Verhandlungen mit den verantwortlichen Stellen der Ämter, die von ihnen geforderte Jugendwohngemeinschaft wieder in weite Ferne gerückt zu sein scheint. Am 28.1.79 berichtete die „Neue Presse“ unter der Schlagzeile „Birkenhof: Kein Geld und Wohnungen gekündigt“, daß „der Plan, 17 entlassene Heimzöglinge (...) in Jugendwohngemeinschaften unterzubringen“ zu platzen droht. „Der Verein Jugendhilfe e.V. (Hinterhaus) will die Trägerschaft für die Wohngemeinschaften nicht übernehmen“. Als Begründung wird genannt, daß es Schwierigkeiten bei der Wohnraumbeschaffung mit der Stadt gibt.

Für die Mädchen spitzt sich damit ihre Situation weiter zu, denn sie bekommen keine finanzielle Unterstützung, können auch nicht arbeiten, denn ihre Papiere „sind noch in den Schubladen der Behörden“ (NP, 28.1.). Des weiteren gelten noch immer die „amtlichen Aufgreifbefehle“. Derart in die illegale Ecke gedrängt, verwundert es einen kaum noch, daß den Mädchen selbst das Recht, zur Schule zu gehen, verweigert wird: als ein Teil von ihnen im letzten Herbst auf dem Schulhof der Gesamtschule Roderbruch mit anderen Schülern ihre Lage diskutierte und am Unterricht teilnehmen



„Karin Clasen, 26 Jahre, ist Deutschlands einzige Meisterin für Zentralheizungs- und Lüftungsbau. Die Kölnerin entschloß sich ... zu dem Beruf, um später in das väterliche Geschäft einzusteigen.“

Während der Ausbildung in einem fremden Betrieb mußte das hübsche, blonde, zarte Geschöpf (Sie sollten mal meine Muskeln fühlen!) oft mit einem Kollegen Heizungskessel bis zu 80 kg schleppen...

Rosi Hundhammer-Beblo... schleppte Zementsäcke, die schwerer als sie selber waren und kippie stundenlang 25 Pfund schwere Zementrationen in einen Mischer. Sie froh und schwitzte, hatte Blutungen, aber sie gab nicht auf. ... Falls mir Hilfe angeboten wurde, habe ich sie abgelehnt. Ich wollte als vollwertig anerkannt werden, wollte ein ganzer

Mann sein“. Und „Gisela mit dem Rammbar“ meint, daß sie die Arbeit auch deshalb gewählt habe, „weil die Kerle ja heute nicht mehr richtig arbeiten wollen“ (alle Zitate aus „Zeit“-Magazin, s.o.).

Wir denken, daß die Schilderungen im „Zeit“-Magazin nicht dazu dienen sollen, die tatsächlich vorhandenen Vorurteile gegenüber Frauen in technischen Berufen abzubauen. Schon gar nicht sind sie geeignet, über schlechte Arbeitsbedingungen nachzudenken oder darüber, inwieweit Arbeitsumgebung, Handwerkszeug etc. weiblichen Gegebenheiten angepaßt sind. Hier gibt es nur den Weg: Frau passe sich an! Sie wird's mit doppeltem Einsatz dann vielleicht schaffen... (Das Thema wird im nächsten AK fortgesetzt).

AG Frauen Hamburg

wollte, informierte die Schulleitung die Polizei, die auch prompt anrückte. Die Schüler schützten die Mädchen, jedoch die Personalien von zwei Mitgliedern des Vereins für Erziehungshilfen wurden aufgenommen. Beide stehen jetzt wegen „Hausfriedensbruch“ vor Gericht („HAZ“, 20/21.1.79).

Es scheint, als würde die Kette der Repressalien kein Ende nehmen. Die „Neue Presse“ berichtet am 28.1.79: „Für die ehemaligen Heiminsassen wird es jetzt ernst. Ihre vorübergehende Bleibe in Wohnungen von Mitgliedern des Vereins für Erziehungshilfen ist außerdem in Frage gestellt: die Vermieter haben die mit Jugendlichen überfüllten Wohnungen von Vereinsmitgliedern gekündigt“.

Um das Heim selbst, den Birkenhof, ist es inzwischen recht still geworden.

Zwar hat die große öffentliche Kritikwelle zu einer „Überprüfung“ der Zustände geführt, aber wie eine solche Untersuchung oft aussieht, hat die Heiminitiative Hannover in ihrem Birkenhof-Theaterstück beim Jugendhilfetag eindrucksvoll vorgeführt: die Insassen wurden für diesen Tag durch falsche Versprechungen besonders gefügig gemacht, die Türen bleiben ausnahmsweise unverschlossen usw. Der Birkenhof mußte seine Aufnahmekapazität von über 100 Plätzen auf 25 reduzieren.

Noch immer beweisen Mauer und Stacheldraht, auf die aus „pädagogischen Gründen“ nicht verzichtet werden kann, was für ein Erziehungskonzept in dieser „christlichen Anstalt“ gilt. Auch weiterhin dürfen die eingesperrten Mädchen ihre Zigaretten, Musikgeräte und ihr Geld nicht selbst verwalten; nur am Wo-

chenende und nur, wenn sie sich artig verhalten haben dürfen sie das Gelände in Begleitung einer Erzieherin verlassen.

Auch die Psychiaterin, die während der Kampagne gegen das Heim aufgrund ihrer haarsträubenden Methoden unter massiven Beschuß geraten war, versieht dort noch ihren Dienst, genauso wie keiner der Verantwortlichen seinen Hut nehmen und gehen mußte.

Der Birkenhof bemüht sich emsig um Rehabilitation und Imagepflege in der Öffentlichkeit: eine bunte Werbebroschüre in Glanzpapier (mit deren Herstellung eine Werbeagentur beauftragt wurde!) soll helfen, das angeblich „neue“ Konzept zu verkaufen. Neu und erfreulich ist einzig, daß hinter den grauen Mauern jetzt nur noch 25 Mädchen leben müssen - es bleibt die Befürchtung, daß nach einer gewissen Zeitspanne, in der „Gras über die Sache wachsen“ kann, das Heim neu aufgefüllt werden soll. Das neue Jugendhilfegesetz jedenfalls öffnet der Birkenhof-Leitung Tür und Tor, ihren Gefängniszwang rechtlich abgesichert weiterzutreiben: die §§ 46 und 47 im Jugendhilferechtentwurf sehen „geschlossene Unterbringung“ ausdrücklich vor. Damit wird „... erstmals in der deutschen Geschichte der Heimerziehung die Zwangsmaßnahme des Freiheitsentzuges zur sofortigen und totalen Isolierung von Kindern und Jugendlichen im Gesetz festgeschrieben“ („päd.-extra Sozialarbeit“). Wir können uns dem Aufruf „Probleme lassen sich nicht einsperren“ nur anschließen - der Birkenhof mit samt Mauer und Stacheldraht muß endgültig und vollständig weg!

KB Hannover

WEG MIT DEM § 218!

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Das alte Unrecht ist geblieben: Am 25.2. jährt sich das Urteil des Bundesverfassungsgerichts gegen die Fristenregelung zum vierten Mal. Zigtausende von Frauen müssen heute in der BRD nach wie vor unter entwürdigenden Bedingungen abtreiben. Trotz erfüllter Auflagen nach den vorgegebenen Indikationen können Ärzte und Krankenhäuser den Frauen den Eingriff verweigern. In Bayern und Baden-Württemberg verboten die Kreistage den ihnen unterstellten Kliniken sogar gesetzlich die Durchführung von Abtreibungen nach der „Notlagen“-Indikation. Zigtausende von Frauen fahren jedes Jahr nach Holland.

Viele Frauengruppen in der BRD haben Aktionen und Veranstaltungen für die Zeit um den 25.2. gegen den § 218 angekündigt. Nach wie vor fordern wir: WEG MIT DEM § 218! FÜR DIE VÖLLIGE LEGALISIERUNG DER ABTREIBUNG!



Prostaglandin-Tests an der Medizinischen Hochschule in Lübeck

Wie diskriminierend und demütigend Frauen, die abtreiben wollen, an der Medizinischen Hochschule in Lübeck (MHL) behandelt werden, wurde schon einmal bekannt: als nämlich das Lübecker Frauenzentrum vor zwei Jahren einen psychologischen Fragebogen, der den Frauen trotz vorhandener Indikation vorgesetzt wurde, in der Öffentlichkeit anprangerte. Seither ist der Fragebogen (z.B. „Was empfinden Sie, wenn Sie Hunde auf der Straße beim Geschlechtsverkehr beobachten?“) wieder in den Schubladen der MHL verschwunden. Inzwischen wurde dem Frauenzentrum bekannt, daß auch an der MHL das Wehenmittel Prostaglandin an Frauen, die abtreiben, getestet wird. In der MHL werden die Frauen regelrecht als Versuchskaninchen behandelt. Eine Frau, die dort eingeliefert wurde, berichtet:

„Ich lag in einem Zimmer mit sieben (!) anderen Frauen, von denen zwei mit Prostaglandin behandelt wurden. Beide hatten eine „soziale Indikation“ und waren noch vor der 12. Woche. Die Frauen wurden an den Tropf gelegt und bekamen alle 4 Stunden Prostaglandin gespritzt – immer dann, wenn die Wehen etwas nachließen. Die Frauen hatten große Schmerzen, stärker als bei einer Geburt, denn bei Prostaglandin gibt es keine Pausen zwischen den Wehen. Diese Tortur dauerte die ganze Nacht, bis der Fötus ausgestoßen wurde. Frau kann sich vorstellen, wie uns anderen dabei zumute war.“

An Schlaf war nicht zu denken. Als ich die eine Frau fragte, warum sie denn auf diese Weise abtreibt, sagte sie mir, das müsse so sein, damit der Fötus rauskommt, und außerdem hätte ihr Dr. B. gesagt, sie sei schon in der 17. Woche. Sie selbst und ihr Arzt, der sie in die MHL überwiesen hatte, meinten zwar, sie sei in der 10. Woche, aber na ja ... Die Frau war über Prostaglandin überhaupt nicht aufgeklärt worden.

Ich erfuhr auch, was Frauen passiert, die eine Behandlung mit Prostaglandin verweigern: am zweiten Tag wurde eine Neue eingeliefert, die von den anderen erfuhr, was auf sie zukäme bei einer Abtreibung mit Prostaglandin. Sie verweigerte die Behandlung. Daraufhin wurde ihr gesagt: entweder mit Prostaglandin oder gar nicht! Die Frau willigte schließlich ein, weil sie so schnell keine andere Möglichkeit sah. Sie war auch noch vor der 12. Woche und hatte eine medizinische Indikation. Als der Chefarzt sie bei der Visite fragte, wie es denn gewesen sei, antwortete sie: „Ach, nicht so schlimm!“. Was soll sie in einer solchen Lage auch sonst sagen, wenn sie nicht noch schlechter behandelt werden will! Und hinterher steht wahrscheinlich im Test-Ergebnis der MHL: „Die Frau hatte kaum Schmerzen“. So kommen wissenschaftliche Untersuchungen zustande.

Genossinnen aus Schleswig-Holstein

§ 218: Ein Urteil mit „Signalwirkung“?

Eine Alfelder Gynäkologin hatte einer 14-jährigen schwangeren Schülerin eine „soziale Indikation“ ausgestellt. Der Chef der gynäkologischen Abteilung im Städtischen Krankenhaus Alfeld lehnte den Schwangerschaftsabbruch ab. Mutter und Tochter baten die Ärztin um Hilfe. Diese schickte, da die Schwangerschaft schon weit fortgeschritten war, Mutter und Tochter nach Holland und wurde deshalb vom Amtsgericht Alfeld wegen Beihilfe zum Schwangerschaftsabbruch zu 4.500 DM Geldstrafe verurteilt. Eine ähnliche Strafe erhielt auch die Mutter des schwangeren Mädchens. Während die Ärztin in die Berufung ging, mußte die Mutter aus finanziellen Gründen darauf verzichten. Die 1. Große Strafkammer des Landgerichts Hildesheim sprach dann die Ärztin von der Anklage wegen Beihilfe zum Abbruch der Schwangerschaft frei.

Das heißt, daß eine Frau, bei der aus medizinischen oder sozialen Gründen ein Schwangerschaftsabbruch geboten ist, notfalls auch

in eine Klinik nach Holland geschickt werden kann.

„Das Landgericht folgte dem Sachverständigen Dr. Heinz Brandes aus Celle, der Schwangerschaften junger Mädchen grundsätzlich für gefährlich hält und gerade in diesem Fall einen Abbruch aus medizinischen und sozialen Gründen für gerechtfertigt erklärte.“

Sogar der Oberstaatsanwalt hielt „einen Satz aus dem ersten Urteil, wonach einer Austragung des Kindes aus sozialer Sicht nichts im Wege stünde, weil es ja gleich zur Adoption freigegeben werden könnte“, für haltlos. „So etwas einer Frau zuzumuten, ist unmenschlich, Frauen sind keine Gebärmaschinen“, war sein Kommentar.

Ob dies ein beispielhaftes Urteil im Sinne der Frauen wird, bleibt abzuwarten, leider ist es noch nicht rechtskräftig. (Alle Angaben und Zitate nach „Hannoversche Allgemeine Zeitung“, 27.10.78).

Frauen AG Hannover

Endlich — Pro Familia Bremen erhält grünes Licht für ambulante Abtreibungen

Am 12. Februar konnte endlich nach vielen Schwierigkeiten das Behandlungszentrum der pro familia in Bremen im geplanten Umfang in Betrieb genommen werden. Das bedeutet, daß außer den üblichen Leistungen von pro familia wie Sexualberatung, Familienplanung, Sozialberatung usw. jetzt auch ambulante Abtreibungen vorgenommen werden. Damit ist eine wesentliche Erleichterung für Frauen, die in Bremen abtreiben wollen, geschaffen:

- der oftmals unsinnige tagelange Krankenhausaufenthalt entfällt;
- es wird mit der Absaugmethode gearbeitet, kein Prostaglandin, kein Ausschaben;
- der lange, oft entwürdigende Instanzenweg wird erheblich erleichtert, da Frau alles im Behandlungszentrum erledigen kann und nicht von einem Arzt zum anderen rennen muß;
- das Zentrum arbeitet nicht als Profitunternehmen, sondern erklärmaßen, um Hilfe für Frauen anzubieten. Damit sind die Voraussetzungen für menschenwürdige Behandlung erheblich größer, als in den herkömmlichen Einrichtungen.

Insgesamt arbeiten z.Z. 18 Frauen und Männer im neuen Behandlungszentrum. Außer Sozialarbeiterinnen, Psychologen, einem Zivildienstleistenden, einer Krankenschwester sind drei Ärzte eingestellt. Einer dieser Ärzte ist der medizinische Leiter des Zentrums, die beiden anderen praktizieren frei und arbeiten stundenweise im Zentrum.

Ursprünglich sollte bereits im Oktober 78 mit den Abtreibungen begonnen werden können. Wieder und wieder wurde das verzögert. Schwierigkeiten gab es mit der Finanzierung, die auch bis heute noch nicht langfristig gesichert ist. Gesundheitsbehörde, Ärztekammer und kassenärztliche Vereinigung zögerten ihre Genehmigung immer wieder heraus, ohne daß ernsthafte Bedenken oder Gründe genannt wurden, die Zusage wurden einfach „verschleppt“. Inzwischen haben sie nun alle das Behandlungszentrum „für gut befunden“, auch die kassenärztliche Vereinigung, so daß gewährleistet ist, daß die Abtreibungen über Krankenschein laufen.

Die Schwierigkeiten sind damit aber sicher nicht überstanden. Die Genehmigung, Abtreibungen durchzuführen, bezieht sich nämlich nicht auf das gesamte Institut, sondern auf jeden einzelnen der drei Ärzte, d.h. für jeden neuen Arzt, der dort arbeiten will, muß wieder eine neue

Genehmigung beantragt werden. Und es gibt genug Leute, die gegen das Projekt sind und pro familia liebend gern Steine in den Weg legen wollen. Daher erklärt sich auch die Vorsichtigkeit, mit der pro familia an das Projekt herangeht.

Um jede Möglichkeit von Komplikationen auszuschließen, werden Abbrüche nur bis zur 8. Woche durchge-

führt. Es wird vorerst nur eine begrenzte Zahl von Abbrüchen (im Gespräch waren täglich zehn) vorgenommen.

Wir hoffen, daß alles glatt läuft und das Zentrum bald vergrößert werden kann. Vor allem hoffen wir, daß auch in anderen Orten ähnliche Einrichtungen entstehen.

AG-Frauen/KB Gruppe Bremen

**frauen
entscheiden über
freie verhütung,
freie abtreibung
eine zwangssterilisation**



**internationaler
aktionstag 31.märz 79**

internationale koordinierung für das abtreibungsrecht (IKAR)

Dieses Plakat ist das Symbol für den von der Internationalen Koordination für das Abtreibungsrecht (IKAR) ins Leben gerufenen Aktionstag am 31.3.79. Bisher beteiligen sich daran Frauengruppen aus Belgien, England, Frankreich, Holland, Italien, Luxemburg, Spanien und der Schweiz. Beim letzten Treffen war die BRD mit Vertreterinnen aus Köln-Ehrenfeld (Frauenzentrum) und Westberlin (Frauenzentrum) dabei.

„Hausfrauengewerkschaft“ gegründet

Wie schon im Oktober letzten Jahres angekündigt, hat die Kieler Pädagogik-Dozentin Dr. Gerhild Heuer jetzt eine „Hausfrauengewerkschaft“ gegründet; diese umfaßt derzeit 1.500 Mitglieder.

Ziel der Gewerkschaft soll es sein, „die tatsächliche Anerkennung der Hausfrauentätigkeit als Beruf zu erreichen. Die Einführung einer Krankenversicherung für Hausfrauen und eine angemessene Altersversorgung durchzusetzen“.

In Interviews mit der Presse griff Frau Heuer berechnete Klagen der Hausfrauen auf: „Die Hausfrauen werden viel zu wenig anerkannt. Wenn irgend etwas im Haushalt nicht klappt, dann seien meistens die Hausfrauen daran Schuld. Das gelte auch für die Kindererziehung. Hinzu komme, daß sich immer noch viele Männer wie ‚Paschas‘ aufspielen und häufig sogar den Hausfrauen das Taschengeld vorenthalten, obwohl es ihnen gesetzlich zusteht“ („Hamburger Anzeigen und Nachrichten“, 27.10.78).

In ihrem Programm geht die „Hausfrauengewerkschaft“ darauf ein, daß es immer noch nicht genügend kinderfreundliche Wohnungen zu angemessenen Mieten und so wenig kindergerechte Spielplätze gibt. Sie stellt die Forderung auf, daß kinderreiche Familien oder Familien mit geringem Einkommen weniger Telefon-, Rundfunk- und Fernsehgebühren zahlen sollen, und sie beklagt, daß viele Grundnahrungsmittel so teuer sind.

Was in dem Programm und den Äußerungen fehlt, ist eine kritische Auseinandersetzung mit der üblichen Rolle der Frau als Nur-Hausfrau und Mutter. Diese wird nicht in Frage gestellt. Die Erhaltung der Familie (und Verbesserungen in diesem Rahmen) ist im Gegenteil das Ziel: „Man muß den Frauen vor allem Mut machen, der intakten Familie zuzuliebe zu Hause und trotzdem gesellschaftlich ‚Up to date‘ zu bleiben“ („Hamburger Abendblatt“, 27.10.78).

„Das traditionelle Bild der Hausfrau und Mutter soll den Gegebenheiten unserer Gesellschaft angeglichen werden. Hausfrau und Mutter zu sein, bedeutet doch nicht, sich zum Aschenputtel der Nation machen zu lassen, sondern sollte heißen: gleichberechtigtes und anerkanntes Familienmitglied, das gemeinsam mit den anderen einen Beitrag zur Bewältigung der Alltagspflichten leistet. Intakte Familie kann nicht bedeuten, daß es allen – nur nicht der Hausfrau und Mutter – gut geht, sondern daß Rechte und Pflichten gleichmäßig verteilt und wahrgenommen werden, zum Wohle der ganzen Familie“.

(Aus dem Programm).

In einem Interview mit dem NDR sprach Frau Heuer davon, daß sie eine Eingliederung der Frauen ins Berufsleben nur dann befürworte, wenn die Frauen ihre „Hausfrauen- und Staatspflicht“ erfüllt hätten.

Zur Durchsetzung ihrer Ziele schlägt die neue „Gewerkschaft“-Chefin teilweise völlig unsinnige und vor allem sehr radikal klingende Kampfmethoden vor. So könnten die Frauen nach ihrer Ansicht z.B. die Kinderbekleidungsbranche boykottieren, bis sie Preiswerteres anbietet. Dagegen, daß jährlich Tausende von Kindern auf dem Schulweg verunglücken, schlägt sie einen Schulstreik vor, der von den Müttern inszeniert werden sollte. Zur Änderung der Kinder- und Jugendprogramme schlägt sie vor, die Fernsehgeräte zeitweise abzumelden. Wie sich die Programme inhaltlich ändern sollten, läßt sie offen. Mit einem Wahlboykott (oho!) will sie die Parteien zwingen, sich mehr um die Probleme der Hausfrauen zu kümmern.

Auffällig bei der Aktion der Frau Dr. Heuer ist auch ihr totaler Alleingang. Fraglich ist, wie ernst es mit einer Zusammenarbeit mit bestehenden Frauenorganisationen meint, die sie noch Ende letzten Jahres ankündigte. Von der „Gründung“ blieben diese bewußt ausgespart: „Wir mußten befürchten, daß radikale politische Frauengruppen die Tagung gesprengt hätten“ („Hamburger Abendblatt“, 11.2.79).

Hausbesitzerterror gegen ausländische Frauen

40 ausländische Kolleginnen protestieren gegen die menschenunwürdigen Wohnbedingungen im früheren Frauenwohnheim Fossestr. 83, Hannover. Es gibt keine Briefkästen, die Haustür ist regelmäßig verschlossen, eine Klingel mit Gegensprechanlage existiert nicht, Männerbesuche sind fast gänzlich verboten. Im Badezimmer und den Duschen in den beiden Stockwerken, in denen die Frauen wohnen, fließt nur selten warmes Wasser, obwohl diese Leistung im Mietpreis vereinbart war. In den Duschen blättert der Putz von den Decken, die Flure werden nicht gereinigt und auch der Strom wird sporadisch abgestellt. Mietverträge für die 11 qm großen Einzel- und die etwas größeren Doppelzimmer zum Mietpreis von

150/170 DM haben die Frauen auch nicht bekommen. Der Hausbesitzer Fred Hemmecke dazu: „Ich habe hier im Büro einen internen Wohnvertrag, den alle unterschrieben haben, aber der bleibt bei mir. Das war schon immer so“. Jetzt will er, nachdem die unteren vier Etagen zum „Hotel“ ausgebaut wurden, die Frauen mit allen Mitteln auf die Straße setzen: höhere Mietpreise werden angedroht, und in einer Nacht kam Hemmecke in die Etagen, trat gegen die Türfüllungen, schrie und drohte, in einige Räume einzudringen. Bislang halten die Frauen zusammen.

AG Frauen Hannover

„Frauen lernen gemeinsam“

So nennt sich ein Verein von Frauen in Freiburg, der eine neue Art von Bildungsarbeit für Frauen entwickeln will.

Der Verein ist zur Zeit in den Räumen des Freiburger Frauenzentrums untergebracht, dort treffen sich auch die verschiedenen Arbeitsgruppen.

Vom 12. – 17. März ist eine Tagung für alle an feministischer Erwachsenenbildung Interessierte geplant.

Nähere Informationen sind zu erhalten über:

Ruth Köhler
Gustav-Stresemann-Institut
Hans Lerbach
5060 Bergisch-Gladbach 2
oder:

Verein „Frauen lernen gemeinsam e.V.“, Arbeitsgemeinschaft zur Verwirklichung des Gleichberechtigungsgesetzes
Luisenstr. 5
7800 Freiburg
(„FR“, 27.1.79).

Sterilisation wegen drohender Arbeitslosigkeit

Um nicht ihren Arbeitsplatz zu verlieren, mußten sich fünf Frauen im Bundesstaat West Virginia sterilisieren lassen. Diese menschenverachtende Entscheidung zwang der USA-Konzern „American Cyanamid“ den Arbeiterinnen auf, weil er selbst nicht bereit war, die gefährlichen und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen, unter denen die Frauen dort arbeiten müssen, abzuschaffen. Die Konzentration von Blei in den Werkshallen ist so hoch, daß es bei Schwangerschaft der Frauen zu einer schweren Gefährdung der Embryos kommen könnte.

Die Kapitalisten scheren sich einen Dreck um die Gesundheit der Arbeiterinnen und greifen dazu noch brutal in ihr ganz persönliches Leben ein.

Die fünf Frauen, die sich in ihrer Not haben sterilisieren lassen – sie sind auf den Lohn angewiesen und fanden keine andere Arbeit – haben jetzt den Konzern wegen Menschenrechtsverletzung verklagt. (Nach „FAZ“, 5. 1.79 und „UZ“, 12.1.79.)



Kinder

Leserbrief

Nochmals zum Thema: Sexualität zwischen Kind und Erwachsenen

In unserer Zelle nutzten wir die Weihnachtsferien, um uns zwei Tage lang zu schulen. Am zweiten Tag war eigentlich das Thema Revisionismus an der Reihe. Spontan und unvorbereitet diskutierten wir stattdessen über Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern. Die Diskussion ging aus von einem Fall praktizierter Sexualität zwischen einem Mann und einem 5–6-jährigen Mädchen. Dabei war nicht bekannt, welche Beziehung besteht zwischen dem Erwachsenen und dem Kind, welche Form der Auseinandersetzung er mit dem Kind geführt hat, mit welchen anderen Kindern und Erwachsenen das Mädchen über seine Erfahrungen gesprochen hat.

Ich stelle mal die konträren Positionen von mir und den übrigen Zellengenossen dar. Diese (4 Frauen, 2 Männer) vertreten nahezu übereinstimmend folgende Positionen:

— Es ist nicht einzusehen, daß ein Kind dabei einen Schaden erleiden muß, denn es gebe darüber keine wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnisse.

— Kinder hätten ein Bedürfnis, mit Erwachsenen Sexualität im Sinne von Zärtlichkeiten auszutauschen. Als Erwachsener traue man sich aufgrund herrschender Normen nicht, dabei auch Lust zu empfinden und einzugehen.

— Es sei ein Widerspruch, wenn man als Erwachsener einem Kind den Hals, Rücken etc. streicheln dürfe, bei den Geschlechtsteilen aber Schluß sein müsse.

— Bei pädagogischen Fragen, wie z.B. Höhe des Taschengeldes, gehe man doch auch vom Ziel aus, möglichst gleichberechtigte Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern herzustellen. Warum also bitteschön sei eine Gleichberechtigung in der Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern nicht auch möglich?

— Kinder hätten den Wunsch, Sexualität mit Erwachsenen zu erleben. Als Beleg wurden Erinnerungen an die eigene Kindheit zitiert, wo Träume, geheime Vorstellungen etc. den Wunsch weckten, mit der Mutter, dem Vater, zu schlafen.

— Ziel müsse es sein, in Anlehnung an den Schwulenartikel „Diktatur der Normalität“ (AK 138) bürgerliche Normen und Tabus zu durchbrechen. Leider würden auch sozialistische Positionen mit diesen bürgerlichen Tabus

nicht brechen.

— Als einziger Grund gegen Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern wurde genannt, daß z.B. fortschrittliche Institutionen sofort geschlossen würden, wenn herauskäme, daß dort Sexualität zum pädagogischen Konzept gehöre.

Nun zu meinen Positionen: Ich meine, daß sexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Kindern nicht Ergebnis einer gleichberechtigten Beziehung sind. Diese sind in unserer Gesellschaft grundsätzlich nicht gleichberechtigt. Das kann man mit unzähligen Beispielen belegen.

In der traditionellen Kleinfamilie – und da wird es ja wohl kaum Widersprüche geben – ist das Kind der wehrloseste Teil. Es steht unter der Herrschaft des Erwachsenen, insbesondere unter der des Mannes. Das Elternrecht unterstellt die Kinder dem totalen Machtanspruch der Eltern. So können die Eltern gegen den Willen ihrer Kinder entscheiden, welche Schulform das Kind besuchen muß. Der Freundin, dem Freund, die vielleicht von den politischen Ansichten her nicht in das Weltbild der Eltern passen, kann jeglicher Kontakt mit den Kindern verboten werden.

Nun wird ja sicher argumentiert werden, die Frage nach der Gleichberechtigung zwischen Erwachsenen und Kind stelle sich für uns nicht bei der bürgerlichen Kleinfamilie, sondern bei fortschrittlichen, linken Eltern. Bei Eltern also, die sich mit alternativer Kindererziehung auseinandersetzen, die Erziehung als kollektiven Prozeß verstehen wollen. Ich wage jedoch zu bezweifeln, daß sich die Lage der Kinder bei den Eltern, die man landläufig als fortschrittlich oder links bezeichnet, grundlegend unterscheidet von dem Leben, das ein Kind in einer bürgerlichen Kleinfamilie führt:

— Kinder werden auch von linken Eltern geschlagen. Sie erleben vielfältige Formen psychischer Gewalt. Es muß selbst im KB erstmal ein Bewußtsein dafür geschaffen werden. Die Position im Zusammenhang mit dem Schlagen ist doch nicht selten, daß man für den schlagenden Erwachsenen „Verständnis“ hat. Bei so einem Ansatz bleibt der Schutz des Kindes allzu leicht auf der Strecke.

— Zur konkreten Situation der Kin-

der fortschrittlicher, linker Eltern kann ich weitere Beispiele aufzählen, die belegen, daß die Gleichberechtigung zwischen Erwachsenen und Kind leicht zum Lippenbekenntnis wird: Viele Eltern/Bezugspersonen entscheiden selbstherrlich, mit wem sie eine WG gründen wollen. Die Interessen des Kindes werden dabei nicht wirklich berücksichtigt. Wann bekommt denn schon mal ein Kind die Entscheidungsmöglichkeit, zu sagen „Ich möchte mit meiner Freundin, meinem Freund, zusammenziehen. Seht zu, wie ihr als Erwachsene euch zusammenrauft!“?

Ich habe bisher zwar nichts direkt zur Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern gesagt, habe aber meiner Meinung nach das damit verbundene Kernproblem angesprochen; indem ich ausdrückte, daß die Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern heutzutage nicht gleichberechtigt sind. Deshalb glaube ich auch, daß unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen das Kind auf der Strecke bleibt, wenn es zu sexuellen Handlungen kommt.

Ich kann mir vielleicht vorstellen, daß eine Gesellschaftsform in weiter Zukunft es ermöglicht, daß die Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kind auf gleichberechtigter Stufe ablaufen. Heute aber stellt sich vor allem die Frage, wie das Kind zu einem selbstständigeren Menschen erzogen werden kann. In Bezug auf die Sexualität des Kindes heißt das: Wie können wir das Kind so unterstützen, daß es zu anderen Kindern Emotionalität, Solidarität und die von ihm erwünschte Form der Sexualität entwickeln kann.

Meine Erfahrungen mit Kindern sind die, daß sie ein Bedürfnis haben zur Sexualität mit ihren Freundinnen und Freunden. Sie sind auch neugierig, wie meine Sexualität als Erwachsener aussieht und stellen mir so hartnäckige Fragen, daß ich oft in Schwierigkeiten gekommen bin zu antworten. Ich finde, es ist sehr wichtig, dem Kind zu erklären, wie ich meine Sexualität als Erwachsener befreie. Ich habe aber nie erlebt, daß ein Kind den Wunsch hatte, mit mir sexuellen Kontakt zu haben in dem Sinne, wie ich ihn als Erwachsener verstehe.

Ein Hamburger Lehrgenosse

Kurzmeldungen

Sexualkunde in NRW

In Nordrhein-Westfalen soll nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts der Sexualkundeunterricht gesetzlich festgelegt werden. Vorgesehen ist die Verteilung des Unterrichtes auf verschiedene Fächer. In dem Entwurf heißt es, daß die Sexualerziehung zwar „zu den Aufgaben der Schule“ gehört, aber „die unterschiedlichen Wertvorstellungen in diesem Bereich“ beachten müsse. Die Verteilung des Sexualkundeunterrichts auf verschiedene Fächer führt nach bisheriger Erfahrung dazu, daß zwischen den verschiedenen Fächern alles „Unangenehme“ oder „Unaussprechliche“ unter den Tisch fällt („Das behandeln wir nicht in Biologie, fragt bitte den Religionslehrer!“).

Zentralstelle für Kindesmißhandlungen in Hamburg schwach besetzt

Seit 1977 gibt es bei der Hamburger Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung eine Zentralstelle für Kindesmißhandlungen, an die sich Betroffene und Menschen, die Mißhandlungen bemerken, wenden können. Diese Stelle ist eine zweiseitige Angelegenheit, weil behördliche „Jugendschützer“ außer Repressionsmitteln wie Fürsorgeerziehung kaum

wirksame Mittel in der Hand haben.

Wie dem auch sei, diese Stelle wird seit zwei Jahren als Erfolg dargestellt. Einigen Kindern bzw. Familien soll schon geholfen worden sein, insbesondere wohl durch den ehrenamtlichen Einsatz von Leuten aus dem Kinderschutzbund.

Die Anfrage einer CDU-Abgeordneten in der Hamburger Bürgerschaft brachte jetzt heraus, daß nach wie vor von behördlicher Seite diese Zentralstelle lediglich aus einer tagüber telefonisch zu erreichenden Sozialarbeiterin besteht.

Polizei gegen „Schulschwänzer“

Seit Jahren versuchen Schulbehörden durch Ordnungsmaßnahmen, Bußgelder und Einschaltung der Gerichte, Kinder, die nicht in die Schule gehen wollen, dorthin zu zwingen. Allein für die Stadt Mönchengladbach wurde jetzt bekannt, daß bisher 400 Eltern „Ordnungsverfügungen“ ins Haus geflattert sind, ihre Kinder zur Schule zu schicken. In 108 Fällen holte die Polizei die Kinder ab („Bild“, 31.1.79).

Wohnungsbau und Kriminalität

Den Zusammenhang zwischen menschenfeindlichem kapitalistischem Wohnungsbau und „Ausflippenden-

zen“ bei Jugendlichen und Kindern macht wieder einmal eine Untersuchung an der Uni Kiel deutlich. Befragt nach „strafbaren Handlungen“ wurden 600 zufällig ausgewählte Jugendliche. Das Ergebnis: Die meisten „strafbaren Handlungen“ gingen von Kindern und Jugendlichen aus Hochhaus-Beton-Siedlungen am Stadtrand aus. Kommentar der Studie: Eine stärkere Überwachung solcher Stadtteile würde „das Symptom nicht an der Wurzel kurieren“. Es wird vorgeschlagen, die „jugendgefährdende Infrastruktur des Städtebaus zu ändern und bessere Voraussetzungen für Kommunikation zu schaffen.“ („Welt“, 2.2.).

Perverse Kinderarbeit

20 Kinder und Jugendliche im Alter von 4 bis 17 Jahren sind für pornographische Filme mißbraucht worden. Exportiert wurden die Produkte nach Dänemark und in die USA. Acht Personen wurden deswegen kürzlich festgenommen. Die Polizei berichtete, angeblich „zum Schutz der beteiligten Kinder“, nicht über die Festnahmen. Nur durch Zufall wurde die Öffentlichkeit informiert. Die Motive der Pariser Polizei, nicht über diesen Fall zu berichten, sind wohl mit Skepsis zu bewerten.

Kinderkommission Hamburg

Kinder-Tod auf der Straße

„Auf einem von einer Ampel geregelten Fußgängerüberweg an der Heerstraße wurden gestern mittag eine Neunjährige und ein sieben Jahre alter Junge von einem Auto angefahren“ („Tagesspiegel“ Westberlin, 29.11.78).

„Auf einem Zebrastreifen an der Clayallee/Ecke Auf dem Grad in Dahlem wurde gestern ein 13-jähriges Mädchen von einem Personenwagen erfasst. Der 40-jährige Fahrer hatte einen haltenden Lastwagen überholt“ („Tagesspiegel“, 11.2.77).

„Zwischen parkenden Fahrzeugen lief gestern um 17.30 Uhr der dreijährige H. ... auf die Nettelbekstraße. ... Ein Möbelwagen kam nicht rechtzeitig zum Stehen — die mächtigen Reifen überrollten das linke Bein des Jungen“ („Hamburger Abendblatt“, 11.4.78).

„Auf dem Weg zur Schule ist gestern früh die elfjährige E. ... auf der Rodigallee überfahren und lebensgefährlich verletzt worden. Das Mädchen war bei rotem Ampellicht über einen Zebrastreifen gerannt. Der LKW konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen“ („Hamburger Morgenpost“, 10.12.78).

„Schwer verletzt wurde gestern mittag die vierjährige W. ... Das kleine Mädchen war mit seinem Fahrrad im Alten Dorfe von einem Autofahrer übersehen und angefahren worden“ („Hamburger Morgenpost“, 21.11.78).

Dies sind nur ein paar Beispiele von Kinderunfällen auf den Straßen der BRD. Nach einem vom ADAC veröffentlichten Bericht waren es 1977 in der BRD 134.062 (1976: 125.920) Personen bis zu 18 Jahren, die Unfallopfer wurden. Die Zahl der tödlichen Unfälle belief sich auf 2552 (2543). Allein in der Altersgruppe der 10-15-jährigen verunglückten 1977 30.624 Kinder/Jugendliche („Tagesspiegel“, 19.8.78). Insgesamt verunglückten in der BRD im Jahre 1977 fast 70.000 Kinder unter 15 Jahren. Dies bedeute, so die Aktion „Das

Angst vor einem Unfall mit einem Kind hatten. Aber selbst an Zebrastreifen und Ampeln nehmen zwei Drittel von ihnen „nicht immer Rücksicht“. 90% von ihnen halten nach eigenen Angaben sogar die vorgeschriebene Höchstgeschwindigkeit oft nicht ein.

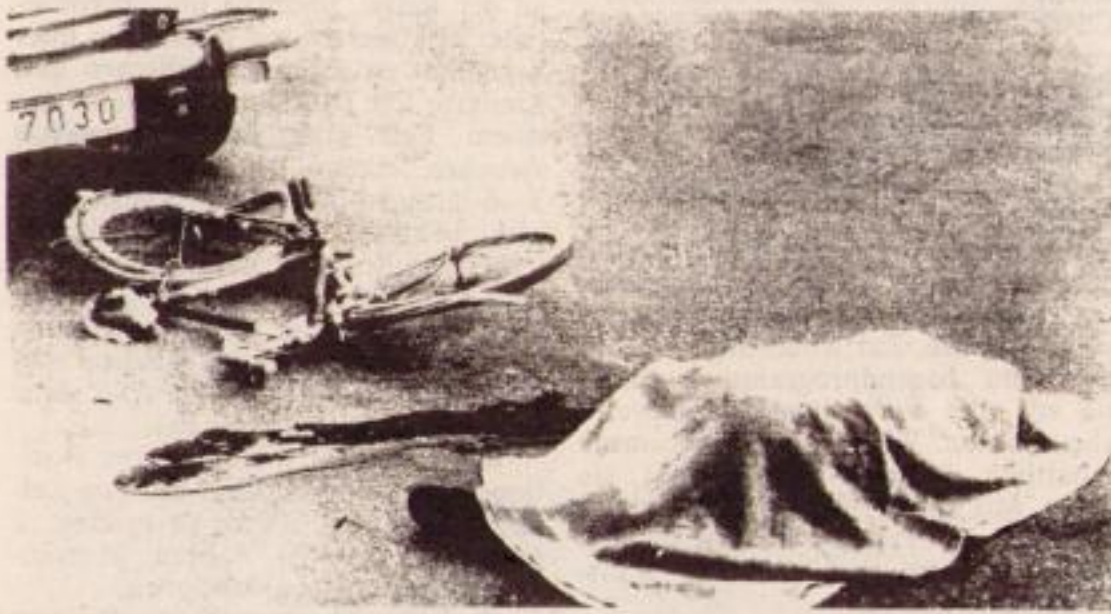
Die Kinder sind Schuld — das ist am einfachsten

Die meisten Unfälle ereignen sich nicht auf dem Wege zur Schule, sondern nachmittags und frühabends. Also in der Zeit, wo die Kinder spielen. Meist sind die Wohnungen zu klein, der nächste Spielplatz liegt ein paar Straßen weiter — wenn dort überhaupt einer ist. Freizeitzentren usw. gibt es kaum und ganz selten in gut erreichbarer Nähe für Kinder und Jugendliche. Was bleibt den Kindern da anderes übrig als aus der Straße ihren „Spielplatz“ zu machen?

„Für zwei Drittel aller Stadtkinder dient die Straße als Spielplatz“ („Stern“). Und da wollen und können die Kinder natürlich nicht nach den Bestimmungen der Straßenverkehrsordnung spielen. Aber diese Bestimmungen sind es dann, nach denen ein Kind im Falle eines Unfalles „beurteilt“ wird. „Kind überquerte unachtsam die Straße“ — so oder ähnlich lauten die stereotypen Eintragungen in den Polizeiberichten. Aus einem Polizeibericht: „... 14 Kinder wurden schwer und 18 leicht verletzt. In fünf Fällen waren die Unfälle auf das fehlerhafte Verhalten von Autofahrern zurückzuführen. In allen anderen Fällen verhielten sich die Kinder falsch.“ Polizei, Behörden und Ministerien sehen die Kinder im Verkehr lediglich durch ihre bürokratische Verordnungs- und Gesetzesbrille. Wenn Berichte hier und da vielleicht Fakten richtig benennen, ist es doch nur die halbe Wahrheit, wie eine unbequeme Studie beweist. Und wen nimmt's wunder, daß gerade diese im Panzerschrank verschwand: Die Forscherin Inge Peter-Habermann hatte

Spiel- oder Sportplatz, mußte mehr als die Hälfte der Kinder dorthin eine oder mehrere Straßen überqueren. 3. Polizeiprotokolle sagen nur die halbe Wahrheit. 43% der Kinder waren bei den Unfällen sichtbar behindert. Meist durch parkende Autos (28%) und fließenden oder stehenden Verkehr. „In den Polizeiprotokollen wurde nicht einmal die Hälfte dieser Sichtbehinderungen erwähnt. Grund: Kein Protokollpunkt“ („Die Zeit“, s.o.). Da die bisherige Unfallforschung auf Polizeiprotokollen basiert, können die Schlüsse, die die bürgerlichen Wissenschaftler und Verkehrsexperten daraus ziehen, auch nur in diesem Rahmen bleiben. Fakten, die für die Kinder von Bedeutung waren, finden hier keine Beachtung; etwa: „Die Kinder nannten als unfallrelevante Begleitumstände Schneematsch, große Kälte, Hauptverkehrszeit, Um-

werk. Natürlich mischt die Polizei auch gleich mit. Die Eltern zahlen dafür 30 DM im Jahr. Die Hamburger Polizeiverkehrslehrer und der NDR haben sich mit einem Versuch besonders an Schulklassen gewendet: einem Film-Wettbewerb. Die „Polizei hat in den letzten Jahren überall den Verkehrsunterricht intensiviert, sie hat Tausende von Jugendlichen, Müttern und Rentnern zu Schülerlotsen ausgebildet. Hunderttausenden von Kindern die Radfahrprüfung abgenommen und sich vor allem zum Schutz der Schulkinder ... viel einfallen lassen. In Nürnberg wurden zu Schulbeginn Lautsprecherwagen eingesetzt, die alle Autofahrer um Vorsicht baten. In Salzgitter wurden Kinder an Bushaltestellen auf die besonderen Gefahren beim Ein- und Aussteigen aufmerksam gemacht“ („Stern“ 12/76).



leitung, Verkehrschaos, starker Regen, Sperrmüll“.

4. Es mangelt an eindeutigen Regelungen zum Schutze der Fußgänger. Ein Drittel der Verkehrsunfälle mit Kindern ereignen sich auf ampel- und zebrastreifengeregelten Fußgängerübergängen.

5. Bisher wird immer nur die Frage nach der „Persönlichkeitsstruktur des Kindes“ und seinem wahrscheinlichen Verhalten in Unfallsituationen gestellt. Die Fahrer der beteiligten Autos dagegen wurden ausgenommen.

6. Der Verkehrsunterricht reicht nicht aus. Kinder werden „dieser zutiefst kinderfeindlichen Verkehrswelt höchst unzulänglich vorbereitet ausgesetzt. Nicht einmal ein Zehntel der befragten Kinder erhielt in der Schule oder Kindergarten ausreichend Verkehrsunterricht, nämlich mindestens einmal im Monat“.

Weiter kommt Frau Habermann zu dem Ergebnis, daß der bisher praktizierte Verkehrsunterricht mit praxisfremd sei. Verkehrsunterricht mit Zeichnungen etc. hilft dem Kinde kaum, Einschätzungen und Verhalten zu lernen, die es im täglichen Straßenverkehr wirklich braucht. Alleine die Voraussetzungen sind ganz anders: Im theoretischen Unterricht hat das Kind meist einen ungestörten Überblick über das Verkehrsgeschehen, während in der Praxis die Kinder auf den aggressiven Straßenverkehr reagieren müssen. Eine Untersuchung der Universität Essen, die im wesentlichen zu gleichem Ergebnis kommt, nennt als einen weiteren wichtigen Punkt: „So weist der hohe Anteil der beim Spiel und nachmittags verunglückten Kinder darauf hin, daß hier die Situation durch die Kinder häufig nicht als Verkehrssituation, sondern als Spielsituation verstanden wird, in der die Verkehrsgefahren wenig bewußt sind“.

Insgesamt kommt diese Studie zum Schluß, daß Verkehrserziehung alleine nicht ausreicht, sondern daß „unfallmindernde Gestaltung des Straßenraums ebenso wichtig“ sei („Frankfurter Rundschau“, 5.8.78).

Tote Kinder sind besser als eine kindgerechte Umwelt

Ein Bundesrichter schlägt einschneidende Maßnahmen gegen die Autofahrer vor: „Kinder sind nie ‚autogerecht‘ — Bundesrichter fordert drastische Strafanhebung“ („WAZ“, 22.4.78).

Und die öffentlichen Stellen überbieten sich in Vorschlägen, um das Kind dem Straßenverkehr anzupassen. Billige Vorschläge freilich, die alle auf das gleiche Ziel hinauslaufen: Das Kind soll sich den Notwendigkeiten des Straßenverkehrs anpassen, ob auf dem Schulweg oder während der Freizeit. Es werden „Clubs“, Fernsehsendungen, Werbespots entwickelt, die den Kindern in Verbindung mit Tierchen, Spielen usw. die Verkehrsregeln möglichst schmackhaft machen sollen. Da gibt es den „Kinder-Verkehrs-Club“ von der Landesverkehrswacht und dem Mercedes-Förderungs-

heim demonstrierten Kinder ohne Genehmigung für sichere Spielplätze. Bereits drei ihrer Spielgefährten waren von Autos angefahren worden. Vom Jugendamt eingesetzte Pädagogen verstanden die Aktion als Appell an die Verantwortung der Autofahrer. Höhepunkt war eine 30-minütige Sperrung der gefährlichen Straße. Die Kinder wollten mit der Polizei reden, doch es kam anders. Ein Kind: Die Polizei wollte, daß wir da vorne verschwinden und sie hat mit Tränengas auf uns geworfen, und sie haben auch mit Gummiknuppeln gedroht...“ (Auszug aus der „Monitor“-Sendung vom 28.7.1975, in „Dokumentation zum Einsatz Chemischer Kampfstoffe bei der Polizei“ — Petry-Schrempf, S. 69). Vier Kinder und mehrere erwachsene Betreuer wurden durch den Chemical-Mace-Einsatz der Polizei gegen die „symbolische“ Straßensperrung teilweise schwer verletzt.

— Als im Frühjahr 1976 im Westberliner dichtbesiedelten Altstadt-Wohngebiet im südlichen Teil der Schöneberger Insel in wenigen Wochen vier Kinder verunglückt waren, „forderten Hunderte von Anwohnern Tempo 30“ im Wohngebiet. Die Behörden blieben untätig. Als daraufhin die Bürgerinitiative Westtangente und die Anwohner Schilder mit der Aufschrift „Tempo 30 — freiwillig“ aufhängen, ging es plötzlich sehr schnell: Binnen zwei Stunden wurden die Schilder von der Polizei „wegen Verkehrsgefährdung“ wieder abgerissen! Danach verunglückten von Mai bis Oktober 1976 allein in der 700 m langen Leberstraße wieder fünf Kinder. Von März bis Juni 1978 wurden in dieser Todesstraße wiederum zwei Kinder verletzt und eines getötet...“ („Päd.ex.“, 1/79).

— „Die Anwohner der Steilshooper Allee sperrten am Abend mit ihren Autos zwei Fahrspuren der Straße, weil dort noch immer kein Fußgängerüberweg mit einer Ampelanlage eingerichtet worden ist. Schon seit Jahren fordern sie einen gesicherten Überweg...“ („Hamburger Abendblatt“, 25.5.78). „Wegen der fehlenden Turnhalle auf dem Schulgelände hat es aus der Elternschaft schon mehrfach Protestaktionen gegeben. Bislang sind sie wirkungslos geblieben...“ („Hamburger Morgenpost“, 17.10.77).

— In Essen-Steele verunglückten innerhalb von 10 Jahren zwölf Kinder schwer, zwei davon tödlich, ohne daß sich die zuständigen Behörden darum gekümmert hätten. Die Eltern und Anwohner erreichten erst durch eine Straßenbesetzung einen Erfolg: die Straße wurde Anliegerstraße („Roter Morgen“, 1.9.78).

Es müssen erst ein paar Kinder sterben, und selbst dann ...

Es müssen erst ein paar Kinder sterben, und selbst dann ...

Wie ernst es den Behörden mit ihrer „Sorge um die ständig steigende Zahl von Kinder-Verkehrstoten“ ist, wird besonders dort deutlich, wenn Kinder, Eltern und Erzieher auf der Straße gegen mörderischen Verkehr und gleichgültige Verwaltungs- und Polizeibürokratie protestierten. Oft mußten sie dann am eigenen Leib erfahren, daß Ordnung und Recht diesem Staate wichtiger sind als der Tod von Kindern auf der Straße.

— „Im Frankfurter Stadtteil Bocken-

Kinderkommission Hamburg



sichere Haus“, eine Zunahme gegenüber 1976 um 4,2%. 1.353 Jungen und Mädchen kamen ums Leben („WAZ“, 26.10.78). Das heißt, daß alle vier Stunden ein Kind auf den Straßen der BRD stirbt. Ein makabrer Rekord. Von 100.000 Kindern sind das 25 pro Jahr. Zum Vergleich: In Italien sind es 17, in Schweden und Frankreich 13.

„Die meisten Jungen und Mädchen verunglücken zu Fuß (38%). 23% lenkten ein Fahrrad und 29% verunglückten als Mitfahrer im Auto“ („Hamburger Regionalanzeiger“, 9.11.78).

„Mit 59% sind Verkehrsunfälle die häufigste Todesursache bei Kindern unter 15 Jahren“ („Päd.ex.“ 1/79). Seit 1953 (seitdem die Unfälle von Kindern und Jugendlichen überhaupt registriert werden) verunglückten über 1 Million Kinder. Nicht eingerechnet jene „harmlosen“ Unfälle, die mit einem blauen Flecken abgehen, oder vielleicht „nur“ mit einem Schock für die Kinder, oder gar nur die „Beinahe-Unfälle“.

Unter dem Titel „Tatort Straße“ schreibt der „Stern“: „Ein deutsches Phänomen: Zwei Drittel der Autofahrer nehmen nicht einmal an Ampeln und Zebrastreifen immer auf Kinder Rücksicht“. 90% von über 1.000 befragten Autofahrern kalkulieren Kinder und ihr altersbedingtes Verhalten überhaupt nicht in ihre Fahrweise ein (lt. einer Studie der Erlanger Ärzte G.H. Wiltal und E. Meier). Eine Umfrage des „Deutschen Verkehrssicherheitsdienstes“ ergab, daß 85% der befragten Autofahrer am meisten

mit ihrer vom Stuttgarter Innenministerium bestellten Studie mehr geliefert als den Herren lieb war. „Das ist nicht die gewünschte Studie, die wir wollten, da stehen ja lauter Sachen drin, auf die es uns gar nicht ankam“, so meinten die Behördenherren und ließen sie verschwinden, weil die Ergebnisse „für die Verkehrspolitik gar nicht bequem sind“ und „kostenverschlingende Maßnahmen geradezu herausfordern“ („Spiegel“, 12.7.76).

Frau Habermann untersuchte 719 Verkehrsunfälle mit Kindern aus den Jahren 1973 und 1974, machte insgesamt 531 Interviews mit Eltern und Kindern und analysierte Polizeiprotokolle. Ergebnis: „Nur selten sind Kinder kausal an ihrem Unfall schuld. Überwiegend sind sie das Opfer einer Reihe von Umständen, die den Unfall bedingen und außerhalb der kindlichen Einflußsphäre liegen“ („Die Zeit“, 25.6.76). Hier die wichtigsten Ergebnisse im einzelnen:

1. Auf manchen Straßen gibt es besonders viele Unfälle. 70% der Unfälle ereignen sich auf Straßen, auf denen im Beobachtungszeitraum mehr als ein Unfall passierte.
2. Die meisten Kinder-Verkehrstoten sind Arbeiterkinder; die Mehrzahl der Unfälle passiert in dicht besiedelten Wohngebieten mit überdurchschnittlichem Verkehrsaufkommen und minimalen Spielmöglichkeiten für die Kinder, die zudem meist in zu kleinen Wohnungen leben. „73% der verunglückten Kinder hatten keine Möglichkeit, im direkten Umkreis der Wohnung zu spielen“ („Päd.ex.“ 1/79). Und gab es in der Nähe einen



Die Behördenherren scheuen „kostenverschlingende Maßnahmen“ gegen die Unsicherheit im Straßenverkehr. Stattdessen wird dafür Geld ausgegeben: Einsatz von Polizisten als Kontaktbereichsbeamte (KOB) zum „Schutze“ der Kinder (hier auf einem Westberliner Spielplatz)

„Jugendkriminalität“ in Schleswig-Holstein. Eine Kampagne und ihre Absichten

Seit Oktober '78 läuft in Schleswig-Holstein (in anderen Bundesländern gewiß ähnlich) eine von der Regierung initiierte Debatte über „Jugendkriminalität“, die am 11.10.78 im Kieler Landtag begonnen hat. Fast täglich jonglieren seither Politiker und bürgerliche Presseschreiberlinge mit statistischen Zahlen über „wachsende Jugendkriminalität“. Kaum einer anderen gesellschaftlichen Frage wird gegenwärtig eine solche Aufmerksamkeit geschenkt.

Ausgangspunkt der Kampagne sind amtliche Statistiken über angeblich „wachsende Jugendkriminalität“, die wie folgt in der Presse interpretiert werden:

- „Kiels Straßen immer gefährlicher!“ („Kieler Nachrichten“, 12.2.79);
- „Kieler Butjes werden immer krimineller“ („Holstenbote“, 12.10.1978);
- „Sie nimmt beängstigend zu, die Jugendkriminalität in unserer Stadt und im gesamten Bundesgebiet. Die Statistiker in den Kriminalämtern haben begonnen, Alarm zu schlagen. Die Polizei kann der Kriminalitätslawine ... kaum mehr Herr werden.“ („Holstenbote“);
- Die Rede ist von „kriminellen Ausartungen“ (!) und von „Beinträchtigung des Sicherheitsgefühls der Bürger“ („Kieler Nachrichten“, 9.2.79) ... und so weiter und so weiter ...

Was diese Horrormeldungen bezwecken dürften, ist einfach: J e d e (r) soll glauben, er/sie könne schon morgen das nächste Opfer gewalttätiger und stehlender Jugendlicher werden. Nicht umsonst wird diese Debatte im Kieler Landtag auch unter der Rubrik „Innere Sicherheit“ (!) geführt („KN“, 12.10.78 und 9.2.79).

Dumpf erinnert diese Machart an das Strickmuster der „Terroristen“-Hetze: Angst und Unsicherheit, ja Hysterie wird geschürt – und damit zugleich das „Bedürfnis“ geweckt, sich besser schützen und verteidigen zu müssen. Und in der Tat arbeitet die Landesregierung intensiv an der technischen und personellen Vervollkommnung des Polizeiparates. Es dürfte wohl nur noch eine Frage

der Zeit sein, bis auch in Schleswig-Holsteins Städten, etwa in Kiel, das Projekt „Jugendpolizei“ versucht wird.

Auch dürften Befürchtungen richtig sein, daß die angeblich „steigende Zahl krimineller Jugendlicher“ nicht zuletzt auf eine bereits praktizierte, intensivere polizeiliche Durchleuchtung im Jugendbereich zurückzuführen ist.

Für „gesittetes Familienleben“

Ohne auch nur ein Fünkchen eines Beweises anzuführen, vermengen bürgerliche Politiker und Schreiberlinge mit dieser widerlichen Stimmungsmache folgende vereinheitlichte „Ursachenanalyse“:

- „Die Familie bietet dem Kind keine Geborgenheit mehr“ („Holstenbote“);
- Alle sind sich darin einig, daß die Ursachen im „gestörten Familienleben“ zu suchen sind;
- Absolute Reaktionen wie etwa CDU-MdL Oldergo behaupten gar, daß „... neben der Zerstörung der Familie der Zerfall unserer Rechts- und Wertordnung durch eine neomarxistisch geprägte Gegenkultur als Hauptursache für Jugendkriminalität“ zu nennen sei („Kieler Nachrichten“, 12.10.78).

Fazit: „Eine viel größere Bedeutung kommt in den Augen des Justizministers einem intakten Elternhaus zu. Eine Stärkung der Familie sei geeignet, Jugendkriminalität zu rückzudrängen“ („Kieler Nachrichten“, 12.10.78). Es fällt auf, daß der Justizminister hier dem Strafvollzug, dem Knast und dem „intakten Familienleben“ eine fast gleichrangige Bedeutung beimißt; gewünscht wird ja auch ein Familienleben wie im Knast, wo eine „strenge Hand den Ton angibt“.

Oldergo z. B. fordert denn auch eine „bessere Erziehung zu der Bereitschaft, die harten Pflichten der Freiheit“ (!!) auf sich zu nehmen“ (ebenda).

Im Zentrum der Demagogie: Frauen und Mütter

Das Lied vom „gestörten Familienleben“ endet schließlich mit der widerlichsten Provokation: Die S c h u l d wird – und darin sind sich alle einig – vor allem den Frauen und Müttern angelastet:

- Der SPD-MdL Hager spricht von einer angeblichen „Erziehungsunsicherheit“, die das Ergebnis der „neuen Form der Lebensführung“ sei, „in der die Frau berufstätig ist“ („Kieler Nachrichten“, 12.10.78);
- „Die CDU habe nichts gegen die berufstätige Frau“, betont CDU-Oldergo, aber „die erziehende Mutter sei nach Ansicht der CDU kein Nachteil“ („KN“, 2.2.79).
- Kein anderer als Walter Scheel gab in seiner „Weihnachtsansprache zum Jahr des Kindes“ folgendes zum Besten: „... viele Frauen (glauben sich) verpflichtet, Geld im Beruf zu verdienen. Es sind diese Bedürfnisse, die uns die Zeit für unsere Familien, für unsere Kinder stehlen“ („Das Parlament“, 6.1.79).

Vor dem Hintergrund all dieser „Analysen“ geht es bei der „Jugendkriminalitätsdebatte“ weniger um wirklich vorhandene Jugendkriminalität, als vielmehr darum, reaktionäre kapitalistische Ideologien (Familienideologie, „Frau und Kind dem Manne untertan“, Staatshörigkeit) stärker zu verankern. Die „Jugendkriminalität“ dient dabei als Vehikel.

Der „Jugendkriminalität“ selber soll nach wie vor mit aller Härte begegnet werden; nicht umsonst wird für „mehr Ordnung“ und „härteres Durchgreifen“ Stimmung gemacht (s.o.).

Das beweisen auch die Absichten der schleswig-holsteinischen Landesväter, die Zahl der „geschlossenen Heimplätze“ zu erhöhen (Ausbau des geschlossenen Erziehungsheimes Paulhof bei Schleswig) sowie Pläne, einen Mammutknast für jugendliche Strafgefangene bei Neumünster zu bauen („Holsteinischer Courier“, 6.2.79). In diese Richtung weisen auch die aktuellen Ereignisse im schleswig-holsteinischen Jugendstrafvollzug (siehe Artikel in diesem AK).

KB/Gruppe Kiel

„Flensburger Tageblatt“ denunziert JZ-Sprecher

Unter der Überschrift „Will die SDAJ die Jugendzentren ‚unterwandern‘?“ erschien am 23.1. im „Flensburger Tageblatt“ (FT) ein Artikel des Kieler Korrespondenten Malte Zeeck. Zeeck lag für diesen Hetzartikel ein internes Schreiben der SDAJ an die Gruppen- und Kreisvorsitzenden vor. Die Vermutung liegt nahe, daß das „FT“ dieses Schreiben aus den Händen des Verfassungsschutzes erhalten hat. Als angeblicher Verfasser dieses Schreibens wird der Sozialpädagoge Ralf F. genannt und als „DKP-Jugendfunktionär mit Unterwandererstiefeln“ öffentlich denunziert.

Ralf F. hatte in seiner Funktion als Bezirkssprecher Nord der Jugendzentren und -häuser im Dezember einen „Offen Brief“ an die Landespresse, Parteifunktionen im Bundes- und Landtag, Gewerkschaften usw. verfaßt, in dem er die Spitzeltätigkeit des VS im Jugendfreizeitbereich anprangert. Es heißt in dem Brief: „Mitarbeiter geheimer Dienste versuchen, Jugendliche in Einrichtungen der Jugendfreizeit über die Tätigkeit von Bürgerinitiativen und Jugendgruppen, die sich im Haus treffen, zu befragen. Dies ist ein Skandal!“ F. forderte die sofortige Einstellung solcher Praktiken.

Das interne Papier der SDAJ war das gefundene Fressen für das „FT“, um den Verfasser vor der Öffentlichkeit ungläubig zu machen, nach dem Motto: Wer selbst unterwandert, der soll sich nicht über Bespitzelung durch den VS beschweren! Er wird als gefährlicher kommunistischer Jugendfunktionär dargestellt, der die Jugendzentren Schleswig-Holsteins in der Hand habe. „Der 29jährige F., seit 1976 Landesvorsitzender der kommunistisch gesteuerten Landesinitiative ‚Weg mit dem Berufsverbot‘. Bis 1977 gehörte er auch dem Landesvorstand der DKP-Tarnorganisation „Deutsche Friedensunion“ an. 1978 war er Kandidat der DKP bei der Kommunalwahl in Flensburg.“ Das ist direkte Aufforderung zum Berufsverbot!

Solidarität in den Jugendzentren

Sowohl F. selbst als auch der Arbeitskreis Jugendplan in Flensburg,

der Rat des Selbstverwalteten Jugendzentrums in Niebüll, in dem F. jahrelang Mitarbeiter war, und das Hausparlament des Hauses der Jugend in Husum wehrten sich in Leserbriefen gegen die Diffamierung im „FT“. Die Husumer schreiben („Husumer Nachrichten“ vom 7.2.): „Damit schafft der Autor des Artikels in der Öffentlichkeit ein Bild, das die Verhältnisse in Jugendzentren ... nicht nur verzerrt, sondern auch viele Erwachsene und Jugendliche in ihrer Einschätzung von Jugendzentren stark verunsichert. Uns sind solche angeblichen ‚Unterwanderungsversuche‘ in langjähriger Praxis im Haus der Jugend Husum nicht bekanntgeworden. Wir bedauern vielmehr sehr den Beschluß des Magistrats der Stadt, ... nach dem politischen Gruppen und Parteien im Haus d. J. nicht aktiv werden dürfen, denn wir sind der Auffassung, daß eine solche Aktivität die Arbeit im Haus eher bereichern als behindern würde.“

Der VS spielt den Ahnungslosen

Die Antwort des Leiters der VS-Abteilung im Landesinnenministerium, Alfred Kuhn, auf eine Anfrage des „FT“ lautete: „Jugendzentren sind für uns überhaupt keine Beobachtungsobjekte. Wir sind auf Zufallserkenntnisse angewiesen, die wir aus der Beobachtung der Aktivitäten verfassungsförderlicher Gruppierungen gewinnen.“ Allerdings gebe es gelegentlich Bürger, „auch jüngere“, die sich mit der Besorgnis über kommunistische Unterwanderung von Jugendzentren an den VS wenden würden. Genau die gleiche Antwort erhielt kürzlich die Kirchensynode Flensburgs vom Landesinnenministerium, als sie sich gegen die im Fall Tamara T. bekanntgewordene Bespitzelung an den Schulen wandte. Da hieß es auch, alles seien Zufallsinformationen besorgter Eltern und Lehrer, es gäbe keine angestellten VS-Informanten an den Schulen. Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts!

KB/Gruppe Flensburg

CDU-Front gegen neue Gesamtschulen



„Haut den Klose aus der Hose“, „SPD und GEW tun unsern Kindern weh“, „Für das Regelschulsystem, gegen Gesamtschulen“ ... waren einige Parolen einer Demonstration am Freitag, dem 19.1.79. Aufgerufen hatten verschiedene, in der Öffentlichkeit bisher nicht bekannte, „Elterninitiativen“, die gegen die Umwandlung verschiedener Gymnasien in Gesamtschulen auftraten, um ihren Sprößlingen eine „bessere Bildung“ zu erhalten. Mobilisiert wurde hauptsächlich durch Anschreiben der Elternräte aller Hamburger Schulen mit der Bitte der Verteilung der Flugblätter an alle Eltern sowie durch Presse und Rundfunk.

Hamburg. Im Juli letzten Jahres stimmten von 18.591 befragten Eltern von jetzigen Viertklässlern 3.916 das sind 21,1%, für die Einrichtung neuer Gesamtschulen.

Diese Befragung war vorläufig und die Grundlage dafür, wieviel bestehende Schulen in Gesamtschulen umgewandelt werden sollen. Jetzt stehen die Standorte der einzurichtenden Gesamtschulen fest und die Eltern mußten bis zum 15.2. ihre Kinder für die neuen Gesamtschulen anmelden. Seit Mitte Dezember sind deshalb die Hamburger Springerzeitungen voll von „Stellungnahmen“, „Berichten“ und Protesten von kleinbürgerlichen, bürgerlichen und CDU-gesteuerten Kreisen gegen die Einrichtung von Gesamtschulen überhaupt.

Höhepunkt dieser Kampagne war eine Demonstration am 26.1. in der Hamburger Innenstadt, an der sich ca. 1.000 Eltern und Schüler beteiligten. Außerdem hatte eine am 15.1. neu in Erscheinung getretene „Initiative Elternrecht für alle“. Die Kampagne gegen Gesamtschulen wird

– außer von der CDU natürlich – getragen vom Elternbund, der Elternkammer und der Mitte letzten Jahres gegründeten Hamburger Gemeinschaft „Rettet die Schule“.

Wer steckt dahinter?

In einem zweiseitigen Schreiben der „Notgemeinschaft“ an die Eltern der 4. Klassen der Grundschule sind fünf Namen mit Telefonnummern angegeben, die Kennern der Szene seit Monaten wohl bekannt sind:

- Helga Mack ist für die CDU Deputierte der Schulbehörde;
- Bruno Schulze-Wewetzer ist Mitglied der Elternkammer, des Bundeselternrates und ein offener Kämpfer gegen eine Gesamtschule im Harburger Raum;
- Erich E. Walther ist Vorsitzender des CDU-nahen Hamburger Elternbundes.
- Wolfgang Duysen war 1974 SPD-Bürgerschaftsabgeordneter, wurde nicht mehr nominiert und lancierte damals im Hamburger Abendblatt die Riesenüberschrift: „100 Kommunis-

ten im Schuldienst“, was von der CDU als Wahlkampfknüller genutzt wurde;

– Dr. W. Döbertin war ebenfalls Bürgerschaftsabgeordneter und wurde, nachdem er nicht mehr nominiert wurde, zu einem Kämpfer gegen die SPD. Döbertin ist Dozent für Politik-Didaktik. In der GEW ist er bekannt als Anhänger der „Alternative“, eine Abspaltung die gegen den „Linkskurs“ der GEW Front macht.

Bereits im August '78 schrieb die illustre Gemeinschaft in einem Flugblatt: „Vertrauen Sie ihr Kind nicht einem ideologischen Schulexperiment an ... Vertrauen Sie ihr Kind den erfahrenen Pädagogen einer der in Hamburg seit über hundert Jahren bewährten Schulform an.“ Welche Schulform damit gemeint ist, geht aus der Antwort auf die telefonische Anfrage eines interessierten Vaters hervor: „Wenn Ihr Kind begabt ist, melden Sie es bloß für das Gymnasium an. Sie haben ja sicher mitbekommen, welche Kinder alles für Gesamtschulen gemeldet wurden“ (Hamburger Lehrerzeitung“ 11 und 13/78). Klar, wenn die Zahl der Anmeldungen für das Gymnasium lediglich von 37,6% auf 33,5% („HLZ“ 11/78) zurückgegangen ist, haben vorwiegend die Eltern ihre Kinder für die neuen Gesamtschulen angemeldet, für die das Gymnasium nicht zur Diskussion ansteht – und die in den Gesamtschulen eine Chance für ihre Kinder sehen – also Arbeitereltern. Und so sind denn die Anmeldungsstellen in Arbeiterwohnvierteln am höchsten (Wilhelmsburg 33,3%).

Die „Gemeinschaft Rettet die Schule“ vertritt dagegen die Eltern, die ideologisch auf das Gymnasium festgelegt sind, wie obige Antwort auf den Telefonanruf zeigt. Demagogisch greifen sie dabei auf, daß sich bisher nur eine Minderheit für die Gesamtschule entschieden hat. Natürlich machen sich diese Leute keine Gedanken darüber, daß (an den Gymnasien) eine Minderheit bisher immer auf Kosten der Mehrheit bessere Bildungschancen erhält – oder genauer: dies wird für selbstverständlich gehalten! Erst jetzt, wo dies scheinbar angegriffen wird, rühren sich die Geister. In ei-

ner Anzeige vom 19.9.78 im „Hamburger Abendblatt“ („HA“) zur Wahl der Elternvertreter ruft die „Gemeinschaft“ die Eltern auf: „Treten Sie dafür ein, daß alle Schulen personell und finanziell so ausgestattet werden wie die Gesamtschulen“ und in einem Flugblatt der CDU Mitte Januar 1979 heißt es: „Gleiche Chancen für alle Schulen ...“ Die bisher Begünstigten reden jetzt plötzlich von der Bevorzugung anderer (Die neuen Gesamtschulen sollen mit 140% des sonst in Hamburg üblichen Durchschnittes versorgt werden), um zu verschleiern, daß es ihnen nur um die Aufrechterhaltung ihrer Privilegien geht. Der eigentliche Kern dieser Hetze gegen Gesamtschulen steht bei den Veröffentlichungen natürlich nur zwischen den Zeilen. Befürchtet wird ein Angriff auf den Klassendünkel, der für diese Schichten auch in der Wahl der Schule zum Ausdruck kommt. Ihre Kinder zusammen in einer Schule mit dem „Pöbel“ – das ist Kommunismus!

Und so heißt es denn auch bereits in oben erwähnter „Abendblatt“-Anzeige: „Treten Sie dafür ein, daß unsere Schulen freigehalten werden von jeglicher rechts- und linksextremistischen Beeinflussungen!“ Oder in Zitaten aus der „HLZ“ 13/78: „Es soll uns ein Einheitsschulsystem aufzwingen werden“, „Kommunisten und der Volksfrontflügel der SPD haben mit den Gesamtschulen ihre Pläne durchgesetzt“. Von W. Duysen erhält Grolle den ehrenhaften Titel „Volksfrontsenator“ (Welt, 26.1.79).

Im Hinblick auf das „Räuberzivil“ vieler Gesamtschullehrer beklagt ein Sprecher des Elternbundes: „Wenn der Lehrer sich kleidet und aussieht wie ein Schüler, mangelt es an Distanz. Um so leichter werden die Schüler in das Boot der Solidarisierung, der Erlösung (?), der Emanzipation (das wäre ja das letzte) hineinbefördert, in die Einseitigkeit geführt.“ („HLZ“ 13/78). Die Gesamtschulen bedeuten also einen „Verfall der Sitten“, während das Gymnasium mit Herren in Anzug und Kravatte und strengen Tanten in altjungferlichen Röcken mit Dutt Respekt der Schüler garantiert.

Ganz auf dieser reaktionären Linie liegt auch ihre Kritik an den gesamt-

schulspezifischen Fächern Politik und Arbeitslehre.

„Sind Sie damit einverstanden, daß die ständigen Fächer Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde auflöst und zu einem ‚Superfach‘ Politik zusammengefaßt werden?“ schreibt die „Gemeinschaft“ in einem Brief vom Januar 1979 an alle Eltern der Viertklässler. Dahinter steckt, daß es diesen Damen und Herren äußerst suspekt erscheint, wenn Geschichte nicht mehr nach Schema F (333 – war Issos Keilerei), sondern im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und geographischen Verhältnissen unterrichtet wird. Vielleicht wird sogar ein Bezug zur Gegenwart hergestellt! Das allerdings könnte das gesamte mühsam aufgebaute Weltbild dieser Herrschaften zerstören. Ebenso wird das Fach Arbeitslehre unter Beschuß genommen. Hier wird nun am allerdeutlichsten, wessen Interessen hier vertreten werden. Ihre Kinder haben es nicht nötig, sich bereits in der Schule über die Verhältnisse der Arbeitswelt informieren zu lassen und vielleicht noch sogar zu lernen, wie man einen Schraubenzieher handhabt. Ihre Kinder werden doch erst Abitur machen und dann studieren – also was soll diese körperliche Arbeit in der Schule, wo doch in erster Linie „geistiges“ ansteht.

Erleichtert stellt die „Gemeinschaft“ in ihrem Brief denn auch fest, daß das ihnen unliebsame Fach wegen Mangel an Fachräumen und ausgebildeten Lehrern in einzelnen Jahrgängen gestrichen werden muß. Leider hat sie da recht! (vgl. dazu Artikel in AK 142 zum Grundmodell).

Die Standorte der neuen Gesamtschulen

14 neue Gesamtschulen sollen im August dieses Jahres eingerichtet werden. Neun davon sind Gymnasien in Verbindung mit Volks- und Realschulen. Die Standorte wurden zunächst von den Kreiselternräten vorgeschlagen und anschließend von der Behörde festgelegt. Die Entscheidung stimmte nur in 6 Fällen überein. In acht Fällen hat die Behörde

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 33

gegen das Votum der Kreiselternräte entschieden. Kriterien der Behörde waren räumliche Bedingungen und Zahl der Anmeldungen im Umkreis der Schule.

Die Stellungnahmen der Schulkonferenzen (Lehrer, Schüler, Eltern und „technisches Personal“ sind hier vertreten) müssen bei der Entscheidung kaum eine Rolle gespielt haben. Denn von den zuständigen 24 Schulkonferenzen (bis auf zwei Ausnahmen bilden immer zwei Schulen eine neue Gesamtschule) haben 14 gegen und nur 12 für die Umwandlung in eine Gesamtschule gestimmt. Von den neun betroffenen Gymnasien haben allein acht dagegen gestimmt (lediglich das im Neubauviertel Osdoner Born gelegene Gymnasium Glückstädter Weg war für eine Gesamtschule).

Daraus geht hervor, daß der Protest gegen die Einrichtung neuer Gesamtschulen im Wesentlichen von der

„Gymnasiallobby“ ausgeht. So ist z.B. die Schulleiterin des Gymnasiums Borgfelde (Hamburg Mitte) zurückgetreten (zum Glück für die Schüler, sonst wäre sie Leiterin der Gesamtschule geworden). Auch der in GEW-Kreisen berühmt-berüchtigte Oberschulrat Kayser hat sein Amt zur Verfügung gestellt. Leider sind uns bis jetzt keine weiteren Rücktritte Hamburger „Staatsdiener“ bekannt geworden.

Andererseits sieht es bei den Lehrern aus. Nach einer Umfrage der „HLZ“ spricht sich die Mehrzahl für eine Umwandlung aus. Lediglich vier Kollegien sprechen sich dagegen aus. Allerdings wird von den Kollegen immer wieder das Grundmodell (reduziertes Gesamtschulmodell, da der Senat diese Schulen nicht mit den gleichen Mitteln ausstattet, wie die heute bestehenden) kritisiert, da es eine Mehrbelastung der Lehrer mit sich bringt (wegen der Kürzung der Planungs- und Koordinationsstunden), da es der Gesamtschul-Idee

nicht gerade förderlich sei (weniger Tutorienstunden, nicht durchgehender Unterricht in Arbeitslehre) und da es eine zu frühe Leistungs differenzierung (Sortieren der Schüler nach Zensuren) erzwingt. Einige Kollegien halten ihre Schulen für ungeeignet und sind deswegen dagegen.

Doch insgesamt ist an vielen Schulen die anfänglich scharfe Ablehnung einer kritischen Zustimmung gewichen.

Auch die Bewerbung von über 500 Lehrern an die neuen Gesamtschulen zeigt das relativ große Interesse der Hamburger Kollegen.

Von den Gegnern wird gleichfalls angeführt, daß die Schüler teilweise viel zu weite Wege zu den neuen Gesamtschulen hätten. Das stimmt. Doch welchen Ausweg schlagen sie vor? Doch nicht, daß halt noch mehr Gesamtschulen eingerichtet werden sollen?

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Unruhe an den Schulen in NRW

Im November und Dezember '78 waren es 20.000, im Januar '79 25.000 Schüler, die sich an Protestaktionen, Schülerversammlungen, Streiks und Demonstrationen beteiligten. Es geht gegen die Rücknahme der Schulreformen durch die SPD/FDP-Regierung.

Es geht gegen die ASchO (Allgemeine Schulordnung), die am 1.2.79 in Kraft tritt und folgende Verschlechterungen beinhaltet:

- Einen straffen Katalog von Ordnungsmaßnahmen bis hin zum Verweis von allen Schulen des Landes (§ 14).
- „Neben den vorgeschriebenen schriftlichen Arbeiten ... sind in allen (!) Fächern gelegentliche kurze schriftliche Übungen zulässig.“ (§ 22 Abs.4) Damit wird der Leistungsdruck wesentlich erhöht.

- Bei Berufsschülern werden auch die Lehrerinnen von schulischen Ereignissen informiert (§ 38ff).

- Insbesondere aber findet eine Einschränkung der Meinungsfreiheit (vor allem der Schülerzeitungen) statt. § 36.1: „Der Schüler hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern. Er kann seine Meinung auch im Unterricht im sachlichen Zusammenhang mit diesem frei äußern“ (§ 37.5).

Nun, wo „soviel“ Freiheiten

mit diesem frei äußern (§ 37.5).

Nun, wo „soviel“ Freiheiten

gewährt werden, muß es natürlich auch Schranken geben: „Durch die Ausübung dieses Rechts dürfen der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule ... sowie die Rechte anderer nicht beeinträchtigt werden.“

Angewandt werden soll dies vor allem auf die Schülerzeitungen werden: „Der Vertrieb einer Schülerzeitung auf dem Schulgrundstück kann durch Anordnung des Schulleiters untersagt werden, soweit der Inhalt der Schülerzeitung nicht mit § 36 Abs.3 vereinbar ist.“

Und über all das bestimmt der Lehrer bzw. der Schulleiter. Im Zweifelsfall die Schulkonferenz. Und über die sagt das Schulmitwirkungs-

gesetz (SMG): Sie ist zur Hälfte mit Schülern/Eltern besetzt. Der Schul-

leiter ist Vorsitzender. „Er hat jedoch ... in der Konferenz kein Stimmrecht. Abweichend hiervon gibt bei Stimmgleichheit in der Schulkonferenz seine Stimme oder die seines ständigen Vertreters den Ausschlag.“ Die Entscheidung hat er damit allemal.

Aber nicht nur gegen die Inhalte der ASchO richten sich die Proteste, sondern auch gegen die Form ihrer Verabschiedung. Diese erfolgte am 8.11. in einer Nacht- und Nebelaktion. Erst zwei Tage nach der Verabschiedung wurden Schüler, Eltern und Lehrer davon unterrichtet, daß sich der Landtag mit der ASchO befaßt hat!

Die Proteste richten sich ebenso gegen einen Erlaß des Kultusministers zur „Reformierung“ der gymnasialen Oberstufe. Durch die Pflichteinführung zusätzlicher Klausurfächer werden fast alle Kurse festgeschrieben, d.h. die Wahlmöglichkeiten von Kursen aufgrund der persönlichen Neigungen ist fast komplett abgeschafft!

Diese Maßnahmen haben den seit Jahren größten Widerstand gegen Maßnahmen des KuMi ausgelöst. Die folgende Übersicht ist bei weitem nicht vollständig:

Gegen die Schulordnung:

- 9.11. Streik an der GS Scharnhorst in Dortmund;

- 16.12. Demo in Dortmund (1.000 Teilnehmer), Recklinghausen (800) Gladbeck (350);

- 25.1. Kundgebung in Köln (1.400);

- 26.1. Demos in Aachen (400), Bottrop und Bielefeld (3.000);

- 30.1. Demo in Köln (1.300);

- Im Januar in insgesamt 19 Städten Aktionen.

Gegen die Oberstufen „reform“:

- 29.11. Demo in Oberhausen (2.000);

- 15.12. Demo in Oberhausen (800);

- 16.12. Streik in 26 Kölner Schulen und wieder Demo in Oberhausen (1.200);

- 19.12. 4.000 streikende Schüler in

Duisburg!

Diese erfreuliche Aufstellung zeigt aber auch zwei Mängel der bisherigen Aktionen: Wenn in einer Stadt Aktionen gerade anfangen, hören sie anderswo schon auf und die Aktionen gegen die Schulordnung und gegen die „Oberstufenreform“ laufen nebeneinander her.

Begleitet wurden alle Aktionen von massiven Einschüchterungsmaßnahmen

- Eine Woche vor dem Aktionstag „hatte Kultusminister Girgensohn durch einen Schnellbrief die Schulleitungen davon unterrichtet, daß Kundgebungen und Demonstrationen während der Schulzeit den gesetzlichen Bestimmungen widersprechen.“ U.a. in Bielefeld wurden Schüler daraufhin Disziplinarmaßnahmen angedroht. („Westfalenblatt“ vom 26.1.)

- In Dortmund beschimpften die Schulleiter in einem Brief an die Schulleiter den Aufruf der Schülervertretung zu den Aktionen als „Unterminierung des Glaubens an die Rechtmäßigkeit des demokratischen Systems“ und „Zerstörung der Glaubwürdigkeit einer Selbstverteidigung der Demokratie“. („Westfälische Rundschau“, 19.1.)

- Der Leiter der Gesamtschule Ber-

gerfeld in Gelsenkirchen forderte

alle Lehrer auf, Listen mit Namen

aller Schüler, die sich an der Demo

beteiligt hatten, anzufertigen. Als

sich einige weigerten, zwang er sie

durch Aussprechen einer „dienst-

lichen Anordnung“. „Auf der Liste

sollte auch notiert werden, verlangte

er, wie einzelne Schüler zur Teil-

nahme an der Demonstration aufge-

rufen hätten. Eventuelle wörtliche

Zitate, hieß es, sind erwünscht.“

(„ran“, 2/79). Von einem Sozial-

pädagogen, der an der Schule einen

Videokurs abhält, wurde verlangt,

daß er einen Film rausrückt, den er

mit seinen Schülern zu Unterrichts-

zwecken von der Demo gedreht hat!

Ein Dortmunder Genosse

nach Berichten aus NRW

Verstärkte Auslese an Hamburgs Schulen

Seit September '78 liegt ein Entwurf der Schulbehörde zur Neuordnung der „Ordnung der Zeugnisse, der Versetzung, der Übergänge und der Abschlüsse in den allgemeinbildenden Schulen“ vor, der im Februar verabschiedet werden soll. Neben den allgemeinen Regelungen über die Zensurengebung führt dieser Entwurf praktisch den NC in den weiterführenden Schulen ein, da der Übergang von der sechsten in die siebte Klasse einer weiterführenden Schule vom Erreichen bestimmter Zensuren abhängig gemacht wird. Dies ist jedoch nicht die einzige Verschärfung im Entwurf. So sollen „nicht erbrachte Leistungen“ ab der siebten Klasse mit „Sechs“ bewertet werden. Schüler, die zweimal sitzengelassen sind, können von der Hauptschule abgeschult werden, wenn sie die Schulpflichtzeit erfüllt haben. Gerade die letzten beiden Punkte betreffen besonders die Hauptschüler. Diese Rechtsverordnung ist eine Konsequenz des neuen Schulgesetzes, das nur gegen erheblichen Widerstand der Schülerschaft durchgesetzt werden konnte.

An der Hauptschule gibt es keinen NC ...

Nach den Vorstellungen der Behörde muß jeder Schüler folgende Voraussetzungen für die Versetzung in die Klasse sieben des Gymnasiums erfüllen:

1. In zwei der drei sogenannten Langzeitfächer (Mathematik, Deutsch, Englisch) ist mindestens die Zeugnisnote „drei“ notwendig.
2. Mindestens die Note „drei“ ist in wenigstens einem anderen Unterrichtsfach zwingend.
3. In allen anderen Fächern muß der Schüler mindestens die Note „vier“ erreichen, oder einen sogenannten „Ausgleich“ haben, für den er nicht die Zensuren in den Langzeitfächern nutzen darf.

Sinngemäß gilt diese Bestimmung auch für den Übergang von der Klasse sechs der Beobachtungsstufe der Hauptschule in die Klasse sieben der Realschule. Noch schärfer sind die Bestimmungen für den Übergang von der sechsten Klasse Hauptschule in das Gymnasium. So braucht der Hauptschüler statt der „Note „drei“

in das Gymnasium. So braucht der Hauptschüler statt der Note drei jeweils die Note zwei. Dieser Abschnitt des Entwurfs bedeutet für die Schüler und ihre Eltern, daß sie die Schulform nicht mehr frei wählen können. Damit wird eine Zulassungsbeschränkung schon in der Schule eingeführt.

Die Behörde hat sich mit diesen Bestimmungen ein Instrument in die Hand gegeben, welches ihr erlaubt, durch Anhebung der Anforderungen den Zugang zu den weiterführenden Schulen genau zu regeln. Es ist müßig in diesem Zusammenhang darüber zu diskutieren, ob die Bestimmungen scharf angesetzt sind oder nicht. Ausschlaggebend ist, daß überhaupt ein NC eingeführt werden soll. Man merkt: Nicht Förderung der „schwächeren“ Schüler, sondern Auslese ist Trumpf. Das durchzieht den gesamten Entwurf.

Leistungsverweigerung = sechs = sitzenbleiben

„§ 4 (3) ... Das Fehlen bei einer schriftlichen Klassenarbeit ohne Nachweis eines wichtigen Grundes wird als Klasse sieben wie eine ungenügende Leistung bewertet. § 5 (5): Ist in einem Fach die Bewertung von Leistungen wegen Fehlens von Leistungsnachweisen nicht möglich, so wird in dem Fach keine Note erteilt. Dies entspricht in den Wirkungen ungenügenden Leistungen in dem Fach...“

Skandalöses Urteil gegen Frankfurter Abendgymnasiasten

Nachdem der Klage von 67 Schülern des Abendgymnasiums gegen die Schließung des AG 1 (s. auch AK 144) vom Frankfurter Verwaltungsgericht in erster Instanz stattgegeben wurde, hat der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel im Revisionsverfahren (eingeleitet durch das Land Hessen) das Urteil aufgehoben.

Das bisherige Vorgehen der Schulaufsicht (Schließung der Schule, Ultimatum Krollmanns, Aufspaltung der AGler an nun fünf verschiedene Dependancen etc.) wird als rechtmäßig bestätigt, da „das Fernbleiben von Schülern aufgrund einer organisierten und kollektiven Verweigerung, am Unterricht teilzunehmen ... pflichtwidrig und unentschuldig (sei)“ und

Ein Ausgleich ist ausgeschlossen..., wenn in einem Fach wegen Leistungsverweigerung keine Note erteilt worden ist.“

War es bisher gängige Praxis an den Schulen, daß Arbeiten nachgeschrieben werden konnten, muß jetzt ein „wichtiger Grund“ angegeben werden, warum der Schüler die Arbeit nicht mitgeschrieben hat. Ob der Grund wichtig ist oder nicht, entscheidet der Lehrer. Hält er ihn für unwichtig, wird die Arbeit mit „sechs“ bewertet. Dasselbe gilt für nichterbrachte mündliche Leistungen. Diese können schon als nicht erbracht gelten, wenn der Schüler oft gefehlt hat. Es scheint ein eleganter Weg gefunden zu sein, der „Schulmüdigkeit“ und „Interessenlosigkeit“ mit Notenterror zu begegnen. So befragte die Schulbehörde 3.600 Schüler zwischen 15 und 17 Jahren. Ergebnis: 36% der Schüler langweilen sich im Unterricht. So wurden allein in Hessen 1976 2.404 Schüler wegen Schwänzen angezeigt. In Westberlin wurden im gleichen Jahr an 533 Schüler Bußgeldbescheide wegen „Schwänzens“ geschickt. Ein gewisser Ock vom hessischen Kultusministerium jammert: „Immer weniger Schüler haben Lust den Unterricht zu besuchen“ (nach „Quick“). Dieser Tendenz will die Hamburger Schulbehörde jetzt wohl einen Riegel vorschieben, indem sie den Druck erhöht. Jeder, der schwänzt läuft Gefahr, eine sechs zu bekommen und sitzen zu bleiben. Am stärksten trifft dieses wiederum die Hauptschüler, bei denen „Schulmüdigkeit“ etc. am weitesten verbreitet sind. Nicht ohne Grund: Vielen fehlt ja auch jegliche Motivation, wenn sie jahrelang mit miesen Noten umherkriechen und wissen, egal wie sie sich auch anstrengen, daß eine gute Lehrstelle für sie so wahrscheinlich wie ein Lottogewinn ist.

Diese Paragraphen bieten jedoch auch vielfältige Mittel, demokratische Schüler zu disziplinieren. Krassestes Beispiel wären hier Schulstreiks. Arbeiten werden in die Zeit des Streiks gelegt, und die Arbeiten streikender Schüler mit sechs bewertet (Leistungsverweigerung).

Proteste gibt es schon....

Proteste gibt es schon....

Gegen den Entwurf hat es eine Reihe kritischer Stellungnahmen gegeben.

Der Hamburger Landesvorstand der GEW verabschiedete eine Stellungnahme, in der vor allem festgestellt wird, daß der Entwurf anstelle einer „Demokratisierung des Bildungswesens“ ... „einen höchst bedenklichen Trend (festschreibt), gymnasiale Verfahrensweisen auch in anderen Schulformen einzuführen und damit den Schulalltag über Gebühr zu reglementieren“.

Dies belegt der Vorstand an mehreren Paragraphen. Weiterhin kritisiert die Stellungnahme die „Anhebung der Schwelle vor dem Zugang zur Realschule bzw. zum Gymnasium ... (was) ... die Wirkung eines NC“ hat.

Die „Demokratische Jugendpresse/Hamburg“ hat den Erlaß in einer scharfen Resolution abgelehnt. Schülerkammer und Landesausschüsse haben den Erlaß in Stellungnahmen ebenfalls abgelehnt. Sie planen eine Demonstration noch vor den Frühlingsferien gegen den Zeugnislerlaß und das Kurssystem an den berufsbildenden Schulen. Die Demo wird bisher unterstützt von KJA des DGB, der IGM-Jugendgruppe, der Graphischen Jugend, der Jugendgruppe Holz- und Kunststoff und der Berufsschülerkonferenz.

Zwei Jugendgenossen

Zum Leserbrief zum Gesamtschulartikel (AK 146)

Eine Antwort:

„Ist dieser Artikel (gemeint ist der Gesamtschulartikel in AK 142) die Antwort auf die 22 der Eltern, die ihre Kinder für eine G.S. angemeldet haben und sich auch eine bessere Schule damit erhoffen?“ Die Antwort auf Eure Frage ist ein eindeutiges Nein. Dazu gibt der von Euch selbst zitierte Artikel zum Grundmodell der Behörde in AK 140 eher Rat.

Der Artikel in AK 142 sollte sich in erster Linie an Lehrer und andere Interessierte wenden, die übersteigerte Hoffnungen und Illusionen in das hatten und noch haben, was sich in den mittlerweile zehn Jahren bestehenden Gesamtschulen abspielte und noch abspielt. An die, die nach zehn Jahren sagen, es hätte sich doch nicht gelohnt und zu routinemäßigen Paukern erstarrten.

Die Bilanz dabei, das ist richtig, ist im wesentlichen negativ dargestellt. Sie bezieht sich allerdings auf die hohen Erwartungen, die vor zehn Jahren formuliert wurden. Daß das die Eltern, die jetzt vor der Entscheidung stehen, ihre Kinder in die neuen Gesamtschulen zu schicken, kaum oder gar nicht interessiert, ist einleuchtend. Auch wollte ich keinen Kollegen davon abhalten, sich nicht an die neuen Gesamtschulen zu bewerben - viele melden sich dorthin, einfach, weil sie hoffen, dort mit fortschrittlichen Lehrern zusammenarbeiten zu können, was natürlich richtig ist.

Doch muß bei der ganzen Diskussion eines klar sein:

- Die Erfolge der Gesamtschule: mehr und bessere Abschlüsse (66,3 % aller Gesamtschüler im Kreis Wetzlar erreichten weiterführende Abschlüsse gegenüber 60 % „Regelschülern“ im benachbarten Dillkreis)
- mehr Chancengleichheit (21,7 % Ar-

beiterkinder aus den Gesamtschulen gegenüber 13,6 % im Regelschulwesen erreichten die Abschlußprognose für das Abitur)

- weniger Schulangst und positivere Selbsteinschätzung der Gesamtschüler (alle Zahlen nach einer Untersuchung von H. Fend laut „Frankfurter Rundschau“ vom 22.10.78)

wären unmöglich ohne die Mehrarbeit und das totale Engagement der meisten Gesamtschullehrer. Nicht umsonst taucht diese Mehrbelastung in allen Untersuchungen auf.

Dieser Aspekt spielt bei der Diskussion unter Lehrern naturgemäß eine zentrale Rolle, während das die Eltern erst in zweiter Linie interessiert. Meiner Meinung nach wären die Gesamtschulen ohne die dort meist freiwillig unterrichtenden Kollegen nichts anderes als Stufen- oder Mittelpunktschulen, die den Schülern kaum Vorteile böten.

Daß das nicht so wird, dafür könnt ihr als Eltern einiges tun. Denn seit zehn Jahren rechnen die Schulbehörden mit der Mehrarbeit der Kollegen. Seit zehn Jahren wird mal da, mal dort gekürzt, ist die Lehrerkonferenz dabei, durch sogenannte „graue“ Maßnahmen das „Durchschlagen“ der Sparpolitik auf die Schüler zu vermeiden. Und das geht auf ihre Knochen. Frequenzen werden auch in den alten Gesamtschulen gesenkt zu Lasten der Planungsstunden, Teilungsstunden sind oft auch Ergebnis der schulinternen Mängelverwaltung. Und nun legt die Schulbehörde dieses Grundmodell vor. Die Perversität dieses Behördenplans wird erst richtig deutlich, wenn man ihn mit dem status quo an den alten Gesamtschulen vergleicht. Die seit zehn Jahren in der Selbstverwaltung von Mängeln erfahrenen Gesamtschullehrer lehnen denn auch zu Recht das Grundmo-

dell ab, das ja auch für ihre Schulen Geltung haben soll. (Z. B. hat die Lehrerkonferenz vom Alten Teichweg - Gesamtschule - das Grundmodell für ihre Schule abgelehnt, die Konferenzen anderer Gesamtschulen werden folgen).

Die von euch am Schluß eures Briefes gestellte Frage habt ihr - für euch als Eltern - bereits beantwortet; nämlich, daß ihr für Gesamtschulen und gegen die Pläne des Senats kämpft im Interesse der vielen Arbeiterkinder, die sich eine bessere Ausbildung ihrer Kinder erhoffen, daß ihr eine hohe Zahl von Anmeldungen für die neuen Gesamtschulen erreichen wollt (viele Lehrerkollegen der jetzigen 4. Klassen haben dafür sehr stark geworben, obwohl sie ganz genau wußten, daß die „Reform“ wieder mal auf ihrem Rücken ausgetragen wird). Für mich spielt dabei nicht so sehr eine Rolle, ob man für oder gegen Gesamtschule ist (das Grundmodell ist m. E. kein Schritt zur Überwindung des dreigliedrigen Schulwesens), sondern ich sehe im Moment eine Hauptaufgabe darin, ein Gegengewicht gegen die reaktionären Demagogen von CDU und der Initiative „Rettet die Schule“ usw. zu schaffen. Die Einrichtung von 14 neuen Gesamtschulen in Hamburg sollte Ausdruck dafür sein, daß ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung eine Liberalisierung der Bildungspolitik wünscht. Dabei ist wichtig, daß dort ausschließlich Lehrer unterrichten, die sich freiwillig an die neuen Gesamtschulen beworben haben - gerade an den Gymnasien, deren Lehrerkonferenzen die Umwandlung ihrer Schule in eine Gesamtschule abgelehnt haben.

Die Verfasserin der Artikel in AK 140 und 142 und selbst Gesamtschullehrerin

KB/Gruppe Frankfurt

Nachrichten aus Schule und Hochschule

MSB will Putsch im VDS

Am 1.2. veröffentlichten die Basisgruppen ein internes Vorbereitungspapier des MSB auf die im April stattfindende VDS-Mitgliederversammlung. Darin werden ausgehend von einer Untersuchung des zu erwartenden Kräfteverhältnisses auf der kommenden VDS-MV Maßnahmen der MSB-Fraktion zur Veränderung der bestehenden Stimmkonstellation zu ihren Gunsten beschrieben. Im Mittelpunkt der Maßnahmen steht eine „Stopliste“, die beschreibt, welchen Asten auf der MV nach Ansicht des MSB kein Stimmrecht gegeben werden soll. Dabei handelt es sich vor allem um baden-württembergische und bayrische Asten, also solche, wo nach Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft selbständige Studententvertretungen aufgebaut bzw. weitergeführt werden mußten.

Beim MSB liest sich das so: „Hierbei handelt es sich um Hochschulen, an denen nach unseren Informationen keine satzungsgemäß zustande gekommenen Organe der verfaßten Studentenschaft mehr existieren. Da damit zu rechnen ist, daß die BGler versuchen werden, diese „Gelbstimmen“ zu bekommen, ist es wichtig, für jeden Fall Beweise für die Nichtexistenz zu sammeln.“ Unter „nicht satzungsgemäß“ versteht der MSB solche Asten, deren Satzungen er selbst nicht anerkennt, wie aus der folgenden Aufstellung über Asten in Baden-Württemberg hervorgeht.

Dort heißt es z.B. „Uni Tübingen Problem: FSR-VV“ oder „e.u.H. Stuttgart - Problem: UStA e.V.“ Allein 15 baden-württembergischen Studententvertretungen soll so vom MSB ihre Legitimation entzogen werden. Weiter heißt es: „Für den Fall, daß auch nicht satzungsgemäße Asten Stimmen erhalten sollten, müssen folgende inaktive GO (= gewerkschaftlich-orientierte, also dem MSB nahestehend) - Asten mobilisiert werden: BPH Stuttgart, PH Reutlingen, FH Ravensburg“.

Auf dieser Grundlage kommt der MSB in zwei Rechnungen zu unterschiedlichen Ergebnissen für das Kräfteverhältnis auf der MV. In einer „Positivrechnung“, bei der der MSB davon ausgeht, daß sein Plan klappt, den 16 baden-württembergischen und bayrischen Asten das Stimmrecht zu entziehen, kommt er zum Kräfteverhältnis 277:189:134 (MSB/SBH:Juso/LHV:BG), für den Fall, daß sein Plan scheitert („Negativrechnung“), 249:194:167. In jedem Fall ergeben sich für die „gewerkschaftlich-orientierte“ Fraktion gegenüber der Mitgliederversammlung des vergangenen Jahres Verluste. Nach Angaben des MSB im selben Papier bestand vor einem Jahr in den VDS das Verhältnis 250:184:117.

Basisgruppen: Gefahr für den VDS

In einer Presseerklärung der Basisgruppen zu diesem MSB-Papier heißt es: „die Intention des Geheimpapiers ist durchaus dazu angetan, daß sich die VDS spalten. (...) Auf dem Hintergrund von Wahlverlusten des MSB/Spartakus und seines Bündnispartners Sozialistischer Hochschulbund (SHB) ist der tatsächliche Einfluß „gewerkschaftlich-orientierter Politik“ in den Studentenschaften und den VDS als Dachverband der westdeutschen und Westberliner Studentenschaften real gesunken“. Ziel dieser Maßnahmen ist es also nach Ansicht der BGen, „das realpolitische Kräfteverhältnis in den VDS zugunsten gewerkschaftlich-orientierter Politik zu verändern, die Position der Basisgruppenfraktion durch Stimmentzug entscheidend zu schwächen“.

Daß der MSB/Spartakus dabei bei der Wahl seiner Fraktion wenig wählerisch ist, kennzeichnet dieses Papier. Die Tatsache, daß der MSB/Spartakus ausgerechnet denjenigen Studentenschaften das Stimmrecht entziehen will, die seit Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft in Bayern und Baden-Württemberg autonom unter schwierigsten Bedingungen weiterarbeiten, spricht nicht nur der

bundesweiten Solidarität gegen die dort verabschiedeten Hochschulgesetze Hohn. Es ist ein direkter Schlag gegen die Weiterführung staatsunabhängiger demokratischer Interessenvertretungsorgane...“ (Presseerklärung von A. Schmeißner, VDS-Vorstandsvertreter für die Basisgruppen).

MSB: Rotzfreche Machtpolitik

In seiner Antwort vom 5.2.79 bezeichnet der MSB/Spartakus das von den BGen veröffentlichte Papier als „weder geheimnisvoll noch sensationell“. Vielmehr handele es sich um „völlig satzungskonforme Maßnahmen (...), wie sie jedes Jahr von jeder (!) Fraktion in die Wege geleitet werden“. Entgegen den Zahlenangaben in ihrem internen Papier behauptet der MSB weiterhin, „daß der Einfluß der Basisgruppen in den Studentenschaften und damit auch ihr Einfluß in den VDS kleiner geworden ist“. Die Veröffentlichung des internen MSB-Papiers wird als „Beteiligung an (einer) trüben Kampagne der Rechtskräfte“ dargestellt.

Dem Vorwurf, gerade die Asten Baden-Württembergs und Bayerns anzugreifen, „kontert“ der MSB mit der Behauptung, „allgemein bekannt

16 Asten das Stimmrecht aberkennen zu wollen, hier gar nicht widerlegt wird. Stattdessen nimmt der MSB nur zu den einzigen zwei Asten Stellung, für deren „Nicht-Existenz“ er laut seinem internen Papier „Beweise“ vorliegen zu haben meint. Dagegen ist es eine glatte Lüge, von einer „selbstverständlichen Praxis in den VDS“ zu sprechen. Es mag „selbstverständliche Praxis“ im MSB sein, die Presseerklärung jedenfalls legt diesen Eindruck nahe, aber daß auf VDS-MV's eine Fraktion Asten, die einer anderen Fraktion angehören (denn es handelt sich bei den angeblich „nicht-existenten“ Asten ausschließlich um BG-Asten), mit Hilfe von Mehrheitsentscheidungen der anderen Fraktionen das Stimmrecht entziehen will, hat es bisher noch nie gegeben.

Jusos: Nicht Fisch noch Fleisch

Besonderes Interesse erweckte somit die Stellungnahme der Juso-Hochschulgruppen, deren Stimmrecht der MSB für den Stimmzug brauchen würde, zu denen er in dieser Frage auch Kontakt aufnehmen wollte. In einem Beschluß ihres „Koordinierungstreffens“ vom 6.2. heißt



(?) sei, daß der MSB entgegen Strafanzeigen, Polizeieinsätzen und anderen

(?) sei, daß der MSB entgegen Strafanzeigen, Polizeieinsätzen und anderen Zwangsmaßnahmen die Weiterführung der verfaßten Studentengesetze gegen reaktionäre Hochschulgesetze wesentlich mitinitiiert und getragen hat. Als Kriterium für ihre VDS-Stimmberechtigung gelte (...) einzig und allein ihre satzungsgemäße Wahl“.

„Allgemein bekannt“ ist vom MSB allerdings bisher die Praxis, daß er nur solche Asten unterstützte, die einen „gewerkschaftlich-orientierten“ Kurs verfolgen, wahrscheinlich ist dies hinter der Formulierung „satzungsgemäß“ anzudeuten? „Satzungsgemäß“ ist wahrscheinlich auch die in dem Papier geforderte „Mobilisierung“, „inaktiver GO-Asten“, und wenn der MSB seine Absichten bzw. ihm nahestehende Asten als „inaktiv“ bezeichnet, so kann getrost die blanke Nicht-Existenz dieser Asten angenommen werden.

Zu dem aus seinem Papier hervorgehenden Versuch, 16 baden-württembergischen und bayerischen Asten das Stimmrecht entziehen zu wollen, schreibt der MSB: „Selbstverständliche Praxis in den VDS ist die Überprüfung der satzungsmäßigen Legitimation aller Asten. Diesen Zweck hat auch die von Schmeißner mit dem Prädikat „undemokratisch“ versehene „Stopliste“, die vom VDS-Vorstand (nanu?), schreibt der VDS-Vorstand neuerdings selbst die Geheimpapiere des MSB vor jeder MV aufgestellt wird. Wenn Schmeißner jetzt allein (?) Zweifel an der Existenz solcher Asten wie Uni und PH Heidelberg (beide haben sich selbst für aufgelöst erklärt), versucht, als undemokratische Machenschaften zu denunzieren, so drängt sich die Frage auf, ob er die satzungsmäßige Überprüfung aller Asten auf dieser MV tabuisieren will?“

Auffallend ist, daß der Vorwurf,

Koch jemand ohne Fahrschein?

es: „1. Die Juso-Hochschulgruppen halten auch weiterhin an der bisherigen

es: „1. Die Juso-Hochschulgruppen halten auch weiterhin an der bisherigen Zusammensetzung des Vorstandes aus MSB, SHB, LHV, BG und Juso-HSG fest und verurteilen alle Versuche, einzelne Fraktionen aus diesem Bündnis auszuschließen. (...) 4. Die Juso-HSG halten in dem internen Papier des MSB Spartakus zumindest die Tendenz für erkennbar, die nächste MV allein aus dem Blickwinkel einer Gegenüberstellung des Kräfteverhältnisses von Basisgruppen/MSB zu betrachten“.

Die rechtliche Kritik der Jusos an den Putschvorbereitungen des MSB in den VDS ist wohl der Tatsache geschuldet, daß innerhalb der Jusos der „Stamokap“-Block eine weitergehende Verurteilung des MSB verhindert hat. Es wird nicht zuletzt vom Verhalten dieses Teils der Juso-Fraktion abhängen, ob der MSB auf der MV mit seinem Plan durchkommt, denn schon auf der MV vor einem Jahr haben MSB/SBH und „Stamokap“-Jusos satzungswidrig dem Münchener BG-AStA und dem AStA-Uni Bremen (BG/MG-Koalition) die Stimmen vorenthalten.

Auf den Beginn der MV kann man gespannt sein. Käme der MSB mit seinen Vorstellungen durch, so würde dies einem „gewerkschaftlich-orientierten“ Putsch gleichkommen, der gleichzeitig allen anderen Fraktionen, also vor allem den Jusos und dem LHV die Möglichkeit nehmen würde, in Zukunft irgendwelche politischen Erklärungen gegen den Willen des MSB Spartakus auf VDS-Mitgliederversammlungen auch nur zu diskutieren. Die wütenden Ausfälle des MSB auf der letzten MV gegen die Solidaritätsresolutionen mit Rudolf Bahro sollten vor allem den Jusos noch in schlechter Erinnerung sein.

SSB/Hamburg

VDS am Scheideweg Revisionistischer Richtungsverband oder Dachverband aller Studenten?

Das „Timing“ scheint klug gewählt. Die Linke, an den Hochschulen, darunter auch viele Basisgruppen, haben nach der Verabschiedung der Landeshochschulgesetze mit einigen inneren Schwierigkeiten zu kämpfen. Durch die Abschaffung der Verfaßten Studentenschaft in Baden-Württemberg, einer Hochburg-Region der Basisgruppen, stehen einige BG-Asten vor großen Schwierigkeiten, wie angesichts gesetzlicher Liquidation selbständig Studentenschaften aufgebaut und weitergeführt werden können. Die Hauptlast der Auseinandersetzungen in Baden-Württemberg lag immer bei den Basisgruppen. Die „Solidarität“ des MSB, derer er sich in seinem Papier sehr rühmt, hat von jeher ausschließlich den „gewerkschaftlich-orientierten“ Asten gegolten. Ähnlich sieht die Situation in Bayern aus.

Jetzt, dem Einfluß des MSB die Zeit günstig, den Einfluss der Basisgruppen im nationalen Dachverband zu schwächen, die in den letzten Jahren zunehmend an Einfluss in den Studentenschaften und in den VDS gewonnen hatten. Ein Erfolg des MSB-Plans würde die Existenz des VDS als Dachverband in Frage stellen. Bei aller Abgehobenheit, Schwerfälligkeit und zeitweiser Funktionsunfähigkeit hinter irgendwelchen Gerangel agiert und vor den Kulissen um Einfluss auf die Studentenschaft, haben die VDS doch eine gewisse Rolle in der Diskussion der demokratischen Studentenschaft gespielt. Dies vor allem dank der Tatsache, daß in ihnen das politische Spektrum der Studentenschaft einigermaßen repräsentiert war, keine der großen drei Fraktionen allein die Mehrheit hatte. Dadurch spiegeln die Auseinandersetzungen auf den alljährlichen Mitglieder-Versammlungen, wenn auch oft in verzerrter Form, die Diskussion in der studentischen Basis wieder.

Diese Auseinandersetzungen hatten Folgen an der studentischen Basis wieder.

Diese Auseinandersetzungen hatten entsprechend der Situation an den Hochschulen an Schärfe zugenommen, seit die Basisgruppen sich stärker als eine „linke Opposition“ zum vorherrschenden „gewerkschaftlich-orientierten“ Kurs begriffen und eigenständige politische Initiativen in die VDS einbrachten, also seit Ende 76, als die Kämpfe an den Hochschulen ihren Höhepunkt fanden. Zunehmend wurde es durch das konsequentere Auftreten der Basisgruppen schwerer für den MSB, die VDS für sich zu instrumentalisieren, über die er seine Aktionsvorschläge („Stamokap“, „Aktionstage und -wochen“) mit seinen politischen Inhalten durchsetzen und ihm mißliebige Vorschläge aus der Diskussion fernhalten konnte.

Die Polarisierung zwischen MSB und Basisgruppen-Fraktion wirkte sich auch auf die Bündnispolitik des MSB gegenüber den Juso-Hochschulgruppen aus. Die vom MSB propagierte „Aktionseinheit der Linkskräfte“, worunter v. a. ein Bündnis der revisionistischen Gruppen MSB/SBH mit den reformistischen Jusos (und dem LHV) verstanden wurde, ließ sich immer schwerer verwirklichen. Waren nach der Fusion der alten Studententverbände VDS (Verband Deutscher Studentenschaften, von MSB/SBH dominierter Verband der Uni- und PH-Asten) und SVI (Dachverband der Fachhochschulen, von BGen und teilweise der KBW die Mehrheit hatten) 1975 die Hauptauseinandersetzungen auf den MVs geprägt von einem Gerangel um Kompromißformulierungen zwischen MSB und Jusos für eine gemeinsame Hauptresolution, somit also voll nach dem Geschmack des MSB, so änderte sich dieses mit der Veränderung der poli-

tischen Positionen innerhalb der BG-Fraktion. Anfangs, 1975/76, hatten die Basisgruppen unter der politischen Führung des KHB Bayern (Studentenorganisation des „Arbeiterbundes“) ihrerseits voll auf dem Kurs der „Aktionseinheit der Linkskräfte“ gestanden und bestenfalls versucht, als „Zünglein an der Waage“ zwischen MSB und Jusos ein paar Zugeständnisse in der zu verabschiedenden Hauptresolution zu erhalten. Solange sich die Basisgruppen und der KHB, die zu der Zeit eine gemeinsame Fraktion bildeten, mit der Rolle eines Trittbrettfahrers mal der einen mal der anderen Fraktion begnügten, waren sie vom MSB wohl geduldet, man enthielt sich größerer Angriffe auf die BGen, zumal diese ja den SVI in die neuen VDS „eingebracht“ hatten, in einer Situation, wo der alte VDS nicht zuletz auf Grund seiner überdeutlichen Beherrschung durch die GO-Gruppen im Einfluß stagnierte, durch die Fusion aber „wiederbelebt“ werden konnte. In dem Augenblick, wo die BGen ihre Teilnahme an dem alljährlichen Gemauschel um Formulierungen einer gemeinsamen Hauptresolution verweigerten, weil diese in ihrem Hauptteil eh aus nichts weiter als einem bunten Mischmasch von MSB- und Juso-Positionen mit einem Schuß BG-Senf bestanden, um im Aktionsteil die Vorstellungen des MSB von Hochschulpolitik zu bestätigen, war diese „Toleranz“ des MSB vorbei. Höhepunkte der Auseinandersetzungen waren die Verweigerung der Solidarität mit den von Repression durchs Ordnungsrecht bedrohten Heidelberger Studenten 1977, die Verweigerung der Solidarität mit dem Göttinger AStA im Sommer des gleichen Jahres, die Verweigerung der Solidarität mit Rudolf Bahro auf der MV des letzten Jahres durch MSB, SHB und Stamokap-Jusos. In allen Fällen verweigerte der MSB nicht nur die Solidarität, sondern versuchte sogar, die Diskussion um diese Fragen an den Hochschulen wie auch auf VDS-Mitgliederversammlungen zu verhindern. In dem Maße, wie der die Solidarität, sondern versuchte sogar, die Diskussion um diese Fragen an den Hochschulen wie auch auf VDS-Mitgliederversammlungen zu verhindern. In dem Maße, wie der MSB erkennen mußte, daß die Basisgruppen diese Positionen und ihrer kompromißlosen Propagierung auch militanter Widerstandsformen an den Hochschulen gegen die Durchsetzung des HRG an den Hochschulen und in den VDS an Einfluß gewannen, daß sich innerhalb der BG-Fraktion linke Kräfte gegenüber eher reformistisch beeinflussten immer stärker durchsetzten, mußte er gleichzeitig seine Vorstellungen von Aktionseinheitspolitik gegenüber den Jusos gefährdet sehen. Denn auch innerhalb der Jusos zeigte sich eine wachsende Polarisierung zwischen einer Mehrheit, die eher BG-Positionen zuneigte, und der „Stamokap“-Minderheitsfraktion.

Da der wachsende Einfluss der BGen an den Hochschulen nicht zu verhindern war, griff der MSB zunehmend zu machtpolitischen Tricks. Dies fing – nach relativ harmlos – mit dem Versuch an, den BG-Vertreter A. Schmeißner, der als Vertreter der Linken in den BGen anzusehen ist, auf der VDS-MV 1977 nicht wiederzuwählen, setzte sich auf der letzten MV fort mit dem (gelungenen) Klau von BG-Stimmen des AStA München und der satzungswidrigen Übernahme der Stimmen des AStA Uni Bremen durch die GÖler, obwohl in beiden Fällen die bis dato amtierenden GO-Asten just abgewählt worden waren. Da jedoch selbst diese Tricks auf der letzten MV nicht verhindern konnten, daß Jusos und BGen die Solidarität mit R. Bahro zum Thema auf der MV machten, eine Unterstützung des (vom MSB so ungeliebten) Russell-Tribunals eine Mehrheit fand, soll offenbar diesmal

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 15

zu einem stärkeren Kaliber gegriffen werden — dem massenweisen Ausschluß BG-orientierter ASten.

Diese Politik der „gewerkschaftlich Orientierten“ zeigt deutliche Parallelen zu denjenigen, an denen sich hier offenbar „orientiert“ wird — den Gewerkschaftsführern. Auch diese lassen linken Oppositionellen eine gewisse Zeit etwas Spielraum zum Aufbau einer Arbeit, um dann, wenn der politische Einfluß dieser Linken zu groß zu werden droht, mit Ausschlüssen und anderen Repressionen gegen sie massiv vorzugehen. Ähnlich verhält es sich mit dem Verhältnis des MSB zu den BGen. Sie waren wertvoll, als die Fusion mit dem SVI anstand, die ohne die BGen nicht laufen konnte. Jetzt, wo sie sich als eigenständige politische Kraft entwickelt hat, die den MSB-Vorstellungen häufig hinderlich ist, wird nicht die demokratische Auseinandersetzung an den Hochschulen gesucht, wo es dem MSB durchaus freisteht, sich die Mehrheit in den VDS zu holen (was ihm allerdings nicht so recht glücken wird), sondern es werden aus einer vermeintlichen Stärkeposition heraus machtpolitische Tricks angewandt. Einen entscheidenden Unterschied gibt es allerdings. Wo die Vorbilder aus den Gewerkschaftsführungsetagen noch so manches Mal relativ widerstandslos durchkamen, müssen MSB/SHB an den Hochschulen mit erheblichem Widerstand rechnen, wenn diese Pläne bekannt werden. Wir begrüßen daher den Schritt der BGen, das interne Papier des MSB an die Öffentlichkeit zu bringen. Auf der VDS-MV muß der MSB diese Drohungen zurücknehmen, anderenfalls ein Vertreter dieser Gruppe, die mit solchen Mitteln gegen Asten vorzugehen bereit ist, im VDS-Vorstand nicht akzeptiert werden kann.

Die Jusos werden über ihre bisherige Erklärung (vgl. nebenstehenden Artikel) hinausgehen müssen, ebenso der LHV. Diesen Gruppen muß bekannt sein, daß sie zum Spielball der MSB-Politik werden, wenn dieses Vorgehen durchkommt. Dies wäre dann tatsächlich das Ende der VDS in der bestehenden Form. Nicht nur, daß die Repräsentativität der VDS damit nicht länger gegeben wäre, wie die Jusos in ihrer Erklärung selbst schreiben, die VDS würden ihr ohnehin nicht besonders hohes Ansehen unter den Studenten vollständig verspielen.

SSB/Hamburg

dieses Vorgehen durchkommt.

Dies wäre dann tatsächlich das Ende der VDS in der bestehenden Form. Nicht nur, daß die Repräsentativität der VDS damit nicht länger gegeben wäre, wie die Jusos in ihrer Erklärung selbst schreiben, die VDS würden ihr ohnehin nicht besonders hohes Ansehen unter den Studenten vollständig verspielen.

SSB/Hamburg

Prozeß gegen Schorndorfer Blättle

Am 13. Februar stehen in Waiblingen bei Stuttgart sieben Redakteure der Alternativzeitung „Schorndorfer Blättle“ vor Gericht. Wegen Veröffentlichung des „Buback-Nachrufes“ 1977 sind sie jetzt angeklagt wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und der Billigung von Straftaten.

Bereits im November '78 war Werner N., einer der Redakteure, aus der FDP ausgeschlossen worden, weil er Artikel zugelassen habe, die „Sympathie mit Terroristen“ bekunden würden. Die Jungdemokraten sehen in diesem Ausschluß etwas ganz anderes nämlich eine „Abrechnung mit einem der entschiedensten Gegner des konservativ-liberalen Kurses“ der Kreisleitung (Stuttgarter Zeitung, 14.11.78).

Sie beschlossen deshalb auch, daß Werner N. trotz Parteiausschlusses weiter Vorsitzender der Jungdemokraten im Rems-Murr-Kreis bleiben soll.

Ein Genosse aus Stuttgart

Meldung

Bullenstation an der Uni-Frankfurt

In seinem Info Nr. 2/79 berichtet der AStA der Universität über die Einrichtung einer Polizeistation an der Uni „für den Fall, daß...“ Es handelt sich um einen Raum, der während einer Renovierung heimlich, still und leise umfunktioniert worden ist. Wie Augenzeugen berichten, befinden sich in dem Raum ein Sitzungstisch, ein Fernschreiber und eine Telefonzentrale.

Undemokratisches Wahlrecht verfälscht Wählerwillen

Hamburg: Erstmals wurde an der Universität nach dem Verhältniswahlrecht zum Studentenparlament (SP) gewählt. Dies entspricht einer lange bestehenden Forderung des SSB und des LHV. Abgelöst wurde dadurch das reine Mehrheitswahlrecht, bei dem nur die Listen mit den absolut höchsten Stimmanteilen Sitze im SP bekamen, so daß die Sitzverteilung im SP niemals den realen Verhältnissen innerhalb der Studentenschaft entsprach. Allerdings wird nur die Hälfte der SP-Mitglieder nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, die andere Hälfte durch Mehrheitswahlrecht, wodurch wiederum die Kräfteverhältnisse total verzerrt werden. Die Ergebnisse:

Liste	Stimmen	%	Sitze
Jusos	1977(2291)	22,5	12
MSB	1691(2077)	19,2	9
SHB	1091(1984)	12,4	6
LHV	1302(1812)	14,8	5
Linke Liste (mit SSB)	1200(1482)	13,7	3
KBW	130(335)	1,3	-
Rechte	1210(1900)	13,9	3
(RCDS/JU/SLH)			

Auffallend ist, daß alle Listen trotz gestiegener Wahlbeteiligung (von 8.110 auf 8.700) absolut an Stimmen verloren haben. Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß beim früheren Wahlrecht Mehrfachwahlen möglich waren, was insbesondere im GO-Lager (Jusos/MSB/SHB) genutzt wurde. Auffallend ist allerdings weiterhin der starke Verlust des SHB, der am meisten von den „Leihstimmen“ der Jusos und des MSB profitierte.

Die „Linke Liste“ (ein Bündnis des SSB und verschiedener linker Unabhängiger) hat Stimmen verloren, was wesentlich darauf zurückzuführen ist, daß die letzten Wahlen ganz im Zeichen des Wahlerfolgs der „Bunten Liste“ bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen standen. Hinzu kommt, daß über den

SSB hinaus keine der linken Basisgruppen bereit war, sich an einer Liste zu den SP-Wahlen zu beteiligen. Auch im SSB selbst war das aktive Engagement im Wahlkampf merklich geringer als in den vergangenen Jahren.

Insofern sind die 1200 Stimmen der Teil, der sich bewusst für eine radikal linke Liste ausgesprochen hat. Kaum sind Stimmen über diesen Bereich hinaus an aktuellen politischen Fragen gewonnen worden.

Die Sitzverteilung gibt das reale Kräfteverhältnis nur verzerrt wieder. Bei den Verhältniswahlen ergab sich folgendes Bild: Jusos 4, MSB 4, SHB 2, LHV 3, LiLi 3 und RCDS 3 Sitze. Jedoch wurden im Mehrheitswahlverfahren nochmals 19 Kandidaten gewählt. Hierfür bildeten Jusos, MSB und SHB eine Einheitsliste, wodurch andere Listen von vornherein kaum eine Chance hatte (nur dem LHV gelang es, bei den Medizinern zwei Sitze zu gewinnen). So gewannen sie insgesamt 17 von 19 Sitzen. Aus dem vorherigen Sitzverhältnis von 10:9 für die jetzige AStA-Koalition (Jusos/MSB/SHB) wurde durch diesen Trick ein 27:11.

Auch die nächste AStA-Koalition wird so mit Sicherheit wieder aus Jusos, MSB und SHB bestehen. Auffallend ist dabei, daß die Jusos sich immer enger in die Koalition mit MSB und SHB einbeziehen lassen, wobei diese allein den Kurs der AStA-Politik bestimmen. Hierin drückt sich die totale Dominanz der Stamokap-Fraktion innerhalb der Jusos aus. Allerdings hat es bisher auch kaum ernsthafte Anstrengungen gegeben, mit anderen linken Kräften innerhalb der Jusos zusammenzuarbeiten, um diese AStA-Koalition aufzubrechen. Dies wäre eine Aufgabe für die Linke Liste im nächsten Semester.

SSB/Hamburg

Meldungen

CDU fordert „Chaotenklausel“

Die CDU fordert die Einführung einer „Chaotenklausel“ in das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BA-FÖG). Damit soll die „Rückforderung von BA-FÖG-Mitteln von Studenten

sche und die Katholische Studentengemeinde gegen die Gründung des „Sturm Frankfurt“, einer von der berichtigten neofaschistischen „Wehrsportgruppe Hoffmann“ gegründeten Vereinigung, die an der Frankfurter Uni offen Mitglieder werben konnte. Insbesondere fragten die Studentengemeinden, was der CDU-Bürgermeister in Hinblick auf den 17. Juni zu tun gedenke, da dann mit gewalttätigen Ausschreitungen dieser Nazis zu rechnen sei. Charakteristisch dann Wallmanns Antwort: man werde „alle rechtlichen Möglichkeiten ausnutzen, um solchen extremistischen Umtrieben ... zu begegnen. Auch wenn sie vom KBW oder anderen Gruppen veranstaltet würden“ („FR“, 8.2.). Und wieder ist die Kurve gekratzt worden.

Beitragsboykott

Braunschweig: Die Studenten der Technischen Universität (TU) werden im Sommersemester aufgerufen, keine Beiträge für das Studentenwerk zu zahlen. Ziel dieses Boykottes soll es sein, die bis zu 20 DM erhöhten Gebühren wieder zu senken. Die Studenten wenden sich damit auch gegen die geplante Streichung von 521.000 DM aus dem niedersächsischen Haushalt zur Unterstützung des Studentenwerkes.

Kommission gegen Regelstudienzeiten

Die „Ständige Kommission für Studienreform“ (11 Vertreter der Kultusministerien, 7 Professoren, 2 Studenten, 2 wissenschaftliche Mitarbeiter, letztere werden durch die Westdeutsche Rektorenkonferenz benannt) haben auf ihrer letzten Tagung eine Abkehr von der Regelstudienzeit empfohlen. Insbesondere wenden sie sich gegen die Durchsetzung der Regelstudienzeit durch Sanktionen gegen Studenten. Alle Vertreter der Hochschulen wandten sich gegen die Regelstudienzeit, die SPD-Ländervertreter enthielten sich oder schlossen sich an, die CDU-Ländervertreter stimmten bis auf Niedersachsen dagegen.

Die Kommission fordert, vor Einführung einer Regelstudienzeit zumindest eine Reformierung der bestehenden Studiengänge durchzuführen.

SP-Wahl-Nachrichten

Bamberg: Bei den „illegalen“ Wahlen gab es einen überraschend hohen Wahlerfolg für die Sozialistische Hochschulinitiative (Basisgruppe mit starkem SB-Einfluß). Sie werden damit wahrscheinlich den bisherigen Jusos-AStA ablösen. Die Ergebnisse: SHI 53 %, Jusos 24 %, MSB 23 % bei einer Wahlbeteiligung von 580 Studenten (von 1.750, das entspricht 31 %). In Bayern ist die verfaßte Studentenschaft gesetzlich abgeschafft, so daß diese Wahlen nur „illegal“ durchgeführt werden können. Das starke Interesse an diesen unabhängigen Wahlen spiegelte sich auch in einer Vollversammlung zur Kandidatenvorstellung wider, an der 150 Studenten teilnahmen.

Bielefeld: Bei den diesjährigen Wahlen gab es folgende Ergebnisse:

Liste	Stimmen	Sitze
RCDS	317 (179)	5 (4)
SLH	100 (-)	1 (-)
LHV	183 (211)	3 (3)
Jusos	321 (420)	5 (13)
SHB	205 (352)	3 (9)
MSB	218 (422)	3 (11)
Basisgr.	- (650)	- (18)
SHG	121 (-)	1 (-)
KB/„KPD“	54 (-)	- (-)

Diese Wahlen liefen nach dem neuen Studentenschaftsgesetz, mit dem die Rechte der verfaßten Studentenschaft erheblich eingeschränkt werden. Innerhalb der Studentenschaft gab es unterschiedliche Ansichten darüber, wie hierauf zu reagieren ist. Die Basisgruppen hatten zum Wahlboykott aufgerufen und in einer Unterschriftensammlung 360 Unterschriften gesammelt. Die Wahlbeteiligung sank von 39 % im Jahre 1978 auf 23 %, worin sich die Ablehnung dieses Gesetzes widerspiegelt.

Die Uneinigkeit der Linken im Vorgehen gegen das SSG hat ganz offensichtlich den Rechten (RCDS und SLH) genutzt, die trotz gesunkener Wahlbeteiligung Stimmen dazugewinnen konnten. Eher geschadet als genützt haben dürfte den KB-Studenten die gemeinsame Kandidatur mit der „KPD“, die von den Studenten entsprechend honoriert wurde.

Braunschweig: Nach den erfolgreichen Wahlen zu einem unabhängigen SP gegen das niedersächsische Landeshochschulgesetz (siehe AK 147) wird an der TU eine neue Urabstimmung über das neue Wahlrecht durchgeführt werden. Der Rektor der TU kandidiert mit der „KPD“, die von den Studenten entsprechend honoriert wurde.

Braunschweig: Nach den erfolgreichen Wahlen zu einem unabhängigen SP gegen das niedersächsische Landeshochschulgesetz (siehe AK 147) wird an der TU eine neue Urabstimmung über das neue Wahlrecht durchgeführt werden. Der Rektor der TU hat zu verstehen gegeben, daß er bereit ist, den Forderungen der Studenten nachzugeben.

Freiburg: Auf einer Vollversammlung wählten die Studenten der katholischen Fachhochschule für Sozialwesen und Religionspädagogik einen neuen AStA, der von einer linken Bündnisliste getragen wird. Der MSB ist darin nicht mehr vertreten, da er sich völlig isoliert hatte.

Freiburg: An den „illegalen“ Wahlen (in Baden-Württemberg ist die verfaßte Studentenschaft abgeschafft) zu einem unabhängigen AStA beteiligten sich 3.200 Studenten (das entspricht 18,6 %). Die Liste der GEW erhielt 11 Sitze, der LHV 5, der

MSB 3, der SHB 3, die Marxistische Reich-Initiative 3, der SLH 1 und die Liste der Fachschaften und der Fachbereichsgruppen 2. Die bisherige AStA-Koalition aus GEW und LHV wird wahrscheinlich auch den nächsten AStA bilden.

Dortmund: Bei einer Wahlbeteiligung von 21,2 % gab es bei den Wahlen zum unabhängigen SP (bei den Wahlen nach dem Studentenschaftsgesetz beteiligten sich 3 Studenten) folgendes Ergebnis:

Liste	Stimmen	Prozent	Sitze
Jusos/SHB	167 (336)	12 (21)	4 (8)
KBW	40 (-)	3 (-)	1 (-)
Fachschaftl.	305 (-)	22 (-)	8 (-)
MSB	90 (90)	6 (6)	2 (2)
Basisliste	763 (700)	54 (44)	22 (18)

Rheinland: Die Pädagogische Hochschule Rheinland ist ein Zusammenschluß aller nordrhein-westfälischen PHs.

Liste	Köln	AfH	Bonn	Neuß	Aachen
Stimmen	777	381	535	312	758
SHB	337	93	182	9	200
MSB	50	28	136	22	76
RCDS	164	61	135	75	316
LiLi	170	160	29	195	126
SLH	14	7	34	6	27
KHG	23	3	9	1	8

Das Ergebnis insgesamt: SHB: 821 (29,7 %); MSB: 312 (11,3 %); RCDS: 749 (27,1 %); LiLi: 680 (24,7 %); SLH: 88 (3,2 %); KHG: 44 (1,4 %).

Ergebnisse der Studentenratswahl an der TU Clausthal, Febr. 79

RCDS	6 Sitze (Vorj.: 7)
SLH	4 Sitze (4)
JUSO-HSG	nicht teilen (3)
Aktionsgem. unabh. Stud.	
JUSO-Symp.(AUS)	3 Sitze (-)
LHV	nicht teilen (6)
LHV-Initiative	1 Sitz (-)
Unabh. Stud.-Liste (USTLi)	5 (-)
(rechte LHV-Abspaltung)	
SHB	5 (4)
Sozialist. Basisgruppe	1 (1)
KSB	- (-)

Bei den diesjährigen SR-Wahlen hat es im Vergleich zum Vorjahr kaum Veränderungen gegeben. Der SHB konnte aufgrund der Nichtkandidatur der JUSOS einen Sitz gewinnen, der RCDS blieb trotz Sitzverlust die stärkste Gruppe. Die Soz. Basisgruppe, in der auch KB-Sympathisanten mitarbeiten, erhielt wie im Vorjahr 1 Sitz. Der KSB erreichte seinen vorläufigen Tiefstand mit 12 Stimmen. Die AStA-Bildung (Vorjahr: LHV/SLH) ist noch unklar, es wird aber wahrscheinlich einen SHB/USTLi/Veränderungen gegeben. Der SHB konnte aufgrund der Nichtkandidatur der JUSOS einen Sitz gewinnen, der RCDS blieb trotz Sitzverlust die stärkste Gruppe. Die Soz. Basisgruppe, in der auch KB-Sympathisanten mitarbeiten, erhielt wie im Vorjahr 1 Sitz. Der KSB erreichte seinen vorläufigen Tiefstand mit 12 Stimmen. Die AStA-Bildung (Vorjahr: LHV/SLH) ist noch unklar, es wird aber wahrscheinlich einen SHB/USTLi/AUS-AStA geben.

H a m b u r g: Mit einem großen Erfolg für die »Liste Demokratischer Kampf« (an der der SSB beteiligt ist) endeten die SP-Wahlen an der Hochschule für bildende Künste. Die LDK gewann 12 der 15 Sitze, der MSB gewann die restlichen. Damit wird die LDK weiterhin den AStA stellen. Besonders erfreulich ist, daß die LDK ihren Stimmenanteil gegenüber dem letzten Jahr noch erhöhen konnte. Das Ergebnis: Wahlbeteiligung: 31%.

Die 12 LDK-Kandidaten erhielten zwischen 173 und 149 Stimmen (132 - 117 bei der letzten Wahl). Die MSB-Kandidaten erhielten zwischen 92 und 54 Stimmen (106-65). Die KHG-Kandidaten erhielten zwischen 47 und 44 Stimmen (57-51).

SSB-Hamburg

Freispruch und Verurteilung wegen Nötigung

Hamburg: Mit zwei Freisprüchen und einer Verurteilung zu einer Geldstrafe in Höhe von 300 DM endete nach fünftägiger Verhandlungsdauer ein Prozeß gegen drei Studenten.

Der Gegenstand der Verhandlung lag bereits zwei Jahre zurück: im Anschluß an eine Wirtschaftsratsitzung, auf der der AStA-Haushalt wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats von Seiten der Univerwaltung blockiert wurde, hatten ca. 100 bis 150 Studenten eine Diskussion um das Abstimmungsverhalten gefordert. Nach kurzem Disput und Verweigerung weiterer Diskussion wollten die Herren der Univerwaltung den Raum just durch denjenigen der drei Ausgänge verlassen, vor dem sich die Menge der Studenten versammelt hatte. Dies gelang ihnen nur unter Drängeln und Rempeln (vergleichbar vielleicht der alltäglichen Situation an einer U-Bahntür im Berufsverkehr).

Trotz intensiver Bemühungen in Zusammenarbeit mit der Politischen Polizei und hahnebüchenen Beschuldigungen vor Gericht, die fast ausnahmslos zurückgenommen werden mußten, ist es der Univerwaltung in diesem Verfahren nicht gelungen,

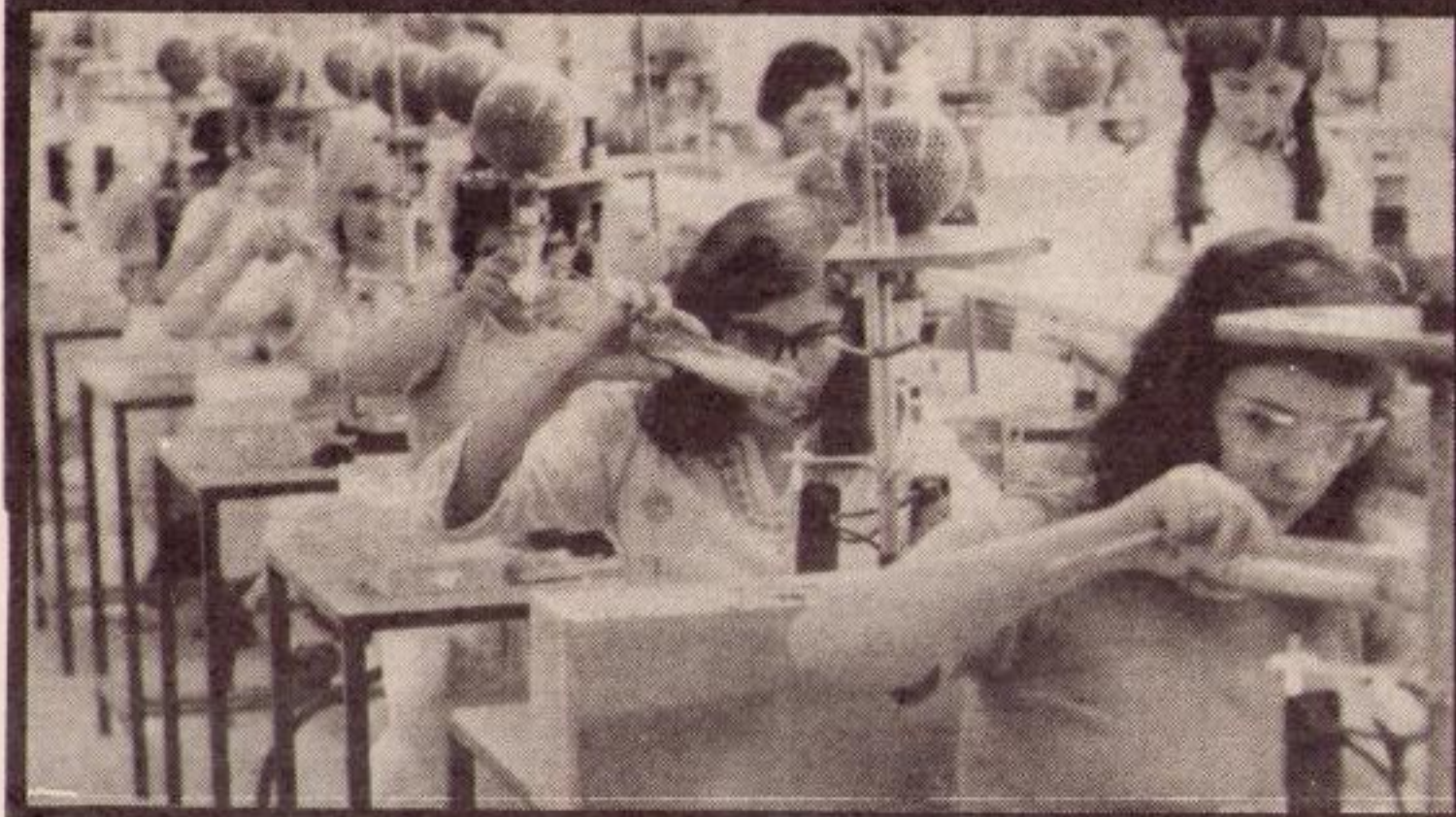
ähnlich hohe Bestrafungen wie in einem abgetrennten und vorgezogenen Verfahren zu erreichen (4 Monate Gefängnis auf Bewährung und 500 DM Geldstrafe für einen, 1.200 DM Strafe für einen anderen Studenten). Einer der Studenten konnte nachweisen, daß er an den gesamten Vorgängen gar nicht beteiligt war. Dennoch war auch er „identifiziert“ worden und einige „Zeugen“ schworen Stein und Bein, daß er dabei war. In normalem Rechtsdeutsch nennt man so etwas Meineid.

Einem weiteren konnten keinerlei Nötigungshandlungen bewiesen werden. Die 10% jedoch, die zu seiner Verurteilung fehlten, wurden von Richter und Staatsanwalt dem dritten Angeklagten draufgeschlagen: er wurde verurteilt, weil er vor einem Verwaltungsbeamten wie „Zwerg Alberich herumgesprungen“ war, womit er ihm den Weg versperrt habe.

Die beiden Freisprüche und die relativ „milde“ Verurteilung dürften nicht zuletzt das Ergebnis einer grossen Öffentlichkeit im Gerichtssaal und einer kontinuierlichen Informationsarbeit an der Uni gewesen sein.

SSB/Prozeßgruppe

Betrieb und Gewerkschaft



Herb muß geh'n!

Herb muß geh'n! Diese Forderung gegen den Nordrhein-westfälischen Bezirksleiter der IG-Metall wegen seiner Rolle im Stahlarbeiterstreik wird in immer mehr Betrieben heftig diskutiert. Nachdem fast 500 Vertrauensleute der Dortmunder Hoesch-Betriebe diese Forderung in Resolutionen verabschiedeten (siehe AK 147), haben auch die Vertrauensleute der Thyssen AG in Duisburg-Hüttenheim „Personalveränderungen“ gefordert (siehe nebenstehende Resolution). Der Vertrauenskörper und IG-Metall-Mitglieder der Aachener Firma Garbe Lahmeyer haben ebenfalls eine Entschließung an den IG-Metall-Vorstand verabschiedet, in der sie Verhandlungsführung, Streikführung und den ausgehandelten Stahlabschluß der IGM-Führer kritisieren. U.a. schreiben die Kollegen: „Auf massive Kritik der überwiegenden Mehrheit unserer Mitglieder stößt – wie schon in den letzten Tarifbewegungen – die schlechte Figur von Verhandlungsführer Herb. Die eindeutige Forderung lautet: Aus dem Verkehr ziehen und durch einen Kollegen ersetzen, der bereit ist, unsere Interessen offensiv und konsequent zu vertreten.“ In einem der Hauptstreikbetriebe, bei der Hamborner Thyssen-Hütte, wird in den Bereichsvertrauenskör-

per spielt, wird schon an den Zahlen deutlich: es gibt gerade 153.000 organisierte Metaller in der Stahlindustrie, davon sind wohl höchstens 10.000 Vertrauensleute, Loderers Vergleichszahl bezieht sich auf die Gesamtzahl der IGM-Vertrauensleute in der Bundesrepublik!

Nach wie vor weigert sich der Vorstand, auf die Kritik der Vertrauensleute einzugehen. Eher verschärft sich noch die Tonart, liest man dazu das DGB Organ „Welt der Arbeit“, die messerscharf feststellt, daß die Kritiker „Kurt Herb sagen und die IG Metall“ meinen (8.2.) und die WdA-Schreiber kennen auch die Drahtzieher: „Schon länger haben im Dortmunder Raum auch Kräfte der KPD/ML versucht, bei gewerkschaftlichen Wahlen in die IG Metall hineinzuwirken. Diese demokratisch unterentwickelten Kräfte wollen durch die „Personifizierung“ die IG Metall unter Druck setzen. Gleichzeitig wollen sie innerhalb der Kerntruppe der Metallgewerkschaft in den Betrieben Mißtrauen säen“ (WdA, 8.2.). Wohlgerichtet: diese Aussage bezieht sich auf die Hoesch-Entschließungen, wo über 80 % der Vertrauensleute offensichtlich KPD/ML „unterwandert“ sind!

cher macht sich die DKP (siehe dazu nebenstehende Artikel).

Was ist dran an diesen Argumenten? Den Vorstandskritikern geht es um mehr innergewerkschaftliche Demokratie. Sie kritisieren die Vorstandsentscheidungsgewalt und die Diskrepanz zwischen der Tatsache, daß die Basis zwar streiken darf, aber nicht entscheidend auf die Verhandlungsführung, Streikverlauf und das Ergebnis einfluß hat. Deshalb wird nach dem Stahlarbeiterstreik gefordert:

– Wahl der Bezirksleiter (in diesem Fall Herb) durch die Mitglieder und nicht Ernennung durch den Vorstand (wie sätzungsbüchlich);

– Öffentlichkeit der Tarifkommissionssitzungen, damit die Mitglieder kontrollieren können, wie ihre Vertreter in der Tarifkommission abstimmen (heute gehts dort zu wie im bürgerlichen Parlament, jeder ist „seinem Gewissen“ verantwortlich).

Wie sieht es mit den Möglichkeiten aus, dies in den Betrieben nach dem Streik zu diskutieren?

Zunächst einmal gibt es gar keinen überbetrieblichen Informationsfluß für solche Diskussionen. Die aufkommenden Kritiken werden nicht vom Vorstand und der Gewerkschafts- presse zur Debatte gestellt. Ganz deutlich wurde dies an der Urabstimmung: wer sich in der Gewerkschaft informieren wollte, wie in den Betrieben abgestimmt wurde, war aufgeschmissen – keine genauen Ergebnisse, keine Kritiken wurden veröffentlicht. Im Gegenteil: Kritik wurde und wird unterdrückt. Wer mehr wissen will, ist auf die linke Presse angewiesen – oder er erfährt sogar mehr aus der bürgerlichen Presse, so traurig dies ist!

Wer also fordert, die Kritiken nicht öffentlich zu machen, fordert – gewollt oder ungewollt – dazu auf, dem IGM-Vorstand das Informations- und Meinungsmonopol zu überlassen.

Es bleibt also gar kein anderer Weg, als die Kritiken zu veröffentlichen. Polemische Entstellungen in der bürgerlichen Presse sind dabei nicht zu vermeiden, ihnen kann aber dann entgegengearbeitet werden, wenn in den Gewerkschaften offen Kritik diskutiert und publiziert wird. In der gesamten Gewerkschafts- presse ist aber außer demagogischen Entstellungen, wie sie insbesondere die „Welt der Arbeit“ bietet, nichts davon zu lesen. Das sind die innergewerkschaftlichen Realitäten!

Was kritisiert die bürgerliche Presse?

Die UZ der DKP weiß es ganz genau. Die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Presse für die „Führungsschwäche“ der IGM, die Aufmerksamkeit für die Kritiken der Basis „sei sicher in der Absicht erfolgt, die Gewerkschaft insgesamt zu schwächen“ (UZ, 1.2.).

Der Nachweis dafür wird allerdings nicht erbracht. Doch welche „Führungsschwäche“ ist das, die da im Streik kritisiert wurde? Lassen wir die bürgerliche Presse selber zu Wort kommen: „Aber wenn ein beträchtlicher Teil der Gewerkschaftsmitglieder ihren Vorständen die Solidarität aufkündigt, dann bedeutet das nicht nur eine generelle Schwächung der Arbeitnehmervertretung, sondern auch einen Ansatz von Organisationsanarchie, den die Arbeitgeber mehr fürchten müssen, als einen starken Führungsfunktionär. So sehr eine demokratische Führungsstruktur der deutschen Gewerkschaften wün-

Resolution des IGM Vertrauenskörpers von Thyssen-Hüttenheim

„Das große Ziel war der Einstieg in die 35-Stunden-Woche. Der Slogan hieß nicht nur bei den Mitgliedern, sondern auch bei der Verhandlungskommission und den Vorstandsmitgliedern – ohne Erfüllung dieser Forderung (35-Stunden-Woche) – läuft nichts. Doch der Arbeitgeber war nicht bereit, darüber zu reden.“

Die Kollegen standen bei Wind und Wetter, Schnee, Kälte und Regen an den Werkstoren und harrten aus in der Hoffnung, daß die Verhandlungskommission sich an den Auftrag hält und mit Rückenstärkung der Mitglieder das Ziel verfolgt und erreicht.

Doch die Verhandlungskommission ließ sich von der Arbeitgeberseite in die Ecke drücken, verlor das Ziel und den Auftrag der Mitglieder total aus den Augen und steuerte einen Kompromiß an, der einen Schlag ins Gesicht der Ausgesperrten bedeutete.

Bei Demonstrationen in Mülheim, an denen auch einige unserer Kollegen teilnahmen, ließen sich einige Metaller aus der Tarifkommission dazu hinreißen, unsere Mitglieder als Chaoten und linke Elemente zu beschimpfen.

Das war der zweite Schlag ins Gesicht der Kollegen, die schon seit mehr als 30 Tagen vor den Werkstoren ausharrten.

Dazu kommt noch, daß Vorstandsmitglieder der Organisation während des Arbeitskampfes meinten, Aussagen machen zu müssen, die sich negativ auf diese Auseinandersetzung um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche auswirkten. Ein Beispiel: Kollege Loderer sagte in der Öffentlichkeit sinngemäß, daß bei der Erfüllung eines Kompromisses, der 75% der Mitglieder umfaßt, eine Einigung möglich wäre.

Das sind Verhaltensweisen, die in keiner Weise zu vertreten sind. Aus all diesen Gründen und Vorkommnissen heraus ist der Vertrauenskörper Thyssen AG Duisburg-Hüttenheim der Meinung:

– daß im Vorstand das hier Ausgeführte gründlich durchdiskutiert werden muß

– eventuell Personalveränderungen erfolgen sollten, damit in Zukunft derartige Vorkommnisse und Verhaltensweisen von Anfang an unterbleiben, zum Wohle der Mitglieder und Festigung der Organisation.“

Leitung des Vertrauenskörpers
Thyssen AG Duisburg-Süd-Hüttenheim

bei der Hamborner Thyssen-Hütte, wird in den Bereichsvertrauenskör- pern über eine entsprechende Ent- schließung diskutiert. In der Diskus- sion ist sie ebenfalls bei Mannesmann- Hückingen in Duisburg.

Damit zeigt sich noch einmal, wie absurd der Versuch der Gewerk- schaftsführer ist, die Mißtrauensan- träge gegen den IGM-Vorstand als das Werk einer „kleinen radikalen Min- derheit“ hinzustellen. IGM-Chef Lo- derer hatte im „Deutschlandfunk“ durch die Behauptung, es handle sich ja doch nur um wenige hundert von 150.000 Vertrauensleuten, die Herbs Rücktritt forderten (laut FAZ, 1.2.), die Kritik herunterzuspielen versucht. Mit was für falschen Karten

der sind!

Den Streit nicht öffentlich machen?

Den Kritikern des IGM-Vorstands- kurses wird vom Vorstand vorgewor- fen, sie hätten mit der Veröffentli- chung ihrer Kritik einen innerorgani- satorischen Konflikt nach außen ge- tragen, das würde aber nur dem Gge- ner nützen. Als Beleg für diesen hin- rissigen Vorwurf wird dann ständig die bürgerliche Presse zitiert, die mehrfach während des Streiks und danach die „Führungskrise“ in der IGM beschwor. Diese Vorstandsargu- mentation wird von einer Reihe Kol- legen geteilt. Zu ihrem Hauptpre-

Selbstkritik in der IGM-Führung?

Erstmals hat ein Vorstandsmitglied der IG-Metall, der Tarifexperte Hans Janßen, öffentlich Stellung zum Stahlarbeiterstreik genommen und dabei selbstkritische Anmerkungen gemacht. Doch wie sieht diese Selbst- kritik aus?

„Tarifpolitik ist nun mal nicht das Gebiet der totalen Siege“ philosophiert Janßen. Hauptkritikpunkt sei, daß die Stahlarbeiter „auf einen solchen möglichen Kompromiß ... nicht vorbereitet gewesen“ seien. „Zu große Erwartungshaltungen führten dann zu Enttäuschungen auch an der Gewerkschaft. Die Mitglieder müssen einfach zweifeln“.

So einfach ist das: der IGM-Vor- stand sieht nach wie vor keinen Grund, seine Streik- und Verhand- lungsführung einer Kritik zu unter- ziehen, stattdessen haben die Mitglie- der, die offensichtlich für blöd gehalten werden, einfach zu viel erwartet! Konsequenz: Die Erwartungen run- terschrauben. Das ist offensichtlich die IGM-Vorstandslehre aus dem Stahlarbeiterstreik. So begründet Jan- ßen die Festbeschreibung der 40-Stun- denwoche für die Metallindustrie auf fünf Jahre damit, daß „die 35-Stun- denwoche in den Gehirnen gar nicht so richtig drin sei. Für ein entsprechen- des Bewußtsein und die Bereitschaft, diese durchzusetzen, bedürfe es erst einer ungeheuren Mobilisierung“. Drei Jahre Zeit rechnet Janßen hierfür. Fazit: „Wenn man also davon ausge- he, daß die Tarifbestimmungen über

die Wochenarbeitszeit ohnehin erst im nächsten Jahr kündbar gewesen wären und man drei Jahre für die Mobilisierung ansetze, seien ja schon vier von den fünf Jahren der Fest- schreibung vorbei“.

Das ist wirklich der Gipfel: Die Stahlarbeiter, die unbestritten kampfbereit waren, hatten „zu große Erwartungshaltungen“, deshalb konnte der Einstieg in die 35-Stundenwoche nicht erreicht werden, die Metaller nun wieder sind ein bisschen „rück- ständig“, haben „kein entsprechendes Bewußtsein“, deshalb lasse sich die 35-Stundenwoche nicht früher als in fünf Jahren angehen. Man staunt immer wieder, auf was für Ausreden die Herren verfallen. Ehrlicher dürfte die Kapitulation der IGM-Führung in der diesjährigen Tarifrunde wohl in der folgenden Äußerung Janßen's zum Ausdruck kommen: „Was hätte ein dritter Streik (in der Metallindustrie) in kurzer Zeit an sozialpolitischem Klima verschlechtert, das nie wieder reparabel gewesen wäre. Wenn man nur noch mit Streik, auch ohne Füh- rungswechsel, zu Tarifabschlüssen kommen würde, würde das auch zwangsläufig eine zunehmende Radikalisierung bedeuten“, und die fürchten sie, wie der Teufel das Weihwa- ser. (Alle Zitate aus einem Gespräch Janßen's mit der „Frankfurter Rund- schau“, 14.2.79)

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft



Im Auftrag der protestierenden Kollegen: Hoesch-Vertrauensleute-Vorsitzen- der Riegas (links) im Gespräch mit IGM-Bezirksleiter Herb.

schenswert ist, so machte doch ander- seits die zentralistische Disziplin bisher das stärkste Fundament der vergleichsweise reibungslosen sozial- en Machtbalance in der Bundesrepu- blik aus“ (Süddeutsche Zeitung, 1.2.). Was wird hier anderes beschworen, als die Fähigkeit der Gewerkschafts- führer, „ihre Basis“ im Griff zu be- halten; was anderes befürchtet, als daß zu viel Demokratie in den Ge- werkschaften die „Sozialpartnerschaft“ gefährden könnte...

Ein Einzelfall? Man lese die Haus- postille der Kapitalisten, das „Han- delsblatt“: „Die Wirtschaft sollte sich über die Gärungsprozesse in der IG Metall keineswegs freuen. Wenn sich der Vorstand der Gewerkschaft von solcher Kritik radikaler Gruppen be- einflussen ließe, könnte das für die Arbeitgeber nur bedeuten, daß sie in den nächsten Tarifrunden mit noch radikaleren Forderungen konfrontiert würden und einen noch höheren Preis zahlen müßten. Die IG Metall aber sollte sich fragen: ist ihre Politik eigentlich richtig, die Vertrauensleute so zu verhätscheln und sie oft genug in Konkurrenz zu den Betriebsräten

einzusetzen? Vertrauensleute haben meist eine sehr laute Stimme, aber sie tragen selten Verantwortung“ (HB, 1.2.).

Das Interesse der bürgerlichen Medien an den Vorgängen und Kri- tiken in der Stahlarbeiterschaft ist allein das, aufmerksam die Versuche der Basis nach mehr Demokratie als „Ra- dikalisierung“ zu registrieren und die Gewerkschaftsvorstände dazu aufzu- fordern, gefälligst „ihre Basis“ am kurzen Zügel zu halten.

Das aber sollte für uns kein Grund sein, mit dem begonnenen Diskussions- und Kritikprozeß in der IG Metall Schluß zu machen. Im Gegenteil: Fehler müssen diskutiert werden, Konsequenzen müssen gezogen wer- den. Und nach allem was geschehen ist, ist es nur rechtens, wenn Herb geht. Wenn einige IGM-Führer darüber hinaus sich angesprochen fühlen, wa- rum sollen sie nicht mitgehen? Es be- deutet nur eine Schwächung der Vor- standsallmacht und kann eine Ver- besserung der Demokratie bewirken.

Kommission
Betrieb und Gewerkschaft

Erneutes Werksverbot für AEG-Betriebsrat

Am 26. Oktober 1978 hob das Westberliner Arbeitsgericht die fristlose Kündigung des oppositionellen Betriebsrats der Liste „Arbeitereinheit“ bei AEG-Brunnenstraße, Klaus Müller, auf. Die Kapitalisten legten hiergegen Berufung ein und erteilten dem Kollegen zum dritten Mal Werksverbot.

Die daraufhin beantragte zwangsweise Vollstreckung des Urteils wurde in der Berufungsverhandlung abgewiesen. Das Landesarbeitsgericht begründete seinen Beschluß damit, daß der AEG durch die Vollstreckung des Urteils ein nicht zu ersetzender Nachteil entstehen würde.

Ganz offensichtlich ist der Grund für die Ablehnung eine Erklärung der unmittelbaren Vorgesetzten von Klaus, die auch zu seinem Rauschmiß geführt hatte. In der Erklärung heißt es, „daß eine Wiederbeschäftigung von K. Müller eine Beeinträchtigung ihrer disziplinarischen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens wäre“ („Rote Fahne“, 5.2.79).

Die Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht findet am 17. April statt.

Rotbuch zum Rotwerden...

Rotbuch

zu den Gewerkschaftsausschüssen

Über 100 Fälle dokumentiert mit mehr als 350 Original Dokumenten

mit Gutachten zum Russel-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch: „...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoröser Ausschlussterror praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstandswillkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungs-gewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

650 Seiten, Paperback DM 22,- ISBN: 3-88305-011-3

ARBEITERKAMPF Verlag J. Reents Lerchenstr.75, 2000 Hamburg 50.

Verzicht auf Tarifierhöhung zur Sicherung der Arbeitsplätze?

Eine besonders üble Erpressung hat sich die Geschäftsführung der Luther-Werke, Braunschweig, ausgedacht: Sie ging mit einer vorgedruckten Erklärung in eine Betriebsversammlung, in der sie die Kollegen auffordert, auf die diesjährige ohnehin lächerliche Tarifierhöhung zu verzichten, um damit angeblich die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern. „Ich verzichte ... freiwillig und unwiderruflich auf bis zu 4% Tarifierhöhung im Jahre 1979 zum Zwecke der Sicherung meines Arbeitsplatzes ...“ (Metall 1/2, 1979).

Da in Braunschweig Arbeitsplatzvernichtungen an der Tagesordnung sind – in kurzer Zeit waren es 2.800, die „abgebaut“ wurden – konnten die Kapitalisten mit der Unsicherheit der Kollegen rechnen. Die Luther-Werke selber hatten noch kein Dezember-Gehalt und Weihnachtsgeld gezahlt, als angeblich 90% der Kollegen zur Unterschrift erpreßt wurden. Andererseits stellten die Kapitalisten neue Kollegen ein. Die niedersächsische Landesregierung hatte den Luther-Kapitalisten im Dezember einen Kredit in Höhe von 5 Millionen DM gewährt, wobei sie die rechtswidrige Erpressung der Kollegen unterstützte, und Birgit Breuel betonte, daß die „Lohnverzichtsaktion“ erheblichen Einfluß auf die Regierungsentscheidung gehabt hätte!

Metallkommission

Belegschaft entläßt Chef!

Die Belegschaft des Kompressorenwerkes Flottmann in Herne hat ihren Chef gefeuert. Unter Parolen wie „Heitmann raus“ und „Besser 1 Arbeitsloser als 172 Arbeitslose“ traten die 172 Beschäftigten des Werkes am 5.2. in den Streik, nachdem sie Boss Heitmann am 11. Januar zum Rücktritt aufgefordert hatten.

Heitmann – ein Rechtsanwalt – übernahm die Firma 1977 „treuhänderisch“ vom damaligen Besitzer Flottmann, als der Laden ziemlich runtergewirtschaftet war (von ehemals über 600 Beschäftigten). Seit der Zeit lief das Geschäft wieder, Umsatz und auch die Beschäftigtenzahl stiegen an. Nur: Löhne und Gehälter wurden unregelmäßig ausbezahlt.

Der Betriebsrat nahm eigene Recherchen vor und bekam heraus: Heitmann beteiligte sich offensichtlich an spekulativen Grundstücksgeschäften und hatte die Firma nur übernommen, um zum einen noch möglichst viel rauszuholen, zum anderen bereitete er alles vor, die Firma zum gegebenen Zeitpunkt dichtzumachen (u.a. wurden Verträge entdeckt, aus denen hervorgeht, daß auf dem jetzigen Firmengelände in 3 – 4 Jahren Wohnhäuser gebaut werden sollen).

Neben dem Mittel des Arbeitskampfes hat die Belegschaft Klage wegen Untreue gegen ihren Chef erhoben, während Heitmann mit Klage wegen „Verleumdung“ konterte. Die Auseinandersetzung hält an (nach „WAZ“, 8.2.79).

Metallkommission

Entlassungen und Kurzarbeit in der TV-Branche

Eine Welle von Entlassungen und Kurzarbeit läuft z. Zt. in diesem Bereich an. Nach Jahren von Höchstgewinnen stagniert der Absatz derart, daß eine „Halbe von mehr als 600.000 Geräten“ die Kapitalisten angeblich zu sogenannten „Notstandsmaßnahmen“ zwingt. Betroffen davon werden vorerst mehr als 15.000 Beschäftigte von insgesamt 90.000 in der Unterhaltungselektronik der gesamten BRD!

Laut Handelsblatt haben sich „viele Hersteller durch die hervorragenden Absatzzahlen im ersten Halbjahr 78 verleiten (lassen), ihre Produktion auf volle Touren zu bringen.“ Das Produktionsvolumen habe sich in dieser Branche seit 1970 etwa verdoppelt, und das bei weitgehend unveränderter Mitarbeiterzahl. Daraus ließe sich ableiten, „daß bei einer unverändert besser werdenden Produktivität Kapazitätsanpassungen nur über Stilllegungen zu erreichen sein werden“!

Über eines der z.Zt. bekannten Beispiele – Rationalisierungen im Grundig-Konzern – berichteten wir bereits ausführlich im letzten AK:

- in Georgsmünd Kurzarbeit für sechs Wochen ab 5. Februar.
- Kurzarbeit in Landau.
- In Vohenstrauß soll die Radiorecorderproduktion eingestellt werden. Die Lautsprecherfertigung von Werk Zimdorf soll hierher verlegt werden.
- Das Zimdorfer Werk soll ganz geschlossen werden. Ca 400 Arbeiter und Angestellte sind hier beschäftigt.
- Ebenfalls stillgelegt werden soll die Radiofertigung in Fürth und die Tunerfertigung. Hier sind ca. 350 Leute beschäftigt.

Aber auch die anderen Elektrokonzerne sind nicht „faul“. Hier die bisher bekannten beschlossenen Maßnahmen im Einzelnen:

AEG-Telefunken: Kurzarbeit für etwa die Hälfte der insgesamt 10.000 Kollegen in Hannover, Berlin, Celle und Braunschweig vom 26. Februar bis 16. März. In der Nürnberger AEG-Kanis Turbinenfabrik legten am 7.2. die 400 Kollegen spontan die Arbeit nieder, nachdem die Geschäftsleitung Veröffentlichungen über einen geplanten Verkauf nicht widersprochen hatte. Bereits angekündigt sind 120 Entlassungen und die Kollegen befürchten, daß dies nur der erste Schritt zur endgültigen Schließung des Werkes ist, wovon 1200 Beschäftigte betroffen wären. Auf einer außeror-

Baas-Arbeiter wehren sich gegen Lohnkürzung

Wedel. Eine böse Überraschung erlebten die Kollegen der Maschinenbau-Firma Baas-Technik in Wedel am 31. Januar. Auf der an diesem Tag stattfindenden Betriebsversammlung wartete die Geschäftsleitung mit einem ganz speziellen „Geschenk“ für die ca. 200 Beschäftigten auf – mit der Mitteilung nämlich, daß sie gedente, die soeben erfolgte Metall-Tarifierhöhung von (eh schon lächerlichen) 4,3% durch eine allgemeine Senkung der übertariflichen Zulagen um 20 Pf „auszugleichen“. Frech begründete dies der anwesende Unternehmensvertreter mit der finanziellen Belastung des Betriebes durch Neuinvestitionen und mit den in letzter Zeit stark angezogenen Stahlpreisen.

Bei der Durchsetzung dieses Vorhabens kann die Betriebsleitung fest auf die Hilfe des Baas-Betriebsrates zählen. Dieser nämlich hatte dieser Maßnahme bereits vor der Betriebsversammlung zugestimmt, ohne auch nur den geringsten Versuch zu unternehmen, die Lohnkürzung rechtlich zu prüfen.

Wie sich dann allerdings auf der Betriebsversammlung zeigte, hatten Unternehmensleitung und Betriebsrat bei ihrer Künkelei offensichtlich die „Kompromißbereitschaft“ der Kollegen überschätzt: Diese zeigten sich keineswegs erfreut und sorgten mit vielen Redebeiträgen für eine Stimmung, wie sie Baas schon lange nicht mehr erlebt hatte. Ein Kollege sprach für alle, als er sagte: „Hier wird gespart und gespart – und alles auf unsere Knochen!“

Am nächsten Tag dann erlebte die Geschäftsleitung eine Überraschung: Ein Kollege hatte noch über Nacht ein Flugblatt erstellt, das den Unmut der Belegschaft sehr deutlich zum Ausdruck brachte und zum Widerstand gegen die Lohnraubpläne aufrief. Die Auflage dieses Flugblattes war innerhalb von 20 Minuten vergriffen.

GL und BR sahen sich dadurch nun dermaßen unter Druck gesetzt, daß sie alle nur erdenklichen Register zogen, um dem Kollegen, der das Flugblatt erstellt und verteilt hatte, fristlos zu kündigen. Den Vogel schloß dabei der BR-Vorsitzende ab, der dem Kollegen „Diebstahl von Fotokopiermaterial“ vorwarf, bevor er der Stimme seines Herrn folgte und der Kündigung zustimmte.

Ob diese Einschüchterungsmaßnahme allerdings ihren Zweck erreicht, ist zweifelhaft: Einige Kollegen haben bereits sehr deutlich gemacht, daß sie bereit sind, sich gegen Lohnkürzungen aktiv zur Wehr zu setzen!

J., Wedel und ein AK-Leser bei Baas

„...nun bin ich schon fast ganz taub“

„Also, bei der Arbeit verstehst Du Dein eigenes Wort nicht mehr, so laut ist es. Am Abend habe ich deshalb oft ein taubes Gefühl auf den Ohren gehabt, mir als junger Mann dabei allerdings nichts gedacht. Mit 40 mußte ich abends aber den Fernseher so laut stellen, daß meine Frau sich beklagte, und nun bin ich schon fast ganz taub.“

So wie diesem 52 Jahre alten Kohlenbergwerksarbeiter, der mehr als 30 Jahre an einem Bohrerhammer (Schallpegel ca. 115 Dezibel) arbeitet, ergeht es immer mehr Kollegen. 1977 wurden 20.000 Arbeiter mit der Diagnose Lärmschwerhörigkeit von Betriebsärzten an die Unfallversicherungsträger gemeldet. Davon erhielten aber lediglich 3.400 eine Rente. Die Lärmschwerhörigkeit ist die Berufskrankheit Nr.1 in der BRD. Sie ist medizinisch nicht zu beeinflussen, da langandauernder Lärm (insbesondere mittlere und hohe Frequenzen) die Sinneszellen des Innenohres unheilbar zerstört. Auch Hörapparate helfen nicht viel. Die Schwerhörigkeit ist aber nur der extremste Ausdruck der Lärmbelastung. Kopfschmerzen, Muskelverspannungen, Verdauungs- und Durchblutungsstörungen sind erste ernste körperliche Reaktionen auf Lärm.

Heute gibt es eine Vielzahl von technischen Möglichkeiten, die Lärmbelastung und damit die gesundheitlichen Folgen zu verringern. Da sie in der Regel nicht billig sind, versuchen die Unternehmer, den Lärmschutz auf die Kollegen abzuwälzen, indem sie Watten, Ohrschützer etc. verordnen. Sie wären wohl aber die ersten, die sich gegen diese inhumane Maßnahme wehren würden, wenn sie den ganzen Tag so herumlaufen müßten.

Es kommt leider auch vor, daß Kollegen den Lärmschutz bei Maschinen eigenhändig entfernen. Dies geschieht aber meist da, wo der Schutz bei der Arbeit hinderlich ist, so daß der Akkord nicht geschafft wird.

Trotz einer Fülle von gesetzlichen Bestimmungen zum Lärmschutz, trotz der Möglichkeiten der Gewerbeaufsichtsämter, ist es gerade jetzt in der Krise schwierig, Maßnahmen zum Schutz der Kollegen zu erreichen. Allerdings hängt auch hier viel vom Einsatz der Betriebsratskollegen und der Kollegen, die vom Lärm direkt betroffen sind, ab!

Das wäre in etwa das Resümee einer kleinen Veranstaltung der Fachschaft Medizin und der AG Arbeitsmedizin, die am 8.2. in Marburg stattfand und an der zwei Gewerkschafter, ein Lärmtechniker und ein Hörwissenschaftler beteiligt waren.

Ein AK-Leser aus Marburg

Leserbrief zur Landessatzung der IG Bau, Steine, Erden, Westberlin

Zum Artikel in ARBEITERKAMPF 147

Liebe Kolleginnen/en und Genossinnen/en

Sicher hat sich in den letzten Jahren einiges in der BSE (Anm.: IG Bau Steine Erden) getan; es gab ein aktiveres gewerkschaftliches Leben, welches von linken Kollegen getragen wurde, aber:

Warum ist dann nicht mehr gegen die Putschisten des Landesvorstands unternommen worden?

Warum sind die Kollegen von der Basis nicht umfassend über die Machenschaften des Landesvorstands unterrichtet worden?

Warum ist hier nicht adäquat mobilisiert worden?

Warum hat sich die Auseinandersetzung lediglich in den höchsten beschlußfassenden Gremien, dem Landesverbandstag/Landesdelegiertenkonferenz abgespielt, einmal abgesehen von der nicht bautypischen Fachgruppe der Architekten und einigen wenigen Ortsverbänden?

Aber auch dort wurden lediglich Appelle an den Bundesvorstand, den Beirat, den Landesvorstand gerichtet und keine entsprechende Gegenstrategie entwickelt. Wobei es richtig war, wenn wir die Gewerkschaft als Institution begreifen, ein Rechtsgutachten eines Rechtsanwaltes hinzuzuziehen, aber es kann doch nicht die einzige Gegenmaßnahme sein. Wir dürfen doch nicht zusehen, wie sie uns nach und nach herauskatapultieren. Ihr habt Euch genau auf die Ebene des Landesvorstands eingelassen, habt den korrekt vorgeschriebenen Weg beschritten, habt den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie ein paar Experten überlassen. Der Landesvorstand lacht sich ins Fäustchen und spielt seine rechtliche Macht aus. Wir müssen uns fragen, was wir getan haben, um diesem Handstreich des Landesvorstands zu begegnen. Wollen wir wirklich für uns in Anspruch nehmen, die Mitgliederinteressen zu vertreten? Ja – wir wollen es, aber nicht (nur) mit Appellen, Gutachten, Bitten ... Auch hier Gegenmacht!!!

R., Kollege der IG Bau Steine Erden und AK-Leser

Anmerkung: Da uns der kritisierte Artikel von Westberliner Kollegen zugeschickt wurde, die in dieser Auseinandersetzung stehen, würden wir uns freuen, eine Antwort zur Auseinandersetzung zu erhalten.

Chemie

Beiersdorf Hamburg: Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen alles Quatsch?

In der Oktoberausgabe der „Gewerkschaftspost“ der IG Chemie war von der Leiterin der Abteilung Frauen beim Hauptvorstand ein Aufruf zur Frauenentlohnung erschienen. Unter dem Motto „Schluß mit dem Lohnraub“ wurden die Frauen in den Betrieben aufgefordert, die IG Chemie über Lohnunterschiede bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit zu informieren. Mit Unterstützung der IG Chemie soll den betroffenen Frauen zu ihrem Recht verholfen werden.

Erfreulicherweise kam zu diesem Zeitpunkt in der Reihe „Der Betriebsrat“ eine Schriftenreihe für die Funktionäre der IG Chemie, ein Heft zum Thema „Frauen – gleichberechtigte Partner?“ heraus. Eine gute Argumentationshilfe zu vielen Frauenproblemen wie z.B. Frauenentlohnung, spezieller Arbeitsschutz für Frauen, Mutterschutz, Recht auf Bildung usw....

Vertrauensfrauen bei Beiersdorf (einem „Frauenbetrieb“, in dem ca. 2000 Frauen beschäftigt sind) nahmen den Aufruf des Hauptvorstandes zum Anlaß, eine Vertrauensleute-Sitzung zu diesem Thema zu fordern. Es wurde vorgeschlagen, die Umsetzung dieser Kampagne auch für Beiersdorf zu diskutieren.

Drei Monate vergingen, bis dieses Thema im Vertrauensleutenkörper behandelt wurde. Als Einstieg in die Diskussion um die Frauenentlohnung wurde angesprochen, daß auch bei Beiersdorf die Frauen in den unteren Lohngruppen eingestuft sind. Deshalb wurde um genaueres Informationsmaterial gebeten, wieviel Frauen/Männer in den einzelnen Lohn- und Gehaltsgruppen eingestuft sind. Von

einigen Betriebsräten bekamen die Frauen allerdings Erstaunliches zu hören. Es wurde ganz einfach abgestritten, daß die Frauen bei Beiersdorf unterbezahlt sind. „Bei Beiersdorf gibt es keine Lohnunterschiede. Frauen und Männer an gleichen Arbeitsplätzen werden gleich bezahlt“. Auf den Einwand, daß es gerade auch darum geht, gleichwertige Arbeiten gleich zu bezahlen und auch hier die größeren Schwierigkeiten liegen, bekam man zu hören, daß es viele Beispiele gebe, daß Frauen mehr (!) verdienen als die Männer. (Warum wohl? Daß die Frauen nur durch Akkordarbeit ein paar Mark mehr nach Hause bringen, und das voll auf Kosten der Gesundheit geht, wurde nur noch am Rande erwähnt).

Die Eingruppierungstabelle der zehn Beiersdorf-Lohngruppen für die Zeitlöhner zumindest ergibt dagegen ein ganz anderes Bild:

Stammlohngruppe	Männer	Frauen
3	3	30
4	-	185
5	-	116
6	118	111
7	106	66
8	228	61
9	169	9
10	119	1
11	46	1
12	239	-

Doch die Verachtung einiger Betriebsräte für die Frauenwirklichkeit ging noch weiter: Sogar eine Lohnabelle, die in dem oben genannten Betriebsratsheft abgedruckt ist, belegt eindeutig, daß die Frauen in der Bezahlung weit hinten anstehen. Der Tabelle wurde schlicht der Wahrheitsgehalt abgesprochen.

(Tabelle siehe Kasten)

Nach Meinung einiger Betriebsräte gibt es solche Unterschiede nicht nur bei Beiersdorf nicht, sondern überhaupt nicht!

Ein anderer Punkt war die Bewertung der speziellen Frauentätigkeiten. So wird z.B. bei Beiersdorf in der analytischen Arbeitsplatzbewertung zwar die körperliche Arbeitsbelastung bewertet, aber nur in Hinblick auf die Muskelkraft. Einseitige Belastungen, Geschicklichkeit, Fingerfertigkeit, die gerade bei den Tätigkeiten vorausgesetzt werden, die man Frauen machen läßt, finden keinerlei Berücksichtigung in der Bewertung. Ebensowenig, daß ein Handgriff, wenn er 1000 mal am Tag gemacht wird, zur Schwerarbeit werden kann.

Diese Tatsachen waren es diesen Betriebsräten noch nicht einmal wert, darauf einzugehen.

Interessant ist hier auch wieder das Betriebsratsheft. In einem Rechtsstreit kam ein Gutachter zu folgendem Ergebnis:

„Ein Arbeitnehmer, der in einem Zeitabstand von 20 Minuten einen Sack von 100 kg eine Minute lang zu tragen habe, könne – gemessen an dem damit verbundenen Kalorienverbrauch und der nachfolgenden Erholungszeit – unbedeutend belastet sein. Eine entsprechende Leistungsfähigkeit werde, wenn auch nur für kurze Zeit, vorausgesetzt.“

Die Arbeit der Spulwicklerinnen sei mit mehr als nur geringen körperlichen Belastungen verbunden.

Das Gericht kam aufgrund dieses Sachverständigenurteils zu der Erkenntnis, daß die unterste Lohngruppe nur für Arbeitnehmer geschaffen

sei, die entweder nur geringen körperlichen Belastungen gewachsen sind oder nur solche geringen Belastungen in Kauf nehmen sollten. Dies traf aber bei den Spulwicklerinnen nach Meinung des Gerichts keineswegs zu. Ihre Tätigkeit entsprach vielmehr der der Lohngruppe 4, in der wesentlich mehr Männer, die auch

körperliche schwere Arbeit leisten, anzutreffen sind. Durch den gewonnenen Arbeitsgerichtsprozess stieg der Stundenlohn der Arbeiterinnen um 65 Pfennige, eine Nachzahlung von 3000,- DM war fällig.“

Ausdruck dessen, wie es mit der Betriebsratspolitik für die Frauen steht, war der Kommentar des Betriebsratsvorsitzenden Max Ganschow zu der gesamten Diskussion. Er warf den Frauen, die die Probleme überhaupt mal auf den Tisch gebracht hatten, vor, sie seien „destruktiv“.

Genossinnen bei Beiersdorf

Gruppe	Bruttostundenlohn in DM (Jan. 1978)		
	Männer	Frauen	Differenz
Chemische Industrie	13,12	9,76	3,36
Straßenfahrzeugbau	13,32	10,96	2,36
Elektronische Industrie	11,51	8,94	2,57
Glasindustrie	12,10	8,44	3,66
Textilindustrie	10,45	8,49	1,96
Bekleidungsindustrie	10,80	8,28	2,52
Nahrungs- und Genußmittelind.	11,36	7,94	3,42
Industrie insgesamt:	12,07	8,79	3,28

Linker Betriebsrat fristlos entlassen

Vor drei Wochen wurde das Betriebsratsmitglied Michael K. bei Cassella Frankfurt (zum Hoechst-Konzern gehörig) fristlos gekündigt. Er gehört der „RGO“ an und wurde bei den letzten Betriebsratswahlen im Frühjahr 1978 zusammen mit zwei weiteren Kollegen auf einer „RGO“-Liste gewählt. Die Liste hatte 27 Prozent der Stimmen erhalten. Der Betriebsrat stimmte der Kündigung mit Ausnahme der beiden anderen „RGO“-Kollegen geschlossen zu.

Formaler Anlaß für den Rauschmiß des oppositionellen Kollegen war ein Fehler bei der Arbeitsausführung. Michael K. war Schichtarbeiter in der Produktion bei Cassella. „Ein Kessel, dessen Temperaturregler nicht funktionierte, war zu heiß geworden, so daß das zu bearbeitende Material unbrauchbar geworden war. M.K. hatte, um Zeit zu sparen, schon vor dem Ende des Arbeitsvorgangs eine Temperatureintragung

im Protokollbuch vorgenommen und vergessen, sie zu korrigieren, nachdem sich die Überhitzung herausgestellt hatte. Ähnliches kommt bei der Arbeitshetze auf Cassella öfter vor“ („Roter Morgen“, 9.2.79).

Ein Vorgang, wie er sich in jedem Betrieb abspielen kann.

Michael hat Klage gegen den Rauschmiß eingeleitet. Von dem Ausgang des Verfahrens hängt es ab, ob die Kapitalisten die Legitimation erhalten, fortschrittliche Betriebsräte auf Grund von Fehlern in der Arbeitsausführung zu feuern.

Chemiekommission
KB / Gruppe Hamburg

Prozeßtermin:
Freitag, 2.3.1979, 10 Uhr
Arbeitsgericht Adickesallee 36,
1. Stock, Raum 101
Frankfurt

Aufruf

Ende August letzten Jahres standen 1.500 Kollegen beim Michelin-Werk Karlsruhe im Streik. Die Arbeitsniederlegung richtete sich gegen den Abbau innerbetrieblicher Leistungen, gegen die Einführung einer zweiten Samstagschicht und die ständig steigende Arbeitshetze. Die IG-Chemie übernahm den Streik nicht. Nach einer Woche wurde der Streik daraufhin ergebnislos abgebrochen. Selbst die Hauptforderung der letzten Streiktage, sofortige Rücknahme der fristlosen Kündigungen von drei gewerkschaftlich organisierten Betriebsräten und zwei Vertrauensleuten der IG-Chemie, die zu Beginn des Streiks wegen „Rädelführerschaft“ entlassen wurden, konnte nicht durchgesetzt werden.

Mit dem Prozeß gegen die Betriebsräte Helmut Christ (Betriebsratsvorsitzender), Manfred Grether und J.P. Limmacher vor dem Arbeitsgericht Karlsruhe, begann im Oktober das gerichtliche Nachspiel des Arbeitskampfes. Der Prozeß der Vertrauensleute Pierre Pilvin und J. Strasser, der mehrmals verschoben wurde, soll nun endlich Anfang Februar beginnen.

Um was geht es bei diesen Prozessen?

Unmittelbares Ziel der Michelin-Geschäftsleitung ist es, die genannten fünf Kollegen, die mit zu den Aktivisten gehören, aus dem Betrieb zu entfernen. Die Kampfkraft der Kollegen soll damit entscheidend geschwächt werden. Gleichzeitig rechnet Michelin mit der einschüchternden Wirkung auf die gesamte Belegschaft.

Damit verbunden ist ein erneuter Angriff auf den Betriebsrat als Ganzes und die gewerkschaftlichen Institutionen im Betrieb. Darüber hinaus hat der Ausgang der Prozesse prinzipielle Bedeutung. Hat Michelin vor dem Arbeitsgericht Erfolg, so kann dies zur Folge haben, daß der Handlungsspielraum der Betriebsräte, über die bereits im Betriebsverfassungsgesetz stehenden Beschränkungen, weiter eingeschränkt wird. Im Fall eines spontanen Arbeitskampfes könnten Betriebsräte in Zukunft verpflichtet sein, offen gegen die Kollegen Stellung zu nehmen. Der durch das BYG geforderte Aufruf zur Arbeitsaufnahme würde nicht mehr genügen, die Betriebsräte müßten sich selbst als Streikbrecher betätigen. Damit würde der Betriebsrat zu einem Instrument gegen die Kollegen. Ein Urteil in diesem Sinne, wäre der Auftakt für weitere Angriffe auf aktive Betriebsräte auch in anderen Betrieben.

Auf die angebliche „unabhängige“ Entscheidung des Arbeitsgerichts können die Kollegen nicht vertrauen. Die Erfahrungen, nicht zuletzt aus dem Beispiel Erwitte, haben deutlich gemacht, auf welcher Seite das „Recht“ steht. Die IG-Chemie-Führung hat sich bis jetzt darauf beschränkt den betroffenen Kollegen Rechtsschutz zu gewähren. Da Rechtsfragen jedoch immer auch Machtfragen sind, kann sich gewerkschaftliches Handeln nicht darauf beschränken einen guten Rechtsanwalt zu stellen. Grundsätzliche Aufgabe der Gewerkschaften ist es, ständig für den Ausbau und die Erweiterung der Betriebsratsrechte zu kämpfen und selbst aktiv in die betrieblichen Auseinandersetzungen und Kämpfe einzugreifen. In diesem Sinne ist es notwendig, daß sich die Gewerkschaft aktiv an der Mobilisierung gegen die Kündigungen beteiligt. Vorschläge der Kollegen zu Kampfmaßnahmen unterstützt bzw. diese selbst organisiert und damit die Kollegen letztlich auch geschützt werden können.

Die Unterzeichner des Aufrufes erklären ihre Solidarität mit dem Kampf der Michelin-Arbeiter und werden sich dafür einsetzen, daß die Gewerkschaft den gekündigten Michelin-Kollegen den größtmöglichen Schutz durch eine breite Mobilisierung gegen die Kündigungen gewährt. Die Unterzeichner fordern:

Sofortige Einstellung der Prozesse gegen die Betriebsräte!

Sofortige Wiedereinstellung der entlassenen Vertrauensleute!

Initiative von Michelinkollegen

Verbreitet und unterstützt diesen Aufruf per Unterschriftensammlung in den Betrieben.

Die Unterschriften müssen geschickt werden an:

Betriebsrat der Firma Michelin
Vogesenstraße 4
7500 Karlsruhe

Der vierte Prozeßtag gegen die drei gekündigten Betriebsräte findet am 20. Februar um 9 Uhr im Meidinger-Saal des Landesgewerbeamtes in Karlsruhe statt.

HBV

„Kinsey-Report“ bei der Commerzbank 1.500 Arbeitsplätze in Gefahr

Vom Commerzbank-Vorstand angeheuert, ist die amerikanische „Rationalisierungs“-Beratungsfirma MC Kinsey augenblicklich dabei, eine „Gemeinkosten-Wertanalyse“ aufzustellen, was speziell die Einsparung von Verwaltungskosten und Sozialleistungen bedeuten würde. „Nach bisherigen Erfahrungen“ verhilft MC Kinsey zu einer Kosteneinsparung von 40%. Hiervon werden mindestens 18% durch den Abbau von Arbeitsplätzen realisiert“ (nach HBV Banken 05/79 Rundschreiben B).

Der Arbeitsplan der MC Kinsey-Wertanalyse sieht vor:

1. Schritt: Feststellung von Leistungen und Arbeitsergebnissen in Abteilungen sowie Personaleinsatz und Arbeitsmitteleinsatz für diese Leistungen.

2. Schritt: In jeder Untersuchungseinheit sollen Verbesserungsideen im Umfang von ca. 40% der gesamten Kosten dieser Einheit zu Grunde gelegt werden.

3. Schritt: Die entwickelten „40%-Ideen“ für eine untersuchte Einheit werden nach Realisierungsmöglichkeiten eingestuft.

4. Schritt: Mit diesem letzten Schritt werden Termine gesetzt für die Einheiten, in welchen eine Realisierung abzulaufen hat.

„Damit die Maßnahme auch erfolgreich durchgeführt werden kann, hat MC Kinsey für die verschiedenen Ebenen wie: Lenkungsausschuß, Team, aber auch für den Betriebsrat, ganz konkrete Aufgaben festgelegt.“

Der Lenkungsausschuß besteht aus fünf Mitgliedern. In der Regel sind es Mitglieder des Vorstandes oder leitende Angestellte des Unternehmens. Er legt die Informationspolitik fest, kontrolliert die Ergebnisse der Teams und setzt die beschlossenen Maßnahmen durch. Die Team-Mitglieder, in der Regel leitende Angestellte – und das ist ein Teil des Erfolgsrezeptes des MC Kinsey-Systems – werden aus dem

eigenen Unternehmen ausgesucht und von einem Berater [den MC Kinsey stellt] geschult und im Rahmen eines Karriere-Plans für ihre eigene Person eingesetzt.“

Leitende Angestellte bekommen, wohl um die anstehenden Rationalisierungsbestrebungen mit „gutem Gewissen“ durchziehen zu können, das Zuckerbrot von Karriereaussichten.

Die betroffenen Angestellten aber werden verschärften Maßnahmen ausgesetzt, indem ihre Arbeit stärker kontrolliert und überwacht wird, indem an den Arbeitsplätzen der Arbeitsdruck und die Arbeitshetze steigt, indem Abteilungen zusammengelegt oder aufgelöst werden und es so zu Versetzungen kommt. Aufschärfste betroffen sind allerdings die Angestellten, deren Arbeitsplätze ganz wegfallen.

Von den MC Kinsey-Untersuchungen sind rund 3.600 Arbeitsplätze in den drei Hauptverwaltungen betroffen.

„Gehen wir von den bekannten Zielvorgaben bei MC Kinsey aus [40% Kosteneinsparung, wobei mindestens 18% durch den Abbau von Arbeitsplätzen realisiert werden sollen], so bedeutet das, daß der Wegfall von 1.440 Arbeitsplätzen anvisiert ist. Für die Hauptverwaltung Frankfurt sind das 650. Nehmen wir dagegen nur eine durchschnittliche Realisierung von 18% an, so sind insgesamt 648 Arbeitsplätze gefährdet. In der Hauptverwaltung Frankfurt sind das 292“ (nach HBV-Banken Info 05/79, Rundschreiben B).

Gewerkschaftliche Gegenstrategie

„Wir haben den Betriebsräten der drei Hauptverwaltungen dringend empfohlen, keinen personellen Maßnahmen zuzustimmen, bevor der Vorstand nicht zum Abschluß einer Betriebsvereinbarung bereit ist und somit Nachteile ausgeschlossen sind. Darü-

ber hinaus haben wir die Betriebsräte auf die Ausschöpfung des Betriebsverfassungsgesetzes ... hingewiesen“, heißt es im von G. Volkmar – HBV-Vorsitzender – unterzeichneten Rundschreiben.

Letzteres bezieht sich auf die Forderung nach „rechtzeitiger“ Unterrichtung des Betriebsrats.

„Mit Unterstützung der Gewerkschaft HBV sollte der Betriebsrat dann auf den Abschluß einer Betriebsvereinbarung bestehen, die im wesentlichen folgende Kernpunkte enthalten soll:

- keine Kündigung aufgrund der „Gemeinkosten-Wertanalyse“;
- Umschulungsverpflichtung bei Versetzungen;
- Übernahme der Umzugskosten, Wohnungsbefähigung;
- Besitzstandssicherung;
- Abfindungsregelung für vorzeitig in den Ruhestand tretende Mitarbeiter;
- Abfindungsregelung für freiwillig ausscheidende Mitarbeiter.“

Weiterhin betont die HBV, daß „die MC Kinsey-Untersuchung für uns erneut Anlaß sein sollte, die Notwendigkeit und Bedeutung eines Rationalisierungsschutzabkommens aufzuzeigen.“

Abschließend äußert sich die HBV grundlegend über Rationalisierungsmaßnahmen:

„Die Arbeitnehmer wollen ihre Arbeitsbedingungen verbessern und ihre Arbeitsplätze erhalten. Daran ist nicht nur die ‚Wertanalyse‘, sondern jede Rationalisierungsmethode zu messen. Werden diese Forderungen durch den Arbeitgeber nicht garantiert, muß die ‚Wertanalyse‘ bereits im Ansatz mit allen Mitteln verhindert werden.“

Dem ist eigentlich nur hinzuzufügen, daß den Worten auch Taten folgen müssen – eine Aufgabe aller Kolleginnen und Kollegen!

HBV-Kommission

ÖTV

Wi(e)der die Bürokratie oder Warum die Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek Funktionsverbot erhalten haben

Unser Arbeitsplatz ist die Deutsche Bibliothek in Frankfurt, die in der Bundesrepublik Deutschland die Aufgaben einer Nationalbibliothek wahrnimmt.

Von den ca. 360 Mitarbeitern – knapp die Hälfte sind beamtete Bibliothekare des gehobenen und höheren Dienstes – konnten seit Gründung der Betriebsgruppe vor 3 1/2 Jahren trotz relativ hoher Personalfuktuation im einfachen und mittleren Dienst der gewerkschaftliche Organisationsgrad von immerhin 100 ÖTV-Mitgliedern erreicht werden. Der Vertrauenskörper besteht aus 7 Mitgliedern.

Nachdem 1975 die DAG-Betriebsgruppe ihre Auflösung beschloß und nahezu alle aus dieser „Spalterorganisation aus- und in die Einheitsgewerkschaft ÖTV eintraten, war der Grundstock für die spätere recht erfolgreiche betriebliche Gewerkschaftsarbeit gelegt.

Aufgrund negativer Erfahrungen mit der Standesorganisation DAG, anfänglich von der ÖTV zugestanden Freiräumen, einer mehr oder weniger zufälligen Zusammensetzung des Kreises von aktiven Kolleginnen und Kollegen sowie einer Konfrontation mit dem zunehmenden Rationalisierungsdruck einerseits und wachsender Rigidität der Gewerkschaftsbürokratie andererseits, hat sich ein Selbstverständnis von betrieblicher Gewerkschaftsarbeit entwickelt, das sich am ehesten noch mit Basisdemokratie umschreiben läßt. Nicht eine bestimmte politische Position, sondern gewerkschaftliche Aktivität ist für uns der Maßstab für die Wahl zum(r) Vertrauensmann/-frau.

Unsere Vertrauensleute verstehen sich auch nicht den „ÖTV-Leitsätzen für Vertrauensleute“ entsprechend als Transmissionsriemen der Kreisverwaltung, sondern dem Willen der Mitglieder verpflichtet als Exekutive der Betriebsgruppe.

Dieses Selbstverständnis hat seinen Niederschlag in einer eigenen Geschäftsordnung der Betriebsgruppe gefunden und kommt in einem konsequenten Eintreten für Arbeitnehmerinteressen gegenüber der Dienststellenleitung und wo immer notwendig zum Ausdruck.

Diese gewerkschaftliche Grundhaltung nahm die ÖTV-Kreisverwaltung Frankfurt in der Folgezeit mehrmals zum Anlaß, uns wegen „satzungswidrigen Verhaltens“ zu warnen und mit der Auflösung des Vertrauensleutkörpers zu drohen.

Das Vergehen sieht die ÖTV-Kreisverwaltung in dem Abfassen von

Das Vergehen sieht die ÖTV-Kreisverwaltung in dem Abfassen von Schreiben an Adressaten außerhalb der zuständigen ÖTV-Kreisverwaltung sowie in der Veröffentlichung von Leserbriefen des Vertrauensleutkörpers bzw. der Betriebsgruppe durch die Presse – obwohl und gerade weil dies ausschließlich im Namen derselben geschieht. Die Kreisverwaltung sieht hierin aber nicht generell einen Verstoß gegen die Satzung – weit gefehlt. Vielmehr geht

sie der „Beschlusslage der ÖTV entsprechend“ hier nachweislich selektiv vor.

So wurden wir – dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft und dem Grundsatz parteipolitischer Neutralität widersprechend – nur bei Kritik der offiziellen ÖTV- oder SPD-Politik verwahrt, Kritik an der FDP oder an der CDU fand dagegen stets Wohlwollen, bisweilen sogar Beifall.

Zudem kann aus den von der Kreisverwaltung angegebenen Quellen (Satzung der Gewerkschaft ÖTV, Vertrauensleutrichtlinien, Beschluß des geschäftsführenden Hauptvorstandes über Veröffentlichungen der Gewerkschaft ÖTV) nicht entnommen werden, daß Einzelmitglieder, Vertrauensleute und Betriebsgruppen in i h r e m Namen z.B. keine Leserbriefe, Protest- oder Bittschreiben an Dritte außerhalb der jeweiligen Kreisverwaltung abfassen dürfen und ihre Gewerkschaftszugehörigkeit in der Öffentlichkeit zu verschweigen hätten. Dies aber wird von der ÖTV-Kreisverwaltung dort hineininterpretiert, um unliebsame Kritiker zum Schweigen zu bringen, weil angepaßte Mitglieder nun mal leichter zu verwalten sind.

Um dieses Ziel zu erreichen, greift sie zu administrativen Praktiken wie Funktionsverbot und Ausschlussverfahren und macht mit einem Federstrich eine jahrelang erfolgreich arbeitende Betriebsgruppe kaputt.

War die Perversion gewerkschaftlicher Grundsätze durch uneholene Wahlaussagen der Gewerkschaftsbürokratie zugunsten der SPD bisher offenkundig, so führte sie in unserem Fall auf einer politisch geradezu bedeutungslosen Ebene zur Betroffenheit einer kleinen Betriebsgruppe, deren offensichtlich einziger Fehler es war, Grundrechte und Gewerkschaftliche Prinzipien für sich in Anspruch zu nehmen. Unser Anliegen ist es daher aufzuzeigen, daß Unterdrückung durch die Gewerkschaftsbürokratie längst nicht mehr bei „Organisationsschädigung“ oder bei den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ansetzt, sondern inzwischen bereits weit darunter auf einer Ebene, wo dies die Masse der Mitglieder niemals für möglich halten würde.

Nachdem nun auch die am 6. Dezember 1978 turnusmäßig gewählten Vertrauensleute der Kreisverwaltung gegenüber unmißverständlich erklärt haben, dem eindeutigen Votum der Mitglieder entsprechend die betriebliche Gewerkschaftsarbeit nach dem

Mitglieder entsprechend die betriebliche Gewerkschaftsarbeit nach dem bisherigen Selbstverständnis fortsetzen zu wollen, verweigerte die Kreisverwaltung die Bestätigung der durch die Betriebsgruppe gewählten Vertrauensleute und erteilte diesen damit Funktionsverbot.

Auf der Vertrauensleutversammlung am 5.2.1979 anläßlich der Tarifrunde, zu der wir keinen Zutritt erhielten, kündigte der Geschäftsführer der Kreisverwaltung Gewerk-

schaftsausschlussverfahren gegen uns an.

Wir sind jedoch nicht gewillt, unsere erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit von einer einseitig politisch ausgerichteten Bürokratie ohne Widerstand zunichte machen zu lassen. Wir führen den Kampf gegen Gewerkschaftliche Repression in vielschichtiger Form und Struktur weiter, die sich weitgehend dem lähmenden Zugriff der ÖTV-Kreisverwaltung entziehen kann.

Die bisherige betriebliche Gewerkschaftsarbeit wird unserem Demokratieverständnis entsprechend aktiv fortgesetzt u.a. in mehreren Arbeitskreisen.

Hauptziel ist und bleibt die Respektierung des demokratischen Willens der Kolleginnen und Kollegen im Betrieb und ihr Recht, diesen auch öffentlich kundzutun.

Funktionsverbote und ähnliche repressive Maßnahmen müssen im Zusammenhang mit der seit Anfang der 70er Jahre sich wieder verschärfenden politischen Unterdrückung in der Bundesrepublik Deutschland gesehen werden, die nicht nur mit direkter Gewalt einhergeht, sondern sich neuer Gesetze, Verordnungen, Rechtsinterpretationen und administrativer Praktiken bedient. Angeblich sollen diese dem Schutz des Grundgesetzes oder – wie im vorliegenden Fall – der ÖTV-Satzung dienen, in Wahrheit hohlen sie diese jedoch aus.

Wir wissen, daß unser Fall nur einer von vielen ist, aber gerade darum muß der zunehmenden Repression durch die Gewerkschaftsbürokratie aufgrund des wachsenden kritischen Bewußtseins der Mitglieder endlich Einhalt geboten werden.

Wer diesen Kampf nicht aufnimmt, wird bald auch den letzten Freiraum verloren haben.

Wo die Meinungsfreiheit eingeschränkt, auf die Nichtöffentlichkeit beschränkt wird, stirbt das demokratische Leben in einer Institution und wird zum Scheinleben. Wir appellieren daher an alle kritischen und demokratischen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen, unseren Kampf für volle Meinungsfreiheit aller Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebsgruppen zu unterstützen, damit unsere gewerkschaftliche Solidargemeinschaft nicht weiterhin durch solch repressive Praktiken schweren Schaden leidet. Denn letztlich profitieren davon nur unsere Gegner, wie die leidvolle Geschichte der Arbeiterbewegung beweist.

(Erweiterte Einleitung zur Dokumentation der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht“.

Zu beziehen über:
Friedhelm Knipping
Gräfstraße 71
6000 Frankfurt/Main 90
zum Selbstkostenpreis von 2,00.)
Die nichtbestätigten Vertrauensleute der ÖTV-Betriebsgruppe Deutsche Bibliothek
Frankfurt/Main, den 13.2.1979

Klinikum rechts der Isar, München: Sitzwachen-Streik

Am 5.2.79 begann im Klinikum rechts der Isar ein Streik um leistungsgerechte Bezahlung der Sitzwachen. Es beteiligten sich ca. 400 Personen, die meisten von ihnen sind Medizinstudenten.

Unter einer Sitzwache versteht man eigentlich jemanden, der einem schwerkranken, pflegebedürftigen Menschen zugeteilt ist, um sein Befinden zu beobachten und einfache pflegerische Tätigkeiten zu verrichten. Diese Arbeit geschieht aus Hilfsweise und soll unter Aufsicht von examinierten Pflegekräften stehen. Doch dies trifft kaum noch zu. Die Sitzwachen sind in den üblichen Stationsbetrieb, sei es auf Intensivstationen oder normalen Stationen, voll integriert. D.h., die Sitzwachen in München mußten Stationen mit bis zu 30 Patienten teilweise alleinverantwortlich betreuen. Die Bezahlung dafür betrug seit 1.1.75 (!) bis einschließlich 31.1.79 für 8 – 10 Stunden, tags wie nachts, werktags wie Feiertags 64 DM.

Schon seit Juli bemüht sich die Fachschaft Medizin, und seit November die „Initiative“ in Zusammenarbeit mit der Fachschaft um eine „gütliche Regelung“.

Erst nach einer Versammlung von 130 Sitzwachen am 29.1.79, auf der über einen Streik abgestimmt werden sollte, machte ein Vertreter der Verwaltung des Klinikums ein Angebot von 9 DM pro Stunde. – Die Versammlung wies dieses Angebot einstimmig und bei nur zwei Enthaltungen ab, stellte folgende Forderungen:

„Bezahlung in Anlehnung an den niedrigsten Krankenpflegetarif (BAT Kr I), mindestens aber 9,50 DM netto pro Stunde. Hierin ist eine pauschale Abgeltung für bezahlten Urlaub, 13 Monatsgehalt, Urlaubsgeld und Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall enthalten, in deren Genuß wir als nicht fest angestelltes Personal nicht kommen (18% Grundlohn) Nachtzuschlag von 1,50 DM pro Stunde (zwischen 21.00 und 6.00 Uhr) Wochenend- bzw. Feiertagszuschlag von 30% bezahlte Einarbeitung auf den jeweiligen Stationen“

Doch die Klinikleitung wollte nicht verhandeln. Wie es heißt, „kämme dies einer Erpressung gleich“ (Süddeutsche Zeitung, 7.2.79). Sollte der Streik länger als eine Woche dauern, werde man mit einem Notprogramm arbeiten, d.h. Urlaubssperre und Überstunden für das beschäftigte Personal. Während des Streiks ersetzten Feuerwehrleute die Sitzwachen, der Einsatz von Bundeswehrangehörigen zum Streikbruch wurde angedroht. Inzwischen ist der Streik mit einem „Kompromiß“ beendet worden:

„Für die Arbeit auf Stationen gibt es jetzt 8,50 DM, auf Intensivstationen 9 DM und für alle 1 DM Nachtzuschlag. Die Bezüge werden jährlich um die entsprechenden Prozente der ÖTV-Tarife steigen“ (Die Neue, 14.2.79).

Gesundheitskommission



Streikende vor dem Klinikum rechts der Isar in München

GEW

Dingeldey zurückgetreten

Frankfurt: Einige Tage, nachdem sich Walter Preissler, Lehrer am Abendgymnasium, wieder einmal mit Diffamierungen des Widerstandes von Lehrern und Schülern am Abendgymnasium und dessen Unterstützung durch die GEW hervorgerufen hatte (s. letzter AK) meldet sich nun auch ein anderer in gleicher Sache zu Wort. Volker Dingeldey, Vorsitzender des Bezirksverbandes Frankfurt der GEW (der schon im Dez. 77, S. AK 119, durch seine Aufforderung der Zensur des GEW-Info einen dementsprechenden Brief an Frister seine feste Verbundenheit mit der DGB-Führung dokumentiert hatte) tritt zurück, weil er die Politik der GEW in den Auseinandersetzungen um das AG nicht mehr mittragen will, und „bedauerte, daß sich der Landesvorstand auf die Linie der Frankfurter GEW habe bringen lassen“ („FAZ“, 2.2.79). Gemeint ist, u.a. die Demonstration der GEW gegen sechs fristlose Lehrerentlassungen und für die Forderungen der Abendgymnasiasten. Sein eigentliches Ansinnen zeigt Dingeldey, wenn er

sagt, „er halte es für den zweiten Bildungsweg für fatal, wegen kurzfristiger Aktionen den notwendigen Zusammenhang mit dem DGB aufzugeben“ („FAZ“, 2.2.79). Er behauptet weiter, „an der jetzigen Bedrohung des zweiten Bildungsweges am AG seien nicht die Behörden allein schuld“ ... (sondern) „auch Lehrer des AG, die die Schule als eine Nische im System betrachten und sich über Erlasse des KuMi's hinwegsetzen, als existierten sie nicht“ („FAZ“, 2.2.). Wes Geistes Kind diese Angriffe sind, wird deutlich, sieht man sich an, welche Position die angegriffenen Kollegen der GEW in einem Flugblatt zur Demonstration bezogen hatten: „Diese fristlosen Entlassungen (von sechs Lehrern des AG) sind die äußerste Stufe zu einer von den Behörden rücksichtslos vorangetriebenen Eskalation. Statt die berechtigten Forderungen (der Lehrer und Schüler des AG) zu erfüllen, scheint Friedhofsruhe und das Ersticken jedes Widerpruchs Ziel der Behörde zu sein. Da harte Verhandlungen über die Frage

der Lehrerarbeitszeit bevorstehen, glaubt der HKM (Hess. KuMi) im Vorfeld unvermeidlich Auseinandersetzungen Positionen abstecken zu können, die es uns schwieriger machen sollen, gewerkschaftliche Kampfmittel einzusetzen.“ Die drei Vorsitzenden der südhessischen GEW-Bezirksverbände haben in den letzten Wochen disziplinarische Verweise wegen des Aufrufs zu Unterrichtsunterbrechungen am 10.2.77 erhalten. Gegen andere Kollegen, die über Streik als satzungsmäßig verankertes Recht und gegenwärtig erforderliches Kampfmittel der GEW gesprochen und geschrieben haben, gehen die Behörden mit disziplinarischen Ermittlungen vor. Gegen diese Entwicklung müssen wir gewerkschaftlich organisierten Lehrer ein Signal setzen. Die fristlosen Entlassungen, Disziplinierung und Rausschmeiß von Kollegen, die sich ihre Rechte nicht beschneiden lassen, und die Schüler bei der Vertretung ihrer berechtigten Forderungen unterstützen, betreffen uns alle.“

Fusion geht weiter

Am 10./11.2. beriet der Hauptvorstand der GEW Bund erneut über die Zusammenführung der GEW Westberlin und der GEW im DGB zu einem einheitlichen Westberliner Landesverband. Stein des Anstoßes war gewesen, daß die GEW Westberlin auf ihrer letzten Vertreterversammlung zwar die von der Bundesorganisation geforderte Satzungsänderung beschlossen hatte, gleichzeitig aber in einer Präambel ihre Ablehnung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse wie auch ihre Unterstützung des Russell-Tribunals bekräftigt hatte. Dies hatte natürlich sofort Fristers Protest und ein Stocken der Fusionsvorbereitungen zur Folge gehabt. Der Hauptvorstand hat sich die Sache nun so überlegt, daß diese Absichtserklärung

zwar gegen GEW-Beschlüsse verstoße, aber keinen satzungsrechtlichen Charakter habe, und daher „überholt“ sei, wenn die gemeinsame LVV der fusionierten Verbände erst ihre Arbeit aufgenommen habe (das wird plangemäß voraussichtlich im Juni der Fall sein). Aber ... vielleicht irren sich die Herrschaften ja auch, und auch dieses Gremium übernimmt den Beschluß! Schließlich gibt es ja auch in der GEW im DGB Kollegen, die ihr linkes Selbstverständnis ausdrücklich in der Öffentlichkeit bekannt haben. Oder sollte sich das inzwischen geändert haben, obwohl die Kollegen doch immer selbst auf die Langfristigkeit i h r e s Konzepts hingewiesen haben?



Die Kirche und ihr Geld

„Kirche in Geldnot“ Hamburger Abendblatt 19.1.79, „Sparen, Spenden oder höhere Steuern“ FAZ 5.2.79, „Ein Heidengeld“ Spiegel 29.1.79 ... Die Kirche jammert und die Presse nutzt die Situation je nach politischer Couleur.

Es läßt sich wohl nicht bestreiten, die Kirchensteuern gehen im Verhältnis zu den Lohn- und Preissteigerungen zurück. Kirchengaststätten, Arbeitslosigkeit und die sogen. Steuerreform sind die Ursachen.

Unterschiedliche Hebesätze von zwischen 8 bis 9 % je nach Bundesland werden nicht angeglichen, aus Angst vor noch mehr Austritten, die sich doch nun gerade wieder im „erträglichen Bereich eingependelt haben“.

Aber nun, wen würde das verordnete Sparen denn treffen: Die Nordelbische Synode sieht das ganz klar: die sozialen Bereiche, insbesondere die Jugendarbeit (HA, 19.1.79). Viele durchaus gute Ansätze im sozialen Bereich bekommen schon seit längerem den „Sparwülen aus Sachzwängen“ zu spüren. Doch mehr noch, dahinter steckt ein Konzept: Die kirch-

liche Ausbildung von Diakoninnen/nen und Sozialarbeiterinnen/ern wird „reformiert“. Nicht der qualifizierte Fachmann wird mehr gefordert, sondern der All-round-Diakon als die rechte Hand des Pastors. Und damit die Theologiestudenten nicht auf dumme Gedanken kommen, hat die Kirche erstmal das landeskirchliche und nicht mehr das staatliche Examen zur Regel gemacht. Die Regelstudienzeit wurde natürlich auch eingeführt.

Der Kommentar des Hamburger Abendblattes vom 19.1.79 hat schon recht, wenn er schreibt „Kirche zurück zum Fachhandel“. Gemeint ist unter dem Vorwand der zurückgehenden Finanzen die Reorganisation der religiösen Verkündigungsinstitution mit eingeschränkter oder gar keiner Sozialarbeit.

Die Bürokratie der Ober- und Oberstufenräte und der Bischöfe mit Ministerialzulage und Dienstwagen mit Chauffeur ist noch nie eingespart worden. Sie hielten sich noch nie für überflüssig. Ob's so bleibt? Kirchenkommission

Paul Schulz will nicht zurück ins Mittelalter

„Ein schlichter Pastor weigert sich, seinen Verstand an der Kirchentür zurückzulassen, und hat den Mut, das auszusprechen, was viele seiner Amtsbrüder und noch mehr Gemeindeglieder längst denken. Trotzdem läßt man ihn im Regen stehen“ (Leserbrief im „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“ 28.1.79).

Diese zutreffende Charakterisierung des Vorganges um den Hamburger Pastor Paul Schulz zeigt den Drang auch der evangelischen Kirchenführung zum Beherrschen des Denkens der Menschen und die Tendenz zur Anwendung mittelalterlicher Inquisitionspraktiken. In seinem Schlußplädoyer ließ Paul Schulz allerdings erkennen, daß er sich keineswegs dem herrschenden Klerus unterzuordnen gedenkt.

Vorgeworfen wird Schulz in diesem „Lehrzuchtverfahren“, daß er gegen die herrschende Lehrmeinung verstoße (u. a. mit seinen Thesen über Gott, den er nicht für eine Person hält – Wenn der Mensch von Gott rede, dann rede er über sich selber; und seinen Ansichten über den Tod, den er für etwas Endgültiges hält). Welches aber nun die verbindliche Lehrmeinung der lutherischen Kirche ist, das vermochten die über ihn zu Gericht Sitzenden auch nicht zu sagen, weil es gerade das Wesen der lutherischen Kirche sei, in der Lehre offen zu sein. Darauf Schulz: „Wenn es keine feste Lehrmeinung gibt, dann gibt es auch keine fundamentale Abweichung“ (aus dem Plädoyer).

Statt Lehrmeinung hatte der Gerichtsvorsitzende Bischof Lohse dann „magnus consensus“ (große allgemeine Übereinkunft) als neues Kriterium eingeführt, ohne allerdings darzustellen, worin dieser bestehe: Es stehe lediglich fest, daß Paul Schulz gegen diesen magnus consensus verstoße. Schulz vermutete in seiner Rede, daß der magnus consensus so etwas sein müsse, wie das „gesunde

Volksempfinden – wie etwa zur Todesstrafe“. Weiter meinte Schulz, daß die anmaßende lutherische Kirche vor Luther zurückkehre, der im ausgehenden Mittelalter der Papstkirche abgesprochen hatte, von oben festlegen zu dürfen, was der richtige Glaube und die richtige Lehre sei.

Einen besonderen Clou brachte der Anwalt von Schulz schließlich, als er nachwies, daß das gesamte Lehrzuchtverfahren verfassungswidrig sei. Im Falle, daß nun die kirchlichen Lehrbehörden sich gegen Schulz entscheiden, wird mit einem interessanten Prozeß vor dem Bundesverfassungsgericht zu rechnen sein, in dem die Verquickung von Kirche und Staat in Sonderheit auf dem ideologischen Sektor offenkundig wird.

Die bürgerlichen Medien berichteten in den letzten Wochen zunehmend über Schulz als Psychopathen und individuellen Querulanten; sollten selbst die etwas liberaleren Organe wie „FR“ und „Zeit“ u. a. nicht mehr unabhängig vom herrschenden Klerus sein?

Kirchenkommission

Kurzmeldungen

Der anglikanische Erzbischof von Canterbury, der gleichzeitig dem britischen Oberhaus (House of Lords) angehört, machte sich zum Anführer der in England anwachsenden „Anti-Streit“-Bewegung. In einer Rede vor dem Oberhaus diffamierte er die streikende Arbeiterschaft: „Das Streikrecht wird viel zu schnell, viel zu bereitwillig und viel zu verantwortungslos benutzt“. „Streiks sind keine Monopoly Spiele ohne moralischen Hintergrund“ (nach FR, 27.1.79).

Kirchenkommission

Anfang vom Ende des kirchlichen Antirassismuskommis?

Trotz der in den letzten Wochen heftigen Stimmen gegen die Vergabe von Geld aus dem Sonderfonds des Antirassismuskommis an afrikanische Befreiungsbewegungen (Patriotische Front, SWAPO) hält der Weltkirchenrat an solch einer Geldvergabe fest. Diesen Beschluß faßte der Anfang Januar in Jamaika tagende Zentralausschuß des Weltkirchenrates: der Sonderfonds bleibt erhalten, aber im Unterschied zu bisher wird er nur noch aus zweckgebundenen Spenden finanziert werden. Dafür hatten sich die Vertreter der EKD eingesetzt. An seinem Umfang wird sich dadurch vermutlich noch nichts ändern (1,24 Mio. DM), aber der Sonderfonds ist ab nun rechtlich gesehen nicht mehr Teil des ordentlichen Haushaltes des Weltkirchenrates. Das wird Konsequenzen haben, wenn die Spenden mit Zielangabe ausbleiben. Ein Ausgleich über andere Haushaltstitel wird nicht möglich sein.

In den vergangenen Monaten war von mehreren Seiten in der EKD der Austritt aus dem Weltkirchenrat angekündigt, angedroht oder empfohlen worden.

Als erste ließ die evg. Landeskirche Schaumburg-Lippe ihre Mitgliedschaft im Rat ruhen (AK 141). Die Synode der württemberg. Landeskirche beriet im Herbst 78 einen entsprechenden Antrag der fromm-reaktionären „Lebendigen Gemeinde“. Der Gnadauer Verband, die 3.000 Mitglieder zählende ebenso fromme und größte evg. Laienbewegung, forderte den Austritt der EKD aus dem Weltkirchenrat. Auch andere europäische Kirchenvertreter hatten zum Austritt aufgerufen. So die presbyterianische Kirche Irlands, die norwegische Mission und der schweizerische protestantische Kirchenbund (Flensburger Tageblatt 14.10.78).

Diese Stimmen kamen der konservativen EKD-Führung sicher nicht ungelegen. So machten sich auch der Rat und die Kirchenkonferenz der EKD in einem Kommuniqué dafür stark, den Sonderfonds des Antirassismuskommis zu liquidieren oder sicherzustellen, daß „jegliche Mitverantwortung der EKD und ihrer Gliedkirchen ausgeschlossen bleibt“ (Flensburger Tageblatt 25.10.78).

Die Entscheidung von Jamaika ist ein Schritt in diese Richtung. Die haushaltsrechtliche Abtrennung des Sonderfonds bedeutet für die klerikale Reaktion auch einen politischen Erfolg, weil die bisherige Geldvergabepraxis des Weltkirchenrates als eine eindeutige Stellungnahme „für Nkomo und gegen Muzorewa“ (FAZ 11.11.78) gesehen werden muß.

Die Worte von B.C. Sjollema, dem Direktor des Programms zur Bekämpfung des Rassismus, bestätigen dies:

„Die Spende an die Patriotische Front ist zu sehen einmal als Protest gegen das Interne Abkommen, das nicht wirkt, und zweitens als eine ganz deutliche Stellungnahme für die Unterstützung der Opfer dieses Krieges, der durch Herrn Smith und seine Sicherheitstruppen gegen die Rhodesier geführt wird... wir haben Informationen, die uns den Eindruck geben, daß auch die Morde an den Missionaren während der letzten Monate die Arbeit der sogenannten Selous Scout sind, also der Sicherheitsgruppen von Smith, daß es schwarze Soldaten sind, die in Uniformen der Guerillas gekleidet die Menschen töten, ermorden, und immer dafür sorgen, daß eine Person übrigbleibt, um die Geschichte zu erzählen. Und dann wird sofort die internationale und nationale Presse von Salisbury an Ort und Stelle hingeflogen mit Hubschraubern, und dann kann jemand darüber erzählen, wie schrecklich es war... Aber das war ein sehr fauler Plan der weißen Minderheitsregierung, die versucht, die Guerillas in ein schlechtes Licht zu bringen“ (Zeitschrift „Der Überblick“).

Vor diesem Hintergrund und entsprechend dieser Zielsetzung wurden die westlichen Kirchen auf der Konferenz in Jamaika heftig kritisiert. Aaron Tolen (Kamerun) warf den Kritikern des Antirassismuskommis Heuchelei vor, da sie gleichzeitig die militärische Unterstützung der RSA durch ihre jeweiligen Regierung stillschweigend duldeten (FR 11.1.79). Der kenianische Bischof Okullu nannte die Kritik am Sonderfonds rassistisch („FAZ“, 13.1.79).

Schon in seinem Rechenschaftsbericht zu Beginn der Konferenz hatte der Generalsekretär des Weltkir-

chenrates, Philip Potter, in ähnliche Richtung argumentiert:

„Offensichtlich ist es leichter, die institutionelle Gewalt rassistischer Regime hinzunehmen, die sich als Wahrer der christlichen Zivilisation ausgeben und die durch Investitionen und militärische Unterstützung aus dem Ausland an der Macht gehalten werden. Schwerer dagegen fällt es zu verstehen, warum die Unterdrückten, denen man jegliche gewaltfreie Möglichkeit, für ihre Befreiung zu arbeiten, genommen und die man gezwungen hat, als letztes Mittel zu den Waffen zu greifen, in ihrem Kampf Gewalt anwenden... Drei Mitgliedskirchen haben ihre Mitgliedschaft suspendiert. Viele Kirchensynoden haben über das Problem debattiert, wobei hier auch vermerkt werden sollte, daß diese Debatte hauptsächlich in bestimmten westlichen Ländern stattgefunden hat, die durch ihre Unterstützung am meisten zur Erhaltung der rassistischen Systeme im südlichen Afrika beitragen“ (DAS, 28.1.79).

Gemäß einem Vorschlag von Philip Potter wollen die kirchlichen Kontrahenten zukünftig im Gespräch bleiben und einen Beratungsprozeß über die Mitwirkung der Kirchen am Kampf gegen den Rassismus in den 80er Jahren einleiten. Zusätzlich beschlossen die Delegierten mit 140 gegen eine Stimme, die Kirchen sollten kritisch untersuchen, „in welchem Maße ihre Länder im südlichen Afrika wirtschaftlich aktiv sind und Militärlieferungen leisten und die Ergebnisse der Öffentlichkeit bekanntmachen“ (FR 11.1.79). Sogar die Vertreter der EKD stimmten hier zu, mit Ausnahme des Bischofs der Nordelbischen Kirche F. Hübner (Kiel), der sich enthielt. Es bleibt abzuwarten, ob und wie die EKD diesen Beschluß umsetzt.

Ermutigend ist, daß es den teutonischen Klerikalen nicht gelungen ist, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Trotzdem: die Auflösung des Sonderfonds aus dem ordentlichen Haushalt des Weltkirchenrates ist ein Schritt in ihre Richtung, und es muß mit weiteren Vorstößen zur Liquidierung dieses gerechnet werden.

Kirchenkommission

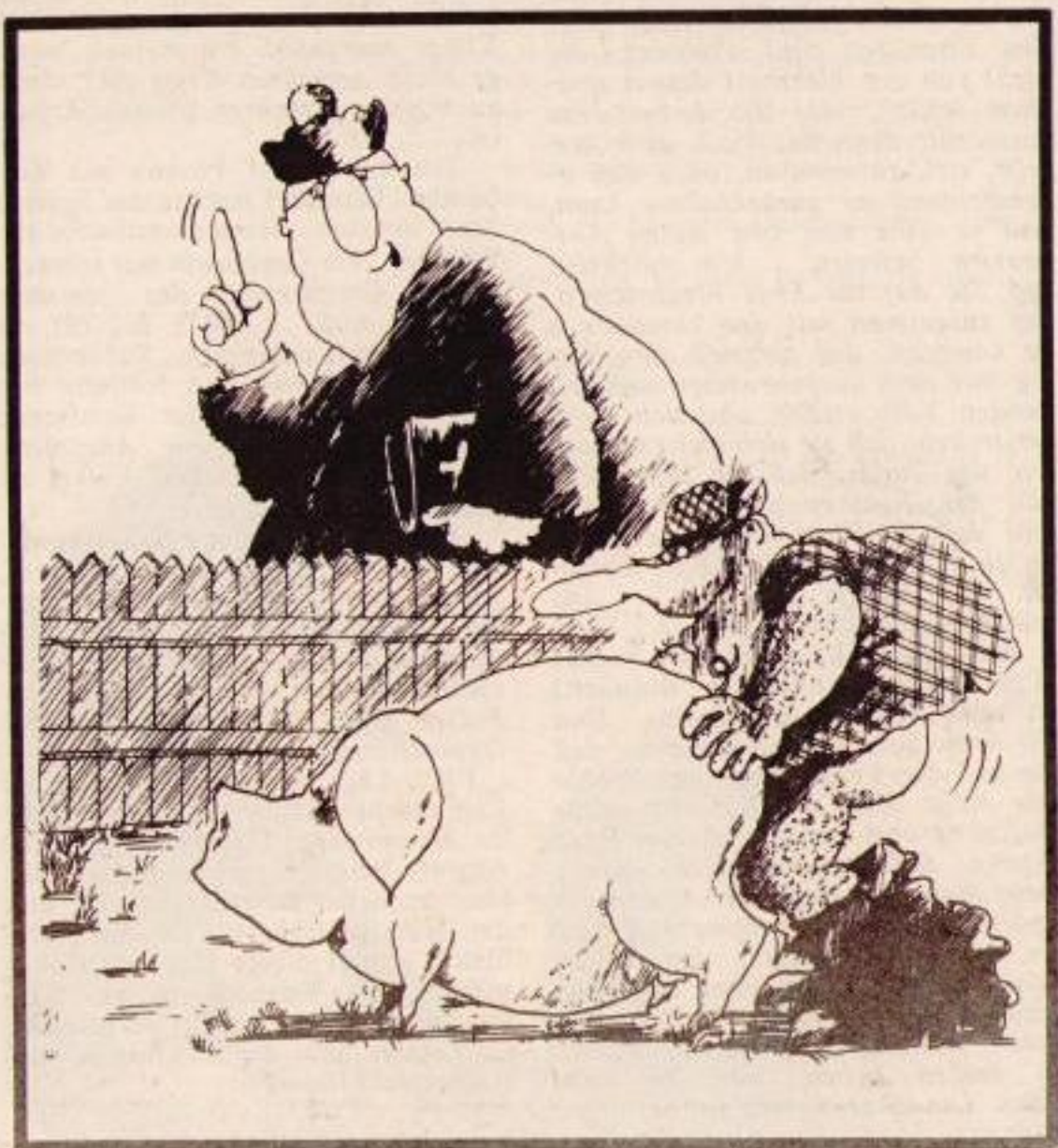
Katholische Kirche: „Homosexuelle und Perverse“

Zwei katholische Theologieprofessoren traten als Sachverständige auf, als der kulturpolitische Ausschuß des bayrischen Landtags über einen Gesetzentwurf zur Sexualerziehung an Schulen beriet. Beide sprachen sich entschieden gegen Sexualkundeunterricht an den Schulen aus. Dieser würde die „sexuelle Verwahrlosung“ der Jugend begünstigen: „Frühabtreibungen, Geschlechtskrankheiten, Kinderlosigkeit, Scheidungen und Impotenz 17-jähriger Schweden seien letztlich die Folgen der sexuellen Erziehung an der Schule“ (FR, 24.1.79). Der Moraltheologe Franz Gaar aus Regensburg faßte seine Moral in direktem Anschluß an den „Maria Goretti Kreis“, der selbst noch den bayrischen Kultusminister Maier als „Schul-Sex-Maier“ brandmarkt, folgendermaßen zusammen: Der Geschlechtsverkehr sei eine „geistig-personale Versenkung“ in „keuscher Reinheit“, „die Selbstbefriedigung sei pervers und Homosexualität ein Mißbrauch“ (FR). Johannes Bökelmann, Theologieprofessor aus Bad Honnef, äußerte kraft seines Sachverständigen, die Schule solle generell auf „Sexualkunde verzichten und sich mit blanke biologischer Information bescheiden“ (FR).

Kurz zuvor schon hatte die bayrische Bischofskonferenz die Probleme der Sexualerziehung erörtert und war zu folgendem Ergebnis gekommen: „Eine Sexualerziehung, die ihre Maßstäbe nicht der christlichen Wertordnung entnehmen würde, stünde nicht im Einklang mit dem geltenden Recht und könnte daher nicht von uns akzeptiert werden“ (FR, 20.1.). In Richtlinien befassen sich diese Bischöfe mit den beliebten Themen wie Selbstbefriedigung, voreheliches Sexualverhalten, Empfängnisverhütung und Geburtenregelung bis hin zu „Homosexualität und anderen Perversionen“ (FR, 23.1.). Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang der „Unterführer“ des Augsburger Priesterseminars, Dietmar Berni; er ist Leiter der bischöflichen Kommission für schulische Sexualer-

ziehung und gleichzeitig Mitglied der Richtlinienkommission für Sexualerziehung im bayrischen Kultusministerium. Übrigens, es herrscht eine strenge Trennung von Thron und Altar in diesem unseren Lande.

Kirchenkommission



Kirche in Lateinamerika — Papst verhilft zum Rechtsruck

„Der Papstbesuch ist überhaupt ein Festival der Verquickung von Firmenreklame und solchen Jubels; an der Abfahrt von der Autobahn grüßt eine Automobilniederlassung weithin sichtbar: „Willkommen, der da kommt im Namen des Herrn! Ford.“ („FAZ“ 29.1.79). Johannes Paul II (Jo-P II) erweist sich vor allem dem Herrn Ford und seinen Klassenfreunden erkenntlich entgegen den in ihn gesetzten Hoffnungen vieler fortschrittlicher Menschen in Lateinamerika und Europa indem er bei der Eröffnung der lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla den Vertretern von Theologie der Befreiung und Theologie der Revolution eine deutliche Absage erteilt. Er warnte vor „radikalen Tendenzen in der römisch katholischen Kirche“ („FAZ“) und vor der Versuchung, „das Evangelium als Aufforderung zur politischen Revolution auszulegen“ („FR“, 30.1.). Jo-P II legte fest, daß es Priestern nicht zustehe, Gebete durch Handeln zu ersetzen und sich in die Politik einzumischen (Vgl. „FAZ“, 29.1.).

„Der Schlüssel zur Befreiung des Menschen von Unterdrückung und Leid liegt nicht in Revolution und Politik, sondern allein in der Religion“ („FR“ 30.1.79). Nachdem der Papst mit solchen Sprüchen das politische und soziale Engagement vieler Priester und anderer Christen auf diese Weise verurteilt hatte, konnte er sich reichlich in Bedauern über die Armut und die Mißachtung der Menschenrechte ergehen und sich mit Worten für die Anerkennung der Menschenwürde der armen Bauern und gegen die Ausbeutung aussprechen. „...die Kirche verteidigt zwar das Recht auf Privateigentum, sei aber nicht gegen eine Enteignung, wenn diese in der richtigen Weise geschehe“ („FR“, 31.1.79).

Für die „Welt“ war die wichtigste Meldung vom 30.1.79 „Jesus war kein Klassenkämpfer“ - aus dem Munde des allerersten Christen dieser Erde, Jo-P II in seiner Rede in Puebla. Zweifellos für die Militärdiktaturen in Lateinamerika eine Beruhigung, daß der oberste Klerus die Ideologie der Nationalen Sicherheit weiter und wahrscheinlich intensiver zu stützen gewillt ist.

Der Konferenz der lateinamerikanischen Bischöfe wird sowohl von den Christen in Lateinamerika als auch von christlichen Gruppierungen in Europa z.B. „Christen für den Sozialismus“ und hier auch von den im Exil lebenden Lateinamerikanern eine recht hohe Bedeutung zugemessen. Deswegen hat es eine große Anzahl von Forderungen, Petitionen und Resolutionen aus allen Teilen der Welt - besonders natürlich aus den Gemeinden der armen Bevölkerung Lateinamerikas gegeben, in denen die Hoffnung auf Unterstützung des Befreiungskampfes durch die Konferenz der Bischöfe ausgedrückt wurde. In einem Brief christlicher Bauern und Landarbeiter aus Guatemala heißt es nach der Schilderung der Situation der Bauern und Landarbeiter (Ausbeutung, Unterdrückung Hunger etc.: „Einige Bischöfe und Priester haben uns die Binde von den Augen genommen und uns die Ohren geöffnet... Aber wehe den Bischöfen und Priestern, die nicht von der Wahrheit dessen sprechen wollen, was das Leben Jesu ausmacht: denn das Volk ist im Begriff, sich zu erheben, ohne daß irgendjemand es zurückhalten kann, und es wird sich von seinen Ausbeutern befreien!... Wir möchten, daß Sie auf die Erde hinabsteigen, um zusammen mit den campesinos zu kämpfen, daß sie sich dem Dialog mit dem ausgebeuteten und leidenden Volk stellen und sich nicht verstecken, daß sie sich nicht verkaufen wie Judas, daß sie sich nicht von den Reichen aushalten lassen und daß Sie Ihre christliche Mission als Hirten erfüllen, die ihr Leben für ihre Schafe hingeben“ („Lateinamerika Nachrichten“, 25.1.79).

Aus einem Bescheid des Volkes (128 Basisgemeinden in Brasilien) an seine Bischöfe in Puebla: „Und wir beten auch gemeinsam dafür, daß Sie auf der Versammlung in Puebla uns mehr Mut, mehr Licht, mehr Hoffnung und mehr Gewißheit einer totalen Befreiung bringen, damit nicht mehr die einen lachen und die anderen weinen, die einen dick und die anderen abgemagert sind, die einen den Bauch voll haben und über große Vorräte verfügen und die anderen verhungern, weil sie nichts zu beißen haben, weil sie kein Stück Land haben, das sie bestellen können...“ (zitiert nach: Puebla-

Kein Platz für das Volk?, Brasilien Nachrichten, Sondernummer 7).

Aus einer Stellung namhafter katholischer Theologen und Jugendorganisationen und Christen für den Sozialismus vom Spt. 78 „...Wegen der Gefahr, in der die Kirche durch eine radikale Parteinahme für die Unterdrückten gerät, werden in Lateinamerika neuerdings Stimmen laut, die darauf drängen, sich mit den bestehenden Herrschaftsverhältnissen zu arrangieren - unter Berufung auf eine angebliche „rein geistliche“ Sendung des Christentums. So kann die Konferenz von Puebla zum Scheideweg für die Zukunft der lateinamerikanischen Kirche werden“ („Brasil. Nachr.“, Sondernr. 7).

Die schwache Hoffnung, daß vom höchsten Klerus eine Stellungnahme für den Kampf gegen Armut und Unterdrückung zu erwarten sein könne, war mit der Rede von Jo-P II schnell zunichte, was aber nicht bedeutet, daß dies ein Ende der Basisgemeinden und christlichen Befreiungsbewegung ist, aber die Bedingungen in der innerkirchlichen Auseinandersetzung werden zusätzlich härter. Den Auftritt von Jo-P II in Mexiko charakterisiert Johann Baptist Metz, Theologieprofessor in Münster, treffend: „Volkstümlichkeit eines Papstes ist noch nicht identisch mit Volksfreundlichkeit...“ („Spiegel“ Interview, 5.2.79).

Auch abgesehen vom Eingreifen des Papstes hat die Bischofskonferenz schon in der Vorbereitung seitens der reaktionären Kleriker um Trujillo und der europäischen Kleriker angeführt von Baggio in Auswahl und Ernennung der Delegierten eine volksfeindliche Ausrichtung erhalten. Von den 339 Teilnehmern wurden 152 einseitig ernannt und 9 sind gleichsam geborene Mitglieder. Die übrigen 178 Bischöfe aus den lateinamerikanischen Ländern sind durchaus nicht Repräsentanten der christlichen Bewegungen. Auf diese Weise sind die Vertreter der Theologie der Befreiung und wichtige Geistes- und Sozialwissenschaftler die bei der letzten Bischofskonferenz, vor 10 Jahren in Medellin (Kolumbien) bedeutenden Einfluß hatten, einfach ausgeschlossen.

Am Rande der Bischofskonferenz haben sich oppositionelle Bischöfe, Priester und Laien zu einer Art Gegenkonferenz versammelt, um über den Weg der Befreiung zu beraten.

Nach der Abreise von Jo-P II forderte Ernesto Cardenal die 3. Bischofskonferenz zur Solidarität mit dem Kampf des nicaraguanischen Volkes gegen die Somosa Diktatur auf: „Ich glaube es ist höchste Zeit, daß der Papst sich für die katholischen Völker Lateinamerikas, welche Opfer von Militärregimes sind, einsetzt... Es ist notwendig, daß der Papst die Militärdiktaturen und ihre Doktrin der nationalen Sicherheit ablehnt... Es ist notwendig, daß der Papst die Militärdiktaturen und ihre Doktrin der nationalen Sicherheit verurteilt, die vorgeblich eine christliche Doktrin ist, mit der man den vom Kommunismus bedrohten Katholizismus in Lateinamerika verteidigen will... Das Volk von Nicaragua hat das Recht so zu kämpfen, wie im Augenblick mit der Waffe in der Hand. Das ist eine traditionelle Doktrin der Kirche. Die Kirche hat immer das Prinzip der gerechten Kriege anerkannt. Wir meinen, wenn es einen gerechten Krieg gibt, dann auch einen gerechten Guerilla-Krieg“ (N. 7.2.79).

Der Erzbischof Proana aus Riobamba (Ecuador) nannte das System der meisten lateinamerikanischen Staaten „ein Ungeheuer mit schrecklichen Greifarmen, das zerstört werden muß“ („FR“, 5.2.79); er selber nannte sich einen „Subversiven des Evangeliums“ und forderte von den Würdenträgern der Konferenz „eine Antwort auf die Ansprüche des lateinamerikanischen Volkes zu geben“ („FR“, 5.2.79).

Zum Abschluß der Bischofskonferenz, die vom 27.1. bis 14.2. dauerte, wurde eine Deklaration herausgegeben, die einerseits Menschenrechtsverletzungen und repressive Militärdiktaturen, „die ihre Macht für Folter und Entführung politischer Oppositioneller mißbrauchen“ („FR“, 13.2.79) anpangert und der katholischen Kirche eine aktive Rolle im Kampf gegen Ungerechtigkeit und Armut beimißt, andererseits wird aber auch der Befreiungskampf und der Marxismus heftig kritisiert. Wie üblich strahlt dieses klerikale Dokument große Weisheit aus und gibt vor, es allen Seiten recht zu machen, im Ganzen geht der reaktionäre Klerus gestärkt hervor.

Kirchenkommission

Wie geht's uns denn?



Krebserreger auch im Bier?

Wie ein Donnerschlag hallte es am 9. Januar 1979 durch das Land: Das Bier ist in Gefahr. In des Bundesbürgers Lieblingsgetränk fand ein Heidelberger Krebsforscher besonders stark krebserregende Substanzen, die sogenannten Nitrosamine. Sie entstehen, wenn Eiweiß, in diesem Falle die Brauergerste, mit heißem Rauchgas beim Trocknen des Grünmalzes in Berührung kommt.

In allen Medien, an jeder Gerstensaftzapfstelle wurde die Frage nach Wahrheitsgehalt und Auswirkungen der Hiobsbotschaft behandelt, je nach Standort und Betroffenheit. In den Kneipen bestellt man mit Galgenhumor „Krebswasser“, „die Brauereien nehmen die Erkenntnisse... aus Heidelberg ernst und siedeln die Zuständigkeit des Problems gleich bei einem Vorstandsmitglied an“ („FR“, 16.1.79).

Erschreckt von der ungeahnten Publizität schwächte der Heidelberger Professor seine Aussage zwei Tage später ab und sprach nur noch von „einer möglichen Gefahr“, die, aber bisher durch keine Untersuchung bewiesen sei und ob das überhaupt gelänge, sei sehr fraglich. Mit Formulierungen wie „kein schlüssiger Beweis für einen Risikozusammenhang zwischen dem Nitrosamingehalt des Bieres und der Gesundheit“ oder „bei Tierversuchen mit besonders degenerierten Ratten Nitrosamine in so hohen Mengen eingeatmet, wie sie normalerweise überhaupt nicht vorkommen“ („FAZ“, 10.1.79), werden erst einmal Zusammenhänge geleugnet, die sich bei anderen Substanzen als „Nitrosamine“ (1.1.79), welche ein einmal Zusammenhänge geleugnet, die sich bei anderen Substanzen als zutreffend erwiesen haben; so beim

Asbest, bei den Anilinfarben, bei vielen Teerprodukten und erst im letzten Monat bei den Kokereigasen (Professor Mantz, Werksarzt der Hamburger Gaswerke). Dabei sind das Vorkommen von Nitrosaminen im Bier schon mindestens seit zwei Jahren und die besonders wirksame Krebspotenz der Nitrosamine noch länger bekannt (vergl. u.a. Forth, Heuschler, Rummel; Pharmakologie und Toxikologie, 2. Auflage 1977, S. 560).

Zur weiteren Beruhigung wurde die Entdeckung verbreitet, daß auch im Tabakrauch, Schinken, Wurst und Fisch, ja sogar in der Luft und im Wasser Nitrosamine vorhanden seien und dies überall in der Welt („FR“, 25.1.79). Will heißen: Nitrosamine sind überall, wir müssen mit ihnen leben. Da fällt die Verantwortung der Brauereien für das Nitrosamin in ihren Bieren leicht unter den Tisch, denn Bier muß nicht zwangsläufig Nitrosamine enthalten. Zur schnelleren Malzherstellung wurden vor Jahren die Trockentemperaturen des Grünmalzes erhöht und damit mehr nitrose Gase produziert, die mit dem Gersteneiweiß die Nitrosamine bilden. „Niemand hatte daran gedacht, daß eine kleine technologische Änderung beim Herstellen von Mals so große Auswirkungen hat“ („FR“, 25.1.79) wird einfach kackfroh behauptet.

Kaum glaublich, denn jeder Mediziner und erst recht jeder Lebensmittelchemiker lernt die Zusammenhänge mit Sicherheit im Studium. Viel wahrscheinlicher ist, daß sich Bedenken in dieser Richtung „wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ unter-

Bedenken in dieser Richtung „wirtschaftlichen Gesichtspunkten“ unter-

Die Produktionsverfahren werden eben ausschließlich nach Gesichtspunkten ökonomischer Effizienz beurteilt („Kosten-Nutzen-Relation“), und nicht danach, was die am wenigsten die Gesundheit und die Umwelt schädigenden Verfahren sind. Da ist auch demagogisch, wenn die Herrschenden behaupten, daß man „jeder Substanz eine Krebsgefährdung anhängen könne, wenn man nur lange genug mit den hoch empfindlichen Instrumenten der modernen Naturwissenschaft sucht“ („FR“, 25.1.79). Also: Gar nichts machen und der kapitalistischen Produktion und Umweltvergiftung ungezügelter Lauf lassen? In dieselbe Kerbe haut die oberste Krebsbekämpferin im Staat, Frau Dr. Scheel die die Wissenschaftler bei dieser Gelegenheit ermahnte, „nicht jede im Tierversuch durch stark erhöhte Dosierung von krebserregenden Substanzen gewonnene Erkenntnis auf den Nachrichtenmarkt zu bringen.“ ... Der Umgang mit Informationen werde zum „gefährlichen Spiel“, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse undifferenziert in die Öffentlichkeit getragen würden“ („FR“, 25.1.79). Sollen also nur die „Erkenntnisse“ veröffentlicht werden, die nicht den Umsatz von Bier, Koks- oder Anilinfarben beeinträchtigen könnten? Nur für die betroffenen Industrien kann doch dieser Umgang mit Informationen zum „gefährlichen Spiel“ werden, wenn sie daraufhin tatsächlich ihre Produktion umwelt- und gesundheitsfreundlicher gestalten müßten.

Gesundheitskommission

Erzeugt Krebsforschungszentrum Krebs?

Im Deutschen Krebsforschungszentrum (DKFZ), dem Musterinstitut der westdeutschen Krebsforschung, explodierten 2 Kühlschränke mit gefährlichen krebserregenden Stoffen! Am 18. Januar 1979 explodierte im radioaktiven Kontrollbereich im 5. Stock ein Kolben in einem Kühlschrank. Dessen Tür wurde aus den Angeln gehoben, ein Fenster zerbrach, das Labor brannte völlig aus. Rauch, Ruß und damit auch der Inhalt des Kolbens verteilten sich - hauptsächlich durch die Klimaanlage - gleichmäßig über das gesamte Stockwerk: Es ist eine „C- und T-markierte“ Substanz (C von carcinogen = krebserregend und T von Tritium, ein radioaktives Wasserstoff-Isotop). Sie ist also quasi doppelt krebserregend und heißt DMBA (Dimethylbenzanthracen). Die Heidelberger Feuerwehr bekämpfte das Feuer mit Wasser - in einem Labor mit derartigen Giftstoffen nicht gerade ungefährlich. Das Löschwasser wurde von Putzfrauen abgegossen und aufgewischt, die im radioaktiven Sicherheitsbereich weder Handschuhe noch Schutzkleidung trugen!...

Am 26. Januar kam es im selben Stockwerk im Labor gegenüber zur 2. Explosion: Es entwichen 250 Gramm (!) Nitrosamine, verwandt mit den Nitrosaminen, die kürzlich im Bier gefunden wurden! Die 10 anwesenden Wissenschaftler mußten zu Gasmasken und Handfeuerlösch-

greifen. Ausgelöst wurden diese Explosionen durch die im Inneren der Kühlschränke angebrachten Thermostate. Beim Anspringen der Kühlmaschine hat der Zündfunke dann die Explosionen ausgelöst.

Doch auch im alltäglichen Betrieb ist das Krebsforschungszentrum krebserregend - und nicht nur für die Beschäftigten, auch für die Bevölkerung der Umgebung: Täglich fließt Abwasser in den Neckar, ständig verbreitet sich Institutsrauch über mehrere Heidelberger Stadtteile. Abwasser und Rauch enthalten Restbestände der krebserregenden Stoffe!

Der Direktor des DKFZ meinte zum ersten Unfall: „Beim Brand ist nichts passiert. Wir haben die minimale krebserregende Substanz wieder eingesammelt.“ Wie er das geschafft hat, hat er nicht verraten. Und zum zweiten Unfall sagte er, es sei „nur ein Gläschen mit ungefährlichem Inhalt zertrümmert worden.“

Anschließend war der 5. Stock evakuiert und abgesperrt worden! (nach „STERN“ 6/79).

Insgesamt wird an diesen Äußerungen und Unfällen ein sehr leichtfertiger Umgang mit krebserzeugenden Stoffen deutlich. Hinzu kommt noch der Versuch, die Zwischenfälle zu vertuschen. Auch die Benutzung von nicht explosionsgeschützten Apparaten (Kühlschränke) beim Gebrauch explosiver Stoffe ist geradezu leichtsinnig!

Gesundheitskommission

Kurzmeldungen

Herzchirurgie dichtgemacht

Die Abteilung für Herz- und Thoraxchirurgie in der Universitätsklinik Essen hat am 26.1.79 ihren Betrieb eingestellt. Dazu Chefarzt Prof. Reidemeister: „Der Herzabteilung fehlen 20 Intensivschwester. Aufgrund schlechter Arbeitsbedingungen sei es weder in Essen noch in den anderen Universitätskliniken Nordrhein-Westfalens möglich, eine ausreichende Zahl von Schwestern für die Arbeit in den hochintensiven Abteilungen zu erhalten. Appelle an die zuständigen Behörden, bessere Voraussetzungen zu schaffen, seien vergeblich gewesen“ („Extra-Dienst“, 30.1.79). Auf der Warteliste des Herzzentrums stehen über 500 Patienten, die dringend operiert werden müßten!

Für die gesundheitspolitischen Krankmacher ist das eine klare Entscheidung, denn eine Herzoperation kostet 20.000 bis 25.000 DM. Das Krankenhausfinanzierungsgesetz sieht aber für eine Herzoperation nur die üblichen Tagessätze vor, die etwa 3.000 DM betragen. Aufgrund dessen werden jährlich in der BRD über 20.000 Patienten nicht operiert, obwohl ein Eingriff notwendig wäre (vergl. AK 144, S.21)!

Aktuelles von der Wohnungsfront

In Gießen haben 40 Beherzte am 3.2.79 das leere Haus Westanlage 44 besetzt, die Räume zum Wohnen hergerichtet und die Versorgungseinrichtungen in Gang gesetzt. Das Gebäude gehört der Stadt und soll irgendwann einer Tiefgarage weichen. Mit der Besetzung soll nicht nur gegen den geplanten Abbruch, sondern auch gegen die unzumutbare Situation auf dem Wohnungsmarkt protestiert werden: „Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. Wir brauchen Wohnungen und sehen es nicht ein, uns auf dem freien Wohnungsmarkt die Hacken abzurrennen“ (Gießener Anzeiger, 5.2.79).

Die Polizei griff bisher nicht ein.

An demselben Wochenende hat die „Bürgerinitiative SO 36“ in Berlin-

Kreuzberg mehrere Wohnungen „instandgesetzt“. Die Wohnungen wurden renoviert, ein Mietantrag gestellt und Miete angezahlt. Der senats-eigenen Baugesellschaft BEWOG wird von der BI vorgeworfen, außer den besetzten weitere 262 Wohnungen leerstehen zu lassen, obwohl es genügend Wohnungssuchende gebe (Die Neue, 7.2.79).

In Hamburg ist auf Initiative des „Hamburger Abendblattes“ (!) vom Grundeigentümerverband und Mieterverein eine Schlichtungsstelle gegründet worden, die bei Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern bezüglich Mieterhöhungen vermitteln soll. Die Einrichtung einer solchen Stelle, die am 28.2. ihre Arbeit aufnehmen soll, wird mit der steigenden Zahl

von Gerichtsverfahren begründet, die auch bei kleineren umstrittenen Beträgen sehr teuer seien. Im Falle eines Vergleichs zahle jede Partei für das Schlichtungsverfahren jedoch nur 25 DM. Das hört sich ja alles ganz gut an, aber man kann davon ausgehen, daß jetzt wesentlich mehr Vermieter vor die Schlichtungsstelle gehen werden, wenn der Mieter eine Mieterhöhungsforderung ablehnt, als sie bisher durch eine Klage durchzusetzen versucht haben, die ja ungleich aufwendiger ist. Außerdem gibt es in der Vergangenheit genug Beispiele für eine sehr weiche, kompromißbereite Haltung des Mietervereins gegenüber den Vermieterorganisationen. Also: für andere Städte wahrscheinlich nicht nachahmenswert.

Wohnungskommission



Besetztes Haus in Gießen: „Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen!“

FDP kontra Mieterschutz

Alle Jahre wieder findet sich jemand, der versucht, im Interesse der Vermieter an den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz des Mieters herumzubasteln, die ja schon dürftig genug sind. Diesmal ist es die FDP, die sich wie schon so oft als Gralshüterin der mittelständischen Wirtschaftsinteressen zu profilieren versucht.

Bei den von ihr angestrebten „kleinen Korrekturen zugunsten der Vermieter“ („Handelsblatt“, 18.1.79) handelt es sich um folgendes:

- § 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes soll wegfallen (mit ihm werden überhöhte Mieten geahndet);
- im Miethöhengesetz sollen Mußvorschriften in Sollvorschriften umgewandelt werden, damit der Mieter (der Arm!) vor Gericht wenigstens gehört werde;
- die zweimonatige Überlegungsfrist für den Mieter nach der Ankündigung einer Erhöhung durch den Vermieter soll wegfallen;

das Vergleichsmietenprinzip soll verbessert werden – bei der Aktualisierung der Mietspiegel sollen Neuabschlüsse besser berücksichtigt werden;

– in die Mietverträge soll eine Revisionsklausel eingebaut werden, die eine Mieterhöhung alle drei Jahre ermöglicht.

Die Befürchtungen der FDP, die Vermieter könnten durch formale Bestimmungen zugunsten der Mieter ihr Schäfchen nicht mehr ins Trockene bringen, sind allerdings mehr als unbegründet. In einem mit großem Aufwand erstellten Entwurf zu einem Bericht über die Auswirkungen des Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes, der Mitte Januar von Justizminister Vogel (SPD) vorgelegt wurde, wird betont, das Gesetz habe „den Vermietern nicht geschadet“ („FR“, 20.1.79).

92 % der befragten Vermieter haben sich in ihrer „Kündigungsfreiheit“ durch das Gesetz nicht bein-

dert gesehen. Bei 7.000 Kündigungsklagen haben sich vor Gericht in 75 % der Fälle die Vermieter durchgesetzt. Ansonsten zeichnet der Bericht ein rosiges Bild der „Wohnungsfront“: die Mieten würden geringer steigen, Mietwucher selten vorkommen (0,5 % der neu abgeschlossenen Mietverträge) und die Mietspiegel hätten sich als „am besten geeignete Mittel zum Nachweis von Mieterhöhungen“ bewährt („FAZ“, 20.1.79). Genau, kann man da nur sagen. Also, was will die FDP eigentlich, viel Lärm um nichts?

Der FDP geht es bei der „Entformalisierung“ des Mieterschutzes um eine Vereinfachung der Kündigungs- und Erhöhungsverfahren zugunsten der Hausbesitzer. Die Mieter sollen durch eindeutiger gegenungs- und Erhöhungsverfahren zugunsten der Hausbesitzer. Die Mieter sollen durch eindeutiger gegen sie formulierte Gesetze von vornherein abgeschreckt werden, ihre Interessen zu verfolgen.

Wohnungskommission

Kurzmeldungen

Patienten haben ein Recht auf Einsicht in ihre Krankenpapiere!

Wie das Landgericht Limburg in einem nicht mehr anfechtbaren Urteil entschieden hat, darf dem Patienten die Einsicht in seine Krankenakte nicht verweigert werden. Von diesem Grundsatz sind „Abweichungen nur in Ausnahmefällen“ (?) möglich. Das Gericht entschied: Zur Dokumentationspflicht des Arztes gehört auch die lückenlose Aufklärung des Patienten über das, was schriftlich niedergelegt ist, damit der Kranke seine Krankheitsgeschichte voll erkennen und daraus selbst Folgerungen ziehen kann. Das gilt auch, „wenn diese Aufzeichnungen für den Patienten nicht schmeichelhaft oder gar kränkend sind“.

Dieses Recht war bisher nicht selbstverständlich. In Zukunft sollten es die Patienten öfter in Anspruch nehmen! (nach „FAZ“, 20.1.79)

Gesundheitskommission

Wohngemeinschaften — aufgepaßt!

Dem „Paragraphenkotzer“, Zeitung an der Juristischen Fakultät der Universität Hannover, entnahmen wir folgenden Hinweis, der angesichts der bisherigen gegenteiligen Rechtsprechung zu dem hier angesprochenen Problem Bedeutung für zukünftige Mietrechtsauseinandersetzungen zwischen Wohngemeinschaften und Vermietern haben dürfte: „Das Landgericht Hannover hat mit Beschluß vom 21.12.77 (Aktenzeichen 11 S 382/77) die Räumungsklage eines Vermieters gegen eine WG abgewiesen, die ohne das Einverständnis des Vermieters einen Mieter-tausch vorgenommen hatte.“

Im Mietvertrag befand sich die Klausel: „Bei Austausch eines Mieters durch einen anderen ist die Zustimmung des Vermieters einzuholen.“ Im Rahmen einer Auseinandersetzung über eine Mieterhöhung verweigerte der Vermieter seine Zustimmung zum Einzug zweier neu zuziehender Studenten und verklagte diese, nachdem sie trotzdem eingezogen waren, auf Räumung.

In der Begründung führte das Landgericht aus, daß der Charakter eines derartigen Mietverhältnisses dadurch bestimmt sei, daß Studenten gemeinsam eine relativ teure Wohnung mieteten, um durch Verteilung der Miete auf die einzelnen Mitglieder eine erschwingliche Miete zu er-

reichen. Da Studenten gegebenenfalls die Universität wechselten und sie diese auf jeden Fall nach Beendigung des Studiums verließen, werde eine solche WG häufig vor die Notwendigkeit des Austausches einzelner Partner gestellt. Hierauf sei der Mietvertrag auch eindeutig ausgerichtet. Wenn dort geregelt werde, daß bei Austausch eines Mieters die Zustimmung des Vermieters eingeholt werden müsse, bedeute dies nicht, daß der Vermieter willkürlich seine Zustimmung verweigern dürfe. Er könne den neuen Mieter vielmehr nur bei Vorliegen sachlicher Gründe ablehnen. Dies entspreche dem Grundsatz von Treu und Glauben, der auch das Mietvertragsrecht beherrsche. Eine derartige Ablehnung könne der Vermieter dann aussprechen, wenn ihm Anhaltspunkte für eine Zahlungsunwilligkeit oder -unfähigkeit oder für ein anderweitig zu erwartendes vertragswidriges Verhalten bekannt seien. Wenn dies nicht der Fall sei, könne er seine Zustimmung nicht verweigern.

Um als Wohngemeinschaft in den Genuß dieser Rechtsprechung zu kommen, sollten WGs auf die Aufnahme einer der obigen Klausel entsprechenden Regelung in ihre Mietverträge bestehen.“

Genossen aus Hannover



Die Broschüre besteht aus zusammengestellten Artikeln zum Thema Auseinandersetzung mit der Frauenbewegung und aktuelle Fragen aus der Bewegung wie:

1. Frauen klagen gegen den „Stern“ — „Stern“-klage
2. Rechts gleich links? Frauenbewegung und Auseinandersetzung
3. Die über zwei Jahre mit vielen Leserbriefen geführte Auseinandersetzung zur „Walpurgisnacht“
4. Polemik der „Courage“ gegen Peter Paul Zahl
5. Die ebenfalls mit vielen Leserbriefen angereicherte Auseinandersetzung um den „kleinen Unterschied“
6. Buchbesprechungen

52 Seiten, DM 4,—

Die zweite Broschüre besteht aus Themen wie: Lohn für Hausarbeit — Die Politik von Frauenhausinitiativen und wie stehen wir dazu. Die neuere Entwicklung um den § 218 — Die Frauenpolitik der DKP wird in zwei Artikeln nachgedruckt — Was machen wir mit Neochauvis — auch die Frage „wie steht es mit der Frauenfeindlichkeit im KB?“ wird beantwortet. Einmal anhand der Auseinandersetzung um Jutta Weinhold und zum Thema Schlagen von Genossinnen — Mit dem Artikel „Tod der bürgerlichen Familie“ und „Frauenpolitik in der Sackgasse“ endet die zweite Broschüre.

Nur mit der proletarischen Frau wird der Sozialismus siegen!

Aus dem Inhalt:

- Viele schöne Reden sprengen unsere Ketten nicht...
- Die Befreiung der Frau in China...
- Die Frauen tragen die doppelte Last...
- Frauen werden als erste aus den Betrieben geschmissen
- Seit Luther kaum Fortschritte...
- Gegen Hungerlohn - für Menschenwürde...
- Frauen stehen an vorderster Front in den Kämpfen bei Pierburg
- Zur Reform des Ehe- und Familienrechtes - viel Spektakel um nichts...
- Die Fristenlösung ist keine Reform, die diesen Namen verdient...

78 Seiten A 4 Querformat (entspricht Paper - back von 160 Seiten) DM 5,— mit POSTER !



Crisis BRITAIN

England

Massenstreiks gegen Lohnleitlinie

Die größte Streikwelle seit 1926 rollt zur Zeit über England. Gestreikt wird in erster Linie gegen die Lohnleitlinie der Regierung Callaghan, die besagt, daß bei einer offiziellen Inflationsrate von 8,5% in den diesjährigen Tarifverträgen Lohnsteigerungen von 5% (und höchstens 8,8% für die unteren Lohngruppen) abgeschlossen werden dürfen.

Eingeläutet wurde die jetzt laufende Auseinandersetzung mit dem Streik der Ford-Arbeiter im letzten Jahr. Sie hatten als erste die Lohnleitlinie durchbrochen, indem sie in einem 9-wöchigen Streik 16,5% Lohnerhöhungen erkämpften (s. auch AK 142 und 143). In der darauffolgenden Zeit zogen die Arbeiter von British Oxygen Company (BOC), Bäcker, Tankwagenfahrer und Lastwagenfahrer im Kampf gegen die Wirtschaftspolitik der Labour-Regierung nach, die ihrerseits an ihrer Lohnpolitik festhält. Sie stellt sich damit inzwischen sogar in Widerspruch zu verschiedenen Firmen, die lieber höhere Löhne zahlen, als lange Arbeitskämpfe in Kauf zu nehmen.

Auf welch wackeligen Füßen die Regierung mit ihrer Lohnpolitik im Parlament steht, zeigt unter anderem auch, daß die geplanten Sanktionen gegen Ford (es sollten Bestellungen für LKWs wieder zurückgezogen werden) im Unterhaus abgelehnt wurden.

Premierminister Callaghan erklärte inzwischen, er habe gewußt, daß es schwierig sein werde, in diesem Winter die 5% durchzusetzen. „Aber mit Lohnforderungen von über 30% habe ich nicht gerechnet“ („FAZ“, 10.2.79). Das Hauptproblem in diesem Zusammenhang sei „eine Machtverschiebung innerhalb der Gewerkschaft: zuviel Macht sei von der gewerkschaftlichen Landesführung auf die Betriebsvertrauensleute übergegangen, die die Grundlagen und die Ideen der britischen Gewerkschaftsbewegung einfach nicht begriffen“.

Callaghan kündigte an, daß er „an einer Lohnpolitik mit den Gewerkschaften nach dem Modell der Bundesrepublik Deutschland“ arbeite. Er will hierzu mit der Gewerkschaftsführung einen „Sozialvertrag“ – offiziell „Konkordat“ genannt – abschließen, in dem vereinbart wird, daß gemeinsam mit der Gewerkschaftsführung jährlich die „Lohnsumme, die die Nation sich leisten könne“ errechnet und verbindlich festgelegt wird (!).

Diese offene und dreiste Absage an die Tarifautonomie, die bewußte Provokation der englischen Arbeiter durch derartige Äußerungen zeigen, daß die Labour-Regierung mal wieder an dem Punkt ist, abzuwirtschaften und eine Regierungsübernahme der Tories vorzubereiten.

Wir geben hier einen Überblick über die zur Zeit laufenden Streiks und einen Ausblick auf die nächsten Monate.

Öffentlicher Dienst

Insgesamt 1,5 Millionen Arbeiter führten am 22.1.79 einen Generalstreik im öffentlichen Dienst durch. Gestreikt wird für einen Wochenlohn von 60 Pfund bei Arbeitszeitverkürzungen auf 35 Std. pro Woche. Das bedeutet in einigen Fällen Lohnerhöhungen von bis zu 50%.

Die Streikenden geben an, daß sie nach vier Jahren Lohnpolitik der Labour-Regierung real weniger verdienen als vor 1974 (z. Zt. durchschnittlich 42,4 Pfund in der 40 Std. Woche).

Vier große Gewerkschaften NUPE, TGWU, COHSE und GMWU arbeiten in dieser Auseinandersetzung zusammen. Es streiken die Stadtreinigung, Krankenwagenfahrer, Pfleger in den Krankenhäusern, Schulhausmeister und -küchenpersonal, Wasserwerker, städtisches Flughafenpersonal, Krematorienarbeiter, Totengräber und (laut FR vom 22.1.79) auch die Rattenfänger.

Am Tag des Generalstreiks demonstrierten 80.000 Menschen in London unter der Parole „Schluß mit Unterbezahlung“. Der Generalstreik – von offizieller Seite als eintägige Aktion geplant – wurde spontan in verschiedenen Schwerpunktstreiks fortgesetzt. So z.B. die Totengräber von Liverpool, die nach einer Intervention der Kirchen „zähneknirschend“ zusagten, ab 5.2. wieder zu arbeiten (FR, 3.2.79).

Die Zustimmung der offiziellen Verhandlungskommission zu einem nationalen Abkommen von 14 % mehr Lohn für die Wasserwerker wurde von den Arbeitern nicht akzeptiert.

Die inoffiziellen Streiks weiteten sich aus (TG, 31.1.79), mehr als eine Million Menschen müssen ihr Leitungswasser vor Gebrauch abkochen. Nach Auskunft unseres Genossen in Schottland wird diese Tatsache von der englischen Bevölkerung mit großer Solidarität hingenommen, ein Zeichen für die tatsächliche Breite der Bewegung.

Inzwischen befürworten die Gewerkschaftsvertreter in der Verhandlungskommission die Annahme eines 16 %-Kompromisses (TG, 10.2.79). Die 16 % setzen sich allerdings aus zwei Komponenten zusammen: 9 % mehr Lohn für alle und 7 % als Prämie für regelmäßige Anwesenheit bei der Arbeit (also z.B. auch für geringe Krankheitszeiten), d.h. hier wird die Lohnerhöhung an das Wohlfürhalten der Arbeiter geknüpft. Ähnlich wie in Italien sind die hohen Fehlzeiten Ausdruck für die geringe Loyalität des englischen Arbeiters mit „seinem“ Kapitalisten.

Die Schulhausmeister und -küchenangestellten bestreiken ca. 1.150 Schulen in England und Wales. Das Krankenhauspersonal streikt in fast allen größeren Krankenhäusern des Landes (TG, 2.2.79). In der Woche vom 12.2. an sollen vor allen Dingen die 17.000 Krankenwagenfahrer Schwerpunktstreiks durchführen (FR, 12.2.79), die Gewerkschaft NUPE will

um das secondary picketing, d.h. Streikposten vor Firmen, die nicht unmittelbar am Streik beteiligt sind. Die „United Biscuits“ – ein Laden, der die Tories finanziell unterstützt – war gegen einen Fahrer vor Gericht gezogen, um ihm verbieten zu lassen, vor ihrer Firma Streikposten zu stehen. Das Urteil des High Court bestätigte die Klage und verbot dem Streikenden vor „United Biscuits“ zu agieren, da die Firma angeblich zu wenig mit dem Fahrer-Streik zu tun hätte. Dieser Fall wird jetzt von anderen Gerichten als Präzedenzfall aufgegriffen werden können, was als Behinderung des secondary picketing anzusehen ist (TG, 27.1.79).

In diese Auseinandersetzung griff der linke Bergarbeiterführer Scargill ein, indem er alle Gewerkschafter aufforderte, sich nicht um das Urteil zu kümmern: „Die Gewerkschafter werden in solchen Zahlen agieren, daß man Fußballstadien braucht, um sie einzusperrern“ (TG, 30.1.79).

Um dieses Thema wird es auch gehen, wenn Premier Callaghan zu Gesprächen mit der Gewerkschaftsführung lädt, außerdem möchte er gerne die „closed shops“ (Betriebe mit 100 % Mitgliedschaft in Gewerkschaften) abschaffen sowie für bestimmte Betriebe des öffentlichen Dienstes das Streikrecht aufheben (FR, 31.1.79)!

Lokomotivführer
27.000 Lokführer fordern eine Erhöhung von 3,40 Pfund auf die 62 Pfund für die 40 Std. Woche.

Bei den gegenwärtigen ökonomischen Kämpfen in England geht es nicht nur um Forderungen um mehr Lohn als Ausgleich für sinkenden Lebensstandard.

Bei British Leyland kämpfen die Arbeiter gegenwärtig dagegen, daß der im letzten Jahr abgeschlossene Tarifvertrag und die darin enthaltene Bindung des Lohns an die Leistung (Produktivitätsabkommen) vom Kapitalisten angewendet wird.

Dies geht qualitativ über Streiks für einfache Lohnforderungen hinaus. Es ist der Versuch, die wieder angewachsene Kampfstärke zu nutzen, um eine Niederlage wieder wettzumachen.

Es ist der Versuch, die wieder angewachsene Kampfstärke zu nutzen, um eine Niederlage wieder wettzumachen. Konkret beinhaltet das Produktivitätsabkommen, daß pro Arbeiter und Woche 6,1 Autos hergestellt werden müssen, damit dann 10 Pfund mehr ausgezahlt werden (Welt, 6.2.79).

Durch einen Streik im November und Dezember in einer BL-Niederlassung und als Folge des LKW-Fahrerstreiks sei das nicht erreicht worden, meint das Management und kündigte an, daß die 10 Pfund pro Woche nicht gezahlt werden. Am 5.2. stimmten daraufhin die 400 Shop Stewards (gewerkschaftliche Vertrauensleute) fast einstimmig für Vollstreik.

19.000 Arbeiter der Longbridge-Niederlassung warteten daraufhin nicht erst eine fünf Tagesfrist ab, während der in den anderen BL-Werken die Abstimmung erfolgen sollte, sondern beschlossen auf einer Massenversammlung am 7.2., an der über 10.000 Arbeiter teilnahmen, gleich in den Ausstand zu treten. Longbridge ist die größte Niederlassung von BL, die Arbeiter stehen mit ihren Einkünften am unteren Ende der BL-Lohnskala (FR, 8.2.79).

In den anderen Werken war die Kampfbereitschaft jedoch nicht so groß: Inzwischen haben sich bei Abstimmungen nur 6 Fabriken von insgesamt 34 für Vollstreik ausgesprochen. Der Prozentsatz, der sich im ganzen Konzern für Streik ausgesprochen hat, dürfte allerdings bei über 35 % liegen. Ende dieser Woche wird die Longbridge-Belegschaft darüber entscheiden, ob sie unter diesen Umständen den Streik fortsetzt (The Daily Telegraph, 13.2.79).

Times und Sunday-Times
Weil das Management die Einführung neuer Setztechniken über Bildschirm-

geräte durchführen sowie den Personalbestand in den technischen Bereichen reduzieren und außerdem die Gewerkschaften zu einer Art Friedenspflicht zwingen wollte, kam es im Herbst letzten Jahres zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Unternehmensleitung machte daraufhin provokatorisch Ende November den Laden dicht, stellte das Erscheinen von „Times“ und „Sunday-Times“ ein und sperrte die Belegschaft aus. Von den damals 4300 Belegschaftsmitgliedern sind z.Zt. noch knapp 3000 verblieben. Gegenwärtig werden wöchentlich 100 Kollegen entlassen. Bis zum 13. März soll die Zahl auf 1300 reduziert sein.

Am 25.1. demonstrierten mehrere hundert Kollegen durch London und verteilten dabei eine von ihnen selbst herausgebrachte Zeitung mit dem Namen „The Times Challenger“ („Herausforderer der Times“) mit einer Auflage von 100.000 (UZ, 27.1.79).

Die Forderung der Belegschaft war, erst dann zu verhandeln, wenn alle Kündigungen vom Tisch sind (FR, 9.2.79). In diese Situation platzte der rechte Gewerkschaftsverbandsvorsitzende Len Murray mit einem schweinschen Vorschlag: Es sollen neue Verhandlungen aufgenommen werden, dabei sollen die laufenden Kündigungsfristen verlängert werden, alle bisher rausgefliegenen Kollegen sollen eine finanzielle Abfindung erhalten. Die Verhandlungen sollen ohne Vorbedingungen geführt werden, außer dem Verständnis (?) für die Einführung der neuen Technologie. Nach einer Zeit soll dann eine „gemeinsame Untersuchung der Erfahrungen“ durchgeführt werden. Zum Schluß bot dieser Vogel noch die Hilfe des (ebenfalls rechten) Rates des TUC während der Verhandlungen an (TG, 8.2.79).

Dieser Vorschlag wurde von der Belegschaft zurückgewiesen (FR, 12.2.79).

BOC (British Oxygen Company)
Weil ihre Lastwagen nach Neujahr vereist waren, verweigerten einige Fahrer die Arbeit, daraufhin wurden sechs Kollegen entlassen. Das veranlaßte die gesamte Belegschaft der Hackney-Niederlassung zu einem zweiwöchigen Streik. Ergebnis: die Kollegen wurden wieder eingestellt, den Lohnausfall trägt die Firma (Socialist Challenge, 25.1.79).

Ausblick
Lehrer: Sie wollen 35% mehr Lohn.
Bergarbeiter: Sie wollen 110 Pfund für Untertagearbeiter (nach „Guardian“ eine 80%-Forderung, die „UZ“ spricht von 40%) und Vier-Tage-Woche bei einer Laufzeit von März 79 bis November 80. Bisheriges Angebot der Bergbaubehörde liegt bei 3,5%, was von Scargill als Provokation bezeichnet wird.
Busfahrer: Sie fordern 65 Pfund für die 40-Stunden-Woche.
Angestellte im öffentlichen Dienst: Die 600.000 Angestellten wollen am 23. Februar für einen Tag die Arbeit niederlegen.
Krankenschwestern: Sie fordern 25% mehr. Momentane Situation: für neu angelernte Schwestern zur Zeit 50,87 Pfund für Wach- und Oberschwestern zur Zeit 63,92 Pfund, das sei weniger als junge Sekretärinnen bekommen würden. Streik wahrscheinlich erst im März.

England-Kommission



Parole der Demoteilnehmer: What do we want? More Pay! When do we want it? Now! Übersetzung dieser Parole: Was wollen wir? Mehr Geld! Wann wollen wir es? Jetzt sofort!



Demonstration des öffentlichen Dienstes am 22.1.79 in London

insbesondere den Streik in den Wahlkreisen der Minister eskalieren (TG, 7.2.79). Die Reihe von Beispielen ließe sich noch fortsetzen, wir haben uns auf eine Auswahl beschränkt.

Lastwagenfahrer

Die Lastwagenfahrer haben im Januar mehrheitlich einem Kompromiß von 20,7 % mehr Lohn zugestimmt. Sie hatten 22 % Lohnerhöhung gefordert (siehe auch AK 146).

Der Streik weitete sich noch einmal kurzfristig aus, als der Streikposten R. Watson von einem Streikbrecher mit dessen Lastzug überfahren und getötet wurde (Socialist Challenge, 25.1.79). Zu einem Notstandsaufruf von Seiten der Regierung ist es in diesem Streik nicht gekommen, interessant ist aber die noch andauernde Begleitmusik, nämlich die Diskussion

Journalisten der Lokalzeitungen

Etwa 9.000 Journalisten hatten nach siebenwöchigem Streik einer Lohnverbesserung von 14,5 % bei gleichzeitiger Vereinbarung über bessere Krankenzahlungen, mehr Feriengeld sowie Bildungsurlaub zugestimmt. Es war der erste Streik der Journalistengewerkschaft NUJ (TG, 16. und 18.1.79). 28 Journalisten wurden bei der „Nottingham Evening Post“ jedoch nicht wieder eingestellt. Die Gewerkschaft machte dies jedoch nicht zur Bedingung einer Wiederaufnahme

'Konzertierte Aktion' beschlossen

Angeichts der in den letzten Wochen laufenden Massentriks vereinbarten die Labour-Regierung nach dreiwöchigen Geheimverhandlungen mit dem Vorstand des Gewerkschaftsdachverbandes TUC ein sogenanntes „Konkordat“. Ziel dieses Vertrages ist es, nach dem Muster der westdeutschen „Konzertierten Aktion“, Streiks einzudämmen und die Verhandlung um Lohnerhöhungen auf Spitzenebene zu verlagern.

Hauptbestandteile der Vereinbarung sind:

- Leitlinien für „die kontrollierte und begrenzte Anwendung des Streiks als letztes Mittel in Tarifaueinandersetzungen“ (!)
- „maßvollere Anwendung des Closed-Shop-Prinzips“
- (100%ige gewerkschaftliche Or-

ganisierung eines Betriebes)

— „Gewährung von automatischen Lohnerhöhungen für bestimmte Schlüsselberufe im öffentlichen Sektor für die Zusage auf Streiks zu verzichten“ (!)

— gemeinsame Sitzungen von Regierung, Kapitalisten und Gewerkschaftsführung zur „nationalen Überprüfung der Wirtschaftsaussichten“ und der „wirtschaftlich möglichen Lohnerhöhungen“ (was natürlich auf gemeinsam getragene Lohnleitlinien hinausläuft — Anm. AK)

— die Einführung geheimer Abstimmungen in den Gewerkschaften vor Streiks.

(„Welt“, 15.2.79).

Gerade der letzte Punkt macht besonders deutlich, daß darauf abgezielt ist, Kämpfe der engli-

schon Arbeiter zu verhindern. So ist es bislang üblich, daß die überwiegend spontan begonnenen Streiks in England auf Massenversammlungen aller Arbeiter und Angestellten eines Betriebes beschlossen werden. Von der Einführung geheimer Abstimmungen erhofft man sich die Schwelle für Streiks höher zu setzen, die Möglichkeit für Beeinflussung zu erhöhen und durch die notwendige Abstimmungsprozedur Zeit zu gewinnen, die sich „abkühlend“ auswirken kann.

Welche Auswirkung diese — angesichts der Massentriks — äußerst frechen Provokation auf die Kämpfe der englischen Werktätigen haben wird, läßt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen.

Sklavenmarkt!

Jungferntest und Röntgenuntersuchung — tägliche Praxis der britischen Einwanderungsbehörde



Indische Frauen protestieren in Neu Delhi gegen die unmenschlichen Praktiken der britischen Einwanderungsbehörde — gegen den Jungferntest und Röntgenuntersuchungen

Durch einen Artikel im „Guardian“ vom 1.2. wurde eine Serie von Schikanen britischer Einwanderungsbehörden gegenüber indischen Einwanderern bekannt, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist:

Eine 35-jährige Lehrerin aus Indien, die als Grund für ihre Einwanderung nach Großbritannien die Verlobung mit einem Londoner angegeben hatte, mußte sich auf dem Flughafen in Heathrow einer gynäkologischen Untersuchung unterziehen, mit der ihre „Jungfräulichkeit“ geprüft werden sollte! Auf dem Flughafen wurde ihr erklärt, sie solle sich zwecks medizinischer Untersuchung total ausziehen — die Bitte nach einem Tuch zum zudecken wurde abgelehnt! Ein Arzt trat ein, der über die Übersetzerin nach früheren oder bestehenden Schwangerschaften fragen ließ. Die Inderin bat um eine Ärztin, was ihr ebenfalls verweigert wurde. Nachdem sie geantwortet hatte, daß in Indien nichtverheiratete Frauen „sowas“ nicht tun würden, wurde ihr eine Einverständniserklärung für eine manuelle vaginale Untersuchung vorgelesen, die sie aus Angst, zurückgeschickt zu werden, unterzeichnete.

Der Arzt „bewaffnete“ sich daraufhin mit Gummihandschuhen, drückte ein Medikament aus einer Tube und schmierte es ihr in die Vagina — „Begründung“: So könne er eine eventuelle Schwangerschaft feststellen... Auf den Einwand der Frau, er könne doch auch sehen, daß sie die Wahrheit gesagt hätte, sein Kommentar: „Es gibt kein Grund, so schüchtern zu sein“. Die Frau erklärte gegenüber dem „Guardian“, sie habe sich in ihrem ganzen Leben noch nie so gedemütigt gefühlt wie bei dieser Untersuchung, zumal sie noch nie in ihrem Leben von einem Gynäkologen untersucht worden war!

Obwohl die Enthüllung im „Guardian“ bei Einwanderungsbehörden, zuständigen Ministern und Beamten zu einer Reihe von Unschilderklärungen und empörten Beteuerungen führte, konnte in den nächsten Tagen aufgedeckt werden, daß derartige Praktiken seit etwa 10 Jahren üblich sind und von Beamten der Einwanderungsbehörden angeordnet werden können, wenn sie die Angaben einer Einwanderin bzgl. ihrer Kinderlosigkeit nicht glauben.

Die Presseenthüllung, eine Anfrage im Unterhaus sowie die zahlreichen Erklärungen von Emigrantenorganisationen, sie hätten schon seit Jahren gegen derartige Praktiken protestiert, führten vorerst zur offiziellen Erklärung des Innenministeriums, daß der „Jungferntest“ britischer Einwanderungsbehörden ab sofort gestoppt sei („Guardian“ v. 3.2.79).

Die indischen Frauenorganisationen in Neu Delhi veranstalteten am 6.2. eine Protestkundgebung vor den britischen Einwanderungsbehörden, wo sie den eigentlichen Zweck solcher Schweinereien auch nochmal beim Namen nannten: Einschüchterung und Demütigung, um Frauen mit Kindern vom Einwandern abzuhalten, weil ihre Arbeitskraft nicht voll ausgenutzt werden kann! Am 8.2. kam es zu einer Protestdemonstration indischer Frauen vor der britischen Behörde in Neu Delhi (siehe Foto).

Röntgenbilder als Altersnachweis

Inzwischen wurden weitere Schikanen gegenüber Einwanderern bekannt: In Dacca, Bangla Desh werden Einwanderungswillige von britischen Behörden vor den Röntgenschildern gestellt — offizielle Begründung: Altersbestimmung an den Schädelknochen bei Zweifeln über die Richtigkeit der Altersangaben....

Obwohl die Weltgesundheitsorganisation vor unnötiger Strahlenbelastung warnt, werden diese Untersuchungen in großem Stil durchgeführt und sogar Schwangere, deren Embryo durch die Röntgenstrahlen geschädigt werden kann, wurden nicht „verschont“!!!

Hat man diese Klippen geschafft, so muß man sich in Heathrow auf dem Londoner Flughafen gleich nach der Ankunft nochmals röntgen lassen — diesmal angeblich, um schwere Infektionskrankheiten zu verhindern! Auch bei diesen Untersuchungen werden nicht die Kriterien des „normalen“ Gesundheitsdienstes angewandt, die z.B. Röntgenuntersuchungen bei Schwangeren nur in äußerst dringenden Notfällen erlauben — nein, jede(r) Einwanderer(in) wird geröntgt. Dabei ist für sämtliche Einwanderer

auf dem Heathrow Flughafen ein Arzt zuständig — nachts und am Wochenende wird die Röntgenuntersuchung vom Bodenpersonal durchgeführt, was eine zusätzliche Gefahr für die Untersuchten, aber auch die Untersucher bedeutet....

Zynischer Kommentar eines Sprechers der Gesundheitsbehörde: Man könne für diese Untersuchungen der Einwanderer doch keine normalen Maßstäbe anlegen....

In der bürgerlichen Presse setzte man sich u.a. mit der Frage nach der Aussagekraft solcher Röntgenuntersuchungen auseinander. So wurde ein Prof. James Tanner zitiert, der bestätigte, daß solche Untersuchungen bei Kindern (!) niemals das genaue Alter ergeben würden und bei Erwachsenen völlig ohne Aussagekraft seien.

Allein die Beschäftigung mit dieser Frage muß empören! Als ob der Skandal darin besteht, unwissenschaftliche Methoden verwendet zu haben, um die Einteilung in „erwünschte“ und „unerwünschte Ausländer“ vorzunehmen.

Die Mentalität, die hier zum Ausdruck kommt, ist Ergebnis der chauvinistischen Hetze, die im Bewußtsein eines Volkes, das selbst von der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung anderer Völker profitiert, verfangen kann.

Das, was sich hier in England abspielt, ist nur mit der Bezeichnung „moderner Sklavenmarkt“ zu bezeichnen: früher wurden die zum Kauf angebotenen Sklaven öffentlich auf dem Markt vorgeführt, damit sich der Käufer von ihrer Qualität überzeugen konnte. Heute macht man das etwas feiner und wissenschaftlicher!

Noch ein „Hammer“: Die Gesellschaft für Radiologie erklärte, daß ihre Forderung nach Einstellung von zwei weiteren Fachärzten für Röntgenheilkunde am Heathrow Flughafen von der Gewerkschaft des Bodenpersonals NALGO mit der Begründung abgelehnt wurde, damit würden wichtige Nebeneinnahmen der Kollegen vom Bodendienst fließen gehen („Guardian“, 10.2.79).

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER SCHIKANEN GEGENÜBER DEN EINWANDERERN IN GROSSBRITANNIEN!!

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 59 02

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon: 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geestacht
Postlagerkarte 02/2054 Geestacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Herti

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
und jeden Samstag von 10 bis 12 Uhr
Holstenstraße zwischen „Kieler
Nachrichten“ und Buchladen „Monta-
nus“

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Neumünster
Angelika Schuknecht
Joachimstraße 29
2350 Neumünster
04321/46598

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Bürostunde nur noch
Freitag 16.30 bis 19.00 Uhr
(nicht mehr Mittwochs)

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 162
2800 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 0 674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wilhelmshaven
Samstags in der Marktstraße
AK-Verkauf zwischen
11.00 und 13.00 Uhr

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestr. 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056 011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Bonn
Dienstags 12 bis 14 Uhr
Mensa Nasserstraße
Sonnabends 10.30 bis 12.30 Uhr
Münsterplatz

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Kamen
Jeden Samstag von 10 bis 13 Uhr
Mittwochs von 16.30 bis 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 0067 45
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstags:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch — Uni

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Koselstr. 37
6 Frankfurt
Tel.: 0611/599 701

Kassel
F. Rohs
Postfach 10 31 43
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
Jeden Samstag Verkauf
11 bis 12 Uhr
Kaiser-Josef-Str./Ecke
Rathausgasse

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch (Altstadt/
Mensa) Kontakt über Postlagerkarte
0808458

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldplatz

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Mannheim
„Der Andere Buchladen“
co. KB-Sympathisanten
M 2,6
6800 Mannheim 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11-13 Uhr
Gesamthochschule

Landshut
A. Fierbeck,
Postfach 2413,
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg

Westberlin
Andy Radke
1 Berlin 12
Postlagerkarte 006 129 E

Spanien

Das kommt uns doch bekannt vor ...

Die rechte UCD-Regierung in Spanien hat ein neues „Antiterrorismus“-Dekret erlassen, das eine täuschende Ähnlichkeit mit den Maßnahmen zur „inneren Sicherheit“ hat, die vom hiesigen Parlament in Kraft gesetzt wurden (§§ 90a, Bundesmeldegesetz, usw.).

Das spanische Dekret „zum Schutz der Bürger“ wurde nur dem Ständigen Ausschuss des Parlaments vorgelegt, was ausreicht, um als verfassungsgemäß erklärt zu werden. Das Dekret wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen PSOE, der eurorevisionistischen PCE, der katalanischen Abgeordneten und der Abgeordneten des baskischen PNV durchgesetzt. Es sieht Gefängnisstrafen für „die öffentliche Verteidigung, schriftlich oder mündlich, durch die Presse oder ein anderes Kommunikationsmittel“ von Delikten vor, die von Personen begangen werden, „die zu organisierten und bewaffneten Gruppen und deren Verbindungsleuten“ gehören („El País“, 2.2.79). Dieser Zensurparagraf bedeutet eine einschneidende Maßnahme nicht nur für die bürgerlich-liberale Presse, die bisher immer noch ohne Umstände Auszüge aus Communiqués der baskischen ETA publiziert, sondern insbesondere für die linke und revolutionäre Presse, insofern sie sich um eine differenzierte Auseinandersetzung gerade mit den ETA-Aktionen und der baskischen Frage bemüht. Gefängnisstrafen sogar bei mündlichen Sympathieäußerungen für ETA! Da müßten ja wohl zehntausende von Basken hinter Gitter... Ebenfalls wird mit Gefängnisstrafen bedroht, wer „bewaffneten Banden“ Informationen zuspielt oder sie auf andere Weise unterstützt. Zu Gewalttaten, die bestraft werden sollen, wird umstandslos auch die Tätigkeit von Streikposten (!) gezählt (über diesen Punkt regten sich die reformistischen Parteien fast ausschließlich auf, während die „Antiterror“-Maßnahmen nur vom baskischen PNV als „ständiger Ausnahmezustand“ bezeichnet wurden). Im weiteren werden Vermieter von Wohnungen oder sonstigen Räumen verpflichtet, der Polizei die für die Identifizierung der Vertragspartner nötigen Daten zu geben. Für alle Gefangenen von zentraler Bedeutung ist das mit diesem Dekret gesetzlich verankerte Recht für Guardia Civil und bewaffnete Polizei bei Unruhen oder Aufständen in Gefängnissen sofort in die Gefängnisse eindringen zu können, um für „Ruhe und Ordnung“ zu sorgen.

Die Handschrift der BRD und anderer Vorkämpfer für die „innere Sicherheit“ ist bei diesem Dekret nicht zu übersehen.

„Spanien will eine globale Strategie und internationale Aktionen für den Kampf gegen den Terrorismus“ — unter dieser Überschrift brachte die bürgerlich-liberale Zeitung „El País“ einen Artikel über das Auftreten des Regierungschef Suarez auf der Sitzung des Europarats am 31.1.79. Das Hauptthema dieser Sitzung war der Kampf gegen den Terrorismus. Spanien sprach sich dort für die von Frankreich propagierte vereinheitlichte europäische Rechtsprechung in dieser Frage aus sowie für eine enge polizeiliche Zusammenarbeit, die von regelmäßigen Treffen der Innenminister und eine ständige internationale Antiterror-Koordination gestützt werden müsse. Delegierte der sog. Sozialistischen Partei Spaniens (PSOE) hatten die Stirn, auf der Europaratssitzung einen Antrag einzubringen, in dem gefordert wurde, daß „kein befreundetes Land, also kein Land des Europarats die Entwicklung des Terrorismus unterstützen“ dürfe. Wem galt die Lektion? Sie galt der französischen Regierung, die in den Zeiten der Franco-Diktatur baskischen Oppositionellen, insbesondere den ETA-Genossen Aufenthalt und Asyl im französischen Teil des Baskenlandes gewährt hatte. Da Spanien nun angeblich heute eine Demokratie sei und diese Leute nichts mehr zu befürchten hätten, (außer Verfolgung, Knast und

schon heute eine Demokratie sei und diese Leute nichts mehr zu befürchten hätten, (außer Verfolgung, Knast und Tod, natürlich), mache Frankreich sich der Unterstützung des Terrorismus schuldig, wenn es die ETA-Genossen länger beherberge.

Die französische Regierung, die ihre Bereitschaft zu Repressalien gegen die ETA-Genossen bis hin zu ihrer Auslieferung an Spanien schon des öfteren unter Beweis gestellt hatte, landete nun ihren größten Coup: Sie entzog allen in Frankreich (sprich im französischen Baskenland) lebenden Spaniern den Asylstatus (!), lieferte sieben baskische politische Flüchtlinge an Spanien aus und verbannte 14 in die französischen Alpen, nachdem bei einer großen Fahndungsaktion der französischen Polizei zunächst 30 baskische Flüchtlinge verhaftet worden waren („El País“, 31.1.79).

Spanien befindet sich auf dem besten Wege, von einem „rückständigen“ faschistischen Regime zu einer „aufgeklärten“ westlichen Demokratie zu werden, die mit allen Raffinesse des politischen Betrugs und des Fahndungs- und Polizeiapparates ausgestattet wird, mit freundlicher Unterstützung der „fortgeschrittenen“ europäischen Nachbarn.

Spanien-Kommission

ORT ist mit von der Partie

Zum besseren Verständnis dieses Artikels empfehlen wir zuvor den Artikel „Das kommt uns doch bekannt vor...“ und den Artikel über „Cambio 16“ in diesem Spanien-Teil zu lesen. Dann erklärt sich alles wie von selbst...

Das ORT-Organ „En lucha“ (ORT ist eine rechtslastige „ML“-Organisation auf offiziellem Chinkurs) schrieb in seiner Ausgabe vom 13.12.78: „Zwei Zeitungen, Diario 16 und Informaciones (beides bürgerliche Tageszeitungen — AK) haben eine Reihe von Angaben gemacht, die im Falle, daß sie wahr sind (!), ein Beweis für die Existenz von materiellen Verbindungen zwischen ETA und den russischen Spionagediensten des KGB wären (...). En Lucha war die erste Zeitung, die auf die Gefahr hinwies, daß ETA von der UdSSR für ihre expansionistischen Ziele mißbraucht werden könnte“ (...).

ORT hatte daraufhin ETA aufgefordert zu diesen Behauptungen (falls

sie wahr wären), öffentlich Stellung zu nehmen.

Da ETA es zu diesen Behauptungen (da sie nicht wahr sind...) auch nicht für nötig hielt, „öffentlich Stellung“ zu nehmen, kam ORT zu der für Anti-Sozialimperialisten sehr logischen Schlußfolgerung, daß das Schweigen von ETA doch sehr verdächtig sei.

Sie forderte ETA auf: „ETA, die ganze ETA muß sich äußern über ihre Haltung zur UdSSR und deren expansionistischen Strategie; und wir warnen weiterhin vor der Gefahr der Manipulation von ETA, die als Instrument der Ansprüche des russischen Sozialimperialismus dienen könnte, Spanien zu beherrschen“. Eine ETA, die Spanien beherrscht (!) und gleichzeitig ein Instrument des Sozialimperialismus wäre, da setzt doch die Logik jedes Mitdenkenden aus.

Spanien-Kommission



Am 3./4. Februar führten die beiden revolutionären Organisationen MC („Movimiento Comunista“ = „Kommunistische Bewegung“) und OIC („Organización de Izquierda Comunista“ = „Organisation der Kommunistischen Linken“) einen Kongreß durch, auf dem der Zusammenschluß beider Organisationen vollzogen wurde. Daß der Diskussions- und Annäherungsprozeß, der zwischen beiden Organisationen vor anderthalb Jahren begann, in eine organisatorische Einheit mündete, wurde von allen Beteiligten als eine wichtige Stärkung für die revolutionäre Linke im spanischen Staat angesehen. Politisch vollzog sich die Vereinigung als Annäherungsprozeß, der zwischen der Selbstkritik der OIC an rätedemokratischen, spontaneistischen, trotzkistischen Positionen hin zu den Positionen des Marxismus-Leninismus.

Der KB war als einzige westdeutsche linke Organisation zu dem Kongreß eingeladen worden, an dem insgesamt über dreißig ausländische Delegierten teilnahmen; eine Deligierte des KB nahm an diesem Kongreß, der in Madrid stattfand, teil.

OIC bezeichnete in einem internen Papier vom November 78 den Prozeß in Richtung Vereinigung mit MC als einen Prozeß der Berichtigung politischer Irrtümer, die vor allem im „Fehlen marxistisch-leninistischer Prinzipien, in der Frage der Rolle der Partei und der Theorie der sozialistischen Revolution“ bestanden. OIC, die um 1970 entstand, hatte sich bis zu der Phase der politischen

„Revolution“ bestanden. OIC, die um 1970 entstand, hatte sich bis zu der Phase der politischen Annäherung an MC als „revolutionäre Marxisten“ definiert, die insbesondere gegen den Dogmatismus der traditionellen (revisionistischen) Parteien auftraten. Sie vertraute insbesondere auf die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung und deren autonome Organisationsformen, war Anhängerin der trotzkistischen Theorie von der „permanenten Revolution“ und hielt die leninistischen Prinzipien des Parteaufbaus und der Diktatur des Proletariats für historisch überholt. Da das uns vorliegende Selbstkritikpapier von OIC ausschließlich die allgemeinen ideologischen Grundlagen neu definiert und nicht auch auf politisch-praktische Aspekte der bisherigen Politik eingeht, können auch wir an dieser Stelle wenig auch über diesen Aspekt sagen.

Daß MC der bestimmende politische Faktor bei der Vereinigung war, wird auch daran deutlich, daß der Name der Organisation nach einer halbjährigen Übergangsphase für beide Organisationen MC bleibt, daß die Zeitung von MC und deren Name („Servir al pueblo“) erhalten bleibt. Ebenso wurde der bisherige MC-Vorsitzende Eugenio del Rio zum neuen Generalsekretär während des Kongresses einstimmig gewählt. Obwohl unter diesen Voraussetzungen die Vereinigung beider Organisationen eher als eine Auflösung von OIC in MC zu bezeichnen wäre, wurde die gleichberechtigte Basis der Vereinigung beider Organisationen zum einen durch die gleiche Anzahl von Delegierten (je 250) beider Organisationen auf dem Kongreß betont (dies, obwohl OIC weniger Mitglieder als MC hat), sowie durch die ebenfalls gleichberechtigte Zusammensetzung der neuen nationalen Leitung (Fusion beider Leitungen). Auf dem Kongreß wurden die gemeinsamen ideologischen Grundlagen sowie das neue Statut verabschiedet. Zu für den Außenstehenden politisch interessanten Debatten kam es dabei nicht.

Erklärung zur politischen Lage in Spanien

Der Generalsekretär Eugenio del Rio brachte zu Ende des Kongresses eine Einschätzung der politischen Lage und der Kampfsituation der Linken in Spanien. Er bezeichnete das derzeitige Regime in Spanien als einen „großen Kompromiß zwischen Frankismus und bürgerlicher Demo-

kratie“, in dem die sog. „partido militar“ (die Militärpartei) bedeutet die führenden Militärs) einen erheblichen Einfluß und Kontrolle bei politischen Entscheidungen hat. Was einen möglichen Militärputsch anbetrifft (vor wenigen Monaten gab es einen — dilettantischen — Versuch ultrarechter Militärs) so hielt Eugenio del Rio ihn nicht für wahrscheinlich. Er meinte, es gebe zwar beunruhigende Anzeichen antidemokratischer Konspiration in der Armee, deren Bedeutung jedoch in erster Linie im politischen und ideologischen Druck auf die Regierung liege, die sich so nach rechts abgrenzen kann und gleichzeitig mit Hinweis auf einen möglichen Putsch Angriff auf das Volk und seine Kämpfe gut rechtfertigen kann. Del Rio wies darauf hin, daß die alten Faschisten sowieso in Schlüsselpositionen des Staates sitzen, insgesamt gesehen jedoch die derzeitige Regierungsform mehr Vorteile für die herrschende Klasse bringt. Dies insbesondere, da die reformistischen Parteien (PSOE und PCE) diesen spanischen Staat voll mittragen und zur Eindämmung der Arbeiterkämpfe sowie zur Verbreitung reformistischer Illusionen in der Arbeiterklasse Entscheidendes geleistet haben.

Der Genosse sprach in diesem Zusammenhang von einem Abflauen der Massenkämpfe, von dem die Linke nicht verschont geblieben ist. D. h. sowohl die Mitgliederzahl linker und revolutionärer Organisationen als auch deren politischer Einfluß ist in der Zeit der „Reform“ zurückgegangen. auch deren politischer Einfluß ist in der Zeit der „Reform“ zurückgegangen. Die Situation sei für die Revolutionäre schwieriger geworden. Als eine Hauptaufgabe für die nächste Zeit bezeichnete der Genosse die Wiederbelebung des antifaschistischen Massenkampfes, beispielsweise durch Kampagnen zur Absetzung bestimmter Altfranken von ihren staatlichen Ämtern, Forderungen nach Verbot faschistischer Zeitungen und Organisationen (MC hat vor kurzem eine Gesetzesinitiative im Parlament zum Verbot und Auflösung der faschistischen Organisationen eingebracht). Die derzeitige Passivität der spanischen Völker bei faschistischen Aufmärschen, Angriffen etc. stärke automatisch die Position der Faschisten.

Eugenio del Rio widmete einen Teil seiner Rede auch der Auseinandersetzung mit ETA (wobei er nicht zwischen dem militärischen „Flügel“ differenzierte. Er meinte jedoch ganz offensichtlich den militärischen Flügel, der verantwortlich ist für die zahlreichen Attentate der letzten Monate). Er betonte, daß MC immer eine kritische Position gegenüber ETA hatte, zu ihrer exklusiv nationalistischen Linie, ihrer nicht klar sozialistischen Perspektive und ihrer mangelnden Verankerung in der baskischen Arbeiterklasse. Er kritisierte ETA als einen Faktor der Spaltung, indem diese dem baskischen Volk ihre Linie aufdrücken wolle und auch das baskische Volk vom Rest der spanischen Völker abspalte.

Er betonte jedoch, daß diese kritische Haltung von MC weit von „jener seltsamen Anti-ETA-Front“ entfernt sei, zu der von der Polizei über die Faschisten auch Organisationen gehören, die sich als revolutionär bezeichnen (die Anspielung bezieht sich auf die beiden „ML“-Organisationen ORT und PTE, die die Anti-ETA-Demonstrationen im Dezember 78 an erster Stelle mitorganisiert hatten). Del Rio sagte, ETA habe eine bedeutende Rolle bei der Verschärfung der Krise des Frankismus gespielt, sie sei ein Ergebnis des baskischen nationalen Befreiungskampfes und eins der Hindernisse, über die die spanische Regierung immer wieder stolpert. ETA sei weder ein Ausdruck von Sektierergruppen, noch, was auch gern behauptet wird, eine Schöpfung von Geheimdiensten, sondern sie sei ein Ausdruck der Gefühle und Ansichten von Teilen des baskischen Volkes.

Er forderte das Recht auf Selbstbestimmung für das Baskenland, das Recht auf die baskische Sprache, Autonomie in Sachen der öffentlichen

Ordnung (baskische Polizei und Militär) sowie die Einbeziehung von Navarra in das baskische Gebiet.

Seiner Ansprache folgten Sprechchöre der Kongreßteilnehmer: „Euskadi askatu“ = „Freiheit für das Baskenland“!

Eugenio del Rio wies zum Schluß seiner Rede darauf hin, daß MC in wichtigen internationalen Fragen wie Einschätzung der RGW-Staaten, China, usw. noch erhebliche Anstrengungen an Untersuchungen machen müsse.

Noch eine Bemerkung zum Kongreß: Es war „erfreulich“ festzustellen, wie verbreitet unter den spanischen Genossinnen und Genossen die Ablehnung des „Modell Deutschland“ ist und wie klar die Erkenntnis, daß die Maßnahmen zur „inneren Sicherheit“, die Antiterrorgesetzgebung der Suarez-Regierung, der Aufbau von Spezialkommandos auf die Eingebungen der westdeutschen Regierung zurückgehen. Die SPD wurde bei Einzelgesprächen immer wieder als der „Gendarm Europas“ bezeichnet. Eine ältere Frau, Sympathisantin der MC, kam auf die Delegierte des KB bei Schluß des Kongresses zu und sagte sinngemäß (und mitfühlend): „Ihr habt es sehr schwer in Deutschland, die alten Nazis sind ja alle noch da. Und sag mal, die drei, die haben sie doch umgebracht (sie meinte die Stammheim-Gefangenen), für uns ist das ganz klar“.

Ausländische Delegationen

Ausländische Delegationen

Auf dem Kongreß waren mehr als 30 ausländische Delegationen anwesend, weitere hatten Grußadressen und Telegramme geschickt.

Aus Westeuropa waren folgende Organisationen da:

- Sozialistische Partei Gibraltars
- MES, Portugal
- CIDAP, Portugal
- DP, Italien
- OCT, Frankreich
- Pour le Socialisme, Belgien
- Maxisis, Griechenland
- PASOK, Griechenland
- SWP, England
- KB, BRD

Sinn Fein (Irland) und Venstre Socialist (Dänemark) hatten eine Grußadresse geschickt.

Aus dem Nahen Osten waren folgende Organisationen vertreten:

- Nationale Bewegung, Libanon
- Baath-Partei, Irak
- PLO (verschiedene politische Strömungen)
- Frente Polisario (Westsahara) und EPLF (Eritrea) hatten Grußadressen geschickt.

Aus Asien hatte die Fretilin (Ost-Timor) eine längere Grußadresse geschickt, in der die Genossen ihren Schmerz über den Tod im Kampf des revolutionären Führers Lobato zum Ausdruck brachten. Außerdem war ein Vertreter der Volksbefreiungsfront von Ceylon zu dem Kongreß gekommen.

Aus Lateinamerika waren sehr zahlreiche Delegationen erschienen:

- Roberto Moreno vom MIR, Chile
- PRT, Argentinien
- Montoneros, Argentinien
- Peronistische Jugend (Grußadresse), Argentinien
- Partei des Volkssieges, Uruguay
- MIR, Bolivien
- MPLN, Bolivien
- MIR, Peru
- Vanguardia Revolucionaria, Peru
- Bewegung der Revolutionären Christlichen Linken, Ecuador
- MRP, Costa Rica
- MT 11, April, Costa Rica
- NCT, Dominikanische Republik
- Gewerkschaftsopposition, Brasilien
- Sandinistische Befreiungsfront, Nicaragua

Neben den ausländischen Delegationen waren sehr zahlreiche auch Vertreter von Parteien und Organisationen des spanischen Staates da, wie OCE/BR, ORT, Karlistische Partei, LCR, ein Vertreter der Comisiones Obreras etc.

Spanien-Kommission

Frankreich

Anti-Terror-Kampagne nach westdeutschem Muster:

Vier Jahre Knast für kaputte Schaufensterscheiben!

Am 13. Januar machte eine Gruppe Autonome in Paris eine Aktion gegen die Preissteigerungen, bei der sie die Scheiben eines Pornokinos, eines Sex-Ladens, mehrerer Nobelläden und Kaufhäuser sowie eines Finanzamtes einschlugen. Im Schnellverfahren wurden bereits wenige Tage später drakonische Haftstrafen ohne Bewährung gegen die vier bei der Aktion Festgenommenen verhängt: zweimal vier Jahre Gefängnis und zweimal drei Jahre (davon einmal auf Bewährung). Vorausgegangen war eine infame Pressekampagne nach dem Muster der westdeutschen Terroristenhetze und die Vorverurteilung durch hohe Regierungsvertreter.

Bei ihrer Aktion trugen die Autonomen ein Transparent mit der Parole „Offensive Autonomie gegen das teure Leben“. Ein Polizeiwagen, der der Aktion in die Quere kam, wurde mit Molotow-Cocktails beworfen; nach Aussagen der Polizeiführung wurden sechs Polizisten verletzt.

Die Verantwortung für die Aktion übernahmen später die „Brigades Autonomes revolutionnaires“ („Autonome revolutionäre Brigaden“). Sie propagieren den „totalen Kampf gegen alle Faktoren (...) sowie die Verantwortlichen der wahnhaften Preissteigerungen und der verbrecherischen Bereicherung durch direkte und indirekte Steuern, (...) gegen den staatlichen Diebstahl der Früchte der Arbeit ... Die Attentate richten sich gegen alle Äußerungen der Perverstheit des Kapitalismus, u.a. Zeitungsagenturen, Maklerbüros, Finanzämter, Einrichtungen, die die wachsende Verarmung der proletarischen

(„Libé“, 16.1.79)

Verurteilung im Schnellverfahren

Und so sahen die Maßnahmen der „unabhängigen“ Justiz aus: Am 15.1., zwei Tage nach der Aktion, wurde im Schnellverfahren („procédure de flagrants délits“) der Prozeß gegen die Vier von St. Lazare eröffnet. Sie wurden angeklagt aufgrund des berüchtigten „Loi anti-Casseurs“ („Gesetz gegen Zerstörer“), das es möglich macht, einzelnen Personen nach Demonstrationen die gesamte Verantwortung für alle Zwischenfälle anzulasten. Mit dem „Loi anticasseurs“ und der „Procédure de flagrants délits“ kamen also wieder zwei reaktionäre Ausnahmegesetze zur Anwendung, die in der französischen Öffentlichkeit sehr umstritten sind.

Damit nicht genug: Erstmals in einem Schnellverfahren trat der Staat selber als Kläger auf.

sende Verarmung der proletarischen Massen hervorrufen und sie in absehbarer Zukunft zu einem unvermeidlichen kollektiven Selbstmord zwingen. Eine einzige Lösung: Zerschlagen wir die Preise, indem wir unsere Angriffe auf die Reichtümer und die Marionetten der politischen Macht vervielfältigen... Das teure Leben, die letzten Preissteigerungen (Strom, Benzin, Porto- und Fernsehgebühren, Mieten allein zehn Prozent im ersten Vierteljahr 1979, Eisenbahn 7,5% ab 1.2., Nahverkehrsmittel, örtliche Steuern in Paris um 20%; Anm. AK nach „Liberation“ vom 15.1.79) sind die vorrangigen Themen, mit denen die Zustimmung der Bevölkerung gewonnen werden kann. Wenn die Leute nicht einverstanden sind mit unseren Methoden, dann sollen sie andere finden, die ebenso wirkungsvoll gegen die Angriffe der Herrschenden sind.“ („Libé“, 15.1.)

Die Kampagne zur Vorverurteilung

In der sofort einsetzenden Kriminalisierungskampagne der Medien wurden die politischen Ziele der Aktion totgeschwiegen, die Autonomen als „berufsmäßige Krawallmacher und Zerstörer“ hingestellt. Nach Springer-Manier hetzten die Zeitungen über die wohlhabenden und kultivierten Elternhäuser der vier festgenommenen Studenten, die „doch alles hatten, was sie brauchten“.

Hohe Regierungsvertreter schalteten sich ein. So Staatspräsident Giscard d'Estaing: „Die Gewaltaktionen aus Lust an der Gewalt, wie sie sich letzte Woche ereignet haben, werden als ein Zeichen der sozialen Auflösung empfunden, die den Wünschen der Franzosen aller Schichten widerspricht. Diese Gewalttaten richteten sich gegen unschuldige Passanten (Bis auf die verletzten Polizisten entstand nur Sachschaden, Anm. AK) und es wurde wieder einmal die Polizei angegriffen, deren Aufgabe es ist, die Sicherheit der Franzosen zu schützen ... Die Regierung hat die Pflicht, mit größter Entschlossenheit und in fester Einhaltung der Gesetze zu handeln ...“ („Le Monde“, 18.1.79)

Innenminister Bonnet forderte „beispielhafte Strafen“. Justizminister Peyrefitte erklärte: „... auf keinen Fall können wir diese völlig grundlose Gewalt tolerieren“. Er werde darüber „wachen, daß die Täter dieser Ausschreitungen aktiv verfolgt und daß vor Gericht Urteile von der Entschlossenheit und der Schärfe beantragt werden, die sich zwingend aus der Situation ergeben“. Wie ein Hohn auf das zuvor Gesagte heißt es abschließend: „Es wird dann Aufgabe der Gerichte sein, in aller Unabhängigkeit zu urteilen.“

der Sache von St. Lazare nichts zu tun, die Aktion war also – vor allem noch vor der Berufungsverhandlung gegen die Vier am 23. Februar – politisch idiotisch.

Am 6.2. machten autonome Genossen in verschiedenen Pariser Stadtteilen mehrere hundert Parkuren unschädlich.

Reaktion der Linken

Die PCF sprach in Zusammenhang mit der Aktion von St. Lazare nicht nur von „faschistischen Methoden“, sondern ihre Pariser Abgeordneten gingen sogar so weit, in der Rue St. Lazare eine Protestversammlung abzuhalten, auf der sie die Verstärkung der Polizei forderten (obwohl am selben Tag die Einstellung von zunächst 600, dann 1.200 Polizisten mit „Sicherheitsaufgaben“ bekanntgegeben wurde!). Die PCF sprach von einer „Expedition, die das Werk gut organisierter rechtsradikaler Banden ist, deren Aktivitäten die Beamten des Innenministeriums eigentlich kennen müßten... Solche Zwischenfälle zeigen wieder einmal, daß die Sicherheit der Pariser nicht richtig gewährleistet ist.“ Kein Wort fiel dagegen über die Beeinträchtigung der Sicherheit durch den täg-

lichen Polizeiterror (siehe AK 147).

Auf Seiten der revolutionären Linken war ähnlich wie nach Stammheim und Mogadischu in der BRD eine scharfe Distanzierung von den Methoden der Autonomen vorrangig, erst dann wurde die Gewalt des Staates kritisiert. Bei Bündnisverhandlungen für ein gemeinsames Vorgehen der revolutionären Linken erklärten sich die PSU und die trotzkistische LCR nur zu einem gemeinsamen Pressecommuniqué bereit, in dem ausschließlich die Terrorurteile verurteilt werden sollten. Diese gemeinsame Erklärung ist offensichtlich nicht zustande gekommen, weil die OCT aufgrund der scharfen Distanzierung ihre Unterschrift zurückgezogen hatte.

Die OCT trat für ein Massenflugblatt zu den Vorfällen ein und setzte sich in der „Etincelle“ kritisch und solidarisch mit der Politik der Autonomen auseinander. Inzwischen gibt es eine Protesterklärung, die bisher von ca. 50 Intellektuellen (darunter Georges Casalis, Jean-Pierre Vigier, Simone de Beauvoir und Jean Paul Sartre) unterschrieben worden ist. Darin heißt es u.a.:

„Welche Ansicht man auch über die Demonstration von St. Lazare haben mag, wie rufen dazu auf: – diese Gleichschaltung von Radio und Fernsehen mit dem staatlichen Gewaltapparat und diese neue Rechtsprechung zu verurteilen, die mehr Wert auf zerstörte Scheiben als auf zerstörte Leben legt; – sich der Schaffung eines staatlichen Unterdrückungssystems zu widersetzen, das unter dem Vorwand der Sicherheit früher oder später (...) heutige und kommende Arbeitslose, Randgruppen und an den Rand Gedrängte zu Verbrechern stempeln

wird; – alles zu tun, damit in der Berufung diese Urteile aufgehoben werden, die über die vier Betroffenen hinaus sich gegen alle richten, die im Norden, in Longwy oder anderswo es satt haben, Zuschauer bei ihrer vorprogrammierten Vernichtung zu sein. (...)“

Wir rufen alle Kräfte der Opposition auf, sich dieser Eskalation von repressiver Brutalität und Diskriminierung bewußt zu werden.“ („Libé“, 12.2.79)

Die „Anti-Terror-Kampagne“, bei der ein paar eingeschlagene Scheiben zu einer Staatsbedrohung ersten Ranges hochstilisiert werden, reiht sich ein in eine fortlaufende Beschneidung demokratischer Rechte. Zu nennen ist die Entscheidung, den ca. 300 im französischen Teil des Baskenlandes lebenden baskischen Flüchtlingen den Status politischer Asylanten abzuerkennen, begleitet von breiten Polizeiaktionen im französischen Baskenland und ersten Ausweisungen. Des weiteren die Entscheidung, den westdeutschen Anarchisten Gabor Winter an die BRD auszuliefern (ausführlicher Bericht dazu im nächsten AK).

In Frankreich gibt es mittlerweile fast 100 politische Gefangene, darunter 30 korsische und 20 bretonische Autonomen, von denen einige in einem skandalösen Prozeß im November letzten Jahres wegen eines Bombenanschlags auf das Schloß von Versailles, bei dem Menschen nicht verletzt wurden, zu 15 Jahren Haft verurteilt wurden. Die französische Bourgeoisie scheut keine Mühen, dem Repressions-„Modell Deutschland“ nachzueifern.

Frankreich-Kommission

Skandinavien

„Raus mit den Autos aus der Stadt!“

Am 3. Februar fand in Stockholm eine Demonstration mit ca. 3.000 Teilnehmern gegen die unerträgliche Belastung der Bevölkerung durch Autoabgase, durch Bleiverseuchung der Luft und gegen die Zerstörung von Häusern statt. Im Schutz des Demonstrationszuges und angesichts der machtlosen Polizei wurde eine Wand mit einem kommentierenden Bild bemalt. Der konservative Stadtverordnete der Moderaten, Stig Dinger, versuchte, das auf eigene Faust zu verhindern. Dies mußte er aber schnell wieder aufgeben: er wurde kurzerhand mit blauer (Staats-)Farbe besprenkelt (siehe Bild). Bei der gleichen Gelegenheit wurden ca. 50 Polizisten rot angemalt.

Die Demonstration endete im Stadtteil Söder, wo die Umweltvergiftung besonders groß ist. Dort besetzten ca. 150 Demonstranten ein Haus im Block Järnet, um gegen den Häuserabriß zu protestieren.

Im Block Järnet standen 14 Wohnungen leer, die nun zusammen mit 8 Wohnungen, für die es Mietverträge gibt, – und daher kann man nicht einfach Wasser und Strom abstellen – von den Besetzern eingenommen wurden. Schon im Oktober 78 hatte es eine Besetzung gegeben, wobei sich eine Gruppe bildete, die forderte:

- Stop dem Abriß
- Wohnrecht und richtige Mietverträge
- eine vernünftige Sanierung jetzt
- Wiedereinzugsrecht für die ursprünglichen Mieter
- Vergabe der restlichen Wohnungen an die kommunale Wohnungsvermittlung.

(Aus einem Flugblatt der Besetzer.) Die Besetzer von Järnet wollen eine Wohnungsvermittlung dort einrichten, eine Gruppe für jugendliche Arbeitslose und eine Motorradwerkstatt.

Die Aktionsgruppe „Rettet Söder“, an der viele Gruppen der Stockholmer Linken, Spontis, Kommunisten aller Richtungen, Frauengruppen, Mietergruppen, Gesundheitsgruppen und andere Bürgerinitiativen beteiligt sind, hat außer dieser Demonstration schon einige andere Aktionen durchgeführt. Sie stellt z.B. Forderungen auf wie: – Weg mit dem Krach, den Abgasen und Tod durch Autounfälle, für

gut ausgebauten Kollektivverkehr, für ein Kulturhaus in Söder.

Die letztgenannte Forderung ergibt sich daraus, daß die laufenden Kämpfe und Auseinandersetzungen ständig von den Demonstranten und Akteuren – wie oben schon beschrieben – mit Malereien an Betonwänden, Mauern und in U-Bahn-Stationen begleitet werden. „Es ist keine Kunst, die in exklusiven Galerien ausgestellt wird, um sie als geeignete Investitionsobjekte an reiche Kunsthändler zu verkaufen. Es ist eine Kunst, die mitten im Kampf entstanden ist, mitten in einer Bewegung“ (aus einem Flugblatt von „Rettet Söder“).

(Informationen nach „Aftonbladet“ und „Svenska Dagbladet“, 4.2.)

Neue Formen des Demonstrierens werden entwickelt: außer den Wandmalereien als Kommentare der Ereignisse passierte z.B. folgendes:

„Morgens im Stoßverkehr tauchen plötzlich einige Hundert Demonstranten auf einer Einfahrtstraße zum Zentrum auf, laden Ziegelsteine an den Übergangsstellen ab, bilden Ketten und halten den Verkehr auf, bis die Bullen auftauchen. Dann sammelt man sich an anderer Stelle und wiederholt das Ganze. Der Verkehr erliegt dann so ziemlich in der Stadt, auf jeden Fall für einige Stunden. Das ganze wird dann noch von Wandmalerei begleitet, bei der letzten Demo wurde Beton in der Länge von 250 m innerhalb von zwanzig Minuten angestrichen. Ist jetzt ein Ausflugsziel geworden in Stockholm.“

Nach einem Bericht unseres Korrespondenten in Stockholm und Skandinavienkommission



Parole von Autonomen: „Werdet verrückt vor Zorn“



DEMONSTRANTER SOM DEMONSTRANTER



DEMONSTRANTER SOM POLISER

Darsteller des „Massentheaters“: Demonstranten als „Demonstranten“ und Demonstranten als „Polizisten“ verkleidet. („Aftonbladet“, 4.2.79)



asien

Kriegsvorbereitungen Japans

„1. Mit dem ehrlichen Wunsch nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung basierenden internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für immer auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Anwendung von Gewalt als ein Mittel zur Beilegung internationaler Konflikte.“

2. Zur Erreichung der Ziele des obigen Abschnittes werden Land-, See- und Luftstreitkräfte wie auch andere Kriegseinrichtungen niemals unterhalten. Das Kriegsrecht des Staates wird aberkannt.“

So der Artikel 9 der japanischen Verfassung, die im Mai 1947 in Kraft trat. Doch es kam anders. Unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg begann Japan wieder aufzurüsten und verfügt jetzt über eine fast 270.000 Mann starke Berufsarmee, die sich „Selbstverteidigungskräfte“ nennt (SDF), einen Rüstungshaushalt von 1,9 Billionen Yen (= rd. 18 Milliarden DM) hat, das sind 5,5 % des Gesamthaushalts, und technologisch mit den modernsten Waffensystemen ausgerüstet ist. Interessant ist: 1969 lautete eine Prognose des Verteidigungsministeriums, ein Verteidigungsetat von 2 Billionen Yen würde für ein hochtechnologisiertes Waffenarsenal sowie für ein autonomes Verteidigungssystem ausreichen (wobei davon ausgegangen werden kann, daß auch die Geldentwertung mit berücksichtigt worden ist) („Ampo“ Nr. 12, März 1972). Für 1979 ist ein Verteidigungsbudget von 2,1 Billionen Yen veranschlagt!

Neue Welle der militaristischen Propaganda

Während dieser Remilitarisierungsprozeß bislang nach außen hin zumindest relativ versteckt gehalten wurde, setzte 1978 parallel zu den diversen Repressionsmaßnahmen des Staates (Narita-Sicherheitsgesetz, Sondergesetz über Maßnahmen bei diversen Repressionsmaßnahmen des Staates (Narita-Sicherheitsgesetz, Sondergesetz über Maßnahmen bei Erdbebenkatastrophen, das noch bevorstehende Gesetz über Strafprozeduren ohne Verteidiger, vgl. hierzu AK 138) eine starke Welle der militaristischen Propaganda ein. Eröffnet wurde die Kampagne für erhöhte Rüstung durch den Ex-Premier Fukuda. (Die im folgenden genannten Regierungsmitglieder gehörten dem Fukuda-Kabinet an, das im Dezember 1978 durch das Ohira-Kabinet abgelöst wurde. Nach den Worten des neuen Verteidigungsministers, Yamashita, werde sich an der Rüstungspolitik nichts ändern („Asahi Shinbun“, 22.12.78)). In seiner Neujahrsrede 1979 vor dem Parlament wurde er der erste Premier in der japanischen Nachkriegsgeschichte, der der Verteidigungspolitik ein eigenständiges Kapitel mit der Aufforderung zur erhöhten Verteidigungsbereitschaft widmete.

Hierdurch wurde das Schweigen über die japanische Rüstungspolitik gebrochen. Es folgte eine Flut von offiziellen Erklärungen, die erhöhte Rüstungsanstrengungen forderten: „Die SDF sollte stark genug sein, um jeden potentiellen Gegner abzuschrecken“ (Verteidigungsminister Kanemaru); „Da der Feind weiterhin aufrüstet, sollten wir mit verstärkter Aufrüstung unsererseits antworten“ (Chef des Justizbüros im Ministerpräsidentenamt, Sanada); „Wir können nukleare und bakteriologische Waffen besitzen (!), ohne gegen die gegenwärtige Verfassung zu verstoßen“ (Ministerpräsident Fukuda) (alle Zitate aus „Ampo“, 1978/3). Ferner forderte Verteidigungsminister Kanemaru die SDF auf, ihre Aufgaben im Rahmen des Japan-USA-Sicherheitsvertrags zu untersuchen, „jetzt wo Japan eine allgemeine Verteidigungsbereitschaft erreicht hat“ („Japan Times“, 22.6.78). In seinem Jahresbericht 1978 empfiehlt das Außenministerium eine Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft für den Fall größerer Veränderungen der internationalen Lage („Japan Times“, 5.8.78). Gleichzeitig reiht sich die starke japanische Rüstungsindustrie in dieses Geschrei mit ein und spielt sich wieder zum Hauptkriegstreiber auf. So forderte vor kurzem der Präsident des einflussreichen japanischen Industrieverbandes Keidanren, Doko, „Japans Verteidigungskraft durch die Nutzung der fortschrittlichen elektronischen

Technologie Japans zu stärken... Die Regierung sollte den Aufbau eines hochwirksamen Verteidigungsnetzes in Erwägung ziehen, das die 200-Meilen Küstenzone Japans vollständig abdecken könne... Panzerwaffen sind nicht zeitgemäß. Was Japan heute braucht, ist ein elektronisches Verteidigungssystem, mit dem wir die Aggressoren an den Grenzen abwehren können. Japan besitzt elektronische Technologien, die reif genug sind, um ein solches elektronisch gesteuertes Raketenystem zu bauen, das sich als wirksames Abschreckungsmittel erweisen wird“ („Japan Times“, 13.6.78). Und weniger direkt als „Ankurbelungsmaßnahme für die Binnenwirtschaft“ fordern andere führende Wirtschaftsleute wie etwa der Präsident der japanischen Industrie- und Handelskammer, Nagano, die Regierung zur Förderung japanischer Waffenexporte auf.

Und schließlich trug auch das Ausland das seine dazu bei, dieses Klima der Kriegshetze zu fördern: „Japan solle sich anstrengen, die Schlagkraft seiner Selbstverteidigungskräfte zu verbessern, und somit die ihr zustehende bescheidene (!) Selbstverteidigungsrolle erfüllen“, so US-Botschafter in Japan, Mansfield („Japan Times“, 17.6.78). Gleichermaßen direkt – wenn auch vor allem mit antisowjetischem Unterton – äußerte sich der chinesische Vizepremier Deng Hsiao-ping bei einem Japan-Besuch im Oktober 1978 (vgl. AK 142). US-Verteidigungsminister Brown erklärte unverhüllt die Anforderungen des US-Imperialismus an Japan: „Japan bewegt sich schon auf eigener Kraft in diese Richtung (Verbesserung und Modernisierung des Verteidigungssystems, Anm. AK), und die USA fordert Japan auch hierzu auf“ („Japan Times“, 10.11.78)!

Eine solche massive Propaganda wäre vor fünf Jahren nicht denkbar gewesen. Doch in letzter Zeit scheint

wäre vor fünf Jahren nicht denkbar gewesen. Doch in letzter Zeit scheint das Klima für die Militaristen günstiger geworden zu sein. Nachdem die zweitstärkste Oppositionspartei, Ko-meito, im Januar 1978 auf ihrem Parteitag eine Kehrtwendung machte und die SDF für „unverzichtbar“ erklärte und im November auch schon ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Japan-US-Sicherheitsvertrag revidierte, haben nun auch die Sozialisten (größte Oppositionspartei) ihre harte, anti-militaristische Haltung abgelegt und sogar die SDF „als öffentliche Beamte, die mit der nationalen Verteidigung beauftragt sind“ („Japan Times“, 17.11.78) beschönigt und akzeptiert. Hinzu kommt, daß nach einer Umfrage des Verteidigungsministeriums 1977 83 % der Bevölkerung die SDF befürworten (nach 71 % 1972), und aus einer Umfrage von 1975 hätten 74 % den Japan-US-Sicherheitsvertrag unterstützt gegenüber 41 % 1972 („Japan Times“, 29.10.78). Vor diesem Hintergrund beschwört Verteidigungsminister Kanemaru abermals die Volksgemeinschaft, die schon einmal Grundlage eines verhängnisvollen Aggressionskrieges war: „Japan kann nicht von seinen 270.000 Mann starken SDF und von der Liberaldemokratischen Partei (Regierungspartei, Anm. AK) allein, sondern muß von der 110 Millionen Menschen zählenden japanischen Bevölkerung verteidigt werden. Die nationale Verteidigung muß auf dem gemeinsamen Willen des Volkes gegründet sein“ („Japan Times“, 10.8.78).

Die Kriegsgesetze

In dieser Situation fingen die Politiker und zugleich die gesamte bürgerliche Presse plötzlich an, die Notwendigkeit einer umfassenden Verteidigungsstudie und die Dringlichkeit von Kriegsgesetzen („Notstandsgesetze für den Fall eines bewaffneten Überfalls aus dem Ausland“) lauthals und massiv zu propagieren. Begründet wird diese Notwendigkeit damit, daß es für die drei Waffengattungen der SDF noch keine umfassenden, koordinierten Einsatzpläne gäbe, daß die Bestimmungen des SDF-Gesetzes für den „Ernstfall“ nicht ausreichen. Begleitet wurde die „Notstandskampagne“ von Meldungen über eine wachsende Bedrohung durch die Sowjetunion. Einer der Hauptabschnitte des Verteidigungsweißbuches 1978 war auch diesem Thema gewidmet.

Aus zuverlässigen Quellen wurde auch bekannt, daß ein Teil aus dem Entwurf zum Verteidigungsweißbuch 1978 gestrichen wurde, nämlich, daß der militärische Hauptfeind Japans die Sowjetunion sei. Das sowjetische Militär würde die Haltung des unvermeidbaren Krieges einnehmen und somit auch Kriegsvorbereitungen treffen („Rodo Joho“, „Arbeiter Informationen“, Nr. 29, 1978). General Kurisu, der Vorsitzende des Gemeinsamen Leitungsstabes der SDF, maßte sich sogar an, im Juni 1978 die Meldung von einer sowjetischen Land- und Kriegssübung auf der Insel Etorofu (eine von den Kurilen-Inseln nördlich von Japan) öffentlich zu verbreiten, was sich jedoch als eine bewußte Lüge herausstellte und vom japanischen Verteidigungsministerium demontiert werden mußte. So wird der Eindruck erweckt, daß Japan unter den jetzigen gesetzlich und faktischen Bedingungen einer täglich wachsenden Gefahr von außen völlig ausgeliefert ist.

Die „Debatte“ um ein Kriegsgesetz wurde dann schließlich auf einen Höhepunkt getrieben durch die öffentliche Erklärung des General Kurisu Ende Juli 1978, daß die SDF „gesetzesüberschreitende“ Maßnahmen – also das Kriegsrecht etc. – ergreifen würden, falls Japan überraschend angegriffen werden sollte. Daraufhin wurde Kurisu aus seinem Posten als Vorsitzender des Gemeinsamen Leitungsstabes der SDF entlassen – so offen wollte der japanische Militarismus sein Geischt denn doch nicht zeigen.

In einem Papier des Verteidigungsministeriums, das unmittelbar nach dem Kursu-Skandal und noch vor der außerordentlichen Einberufung des Parlaments am 21.9.78 erstellt wurde, heißt es dann, der Befehl zur Mo-

für den Fall eines äußeren Notstandes (was dann als Notwehr bezeichnet wird), wirksame Koordinierungsmöglichkeiten der drei SDF-Gattungen sowie die „empfindlichen politischen Aspekte der Verteidigungsprobleme, mit besonderer Betonung auf die Notwendigkeit, das Verständnis und die Unterstützung der Bevölkerung für eventuelle Verteidigungsaktionen der SDF zu gewinnen“ („Japan Times“, 8.8.78). Ferner sollen die Ergebnisse einer noch laufenden Studie über gemeinsame Kampfeinsätze von US- und japanischen Truppen, die von dem 1976 gegründeten Unterausschuß für Verteidigungszusammenarbeit, einem US-japanischen Gremium, durchgeführt wird, mitberücksichtigt werden.

Kriegspläne bereits seit 1963

Ob die gegenwärtig vorhandenen Gesetze auch für den „Notfall“ völlig ausreichen, wie einige Politiker behaupten, ob die SDF eigenmächtig handeln wird (Kurisu) oder ob tatsächlich neue Gesetze geschaffen werden müssen (einschließlich einer Verfassungsänderung), die strategischen Einsatzpläne und Kriegsgesetzesentwürfe) existieren bereits seit langem. Die bereits faktisch existierenden Kriegspläne gehen auf das Jahr 1963 zurück, als der geheime „Mitsuya-Plan“ erstellt wurde (=Dreipfeile-Plan, geheimer Operationsplan für die drei SDF-Gattungen für den Fall eines zweiten Korea-Krieges; der Aktionsradius erstreckte sich auf Nordkorea, die Kurilen-Inseln und Sakhalin). Der Leiter der Mitsuya-Studie, der damalige US-Vize-Verteidigungsminister Gilpatrick erklärte damals auf einer Pressekonferenz in New York, daß die USA größere Verteidigungsaufgaben auf Japan über-

te Vollmachten der Militärpolizei zur Kontrolle von Bürgern, die des Geheimnisverrats verdächtigt werden, Maßnahmen zur Kontrolle von Arbeitskonflikten...“ („Japan Times“, 17.10.78). Vor kurzem offenbarte dann die japanische Regierung Pläne über Gesetze zur Geheimhaltung von militärischen Geheimnissen. Ex-Ministerpräsident Fukuda gab sogar öffentlich zu, daß auch eine Einschränkung der Rede- und Pressefreiheit in Notzeiten nicht auszuschließen sei („Japan Times“, 10.10.78). Und am 21.9.78 erklärte das Verteidigungsministerium im Zusammenhang mit der jetzt begonnenen „Verteidigungsstudie“: „Die Aufgabe der SDF ist natürlich, das Leben und die Sicherheit des Staates und der Bevölkerung zu schützen. Auch in Notzeiten ist es selbstverständlich, daß die Rechte des einzelnen Bürgers soweit wie möglich respektiert werden“ („Gunjinron“, „People's Military Forum“, Sondernr. 14, 1.10.78; Hervorhebung durch AK). Wie weit die demokratischen und Menschenrechte respektiert bzw. eingeschränkt werden, liegt jedoch dann im Ermessen des Militärs!

Das Verteidigungsweißbuch 1978 weist auf eine weitere Implikation der Kriegsgesetze hin: „zusammen mit der Stärkung der Verteidigungskraft stellt dies (die Bildung eines Zivilverteidigungssystems, Anm. AK) den entschlossenen Willen der Bevölkerung und die aufrichtige Haltung des Staates dar, das Land zu schützen, und für die Bemühungen um friedliche diplomatische Beziehungen, die öffentliche Wohlfahrt und die Sicherheit des Landes ist es von außerordentlicher Bedeutung. Überdies würde ein solches System nicht nur im Falle einer Invasion, sondern auch bei Naturkatastrophen und anderen Unglücksfällen wirkungsvoll sein!“ (Hervorhebung durch uns). Und nach der erfolgreichen Besetzung des Flughafenkontrollturms von Narita im März 1978 erklärte der Verteidigungsminister vor dem Parlament: „Wenn ähnliche Vorfälle im Lande häufiger vorkommen, wäre die Unterstützung der Polizei durch die SDF möglich“ („Rodo Joho“ Nr. 28, 1978)! Übungen für den „inneren Notstand“ gab es bereits wiederholt, so etwa während des Höhepunkts der Anti-Kriegsdemonstrationen 1969/71 am 3./4. Oktober 1969 (Genauerer hierzu in: „Gunjinron“, Sondernr. 13, 1.7.78).

Worauf diese Entwicklung hinausläuft, läßt sich ausmalen. Die Kriegsgesetze sind die Legitimation der unverfassungsmäßigen SDF als die ordentliche Streitmacht Japans, die nicht nur das Land vor Angreifern aus dem Ausland „schützen“ soll, sondern auch ein Kriegsrecht für den Einsatz im Innern besitzt, wie der Chef des Justizbüros im Ministerpräsidentenamt, Sanada, vor kurzem erklärte („Rodo Joho“ Nr. 29, 1978). Gegenwärtig soll vor allem das Verständnis der Bevölkerung für die Notwendigkeit eines starken Militärs gewonnen werden. Dann dürfte es ohne weiteres möglich sein, die Begrenzung des Rüstungshaushaltes von gegenwärtig 1 % des Brutto sozialprodukts auf 2 % oder 3 %, wie von den reaktionären Kräften des Landes gefordert, zu erhöhen. Vorstellbar ist dann auch die Entsendung von japanischen Truppen nach Kampfschauplätzen im Ausland, sei es Teil einer UN-„Friedenstruppe“, als „beratende Sicherheitsexperten“, sei es schließlich auch in Form eines selbständigen, direkten Kriegseingagements. Ein Schritt in diese Richtung ist schon durch die Entsendung von je 25 Mann der japanischen Polizei und der SDF nach japanischen Botschaften und Konsulaten im Ausland „zur Terroristenbekämpfung“ gemacht worden („Japan Times“, 13.10.78). Noch sind Bestand und Expansion des japanischen Imperialismus durch den US-japanischen Sicherheitsvertrag garantiert. Doch der japanische Imperialismus denkt auch bereits an Zeiten, wo er aus seiner Rolle als „Juniorpartner“ der USA und aus dem Schatten der großen „Schutzmacht“ heraustritt, um auf sich allein gestellt auf Raubzug zu gehen.

Asien-Australien-Kommission



bilisierung der SDF könne nach Artikel 76 des SDF-Gesetzes schon vor der Einholung der Parlamentszustimmung erteilt werden, „überdies kann dieser Befehl nicht nur im Falle eines bereits begonnenen bewaffneten Angriffs (auf Japan, Anm. AK), sondern schon vorher, wenn ein bewaffneter Angriff befürchtet wird (!), ausgegeben werden“ („Gunjinron“, „People's Military Forum“, Sondernr. 14, 1.10.78). Und bereits in einer im Februar 1966 vom Verteidigungsministerium fertiggestellten Studie wurde festgestellt, daß die Art. 76 und 103 des SDF-Gesetzes die „gesetzesüberschreitenden Aktionen“ (Kurisu) der SDF, d.h. ein Handeln im eigenen Ermessen der SDF ermöglichen („Rodo Joho“ Nr. 29, 1978)!

Anfang August 1978 begann dann die breit angelegte Verteidigungsstudie, die zwei Jahre dauern soll, unter Beteiligung von zwölf Offizieren der drei SDF-Gattungen, dem Gemeinsamen Leitungsstab der SDF und dem Verteidigungsministerium. Der Auftrag hierzu wurde allerdings bereits Ende Juni 1978 durch das Verteidigungsministerium an den Gemeinsamen Leitungsstab der SDF erteilt, also noch vor der Entlassung von Kurisu („Japan Times“, 22.6.78). Somit wird deutlich, daß der „Kurisu-Skandal“ ein Affentheater war, um der Öffentlichkeit die Notwendigkeit einer ernsthaften Untersuchung der Gesetzeslücken vorzugaukeln. Untersucht werden sollen alle möglichen strategischen Maßnahmen der SDF

tragen wollen, die sich regional auf die Philippinen, Australien und insbesondere auf Südkorea erstrecken sollten. Diese Erklärung erschien damals nicht in der japanischen Presse, sondern in einer südkoreanischen Zeitung vom 17.4.63 („Rodo Joho“ Nr. 29, 1978). Sie weist klar auf die Stoßrichtung des Mitsuya-Plans hin, nämlich die Wiederherstellung der militärischen Herrschaft Japans über strategisch wichtige Gebiete im pazifisch-asiatischen Raum. Sie beinhaltet gleichzeitig eine Konkretisierung des Japan-US-Sicherheitsvertrages von 1960, d.h. des vage formulierten Geltungsbereichs „ferner Osten“.

1965 wurde die Mitsuya-Geheimstudie durch Oppositionsparteien enthüllt. Dies führte zu starken Protesten, da der Mitsuya-Plan 87 Gesetzesentwürfe für den Kriegsfall enthielt. Diese Kriegsgesetze betrafen neben inneren Führungsproblemen der SDF und der Kompetenzverteilung zwischen Staat und Militär vor allem auch die Fragen der Zivilverteidigung, Sondervollmachten für die SDF und die Generalmobilisierung der Bevölkerung („Rodo Joho“ Nr. 29, 1978). Damals entschuldigte sich die Regierung noch vor dem Parlament und erklärte die Mitsuya-Studie für nichtig. Doch die Kriegspläne wurden weiter geschmiedet. Von August 1965 bis Februar 1966 führte das Verteidigungsministerium, wie jetzt erst offengelegt wurde, eine „Studie über Notgesetze“ durch, unter anderem zu den Fragen „erweiter-

Die Hinrichtung von Bhutto wurde aufgeschoben

Der Oberste Gerichtshof Pakistans in Rawalpindi bestätigte am 6.2.79 das Todesurteil gegen Zulfikar Ali Bhutto und vier Mitangeklagte, das im März 78 von einem Gericht in Lahore wegen „Verabredung zum Mord“ an dem oppositionellen Abgeordneten Kasuri ausgesprochen wurde. Nachdem ein Revisionsantrag von Bhuttos Anwalt abgelehnt wurde, hat der Oberste Gerichtshof jetzt einen Vollstreckungsaufschub bis zum 24. Februar beschlossen, um das Urteil zu überprüfen, da Bhuttos Anwälte eine Petition eingereicht hatten („SZ“, 14.2.79).

Ein Grund dafür ist darin zu sehen, daß das Urteil mit knapper Mehrheit (4:3) gefällt wurde, nachdem durch personelle Manipulationen das zunächst aus 9 Mitgliedern bestehende Gericht auf 7 reduziert wurde, wobei Pro-Bhutto-Richter ausgeschaltet wurden („SZ“, 10.2.79). Bhutto selbst will kein Gnadengesuch an General Zia Ul-Haq richten, der ihn im März 77 mit Hilfe der Armee gestürzt hatte, als es zu einem Volksaufstand kam, weil Bhutto und seine Volkspartei (PPP) die Wahlergebnisse vom März 77 gefälscht hatten. Nach seinem Sturz begann das Verfahren gegen ihn, der laut Urteilsbegründung „die staatlichen Machtinstrumente in teuflischer Weise mißbraucht hat“ und „einen po-

litischen Gegner mit der Macht der Bundessicherheitskräfte zerstören“ wollte („FAZ“, 7.2.79). Dieser Vorwurf ist eine Lappalie gegen das, was sich wirklich während der Amtszeit Bhuttos in Pakistan abgespielt hat. Die jetzige Militärregierung, die selbst das Volk blutig unterdrückt, legte parallel zum Prozeß eine sechsteilige Weißbuch-Reihe über die Bhutto-Jahre vor, die trotz ihres Propagandazwecks einen Einblick in die Regierungspraktiken Bhuttos gibt: Oppositionelle wurden ermordet, die Presse zensiert, politische Gegner gefoltert, KZ-ähnliche Gefängnisse eingerichtet, Minister und Gouverneure betrieben Drogenhandel und Waffenschmuggel, — das Regime war korrupt und kriminell („FR“, 5.2.79).

Amnesty International, die Bhutto einst wegen zahlreicher Menschenrechtsverletzungen angeklagt hatte, bittet heute für ihn um Gnade, so auch u.a. der sowjetische Staats- und Parteichef Breschnew, der chinesische Staats- und Regierungschef Hua Guofeng, der portugiesische Staatspräsident Eanes, das polnische Staatsoberhaupt Jablonski, der algerische Präsident Chadli, UNO-Generalsekretär Waldheim und der Papst („SZ“, 12.2.79).

Das jetzige Militärregime bleibt dabei unangetastet. In Pakistan sind

im Rahmen der „Islamisierung“ drakonische Strafen eingeführt worden. Todesstrafe durch Steinigung für Ehebrecher, Amputieren von Händen oder Füßen bei Raubdelikten und Auspeitschen bei Genuß von Alkohol sind an der Tagesordnung („SZ“, 12.2.79).

Zia Ul-Haq, der nach wie vor gedenkt, „die Sache durchzuziehen“ und im höchsten Offizierskreis verlaute ließ: „Keine Angst selbst wenn es einen Putsch gäbe, würde der Bastard hängen“ („SZ“, 10/11.2.79), demonstriert seine Macht. Schulen und Universitäten sind geschlossen, Hunderte von Parteianhängern Bhuttos sind inhaftiert. In dem Gefängnis, wo Bhutto sitzt, wurde zur „Generalprobe“ ein zum Tode Verurteilter gehängt („SZ“, 14.2.79). Militärgesetze sorgen für „Ruhe und Ordnung“. „Ein Jahr Zuchthaus für Frauen, die ‚Lang lebe Bhutto‘ gerufen haben; Männer bekommen zusätzlich noch Peitschenhiebe“ („FR“, 5.2.79). Die Presse wird überwacht, Drucker und Redakteure wandern in den Knast. Tausende sitzen hinter Gittern. Posten der Sicherheitskräfte sind an allen strategischen Punkten wie Eisenbahnen, öffentlichen Einrichtungen und Ämtern aufgezogen („FR“, 7.2.79). Das Militär geht davon aus, daß es bei dieser von oben gewollten Kraftprobe die Macht im



Pakistanische Polizei zerschlägt Demonstration

Land behält und dabei mit der Opposition aufräumt. „Wir haben die Dinge unter Kontrolle, Pakistan ist nicht der Iran“ antwortete Zia auf Warnungen des amerikanischen Botschafters vor Unruhen („SZ“, 10.2.79). Dennoch finden Demonstrationen statt. In Karatschi setzten jugendliche Demonstranten einen Bus in Brand. In Bhuttos Geburtsstadt Lakarna wurden drei Männer zu einem Jahr Gefängnis und 15 Stockhieben verurteilt, weil sie gegen das Todesurteil protestiert hatten („SZ“, 12.2.79). 20 pakistanische Studenten haben vor ihrer Botschaft in Moskau mit der Parole: „Kriegsrecht nein — Demokratie ja“ Bhuttos Freilassung gefordert.

Um eine Polarisierung durch Bhuttos Hinrichtung zu vermeiden, sind mehrere islamische Sonderbotschafter u.a. aus dem Irak, Saudi-Arabien, Syrien und der PLO in Pakistan eingetroffen („SZ“, 13.2.79). Laut Gerüchten aus Rawalpindi überlegen Amerikaner und Chinesen eine „Exilierung“ Bhuttos nach Peking mit Hilfe Saudi-Arabien. „Dort könne man verhindern, daß der Exregierungschef subversive Manöver inszeniere“ wie Khomeini im Iran („SZ“, 10/11.2.79). Die USA hätten bereits einen Nachfolgekandidaten für Zia, falls dieser nicht zu halten ist, wird vermutet.

Asien-Australien-Kommission



lateinamerika

Gespräch mit dem peruanischen Genossen Javier Diez Canesco

Für die Einheit der Revolutionäre

Anfang Februar hatten wir Gelegenheit zu einem Gespräch mit Javier Diez Canesco. Der Genosse gehört zu den führenden linken Kräften Perus. Er war Redakteur bei linken bzw. gewerkschaftlichen Zeitungen, Vorsitzender des Studentenverbandes der katholischen Universität Perus, Berater der Fischergewerkschaft und der Bergarbeitergewerkschaft im Zentrum Perus. Javier ist heute Mitglied der politischen Kommission von Vanuaria Revolutionaria, (eine der stärksten revolutionären Organisationen Perus), Mitglied der Redaktion der Wochenzeitung AMAUTA, Organ und Diskussionsforum der peruanischen Linken, das zur Zeit verboten ist, Sekretär für politische Beziehungen der UDP und Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung.

AK.: Was ist das Ziel Deiner Europareise?
J.: Es geht zum einen darum, die Menschenrechtsverletzungen in Peru anzuklagen. Wir wollen diese Frage auf zwei Ebenen behandeln. In den letzten 10 Jahren sind in Peru die politischen, gewerkschaftlichen und elementarsten Menschenrechte verletzt worden. Schritt für Schritt wurden Gesetze über Arbeitsschutz, das Recht auf gewerkschaftliche Organisation vor allem der Bauern, das Streikrecht, das Recht auf einen ausreichenden Minimallohn usw. abgebaut bis hin zu Massakern von Seiten der Ordnungskräfte bei Demonstrationen, Kundgebungen und Streiks. Nach 10 Jahren Militärdiktatur sind 6 von 10 Peruanern arbeitslos oder unterbeschäftigt. Der Benzinpreis ist in den letzten 5 Jahren um 1666 % gestiegen. Die Preise für Brot, Reis, Zucker und andere

Grundnahrungsmittel haben sich veracht - verzehnfacht. Der Etat für Volksbildung, Gesundheit und ähnliches wird ständig eingeschränkt. Diese Angriffe auf die Rechte der Bevölkerung sollen von der Menschenrechts-Kommission der Constituyente untersucht und angeprangert werden.

Die APRA (Alianza Popular Revolucionaria Americana: Amerikanische Revolutionäre Volksallianz, eine ehemals populistische Bewegung, die heute zu den staatstragenden Parteien gehört, Anm. AK), die sich selbst als sozialdemokratisch definiert, und die Christliche Volkspartei (PPC), die als extrem rechts einzustufen ist, weigern sich dagegen, diese Tatenstände zu untersuchen, weil sie beide die Militärdiktatur stützen und keine Konfrontation mit ihr wollen.

Ein weiterer konkreter Angriff auf die politischen und demokratischen Rechte besteht in dem Verfassungsentwurf, der jetzt von der rechten Mehrheit (APRA und PPC) der Constituyente vorgelegt worden ist. In diesem Entwurf wird versucht, der neuen Verfassung einen „antiterroristischen“ Charakter zu geben. Zwar gibt es in Peru keine Tradition des Terrorismus, noch derzeit eine Praxis, es geht dabei ganz offensichtlich darum, die demokratischen und marxistischen Organisationen des Volkes in die Illegalität zu bringen. In dem Entwurf steht z. B.:

— daß jeder des Terrorismus Verdächtige 15 Tage lang verhaftet werden kann, ohne dem Richter vorgeführt werden zu müssen;
— daß die Polizei jede Wohnung und jeden Ort durchsuchen kann, wenn der Verdacht besteht, daß dort ein Verbrechen geplant wird,

— daß Gedanken- und Redefreiheit zwar zugesichert wird, ausgenommen natürlich, wenn sie sich gegen die Moral und die öffentliche Ordnung richten,

— daß jede Propagierung von Gewalt verboten ist, wobei vom Klassenkampf reden bereits die Gewalt propagieren heißt.

Außerdem soll das Parteienrecht eingeschränkt werden. Parteien erhalten nur die Legalität, wenn sie die demokratischen und republikanischen Prinzipien anerkennen und alle ihre Mitglieder bei der nationalen Wahlkommission registrieren lassen. Das heißt nichts anderes, als dem repressiven Staatsapparat eine Liste aller organisierten Revolutionäre zu liefern.

Außerdem soll den Soldaten und Analphabeten das Wahlrecht verweigert werden — die Analphabeten machen ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung Perus aus! Die Linke fordert natürlich das Wahlrecht sowohl für Analphabeten als auch für Soldaten.

Dies sind nur einige, aber die herausragenden Angriffe auf die demokratischen und Menschenrechte, die in dem Verfassungsentwurf geplant werden. Auch diese Tatsachen wollen wir anklagen und eine Solidaritätskampagne für die Rechte des peruanischen Volkes initiieren.

Gleichzeitig wollen wir beweisen, daß die APRA zwar die Demokratie im Munde führt, aber die Militärdiktatur unterstützt und daß diese reaktionäre Partei keinerlei Unterstützung von europäischen Organisationen — das betrifft vor allem die sozialdemokratischen Parteien, darunter auch die SPD — erhalten darf. Und schließlich ist ein Ziel meiner



Genosse Javier Diez Canesco im Wahlkampf für die UDP

Europareise, Kontakte zu fortschrittlichen und revolutionären Organisationen zu suchen, um ein Stück voranzukommen, bei dem Versuch, den gemeinsamen Kampf gegen Rassismus, Zionismus und Imperialismus und alle Kräfte, die sich den Interessen der Völker und der Arbeiterklasse der Welt entgegenstellen, zu vereinigen.

AK: Kannst Du kurz etwas zur aktuellen Lage in Peru sagen. Nach den großen, erfolgreichen Generalstreiks 1977 und 1978 ist der Streik im Januar dieses Jahres vorzeitig abgebrochen worden. Kennzeichnet dies einen Rückgang der spontanen Massenbewegung? Welchen Einfluß hatte die fortschrittliche und revolutionäre Linke in diesem Streik?

J.: Der Streik vom 9. — 11. Januar war das politisch wichtigste Ereignis der letzten Monate. Effektiv wurde er nur in einigen Teilen des Landes (u.a. Ayacucho, Puno, Juliaca, teilweise in Cusco und Cajamarca) durchgeführt und nur sehr begrenzt in Lima. Nach 48 Stunden wurde der Streik beendet, obwohl er für 72 Stunden ausgerufen war. Die Gründe, warum dieser Streik nicht das gleiche Ausmaß wie die vorausgegangenen erreichte, liegen zum Teil in der Zeit unmittelbar vor dem Streik. Der Streik wurde Mitte Dezember von der CGTP-Leitung (gewerkschaftlicher Dachverband, die Führung wird von der revisionistischen KP beherrscht) ausgerufen. Anlaß war die Ankündigung der Regierung, neue Preissteigerungen bei Benzin, die völlige Einstellung staatlicher Subventionen für Grundnahrungsmittel, Senkung der Subventionen für staatliche Betriebe und Entlassungen im öffentlichen Dienst

durchzuführen, das hätte eine weitere enorme Verschlechterung der Lebenssituation des Volkes bedeutet. Als der Streik angekündigt wurde, zog die Regierung diese Maßnahmen zurück. Lediglich der Reispreis wurde um 40 % und die Benzinpreise um 20% erhöht, ohne dabei aber die Preise für öffentliche Verkehrsmittel zu erhöhen. Die Subventionen wurden nicht gestrichen und der Haushalt nur geringfügig gekürzt. Damit fiel der Angriff auf das Lebensniveau des Volkes schwächer aus als gedacht, und das spielt eine wichtige Rolle bei einer spontanen Volksbewegung.

AK: Warum hat die Regierung diese Zugeständnisse gemacht, wo sie doch prinzipiell dem Diktat des internationalen Währungsfonds folgt und die Politik der Verelendung nicht aufgeben kann und auch nicht grundlegend ändern will.

J.: Die Regierung versuchte zu verhindern, daß dieser Streik im Januar stattfindet, um damit ihren politischen Plan (neue Verfassung, Wahlen, zivile Regierung — Anm. AK) abzusichern und ihre Legitimation wiederherzustellen.

Natürlich hat der Plan der Regierung die Unterstützung des US-Imperialismus, und er paßt ausgezeichnet in Carters Menschenrechtspolitik, der es um die sogenannten autoritären Demokratien geht, die die Militärdiktaturen ablösen sollen. Die Umschuldungsverhandlungen mit dem IWF und den privaten Banken (Ende 78 erhielt Peru einen Zahlungsaufschub bis Mitte der 80er Jahre — Anm. AK) haben es der Regierung ermöglicht, die Geschwindigkeit der Krisenentwicklung zu bremsen, dafür wird die

Fortsetzung nächste Seite

sehen davon, daß die jetzige Regierungspolitik voraussetzt, daß der Weltmarkt die permanenten Exporte begünstigt, d. h., daß Fern zu besseren Preisen verkaufen kann. Wir halten diese Einschätzung für falsch, weil wir eine Rezession der nordamerikanischen Wirtschaft und eine Zuspitzung des Handelskrieges in der kapitalistischen Welt voraussehen. Kein von beiden begünstigt die permanenten Exporte. Deswegen sagen wir, daß die Regierung nur eine kurze Atempause erkämpft hat, keineswegs aber die Lösung der Krise.

K.: Du wolltest weitere Ursachen benennen für den nur begrenzten Erfolg des Streiks im Januar. J.: Der zweite Grund war, daß die Regierung und die rechte Mehrheit in der Verfassunggebenden Versammlung (APRA und PPC) den Streik als einen politischen Streik dargestellt haben, in der Sprache der Regierung: ein subversiver Streik, der mit antisubversiven Maßnahmen zu bekämpfen sei. Das bedeutete in der Praxis, daß militärische Besetzung des Landes, und die Militärs drohten ausdrücklich, Schusswaffen zur Bekämpfung

des Streiks eingesetzt werden. Hinzu kam, daß die Rechte diesmal im Uhr- und gegen den Uhrzeigersinn ver-
ändert zu den früheren Streiks
unterschieden. In der ersten Phase
einen politischen Plan im Gange hat,
d.h. die Planung einer neuen Verfas-
sungsplanung, von Wahlen und der Ablosung
der Militärdiktatur. Im Juli '77 gab es
dieses Projekt noch nicht, im Mai '78
hatte die Arm. (A.K.) lag er noch in der Win-
terpause. Heute existiert die Verfassung-
gebende Versammlung, und der poli-
tische Weg der Rechten zur Stabilität
des Landes ist ein konkretes
Projekt. Andere neue Ideen sind

Nach dem Streik im Juli '77 wurden etwa 5000 Gewerkschaftsunkontrollierte aus den Betrieben entlassen, womit vor allem die klassenbewußte Gewerkschaftsjahrgang geöffnet wurde. Im September '78 hat der nationale Bergarbeiterverband nach 32 Tagen Streik die Hauptforderung, nämlich Wiedereinstellung der entlassenen nicht erreicht. Die Lage ist

Landes am Streik beteiligt haben — die Bergarbeiter der großen und mittleren Betriebe gar nicht und die Arbeiterbewegung insgesamt nur schwach. Ebenso hat eine Rolle gespielt, daß die CGT allein den Streik ausgerufen hat, ohne vorher Absprachen mit den klassenbewußten Gewerkschaften zu treffen, die sich dann erst dem Streikaufruf angeschlossen haben.

Durch diese Situation entstand für die Massen zeitweise das Bild, daß dieser Streik im Januar nicht eintritt.

Ein wesentlicher Punkt in diesen Jahren geleitet nach.

Die Kampfs gegen den Zentralismus der charaktaristisch ist z.B. der regionalen Organisationen ist z.B. der Hauptstadts, der charaktaristisch ist für den peruanischen Kapitalismus. Die Kämpfe z.B. gegen die Vernachlässigung der Provinzen, wo Arbeitslosigkeit, Hunger und das allgemeine Elend in noch viel stärkerem Maße auftreten als in Lima. Zugleich sind diese Fronten ein Ansatz der Selbstverwaltung, der weiterentwickelt werden kann. In ihren Programmen haben die Verteidigungsfronten von

Während wirtschaftliche Forderungen aufgestellt, es gibt allerdings Fronten, wie z.B. in Junita in Zentralpaz., wo die Hauptzeitel am Anfang des Programms genannt wird, die Militärdiktatur zu beenden; und es gibt Fronten, z.B. in Fucallpa, in der Selva (dem peruanischen Urwaldgebiet), wo nicht nur die gewerkschaftlichen und anderen Massenorganisationen, sondern auch die linken Parteien der Front anführen. Diese Tendenz gilt, unserer Meinung nach, zu stärken. Die Verteilungsfronten müssen ihren Kampfplattformen einleichen.

Die politische Zielsetzung und auch die politischen Maßnahmen, linken Organisationen aufzuweisen, sind in der Verfassung des Bundes und in der Verfassung der Länder festgelegt. Die Verfassung des Bundes und die Verfassung der Länder sind die Grundlage für die politische Zielsetzung und die politischen Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen. Die Verfassung des Bundes und die Verfassung der Länder sind die Grundlage für die politische Zielsetzung und die politischen Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen.

folgenden Punkten:
Erstens bei der Frage nach dem Charakter der peruanischen Revolution. Wie – Vanguardia – und viele andere sprechen von einer demokratischen Volksrevolution, einer von der imperialistischen Herrschaft, die das Agrarproblem löst, einen demokratischen Volksaufbau, auf der Grundlage des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, das aber auch das Kleinbürgertum und alle fortschrittlichen und antimperialistischen Linien bestehen in

stischen Kräfte einschließt, die hin zu kleinen Unternehmen, diese Regierung soll die Voraussetzung für die Errichtung des Sozialismus schaffen. Andere Organisationen, vor allem die Trotzkisten sprechen von einer direkten sozialistischen Revolution und weigern sich, irgendeinen Teil des Bürgertums zu neutralisieren oder gar zu gewinnen. Dieser Widerspruch macht unter anderem den Zusammenschluß mit den Trotzkisten in einer Partei unmöglich, wenn wir auch den Zusammenschluß in einer Front für

sondere mit dem Genossen Hugo Blanco, der in Peru als Persönlich-
keit großes politisches Gewicht hat.
Eine weitere Differenz bezieht
sich auf die Auffassung vom Pro-
gramm der Partei. Die revolutionäre
Linke in Peru hat eine ökonomisti-
sche und syndikalistische Tradition,
die Tradition vom Kampf um un-
mittelbare wirtschaftliche Forde-
rungen und unvermittelt dazwischen
die Propaganda für die revolutionäre

[illegible]

er (der von Vanguardia Revolucionaria) der peruanischen Linken innerhalb der peruanischen Linken ist es unsere Partei, die in diesem Lande zu arbeiten, Merkwürdiges ist es ebenfalls notwendig ist, auf ein für einen allgemeinen Aufstand, unschätzbar müssen wir Kräfte sammeln für den Zusammenschluß zu arbeiten. Die Bedingungen für eine starke Vereinheitlichung sind günstig, wir meinen, daß die Linke in Peru um einiges reifer geworden ist in der letzten Zeit und daß es die Aufgabe der Linken ist, sich den Notwendigkeiten der Volksbewegung gewachsen zu zeigen.

[illegible]

Latinoamerika

die Massen zeitweise das Bild, daß dieser Streik im Januar nicht einheitlich und gemeinsam von allen Kräften getragen wurde.

Die Aufgaben der Linken nach dem Streik

Voraussetzungen für den Kampf bestehen weiter, vor allem der Pakt der Regierung mit dem IWF, der die Regierung zwingt, weitere Hungermaßnahmen zu verhängen, so daß das Volk protestieren wird.

Die regionalen Bewegungen haben im Laufe der letzten Jahre in verschiedenen Gebieten des Landes neue Organisationsformen hervorgebracht, die sogenannten Volksverteidigungsfronten (*frentes de defensa popular*). Darin sind Gewerkschaften und Organisationen der Arbeiter und Bauern der Lehrer, Schüler, Studenten, Kleinbürger und auch kleinere und mittlere Unternehmer zusammengeschlossen, um demokratische und wirtschaftliche Forderungen, die speziell die Probleme der Region betreffen, gegen die Militärregierung durchzusetzen. Diese Verteidigungsfronten sind trotz der Repression

Wir halten es für unsere aktuelle Aufgabe, die Einheit der revolutionären Organisationen herzustellen, die Vereinigung in einer Partei, wie sie Jose-Carlos Mariategue 1928 gegründet hat, weil dies das wesentliche Instrument ist, um eine echte Klassenführung der Volksbewegung zu schaffen. Weiter halten wir es für unentbehrlich, eine gemeinsame Front aller linken Kräfte zu schaffen, deren Rückgrat die revolutionären Organisationen sein müssen, vor allem UDP, FOCEP, PC Mayoria (eine linke Abspaltung der revisionistischen KP) und PSR/ML. Um diese Achse sollte unter Beteiligung der wichtigsten Massenorganisationen die revolutionäre Front aufgebaut werden, die dem Volk und der Arbeiterklasse bessere Bedingungen schafft, sich der entscheidenden Konfrontation zu stellen, die wir vor uns haben. Und schließlich halten wir es für unentbehrlich für die Wiederherstellung einer nationalen Gewerkschaftskoordination zu kämpfen, in der die wichtigsten Dach- und Berufsverbände zusammengeschlossen wären, mit dem langfristigen Ziel, einen einzigen, geeinten Gewerkschaftsverband Perus zu schaffen. Die Voraussetzungen dafür sind günstig, weil die PCP (revisionistische KP – Anm. AK), die die Hegemonie in der CGTP hat, in die Defensive gedrängt werden konnte und gezwungen ist, mit anderen Gewerkschaftsorganisationen Absprachen zu treffen.

AK: Welches sind die wesentlichen Widersprüche innerhalb der revolutionären Linken und in welcher Weise finden Auseinandersetzungen um

Der Beschluß, alle Warentransporte von und nach Chile zu boykottieren, war auf der ORIT-Konferenz im November 78 gefaßt worden (vergl. AK 146) angeblich um die Forderung nach gewerkschaftlichen Rechten und Freiheiten in Chile durchzusetzen. Es dauerte keine zwei Monate, und das Ziel ist offenbar erreicht: Gewerkschaftliche Freiheiten sind in Chile wieder garantiert und ein Boykott ist nicht mehr notwendig.

Anlaß für diese kühne Einschätzung ist ein sogenannter „Arbeitsplan“ des Arbeitsministers (der erst Ende Dezember mit 5 weiteren Kabinettsmitgliedern neu eingesetzt wurde). Dieser „Arbeitsplan“ kündigt eine „Liberalisierung im gewerkschaftlichen Sektor“ an, nämlich die Möglichkeit zu freien Versammlungen und Gewerkschaftswahlen im Juni 79. Dieser „Arbeitsplan“ wurde von allen chilenischen Gewerkschaftsführern (einschließlich der Christdemokraten) als „Blendwerk“ abgelehnt, da es sich um eine bloße Ankündigung handelt, wie es schon zahlreiche gegeben hat, aber keine der gewerkschaftsfeindlichen Verordnungen und Gesetze bislang aufgehoben wurde (UZ 29.1.1979).

Die Junta hat die Aufhebung des Boykottbeschlusses mit größter Befriedigung kommentiert: „Ich bin über diese Entscheidung sehr glücklich ... ich glaube, daß dies darauf zurückzuführen ist, daß internationale Gewerkschaftsorganisationen besser informiert sind, weil sie wahrscheinlich versucht haben, soviel

Die Aufhebung des Boykottbeschlusses ist nichts weiter als ein willkommener Beitrag im Rahmen der Kampagne, die die Pinochet-Junta wieder salonfähig machen soll. Für die Junta kommt diese Unterstützung natürlich sehr gelegen, insbesondere nachdem ihre Bemühungen, im eigenen Lande eine Mobilisierung gegen den Boykott zu betreiben, deutlich gescheitert sind. Anfang Dezember wurde mit großem Aufwand zu einer Kundgebung gegen den Boykott in Santiago aufgerufen, an der schließlich rund 3500 Menschen teilnahmen (UZ, 29.1.79).

Die USA haben demonstrativ ihre Hilfe für das abgewrackte Somoza-Regime verringert. Ein Teil des (militärischen) Botschaftspersonals, insgesamt fast 50 Mann, wurden in die USA zurückbeordert, die militärische und wirtschaftliche Hilfe offiziell eingestellt. Hierzu hatte es allerdings einige Monate zuvor bereits einen ähnlichen Beschluß gegeben. Die USA setzen sich damit vorsichtig von dem halsstarrigen Diktator ab, nachdem Somoza auch das geringste Zugeständnis in den Verhandlungen mit der Opposition abgelehnt hatte und hierdurch die Vermittlungsgespräche gescheitert waren... Die USA wollen sich längerfristig die Hände freimachen, Lösungen auch ohne Somoza aber im Sinne des Imperialismus zu finden, auch wenn diese noch nicht genau absehbar sind. Vielleicht eine Lehre aus dem Iran, wo man den Schah bis fünf Minuten nach zwölf

Kurzfristig allerdings ändert sich dadurch gar nichts, Somoza bezieht seine Waffen inzwischen hauptsächlich aus Israel und hat sich der militärischen Unterstützung durch die umliegenden Militärdiktaturen Honduras, Salvador und Guatemala verschert. Da in allen diesen Ländern amerikanische Militärberater das Sagen haben, unterstützen die USA auf diesem Umweg natürlich auch den Somozaen weiter – jedenfalls, bis eine Alternative in Sicht ist („NZZ“, 11./12.2.79, „FR“, 16.2.79).

Gemeinsame Erklärung der 3 Tendenzen der FSLN

Die drei Fraktionen der sandinistischen Befreiungsfront (FSLN) haben im Dezember des vergangenen Jahres eine gemeinsame Erklärung herausgebracht, in der sie erneut ihren Willen zur Einheit und gemeinsamen Kampf gegen die Diktatur bekräftigen. Aus dem Kommuniqué geht weiter hervor, daß die drei Fraktionen eine gemeinsame militärische und politische Führung gebildet haben.

Dies war nach unseren Informationen auch bisher schon der Fall, ebenso wie die FSLN sowohl in Nicaragua als auch im Ausland Wert darauf legte, als einheitliche Organisation aufzutreten. Daß jetzt eine neue gemeinsame Erklärung und die Bildung einer gemeinsamen Führung bekannt gegeben wird, läßt darauf schließen, daß es im Bezug auf die Septemberkämpfe und die Einschätzung der weiteren Entwicklung der Kämpfe, Differenzen gegeben haben muß.

Lateinamerika-Kommission



afrika

Kurzmeldungen Südliches Afrika

ZIMBABWE

Rassistenmehrheit stimmt der „interne Regelung“ in Rhodesien zu.

Zum 30.1. hatte das Smith-Regime alle Weißen, Asiaten und Mischlinge in Rhodesien aufgerufen, dem von der internen Übergangsregierung vorgelegten Verfassungsentwurf zuzustimmen. 85 % der weißen Rassisten stimmten dem Verfassungsentwurf von Smith, Muzorewa & Co zu, was schon für sich allein betrachtet ein bezeichnendes Licht auf dieses Abkommen wirft! Muzorewa hatte nichts eiligeres zu tun, als der weißen Rassistenmehrheit guten Willen zu bescheinigen und das Abstimmungsverhalten als „ernsthaftes Zeichen“ hinauszuposaunen („NZZ“, 6.2.). Die „Rhodesische Aktionspartei“ (RAP), die für eine Beibehaltung der „reinen“ weißen Herrschaft eintrat und Smith als „Verführer“ beschimpfte, kündigte nach dem Wahlergebnis ihre Auflösung und gleichzeitig die Auswanderung vieler ihrer Mitglieder an, was natürlich von Herzen begrüßt werden („NZZ“, 2.2.).

Der Wahlkampf war begleitet von erneuten Aufforderungen insbesondere der schwarzen Regierungsmitglieder an die „freie Welt“, das (Schein-) Embargo gegen Rhodesien aufzuheben und die interne Übergangsregierung anzuerkennen („SZ“, 6.2.).

Taktik der „verbrannten Erde“ in Rhodesien.

Wie die mosambikanische Zeitung „Noticias“ schreibt, wendet das rhodesische Rassenregime in seinem Kampf gegen die Befreiungsbewegung immer mehr die Taktik der verbrannten Erde an: Söldner haben 4 Dörfer völlig niedergebrannt und damit 150 Familien die Existenzgrundlage entzogen. In den letzten vier Monaten sind allein in der näheren Umgebung von Salisbury die Häuser von 718 Familien niedergebrannt worden (nach „Neue“, 7.2.79). Die Lebensmittel wurden von den Rassisten geschlossen, Getreidesilos zerstört.

Busse wurden angehalten und ihre Insassen gezwungen, mitgeführte Lebensmittel zu essen oder wegzwerfen. Die Verteilung von Lebensmitteln an die schwarze Bevölkerung durch das Rote Kreuz wurde vom Rassenregime behindert („International Herald Tribune“, 12.2.79).

Schwarzes Regierungsmitglied in Rhodesien begrüßt Hinrichtung von Freiheitskämpfern.

Hatten die schwarzen Kompradoren

zur Zeit des Abkommens über die „interne Regelung“ in Rhodesien noch betont, daß ein Teil des Abkommens die Einstellung von Hinrichtungen schwarzer Guerillas sei, hat jetzt ein schwarzes Regierungsmitglied erstmals öffentlich bestätigt, daß immer noch Hinrichtungen durch den Strang durchgeführt würden. — Jedoch nicht etwa mit einem kritischen Unterton! ...

Der schwarze Ko-Minister für Justiz, Zindoga, erklärte im Parlament, die Todesstrafe sei ein Abschreckungsmittel, daß nur wirksam sei, wenn es angewendet werde! Die Regierung müsse dem Eindruck entgegenreten, daß es keine Hinrichtungen mehr gebe (nach „SZ“, 10.2.79).

Belgiens „Synatom“ über einen Investitionsplan von rund einer halben Milliarde Mark in Südafrika. Die drei Gesellschaften, die „Synatom“ bilden, und die die gesamte belgische Stromproduktion und -verteilung beherrschen, hatten den Antrag auf die staatliche Kreditgarantie bereits im Mai 1978 eingereicht — unter Hinweis auf das angeblich „allgemeine Interesse“ Belgiens an atomarer Brennstoffversorgung. Der abtretende christsoziale Premier Van den Boeynants sowie sein sozialdemokratischer Wirtschaftsminister Claes haben die Gewährung der staatlichen Garantie durch die öffentliche Versicherungsanstalt als „rein technischen Vorgang“ hingestellt, von dem die Regierung lediglich „Kenntnis genommen“

beziehen. Die Vereinbarung wurde jetzt, nach vierjährigen Verhandlungen, mit der größten Vermarktungsorganisation südafrikanischer Kohle, der Transvaal Coal Owners' Association, getroffen. Die Lieferungen werden zur Beheizung des neu errichteten Wärmekraftwerks bei Hadera benutzt, das Anfang 1980 in Betrieb genommen werden soll.

Weltrekord der Henker

Die faschistische Republik Südafrika hält einen traurigen Rekord: Sie ist der Staat in der Welt mit der höchsten Zahl vollstreckter Todesurteile. Wöchentlich werden zwei bis drei Men-

6 Wochen festgehalten wurden. Während der Haft ist es nach Berichten von Augenzeugen zu Folterungen und brutalen Mißhandlungen der Gefangenen gekommen.

Ein 36-jähriger Lehrer, der nach 18 Monaten aus Angola zurückkehrte, wurde an der Grenze abgefangen und verhört. Man stellte ihm militärische Fragen und trotz seiner Beteuerung, daß er nie eine Waffe getragen habe, wurde er 17 Tage lang inhaftiert. Die ersten 5 Tage wurde er ununterbrochen mit Stöcken geschlagen, bis er nicht mehr sitzen konnte. Dann mußte er Lastwagen beladen und Erdlöcher ausheben, bis man ihn schließlich laufen ließ.

Die genauen Untersuchungen haben offensichtlich neben massiver Einschüchterung vor allem das Ziel, genaue Listen über die Rückkehrer und ihre politischen Ansichten anzulegen, um im Fall eines neuen Aufstands entsprechende Verhaftungen vornehmen zu können.

Afrika-Kommission

ANGOLA

Marokko bildet UNITA-Söldner aus.

Laut angolanischer Nachrichtenagentur ANGOP haben gefangen genommene Söldner der UNITA gestanden, in Marokko ausgebildet worden zu sein. ANGOP berichtet, das marokkanische Regime habe außerdem ein Treffen zwischen UNITA-Chef Samviri und einer Gruppe reaktionärer portugiesischer Politiker arrangiert und damit „seine direkte Einmischung in die angolanischen Angelegenheiten bestätigt“ („SZ“, 27.1.79).

Afrika-Kommission

MOSAMBIK

Fünf Gründe für die äußerst brutalen rhodesischen Überfälle auf das benachbarte Mosambik nannte Samora Machel, Präsident der VR Mosambik, in einer Rede:

„ — Die Aggressionen des Rassenregimes zielen erstens auf eine Destabilisierung unseres Staates ab. Zweitens: sie sollen die ökonomische Entwicklung unseres Landes behindern, damit es in eine vollständige Abhängigkeit vom imperialistischen System gerät. Drittens: sie sollen den Beweis erbringen, daß der Sozialismus in Afrika nicht zu verwirklichen ist. Die revolutionären Ideen, die Ideen des Sozialismus, sollen weder nach Zimbabwe noch in andere Regionen gelangen. Viertens: Die Aggressionen, die das illegale Regime Smith in „Rhodesien“ heute gegen Mosambik verübt, sowie die hier attackierten Ziele sind ein Beweis für die schnelle und organisierte Entwicklung des Kampfes in Zimbabwe und zeigen zugleich, daß es schon nicht mehr Smith ist, der die Aggressionen verübt. Smith ist lediglich ein Werkzeug. Der tatsächliche Aggressor ist der Imperialismus.“

Fünftens: mit den Aggressionen wird das Ziel verfolgt, einen Zustand von Spannung und Unsicherheit zu schaffen, insbesondere unter den in Mosambik arbeitenden ausländischen Spezialisten.“

Machel schließt mit der „Überzeugung, daß das Volk von Zimbabwe sich auf einen langen Volkskrieg vorbereitet und noch nicht auf eine baldige Proklamation der Unabhängigkeit. Deklaration der Volkskrieg wird zu einer wahrhaften Revolution führen, zum Sozialismus“ („Neue“, 7.2.79).

Er widerspricht damit deutlich einigen euphorischen Stimmen — auch aus dem zimbabwischen Widerstand —, die die Herrschaft des Imperialismus bereits kurz vor dem Zusammenbruch und einen militärischen Sieg der Befreiungskräfte bereits vor der Tür stehen sehen.

Afrika-Kommission



SÜDAFRIKA

Belgische Regierung gibt Garantie für Riesenkredit an die RSA.

Kurz vor der Neubildung der Regierung in Belgien hat das abtretende Kabinett einen skandalösen Beschluß gefaßt: Die Gewährung einer staatlichen Kreditgarantie für das Kartell der privaten Elektrizitätsproduzenten

haben — in dieser Außenhandelsversicherung — sitzen neben Vertretern der Industrie- und Handelskammer auch die Wirtschafts-, Finanz- und Außenminister.

Mit diesem Liefervertrag brechen die belgischen Konzerne und die belgische Regierung allerdings nicht nur das Embargo gegen nukleare Zusammenarbeit mit Ländern wie der RSA, die dem Nichtweiterverbreitungs-Abkommen nicht beigetreten sind, sondern schaffen darüber hinaus auch vollendete Tatsachen in bezug auf das belgische Atomprogramm: Der Liefervertrag von „Synatom“ mit Südafrika über mindestens 1.500 Tonnen Urankonzentrat nach 1985 ist auf einen Verbrauch für Kernkraftwerke zugeschnitten, deren Errichtung noch nicht einmal genehmigt ist!

Südafrika und Rhodesien: 80% der Kampfflugzeuge aus der EG.

Statistiken in einem Bericht der EG-Kommission über die europäische Luftfahrtindustrie beweisen, daß von den 1976 im Dienst befindlichen Militärflugzeugen in Südafrika und Rhodesien 82,7 % EG-europäischer Herkunft waren, den Rest deckten die USA ab. Die EG ist damit Hauptquelle der Kampfflugzeuge für die Rassenregimes im südlichen Afrika. Europäer anders in der Welt war die europäische Luftfahrtindustrie derart „erfolgreich“ — selbst in der EG liegt ihr „Marktanteil“ nur bei 60 % (nach „Neue“, 3.2.79).

Israel vereinbart langfristige Kohleimporte mit Südafrika.

Mit Beginn des nächsten Jahres wird Israel jährlich zwischen 0,75 und 1 Million Tonnen Kohle aus Südafrika

schen auf der zentralen Hinrichtungsstätte im Gefängnis von Pretoria gehängt, insgesamt 132 im vergangenen Jahr. Seit 1966 hat sich die Zahl der durchschnittlichen Hinrichtungen verdoppelt; 1970 hieß es in einer Studie des südafrikanischen Kirchenrats, „fast die Hälfte der Hinrichtungen in aller Welt“ würden in Südafrika vollzogen. Von den 132 Verurteilten, die 1978 an den Galgen kamen, waren 26 Farbige, 105 Schwarze und nur ein Weißer. Die Todeskandidaten im Zentralgefängnis von Pretoria, oft mehr als fünfzig zur gleichen Zeit, werden bis zur Urteilsvollstreckung in einer Gemeinschaftszelle untergebracht, die Tag und Nacht beleuchtet ist (aus der „FR“, 26.1.79).

Afrika-Kommission

ZAIRE

Mobuto-Regime misshandelt Shaba Flüchtlinge

Wie die New York Times vom 5.2.79 berichtet, sind nach Angaben der UNO-Flüchtlingskommission und des Internationalen Roten Kreuzes Tausende von Shaba-Flüchtlingen, die aus Angola zurückgekehrt sind, an der Grenze bei Dilolo von zairischen Polizeibeamten festgehalten und verhört worden. Verhört wurden vor allem jüngere Männer, die der Mitgliedschaft in der Befreiungsbewegung FLNC oder der Desertation aus der zairischen Armee beschuldigt wurden.

Viele der im Zuge der „Entspannung“ zwischen Angola und Zaire Zurückgekehrten, wurden zu weiteren Verhören in spezielle Zentren ins Innere des Landes oder nach Kinshasa verschleppt, wo sie bis zu

Afrika-Kommission

Eritrea: Vormarsch der Konterrevolution

In der dritten großen Offensive seit dem Sommer 1978 versucht die äthiopische Kriegswalze, geführt und ausgerüstet durch die Sowjets, nun auch die letzten Städte des befreiten Eritrea zu überrollen. Von äthiopischer Seite wird bereits gemeldet, auch Nacfa und Afabet seien erobert („NZZ“, 6.2.79). Ein Genosse des EPLF-Büros in Rom berichtete uns dagegen, daß um Afabet, um die Küstenstädte am Roten Meer (Marsa Gubub und Marsa Teklay) sowie auch um die ganz im Norden auf der Grenze zum Sudan liegende Stadt Karora noch Kämpfe im Gang sind. Er berichtete auch, daß das im nördlichen Hochgebirge Eritreas liegende Stützpunktgebiet Fah sich noch fest in Händen der EPLF befindet. Die ELF dagegen habe mittlerweile keinerlei Gebiete in Eritrea mehr unter Kontrolle.

Allein in den vergangenen sechs Monaten sind in ganz Eritrea über 700.000 Menschen zu Flüchtlingen geworden, fast ein Viertel des gesamten Volkes. Mehr als 13.000 kamen dabei um oder wurden schwer verwundet. 300.000 versuchen, in großen Flüchtlingslagern kurz hinter der sudanesischen Grenze zu überleben (EPLF-

Sprecher Nafi Kurdi lt. „Monitor“ vom 28.1.79, „l'Étincelle“ v. 12.1.79).

Die EPLF ist weitgehend zur Kampftaktik beweglicher Guerillagruppen übergegangen. Diese Kämpfer/innen sind in ganz Eritrea aktiv und im Rahmen des derzeit Möglichen sehr erfolgreich: Zerschlagung ganzer Truppenkonvois, Zerstörung von Panzern usw.

Der Vormarsch der äthiopisch-sowjetischen Konterrevolution schafft für die eritreische Revolution eine Lage, die nur scheinbar vergleichbar ist mit ihren Kampfbedingungen vor 1977, bevor die Befreiung der Städte begann. Doch gibt es einen großen Unterschied: In Eritrea 1977/78 die Äthiopier aus den Städten und Dörfern weitgehend vertrieben waren, haben die breiten Massen des eritreischen Volkes konkret erfahren was es heißt, in größter Demokratie einen Staat der Volksherrschaft aufzubauen. Diese Erfahrung des eritreischen Volkes ist eine starke Grundlage zur Führung des Volksbefreiungskrieges.

„Der letzte Abschnitt hat begonnen“ Militärische Großoffensive der Frente Polisario

Unter dem Namen „Offensive Hourai Boumediene“ (benannt nach dem verstorbenen algerischen Staatspräsidenten) hat die Frente Polisario Anfang dieses Jahres zum bisher größten militärischen Schlag gegen die marokkanischen Invasoren ausgeholt. Im Verlauf der Operationen gelang es Verbänden der saharischen Volksbefreiungsarmee (ALPS) bis in marokkanisches Gebiet vorzudringen und die militärischen Nachschubbasen des Gegners zu erobern bzw. zu zerstören (so bei Amgala, Tifariti, Lebouriat). Höhepunkt der Kämpfe bildete die Schlacht um die marokkanische Garnison Tan Tan, die als wichtigste Nachschubbasis der marokkanischen Truppenverbände und zentraler Ausgangspunkt militärischer Aktionen gegen die Saharais gilt. Die Einnahme der Garnison durch Verbände der ALPS ist daher als besonders schwere Niederlage Marokkos und großer Erfolg der saharischen Truppen zu bewerten („El Moujahid“, Algerien, 26.1.79).

Im folgenden geben wir einen kurzen Überblick über die bisherigen militärischen Aktionen und Erfolge der Polisario:

Nach Angaben der „SZ“ vom 9.2.79 führte die ALPS allein im Januar 80 militärische Operationen gegen die marokkanischen Truppen durch, bei denen 1.700 Marokkaner getötet und 78 gefangen genommen wurden. 46 marokkanische Soldaten sind im Verlauf der Kämpfe zur Polisario übergegangen.

118 Saharais konnten aus marokkanischen Gefängnissen und Lagern befreit werden. In einem Kommuniqué des saharischen Verteidigungsministers, das am 23.1.79 in Algier veröffentlicht wurde, werden die militärischen Operationen der ALPS im Detail aufgeführt:

„Am 16./17.1. haben unsere Kämpfer gleichzeitig zwei Besatzungstruppen nördlich von El Ayoun angegriffen.“

„Im Süden Marokkos, wo unsere Kämpfer ebenso häufig und mit ebensolchem Erfolg wie in den besetzten Gebieten der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS) operieren, hat die Volksbefreiungsarmee Saharas ihre Aktionen gegen die feindlichen Truppen in den Gebieten

von Lebouriat und Lemseid konzentriert.“

„So wurde die Garnison der königlichen Truppen bei Lebouriat am 12., 14., 17. und 19. Januar durch unsere Truppen unter schweren Beschuss genommen und zwei Konvois führten ähnliche Aktionen am 11.1. und 17.1. in der Nähe von Lemzarbienne und Amotte durch.“

Den Saharais gelang es im Verlauf der Kämpfe u.a. zehn Lastwagen, 13 Jeeps, sechs Kanonen und schwere Mörser, 35 belgische Nato-Schnellfeuergewehre, vier Maschinengewehre und zwei Funkgeräte zu erbeuten. 76 feindliche Soldaten wurden getötet, zwei Militärs gefangen genommen. Im Zuge der zweiten Offensive in der Nähe von Lemsaïd schoß die ALPS einen F-5-Bomber ab, 250 marokkanische Soldaten wurden verwundet.

Erbeutete Waffen:

2 AML 90-Panzer,
4 105mm-Geschütze,
2 108mm-Geschütze,
6 Mörser,
314 Schnellfeuergewehre,
17 MGs,
9 Lastwagen mit Munition,
23 Jeeps mit MG-Geschützen,
18 Funkgeräte

(„El Moujahid“, 22.1.79). Die hier aufgeführten, sicher nicht vollständigen Fakten, mögen an dieser Stelle genügen, um einen ungefähren Einblick über das Ausmaß der von der Polisario durchgeführten Aktionen zu vermitteln.

Die Offensive der Polisario richtet sich gegenwärtig allein gegen Marokko. Mauretanien, das die andere Hälfte der DARS besetzt hält, wird nach wie vor geschont. Dieser Politik des Waffenstillstands gegen Mauretanien (seit Sommer 78) liegt das Bestreben der Polisario zugrunde, durch Ausnutzung bestehender Widersprüche zwischen Mauretanien und Marokko, das militärisch und wirtschaftlich wesentlich schwächere Mauretanien zumindest kurzfristig aus der Front der militärischen Gegner auszuklammern, um sich ganz auf den mächtigeren Gegner, Marokko, konzentrieren zu können.

Da Mauretanien allein nicht in der Lage ist, die besetzten Gebiete zu halten (in Mauretanien sind allein 9.000 marokkanische Soldaten stationiert!),



dürfte im Falle einer entscheidenden Niederlage des Regimes Hassan II. Mauretanien allein keine ernsthafte Bedrohung für den Befreiungskampf des saharischen Volkes mehr darstellen.

Einer Stellungnahme des saharischen Staatsministers Mohamed Sidati zufolge ist die Polisario durch die letzten militärischen Erfolge dieser Kräftekonstellation offensichtlich recht nahe gekommen.

Sidati charakterisiert die Situation im Maghreb seit dem vorigen Sommer folgendermaßen: „Militärisch wurde eine Offensive eingeleitet, die definitiv den fait accompli der marokkanischen Besetzung des Landes begraben wird (...). Die Offensive wurde bis auf marokkanisches Territorium vorangetragen, genau gesagt bis in den Süden, wo der Großteil der Aggressionstruppen konzentriert ist. ... Von besonderer Bedeutung war die Operation von Tan Tan, dem Zentrum der Aggressionstruppen im Hinterland. Der Angriff der saharischen Befreiungsarmee auf Tan Tan hat eine große Bresche in die wichtigste militärische Nachschubbasis der Aggressionstruppen geschlagen (...).

Mit der Operation von Tan Tan ist gewissermaßen der Lebensnerv der Aggressionstruppen getroffen und die Verwundbarkeit des Aggressionsapparates klar gezeigt worden, und das umso mehr, als die Marokkaner stets auf die militärische Lösung gesetzt haben, deren Mißerfolg nunmehr offenkundig ist (...). Wir haben es also faktisch erreicht, die Aggressionsfront der Mauretanier und Marokkaner zu zerschlagen“ (Aus die „Neue“, 7.2.79).

Weiterer Hinweis auf die von Sidati skizzierten Zerfallserscheinungen innerhalb des politischen Machtgefüges des marokkanischen Regimes ist auch der Eintritt eines marokkanischen Parlamentsabgeordneten in die Frente Polisario.

So teilte das saharische Informationsministerium mit, daß ein saharischer Abgeordneter im marokkanischen Parlament, gleichzeitig Präsident des Stadtrates von Bjador, zusammen mit einigen bekannten Persönlichkeiten und früheren Scheichs, der Polisario beigetreten ist („Neue“, 10.2.79).

Auch auf diplomatischer Ebene konnte die DARS einige Pluspunkte verbuchen. Auf der letzten UNO-Voll-

versammlung wurde von 96 Staaten eine Resolution angenommen, die dem saharischen Volk internationale Unterstützung seines Kampfes zusagt. Mittlerweile haben 17 Staaten die DARS offiziell anerkannt, darunter 13 afrikanische Länder.

Der demonstrative Austritt Tansanias aus der OAU-ad-hoc-Kommission und die Anerkennung der DARS hat der Polisario ebenfalls politische Rückenstärkung verschafft.

Die ad-hoc-Kommission, der nunmehr alle Staaten angehören, die das Selbstbestimmungsrecht der Saharais nicht anerkennen (z.B. Sudan, Elfenbeinküste) hat in erster Linie die Aufgabe, im Interesse der Imperialisten eine Teillösung (in Form eines „Mini-Staates“) im Maghreb durchzusetzen. Im Rahmen dieser Strategie sind auch die Pläne Mauretaniens, im März dieses Jahres in den besetzten Gebieten eine „Volksabstimmung“ durchführen zu lassen, einzuordnen. Die jüngsten militärischen Erfolge und die Stellungnahmen führender Repräsentanten der Polisario lassen allerdings darauf schließen, daß der Wind in eine andere Richtung weht.

Afrika-Kommission

nahost

„So leicht geben deutsche Unternehmen im Ausland mühsam eroberte Märkte nicht auf“

Mit diesem Satz beschrieb die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (5.1.79) unmittelbar nach dem Scheitern der Militärregierung im Iran die Haltung der westdeutschen Kapitalisten. Als nun auch die noch vom Schah eingesetzte Zivil-Regierung Bakhtiar von der iranischen Bevölkerung hinweggefegt wurde, gaben sich die Iran-Wirtschaftsexperten weiterhin zuversichtlich. Der Chef der Deutsch-Iranischen Handelskammer, Roentgen — nach eigenen Angaben von der raschen Entwicklung im Iran selbst überrascht — lobte prompt den neuen Regierungschef Bazargan als erfahrenen und besonnenen Politiker „der kleinen Schritte“, von dem erwartet werden könne, daß er die politische Situation „in vernünftiger Weise“ in die Hände bekomme („Frankfurter Rundschau“, „FR“, 13.2.79). Eilends erklärte nicht nur die Bundesregierung, sondern die Regierungen aller imperialistischen Staaten, daß sie auch zu der neuen iranischen Regierung die traditionell guten Beziehungen, die immer zur iranischen Regierung bestanden hätten, weiterhin aufrechterhalten wollen.

Diese Haltung bedeutet allerdings nicht, daß die Regierungen der imperialistischen Staaten der demokratischen Bewegung im Iran plötzlich freundlich gesonnen wären. Im Gegenteil: Sie setzen darauf, daß sie auch mit der neuen Regierung ins Ge-

schaft kommen und daß die Errungenschaften der demokratischen Bewegung über kurz oder lang wieder abgebaut werden. Bis zuletzt hatte die BRD-Regierung, wie im übrigen alle westlichen Regierungen, das Schah-Regime unterstützt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Thüsing berichtete in einem Interview mit der „Neuen“ (7.2.), daß im Oktober 1978 ein enger Mitarbeiter Khomeinys, Sadegh Ghotbzadeh, in Bonn war und sich verzweifelt um Kontakte mit der Bundesregierung bemüht habe, schließlich aber nur bis zu einem für internationale Beziehungen zuständigen Sekretär des SPD-Parteivorstandes vorge-dringen sei.

Der Sturz der letzten schahtrauen Regierung hat weitere Milliarden-Geschäfte mit den imperialistischen Staaten in Frage gestellt. Schon die Regierung Bakhtiar sah sich auf Grund der wirtschaftlichen Lage (der Ölexport — und damit die fast einzige Devisenquelle des iranischen Regimes — war durch die politischen Streiks der Ölarbeiter lahmgelegt) und auch aus politischen Opportunitätsbetrachtungen gezwungen, insbesondere einen Teil der riesigen Rüstungsgeschäfte zu stoppen. Federn lassen mußten alle imperialistischen Staaten. Im einzelnen:

BRD: Schon die Regierung Bakhtiar hatte angekündigt, daß nur die zwei

im Bau befindlichen Kernkraftwerke in Bushir am Persischen Golf beendet werden sollen. Die vier weiteren schon bestellten Kernkraftwerke (20 Mrd. DM) sind erstmalig auf Eis gelegt. Das gleiche gilt für die Lieferung von sechs Unterseebooten zum Stückpreis von 150 Mio. DM, sowie von Fregatten und weiteren Marineeinheiten im Wert von 1,4 Mrd. DM.

Das Auftragsvolumen westdeutscher Firmen beträgt 31 Mrd. DM („Tagesspiegel“, 11.1.79), das ebenfalls „gefährdet“ ist. Bei der Hermes-AG sind im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums für 8 Mrd. DM Iran-Exporte versichert, die Auslandsinvestitionen sind über die Treuarbeit AG versichert. Bei Verlust muß die Bundesregierung alles bis auf einen Eigenanteil von 10 - 15 % ersetzen.

Für das laufende Jahr war eine Steigerung des Exports von 20% geschätzt worden (1977 waren für 6,5 Mrd. DM Waren exportiert worden, 1978 — trotz des Ausfalls in den letzten Monaten — für etwa die gleiche Summe). Daraus wird nun nichts. USA: Waffenlieferungen von über 7 Mrd. Dollar sind bisher gestrichen worden: 160 Jagdbomber F 16 für 3,5 Mrd. Dollar sollen nicht mehr geliefert werden, ebenso 20 Aufklärungsflugzeuge F 4 (500 Mio. Dollar), sieben Awacs-Frühwarnflugzeuge (1,3 Mrd. Dollar). Zwei Zerstörer (1,4 Mrd. Dollar), Hubschrauber für

575 Mio. Dollar. Bisher arbeiteten im Iran 500 amerikanische Firmen, davon 20 mit großen Produktionsbetrieben („Spiegel“, 12.2.79, „Süddeutsche Zeitung“, 20./21.1.79).

Großbritannien: Chrysler Großbritannien will 1.500 Arbeiter entlassen — begründet mit dem Produktionsausfall durch die Streiks im Iran. Chrysler hatte jährlich für 100 Mio. Pfund Sterling Motoren und Ersatzteile in den Iran geliefert („Die Neue“, 7.2.). Auch aus dem großen Panzer- und Raketengeschäft scheint nichts mehr zu werden. Bis Mitte der 80er Jahre sollten 1350 Chieftain-Panzer in den Iran geliefert werden (600 Mio Pfund) sowie Panzerabwehrraketen für 400 Mio. Pfund. Die Fertigstellung des Rüstungsindustriekomplexes in Isfahan, an dem Großbritannien mit 3 Mrd. DM beteiligt ist, ist unklar („Spiegel“, 12.2.79, „Neue Zürcher Zeitung“, 3.2.79).

Frankreich: Für 20 Mrd. Francs sind Projekte vertraglich festgelegt. Für 12 Mrd. Francs sollte in Teheran eine Untergrundbahn gebaut werden. Die Verträge über zwei Kernkraftwerke sind ebenfalls annulliert worden („SZ“, 20./21.1.79).

Diese — nun gestrichenen oder infragegestellten — Milliarden-Geschäfte geben einen ersten Eindruck, in welchem Ausmaß der Schah den Iran an die Imperialisten verschachert hat.

Ausverkauf Irans an die Imperialisten

Zusammen mit den USA und Japan gehört die BRD zu den drei mit Abstand größten Handelspartnern des Iran. Es folgen Großbritannien, Frankreich und Italien. 1977 betrug das Handelsvolumen BRD-Iran fast 11 Mrd. DM. Die Bundesrepublik exportierte für fast 6,5 Mrd. DM Waren in den Iran, während sie für nur 4,5 Mrd. DM (einschließlich Erdöl, das den Löwenanteil ausmacht) importierte. Das ständig wachsende Außenhandelsdefizit Irans konnte nur in den Jahren 1973 (Ölpreiserhöhung) bis etwa 1977 durch die Öleinnahmen gedeckt werden.

Im Jahr 1976/77 betrug der iranische Gesamtexport ohne Erdöl weniger als 5% des Gesamtimports, 1973/74 waren es immerhin noch 17%. Auch absolut ist der Gesamtexport ohne Erdöl in diesen Jahren zurückgegangen (Angaben nach BfA-Marktforschung, Iran, Nov. 78). Diese Zahlen machen deutlich, wie sehr die iranische Wirtschaft immer mehr von den Importen besonders aus den imperialistischen Staaten abhängig gemacht wurde. Die imperialistischen Konzerne machten somit nicht nur riesige Profite bei der direkten Ausbeutung der iranischen Erdöl-

Fortsetzung nächste Seite

quellen durch die Ölkonzerne (nur einen winzigen Prozentsatz des Erdöls führte Iran direkt aus), sondern die Milliarden, die Iran durch das Erdöl einnahm (1974/75 immerhin rund 20 Mrd. Dollar), flossen umgehend in die Taschen der Imperialisten zurück.

Die Erdöleinnahmen dienten nicht nur zum Ausgleich des riesigen Außenhandelsdefizits, 1953, kurz nach dem Sturz Mossadeghs wurde ein Gesetz zum Schutz der Auslandskapitalien verabschiedet, das es ermöglicht, die Gewinne in den gleichen Devisen aus dem Iran auszuführen, in denen die Kapitaleinfuhr erfolgte. Die Gewinnrückführung in Devisen (meist Dollar) war ein weiterer Weg, die Erdöleinnahmen in die imperialistischen Staaten zurückfließen zu lassen.

Bei den Direktinvestitionen steht die BRD wiederum mit den USA und Japan an der Spitze. Für die BRD werden je nach Quelle rund 500 bis 800 Mio. DM Direktinvestitionen angegeben. Diese Zahlen sind allerdings stark untertrieben und geben überhaupt kein Bild über die tatsächliche Verflechtung des iranischen und ausländischen Kapitals. Der „Teheran Economist“ (12.2.77) gab an, daß bei 90% der 24.000 im Iran tätigen Aktiengesellschaften die registrierte Höhe des Eigenkapitals nicht der tatsächlichen Höhe entspricht. Wiederinvestierte Gewinne werden nicht angegeben, auch nicht bei anderen Gesellschaften. Die offiziell angegebene Höhe des ausländischen Kapitals kommt deshalb der Wirklichkeit nicht einmal nahe.

Selbst nach den vorliegenden Zah-

len betrug das ausländische Kapital das zwanzigfache des iranischen Kapitals.

Der Einfluß der Imperialisten auf die iranische Wirtschaft wird außerdem an der starken Ausdehnung ausländischen Bankkapitals seit 1953 deutlich. Nach einem 1956 in Kraft getretenen Gesetz dürfen sich ausländische Kapitalisten an iranischen Banken beteiligen oder mit iranischen Kapitalisten zusammen neue gemischte Banken gründen, u.a. ist die Deutsche Bank an mehreren gemischten Banken im Iran beteiligt (Angaben nach: Schapour Ravanani, Iran, Alektor-Verlag, 1978, S. 139 ff).

Die oben angegebenen Formen des „Recyclings“ der iranischen Ölmilliarden wurden in der BRD noch durch eine andere Art erweitert. Die iranische Regierung beteiligte sich seit 1974 mit jeweils 25,01% bzw. 25,02% bei den Aktiengesellschaften Krupp und Deutsche Babco, insgesamt investierte das Schah-Regime 1,3 Mrd. DM („Tagesspiegel“, 11.1.79).

Zusammenarbeit BRD-Iran

Willy Brandt kommt das Verdienst zu, mit seiner Iran-Reise 1972 „eine neue Ära der deutsch-iranischen Zusammenarbeit“ eingeleitet zu haben („Welt“, 3.12.74). 1974 fand in Teheran eine „deutsch-iranische Investitionskonferenz“ statt, auf der u.a. die Vorstandsvorsitzenden von Bayer, Veba, AEG, GHH, IWKA, Daimler, Thyssen, Krupp und Ruhrgas, sowie BDI-Chef Sohl und Wirtschaftsminister Friedrichs waren. Allein auf dieser Konferenz wurden

Abschlüsse über 2,2 Milliarden Dollar getätigt („Spiegel“ vom 6.5.74). Seit Juni 75 gibt es in Teheran eine Deutsch-Iranische Handelskammer, die im wesentlichen für das Zustandekommen von „joint ventures“ sorgt, d.h. von Gemeinschaftsunternehmen mit einer iranischen Kapitalbeteiligung von 51%. „Ortsansässige deutsche Manager weisen darauf hin, daß die 51%-Klausel durch partnerschaftliche Geschäftsführungsmethoden kompensiert werden kann“ („Handelsblatt“, 24.1.75).

Die wichtigste Refinanzierungsquelle für private Investitionsvorhaben im Iran ist die „Industrial and Mining Development Bank of Iran“ (IMDBI), die in Hamburg die „Iran Commercial and Industrial Services AG“ gegründet hat. Die IMDBI verfügt über eine eigene Projektabteilung, die Durchführbarkeitsstudien erstellt („Handelsblatt“, 24.1.75). Sie beteiligt sich außerdem an „joint ventures“. An der IMDBI ist u.a. auch die Deutsche Bank beteiligt.

Insgesamt sind „360 deutsche Unternehmen ... derzeit in Persien tätig; rund 14 000 deutsche Ingenieure und Facharbeiter bauen in ihrem Namen – vom Kernkraftwerk bis zur chemischen Produktionsstätte.“ („Die Zeit“, 3.11.78).

Die spektakulärsten Geschäfte in der letzten Zeit waren die beiden im Bau befindlichen Atomkraftwerke (8 Mrd. DM) und vier weitere geplante Atomkraftwerke (20 Mrd. DM), sowie der Vertrag über die Lieferung von sechs Unterseebooten. Über die Lieferung weiterer U-Boote wurde verhandelt, ebenso über Fregatten, Minenjagdboote,

Schnellboote, eine komplette Werft und über den Ausbau einer Marineschule („Extra-Dienst“, 14.3.78, Wirtschaftswoche“, 3.11.78).

Militärische Zusammenarbeit BRD-Iran

Offiziell dürfen bis heute von der BRD keine Rüstungsgüter in Spannungsgebiete geliefert werden. In Wirklichkeit wurden beispielsweise mit dem Iran schon jahrelang Rüstungsgeschäfte abgeschlossen:

- 1966 wurde das erste Militärhilfeabkommen über 22 Mio. DM unterzeichnet.
 - 1969 wurde ein weiteres Abkommen über 19 Mio. DM abgeschlossen.
 - Der Verkauf des Schützenpanzers „Leopard“ an das Schah-Regime wurde zunächst abgelehnt.
 - Bei seinem Besuch im Iran 1972 sagt Willy Brandt weitere Militärhilfe von 10 Mio. DM zu.
 - Die Wirtschaftswoche (8.12.78) kommentiert: „Den wirtschaftlichen Nutzen für deutsche Firmen hat die Bundesregierung bislang nicht publiziert. Doch soviel ist bekannt: Der Iran erhielt zwischen 1966 und 1973 für 20 Millionen DM deutsche Lieferungen zur Modernisierung des kaiserlichen Arsenal. Auf eigene Rechnung orderte der Schah für nahezu 2 Milliarden Mark Gerät für seine Rüstungsbetriebe.“
 - 1974 wird der frühere Planungschef des Verteidigungsministeriums zum deutschen Botschafter im Iran ernannt.
- Der Spiegel (7/74) schrieb dazu: „Zwischen der Bundesrepublik und Persien bahnt sich das größte Rüstungsexportgeschäft der deutschen Nachkriegsgeschichte an. Der Iran will deutsche Rüstungsfabriken, deutschen Rat beim Aufbau der Militärindustrie, deutsche Ausbildung für persische Waffentechniker.“ (Angaben nach einem Referat von CISNU Genossen: „Wirtschaftliche, atomare, militärische Kooperation BRD-Iran“).

Deliefert wurden: 10 000 G-3-Gewehre, 1000 Maschinengewehre MG-42, panzerbrechende Raketen, Minensuchboote. Die im Besitz der Bundesrepublik befindliche Fritz Werner Industrieausrüstungen GmbH baute eine Gewehr- und Munitionsfabrik mit einem Investitionsvolumen von 400 Mio. DM. Weitere Rüstungsproduktionsstätten wie Geschütz- und Panzerproduktionsstätten wurden exortiert.

Der Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm beteiligte sich mit 40% an der Iran System Analysis and Management Corp (ISAM) sowie mit 35% an der Iranian Advance Technology (IAT) („Anti-imperialistisches Informationsbulletin“, 2/79, „Extra-Dienst“, 28.9.78). Beide Gesellschaften – an der letzten ist oder war die Universität der iranischen Streitkräfte beteiligt – dienen der Einflußnahme auf die Entwicklung der iranischen Rüstungsproduktion.

Inwieweit die neue iranische Regierung willens oder in der Lage ist, diesen enormen Einfluß der Imperialisten auf die iranische Wirtschaft zurückzudrängen bzw. auszuschalten, bleibt abzuwarten. Die Imperialisten jedenfalls werden die mühsam (?) eroberten (!) Märkte so schnell nicht aufgeben.

Abbruch der iranischen Erdöllieferungen: USA: Notstandsübungen BRD: Preiserhöhungen

Bereits wenige Tage nach dem vorläufigen Abbruch der iranischen Erdölexporte Ende Dezember letzten Jahres bezeichnete US-Energieminister Schlesinger die Erdöl-Versorgungslage als „sehr ernst“ und appellierte an die Bevölkerung der USA, sparsam mit Energie umzugehen: keine „überflüssigen“ Autofahrten, Geschwindigkeitsbegrenzungen, sparsame Beheizung von Wohnungen und Häusern („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 5.1.79). Noch im Januar kündigte die amerikanische Regierung ein Programm staatlicher Reglementierungen für den „Notfall“ an u.a. Benzinrationierungen, und Schlesinger macht mittlerweile aus dem Ausfall des iranischen Erdöls eine mögliche „neue Ölkrise, schlimmer als im Winter 1973/74“ nach dem Oktoberkrieg („International Herald Tribune“, 13.1. und 8.2.79). Demonstrativ wurde in den USA die Beheizung öffentlicher Gebäude auf 18 Grad reduziert („Welt am Sonntag“, 11.2.79).

Abgesehen von der Springerpresse, die das Krisengerede ebenfalls schürt, gibt man sich in der Bundesrepublik gelassener. Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff erklärte mehrfach, daß kein Grund zur Beunruhigung bestehe. Hieraus darf der bundesdeutsche Verbraucher von Erdölprodukten (vor allem Heizöl und Benzin) nun keineswegs den Schluß ziehen, daß er von den Verschiebungen auf dem Erdölmarkt nichts merken wird. Ganz im Gegenteil, er wird sich auf kräftige Preiserhöhungen, die z.T. jetzt schon eingetreten sind, gefaßt machen müssen. Wie in den USA wird auch hier verbreitet, daß eine Erdölverknappung bevorstehe, die aber „mit marktwirtschaftlichen Methoden, d.h. über den Preis, aufzufangen“ sei, so der Präsident des Deutschen Industrie- und Handels-tages und Aufsichtsratsmitglied in dem Erdölkonzern EXXON, Wolff von Amerongen („FAZ“, 5.2., „WamS“, 11.2.). Auch der Vorstandsvorsitzende der Esso-AG, Oehme, argumentiert, daß der Ausfall des iranischen Erdöls (bisher 20 % des bundesrepublikanischen Erdölverbrauchs) verbunden mit einem 20 %igen Mehrverbrauch an Heizöl in diesem kalten Winter in einer „Wettbewerbswirtschaft, die wir ja nun einmal haben“, zu höheren Preisen führt („Nord-schaumagazin“, 12.2.).

Was hier von den Wirtschaftsbossen so plausibel dargestellt wird, ist schlichtweg Augenwischerei. Gemessen an den Erdölvorräten in den Verbraucherländern bräuchte für einige Jahre (!!) kein Erdöl mehr aus dem Iran zu kommen. Selbst bei einem Totalausfall der Erdöllieferungen aus den OPEC-Ländern reichen die Reserven für mindestens 3 Monate; der Iran deckte bisher nur etwa 9 % des

Welterdölbedarfs ab. Diese „strategischen Reserven“ sind seit 1974 in allen Mitgliedsländern der „Internationalen Energie-Agentur (IEA)“ gesetzlich vorgeschrieben. Die IEA wurde nach der sogenannten „Ölkrise“ 1973/74 als imperialistische Gegenmaßnahme der Erdölverbraucherländer unter Führung der USA gegen den arabischen Boykott pro-zionistischer Staaten gegründet. Die Mitgliedsländer haben sich verpflichtet, ihre Erdölvorräte im „Notfall“ mit den anderen Staaten zu teilen, bzw. ein einziges Land, das z.B. boykottiert wird, mitzuversorgen.

Eine echte Krise in dem Sinne, daß objektiv kein Erdöl mehr vorhanden ist, wird also schon aufgrund der Vorratshaltung so schnell nicht eintreten. Hinzu kommt, daß ein Teil des iranischen Erdöls durch zusätzliche Lieferungen aus anderen Ländern, allen voran Saudi-Arabien, ersetzt wird.

Selbst in Israel ist die Erdölfrage nicht so kritisch wie sie dargestellt wird. Israel hat bisher mehr als die Hälfte seines Öls aus dem Iran bezogen und es muß damit rechnen, daß die neue iranische Regierung sich dem arabischen Boykott anschließen wird, d.h., daß die iranischen Erdölquellen für den zionistischen Staat versiegen.

Doch Israel hat 5 Jahre Zeit, sich nach anderen Möglichkeiten umzusehen, denn solange garantieren die USA auf bilateraler Ebene die israelische Energieversorgung („Guardian“, 2.1.79). Der Zeitpunkt, zu dem das iranische Erdöl ausfällt, paßt Israel ganz gut ins politische Konzept. Unter Berufung auf die veränderte Situation versucht es von Ägypten Vorzugspreise für Sinai-Erdöl zu erpressen im Fall der Rückgabe des besetzten Gebiets („Frankfurter Rundschau“, 5.2.).

Wenn dieser Tage eine Erdölkrise oder -engpässe prophezeit werden, beruht dies also nicht auf einer faktischen Erdölknappheit, sondern dient politischen und Profitinteressen. Es geht nicht nur darum, daß die „Wettbewerbswirtschaft“ jede Möglichkeit zu Preiserhöhungen wahrnimmt. Die Verwirrung, die Leute wie Schlesinger und Springer mit diesem Krisengerede schaffen, wird besonders in den USA genutzt, um wieder einmal den Notstand zu üben und die Bevölkerung an staatliche Eingriffe in ihr Leben zu gewöhnen. In der Bundesrepublik zeichnet sich erneut eine Kampagne ab, in der die Entwicklung „alternativer Energiequellen“ der „Abhängigkeit“ von den unterdrückten Rohstoffländern gegenübergestellt wird; mit anderen Worten: eine verstärkte Propagierung der Kernenergie.

Nahost-Kommission

Algerien: Präsidentenwahl bringt Kompromiß zwischen linken und pro-westlichen Kräften

Am 7.2.79 wurde in Algerien Benjedid Chadli zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Der bisherige Präsident Houari Boumedienne war am 27.12.78 gestorben. Die Wahl Chadlis wird als „Kompromiß“ nach einigen Fraktionskämpfen gewertet, in denen weder die linke Strömung innerhalb der Staatsführung, die von Mohamed Salah Jahjaui repräsentiert wird, noch die pro-westliche liberalere Strömung um den Außenminister Abdelaziz Bouteflika sich durchsetzen konnten.

Erster Parteikongreß nach 15 Jahren

Der Wahl des Präsidenten war der erste Kongreß der Einheitspartei FLN vorausgegangen, der vom 27. - 31. Januar stattfand. Wegen der langandauernden Kämpfe um die Nennung des Präsidentschaftskandidaten mußte der Kongreß um einen Tag verlängert werden.

Neben der Wahl eines Präsidentschaftskandidaten hatte der Kongreß die Aufgabe, neue Parteistatuten zu verabschieden, die Leitungsorgane der Partei zu wählen und Vorschläge für Verfassungsänderungen bezüglich der Befugnisse des Präsidenten, des Ministerrats und der Nationalversammlung zu machen. Dem Kongreß waren im letzten Jahr die Kongresse der Massenorganisationen (Arbeiter, Bauern, ehemalige Kämpfer, Frauen und Jugend) vorausgegangen, auf denen die Kongreßinhalte vor diskutiert worden waren.

Erstmals wurde auf dem Kongreß öffentlich auf den Sturz Ben Bellas 1965 eingegangen, ohne seinen Namen zu erwähnen. Parlamentspräsident Rabah Bitat meinte in seiner Eröffnungsrede: „Indem er zu den demagogischen Manövern griff, Verwirrung zwischen dem Staatsapparat und den Parteistrukturen hervorrief und indem er die Volksmassen benutzen wollte, um seine persönliche Macht zu sichern, konnte ein einziger Mann den Kurs der Revolution abweichen lassen“ („Le Monde“, LM, 30.1.79).

Dagegen ist eher diese Rede als demagogisch zu bezeichnen, denn unter der Regierung Ben Bellas gab es tatsächlich noch eine Massenmobilisierung; erst unter Boumedienne wurde der Einfluß der Massenorganisationen zurückgedrängt. Außer der großen Debatte um die Nationalcharta (Verfassung des Landes) 1976 gab es für die algerische Bevölkerung kaum Gelegenheiten, wirklich am politischen Leben beteiligt zu werden. Sporadisch wurde die Bevölkerung aufgerufen, bestimmte Entscheidungen, die an der Partei- und Regierungsspitze getroffen wurden, zu „ratifizieren“. Informationen über Widersprüche und Grundsatzdebatten gab es dagegen kaum.

Der „Kompromiß“

Jahjaui, der bisherige Parteiorganisator und Generalsekretär (neuer Generalsekretär ist ebenfalls Chadli) und unterlegener Präsidentschaftskandidat, vertritt die linke Strömung, die eine stärkere Einbeziehung der Massen in politische Entscheidungen anstrebt. Breite Unterstützung hat er vor allem in den Arbeiter- und Jugendmassenorganisationen. In seiner Rede auf dem Kongreß betonte er die „Notwendigkeit, eine Avantgarde-Partei aufzubauen, die stark mobilisierend ist und das Ver-

trauen der Massen genießt.“ Es sei an der Zeit, zu einer verantwortungsvollen Selbstkritik zu kommen und die Unzulänglichkeiten und Schwächen auszuschalten, die die Entwicklung der FLN behinderten („LM“, 30.1.79). Hiermit vertrat er wohl die Forderung des Kongresses des Jugendverbandes, „die FLN-Partei durch Aufnahme all jener zu stärken, die für den Sozialismus kämpfen, unter gleichzeitiger Entfernung der „verkalkten“ und der „opportunistischen“ Elemente“ („Deutsche Volkszeitung“, 25.1.79).

Jahjaui „beunruhigt diejenigen, die eine Radikalisierung der Revolution befürchten“ („LM“, 28./29.1.79). Dazu gehören die Armeeführung, die Staatsfunktionäre und die Funktionäre der nationalen Gesellschaften, die mit den Resten der alten Bourgeoisie die „neue Bourgeoisie“ bilden, die von ihren Positionen profitiert und von Härte, Mangel, Bürokratie, Inflation nicht betroffen ist, worunter die Masse der Bevölkerung aber zu leiden hat.

Bei der Antrittsrede des Präsidentschaftskandidaten Chadli am 31. 1. sangen linke Gruppen unter den Delegierten „Die Revolution geht weiter“, was ihre Opposition zur Wahl Chadlis deutlich machen sollte.

Daß sich mit Chadli ein gemäßiger Vertreter dieser „neuen Bourgeoisie“ durchgesetzt hat, macht ein Zitat der „Frankfurter Rundschau“ deutlich:

„Nach der langen Spannung atmen in Alger die westlichen Diplomaten auf. Zwar tritt nicht Außenminister Bouteflika, ihr meistgewünschter Kandidat, das höchste Amt an. Der Dauphin von Boumedienne, der - immer innerhalb des algerischen Sozialismus - die Interessen der hohen Kader und Techniker vertritt, ist im Machtgerangel untergegangen. Andererseits ist aber auch der ehemalige Hochschullehrer und Parteiverantwortliche Salah Jahjaui nicht an die Reihe gekommen. Der progressive Ideologe Jahjaui hätte mit einer Verschärfung des sozialistischen Kurses die Kanäle der westlichen Konsumgüterlieferungen nach Algerien verstopfen können. Von

Chadli erwartet der Westen nicht so sehr Ideologie, sondern Ordnung, klare Hierarchien und die Fortsetzung des pragmatischen Wirtschaftskurses.“ Von Chadli ist bisher nicht viel bekannt, als daß er sich als einziger Militär gegen die Agrarreform wandte und „keine besondere Vorliebe für spartanische Lebensweise gezeigt“ hat und zu „ansehnlichem Besitz“ gekommen ist („FR“, 2.2.79).

Weitere Ergebnisse des Parteikongresses

Einmütig billigten die 3.290 Teilnehmer des Kongresses ein Statut, das die Bildung eines Zentralkomitees mit 120 bis 160 Mitgliedern und 30 Kandidaten sowie eines Politbüros mit 17 - 21 Mitgliedern vorsieht. Weiter legt das Statut das Prinzip der Wahl aller Parteigremien von der Basis bis zur Spitze fest.

Die Zusammensetzung des Politbüros spiegelt das existierende Kräfteverhältnis wieder. Den Kern bilden die acht Mitglieder des Revolutionsrates, der zu Beginn des Kongresses aufgelöst worden war. Von 1965 (dem Putsch) bis jetzt hatte er die Führung dargestellt. Der linke Flügel ist nur durch fünf bis sechs Personen vertreten, auch schon im Revolutionsrat hatte er eine Minderheitsposition. Nur einer der neun neuen Mitglieder kommt aus der Armee. Im Gegensatz zum Politbüro soll die Linke im Zentralkomitee ganz gut vertreten sein („LM“, 2.2.79).

Zur Änderung der Verfassung wurde eine Resolution verabschiedet, die die Einsetzung eines Premierministers und eines Vizepräsidenten vorsieht (um die Macht nicht allein im Posten des Staatspräsidenten zu konzentrieren).

Weiter wurde eine Empfehlung angenommen, einen außerordentlichen Kongreß der FLN zur Vorbereitung des nächsten 4-Jahres-Plans zu organisieren und in Zukunft möglichst die Wahl des Präsidenten, die Diskussion des Plans und die Parteikongresse zusammenfallen zu lassen. In einer allgemeinen politischen Resolution forderte der Kongreß „die führenden Organe des Landes auf, die Zusammenarbeit mit den sozialistischen und progressiven Ländern Europas, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas - den objektiven Verbündeten der algerischen Revolution im Kampf gegen Kolonialismus, Neokolonialismus und Imperialismus - zu entwickeln und die traditionelle Freundschaft und Solidarität mit ihnen im Rahmen der gegenseitigen Respektierung und des Interessengleichgewichts zu stärken“ („Neues Deutschland“, 2.2.79). Verurteilt wurde das Abkommen von Camp David, hervorgehoben die Unterstützung für die Frente Polisario und die PLO.

Nahost-Kommission

Artikelaustausch: „KPD“ kneift schon wieder!

Wir hatten richtig vermutet: Das klägliche Gezappel der „KPD“ um den zwischen unseren beiden Organisationen bereits am 6. Oktober 1978 besprochenen Artikelaustausch geht weiter!

Ursprünglich hatte die „KPD“ selbst einen solchen Artikelaustausch vorgeschlagen. Als es jedoch dann konkret werden sollte, wollte die „KPD“ sich drücken. Drei Briefe von uns, in denen wir konkrete Vorschläge zur Realisierung des Artikelaustausches machten (9.10.78, 15.11.78 und 5.1.79), ließ die „KPD“ schlicht unbeantwortet.

Am 19.1.79 teilte uns die „KPD“ dann plötzlich schriftlich mit, nun wolle sie doch über den Artikelaustausch mit uns sprechen. Es wurde ein Termin für den 27.1. vereinbart, der dann von der „KPD“ auf den 7.2. verschoben wurde. Bei diesem Gespräch trat die „KPD“ mit ganz neuen Vorstellungen auf, die praktisch eine endgültige Absage an den am 6.10.78 abgesprochenen Artikelaustausch darstellen.

Durch und durch lügenhaft ist der Bericht der „Roten Fahne“ vom 15.2. über dieses Gespräch. Wir drucken diesen Bericht nebenstehend als Anschauungsmaterial über die Methoden der „KPD“ ab.

Der Bericht der „Roten Fahne“ soll den Eindruck erwecken, als sei die Reihenfolge der zu behandelnden Themen der Streitpunkt in dem Gespräch gewesen. Wahr ist hingegen, daß wir hinsichtlich der Reihenfolge auch zu Zugeständnissen bereit wären. Es hätte das Thema Indochina also durchaus vorgezogen werden können, wenn ansonsten die „KPD“ bereit gewesen wäre, entsprechend den ursprünglichen Absprachen zu verfahren: Wir hatten der „KPD“ am 6.10.78 (und danach wiederholt schriftlich) vorgeschlagen, mit zwei Artikeln zu den Themen „Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt“ und „Strategische Schlussfolgerungen“ (Fragen der Kriegsgefahr, des „Hauptfeindes“, der „Theorie der drei Welten“ usw.) zu beginnen. Was die Reihenfolge der sonstigen Themen anging, gaben wir der „KPD“ zu verstehen, daß wir sehr weitgehend bereit wären, auf ihre eventuellen Vorschläge einzugehen.

Die „KPD“ hatte bis zu dem Gespräch am 7.2.79 diesem Vorschlag nicht widersprochen. Am 7.2. jedoch trug sie – mündlich und schriftlich – folgenden Plan vor:

– Innerhalb der nächsten vier Wochen ein Artikelaustausch zum Thema Indochina.

– Im August ein Artikelaustausch zum Thema CSSR.

– Anfang September ein Artikelaustausch zum Thema Kriegsgefahr und Kräfteverhältnis.

– Im Oktober ein Artikelaustausch zum Thema DDR.

Diesen Vorschlag begründete die „KPD“ schriftlich damit, sie wolle ihre „Rote Fahne“ „nicht kurzfristig mit dem Artikelaustausch mit dem KB überfrachten“ und wolle „nicht den Eindruck aufkommen lassen, wir wären mehr an einer Diskussion mit dem KB interessiert als an der Debatte mit anderen demokratischen und sozialistischen Kräften“.

In der Praxis hätte der Vorschlag der „KPD“ aller bisherigen Erfahrung nach bedeutet, daß sie Zeit für neue Vorwände gewonnen hätte, um dann im September den Artikelaustausch zum Thema Kräfteverhältnis erneut platzen lassen zu können.

Ein weiterer Punkt kam noch hinzu: Die „KPD“ wollte nicht bloß den gesamten ursprünglich auf zwei Artikel geplanten Komplex auf einen

Artikel reduzieren, sondern sie wollte für diesen, ebenso wie für die drei anderen vorgeschlagenen Themen, lediglich einen Raum von 480 Zeilen vereinbaren! Zum Vergleich: Eine AK-Seite hat (ohne Überschriften, Fotos etc.) ca. 630 Zeilen, eine „Rote Fahne“-Seite ca. 850 Zeilen.

Das heißt, bei einem derart knapp bemessenen Raum ist eine Sach-Auseinandersetzung mit Tatsachen-Beweisen zum Thema Kräfteverhältnis, Kriegsgefahr usw., völlig unmöglich. Auch über andere Themen wäre auf diesem Raum kaum eine sinnvolle Auseinandersetzung zu führen.

Da die „KPD“ in diesen Fragen insgesamt nicht die geringste Gesprächsbereitschaft zeigte, ist ihre Absicht eindeutig, eine an den Tatsachen entlanggeführte Auseinandersetzung über ihre Thesen vom „Hauptfeind Sozialimperialismus“, von der „riesigen militärischen Überlegenheit der Sowjetunion“ etc. pp. in der „Roten Fahne“ nicht zuzulassen. Das ist das Eingeständnis ihrer totalen Unfähigkeit, sich auf diesem Feld einer sachlichen Auseinandersetzung zu stellen.

Wir betrachten damit das Kapitel „Artikelaustausch“ als vorläufig abgeschlossen. Um zu zeigen, mit welchen Fakten und Argumenten sich die „KPD“ nicht auseinandersetzen möchte, beginnen wir in diesem AK

Unsere Partei hat immer wieder die Diskussion und lebendige Auseinandersetzung mit Demokraten, Sozialisten und Kommunisten gesucht, darunter auch mit dem KB und dem KBW.

Nach früheren Verhandlungen mit dem KBW erhielt unsere Partei im Januar 1979 einen Brief des Sekretärs des KBW, Hans-Gerhard Schmierer, in dem weitere Gespräche abgelehnt wurden.

Am 12. Februar antwortete unsere Partei, daß wir nach wie vor Gespräche auch mit dem KBW für notwendig halten.

In der kommenden Ausgabe der

ROTEN FAHNE werden wir diesen Brief abdrucken.

Am 7. Februar 1979 trafen sich Vertreter des KB und der KPD, um erneut über einen Artikelaustausch und eine Veranstaltungsreihe über strittige Fragen zu beraten. Neben unterschiedlichen Auffassungen über Länge und Anzahl der Artikel bestanden weitere Differenzen darüber, ob man zunächst mit konkreten Analysen zu einigen wichtigen Fragen beginnt, um danach zu den grundlegenden Differenzen in der Einschätzung der Weltlage und der besonderen Gefährlichkeit der Sowjetunion vorzustoßen; oder ob man

– wie es der KB vorschlug – ohne jeden konkreten Bezug mit dem allgemeinen Thema anfängt, nämlich mit der Einschätzung der Weltlage. Wir schlugen vor, mit dem gegenwärtig wichtigsten Thema der Aggression Vietnams in Kampuchea zu beginnen.

Außerdem enthielt der Vorschlag des KB kein Wort über gemeinsame Veranstaltungen. Wir schlugen dem KB erneut eine Veranstaltungsreihe vor, beginnend mit dem Thema der vietnamesischen Aggression. (Beide Vorschläge werden in der nächsten Nummer der ROTEN FAHNE dokumentiert.)

Wir hielten und halten es außerdem für die Leserschaft beider Zeitungen für günstiger, wenn man die Artikel, die für den gegenseitigen Abdruck gedacht sind, anhand konkreter heutiger oder historischer Ereignisse schreibt.

Die Vertreter der KPD und des KB einigten sich darauf, die gegenseitigen Vorschläge noch einmal zu überdenken und innerhalb von zehn Tagen wieder zusammenzutreffen.

Wir würden uns freuen, wenn dann schon für den März mit dem ersten Austausch von Artikeln und mit Veranstaltungen begonnen werden kann.

Aus „Rote Fahne“, 15.2.79

Der Artikel, den die nicht drucken will

ROTE FAHNE

Womit beginnen?

Der folgende Artikel wurde ursprünglich für den am 6.10.78 zwischen Vertretern des KB und der „KPD“ vereinbarten Artikelaustausch in den Zentralorganen beider Organisationen geschrieben. Er behandelt das Thema „Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt“ und sollte zusammen mit einem weiteren Artikel über „strategische Schlussfolgerungen“ (Frage des „Hauptfeindes“, der Kriegsgefahr, der „Theorie der drei Welten“ usw.) die Grundlage der mit dem Artikelaustausch geführten Auseinandersetzung darstellen.

Nachdem die „KPD“ den Beginn des Artikelaustausches monatelang immer wieder hinausgezögert hatte, stellte sie mit einem Brief und Gespräch am 7.2. plötzlich die gesamte Planung als solche in Frage. In ihrem Brief heißt es dazu: „Vereinbarte Artikel sollten möglichst einen aktuellen Bezug zu politischen Ereignissen besitzen“ (Hervorhebung von uns). Daher sei der ganze Themen-Komplex Kräfteverhältnis/Schlussfolgerungen eigentlich gar nicht für den Artikelaustausch geeignet. Immerhin könnte man „anlässlich“ des 40. Jahrestags des Beginns des 2. Weltkriegs (also im September!) einen Artikel zu diesem Themen-Komplex austauschen – allerdings nicht länger als 480 Zeilen.

Wir halten es für total idiotisch, die Planung eines Artikelaustausches, der zu einer grundlegenden Auseinandersetzung führen soll, von sogenannten „Aktuellen Anlässen“ abhängig zu machen und danach Reihenfolge und Schwerpunkt festzulegen. Für ebenso idiotisch halten wir die Begründung der „KPD“ für diesen Vorschlag: Die „Rote Fahne“ werde u.a. über Kioske vertrieben und habe daher einen „Einzugsbereich“, der sich stark entlang „aktu-

eller“ Fragen für die Zeitung interessiere. Das heißt, ein Artikelaustausch müsse sich an den Vertriebsbedingungen der „Roten Fahne“ und an angeblichen Lesegewohnheiten des „Einzugsbereichs“ dieser Zeitung orientieren.

Tatsächlich geht es der „KPD“-Spitze bei diesem Vorschlag aber wohl nicht um Vertriebs-Probleme, sondern einfach darum, eine grundsätzliche Auseinandersetzung in Form eines Artikelaustausches nicht zuzulassen. Dabei hatte sie in ihrer „Roten Fahne“ vom 7.12.78 gerade noch geschrieben:

„Eine Weiterführung der Polemik mit dem KB hat nur Sinn, wenn er sich endlich dazu durchringt, etwas über die Rolle der heutigen Sowjetunion zu sagen. Unsere strategische Linie des antihegemonistisch-demokratischen Kampfes hat ja zur Voraussetzung die Analyse der Sowjetunion als gefährlichere Supermacht.“

Eben darum geht es!

Und es geht darum, daß die „KPD“-Spitze sich einer wissenschaftlich-faktenmäßigen Auseinandersetzung um diese sogenannte „Analyse“ nicht stellen will, weil sie letztlich den Beweis für ihre Thesen vom „Hauptfeind Sozialimperialismus“ usw. nicht führen kann.

Andererseits kann man mit der „KPD“ aber nicht sinnvoll über Einzelfragen (Indochina, CSSR, Lissabonner Konferenz etc.) diskutieren, solange sie darauf beharrt, eine Auseinandersetzung über die Voraussetzungen ihrer gesamten Politik auszuklammern. Denn bei jedem heiklen Punkt zieht sich die „KPD“ rasch eben wieder auf diese unbewiesenen Voraussetzungen zurück, die sie offensichtlich auch unbewiesen lassen will. Beispielsweise zur Lissabonner Konferenz: „Die Kernfrage zur Beurteilung der

Teilnahme (der „KPD“ – Anm.AK) an der Lissabonner Konferenz ist nicht die Frage, ob dort auch CDU-Mitglieder anwesend waren, sondern sie Frage: Gibt es eine Bedrohung durch den russischen Imperialismus in Europa oder nicht?“ („Rote Fahne“, 9.11.78; Hervorhebungen von uns).

Angesichts dieser aalglatten Diskussionsweise der „KPD“ ist offensichtlich, daß eine Auseinandersetzung tatsächlich bei den Voraussetzungen beginnen muß, wenn man nicht bloß Schleim in den Händen behalten will.

Die Funktion eines Kräftevergleichs

Die „KPD“ und wir gehen von folgenden sehr unterschiedlichen Einschätzungen der internationalen Lage aus:

Die „KPD“ nimmt die Existenz zweier „Supermächte“ an, von deren „Ringem um Hegemonie“ heute die „Hauptkriegsgefahr“ ausgehe. Von diesen beiden „Supermächten“ befänden sich die USA in der „Defensive“, die Sowjetunion hingegen in der „Offensive“. Die Sowjetunion sei die militärisch überlegene „Supermacht“. Von ihr gehe die „Hauptkriegsgefahr“ aus, sie sei die „gefährlichere Supermacht“, sie müsse daher „besonders“ bekämpft werden. demgegenüber seien die mit den USA in der NATO verbündeten westeuropäischen Staaten ebenso wie Japan, Australien u.a. Teil einer sogenannten „Zweiten Welt“, die sich im Widerspruch besonders zum „Sozialimperialismus“ befände und die daher Teil einer „antihegemonistischen Front“ werden könne.

Die „KPD“ wirft den imperialistischen Staaten mangelnde „Wachsamkeit“ und eine Politik der Zugestän-

nisse („Beschwichtigungspolitik“) gegenüber der Sowjetunion vor. In Orientierung an den aggressivsten bürgerlichen Militärtheoretikern wie dem belgischen General Close warnt die „KPD“ vor der angeblichen militärischen Überlegenheit des Warschauer Pakts und ruft die NATO-Staaten zu „verstärkten Verteidigungsanstrengungen“ auf. Für den Fall eines neuen Weltkriegs propagiert die „KPD“ die „Vaterlandsverteidigung“.

Unklar ist bisher noch das Verhältnis zu den USA. Zwar wurde 1975 von der „KPD“ ausdrücklich erklärt, man dürfe in der BRD nicht für den Abzug der US-Truppen eintreten. Diese Äußerung wurde später nicht mehr wiederholt. Tatsache ist allerdings, daß die „KPD“ in der Praxis wirklich nicht gegen die militärische Vorherrschaft der USA in Westeuropa eintritt, außer auf der Ebene bürgerlicher Militärpolitik. (Die imperialistischen Staaten Westeuropas sollen ihre Aufrüstung verstärken und eigene Atomwaffen entwickeln, um von den USA unabhängiger zu werden).

Im Gegensatz zur „KPD“ hat deren portugiesische Bruderpartei PCP/ML wiederholt und sehr eindeutig erklärt, daß sie auch den US-Imperialismus als Bestandteil einer „antihegemonistischen Front“ gegen die Sowjetunion betrachtet. (Siehe z. B. „Unade Popular“, 21.12.78, S.1, oder Rede von Vilar auf dem 7. Parteitag der PCP/ML, Jan. 1977).

Die „KPD“ hat diese Konsequenz bisher noch nicht gezogen, wird sie aber nach Deng Hsiao-pings Äußerungen in den USA wohl bald ziehen.

zu bilden. Dieser Machtblock hat zwar auf dem Gebiet der Atomwaffen den beiden Großmächten USA und Sowjetunion kaum etwas entgegenzusetzen, könnte ihnen aber in der konventionellen Bewaffnung durchaus gleichwertig sein.

Der KB schätzt ein, daß die Gefahr eines neuen imperialistischen Raub- und Umverteilungskrieges groß ist.

Im Gegensatz zur „KPD“ meinen wir aber, daß dabei auch dem BRD-Imperialismus, der seine besondere Aggressivität nicht verloren hat, eine aktive Rolle zufällt. Ein solcher Krieg wäre ein imperialistischer Krieg, also vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus ein ungerechter Krieg. Kommunisten können weder einen solchen Krieg noch die Vorbereitung dazu unterstützen, geschweige denn die Imperialisten zu „verstärkten Anstrengungen“ anfeuern.

Wir gehen aufgrund des von der imperialistischen Bourgeoisie selbst gelieferten Zahlenmaterials davon aus, daß es keine sowjetische Überlegenheit gegenüber der NATO gibt und daß auch keine solche Überlegenheit „droht“. Im Gegenteil ist der militärische Vorsprung der NATO gegenüber dem Warschauer Pakt erheblich. Der KB hält darum die irreführenden Warnungen vor einer sowjetischen Überlegenheit, wie sie auch von der „KPD“ ständig zu hören sind, für einen Bestandteil der Kriegspropaganda des Imperialismus, mit der die eigenen Rüstungsprojekte massenwirksam begründet werden sollen.

Wir werden im Folgenden mit ausführlichem Zahlenmaterial den Beweis für unsere Einschätzung des militärischen Kräfteverhältnisses darlegen. Der „KPD“ wird es nicht gelingen, diesen Beweis zu widerlegen.

Fortsetzung nächste Seite

Zeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)
Herausgeber: ZK der KPD, verantwortlich für Inhalt: Die Pressekommission: Karlheinz Heide, 1 Köln 1, Kassepost 10; Rüd-Druck, Köln.

WOCHENZEITUNG

10. Jg. / Nr. 7 15. 2. 1979 1,- DM

Redaktion und Vertrieb: 5 Köln 1, Kassepost 10. Tel.: 02 21 / 32 40 50, RF-Büro Bonn: Heidepost 10-15, Postfach 1, Haus 32, Tel.: 0 22 21 / 21 30 44. G2010CX

Fortsetzung von Seite 54

Sie wird sich daher auf eine Auseinandersetzung um die Tatsachen gar nicht erst einlassen, sondern nach Ausflüchten suchen. Sie wird vom tatsächlichen Gegenstand der Auseinandersetzung — Gibt es eine sowjetische Überlegenheit oder nicht? — ablenken wollen, sie wird womöglich argumentieren, daß diese Frage nebensächlich sei.

Nebensächlich ist diese Frage jedoch keineswegs. Vielmehr bildet die Legende von der sowjetischen Überlegenheit das Kernstück der imperialistischen Kriegspropaganda ebenso wie aller einschlägigen Argumentationsketten der „KPD“. Vor allem auf der emotionalen Ebene wird mit der Holzhammer-Propaganda von der russischen Bedrohung und erdrückenden Überlegenheit Angst produziert, die in „Verteidigungsbereitschaft“ umgesetzt werden soll. Das gilt besonders für die von einigen wildgewordenen NATO-Militärs und von der „KPD“ vertretenen These, die Sowjetunion könne „blitzkriegartig“ Westeuropa überrollen und in wenigen Tagen schon am Atlantik stehen. Diese These ist so absurd, daß sie selbst in der NATO nur von ein paar halbverrückten Außenseitern vertreten wird. Auch mit dieser These wollen wir uns im Folgenden auseinandersetzen.

Die Frage der Methodik

Die Beschwörer der russischen Gefahr benutzen ein bewährtes Instrumentarium, um zu den gewünschten Ergebnissen („Sowjetische Überlegenheit erfordert verstärkte Aufrüstung des Westens“) zu gelangen. Dieses Instrumentarium läßt sich grob in zwei Hauptpunkte differenzieren:

1. Es werden Zahlen verwendet, die — gelinde gesagt — höchst zweifelhaft sind bzw. oft — genauer gesagt — erheblich verfälscht sind.
2. Es werden Zahlen miteinander verglichen, die man gar nicht miteinander vergleichen kann.

Zu diesem an sich schon ausreichendem Instrumentarium hat speziell die „KPD“ noch eine dritte Technik zur Perfektion entwickelt: Sie gibt in ihrer Presse fast nie die Quellen an, aus denen sie ihr Zahlenmaterial bezieht. Denkt man, daß Zahlen etc. zum militärischen Kräfteverhältnis weitgehend auf „Schätzungen“ beruhen und im Einzelnen sehr stark voneinander abweichen, so liegt die Schlußfolgerung auf der Hand, daß der Wert der Analyse gleich Null ist, wenn sie nicht mehr e h r e Quellen vergleicht und auch jeweils klar zitiert.

zu 1): Es gibt seitens der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Pakts relativ wenig statistisches Material über ihre militärische Stärke.

Andererseits ist festzustellen, daß die westlichen „Schätzungen“ sich allesamt (selbst wenn man relativ guten Willen der betreffenden „Experten“ voraussetzt) im Bereich der Spekulation bewegen. Diese „Schätzungen“ sind relativ beliebig. Allenfalls beruhen sie auf bloßen Vermutungen über die sowjetische Aufrüstung und auf Kalkulationen, was diese Aufrüstung vielleicht kosten könnte.

Nicht viel solider sind die „Schätzungen“ über die Stückzahlen von Panzern, Flugzeugen usw. Zudem werden dabei vielfach überaltete, längst „eingemottete“ Modelle des Warschauer Pakts noch mitgerechnet, die man andererseits bei der Zusammenrechnung der NATO-Bestände selbstverständlich unter den Tisch fallen läßt.

Und schließlich ignoriert ein bloßer Vergleich v o n d e n e r Waffen (selbst unter der Voraussetzung, daß dieser Zahlenvergleich einigermaßen stimmen würde) die unterschiedlichen wirtschaftlichen Kapazitäten für eine K r i e g s p r o d u k t i o n — ein Faktor, der sich im Fall eines länger dauernden Abnutzungskrieges entscheidend bemerkbar machen würde.

Wir haben uns für derartige Analysen daran gewöhnt, westliche „Schätzungen“ zwar prinzipiell anzuzweifeln, aber sie doch als (da einzig zugängliche) Grundlage unserer Einschätzung zu verarbeiten. Freilich nicht in der Art der „KPD“, die sich von vielleicht 10 unterschiedlichen bürgerlichen Angaben zu einer Sache in der Regel die Zahl herausgreift, die ihren Zielen am meisten entspricht — die also die Überlegenheit der Sowjetunion am allerschwersten malt. Vielmehr haben wir uns zur Gewohnheit gemacht, bürgerliches Zahlenmaterial zu vergleichen, abzuwägen und auf dem Boden dieses Materials die imperialistische Kriegspropaganda zu widerlegen. So wollen wir auch in diesem Artikel verfahren.

zu 2): In der Schauer-Propaganda der Beschwörer der russischen Gefahr wimmelt es von hinkenden Verglei-

chen. Jedem wird einleuchten, daß es absurd wäre, westdeutsche PKWs gegen sowjetische Panzer aufzurechnen (unter dem Stichwort „Fahrzeuge“ beispielsweise). Viel sinnvoller ist es aber auch nicht, wenn undifferenziert Zahlen von Panzern (mögen sie nun stimmen oder nicht) der NATO und des Warschauer Pakts einander gegenübergestellt werden, ohne qualitative Unterschiede zu berücksichtigen. Noch alberner ist der bekannte Zahlenvergleich von „Kriegsschiffen“ beider Militärpakte, wobei sowjetische Versorgungsschiffe, Küstenwachboote usw. Stück für Stück gegen Kreuzer, Raketenboote etc. der NATO aufgerechnet werden. Wir wollten, soweit möglich (wiederum auf dem Boden bürgerlichen Zahlenmaterials), solche unsinnigen pauschalen Zahlenvergleiche qualitativ aufschlüsseln, um zu einem realistischeren Bild zu kommen.

Zu den hinkenden Vergleichen gehört auch, daß etwa nur sowjetische und US-amerikanische Zahlen verglichen werden (wobei sich leichter eine sowjetische Überlegenheit konstruieren läßt, als wenn man die beiden Militär-Pakte vergleicht), oder daß willkürlich die („geschätzten“) militärischen Stärken in ungleich großen Regionen miteinander verglichen werden, besonders bei der Diskussion des Kräfteverhältnisses in Europa. Darauf soll in diesem Artikel ebenfalls eingegangen werden.

Was zeigt der Vergleich der Rüstungs - Ausgaben?

Die Standard-Formel aller Beschwörer der russischen Bedrohung lautet: Konventionell sei der Warschauer Pakt dem Westen bei weitem überlegen, auf dem Gebiet der nuklearen Waffen habe der Warschauer Pakt annähernd gleichgezogen.

Es mag daher zunächst eine Äußerung verblüffen, die so gar nicht in das gewohnte Bild paßt. Als Oberbefehlshaber der NATO in Europa behauptete General Haig — ansonsten durchaus als unermüdlicher Warner vor einer russischen Überlegenheit bekannt! — 1977 in einem Interview: „Insgesamt sei aber das Potential der freien Welt dreimal größer“ (zit. nach „Süddeutsche Zeitung“, 15.7.77). Gemeint war tatsächlich das militärische Potential, und aus gut verständlichen Gründen tauchte diese bemerkenswerte Behauptung Haig's nie wieder in der bürgerlichen Presse auf.

Einige Vorüberlegungen, die auf die Ausgangsbedingungen, insbesondere den ökonomischen Voraussetzungen der Rüstung in Ost und West aufbauen, zeigen jedoch, daß Haig's sensationelle Behauptung gar nicht so abwegig zu sein braucht, wie sie angesichts einer ansonsten weitgehend gleichgeschalteten Stimmungsmache zu sein scheint.

1) Übereinstimmung besteht selbst bei den Beschwörern der russischen Bedrohung, daß die NATO dem Warschauer Pakt qualitativ überlegen ist.

„In der Entwicklung und Einführung der wichtigsten waffentechnologischen Neuerungen waren und sind gen ist.“

„In der Entwicklung und Einführung der wichtigsten waffentechnologischen Neuerungen waren und sind die USA der UdSSR stets voraus“, schreibt ein Dieter S. Lutz im SPD-„Vorwärts“ (16.11.78) und knüpft daran die These: „Ein einmal gewonnener Vorsprung ist bei strikter Geheimhaltung und anhaltender Forschung also kaum noch aufzuholen“. Auch wenn der „Vorwärts“ den Warnern vor der russischen Gefahr prinzipiell verdächtig sein mag, so scheint die These von Dieter S. Lutz doch logisch, sofern man annähernd gleiches wirtschaftliches und technisches Niveau, sowie annähernd gleiche Rüstungsausgaben voraussetzt.

Nun wird niemand bezweifeln, daß die USA der Sowjetunion in Wirtschaft und Technik immer noch deutlich überlegen ist. Gleich die Sowjetunion diesen Rückstand möglicherweise durch umso höhere Rüstungsausgaben wieder aus und schafft sich dadurch die Voraussetzungen, den militärischen Vorsprung der USA einzuholen?

2) Als Antwort auf diese Frage gibt es eine weitere verblüffende Zahl. Leber, damals noch Bundesverteidigungsminister und eher der „harten“ Linie unter den NATO-Militärverantwortlichen zuzurechnen, erklärte 1976 in der Zeitschrift „Wehrtechnik“: Die NATO habe seit ihrer Gründung 1949 insgesamt 100 Milliarden Mark mehr für militärische Zwecke ausgegeben als der Warschauer Pakt. (zit. nach „Frankfurter Rundschau“, 1.6.76).

3) Daß der Warschauer Pakt unter solchen Voraussetzungen (ökonomisch-technologischer Rückstand, geringere Rüstungsausgaben) u n m ö g l i c h in der Lage gewesen sein könnte, die NATO einzuholen oder gar zu überholen, müßte selbst dem uneinsichtigsten Vaterlandsverteidiger letztlich klar sein. Vielleicht aber, so könnte man einwenden, hat sich gerade in

den letzten Jahren das Verhältnis der Rüstungsausgaben zwischen NATO und Warschauer Pakt entscheidend verschoben? Auch diese Frage sei mit einem Zahlenvergleich beantwortet: Noch 1976 hat die NATO einer Statistik der US-Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung zufolge 147 Milliarden Dollar ausgegeben, der Warschauer Pakt hingegen 139 Milliarden Dollar („Frankfurter Rundschau“, 25.7.78). Diese Angaben entsprechen übrigens, um Zweifler zu beruhigen, den Zahlen, die auch von der chinesischen Nachrichtenagentur „hsinhua“ (30.9.78) und vom CIA genannt werden (lt. „Süddeutsche Zeitung“, 20.1.78); die Angaben des US-Militärnachrichtendienstes DIA liegen insgesamt niedriger, zeigen aber exakt dieselben Proportionen („Welt“, 24.8.77).

4) Man wird der Vernunft zuliebe annehmen müssen, daß derartige Angaben über die Rüstungsanstrengungen des Warschauer Pakts ü b e r t r i e b e n sind, denn dies entspricht der Logik von Militärs und dient dazu, leichter Gelder für die eigene Aufrüstung locker machen zu können. Das Stockholmer Institut für Friedensforschung (SIPRI) etwa, das die Rüstungsausgaben insgesamt niedriger beziffert als die eben zitierten NATO-Quellen, gibt für 1977 die Ausgaben der NATO mit 123,5 Milliarden Dollar an, die des Warschauer Pakts hingegen nur mit 71,7 Milliarden Dollar (SIPRI-Jahrbuch 1978, zit. nach „DVZ“, 6.7.78).

Dies sei nur des Vergleichs wegen erwähnt; zur Widerlegung der Lügen von der russischen Überlegenheit reichen die eigenen Angaben der NATO-Militärs durchaus aus.

5) Da die Rüstungsausgaben des Warschauer Pakts in den letzten drei Jahrzehnten deutlich niedriger waren als die der NATO, stellt sich die Frage, wie der Warschauer Pakt trotzdem die NATO eingeholt und überholt haben könnte, und sei es auch nur hinsichtlich der Quantität (Zahl der Waffen). Dies wäre nur möglich, wenn die Wirtschaft der RGW-Staaten sehr viel leistungsfähiger wäre als die des Westens, wenn dort also ein investierter Dollar mehr brächte als im Westen.

Das Gegenteil ist jedoch nach übereinstimmender Ansicht bürgerlicher Experten der Fall. Selbst die FAZ („Frankf. Allgemeine“), die in der Regel auf Seiten der NATO-„Falken“ agiert, kommt hinsichtlich der Höhe der sowjetischen Rüstungsausgaben zur Schlußfolgerung: „Die neuen Kalkulationen besagen nicht, wie auf den ersten Blick angenommen werden könnte, daß die Sowjetunion militärisch stärker ist als bisher angenommen. Sie zeugen vielmehr von einer geringeren Effektivität der sowjetischen Rüstungsproduktion, die durch einen entsprechend größeren finanziellen Aufwand ausgeglichen werden muß“ (FAZ, 20.5.76).

Adalbert Weinstein, Militär-Journalist der FAZ und profiliertester „Falken“, schrieb unter der Überschrift „König ist nicht die Zahl“: „Schließlich sollten wir auch untersuchen, warum die Sowjets fast doppelt soviel an Geld für die Aufrüstung und Bewaffnung ausbringen als der vereinigte Westen“ (Eine vollständig lächerliche Behauptung, die allen Statistiken der NATO total widerspricht; s.o. — Anm. AK) „Trotz gewaltiger Summen liegen die Sowjets auf fast allen Gebieten der modernen Waffenentwicklung hinter den Amerikanern. Eine Information, die der CIA vor kurzem veröffentlichte, bestätigt im einzelnen, was Henry Kissinger zu Beginn dieses Jahres über das sowjetische Rüstungsprogramm sagte: In der Qualität und in der Leistungsbreite sei es mit dem amerikanischen nicht zu vergleichen. Schlechte Organisation, dirigistische Wirtschaftsordnung, falsche Planung seien Kennzeichen der sowjetischen Rüstung. Diese Schwächen könnten nur durch erhebliche ständige Zuschüsse wettgemacht werden“ (FAZ, 21.12.76).

Und die „Welt“ berichtete unter der bemerkenswerten Überschrift „Überschätzt der Westen die sowjetische Gefahr?“ von einer offiziellen US-Studie, die hinsichtlich der Möglichkeiten der sowjetischen Rüstungswirtschaft zu folgender Einschätzung kam: „— Die amerikanische Wirtschaft ist der sowjetischen klar überlegen. — Der Vorsprung der amerikanischen Technologie ist für die Sowjets wahrscheinlich uneinholbar. — Die sowjetische Wirtschaft geht deutlichen Engpässen entgegen, der Arbeitsmarkt verengt sich, das Kapital wird knapp. — Die Schwierigkeiten der sowjetischen Landwirtschaft halten an.“

6) Die professionellen Warner vor der russischen Überlegenheit vergleichen, um überhaupt Stoff zu bekommen, vorzugsweise lediglich die Angaben der Sowjetunion mit denen der USA, und noch lieber die Prozentanteile der jeweiligen Rüstungsausgaben am Bruttosozialprodukt (Volkseinkommen). Dieser Anteil soll 1975/76 in

der Sowjetunion 11-12% betragen haben, in den USA hingegen rund 6,7% (lt. FAZ, 20.5.76); eine andere Schätzung (1978) behauptet, daß es in der Sowjetunion „knapp über 10%“ seien, in den USA hingegen 5,1% („Welt“, 3.4.78); wiederum andere Quellen behaupten gar, daß die Sowjetunion 13% ihres Bruttosozialprodukts in die Rüstung stecke („Tagesspiegel“, 7.12.78, unter Berufung auf ein NATO-Kommunique).

Bei all dem fällt allerdings unter den Tisch, daß das Brutto-Sozialprodukt der Sowjetunion nur etwa 40% von dem der USA ausmacht! Das behauptet jedenfalls der General Haig. („Spiegel“-Interview 34/76). Die Sowjetunion gibt also, absolut gesehen, gar nicht unbedingt mehr aus als die USA, muß aber bei gleichen Rüstungsausgaben ihre Wirtschaft erheblich stärker belasten als die USA.

Glaubt man den offiziellen Statistiken der NATO, so machen die Rüstungsausgaben der USA nur 60-70% von denen der Sowjets aus. Allerdings sagt diese Zahl, selbst wenn sie stimmen würde, noch nichts über die unterschiedliche Effektivität der Rüstungsausgaben aus (s.o.). Im Übrigen ist diese Zahl der NATO-offiziellen Statistik zweifellos übertrieben. Zum Vergleich sei erwähnt, daß das Stockholmer SIPRI die Rüstungsausgaben der USA sogar h ö h e r beziffert als die der Sowjetunion, für 1977 beispielsweise 76,4 Milliarden Dollar gegenüber 60,4 Mrd. (SIPRI-Jahrbuch 1978). Die handelsüblichen bürgerlichen „Schätzungen“ über Rüstungsausgaben der Sowjetunion sind derart spekulativ und willkürlich, daß sogar Springer „Welt“ sich kürzlich auf die sehr allgemeine Mitteilung beschränkte, daß nach Schätzungen „amerikanischer Regierungskreise“ die Rüstungsausgaben der Sowjetunion sich auf „mehr als 200 Mrd. Mark“ belaufen. („Welt“, 30.11.78). Ansonsten werden Angaben um 290 Mrd. Mark gehandelt!

Selbst wenn die Sowjetunion mehr für die Rüstung ausgeben sollte als die USA (was, wie gesagt, zweifelhaft ist), so sagt das noch herzlich wenig über die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den großen Militärböcken NATO und Warschauer Pakt. Es zeigt sich, legt man die NATO-Statistiken zugrunde, daß auf die Sowjetunion 91% der Rüstungsausgaben des Warschauer Pakts entfallen; hingegen entfallen auf die USA nur 62% der Rüstungsausgaben der NATO. (Zugrundegelegt wurde die Statistik der US-Behörde für Rüstungskontrolle und Abrüstung für 1976). Daraus ist nicht ohne weiteres eine besondere „Gefährlichkeit“ oder „Überlegenheit“ der Sowjetunion herzuleiten; sondern zunächst verweist dieser Zahlenvergleich nur auf den Umstand, daß die Pakt-Partner der Sowjetunion insgesamt sehr viel weniger leistungsfähig sind als die der USA. Aus diesem Umstand ergeben sich für die Sowjetunion überproportionale Rüstungslasten im Vergleich zu den USA (falls sie mit ihrem Pakt-System nicht noch weiter hinter die NATO zurückfallen will), und hieraus erklären sich auch die sowjetischen Bemühungen, die anderen Staaten des Warschauer Pakts zu höheren Rüstungsausgaben zu bewegen — was bekanntlich im Falle Rumäniens kürzlich auf öffentliche Ablehnung stieß. Eine ähnliche Tendenz zeigt sich jetzt auch in Polen („Rote Fahne“, 18.1.79, S. 3).

So sind der Warschauer Pakt, und insbesondere die Sowjetunion, mit einem Rüstungswettlauf konfrontiert, der ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten weit übersteigt und der, indem er sie zu einer überproportionalen Aufblähung der Rüstungswirtschaft zwingt, ihre Volkswirtschaft insgesamt wiederum negativ beeinflusst. Dieser Wettlauf wird von der NATO, insbesondere von den USA, durch Ausspielen ihres technologischen Vorsprungs und durch immer neue Waffen (Neutronenbombe, Cruise Missile etc.) systematisch vorangetrieben. Dieser Rüstungswettlauf seitens der imperialistischen Staaten baut auf die Spekulation auf, das längere Stehvermögen zu haben (auf Grund erheblicher größerer industrieller Kapazitäten, technologischen Vorsprungs u.a.), und die Gegenseite bis zu einem Punkt zu treiben, wo die jetzt schon sichtbaren Auswirkungen der Rüstungslasten auf den Lebensstandard der Bevölkerung der RGW-Staaten in breiten Protest umschlagen, wo sich die Widersprüche zwischen der Sowjetunion und anderen Staaten des Warschauer Pakts untrüglich verschärfen usw.

Die Sowjetunion kann zudem trotz aller Anstrengungen bei diesem Wettlauf überhaupt nicht damit rechnen, den Vorsprung der imperialistischen Staaten jemals einzuholen, sondern dieser Vorsprung wächst immer mehr.

(Der Artikel wird fortgesetzt mit einem Vergleich der Atom-Waffen und der Situation in Mitteleuropa).

Arbeiterbund München: Zaghaft weg von Hua?

Gegenüber allen Wendungen und Windungen der chinesischen Innen- und Außenpolitik hatte der Arbeiterbund München bisher immer nur eine Antwort: In China herrschen die Arbeiter. Da k a n n also gar nichts schiefgehen. Und wer's nicht glaubt, ist halt ein neunmalkluger Intellektueller. In diesem Sinn unterstützte der Arbeiterbund München, wenn auch mit ein paar Monaten Verspätung, den Hua-Putsch.

Jetzt deutet sich eine zaghafte Abkehr von dieser erzkatholischen Haltung ab. Über Deng Hsiao-ping beispielsweise kann man jetzt in der „KAZ“ (Zeitung des Arbeiterbunds München) lesen: Deng habe sich „unverhohlen“ dem US-Imperialismus „als Verbündeter angeboten“, das sei „schamloser und offener Verrat am proletarischen Internationalismus“. Allerdings fügt der Arbeiterbund, alter Gewohnheit gemäß, dem herben Tadel gleich Tröstliches hinzu: „Es kann nicht der Wille der chinesischen Arbeiterklasse... sein zuzulassen, daß opportunistische Partei- und Staatsführer wie Deng den von der '3-Wellen-Theorie' vorgezeichneten Weg weitergehen“ („KAZ“, 4.2.79). Wahrscheinlich haben die chinesischen Arbeiter erst mal ordentlich mit Deng geschimpft, als er von Jimmy Carter nach Hause kam!...

In derselben „KAZ“ wird der Versuch unternommen, zur chinesischen Linie eine politische Stellung zu nehmen. Und zwar wieder nach demselben Strickmuster: In China herrschen selbstverständlich die Arbeiter. Jedoch treten derzeit auch „rechte Kräfte“ ziemlich offen auf. „Der Hauptangriff der Rechten konzentriert sich gegenwärtig auf die Große Proletarische Kulturrevolution“. Dieses offene Auftreten der Rechten sei aber „weder erschreckend noch ungewöhnlich“. Interessant sei nur die Frage, was die Führung der KP Chinas gegen den Revisionismus tut. Diese Frage sei sogar „brennend“. Und der Arbeiterbund München kommt zum Fazit, daß die Antworten der Führung der KP Chinas auf diese Frage „verschommen“, „unpräzise“, „unbestimmt“ seien, daß den „Rechten“ zuviel Spielraum gelassen werde.

Das ist noch nicht mehr als eine sehr halberzige Kritik. Sie scheut die einzig mögliche klare Aussage: daß die „Rechten“ bereits an der Macht sind, daß die Führung der KP Chinas in ihrer Haltung keineswegs „unbestimmt“ ist, sondern daß sie das Zentrum der Rechten ist. Sie scheut die Analyse der Entwicklung, die zu dieser Situation geführt hat. Die „KAZ“ kündigt an, sich demnächst konkret mit verschiedenen Maßnahmen der chinesischen Führung auseinanderzusetzen. Vielleicht wird der Arbeiterbund München dabei zu handfesteren Aussagen kommen als bisher.

Es drängt sich an diesem Punkt eine Überlegung auf: Wenn jetzt die katholische Treue des Arbeiterbunds München gegenüber der jeweiligen chinesischen Führung zu Bruch geht, eine Überlegung auf: Wenn jetzt die katholische Treue des Arbeiterbunds München gegenüber der jeweiligen chinesischen Führung zu Bruch geht, fällt damit womöglich die letzte entscheidende Hürde, die bisher den Arbeiterbund München daran hinderte, sich vollständig der DKP anzuschließen?

„Berlin bleibt Berlin“?

Auf ganz einfache Art und Weise wird von einer Reihe von Genossen die „Berlin-Frage“ zu lösen versucht. „Berlin bleibt Berlin“ — nach diesem Motto gibt es in jedem zweiten ankommenden Manuskript für den ARBEITERKAMPF kein West-Berlin sondern eben nur Berlin. Eine besondere Meisterschaft erreichen in diesem Fall die West-Berliner Genossen, die in ihrer Schreibweise partout den Traum vom Großberlin nicht aufgeben wollen. Aber immer dann, wenn in den Artikelvorlagen von Berlin die Rede ist, wird in der Regel allein auf West-Berlin Bezug genommen. Die Haare sträuben sich mir, wenn selbst der anmaßende Begriff „Berliner Senat“ übernommen wird, wobei sich mir die Frage stellt, ob tatsächlich mit sowenig selbstverständlicher Kritik an den Alleinvertragsanspruch hergegangen wird. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Forderung nach der Schreibweise „Westberlin“ statt „Berlin“ kleinlich ist, denn immerhin hat es der BRD-Imperialismus Jahrzehnte geschafft, mit dem Alleinvertragsanspruch „Deutschland“ die DDR in weiten Teilen der Welt zu verschweigen. Und wenn selbst die Bundesregierung unter Druck darauf verzichten muß, die westdeutschen Sportler unter „Deutschland“ aufzuführen zu lassen, sollten wir es doch wohl schaffen, uns auf West-Berlin zu einigen.

Ein AK-Redakteur

Karl Heinz Roth

Moral, Gehirnwäsche und Verrat

Eine Artikelserie

„Die Rote Armee Fraktion hat den Gedanken der Volksbewaffnung aufgegriffen. Wir haben — wie unvollkommen auch immer — durch unsere Praxis den bewaffneten Volkskrieg in der Bundesrepublik und Westberlin auf die Tagesordnung gesetzt. Das war der notwendige erste Schritt“ (Horst Mahler, Prozeß-Erklärung vom 9.10.1972).

„Es sind bedauernswerte Menschen, die sich in eine Traumwelt geflüchtet haben, aus der nur wenige (wie Horst Mahler) den Weg zurück auf die Erde finden“ (Peter Brandt, in „Zeitung für eine Neue Linke“, 2 (29), Oktober 1977, S. 8).

„Es muß aufhören, daß immer mehr junge Menschen in den bewaffneten Untergrund getrieben werden — der RAF und ihren Nachtretern in die Arme“ (Horst Mahler, Brief an B. Wolf vom 2.12.78, zit. nach: „Der Spiegel“, Nr. 50, 11.12.78, S. 62).

Um es vorweg zu sagen: Mir kamen die Tränen, als ich die Originalfassung jenes Gefängnisbriefes von Horst Mahler las, den der „Spiegel“ unter dem Titel „Der Foltervorwurf — eine Propagandalüge“ im Dezember 1978 stark gekürzt abgedruckt hatte. War es bei der „Spiegel“-Version noch möglich, die Rasonnements eines wenig selbstkritischen inhaftierten Konvertiten achselzuckend hinzunehmen, so wurde mit der Kopie des Originalbriefes schlagartig alles anders. Der Brief enthüllt eine klare Stoßrichtung, die der „Spiegel“ unterdrückt hat. Sie zielt auf einen anderen Gefangenen mit 129-Zuschlag, auf P.P. Zahl. Der schaffe das, was die RAF nicht mehr schaffe (S. 10): Mit seinen Klagen über die Haftbedingungen störe er die Ausschaltung der Antifolter-Kampagne.

Horst Mahler, Hotte, ist nicht irgendwer. Ein Mann, der sich vor Jahren öffentlich als RAF-Strategie ausgab — ich zitiere im folgenden bewußt nur aus Statements, die Mahler öffentlich autorisiert hat —, steht heute als Motor jener Entsolidarisierungskampagne gegen den gesamten Untergrund da, wie sie Maihofer 1977 eingeleitet hat. Das ist mehr als harter Tobak. Es stellen sich Fragen über Fragen. Wo nimmt Mahler, seit Jahren inhaftiert, seine Selbstsicherheit her? Ist diese Selbstsicherheit echt? Warum fehlt in dieser wie in allen anderen Erklärungen jede Selbstkritik, die nicht von abstrakten Gemeinplätzen, sondern von der konkreten Person Mahler ausgeht? Was hat es zu bedeuten, daß Mahler in einer Passage seines Briefes den „Langen Marsch“ zum Kronzeugen seiner Argumentation macht, und warum hat der „Spiegel“ auch diesen Abschnitt weggelassen? Letztendlich: Wo wird überhaupt die Moral eines Mannes faßbar, der doch zuallererst über seine eigene gelassen? Letztendlich: Wo wird überhaupt die Moral eines Mannes faßbar, der doch zuallererst über seine eigene Verantwortung denen gegenüber zu reden hätte, die seine strategischen Vorstellungen von 1970/72 wörtlich genommen haben? Schreibt Horst Mahler etwa die typischen Notizen eines Opfers von Gehirnwäsche? Oder ist Mahler endgültig zum Verräter geworden, der sich, als Informant für den Staatsschutz seit langem wertlos, mit den gängigen Mitteln des intellektuellen Publizisten freikaufte?

Ein Brief — und was der „Spiegel“ unterschlagen hat

Autorisiert durch Horst Mahler, bemüht sich Axel Mahler, „den Linken nun de(n) volle(n) Wortlaut“ des am 2.12.78 aus dem Zuchthaus Tegel abgeschickten Briefes bekanntzumachen, den der „Spiegel“ neun Tage später gekürzt veröffentlicht hatte. „Durch die Kürzung haben“ — so Axel Mahler — „viele — besonders natürlich Linke — den Inhalt mißverstanden.“ In der Tat, auch ich habe mißverstanden, durch die Antworten Zahls schien mir alles gesagt, was zu sagen war. Und jetzt fordert Mahler selbst den Vergleich zwischen „Spiegel“-Fassung und Original. Ein bitteres Geschäft fürwahr, den Versuch Mahlers zu verdauen, „endlich ins Reine zu bringen, was“ ihn „schon lange bedrückte“ (S. 1).

Sehen wir uns also an, was der „Spiegel“ getilgt hat. Da fehlt, abgesehen von der Einleitung, zunächst eine lange Passage aus dem „Langen Marsch“ von Tilman Fichter und der berüchtigten ersten Magazin-Ausgabe der „Tageszeitung“. Der „Spiegel“ benennt also nicht Mahlers aktuellen politischen Legitimationsrahmen: Die zur Entsolidarisierung verkommene Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Untergrund innerhalb der Lin-

ken. Wir kennen inzwischen die drei Hauptargumente dieser Linken. Erstens: Die Stadtguerilla liest nicht mehr Marx, und deshalb marschiert sie in die reaktionäre Revolte. Zweitens: Der Untergrund schwätzt vom Faschismus in der BRD, um mit dieser Falschanalyse eine neue Generation von verzweifelter Desperados großzuziehen. Drittens: Die gefangenen Stadtguerilleros instrumentalisieren ihre Leiden, um damit die Linken zur Identifikation zu pressen.

Lassen wir hier unhinterfragt, inwieweit die „Nicht-Guerilla-Linke“ mit dieser Argumentationskette nur ihre eigne Isolierung von Geschichte und Gesellschaft auf eine zusätzlich ausgestoßene Minderheit überträgt. Hören wir stattdessen, was Mahler dazu zu sagen hat: Das Problem ist bekannt, schreibt er hochof, aber leider noch nicht gelöst (S. 2). Mahler hält sich deshalb für berufen, den gordischen Knoten zu zerhacken, indem er „jene Legenden“ zerstört, die sich um „die Hintergründe der Antifolter-Kampagne der RAF“ ranken

erreichten Normalvollzug nicht durch die Unterstützung Deiner Aktivitäten gefährden, ich hab nicht mehr die Kraft dazu. Nein, Mahler mag und kann nicht als der reden, der er ist, ein zermürbter, geschundener Mensch. Mahler muß auch dann selbstlos erscheinen, wo er es nicht mehr ist, vielleicht nicht mehr sein kann. Vielleicht hat Mahler nie gelernt gehabt über sich selber zu reden?

Die Folgen sind verheerend. Einem Genossen, der nie wie der Konvertit Mahler an der RAF-Strategie mitgestrichen, sondern sie solidarisch bekämpft hat (vgl. Zahls „883“-Artikel); einem Genossen, der niemals abstrakt von Isolationsfolter à la Folterkomitees geredet hat, sondern über konkrete Zustände in den Zuchthäusern berichtete: Einem solchen Genossen wird die Kommunikation über die eignen Haftbedingungen verweigert, um — „Menschenleben zu retten“!

Den vom „Spiegel“ im weiteren gestrichenen Briefpassagen können wir entnehmen, warum Mahler diese

ich von ihnen nichts, was ihnen unmöglich wäre“ (S. 7). Nehmet das Kreuz auf euch und tragt es, so wie ich es getragen habe. Erst wenn ihr von der vergangen Schuldhaftigkeit durch die Qualen der Isolation gereinigt seid, werden und können die geheimen Staatsschutzbehörden des Modells Deutschland bereit sein, euch zu erlösen!

Spätestens hier müssen wir innehalten und fragen, was mit Mahler geschehen ist. Mahler hat den Leidensdruck jahrelanger Isolationshaft irgendwann 1975/76 nicht mehr ausgehalten. Er hat irgendwann aufgehört, gegen die stillen Martern zu kämpfen, indem er sie ständig von sich abwie, von sich wegschrie, gegen sie revoltierte mit den wenigen Überlebensmitteln, die ihm zur Verfügung standen. Er hat die Isolation verinnerlicht, indem er sie als „Herausforderung“ annahm. Bei Mahler lief genau das ab, womit die protestantisch-sozialdemokratischen „Ethiker“ von Bundesgerichtshof und Bundesanwaltschaft seit Jahren die Isolationshaft öffentlich legitimieren: Auslöschen aller sinnlichen Existenzfahrung, um in den abstrakt gewordenen Menschenrest die Gesetze der spätkapitalistischen Leistungsgesellschaft mitsamt ihrer Unterwerfungs-„ethik“ einzupflanzen. Mahler hat die Isolation verinnerlicht in diesem konkret gewollten Sinn. Er wurde zum abstrakten Inventar seiner Haftzelle, seine Identität verschmolz mit ihr, entleerte sich. In dieser schrecklichen Zeit der Entleerung hat er, wie wir wissen, in kurzer Abfolge alle leeren Theoriehüllen einer vergangen Arbeiterbewegung durchlaufen, bevor er bei sich selbst als wesenloser, gereinigter Monade ankam. Mich erfüllt diese Erkenntnis mit tiefer Trauer.

Ich weiß sehr genau, worüber ich schreibe. Alle, die mir Ende 1976 nahestanden, wissen, wie nahe ich selbst im Zustand völliger körperlicher Zerrüttung nach einhalb Jahren Isolation diesem Auflösungsprozeß gewesen bin. Und alle, die die Strategien der Einzelhaft seit Philadelphia und seit Kräpelin in Deutschland kennen, wissen, daß die Isolationshaft das Auslöschen aller konkret-sinnlichen Existenzfahrung zum Ziel hat, um im Anschluß daran einen gebrochen-angepaßten „neuen Menschen“ hervorzubringen. Die Isolationshaft wurde erfunden und ertüchtelt als eine geräuschlose Methode der Entschlackung von wimmelnder Vielfalt, das Zerbrennen von Leistungsverweigerung und sozialrevolutionärem Protestverhalten gegen den mechanisierten Menschen als Ausbeutungsobjekt von Kapital und Staat, durch Reizes- und Kommunikationsentzug. Die Sozialtechniker und die Opfer der stillen Martern wissen um den geheimen Prozeß des Verlösens entzug. Die Sozialtechniker und die Opfer der stillen Martern wissen um den geheimen Prozeß des Verlösens von Subjektivität, dem *brain washing*, auf den die Erzeugung einer „neuen“ Pseudo-Subjektivität folgt: Die Neuschöpfung des „geläuterten“ Abgeschiedenen, der „nicht weint“ (Mahler), sondern sich den Zielvorstellungen der Isolationspraktiker unterwirft. Ich traue um den Menschen und Genossen Horst Mahler. Der „neue Mensch“ Horst Mahler ist mit dem, den ich aus den Jahren 1967 bis 1971 kenne, nicht mehr identisch. Der „Läuterungsprozeß“, den dieser Mahler beschwört, treibt mich mehr zur Verzweiflung als die ungeheuren Leiden und Kämpfe jener Gefangenen, deren körperliche Gesundheit im Widerstand gegen Sondertrakte und Trennscheibe gegenwärtig zu zerrinnen droht.

Dies ist die bittere Wahrheit. Der „neue“ Mahler hat begonnen, nach den Intentionen seiner staatsschützerischen „Umgestalter“ zu handeln. Er, der glaubt, in seinem „Läuterungsprozeß“ die „Schuldhaftigkeit“ seiner zerronnenen Identität verwirklicht zu haben, will, daß es allen anderen Gefangenen genauso ergehe wie ihm. Er überträgt seine eigne, zur „Schuld“ verkehrte Verantwortung als Revolutionär auf sie, auch auf diejenigen, die mit seiner vergangen „Schuld“ überhaupt nichts zu tun haben, ja, ihn früher kritisierten und die Gefolgschaft verweigerten. Wie schrecklich ist doch der mahlersche Umwandlungsprozeß gewesen, wie qualvoll der Weg vom RAF-Theoretiker zum KPD- und KBW-Anhänger bis hin zum linkshegelianischen Idealisten, der nur noch sich, ICH, wahrzunehmen vermag! Es ist völlig falsch und sinnlos, über die Denkinhalte zu reden, die Mahler durchlaufen hat: Keiner vermochte ihn aus seinem Entleerungsprozeß zurückzuholen.

Genauso überflüssig ist es, eine Auseinandersetzung mit den Absurditäten im letzten Abschnitt seines Briefs zu führen, die der „Spiegel“, vor dem brain washing seines Kampagne-Objekts erschauernd und es zugleich ungeschehen machend aus gutem Grund wegließ. Wir werden noch sehen, wer jenem Mahler wirklich die Hand führte, als er gegen die „Identitätsschonung“ der anderen 129-Gefangenen argumentierte: „Die Kapitulation des Staates“ vor den Isolationsgefangenen „wäre sogar ein Unglück; denn sie würde unweigerlich den Bandenterror von rechts mobilisieren. Es brähe eine Zeit des Massenmordes an fortschrittlich denkenden Menschen an, deren man sich unter dem Vorwand der Nothilfe für den Staat entledigen würde“ (S. 8). Denn hier wird die Abkehr von der eignen Vergangenheit, die ja auch Gewalt gegen Menschen legitimierte, halluzinatorisch in eine unbekannte Gegenwart und Zukunft projiziert. Immerhin wurde inzwischen in Hamburg ein RAF-Gefangener freigelassen, dessen Organismus bis auf den Tod gegen die Beseitigung seiner Identität revoltierte, ohne daß es bis jetzt zu Massenmorden an denjenigen gekommen wäre, die sich für seine Freilassung engagierten.

Nun wird auch klar, warum dem „neuen“ Mahler gerade P.P. Zahl ein unerträglicher Dorn im Auge ist. Der Schriftsteller Zahl hat sich genug Sensibilität bewahrt, um mit Jahr für Jahr geschärfter Genauigkeit über die Zustände in den westdeutschen Sondertrakten zu reden. Ihm und seinen Kampfgenossen verdanken wir die erste genaue Information über die Verhältnisse im Spezialtrakt eines westdeutschen Zuchthauses. Dank und mit Zahl haben viele Gefangene gelernt, den Kampf um ihre Identität in der Abgeschiedenheit der Haft fortgesetzt zu artikulieren. Gäbe es Zahl nicht, wären wir wahrscheinlich weniger fähig, die Signale des Überlebens aus westdeutschen und westberliner Gefängnissen genau zu registrieren und mit der Hoffnung — Hoffnung! — zu verbinden, eines Tags ungeborene Gefangene wieder in die Arme zu schließen. Aus der Sicht des „geläuterten“ Mahler ist ihm deshalb „in dieser Lage eine Schlüsselrolle zugefallen“ (S. 10). Was macht's, daß er „nichts mit der RAF zu tun hat“? „Er schreibt Gedichte“, ein wahrer Horror für einen abstrakten Idealisten modelledeutscher Machart, „die so schön in das Weltbild dieser Linken passen. Mit ihm kann man übereinstimmen. Er äußert wenig eigene Gedanken, reizt nicht zum Widerspruch. ... Er ist ein Arbeiterkind“. Dieser Zahl wird nicht nur zum persönlichen Antagonisten, weil er „schafft“, „was die RAF nicht mehr schafft“; er wird es auch, weil in ihm noch Kommunikations- und Leben ist. Folglich ist es an der Zeit, diesem antiautoritären Anti-Rafisten das Maul zu stopfen. Ein bißchen mehr Sonderhaft tut ihm nur gut, der Leiden sind offensichtlich noch immer nicht genug. Die alten Argumente des „Leninisten mit der Knarre“ (Zahl über Mahler, 1971) gegen den antiautoritären Arbeiterfreak der sechziger Jahre sind ihr Bündnis mit den Anti-Antifolterkomitees des Morgengrauens eingegangen. Für diese Zahl, stellvertretend für eine ganze Generation von 129-Gefangenen, verlangt der „geläuterte“ Intellektuelle Mahler Zusage. Er besteht auf einem weiteren Zuschlag an Sonderhaft, damit die Kasteiung endlich die theoretisierende und literarisierende Selbst-Kasteiung der Aske zur Folge habe. Das sind die traurigen Folgen der Gehirnwäsche. Die „humanistische“ Ethik der Protestanten-Sozialdemokraten wird an Unmenschlichkeit mindestens in Europa durch nichts übertroffen. Mahler stieß zu ihr nicht durch Verrat. Verrat ist etwas anderes. Er hat mit „Linken“ zu tun, die sich der ausgelaugten Menschenhülle Mahlers bemächtigt haben. Wenn es je an einem Dokument gefehlt haben sollte, das die Barbarei der in westdeutschen und westberliner Gefängnissen praktizierten Isolationshaft zu enthüllen vermag: Hier ist es. Geschrieben am 2. Dezember 1978 an eine Frau. Verfaßt von einem in Westberlin einsitzenden Gefangenen, der dreieinhalb Jahre isoliert gewesen war.

In der nächsten Ausgabe: Gehirnwäsche und Verrat. Horst Mahler und der westberliner „Neue Lange Marsch“.

Copyright Karl Heinz Roth



Einzel-Normalzelle im Untersuchungsgefängnis Hamburg

(S. 3). Gleichzeitig werde das „die all-fällige Erklärung meines Briefes an

(S. 3). Gleichzeitig werde das „die all-fällige Erklärung meines Briefes an P.P.Z. sein — und ihn rechtfertigen.“ (ebenda). Das hohe humanistische Ziel, das ihn dazu treibt, so gleich zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, wird vom „Spiegel“ bemerkenswerterweise ebenfalls weggelassen: „Schaden zu begrenzen, weiteres Unheil abzuwenden und Menschenleben zu retten: Das Leben derjenigen, die in Gefahr sind, sich den Terroristen anzuschließen, ebenso wie das Leben derjenigen, die das Opfer dieser Terroristen werden könnten“ (S. 3).

Eine ganze Menge also, mit der Mahler seine konkrete Solidaritätsverweigerung gegenüber Zahl erklärt, nachdem er ihn auch gleich noch mit der Anti-Folterkampagne von 1974/75 gleichgesetzt hat. Im Klartext: Bekäme Zahl die Informationen über Mahlers normalisierte Haftbedingungen und würde er mit ihnen etwa erfolgreich für die Verbesserung seiner und der Haftsituation anderer Gefangener kämpfen (vgl. die entsprechenden Briefe Zahls an Mahler), dann — waren Menschenleben gefährdet! „Spiegel“-Journalisten haben ein genaues Gespür dafür, wo Begründungszusammenhänge absolut unglaublich werden. Sie verstehen sich aufs Geschäft, Passagen auszumergen, die die message stören. Es ist nicht ihre Schuld, wenn Mahlers „humanistischer“ Imperativ zur Rechtfertigung zerstörerischer Haftbedingungen doch noch ans Licht gezerrt wird.

Wir sehen: Mahler greift Zahl in dem Augenblick an, wo er versucht, Mahlers großzügig verbesserte Haftsituation als Kampfmittel gegen die verschärfte Kleingruppenhaft in der BRD und Westberlin zu verwenden. Er hat Zahl nicht etwa geantwortet: Lieber Zahl, laß mich in Ruhe, nach fast vier Jahren Isolationshaft kann ich nicht mehr, ich möchte den gerade

Ungeheuerlichkeit begangen hat. Mahler erläutert (S. 5) ausführlich je-

Ungeheuerlichkeit begangen hat. Mahler erläutert (S. 5) ausführlich jene berühmt gewordenen Satz, den er in seiner Absage an Zahl formuliert hatte: „Ob du an den gegebenen Haftbedingungen kaputt gehst oder nicht, hängt nicht von diesen Bedingungen ab, sondern allein von dir.“ Mahler schreibt über die von ihm mobilisierten „geistigen Kräfte“, die ihn befähigten, „auch großes Leid zu überwinden“. Er ist davon überzeugt, „daß jeder Mensch, der Herr über seine Gedanken ist, unverlierbar die Möglichkeit in sich trägt“, gerade in der verschärften Haftsituation „Herr über sich selbst zu werden“ (S. 5). Die verinnerlichte Aske der Isolation führt überhaupt erst zum „Ich“, und prompt wird von Mahler die erste Person Singular in streng linkshegelianisch-stirnerscher Manier großgeschrieben.

Diesen Prozeß der „Läuterung“ in der mahlerschen Beschreibung streicht der „Spiegel“ auf wahrhaft entlarvende Manier zusammen. Die entscheidende Passage, wo Mahler die Leiden der Isolationshaft in eine „Herausforderung zur Überwindung und Veränderung durch den Geist“ umwandelt, steht nur im Original des Briefs. Und Mahler fährt fort — der „Spiegel“ tilgt auch jetzt unerbittlich —, daß diese von ihm durchlebte Leidenssituation auf alle anderen Gefangenen übertragen werden müsse: „Nur wenn es gelingt, ihnen das bewußt zu machen, besteht Aussicht, sie zu retten“ (S. 6). Nur wer die stillen Martern der Identitätszerstörung freiwillig auf sich nimmt und verinnerlicht, hat Anspruch auf Lockerung der Haftbedingungen (vgl. die Erläuterung im Schlußteil des Briefs, S. 10 f). Das sei keine unlösbare Aufgabe, denn wer Hungerstreiks durchgehalten habe, habe ohnedies überdurchschnittliche Willenskraft bewiesen: „Also verlange

„Projekt linke Tageszeitung“ in der Krise?

Beide Projekte einer „parteionabhängigen linken Tageszeitung“ – „Die Neue“ und „die Tageszeitung“ – haben ihr ursprünglich für Anfang 1979 geplantes regelmäßiges Erscheinen verschoben müssen, insbesondere weil sie die für notwendig gehaltene Zahl fester Abonnenten noch nicht erreicht haben. Hier in Kürze der Stand beider Projekte:

* „Die Neue“ (auf der Linie des bisherigen „Westberliner Extra-Dienst“) erscheint an Stelle des „ED“ seit Anfang Februar zweimal in der Woche, am Mittwoch und am Samstag. Ab 1. Mai soll sie, heißt es jedenfalls bisher dann tatsächlich täglich herauskommen.

Die Macher der „Neuen“ hatten zunächst angegeben, sie müßten 20.000 feste Abonnenten haben, um die „Neue“ als Tageszeitung herausbringen zu können. Im Herbst 1978 gab man sich diesbezüglich noch sehr optimistisch: Bis Ende Oktober hoffte „ED“-Chef Guggomos 15.000 Abos zusammenhaben, und „mehrere hundert“ neue Abos trafen damals angeblich täglich ein. („Stern“, 15.10.78). Zum Jahresende 1978 wurde dann Bilanz gemacht: 13.500 Abos seien bisher eingegangen. Anfang Februar waren es auch noch nicht mehr als 14.000. Daß es bis zum 1. Mai doch noch 20.000 werden könnten, erscheint zumindest zweifelhaft. Zum Vergleich: der „ED“ hatte etwa 7000 Abonnenten. Die fehlenden 6000 Abonnenten für „Die Neue“ sollen durch eine betont aggressive Werbung eingetrieben werden: Wer „Die Neue“ nicht abonnieren will, sei bloß ein „müder Vogel“, ein „Schwätzer“, ein „Sprücheklopfer“ etc. pp.

* „die Tageszeitung“ (TAZ) sieht noch ärmer aus als die „Die Neue“. Zwar hat der TAZ-Kreis die Kalkulation der für ein tägliches Erscheinen notwendigen Abos schrittweise heruntergeschraubt – von anfänglich 20.000 (ebenso wie „Die Neue“) auf 15.000 und jetzt 10.000. Mehr als 4000 Abonnenten sind es bisher jedoch noch nicht. Trotzdem soll „die Tageszeitung“ auf jeden Fall ab 1. April (sehr sinnig!) täglich erscheinen. Man hofft, daß die fehlenden 6000 Abonnenten sich bis dahin gemeldet haben werden und daß es zudem gelingen könnte, täglich 9000 Stück über die Kioske und 8000 im Straßenverkauf abzusetzen. Wenn man dann noch berücksichtigt, daß „die Tageszeitung“ mit 480.000 Mark monatlichen Kosten kalkuliert, „Die Neue“ hingegen nur mit 350.000 (lt. „radikal“ Westberlin, 12.1.79), so scheint sich „die Tageszeitung“ mit ihrer Planung zum 1. April bereits auf dem Kamikaze-Trip zu befinden.

Hinzu kommen interne Schwierigkeiten. So hat der Beschluß, die zentrale Redaktion der TAZ von Frankfurt nach Westberlin zu verlegen (angeblich aus finanziellen Gründen) zu einem weiteren Anlaß für Unzufriedenheiten. So hat der Beschluß, die zentrale Redaktion der TAZ von Frankfurt nach Westberlin zu verlegen (angeblich aus finanziellen Gründen) zu Beunruhigung und Protesten unter den Frankfurter Unterstützern der TAZ geführt, die diesen Beschluß, wohl zu recht, als Schlag gegen die spezielle Frankfurter „undogmatische“ Szene auffassen.

Ein Versuch, in der zweiten Nullnummer der TAZ die Frage der Amnestie für politische (und andere) Gefangene zur Diskussion zu stellen, verärgerte diejenigen – wohl gar nicht so schwachen! – Kräfte unter den TAZ-Unterstützern, die die TAZ gern in den Dienst einer Propaganda für die „Stadtguerilla“ stellen würden. Von dieser Seite gab es Kritik-Papiere und Verteilungs-Boykott. Der Konflikt zwischen Militanten und Pazifisten unter den „Undogmatischen“ dürfte auch zukünftig im TAZ-Unterstützerkreis für Stimmung sorgen.

Schließlich gab es noch ein Kritik-Papier von Mitgliedern der TAZ-Initiative Freiburg: „... Wir sehen das Projekt in einer Krise: Die aktive Unterstützerbewegung, die sich in über 20 Initiativen organisiert hat, ist in Gefahr, ihre politische Einflußmöglichkeit auf das Projekt zu verlieren. Ihre Funktion reduziert sich mehr und mehr auf praktische Verteilungsaufgaben, Werbung und Zuliefererdienste für die Zentralredaktion. Das Hauptproblem: Bei einer funktionsfähigen Zentralredaktion eine Mitsprache der Initiativen zu gewährleisten, wurde nicht gelöst und damit auch der ursprüngliche Anspruch der TAZ nicht eingelöst.“

Reaktionen aus der Alternativen-Presse

Viele Kommentare aus der Alternativen-Presse in letzter Zeit zeigen, daß die beiden Tageszeitungs-Projekte mit Aufmerksamkeit beobachtet werden.

Hier ein Überblick, ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

– Der „Überblick“ (Düsseldorf) schreibt in der Februar-Ausgabe, man habe zunächst „mit wohlwollender und sich allmählich ganz verflüchtender Skepsis“ die ersten Nullnummern der TAZ verfolgt. Nunmehr sei „die Unterstützung der TAZ zu unserer Sache geworden“. Denn man halte „mit einem neidischen Seitenblick auf Frankreich und Italien“ eine alternative Tageszeitung „für lange überfällig“. Das könne die TAZ eher sein als „Die Neue“, denn diese „ist uns zu stramm“.

Mit Bedauern registriert der „Überblick“ aber auch im TAZ-Kreis, „daß der Diskussionsstand bei den Interessierten bisher zu unterschiedlich ist, daß die alten Abgrenzungskrankheiten der undogmatischen Linken in Bezug auf die TAZ neue Blüten treiben“.

– Die „az“ (Frankfurt) plädiert in ihrer Februar-Ausgabe eher für „Die Neue“. Der TAZ wird vorgeworfen, sie habe niemals ernsthaft versucht, „auf der Erfahrung bereits örtlich, regional bewährter Gruppen aufzubauen, sie einzubinden, da sie meistens nicht Sponti-linientreu waren“. Zudem wolle die TAZ „provokativ an den fortschrittlichen Teilen der Arbeiterschaft vorbei“ organisieren. (Gemeint sind linke Gewerkschafter).

An der „Neuen“ kritisiert die „az“, daß in den bisherigen Nullnummern das politische Spektrum noch nicht weit genug gedehnt gewesen sei. Zitiert wird Martin Buchholz („ED“/„Die Neue“): „Es konnte manchmal der Eindruck entstehen, wir seien das Justo-Zentralorgan“.

– Der „Metzger“ (Duisburg) druckt in seiner Nr. 30 Selbstdarstellungen und Anzeigen beider Tageszeitungs-Projekte ab. In einem Artikel des Herausgebers heißt es dazu: „Der TAZ steht ihre huldigende Gefesselt-heit an der ‚Basis‘ und ihr ideologisch überfrachteter Dezentralismus im Weg... Die NEUE wird auf Leserkreise, die nicht auf linke Politik eingeschworen sind, überzeugender wirken“. Der Verfasser spricht sich aber auch gegen eine Konkurrenz zwischen beiden Projekten aus und meint: „Ich finde es gar nicht schlimm, zwei linke Tageszeitungen zu bekommen. Sie liegen sich eben nicht unter einen Hut bringen, das läßt sich nicht mehr ändern“.

– „Klenkes“ (Aachen) schreibt in der Januar-Ausgabe: „Eigentlich wäre es ein Grund zur Freude“, wenn eine alternative Tageszeitung zustande käme, äußert aber im konkreten Kritik an der „Neuen“ und an der TAZ. „Die Neue“ sei allzu sehr auf Professionalität gemacht und auf die Gewerkschaften fixiert. In der TAZ werden „Berichte über die Konflikte vor Ort, aus der Vielfalt der Initiativen“, ebenso vermisst wie „Informationen zu aktuellen, großen Themen“ und „Nachrichten aus und um die große Politik“. So halte man derzeit örtliche Alternativ-Zeitungen immer noch für das Beste. Zusammenarbeiten will man allerdings mit beiden Tageszeitungs-Projekten.

– Der „Klängelkerl“ (Dortmund) übernimmt in seiner Februar-Ausgabe im Wortlaut die Einschätzung des „Klenkes“, ruft dann aber doch zur Unterstützung der TAZ auf.

– „Radikal“ (Westberlin) bringt in der Ausgabe vom 12.1. kurze, sachliche Darstellungen und Daten über beide Projekte, mit deutlicher Bevorzugung der TAZ allerdings.

– „Pflasterstrand“ (Frankfurt) bringt in der Nr. 45 (Januar) je einen Pro und einen Kontra-Beitrag zur TAZ. Ein besonders gelungenes Zitat aus der Kontra-Stellungnahme: „Wir wünschen nicht, weiter mit Propaganda für ein Projekt versorgt zu werden, das inmitten der Umweltkrise den Ausbau von Großtechnologie verfolgt. Woher nimmt man das Recht, Bäume fällen zu lassen, um in einem unmenschlichen Produktionsprozeß Texte zusammen zu montieren, die das Material von Frauenarbeit in der Druckerei abgeben?“ Das ist wahrlich alternativ gedacht!

– Kontrovers wird auch im bundesweiten „ID“ (Frankfurt) diskutiert, Mitinitiator des TAZ-Projekts. Die Verlegung der Zentral-Redaktion der TAZ nach Westberlin, mangelnder „Basis“-Bezug der TAZ und Meinungsverschiedenheiten in punkto „Stadtguerilla“ spielen bei skeptischen bis ablehnenden Stellungnahmen zur TAZ im „ID“ eine Rolle.

Nochmals zur Haltung des KB

Als das Tageszeitungs-Projekt auf dem TUNIX-Kongress (1977) erst-

mals in die Diskussion gebracht wurde, machten wir folgende Einwände: 1. Es wird nicht bei einer Tageszeitung bleiben. (Das ist bereits eingetroffen). 2. Das Tageszeitungs-Projekt ist derzeit ökonomisch nicht zu realisieren. (Auch das scheint sich zu bewahrheiten). 3. Der Anspruch, alle Strömungen der Linken zu Wort zu lassen, wird nicht eingelöst werden. (Wurde durch die bisherigen Null-Nummern nicht widerlegt).

Selbst wenn ab April/Mai zwei linke Tageszeitungen (oder vielleicht bald nur noch eine?) erscheinen sollten, so dienen sie fast ausschließlich der Selbstverständigung und Information innerhalb der Linken bzw. sogar nur Teilen davon. Sie stellen keine Alternative zu den bürgerlichen Tageszeitungen dar, was aber gerade die Illusion ist, auf der sie aufbauen. „Die Neue“, die immerhin eher als die TAZ auch linke Sozialdemokraten, Gewerkschafter etc. ansprechen könnte, kalkuliert in erster Linie auf Basis von Abonnenten. Das ist ein wesentlicher Unterschied zu Italien, wo es eher so ist, daß sich von Fall zu Fall (bei wichtigen politischen Ereignissen) der linke Gewerkschafter beispielsweise zu seiner „Unita“ (Tageszeitung der PCI) auch noch „il manifesto“ oder/und „Lotta Continua“ am Kiosk kauft, um zu sehen, was diese zur Sache schreiben.

Die westdeutschen Tageszeitungs-Projekte kalkulieren viel mehr auf eine feste Leser-Gemeinde. Ihre Aufgabe kann also schon von daher nicht die sein, eine etwas bessere „Frankfurter Rundschau“ oder eine etwas weniger verkalkte „UZ“ zu produzieren. (Das würde den Aufwand und die finanziellen Opfer nicht lohnen). Die Funktion einer alternativen Tageszeitung kann überhaupt nur in einer Zentralisierung der Berichte vom der „Basis“ und in der Zurverfügungstellung eines pluralistischen Diskussionsforums bestehen.

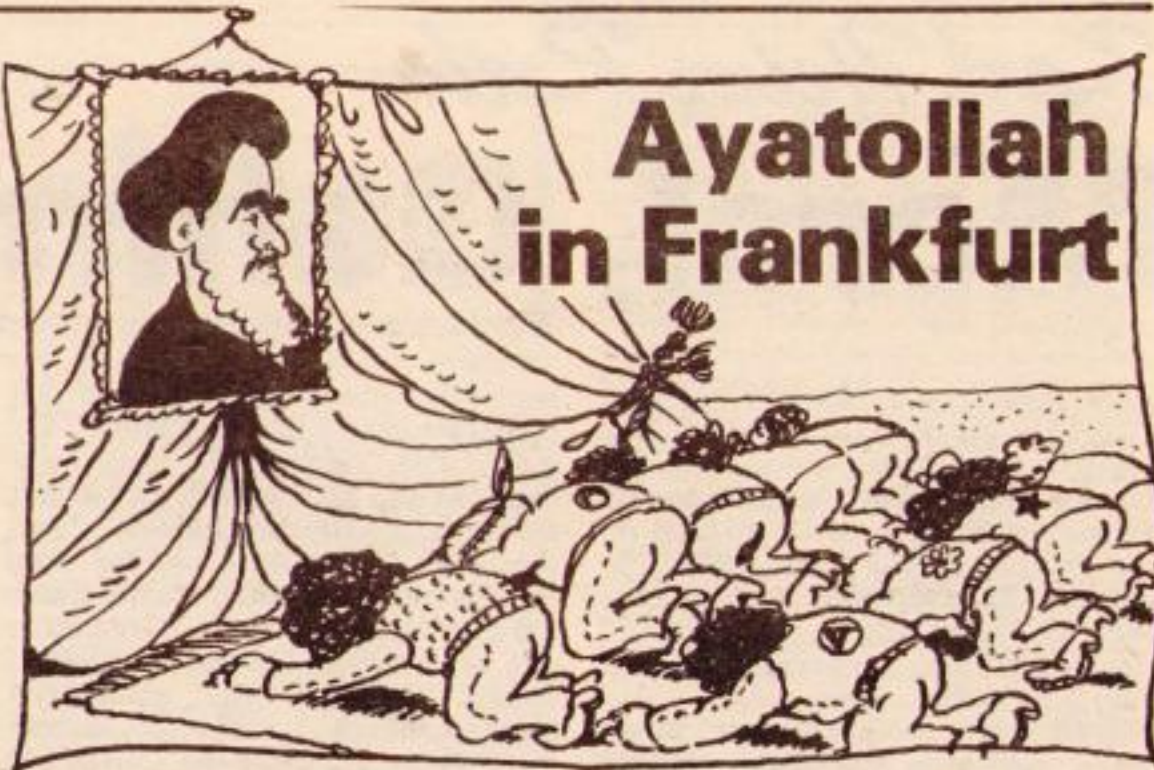
Hier wiederum stößt aber gerade eine Tageszeitung auf natürliche Grenzen: Dem „ED“/„Neue“-Chef Guggomos wird die Äußerung zugeschrieben, in der Endredaktion müsse „Diktatur“ herrschen, und damit hat er zweifellos Recht. Man kann keine Tageszeitung „basisdemokratisch“ produzieren. Man könnte theoretisch betrachten, wohl eine Monatszeitung „basis-demokratisch“ und wirklich pluralistisch herstellen, aber niemals eine täglich erscheinende Zeitung.

Es gab anfangs die Illusion, eine alternative, linke Tageszeitung könne ein Instrument zur Vereinheitlichung der zersplitterten, zerstrittenen westdeutschen Linken werden. Eine Tageszeitung wird das nie sein können, sondern vermag die bestehenden Zustände nur zu reproduzieren. Umso schlimmer ist es, daß von beiden Tageszeitungs-Projekten vom ersten Moment an nicht einmal bestehenden Zustände nur zu reproduzieren. Umso schlimmer ist es, daß von beiden Tageszeitungs-Projekten vom ersten Moment an nicht einmal bestehende Zustände nur zu reproduzieren. Umso schlimmer ist es, daß ein Forum für wenigstens annähernd die gesamte Linke zu werden:

– Die TAZ beschränkt sich auf das Feld der „Undogmatischen“, womöglich noch der „Unorganisierten“. Aber noch nicht einmal in diesem Rahmen hat sie bisher das Versprechen von Basis-Nähe und Pluralismus wirklich eingelöst.

– „Die Neue“ beschränkt sich auf das alte Spektrum des „ED“ – ein bischen linke SPD und Jusos, ein bischen DKP und SEW, ein klein bischen „Euro“-Revis. Versuche, über dieses Spektrum hinauszublicken, blieben bisher bescheiden. Von Diskussion, von Meinungsstreit kaum eine Spur!...

Bemerkenswert ist schon, daß beide Projekte es anfangs für ganz werbewirksam hielten, mit dem Anspruch des „Forums für die gesamte Linke“ aufzutreten. Das hätte aber bedeuten müssen, auch wirklich die Diskussion mit der gesamten Linken um die Zeitungs-Projekte aufzunehmen, über Probleme einer linken Tageszeitung eine offene Diskussion zu eröffnen, Konzepte zur Diskussion zu stellen usw. usf. Stattdessen hat die „TAZ“ gleich nur in ihrem „undogmatischen“ Kreis diskutiert, und „Die Neue“ wurde der Linken sogar ohne die geringste Diskussion fix und fertig vorgeknallt. Die Herangehensweise der Initiatoren beider Projekte haben die ohnehin derzeit nicht guten Aussichten für eine alternative, linke Tageszeitung eher verschlechtert als gestärkt. Trotzdem bleibt es selbstverständlich unser Interesse, mit den beiden Tageszeitungen so gut wie möglich zusammenzuarbeiten, falls dazu von deren Seite eine Bereitschaft besteht.



Seltsame Blüten ruft die Sponti-Szene hervor: Unter der Überschrift „Durchs wilde Kurdistan“ rechnet der „pessimistische Moralist“ Joschka Fischer im letzten „Pflasterstrand“ (Nummer 47) mit dem Antimperialismus vergangener Zeiten und dem Marxismus sowieso ab. Dies für sich genommen ist freilich nichts besonderes, besteht doch das Gros der „Identität“ der Spontis aus einer meist dümmlichen „K-Gruppen“-Kritik. Seltsam ist der „Traum“ des J.F. jedoch, „sich die Religion wieder anzueignen“, „eine gemeinsame Sprache jenseits des Politischen“ zu finden („Pflasterstrand“, S. 31)... Religion contra Marx?

Abgerechnet wird zunächst mit dem Antimperialismus. „Ja, ja, der Antimperialismus, der gute alte, bis vor kurzem machte er noch die Hälfte meines neulinken Lebens aus. Kaum ein Wochenende, wo ich nicht für den „gerechten Widerstand“ irgendwelcher Völker in diesem weiten Erdenrund auf der Straße gegangen bin“ („Pflasterstrand“ S. 28) – allerdings: „Unsere Revolution gab es einfach nicht, weder hier, noch in Vietnam, Persien oder China, es gab und gibt sie lediglich in uns“ („Pflasterstrand“ S. 29). Während die vietnamesische kommunistische Partei „den Aufbau des Sozialismus geschützt durch eine revolutionäre Armee, Geheimpolizei und Justiz usw... organisiert“, glaubt J.F. zu wissen, wofür die „Neue Linke“ insgesamt gekämpft hat (?): „Mit Revolution verbanden wir niemals nur einen politischen Sturz... so war diese Revolution von Anfang an eine unpolitische Revolution, eine Revolution gegen die Politik“ („Pflasterstrand“, S. 29). Verraten fühlt sich J.F. durch das „Hemmungslose“ (!) Heineinschlüpfen der Neuen Linken „in die abgelegten Kostüme des revolutionären Marxismus“ (S. 29). Erklären kann er sich das nur durch Blindheit: Da der Marxismus im Westen nicht an der Macht sei, umflattere ihn hier noch ein Hauch revolutionärer Theorie. Anders im „Osten“: Da wissen die Massen Bescheid, wie's mit dem Marxismus steht, und dort spielt „die westliche Demokratie eine revolutionäre Rolle“ („Pflasterstrand“, S. 29)... Und nun zum Punkt: Sollte nicht die persische Revolution eine Bestätigung seiner „Theorien“ sein?

STAND: S. 27... Und nun zum Punkt: Sollte nicht die persische Revolution eine Bestätigung seiner „Theorien“ sein?

Leserbrief

Im Rahmen einer Vollversammlung der hessischen KB-Gruppen zu den Ereignissen in Kambodscha wurde auch die Politik Vietnams diskutiert.

Dabei ist ein Punkt von Bedeutung, der in der Berichterstattung des AK über Vietnam bislang wenig Beachtung fand. Wenn man bedenkt, daß die chinesische Großmachtpolitik (mit Unterstützung der USA) heute Vietnam größte Schwierigkeiten bereitet, und Vietnam bereits damit rechnen muß, von einer chinesischen Strafexpedition („Denkzettel“ laut Deng) heimgesucht zu werden, dann ist es eigentlich völlig unverständlich, daß die vietnamesische Führung noch bis vor kurzem völlig über die Rechtsentwicklung in China geschwiegen hat. Es gibt sichere Informationen, aus denen hervorgeht, daß Vietnam bereits 1970 im Besitz von Dokumenten über Auseinandersetzungen in der KP Chinas anläßlich der Einladung von US-Präsident Nixon nach Peking befand. Insgesamt dürfte die KP Vietnams bereits seit Jahren über detaillierte Kenntnisse der Entwicklung in China verfügen, die jetzt eine verhängnisvolle Wendung gegen Vietnam selbst genommen hat. Wohlgemerkt: Es geht nicht um die wahllose Veröffentlichung jedweder Kenntnisse, sondern um eine inhaltliche Auseinandersetzung zu wichtigen internationalen Fragen, die zudem eine enorme Bedeutung für Vietnam selbst haben. Es ist auch unverständlich, wieso auf diesen Punkt von der AK-Redaktion eigentlich noch nie eingegangen wurde. Die Notwendigkeit einer offenen politischen Auseinandersetzung, selbst zu den heikelsten Fragen und in den

So wie er die Entwicklung im Iran mitbekommen hat, richte sich die Wut der Massen „gegen die Entwicklungsdiktatur des Schahs“ („Pflasterstrand“, S. 30). „die persische Revolution trifft ins Herz des westlichen Fortschrittsglaubens“, es gehe um den Kampf gegen „den konsumistischen Atheismus der westlichen Industriegesellschaften“ (ebda). Na also: Da hat der „Spiegel“ doch wenigstens einen Linken überzeugen können. Wer aber über solche Lektüre nur ein wenig hinausgekommen ist, dem müßte eigentlich das materielle Elend der iranischen Bevölkerung klar geworden sein. Der Zynismus von J.F. sucht (unter Linken) seinesgleichen!

Die „elementare Bedeutung“ der persischen Revolution ist J.F. zufolge „die Religion und das Heilige“. Marxismus war und ist „ein schlechter Religionsersatz, da er eine biblische Weisheit nicht beherzigt hat: dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist“ („Pflasterstrand“, S. 31).

Man hätte bislang zu sehr auf das „Dieses“ und den „Kaiser“ (gemeint ist das Proletariat!) gesetzt, und was dabei rausgekommen sei, „ist eigentlich recht dürftig“ (S. 31). Deshalb sollte man den „Anspruch auf politisches Handeln“ lieber ganz lassen. Mit anderen Worten (aber sicher ganz im Sinne von J.F.): Schluß mit der Solidarität, für eins, zwei, drei, viele Ayatollahs!

P.S.: Der „Pflasterstrand“ hat die mitunter ganz lustige Gepflogenheit, eine „Knalltüte des Monats“ für den bescheuertesten Artikel zu verleihen. Nun also ist der große Moment gekommen, sich feierlich selbst die Knalltüte zu überreichen. Am besten mit Turban.

KB/Gruppe Frankfurt

Anmerkung der Redaktion

Zeigt sich hier gar ein neuer internationaler Trend? Tatsache ist jedenfalls, daß Capanna, ehemaliger Führer der Studentenorganisation MS („Studentenbewegung“), dann zum Mitgebrüder der MLS („Bewegung Arbeiter für den Sozialismus“) konvertiert, sich schon seit geraumer Zeit dem Islam zugewendet hat. Höchste Zeit also, daß die Modewelle auch in die BRD rüberschwappt.

verleihen, sich schon seit geraumer Zeit dem Islam zugewendet hat. Höchste Zeit also, daß die Modewelle auch in die BRD rüberschwappt.

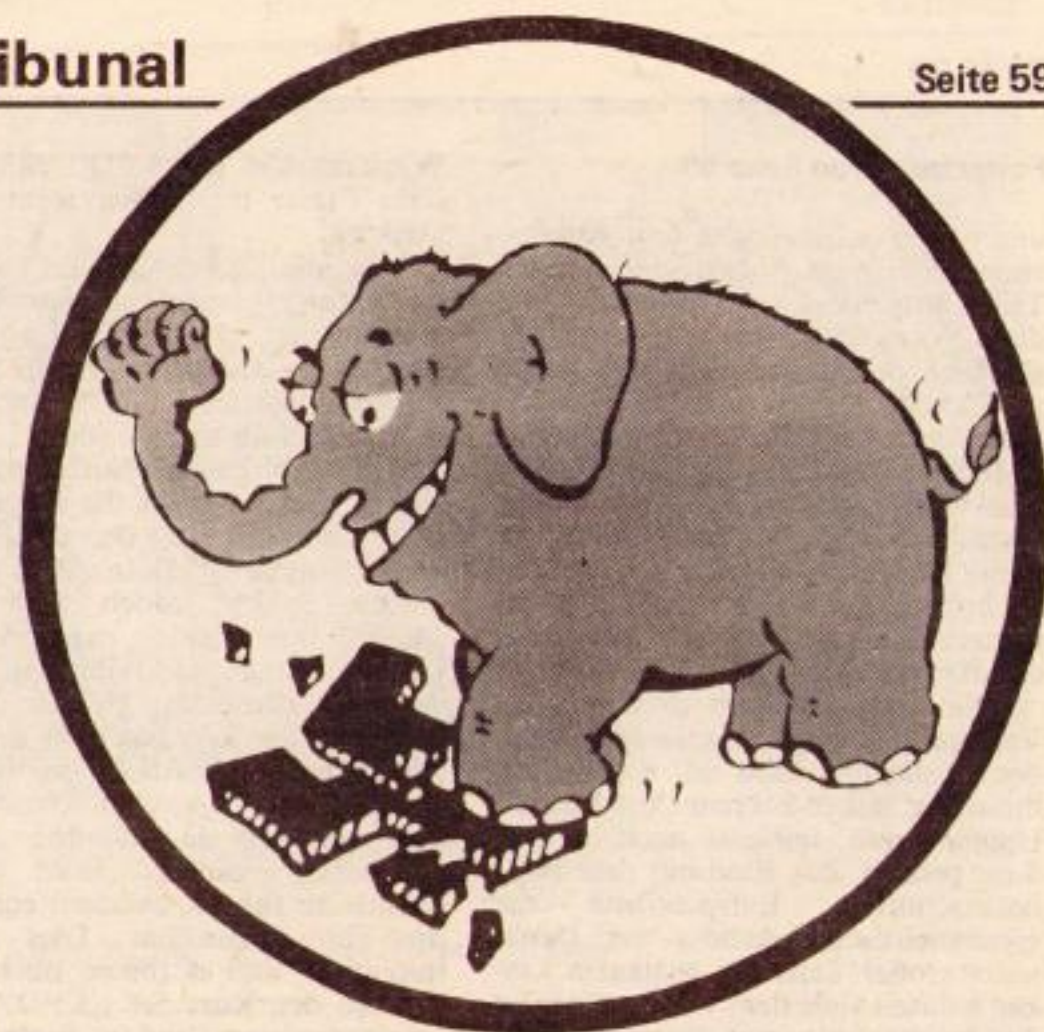
schwierigsten Situationen ist z.B. von Lenin immer betont und praktiziert worden. Es geht dabei ja auch nicht darum, auf der Ebene von Zentralkomitees Meinungen auszutauschen, sondern es geht darum, diese Diskussionen in die Massen hineinzu-tragen. Das Fehlen solcher Auseinandersetzungen fördert doch ohne Zweifel das Entstehen von Resignation angesichts falscher Vorstellungen über mögliche Bündnispartner usw. In diesem Sinne gilt das vorhin gesagte auch für die in Vietnam fehlende Auseinandersetzung mit Aspekten der sowjetischen Außenpolitik.

Ein weiterer Diskussionspunkt war das neue Verhältnis Vietnams zu den Staaten des ASEAN-Paktes. Die neue Außenpolitik Vietnams gegenüber diesen Ländern muß vor dem Hintergrund einer konkreten chinesischen Bedrohung gesehen werden, wie sie in dem von China provozierten Flüchtlingsproblem, Chinas Drahtzieherrolle im Konflikt mit Kambodscha, den chinesisch-vietnamesischen Grenzauseinandersetzungen und natürlich den mittlerweile offenen Kriegsdrohungen gegen Vietnam zum Ausdruck kommt. Vor diesem Hintergrund ist es logisch, daß Vietnam einen gewissen Ausgleich mit den Staaten sucht, die zwar im Sinne der damaligen US-Politik Bollwerke gegen ein befreites Südostasien sein sollten, von denen aber aktuell keine unmittelbare Bedrohung ausgeht. Das heißt aber sicher nicht, wie den Äußerungen vietnamesischer Politiker zu entnehmen ist, daß sich der grundlegend reaktionärer Charakter dieser Staaten in einen friedliebenden verwandelt habe.

Ein Frankfurter Genosse im Auftrag der VV

2 1/2 Jahre Russell-Kampagne

Es hat sich gelohnt!



Das III. Internationale Russell-Tribunal über Menschenrechtsverletzungen in der BRD ist mit seiner zweiten Sitzungsperiode Anfang dieses Jahres in Köln zuende gegangen. Gut zwei Jahre lang war es ein Schwerpunkt des demokratischen Kampfes in diesem Land. Dies gilt besonders für den Zeitabschnitt von der öffentlichen Mitteilung der Bertrand Russell Peace Foundation über dieses Vorhaben (Februar 77) bis zur 1. Sitzungsperiode Ende März 1978, die sich mit der Frage der Berufsverbote befaßte. Seit den Zeiten der Außerparlamentarischen Opposition (APO) war dies die größte Antirepressionskampagne. Bei scharfem Widerstand der SPD, die als Hauptregierungspartei zu den Angeklagten des Tribunals zählte, des DGB und der DKP begrüßten und unterstützten nach und nach fast alle demokratischen Kräfte in der BRD das Tribunal, einschließlich der Jusos, der Jungdemokraten und der Falken. Das Entstehen zahlreicher örtlicher „Russell-Initiativen“, die eine aktive Antirepressionsarbeit aufnahmen, signalisierte das zunehmende Bewußtsein der Linken über die Bedrohung der demokratischen Rechte durch das sog. „Modell Deutschland“. Auf Veranstaltungen in der gesamten BRD — in vielen Orten die größten, die die

dem In- und Ausland ihre Unterstützung des Russell-Tribunals vor 6.000 begeisterten Teilnehmern begründeten, da konnte man allerdings erwarten, daß der Name Russell für eine breitest mögliche Öffentlichkeit sorgen würde.

Doch der SPD gelang es im Verein mit der DGB-Führung und mit Hilfe der gleichgeschalteten BRD-Presse, eine Massen-wirksamkeit des Tribunals im wesentlichen zu verhindern. Die Jusos und Judos gingen innerparteilichen Konflikten um ihre Unterstützung aus dem Weg und beschränkten sich auf einige wenige Erklärungen, die nicht viel mehr als ein gewisses Wohlwollen ausdrückten. DKP, VVN und die „Initiative Weg mit den Berufsverboten“ lehnten das Tribunal ab und nahmen dabei in Kauf, eine ganze Reihe von Kräften, mit denen sie früher eng zusammengearbeitet hatten, mindestens erheblich zu verärgern. Die zweite Sitzungsperiode des Tribunals stand schon im Zeichen abflauenden Interesses der Linken. Dagegen ist es enttäuschend, heute erkennen zu müssen, welch starke Resonanz eine so billige und verlogene Sache wie die jüngste „Liberalisierungs“-Kampagne der SPD

ist, so spielten andererseits grundlegende Differenzen unter den Unterstützern selbst eine wichtige Rolle.

Zwei Linien in der Bündnispolitik

Von Anfang an standen das Tribunal und die Vorbereitungsarbeiten unter massivem Druck. Die Jusos machten ihre Unterstützung offen davon abhängig, daß bestimmte Themenbereiche — darunter besonders die Frage der Gewerkschaftsausschlüsse und die Situation der politischen Gefangenen — nicht untersucht, ja nicht einmal angesprochen werden.

Die DKP, die das Tribunal von Anfang an nur diffamierte, besaß die Unverschämtheit, über die „Initiative Weg mit den Berufsverboten“ zu fordern, das Tribunal müsse sich ganz auf die Berufsverbote beschränken. Beide verlangten mehr oder weniger scharf eine Distanzierung gegen links, insbesondere den Ausschluß des KB.

Über diese Forderungen entzündete sich die zentrale Auseinandersetzung in der Unterstützungsbewegung. Das SB (genauer: der Arbeitsausschuß; auf die örtlichen SB-Gruppen trifft das in dieser Weise nicht unterschiedslos zu), die GIM und das Westberliner Ak-

elle Ausbruch aus dem 'Ghetto' nichts anderes ist als schändlicher Verrat. Wer schon vom 'linken Ghetto' spricht, weil ihm anscheinend kein gescheiterer Begriff einfällt, sollte zumindest an diese historischen Parallelen denken“.

Der KB lehnte vom ersten Moment an einen Schacher unter den westdeutschen Gruppen über die Untersuchungsgegenstände des Tribunals ab und sah darin den Grundgedanken eines Russell-Tribunals verletzt, nämlich ein von den unterschiedlichen Einschätzungen und Strategien der westdeutschen Linken unabhängiges Gremium einzusetzen, das nach wissenschaftlichen Kriterien die Situation in aller gebotenen Schärfe und Sorgfalt untersucht. Wir hielten und halten es grundsätzlich für falsch und chauvinistisch borniert, die internationale Kritik am „Modell Deutschland“ unter Berufung auf irgendwelche innerdeutschen Probleme zur Mäßigung etc. anzuhalten.

Wir warnten vor der SPD, der es darum ginge, das Zustandekommen des Tribunals ganz zu verhindern, und der DKP, die ohnehin keine Initiative unterstützen würde, die von ihr nicht total politisch und organi-

ausschlüsse und sogar die Haftbedingungen kamen zur Sprache! Diejenigen, die mit dem Gedanken gespielt hatten, die Jury würde gewisse „Auswüchse“ des staatlichen Verwaltungsapparates kritisieren, ansonsten aber wenigstens die SPD im großen und ganzen schonen und vielleicht sogar „antideutsche Stimmungen im Ausland“ als ungerechtfertigt zurückweisen, sahen sich gründlich getäuscht.

Man könnte im Nachhinein sagen, Sekretariat und Beirat seien zu dieser „Taktik“ gezwungen gewesen, da die Unterstützung der Jusos für das Tribunal schließlich sehr wichtig gewesen sei. Diese Argumentation verkennt allerdings, daß man eine solche Politik gegenüber den Jusos oder anderen Sozialdemokraten bestenfalls einmal anwenden kann. In zukünftigen ähnlichen Kampagnen wird die Juso-Führung bzw. in ihrem Nacken der Parteivorstand wenig auf derartige „Verabredungen“ und „Zusagen“ geben. Der ohnehin geringe Spielraum, den die Jusos innerhalb der SPD für die Teilnahme an fortschrittlichen Initiativen noch haben, wird durch solche Erfahrungen eher noch schmaler.

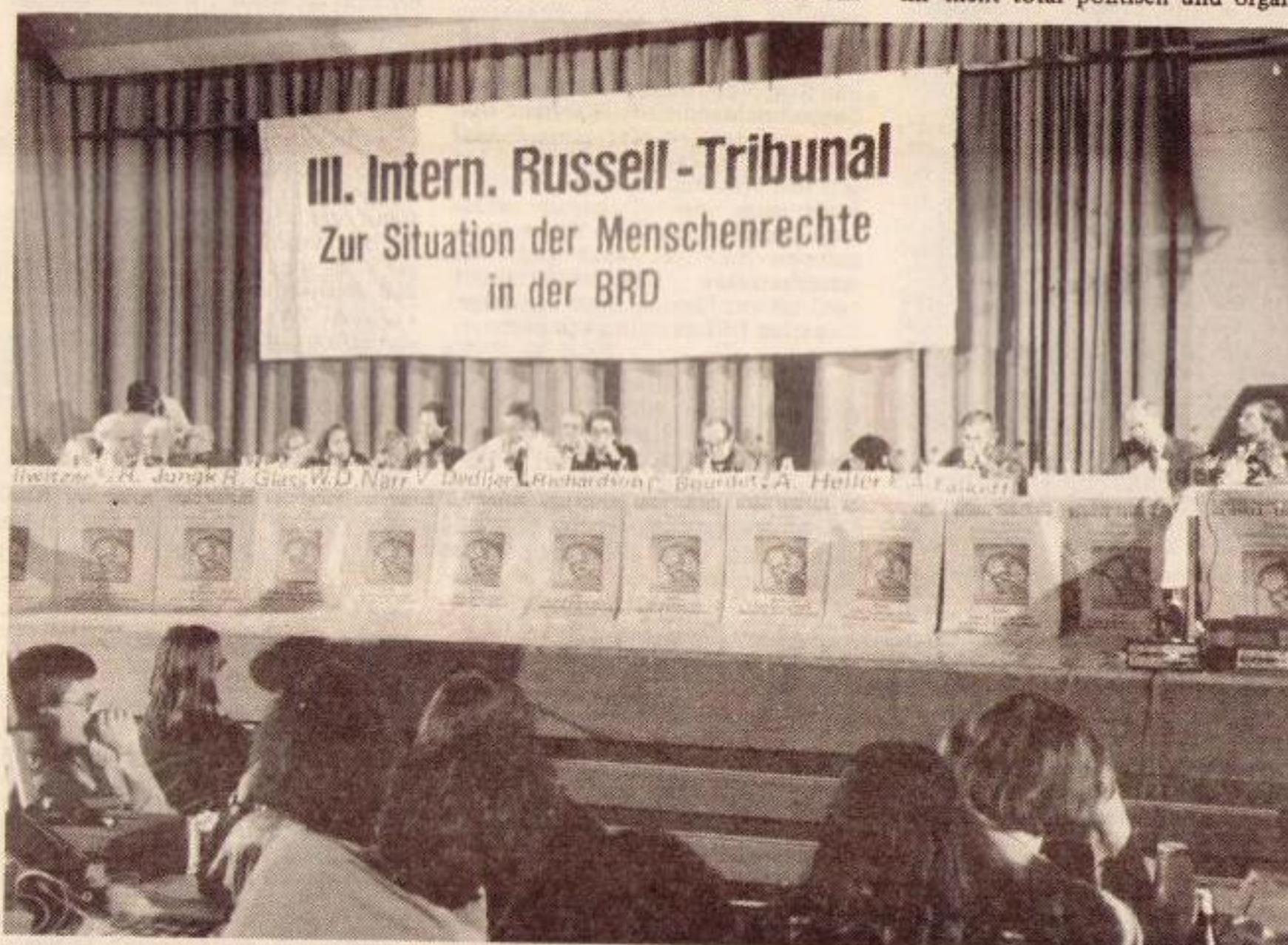
Was die DKP angeht, so war der Vorwurf, der KB beabsichtige ein

Was die DKP angeht, so war der Vorwurf, der KB beabsichtige ein „Kampfbündnis“ gegen sie, schon deswegen aus der Luft gegriffen, da wir als erste überhaupt schon sehr früh dem SB u.a. den Vorschlag machten, offiziell an das DKP-Parteipräsidium heranzutreten. Was wir allerdings immer abgelehnt haben, war eine Beteiligung der DKP „durch die Hintertür“, d.h. auf eine Weise, die es dieser Partei erlaubt, bei Aufrechterhaltung ihrer berüchtigten „These 41“ dominierenden Einfluß zu nehmen. Wer die Praxis des KB kennt, weiß, daß wir der DKP zu zahlreichen Anlässen Angebote unterbreitet haben, auf gleichberechtigter Basis „einzustiegen“, nicht im Sinne einer „Entlarvungsstrategie“, sondern um wirklich die schädliche These 41 zu Fall zu bringen. Die DKP hat bisher stets stur und unbeirrbar an ihrer Abgrenzungspolitik gegenüber allen links von ihr stehenden Organisationen festgehalten. Die Folgen sind unübersehbar: Eine zunehmende Isolierung dieser Partei!

In diesem Sinne stellten wir uns unter der Russell-Initiative tatsächlich auch ein Kampfbündnis gegen SPD, DGB und DKP vor — nämlich gegen deren Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Dazu wäre es notwendig gewesen, aus eigener Kraft einen starken Druck zu entwickeln, der es Mitgliedern oder Teilen dieser Organisationen ermöglicht hätte, sich über die Verbote einer Zusammenarbeit hinwegzusetzen. Dies wird auch zukünftig nur möglich sein, wenn die Linke diesen Organisationen gegenüber mit größtmöglicher Geschlossenheit auftritt. Es ist ein alter Irrtum zu glauben, mit einer besonders „pfiffigen“ Taktik könnten sich die Jusos innerhalb der SPD einen besseren Handlungsspielraum erschleichen. Diese Politik führt letztlich nur zu einigen weiteren Roths im Parteivorstand oder Voigts im Bundestag, Leuten also, die für die fortschrittlichen Kräfte jede Funktion verloren haben. Nur eine starke selbständige und geschlossene Bewegung außerhalb der SPD kann es erreichen, daß sich die Jusos mit ihrer „Rückendeckung“ von der Gängelung des Parteivorstands freikämpfen, wobei natürlich letztlich gilt, daß nur die Trennung von der SPD langfristig fortschrittliche Politik ermöglicht.

In einer Kampagne freilich, wo ein Teil der Träger (SB, GIM) zeitweise den KB als Hauptgegner betrachtet, während die umworbene SPD und DKP weitgehend geschont werden, wo ferner über unterschiedliche Vorstellungen nicht mehr präzise und vor allem sachlich diskutiert werden kann,

Fortsetzung nächste Seite



(Stichwort: Klose) zu den Berufsverboten trotz allem wieder erreicht hat, und wie viele Demokraten sich immer noch vom Reformismus blaffen lassen.

Die erste Lehre, die daraus gezogen werden muß, ist eine Warnung vor übersteigerten Erwartungen. Der Einfluß der SPD auf die demokratische Bewegung läßt sich eben nicht in einer Kampagne „knacken“ — jedenfalls nicht in solchen Zeiten, in denen eine hohe gesellschaftliche Stabilität vorherrscht. Dies ist nicht eine Frage mangelnden Einsatzes oder fehlender Ideen der Linken, sondern des objektiv vorhandenen Kräfteverhältnisses. Weder der Name Russell noch eine internationale Beteiligung an unserem Kampf noch sonst was kann hier einen plötzlichen Umschwung erreichen. Sondern die Veränderungen vollziehen sich in der BRD im Kleinen, d.h. in einem außerordentlich mühseligen und langwierigen Erfahrungsprozeß. Das bedeutet allerdings nicht, daß diese Veränderungen unbedeutend wären. Handelt es sich hierbei um eine objektive Gesetzmäßigkeit, die von uns und anderen Trägern der Russell-Kampagne gar nicht zu beeinflussen

tionskomitee gegen die Berufsverbote (AK/FU) traten dafür ein, diesen Forderungen nachzugeben und den Themenbereich des Tribunals einzugrenzen. Ohne Einbeziehung der Sozialdemokraten und Gewerkschaften sowie auch der DKP verfehle das Russell-Tribunal seinen Zweck. Das immer wiederkehrende Motto dieser Politik war: „Raus aus dem linken Ghetto!“

Dazu schrieben wir in AK 120:

„Es lohnt sich, über diese Devise nachzudenken. Das Ghetto war jahrhundertlang das eingesperrte, zwangsweise Wohngebiet der Juden individuell 'raus aus dem Ghetto' zu wollen, hieß unter diesen Umständen nichts anderes als die totale Preisgabe der eigenen menschlichen Identität und totale Anpassung an die Umwelt. Der Vergleich zur Gegenwart und zu Entwicklungstendenzen des SB, des 'Langen Marsches' u.a. läßt sich ohne weiteres ziehen. Die Alternative zur kollektiven Befreiung des 'Ghettoa' ist nur die individuelle Anpassung und damit im Grunde der Untergang. Es gibt Situationen, wo es darauf ankommt, im 'Ghetto' den kollektiven Widerstand zu organisieren, und wo der individu-

satorisch kontrolliert wird. Deshalb traten wir dafür ein, „erstmal in der BRD eine Massenkampagne zu initiieren die sich dem dominierenden Einfluß von SPD und/oder DKP entziehen“ sollte (Antirepressions-Info des KB, Nr. 2).

Die Entwicklung ist bekannt: Dem KB wurde von SB, GIM, AK/FU und anderen vorgeworfen, das Russell-Tribunal in ein „Kampfbündnis gegen SPD und DKP“ umwandeln zu wollen. Die Russell Peace Foundation setzte ein Sekretariat (und später einen westdeutschen Beirat) ein, der ganz im Sinne der von SB und GIM vertretenen Konzeption arbeitete; die Unterstützungsinitiativen verloren ihren anfänglichen Elan und spalteten sich vielerorts. Mitglieder des Sekretariats und des Beirats verhandelten mehrfach mit den Jusos und der „Initiative Weg mit den Berufsverboten“ und sicherten ihnen zu, das Tribunal werde ihren Forderungen nachkommen. Die DKP-orientierten Kräfte blieben trotzdem bei ihrer Ablehnung, die Jusos dagegen machten mit.

Doch die internationale Jury des Tribunals hielt sich nicht an die vom Sekretariat und Beirat getroffenen Verabredungen. Die Gewerkschafts-

Darüber hinaus war das Russell-Tribunal eine internationale Kampagne und damit praktisch der erste Ansatz eines organisierten Widerstandes gegen die Führungsmacht des kapitalistischen Europas. Daß überhaupt nach den USA, die als Aggressor in Indochina und Drahtzieher der faschistischen Diktaturen in Lateinamerika Gegenstand der ersten beiden Russell-Tribunale waren, als nächstes die BRD der Menschenrechtsverletzung bezichtigt wurde, ist die Antwort auf den Versuch der deutschen Imperialisten, in einem vereinten Europa anderen Völkern ihre gesellschaftlichen „Modellvorstellungen“ aufzuzwingen. Daher ist es wohl auch kein Zufall, daß das Tribunal gerade in den unmittelbaren Nachbarländern der BRD die größte Aufmerksamkeit fand. Man könnte auch sagen: Hier ist die Erinnerung an die deutsche Besatzung noch am lebendigsten, und deshalb gehörten auch Kreise des ehemaligen Widerstands gegen die Nazis zu den aktivsten Unterstützern im Ausland (etwa die niederländische antifaschistische Zeitung „Vrij Nederland“ oder das französische „Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa“).

Die Tatsache, daß neben dem Sozialistischen Büro der KB zu den energischsten Befürwortern des Tribunals in der BRD — sozusagen von der ersten Minute an — gehörte, hat sicher dazu beigetragen, daß sich unsere Organisation mittlerweile einen festen „Stammplatz“ in der Antirepressionsbewegung erkämpft hat. Auch unter den westeuropäischen revolutionären Organisationen hat der KB ein beachtliches Gewicht gewonnen. In diesen Erfolgen, die noch vor ein paar Jahren undenkbar gewesen wären, als wir mit unserer Warnung vor der besonderen Gefährlichkeit des westdeutschen Imperialismus praktisch allein standen, sehen wir eine Bestätigung unserer Politik der breiten Aktionseinheit gegen die Faschisierung und unseres Kampfes gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Abgrenzungsmechanismen innerhalb der fortschrittlichen Kräfte.

Dennoch muß man heute feststellen, daß dem Russell-Tribunal der „große Durchbruch“ versagt blieb. Als im Mai 1977 in Hamburg auf einer Massenveranstaltung von ESG, KB, SB, Judos, GIM und anderen der Auftakt für die öffentliche Mobilisierung organisiert wurde, und Antifaschisten von „Rang und Namen“ aus

Fortsetzung von Seite 59

und wo Entscheidungen und Absprachen hinter dem Rücken des anderen Teils ausgemacht werden, sind diese Voraussetzungen natürlich nicht gegeben (Schon gar nicht war daran zu denken, eine vorwärtstreibende Diskussion über die Einschätzung des „Modell Deutschland“ und seiner Entwicklungstendenzen in der Unterstützungsbewegung zu führen). In dieser Beziehung haben wir lange Zeit zu hohe Erwartungen in die Zusammenarbeit mit SB und GIM oder auch den ID gesetzt.

Die Enttäuschung darüber, die Verärgerung über Mäuschelpraktiken des SB und der GIM mit dem Sekretariat u.a. haben bei manchen Russell-Unterstützern, teilweise auch im KB, dazu geführt, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Entsprechend der spontaneistischen Arbeits- und Denkweise großer Teile der radikalen Linken kehrten viele dem Tribunal wieder den Rücken zu, noch bevor es überhaupt angefangen hatte. Dabei hätte dieses selbst „im schlimmsten Fall“, bei einer reinen Berufsverboteuntersuchung selbstverständlich noch eine wichtige Funktion gehabt. Ein anderer schwerwiegender Fehler vieler Genossen war, sich ihrerseits total auf das SB „einzuschließen“ und in den Russell-Initiativen zeitweise hauptsächlich damit beschäftigt zu sein, dessen Manöver zu bekämpfen, anstatt mit inhaltlichen Arbeiten zu überzeugen. Hierin zeigt sich der schädliche Mechanismus, sich entweder hundertfünfzigprozentig mit einer Initiative zu identifizieren (sozusagen „unser KB-Projekt“) oder aber sie bei „Abweichungen von der KB-Linie“ total abzulehnen bzw. desinteressiert zu sein. Warum sollte man nicht offen sagen, daß KB-Genossen in dieser Hinsicht von der „KPD“ ein gutes Stück lernen können, deren Mitglieder sich in dieser Beziehung oft sehr viel differenzierter verhalten?

Den (vorwiegend) negativen Erfahrungen mit dem SB auf zentraler Ebene stehen positive Beispiele der Zusammenarbeit mit einzelnen SB-Genossen oder ganzen Ortsgruppen gegenüber. Daher hat sich der Schwerpunkt der Kontakte „nach unten“ verlagert. Unabhängig davon muß eine Vorstellung korrigiert werden, die in unserem anfänglichen Überschwang mitgespielt hat: Daß den Kommunisten nämlich über eine Zusammenarbeit mit dem SB gewissermaßen „automatisch“ das breite Bündnis mit radikaldemokratischen, sozialistischen und eurokommunistischen Kräften in den Schoß fallen würde. Ein solcher „Transmissionsriemen“ ist das SB gewiß nicht! Vielmehr ist es unsere Aufgabe, eine eigenständige Bündnispolitik in dieses Spektrum hinein zu entwickeln. Es wäre verhängnisvoll, sich von der Untentschlossenheit, den Schwankungen und internen Problemen des SB's dabei abhängig zu machen.

Kommunisten und demokratischer Kampf

Kommunisten und demokratischer Kampf

Lange Zeit hindurch war der KB die einzige kommunistische Organisation, die sich mit dem Russell-Tribunal überhaupt befaßte. Hinzu kam lediglich ein einziger örtlicher Zirkel (Kommunistische Gruppe Bonn). Inzwischen hat sich das Bild etwas verändert. Die „KPD“ arbeitet in mehreren Unterstützungsgruppen aktiv mit und berichtete in ihrer „Roten Fahne“ ausführlich über die Sitzungen des Tribunals. Sogar die KPD/ML, der KABD und der DKP-nahe „Arbeiterbund für den

Wiederaufbau der KPD“ nahmen in ihrer Presse inzwischen recht positiv Stellung.

Was die „KPD“ angeht, so hatte sie anfangs lupenrein vaterländisch argumentiert: Das Tribunal würde den BRD-Imperialismus als Hauptfeind in Europa angreifen, lenke daher nur von der SU ab und sei somit „Wasser auf die Mühlen des Sozialimperialismus“. Dies ist exakt die Argumentation, die später von der CSU-Provokateurstruppe MLD ins Feld geführt wurde. Später jedoch änderte die „KPD“ ihre Position zugunsten einer Unterstützung des Tribunals, wobei sie sich bemühte, gleichzeitig den Blick auf die Repression in der DDR zu richten. Die MLD erteilten der „KPD“ daraufhin eine scharfe Rüge und forderten sie auf, ihre „antiso-wjetischen Parolen“ nicht nur im Munde zu führen, sondern endlich in die Tat umzusetzen. Dies beweist immerhin, daß es (heute noch) möglich ist, den Kurs der „KPD“ bis zu einem gewissen Grad zu beeinflussen. Jede solche Beteiligung der „KPD“ an Kampagnen gegen den BRD-Imperialismus ist zu begrüßen und kann sich auf die Entwicklung dieser Organisation nur positiv auswirken.

Die positive Berichterstattung von KPD/ML, KABD und Arbeiterbund sind ebenfalls ein kleiner Lichtblick. Sie können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es diese Organisationen dabei bewenden ließen, und daß sie die Bedeutung dieser Initiative überhaupt nicht problematisierten. Tatsächlich liegt bei diesen Organisationen nach wie vor eine geringe schätzung des demokratischen Kampfes vor. Sie erkennen nicht, daß ohne eine breite und erfolgreiche demokratische Abwehrfront an eine sozialistische Perspektive in Europa gar nicht zu denken ist! Im übrigen sollten die Genossen ruhig einmal darüber nachdenken, wie es dazu kommt, daß dem KB „sowas gelingt“ ihnen aber nicht...

Bleibt noch der KBW zu erwähnen, der das Russell-Tribunal als Versuch des KB denunzierte, gemeinsam mit ausländischen Imperialisten deren westdeutschen Kollegen Konkurrenz machen zu wollen. Der KBW ist heute an einer Teilnahme am demokratischen Kampf gänzlich uninteressiert. Alles was ihn auf diesem Sektor bewegt, ist, ob man die Demokraten aufhängt oder lieber in die Fischmehlfabrik steckt.

Nicht zuletzt das abschreckende Beispiel des KBW vor Augen sollte auch daran gedacht werden, das grundsätzliche Bekenntnis der Kommunisten zu den Menschenrechten in der Öffentlichkeit klar und unmißverständlich darzulegen. Es ist logisch, daß wir davon ein anderes Verständnis haben als ein Russell-Tribunal, das sich auf die bürgerlich-demokratische Verfassungsmäßigkeit bezieht. Kommunisten haben das Ziel, Demokratie für die Massen zu realisieren und dies wird zwangsläufig auch mit Unterdrückung gegen diejenigen verbunden sein müssen, die zur Verteidigung ihrer alten Herrschaft dies mit aller Macht zu verhindern suchen. Dies kann und darf nicht Systemrecht sein. Die sich sozialistisch nennen, aber in Bezug auf die Menschenrechte noch hinter bürgerliche Demokratien zurückfallen. Der Sozialismus wird ungläubig, wenn er nicht von Anfang an die Verwirklichung demokratischer Freiheiten für die Massen (im wörtlichen Sinn: Also für die große Mehrheit der Bevölkerung!) radikal auf die Tagesordnung setzt.

Wenn dieses zum Thema eines neuen Russell-Tribunals werden sollte, würde es an der Unterstützung des KB nicht fehlen!

Antifaschistische

Beschlagnahmt-freigegeben! Erneut angeklagt!

RUSSELL - BUCH Nr. 5

Nach Schleyer: „Sonderkommandos“ in der BRD - zügiger Ausbau der neuen GeStaPo

Der Journalist Hendryk M. Broder in der „Frankfurter Rundschau“ vom 15.8.1978 zu diesem Buch:

„...Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wie weit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Protest wert ist...“



240 Seiten DM 14,- ISBN 3-88305-005-9

Russell-Tribunal

Das Tribunal im Visier des Staatsschutz

Ein bemerkenswertes Lob erteilt die „Frankfurter Rundschau“ in einem Resümee des Tribunals der Bundesregierung. Es sei eine „kluge Entscheidung“ gewesen, das Russell-Tribunal stattfinden zu lassen. Diese kurze, nicht weiter erläuterte Bemerkung erinnert an einen von vielen fast schon vergessenen Tatbestand: Daß die Durchführung des Tribunals in der BRD in Wirklichkeit auf des Messers Schneide stand. Bis unmittelbar vor dem Beginn der 1. Sitzungsperiode (Ostern '78) erwog die Bundesregierung ernsthaft ein Verbot des Tribunals und die Auflösung seiner Sitzung durch die Polizei. Eine Illegalisierung des Tribunals einschließlich polizeilicher Maßnahmen gegen seine westdeutschen Unterstützer war in allen Einzelheiten vorbereitet, juristisch und propagandistisch abgesichert und hätte „wie nach einem Drehbuch“ ablaufen können, wie ein Beamter des Innenministeriums auf einem Seminar mit Journalisten treuherzig versicherte („Die Neue Linie“, 22. 2. 78). Daß es nicht dazu kam, ist keineswegs ein Beweis für das Vorhandensein gewisser demokratischer Grundrechte in der BRD. Sondern ausschließlich aus taktischen Erwägungen nahm die Bundesregierung schließlich doch Abstand von einem Verbot.

In diesen taktischen Überlegungen dürfte eine wesentliche Rolle gespielt haben, daß den Betroffenen das „Drehbuch“ vorher bekannt wurde. Durch eine Undichte Stelle im Apparat wurde den Russell-Unterstützern das berühmt gewordene interne Papier des Referats Öffentliche Sicherheit II im Innenministerium („Abteilung Radikalismus“) zugespielt, das Anfang 1978 nacheinander im ARBEITERKAMPF, „konkret“ und „FR“ veröffentlicht wurde und auch im Ausland große Beachtung fand. Dieses Papier, datiert vom September '77, war in Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst (!) erstellt worden, und enthielt eine ganze Palette „möglicher Gegenmaßnahmen“ gegen das Tribunal, angefangen von der Infiltration des Tribunals durch staatsstreue Kräfte über Verbotsmaßnahmen aller Art (auch gegen die westdeutschen Unterstützerinitiativen) bis zur Planung einer zentral gesteuerten Diffamierungskampagne.

Es ist wichtig, sich diesen Hintergrund mit seiner vollen Tragweite zu vergegenwärtigen, gerade weil im Moment eine scheinbare, in Wirklichkeit jedoch trügerische „Entspannung“ im Hinblick auf Verbotsdrohungen gegen die Linke herrscht. Die Tatsache, daß eine Zerschlagung des Russell-Tribunals, das sich ja lediglich zum Ziel gesetzt hatte, die Situation in der BRD zu untersuchen, minutiös und in allen Einzelheiten vorbereitet war, zeigt, wie schnell die Grat legaler Arbeit für die westdeutsche Linke heute ist. Der ganze Vorgang beweist eigentlich nur, daß die häufig verdrängten Lehren aus dem KPD-Verbot von 1956 nach wie vor ganz unmittelbar Bedeutung haben:

- daß ein Verbot für die Bundesregierung ausschließlich eine Frage der politischen Opportunität ist, daß es also keinen wirksamen rechtlichen Schutz dagegen gibt;
- daß die Illegalisierung nicht nur gegen kommunistische Organisationen zielt, sondern ganz bewußt auch gegen Sozialisten, Radikaldemokraten usw.

Es kann überhaupt keinen Zweifel daran geben, daß in den Schubladen des Staatsschutzes eben solche „Drehbücher“ für Verbotsmaßnahmen z.B. gegen die „K-Gruppen“, gegen Anti-AKW-Bürgerinitiativen u.a. „unter Verschluss“ liegen, bis es politisch opportun erscheint, sie anzuwenden. Man braucht, das Beispiel Russell vor Augen, nur wenig Phantasie, um sich vorzustellen, was diese „Drehbücher“ enthalten. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch eine Äußerung Schmidts anlässlich der von CDU-Albrecht nach der Demonstration gegen das AKW Grohnde angeführten Diskussion um ein Verbot der K-Gruppen. Schmidt dazu (sinngemäß): „Darüber redet man nicht, das macht man!“

Auch unter einem weiteren Aspekt ist es heute delikat, auf das Geheimpapier des „Referats Öffentliche Sicherheit“ zurückzukommen. Denn dieses enthält ja neben den Verbotsvorschlägen auch alle weiteren po-

litischen Maßnahmen wie in einem Bilderbuch vorgezeichnet, die im Laufe der Zeit tatsächlich realisiert wurden - offensichtlich unter der zentralen Regie des Staatsschutzes.

So war es immerhin aufschlußreich, schwarz auf weiß nachlesen zu können, daß der „Friedensnobelpreisträger“ Willy Brandt seine Angriffe auf das Tribunal und die Russell-Foundation offensichtlich direkt im Auftrag des Staatsschutzes gestartet hatte. Brandt übernahm auch den Part: „Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen und es nicht zu unterstützen“ (Abschnitt 3.2. des Geheimpapiers). So schrieb er Briefe an Jury-Mitglieder bzw. dafür infrage kommende Personen, um sie teils mit Druck teils mit guten Worten dazu zu bewegen, sich am Tribunal nicht zu beteiligen. Der Erfolg war jämmerlich.

Noch peinlicher wurde die Sache für den DGB. Denn auch die Gewerkschaften sollten wie die Parteien und allen anderen „wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen“ bei der Isolierung des Russell-Tribunals mitspielen (Abschnitt 3.6. des Geheimpapiers). Daß DGB-Boß Vetter prompt nach besten Kräften „zulagte“, einen Brief verbreitete, der ganze Passagen wortwörtlich aus dem ministeriellen Geheimpapier übernahm, und in geradezu sagenhafter Weise demokratische Persönlichkeiten des In- und Auslandes diffamierte, mit denen der DGB früher selbst zusammengearbeitet hatte, das war für viele Gewerkschafter doch ebenso überraschend wie lehrreich.

Auch uns selbst war bis dato nicht bekannt gewesen, daß die Wege vom Bundesamt für Verfassungsschutz zur DGB-Zentrale so kurz sind, und nach einigem Recherchieren stellte sich dann heraus, daß die Kooperation zwischen diesen beiden Säulen unseres Rechtsstaates fest etabliert ist, u.a. dadurch, daß zwei Herren beim geschäftsführenden Vorstand des DGB die entsprechenden Verbindungen halten. Auch ein (sogar sehr wichtiger) Aspekt des „Modell Deutschland“, den das Russell-Tribunal ans Licht zerren konnte!

Eine wichtige Rolle spielte in dem Papier, das „nur für den Dienstgebrauch“ bestimmt war (da sieht man mal, wie weit „der Dienst“ reicht...), die „Aufklärung und Information der Öffentlichkeit“ gegen das Tribunal, sprich: Gleichschaltung der Medien. Diese Aufgabe war dem Bundespresseamt - in enger Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten - zugedacht (Abschnitt 3.6.). Auf diesem Sektor sprich: Gleichschaltung der Medien. Diese Aufgabe war dem Bundespresseamt - in enger Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten - zugedacht (Abschnitt 3.6.). Auf diesem Sektor wird vielleicht noch am deutlichsten, welche ungeheuren Machtmittel der Staat gegenüber einer linken Kampagne besitzt, auch ohne zu direkten Gewaltmaßnahmen zu greifen. Was in dem VS-Papier als „Aufklärungs- und Informationskampagne“ angekündigt wurde, ergoß sich bekanntlich als eine Flut von chauvinistischer Hetze bis zu persönlicher Verunglimpfung gegen das Tribunal und seine Mitglieder (während der 1. Sitzungsperiode).

Die Nachteile, die dieses maschierte Vorgehen für den Staatsschutz enthielt, wurden bis zur 2. Sitzungsperiode erkannt und eliminiert: Erstens erhielt das Tribunal dadurch zu viel Öffentlichkeit; zweitens gab es einige, wenn auch wenige kritische Stimmen. Dementsprechend herrschte in der bundesdeutschen Pressewüste (als „Landschaft“ mag man das ja nicht mehr bezeichnen) anlässlich der 2. Sitzungsperiode das große Schweigen vor. Die wenigen Zeitungen dagegen, die das karge tägliche Brot der westdeutschen Liberalen sind, „FR“, „Tagesspiegel“ und „die Zeit“ z.B. berichteten in verharmlosender und beschönigender Weise von den Verhandlungen in Köln, d.h. sie ließen alles weg, was die Schärfe der Anklage gegen die BRD ausmachte und an wunde Punkte rührte. Man kann sich das wohl am besten so vorstellen, daß es für die „freie Presse“ inzwischen auch eine Art „Ministerium“ gibt, das Bundespresseamt, und daß die Berichterstattung von Bölling regiert wird.

Auch das Abflauen der „antideutschen“ Berichterstattung in Teilen der ausländischen Presse dürfte nicht nur „konjunkturell“ bedingt sein. D.h. daß es nach Ereignissen wie Stammheim naturgemäß eine stärkere Aufmerksamkeit für die Repression in der BRD gibt. Wenn aber bei-

spielsweise der Deutschlandkorrespondent von „Le Monde“ ausgewechselt wird, und die Zeitung von da an wesentlich „gemäßigter“ berichtet, dürfte das kein reiner Zufall sein, sondern eher schon ein Akt „deutsch-französischer Freundschaft“, bei dem die deutsche Seite kräftig nachgeholfen hat. Ähnliche Erklärungen dürfte es für den unerklärlichen Schwenk einer Reihe von niederländischen Zeitungen (noch rechtzeitig vor der 1. Sitzungsperiode) geben. Man erkennt das Wirken der „Interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich mit ungerechtfertigter ausländischer Kritik an der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik befaßt“ (Abschnitt 3.6. des VS-Papiers; alle Zitate daraus nach AK 120, S.3).

In dieser Hinsicht hat der Staat beträchtliche Erfolge erzielen können. Innerhalb der BRD blieb das Russell-Tribunal, wenn es auch erheblich mehr Wirkung erzielte als eine „normale Kampagne“ der Linken, doch im großen und ganzen auf die politischen Kräfte links von SPD und DKP beschränkt. Im europäischen Ausland hätte man auch bei realistischer Sichtweise ebenfalls ein größeres Echo erwarten können. Insgesamt gelang es nicht, an die breite internationale Öffentlichkeit etwa des Vietnam-Tribunals heranzukommen. In diesem Sinne war es tatsächlich klüger, das Tribunal stattfinden zu lassen als es zu verbieten.

Allerdings muß die Verhinderung eines Verbotes auch als Erfolg der demokratischen Bewegung gesehen werden. Die erreichte nationale und internationale Solidarität mit dem Tribunal war immerhin stark genug, daß der Staatsapparat im Falle eines Verbotes mit erheblichen Schwierigkeiten rechnen mußte. Darüberhinaus bedeutet dieser Erfolg einen gewissen zeitlichen Aufschub innerhalb des gesamten Illegalisierungsprozesses gegen die Linke, der ja seit Anfang der 70iger Jahre wieder läuft.

Schließlich enthielt das Papier der Radikalismus-Experten des Innenministeriums den Vorschlag, das Tribunal selbst und seine Arbeit zu beeinflussen: „Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werden, Freispruch zu erzielen“. Realistisch, wie das Tribunal anschaulich gezeigt hat, werden die Möglichkeiten dazu als sehr gering eingeschätzt. Außerdem werde durch die „Teilnahme demokratischer Kräfte“ die „Werbewirksamkeit“ des Tribunals nur noch gesteigert, geben die Statsschützer zu bedenken (Abschnitt 3.1.).

Dies allerdings heißt nicht, daß man entsprechende Versuche

nur noch gesteigert, geben die Statsschützer zu bedenken (Abschnitt 3.1.). Dies allerdings heißt nicht, daß man entsprechende Versuche nicht doch unternommen hätte. Vor allem von sozialdemokratischer Seite mangelte es nicht an „Ratschlägen“ an die Jury, sich zu mäßen, bestimmte Fakten aus den Untersuchungen auszuklammern, ganz besonders die Gewerkschaftsausschlüsse und die politischen Gefangenen, das Tribunal zu verschieben u.ä. Bekanntlich gaben Gruppen wie das SB (bzw. dessen Führungscrew) und die GIM diesem Druck weitgehend nach mit der Begründung, man müsse auf die Unterstützung von Sozialdemokraten Rücksicht nehmen. Aber nicht alle derartigen Ratschläge werden von so wohlmeinender Absicht getragen gewesen sein wie diejenigen des SB's.

Genau besehen ist der direkteste Druck in Richtung auf „Steuerung“ oder „Mäßigung“ des Tribunals vom Bundesvorstand der Jusos ausgeübt worden.

Die Jusos haben in erpresserischer Weise mehrfach ihre Unterstützung des Tribunals von ganz bestimmten Bedingungen abhängig gemacht. Andererseits hat der Bundesvorstand nie zu erkennen gegeben, ob und von wem auf ihn wiederum Druck ausgeübt worden ist. Im Gegensatz dazu haben die Jungdemokraten Ende 1977 ihre Unterstützung für das Tribunal offiziell aufgekündigt, dabei aber offen bekannt, daß andernfalls die Existenz ihres Verbandes auf dem Spiel stünde (d.h. sie sind offensichtlich damit bedroht worden, ihnen die finanzielle Förderung zu entziehen - auch eine in dem VS-Papier bereits vorgesehene Methode!). Es ist ganz und gar unwahrscheinlich, daß ausgerechnet die Jusos im Kalkül des Staatsschutzes „vergessen“ worden sein sollten. Es wäre in ihrem eigenen Sinn, hier die Karten aufzudecken!